



Marcus Michaelsen

WIR SIND DIE MEDIEN

Internet und politischer Wandel
in Iran

[transcript] Kultur und soziale Praxis

Marcus Michaelsen
Wir sind die Medien

Kultur und soziale Praxis

Marcus Michaelsen (Dr. phil.) promovierte in Medien- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Erfurt. Seine Forschungsschwerpunkte sind digitale Medien, Demokratisierung sowie die Politik und Gesellschaft Irans.

MARCUS MICHAELSEN

Wir sind die Medien

Internet und politischer Wandel in Iran

[transcript]



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de/>.

Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-verlag.de

© 2013 transcript Verlag, Bielefeld

Die Verwertung der Texte und Bilder ist ohne Zustimmung des Verlages urheberrechtswidrig und strafbar. Das gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Verarbeitung mit elektronischen Systemen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagkonzept: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Umschlagabbildung: Zohreh Soleimani

Lektorat & Satz: Marcus Michaelson

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-2311-6

PDF-ISBN 978-3-8394-2311-0

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.transcript-verlag.de>

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter: info@transcript-verlag.de

Inhalt

Vorbemerkung | 9

Einleitung | 11

I. THEORIE

1. Politische Transformation und Demokratisierung | 23

Politischer Systemwechsel: Ablauf und Akteure | 24

Verspäteter Wandel? Autoritarismus in Nah- und Mittelost | 29

Demokratisierung von unten: Die Zivilgesellschaft | 38

2. Medien und politische Transformation | 47

Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit: Hegemonie im Aufbau | 47

Herausforderung durch Kommunikation: Konflikt um

Zugang und Bedeutung | 53

Medien im Transformationsprozess: Welche Rolle, welcher Einfluss? | 63

3. Das Internet – Mittel der Demokratisierung? | 73

Grenzen | 75

Potentiale | 81

Hypothesen | 92

II. IRAN: POLITISCHE TRANSFORMATION UND MEDIEN

1. Die Islamische Republik: Historische Wurzeln und politisches System | 103

Ein Jahrhundert, zwei Revolutionen | 104

Das Regime: Institutionalisierung und Legitimation | 109

2. Strategische und konfliktorientierte Akteure in Irans politischer Elite | 115

Im Zentrum der Macht: Der Revolutionsführer | 116

Militarisierung des Systems? Die Revolutionsgarden | 118

Prinzipientreue und Autoritarismus: Die Konservativen | 121

Der pragmatische Pate: Rafsanjani | 127

Konfliktbereit im System: Die Reformer | 129

- 3. Die iranische Zivilgesellschaft** | 139
 - Die Intellektuellen und der Reformdiskurs | 143
 - Die Studentenbewegung | 146
 - Die Frauenbewegung | 147
 - Die Zivilgesellschaft und die Wahlkrise 2009 | 150

- 4. Medien in Iran** | 155
 - Stimme des Regimes: Radio und Fernsehen | 156
 - Historisches Konfliktfeld: Die Presse | 158
 - Satellitensender: Kulturelle Invasion oder Gegenkultur? | 162

- 5. Nach der Wahlkrise: Zwischenbilanz** | 165

III. INTERNET UND POLITIK IN IRAN

- 1. Internet in Iran: Entwicklung und staatliche Politik** | 173
 - Staat und Internet | 177
 - Gesetzlicher Rahmen | 182
 - Zensur, Blockade, Überwachung | 185
 - Ein neues Konfliktfeld | 193

- 2. Informationslandschaft im Wandel** | 197
 - Onlinemedien aus dem Ausland | 199
 - Politische Fraktionen im Netz | 204
 - Konfliktregelung über Nachrichtenseiten | 211

- 3. Reform online: Die Webseite *Emruz*** | 219
 - Diskursgrundlagen: Themen und Redaktionslinie | 222
 - Konfliktbereite Narrative: Die Kommunalwahlen 2006 | 229
 - Kollektive Identität: Islam, Iran, Reform | 240

- 4. Blogs als Gegenöffentlichkeit?** | 249
 - Vom Blog zur Wahlurne: Eine Debatte | 252
 - Meinungsführer Journalisten | 254
 - Themen und Inhalte: Informationsmedium Blog? | 258
 - Meinungsbildung: Wählen oder nicht wählen? | 263
 - Kollektives Handeln: Blogs als Basis | 274

- 5. Irans soziale Bewegungen im Netz: Die Medien sind wir** | 281
 - Aktivismus: Die Frauenbewegung | 282
 - Protest: Die Grüne Bewegung | 295

Fazit | 317

Anhang | 327

a) Transkription persischer Begriffe | 327

b) Methodisches Vorgehen: Inhaltsanalyse | 327

c) Irans Entwicklungsstand im regionalen Vergleich | 330

Literatur | 331

Vorbemerkung

Dieses Buch beruht auf einer Dissertation am Seminar für Medien- und Kommunikationswissenschaft der Universität Erfurt. Die Promotion wurde durch die Graduiertenförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung ermöglicht. Ein vorausgehender zweijähriger Forschungsaufenthalt in Iran geht auf ein Stipendium des Institut français de Recherche en Iran (IFRI) in Teheran und die Unterstützung durch Prof. Dr. Christian Bromberger an der Universität Aix-en-Provence zurück. Dieser Aufenthalt wurde zudem durch die Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Teheran unterstützt.

Die Dissertation wurde am Lehrstuhl für internationale und vergleichende Kommunikationswissenschaft der Universität Erfurt exzellent betreut. Meinem Erstbetreuer Prof. Dr. Kai Hafez verdanke ich nicht nur wesentliche inhaltliche Anregung und Kritik, ohne die die Arbeit sicher nicht in dieser Form zustande gekommen wäre, sondern auch die notwendige formale Unterstützung, viel Verständnis und nicht zuletzt Druck im richtigen Moment. Regelmäßige Kolloquien und Kontakte zu Mitdoktoranden ermöglichten Austausch und Beistand. Meinem Zweitbetreuer Prof. Dr. Henner Fürtig (GIGA Hamburg) danke ich für sein Interesse und wertvolle Hinweise vor allem zum Iranteil. Zudem hat Prof. Dr. Bert Fagner (Institut für Iranistik, Österreichische Akademie der Wissenschaften) die Anfänge der Dissertation und meiner Beschäftigung mit Iran entscheidend gefördert.

Darüber hinaus haben viele Menschen die Entstehung der Arbeit in der einen oder anderen Form begleitet. Hier möchte ich natürlich zuallererst auf meine Gesprächspartner und Freunde in Iran verweisen, die ich leider nicht alle namentlich nennen kann. Einige von ihnen haben inzwischen ihre Heimat verlassen, die Lebenswege anderer sind unterschiedlichen Einschränkungen unterworfen. Ich teile ihren Traum von *Iran-e azad o abad*, einem „freien und blühenden Iran“ – das Land und sein Schicksal werden mich weiterhin bewegen und faszinieren.

Danken möchte ich außerdem Solmaz Shahbazi und ihrer Familie für Teheraner Ein- und Ausblicke, Cyrus Schayegh für die immerwährende Bereitschaft zu Rat und Tat, Benjamin Stachursky für das so freundschaftlich miteinander geteilte Pro-

movendendasein, Claudia und Ferdi Namdar für Urlaubsgefühle in Islamabad sowie Zohreh Soleimani für das Foto auf dem Buchcover. Meine Eltern haben mir den Freiraum, die Unterstützung und die Vorstellungskraft gegeben, die für den Weg bis hin zum Abschluss einer solchen Arbeit unentbehrlich sind. Widmen möchte ich dieses Buch meiner Partnerin Atussa Ziai, die unmittelbar und mit schier unerschöpflicher Geduld an der langwierigen Entstehung teilhatte. Ich bin dankbar und glücklich, dass wir nun gemeinsam feststellen können: es gibt tatsächlich ein Leben nach dieser Dissertation!

Marcus Michaelsen, Januar 2013

Einleitung

Die Proteste der iranischen Bevölkerung gegen das offizielle Ergebnis der Präsidentschaftswahlen im Juni 2009 erregten weltweit Aufmerksamkeit. Nachdem das Staatsfernsehen kurz nach Schließung der Wahllokale den Sieg des amtierenden Präsidenten Ahmadinezhad verkündet hatte, kam es noch in der Nacht zu Zusammenstößen zwischen Polizeikräften und Anhängern der Oppositionskandidaten. Wenige Tage später demonstrierten allein in Teheran Hunderttausende gegen die Fälschung der Wahl. Das Ausmaß der Proteste schien selbst die Führung der Islamischen Republik zu überraschen. Ungeachtet der Bedrohung durch die zunehmend gewalttätigen Sicherheitskräfte gingen die Menschen auf die Straße, alsbald Verhaftung, Folter und sogar ihr Leben riskierend. In den darauffolgenden Tagen und Wochen formierte sich eine Protestbewegung, die trotz der Repressionen eine ernsthafte Herausforderung an das Regime aufrechterhielt. Während Bilder von Todesopfern auf den Straßen Teherans Erinnerungen an die Revolution von 1979 weckten, riefen der Gewaltverzicht und die Forderungen der Demonstranten nach freien Wahlen und Bürgerrechten Assoziationen zu den Umbrüchen in Osteuropa hervor. Stand ein Regimewechsel in Teheran bevor? War die Islamische Republik auf dem Weg in ein demokratisches System?

Ebenso viel Interesse wie die Demonstrationen gegen Wahlfälschung erregte die Art und Weise, mit der Nachrichten über den Verlauf der Proteste an die Öffentlichkeit gelangten. Internationale Korrespondenten erhielten von den iranischen Behörden Berichtsverbot und wurden rasch des Landes verwiesen. Lokale Journalisten waren mehr denn je Zensur und Verhaftung ausgesetzt. Infolgedessen avancierten Onlinemedien und soziale Netzwerke wie YouTube, Facebook und Twitter zu den wichtigsten Informationsquellen. Internationale Medien waren für ihre Berichterstattung auf die verwackelten Amateuraufnahmen von Handycameras angewiesen, über den Kurznachrichtendienst Twitter verbreitete sich eine wahre Flut von Nachrichten, Hinweisen und Gerüchten zu den Protesten in Iran. In den westlichen Medien herrschte neben einer gewissen Ratlosigkeit über den Umgang mit der Informationsmasse aus dem Netz vor allem Euphorie über das Potential dieser

Kommunikationstechnologien. Rasch machte die Schlagzeile von der iranischen „Twitter-Revolution“ die Runde und soziale Medien wurden als zentrales Hilfsmittel für die Vernetzung und Mobilisierung der Protestler dargestellt. War das Internet tatsächlich der Katalysator eines politischen Wandels in Iran?

Die Ereignisse in Teheran waren im Grunde ein Prolog für den Arabischen Frühling: Anderthalb Jahre später brachen die jahrzehntealten Diktaturen in Tunesien und Ägypten nach Massendemonstrationen der Bevölkerung zusammen. Auflehnung und Protest folgten in Libyen, Jemen, Bahrain und Syrien. Wie in Iran wendete sich auch in den arabischen Ländern besonders die junge und gebildete Bevölkerung gegen die alten Eliten. Ihre Frustration über blockierte Teilhabe und Entwicklung machten die Protestler in Nordafrika und Nahost nicht nur auf den Straßen, sondern auch über das Internet deutlich. Vor allem im sozialen Netzwerk Facebook zirkulierten Aufrufe zu Demonstrationen sowie Nachrichten und Bilder von deren Verlauf. Der Arabische Frühling befeuerte damit eine Diskussion, die seit der iranischen „Twitter-Revolution“ äußerst kontrovers geführt wurde, im Prinzip aber schon mit Beginn der globalen Ausbreitung des Internets eingesetzt hatte.

Seit den 1990er Jahren ist das Internet immer wieder als Förderer eines demokratischen Wandels dargestellt worden. Diese Annahme resultiert hauptsächlich aus den beeindruckenden Möglichkeiten der Technologie. Innerhalb kürzester Zeit können Informationen in Form von Text, Ton und Bild an eine größtmögliche und geographisch verstreute Anzahl von Empfängern übermittelt werden. Mit Entwicklung des so genannten Web 2.0 wurde es für individuelle Nutzer noch leichter, über Blogs, soziale Medien und Videoplattformen selbst Inhalte ins Netz zu stellen und sich interaktiv mit anderen Anwendern auszutauschen. Somit stellte das Internet entscheidende Impulse für eine fortschreitende Demokratisierung westlicher Gesellschaften und eben auch den Wandel autoritärer Regime in Aussicht: Politische Ideen könnten problemlos über alle Grenzen hinweg übermittelt werden und das Informationsmonopol von Diktatoren untergraben. Das Netz sollte Dissidenten, Oppositionellen und zivilgesellschaftlichen Akteuren eine Plattform mit transnationaler Reichweite für Austausch und Mobilisierung bieten.¹ Etablierte Hierarchien der Wissensübermittlung könnten durch die neuen Kommunikationstechnologien aufgelöst werden und untergeordnete gesellschaftliche Akteure neue Chancen zur Her-

1 Ferdinand, Peter (Hg.): *The Internet, Democracy and Democratization*, London: Frank Cass Publishers 2000; Tsagarousianou, Roza: „Electronic democracy and the public sphere. Opportunities and challenges“, in: Tsagarousianou, Roza/Tambini, Damian/Bryan, Cathy (Hg.), *Cyberdemocracy. Technology, cities and civic networks*, London/New York: Routledge 1998, S. 167-78.

ausforderung dominanter Eliten erhalten.² Im Jahr 2010 – sechs Monate nach den Wahlprotesten in Teheran – brachte die US-amerikanische Außenministerin Hillary Clinton diese Erwartungen an das Internet noch einmal prominent auf den Punkt. In Anlehnung an die Rhetorik des Kalten Krieges warnte sie vor einem neuen „eisernen Vorhang“, der die Informationsfreiheit im Internet bedrohe und verglich den Kampf gegen autoritäre Internetzensur mit einem generellen Einsatz für Freiheit und Demokratie.³

Diese hoffnungsvolle Sichtweise auf das Internet blieb nicht unangefochten. In einer ebenso ausführlichen wie pointierten Zurückweisung des „Cyber-Optimismus“ argumentiert beispielsweise Evgeny Morozov, dass durch den ausschließlichen Fokus auf das Demokratisierungspotential des Internets vernachlässigt werde, wie undemokratische Herrscher das Medium zu Zwecken der Überwachung, Propaganda und gezielten Zensur einsetzen.⁴ Bereits vor Morozov haben einzelne Wissenschaftler ebenso wie die Reports von Organisationen zur Verteidigung der Informationsfreiheit darauf hingewiesen, dass autoritäre Staaten erheblichen Einfluss auf die Internetanwendung ihrer Bevölkerung nehmen können – sei es durch Kontrolle und Zensur oder aber eine aktive Präsenz im Netz.⁵ Andere Analysen unterstreichen mit Blick auf die Umbrüche in Tunesien und Ägypten, dass Internetanwendungen zwar mehr und mehr von Protestlern genutzt werden, ein Nachweis der vermuteten Wirkungen jedoch äußerst schwierig sei. Offenbar können die Kommunikationsnetzwerke des Internets grundsätzlich die Formierung spontanen Widerstands gegen autoritäre Politik erleichtern, doch im Prozess einer tatsächlichen Neuaushandlung der Machtverhältnisse scheinen ihre Effekte eher be-

-
- 2 Alterman, Jon B.: „Counting Nodes and Counting Noses: Understanding New Media in the Middle East“, in: *Middle East Journal* 54 (3) (2000); Anderson, Jon W.: „New Media, New Publics: Reconfiguring the Public Sphere of Islam“, in: *Social Research* 70 (3) (2003); Eickelman, Dale F./Anderson, Jon W. (Hg.): *New Media in the Muslim World. The Emerging Public Sphere*, Bloomington: Indiana University Press 1999.
 - 3 Clinton, Hillary Rodham: „Remarks on Internet Freedom“, Webseite des US Department of State vom 21.01.2010.
 - 4 Morozov, Evgeny: *The Net Delusion. How Not to Liberate the World*, London: Allen Lane 2011.
 - 5 Deibert, Ronald/Palfrey, John/Rohozinski, Rafal/Zittrain, Jonathan (Hg.): *Access Denied: The Practice and Policy of Global Internet Filtering*, Cambridge: MIT Press 2008; Kalathil, Shanthi/Boas, Taylor C.: *Open Networks, Closed Regimes. The Impact of the Internet on Authoritarian Rule*, Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace 2003; Reporters without Borders: „Internet Enemies“, Paris 2009. [URLs für im Internet veröffentlichte Reports und Artikel sind in der Literaturliste aufgeführt].

grenzt.⁶ Auch nach der Wahlkrise in Iran wurde auf die begrenzte Nutzung von Twitter innerhalb des Landes verwiesen und realistische Einschätzungen zur Bedeutung des Internets für die Grüne Protestbewegung gefordert.⁷

Viele Fallbeispiele, die als Beleg für die Rolle neuer Kommunikationstechnologien in politischen Wandlungsprozessen angeführt werden, fokussieren Krisen, in denen eine offene Konfrontation zwischen der Machtelite und Teilen der Gesellschaft bereits ausgebrochen ist: Man denke etwa an die Proteste der Mönche in Burma 2007 oder die Orangene Revolution in der Ukraine 2004, wo Internetanwendungen den Austausch der Protestteilnehmer untereinander und die Verbreitung von Informationen über die Ereignisse ebenfalls erleichterten. Jenseits dieser Konfliktmomente aber hat die Anwendung des Internets durch Akteure, die in autoritären Systemen eine Änderung bestehender Machtverhältnisse anstreben, bislang kaum Aufmerksamkeit erfahren. Doch Situationen, wie die Wahlproteste in Teheran entstehen nicht von heute auf morgen – sowohl was die offen ausbrechenden politischen Auseinandersetzungen anbetrifft als auch den Einsatz des Internets durch die beteiligten Konfliktparteien. Nach wie vor bestehen erhebliche Wissenslücken hinsichtlich der Frage, wie das Internet längerfristig die Aktivitäten von Opposition und Zivilgesellschaft unter undemokratischer Herrschaft unterstützt. Der alleinige Fokus auf die Technologie und deren Potentiale ist dabei wenig hilfreich und führt zu einer Verzerrung der Wahrnehmung.

Bevor politische Herausforderer die Position autoritärer Machthaber überhaupt gefährden können, müssen sie gemeinsame Anschauungen, Ziele und Strategien entwickeln, Unterstützung gewinnen und Anhänger mobilisieren. Einem politischen Systemwechsel gehen komplexe gesellschaftliche Entwicklungen voraus, in deren Folge dominante Normen hinterfragt, neue Solidaritäten gebildet und Visionen für die Zukunft des Landes entworfen werden. Autoritäre Staaten geben ihrer Bevölkerung jedoch kaum Gelegenheit zu einer öffentlichen Artikulation abweichender politischer Positionen, sei es über freie Wahlen, Demonstrationen oder aber die Medien. Staatliche Überwachung und Willkür wirken einer politischen oder gesellschaftlichen Teilhabe der Bürger entgegen. Insofern kann eine politische Kultur der Debatte und des Engagements nur jenseits der kontrollierten Öffentlichkeit in alter-

-
- 6 Etling, Bruce/Faris, Robert/Palfrey, John: „Political Change in the Digital Age: The Fragility and Promise of Online Organizing“, in: SAIS Review 30 (2) (2010), S. 37-49; Lynch, Marc: „After Egypt: the Limits and Promise of Online Challengers to the Authoritarian Arab State“, in: Perspectives on Politics 9 (2) (2011), S. 301-10.
 - 7 „Iran’s Twitter Revolution? Maybe Not Yet“, Business Week vom 17.06.2009; Esfandiari, Golnaz: „The Twitter Devolution“, in: Foreign Policy vom 07.06.2012; Morozov, Evgeny: „Iran: Downside to the ‚Twitter Revolution‘“, in: Dissent 56 (4) (2009), S. 10-14.

nativen Sphären entstehen. Diese Prozesse beruhen auf kommunikativen Handlungen, haben aber auch schon vor der Verbreitung des Internets stattgefunden. Über Flugblätter, Pamphlete, Kassetten oder Telefongespräche wurden Machthaber hinterfragt, Widerstand und Protest organisiert. Die Frage ist nunmehr, wie das Internet die Kommunikation politischer Herausforderer fördert, beschleunigt oder erweitert. Inwieweit erleichtert es etwa einen Informations- und Meinungs austausch, mithin also die Schaffung von Gegenöffentlichkeit, eröffnet es neue Möglichkeiten der Vernetzung und Organisation oder begünstigt die Mobilisierung von Anhängern und Unterstützung? Zivilgesellschaftliche und oppositionelle Bewegungen stehen dabei in einer Auseinandersetzung mit dem autoritären Staat, der die neuen Kommunikationstechnologien immer auch für eigene Zwecke einsetzen kann. Das Internet ist also ein Instrument, das die beteiligten Akteure sich ihrer jeweiligen Interessen gemäß aneignen und in ihre Handlungen integrieren. Anwendungsformen müssen immer im sozialen und politischen Kontext stattfindender Transformationsprozesse betrachtet werden, deren Verlauf von verschiedenen Einflussfaktoren und Rahmenbedingungen abhängig ist.

Die Entwicklungen in Iran führen dies deutlich vor Augen. Ein Jahr nach der umstrittenen Wahl hatte die Islamische Republik eine der schwersten Krisen ihres dreißigjährigen Bestehens vorerst bewältigt. Zwar bestanden nach wie vor Spannungen innerhalb der politischen Elite, doch erschien das Regime insgesamt stabilisiert. Die Macht lag fest in den Händen einer Führungsriege aus Revolutionsgarden, ultrakonservativen Politikern und Klerikern im Gefolge des Revolutionsführers Ali Khamenei. Der Aufstieg dieser Fraktion ließ sich seit Jahren beobachten, die Wahlkrise stellte letztlich einen vorläufigen Höhepunkt dieser autoritären Regression dar. Die Grüne Bewegung hingegen schien durch das entschiedene Vorgehen des Regimes vorerst unterdrückt; Skeptiker unterstrichen die auf die liberale Mittel- und Oberschicht begrenzte gesellschaftliche Reichweite der Opposition. Selbst iranische Experten, die als Journalisten, Wissenschaftler oder Politikberater die Berichterstattung im Westen geprägt hatten, waren bereit, Fehler in ihrer Wahrnehmung der Ereignisse des Sommers 2009 einzugestehen. Zum ersten Jahrestag der Proteste betonten sie die Notwendigkeit, die Wahlkrise, die Protestbewegung und die Streitigkeiten innerhalb des Regimes in den Zusammenhang der langfristigen soziopolitischen Transformation der Islamischen Republik einzuordnen.⁸

Bemerkenswerterweise fand die Verbreitung des Internets in Iran nahezu zeitgleich mit dem Machtgewinn der Ultrakonservativen und der autoritären Verhärtung des Systems statt. In den ersten Jahren des neuen Millenniums konnte Iran eine der höchsten Wachstumsraten der Internetnutzung in der Region aufweisen. Bis

8 „Misreading Tehran. Leading Iranian-American writers revisit a year of dreams and discouragement“, in: Foreign Policy vom 07.06.2010.

heute ist die gesellschaftliche Durchdringung durch das Internet in Iran weitaus höher als in den Ländern des Arabischen Frühlings. Hinzu kommt, dass seit Ende der 1990er Jahre in Folge der Reformpolitik des moderaten Präsidenten Khatami eine lebendige Zivilgesellschaft und Presselandschaft entstehen konnten. Intellektuelle, Journalisten, Studenten und Frauenrechtlerinnen zählten zu den Triebkräften einer demokratischen Ausgestaltung des Systems. Der Handlungsraum dieser Akteure wurde aber zugleich mit der Verdrängung der Reformfraktion aus den staatlichen Institutionen wieder eingeschränkt. In diesem Konflikt gewannen Onlinemedien mehr und mehr an Bedeutung: als Sprachrohr der konkurrierenden politischen Gruppierungen und als Rückzugsort für zivilgesellschaftliche Aktivisten. Das Internet eröffnete in Iran ein neues Feld für die Auseinandersetzung zwischen den Protagonisten des demokratischen Wandels und ihren autoritären Gegenspielern. In Anbetracht dieser längerfristigen Entwicklungen erscheinen sowohl der Ausbruch der Proteste im Sommer 2009 als auch der Einsatz von Internetanwendungen dabei weniger überraschend.

Diese Arbeit untersucht die Rolle des Internets in der politischen Entwicklung der Islamischen Republik Iran. Im Zentrum steht dabei die Nutzung von Onlinemedien durch soziale Akteure, die eine Reform und Demokratisierung des politischen Systems anstreben. Ein vorweg erarbeiteter theoretischer Rahmen basiert auf Ansätzen der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung und der Kommunikationswissenschaft, die in Bezug zur laufenden Debatte über das politische Potential digitaler Medien gesetzt werden. Im Anschluss geht es um den Kontext der Internetanwendung, also die politische Transformation Irans mit ihren zentralen Rahmenbedingungen, Akteuren und Einflussfaktoren. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Zeitraum vom Ende der 1990er Jahre bis hin zur Wahlkrise 2009 und deren Folgen. Fokussiert werden eher innenpolitische Entwicklungen und gesellschaftliche Dynamiken; Außenpolitik und Wirtschaft bleiben ausgeklammert. Der Hauptteil der Arbeit widmet sich zuerst dem Entwicklungsstand des Internets in Iran und der staatlichen Politik. Exemplarisch werden dann wichtige iranische Onlinemedien und deren Rolle bei der Verbreitung von Informationen und politischen Standpunkten vorgestellt. Schließlich werden Inhalte und Anwendungen von Webseiten, Blogs und sozialen Medien der politischen Reformer, der Frauenbewegung und der Grünen Bewegung untersucht. Grundlegende Frage ist dabei, inwieweit das Netz den Informations- und Meinungsaustausch dieser Akteure sowie die Verbreitung alternativer politischer Vorstellungen fördert. Ebenso geht es um die Auswirkungen der Onlinekommunikation auf Struktur, Zusammenhalt und Mobilisierungsfähigkeit der politischen Herausforderer.

Ziel der Arbeit ist es, einen grundlegenden Überblick über die Bedeutung von Internetanwendungen in den politischen Veränderungen Irans der letzten zehn Jahre zu geben. Jenseits dieses länderspezifischen Fokus soll zu einer differenzierten Diskussion über mögliche Leistungen digitaler Medien in Prozessen der Entwicklung

und Demokratisierung beigetragen werden. In der journalistischen und wissenschaftlichen Beschäftigung mit den politischen Wirkungen digitaler Medien sind die iranischen Wahlproteste von 2009 mittlerweile zu einem häufig angeführten Fallbeispiel geworden.⁹ Die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sowie die Entwicklung der Internetnutzung in Iran werden dabei aber kaum in Betracht gezogen. Die Forschung zu Iran wiederum beleuchtet zwar unterschiedliche Aspekte des Internets und der digitalen Medien im Land, bleibt allerdings überwiegend deskriptiv und gibt ihren Analysen selten die notwendigen theoretischen Grundlagen.¹⁰ Eine enge Verflechtung von Länderexpertise mit politik- und kom-

-
- 9 Diamond, Larry: „Liberation Technology“, in: *Journal of Democracy* 21 (3) (2010), S. 69-83; Gladwell, Malcolm: „Small Change. Why the revolution will not be tweeted“, in: *The New Yorker* vom 04.10.2010; Howard, Philip N.: *The Digital Origins of Dictatorship and Democracy. Information Technology and Political Islam*, New York: Oxford University Press 2010; Shirky, Clay: „The Political Power of Social Media“, in: *Foreign Affairs* (January/February) (2011).
- 10 Alavi, Nasrin: *We are Iran*, Washington D.C.: Soft Skull Press 2005; Amir-Ebrahimi, Masserat: „Performance in Everyday Life and the Rediscovery of the ‚Self‘ in Iranian Weblogs“, in: *Badjens: Iranian Feminist Newsletter* (September) (2004); Bucar, Elizabeth M./Fazaeli, Roja: „Free Speech in Weblogistan? The Offline Consequences of Online Communication“, in: *International Journal of Middle East Studies* 40 (2008), S. 403-19; Doostdar, Alireza: „The Vulgar Spirit of Blogging: On Language, Culture and Power in Persian Weblogistan“, in: *American Anthropologist* 106 (4) (2004), S. 651-62; Hendelman-Baavur, Liora: „Promises and Perils of Weblogistan: Online Personal Journals and the Islamic Republic of Iran“, in: *Middle East Review of International Affairs (MERIA)* 11 (2) (2007); Kamalipour, Yahya (Hg.): *Media, Power, and Politics in the Digital Age. The 2009 Presidential Election Uprising in Iran*, London/New York: Rowman and Littlefield Publishers 2010; Mina, Nima: *Blogs, „Cyber-Literature and Virtual Culture in Iran“*, Garmisch-Partenkirchen George C. Marshall European Center for Security Studies 2007; Nouraie-Simone, Fereshteh: „Wings of Freedom: Iranian Women, Identity and Cyber-space“, in: Nouraie-Simone, Fereshteh (Hg.), *On Shifting Ground. Muslim Women in the Global Era*, New York: Feminist Press at CUNY 2005, S. 61-79; Rahimi, Babak: „Cyberdissent: The Internet in Revolutionary Iran“, in: *Middle East Review of International Affairs (MERIA) Online* 7 (3) (2003); Rahimi, Babak: „The Antagonistic Social Media: Cyberspace in the Formation of Dissent and Consolidation of State Power in Postelection Iran“, in: *The Communication Review* 14 (3) (2011), S. 158-78; Rouhani, Farhang: „The Spatial Politics of Leisure: Internet Use and Access in Tehran, Iran“, in: *NMIT Working Papers on New Media and Information Technology in the Middle East* (2000); Sreberny, Annabelle/Khiabany, Gholam: *Blogistan. The Internet and Politics in Iran*, London/New York: I.B.Tauris 2010.

munikationswissenschaftlichen Ansätzen, wie sie diese Studie anstrebt, ist bislang noch nicht geleistet worden.

Für eine Untersuchung der Anwendungsformen und Inhalte von digitalen Medien in komplexen, einer Vielzahl von Einflüssen unterliegenden politischen Wandelprozessen eignen sich vor allem die Methoden der qualitativen Sozialforschung, die die „*Totalität sozialer Phänomene*“ verstehend rekonstruieren.¹¹ Grundlegende Prinzipien sind hierbei Offenheit für Forschungsfeld und -gegenstand sowie methodische und inhaltliche Flexibilität. Generell wird davon ausgegangen, dass Menschen sich kommunikativ mit ihrer Umwelt auseinandersetzen und entsprechend der Interpretation ihrer Wahrnehmungen dieser Umwelt handeln. Qualitative Analysen versuchen daher zum einen „*die Schaffung von Vorstellungen über die Welt zu verstehen*“, zum anderen stellen sie Überlegungen an, „*wie Menschen auf dieser Basis ihr Handeln in diesem Sinnzusammenhang gestalten und welche Folgen daraus für das Zusammenleben resultieren*“.¹² Mithilfe einer hermeneutisch geleiteten interpretativen Analyse soll die soziale Konstruktion von Wirklichkeit, die sich in menschlichen Handlungen und Mitteilungen offenbart, rekonstruiert werden.¹³ Die Forschungsmaterialien für diese Arbeit wurden über Texte aus dem Internet und Interviews gewonnen.¹⁴ Ebenso entscheidend für den Erkenntnisprozess erwies sich das durch mehrjährige Eigennutzung von iranischen Onlinemedien sowie längere Aufenthalte in Iran gewonnene Kontextwissen.

11 Froschauer, Ulrike/Lueger, Manfred: Das qualitative Interview, Wien: WUV Universitätsverlag 2003. S. 194.

12 Ebd. S. 180.

13 Ebd. S. 183ff.; Keller, Reiner: Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Opladen: Leske und Budrich 2004, S. 72ff.

14 Die Angaben zu den geführten Interviews sind größtenteils anonymisiert. Weitere Erläuterungen zur methodischen Vorgehensweise bei der Inhaltsanalyse finden sich im Anhang. Ein Teil der hier verwendeten Webseiten und Blogs ist mittlerweile nicht mehr zugänglich. Aus diesem Grund und um eine einheitliche Zitierweise zu gewährleisten wird insgesamt auf die Angabe der jeweiligen URL verzichtet. Die Titel persischsprachiger Artikel werden der Einfachheit halber übersetzt und nicht transkribiert.

I. Theorie

Die Frage nach der Rolle des Internets im politischen Transformationsprozess Irans und seiner Bedeutung für die Aktivitäten der Reform- und Demokratiebewegung ist am Schnittpunkt von Politik- und Kommunikationswissenschaft anzusiedeln. Notwendige theoretische Vorüberlegungen sind dementsprechend zweigeteilt: Die in einem ersten Abschnitt aufgeführten Ansätze der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung erklären wesentliche Rahmenbedingungen, Einflussfaktoren und Akteursgruppen für den Wandel eines autoritären Systems. Damit werden grundlegende Parameter für die Analyse der politischen Entwicklung Irans gewonnen. Ein zweiter Abschnitt beschäftigt sich mit Medien und Kommunikation in politischen Wandlungsprozessen. Besonderes Augenmerk liegt hierbei auf den kommunikativen Handlungen und Bedürfnissen von Akteuren, die eine Veränderung vorherrschender Macht- und Verteilungsverhältnisse anstreben. Die Erkenntnisse dieser beiden Abschnitte werden sodann in die laufende Diskussion zum Internet als Mittel von Demokratisierung und politischem Wandel eingebracht. Somit können abschließend Arbeitshypothesen formuliert werden, welche die weitere Analyse leiten.

1. Politische Transformation und Demokratisierung

Die Analyse der Demokratisierung autoritärer Systeme erlebte in den 1980er Jahren mit den politischen Veränderungen in Lateinamerika und Osteuropa einen deutlichen Aufschwung. Die *Transformationsforschung* untersuchte Bedingungen und Perspektiven von Demokratisierung, um letztlich über systematische Vergleiche theoriegeleitete Modelle derartiger Wandlungsprozesse zu entwickeln. Allerdings führte der ab Mitte der 1990er Jahre stagnierende und mitunter gar regressive Ablauf weltweiter Systemwechsel nach Abklingen der „Dritten Welle“ der Demokratisierung zu Zweifeln an der Tragweite und Erklärungskraft der Transformationstheorien.¹ Deren universelle Anwendbarkeit wurde durch eine wachsende Anzahl von Ländern in Frage gestellt, die nach einer „unvollendeten“ Transformation in einer Grauzone zwischen Autoritarismus und Demokratie endeten.² Vor allem mit Blick auf den Nahen und Mittleren Osten mit einer Vielzahl stabiler autoritärer Systeme, die erst durch die Umbrüche des Jahres 2011 erschüttert wurden, entstand eine *Autoritarismusforschung*, die die Persistenz und Funktionsweise autoritärer Systeme zu erklären suchte. Relevante Erkenntnisse dieser beiden Forschungsstränge werden

-
- 1 Samuel Huntington geht von drei globalen „Wellen“ der Demokratisierung aus, von denen die erste bis in die 1920er Jahre Länder wie die USA, Frankreich und Großbritannien erfasste, die zweite nach dem II. Weltkrieg u. a. Deutschland, Japan und Italien. Die dritte Welle setzte schließlich Mitte der 1970er mit den Demokratisierungen in Spanien und Portugal ein und schließt die späteren Systemwechsel in verschiedenen Ländern Lateinamerikas und Asiens sowie in Osteuropa mit ein. Huntington, Samuel: *The Third Wave. Democratization in the Late 20th Century*, Oklahoma: Oklahoma University Press 1991.
 - 2 U. a.: Bendel, Petra/Croissant, Aurel/Rüb, Friedbert (Hg.): *Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*, Opladen: Leske und Budrich 2002; Merkel, Wolfgang/Croissant, Aurel/Puhle, Hans-Jürgen/Eicher, Claudia/Thiery, Peter: *Defekte Demokratie*, Bd. 1, Theorien und Probleme, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2003.

im Folgenden dargestellt. Um darüber hinaus gesellschaftliche Veränderungsprozesse zu erfassen, die politischen Wandel begleiten und mitunter auch einleiten, werden anschließend Ansätze zum Konzept der Zivilgesellschaft erläutert.

POLITISCHER SYSTEMWECHSEL: ABLAUF UND AKTEURE

Einschlägige Arbeiten des Forschungszweigs unterstreichen den offenen Ausgang einer Transformation. Diese wird als „*in Etappen verlaufender, widersprüchlicher und höchst fragiler Veränderungsprozess*“³ betrachtet, der einen Übergang von einem politischen Regime zum anderen bildet und dessen Ergebnis „*ein demokratisches Regime, die Rückkehr zur alten bzw. zu einer anderen Form autoritärer Herrschaft oder eine revolutionäre Alternative*“⁴ sein kann. Ein solcher Systemwechsel nimmt seinen Ursprung in einer Legitimationserosion der bestehenden Herrschaftsform und einer damit einhergehenden Destabilisierung der Machtverhältnisse. Auf dem idealtypisch skizzierten Weg vom autoritären zum demokratischen System werden die Handlungsspielräume der beteiligten politischen Akteure in komplexen Aushandlungsprozessen schrittweise bis hin zur Einführung demokratischer Verfahren und Institutionen erweitert. Am Ende steht schließlich die schwierige und ergebnisoffene Konsolidierungsphase des neuen Systems. Jederzeit kann dieser Prozess durch Strategien der Machterhaltung von Seiten etablierter Eliten oder aber ungünstige äußere Einflussfaktoren blockiert werden.⁵ Insofern erscheint die Entstehung eines demokratischen Systems im Rahmen der Transformationsforschung als ein mögliches Resultat politischer Wandlungsprozesse neben anderen.

Innerhalb der Transitionsforschung bestehen verschiedene Ansätze zur Erklärung und Beobachtung demokratischen Wandels. Je nach Herangehensweise fokussieren sie entweder systemische Voraussetzungen und Dysfunktionen (Makroebene), gesellschaftliche Sozial- und Machtstrukturen (Mesoebene) oder die Handlungen politischer Akteure (Mikroebene). Mittlerweile dominiert die Erkenntnis, dass nur eine sinnvolle Kombination dieser Analyseparadigmen dem komplexen Charakter gesellschaftlicher und politischer Wandlungsprozesse gerecht werden kann.⁶ Die

-
- 3 Schubert, Gunter/Tetzlaff, Rainer: *Blockierte Demokratien in der Dritten Welt*, Opladen: Leske und Budrich 1998, S. 14.
 - 4 Bos, Ellen: „Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen“, in: Merkel, Wolfgang (Hg.), *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung*, Opladen: Leske und Budrich 1996, S. 81-110, hier S. 85.
 - 5 Schubert/Tetzlaff: *Blockierte Demokratien*, S. 15.
 - 6 Merkel, Wolfgang: „Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der Transformationsforschung?“, in: Merkel, Wolfgang (Hg.), *Systemwechsel 1.*

Untersuchung der Interessen, Strategien und Entscheidungen von Akteuren erreicht erst dann volle Erklärungskraft, wenn auch die handlungsrahmenden strukturellen und systemischen Merkmale einer Gesellschaft einschließlich historischer, kultureller und internationaler Einflussfaktoren berücksichtigt werden. Schubert und Tetzlaff gehen überdies davon aus, dass sich die Gewichtung der Erklärungsfaktoren im Verlauf der Transformation ändert: Während die Interaktionen politischer Akteure bei Einleitung des Systemwechsels eine größere Rolle spielen, sind es in der Folge eher politische und soziale Strukturen, die Tiefe, Tempo und Richtung der Transition bestimmen. Das von den Autoren entwickelte Konzept der „*strategischen und konfliktfähigen Gruppen*“ (SKOG) verfolgt eine Synthese von Akteurs- und Systemansatz und eignet sich daher, den möglichen Ablauf und ausschlaggebende Faktoren einer Transformation zu erläutern.⁷

Schubert et al. verstehen politischen Wandel, also sowohl Demokratisierung als auch autoritäre Regression, als „*Ergebnis von Veränderungen innergesellschaftlicher Kräfteverhältnisse*“ und „*Konflikten zwischen verschiedenen politischen Einflussgruppen*“.⁸ Im Zentrum stehen die Handlungen von gesellschaftlichen Gruppierungen, die einerseits an bestehenden Macht- und Verteilungsverhältnissen festhalten, andererseits aufgrund bestimmter Interessen oder Ideale sich herausfordernd dagegen wenden. Notwendigerweise geht eine Erweiterung politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Teilhabe auf bisher ausgegrenzte soziale Gruppen mit einem Verlust an Macht und Einfluss seitens der Herrschaftselite einher. Diese kann daher jederzeit zu einer Gegenreaktion provoziert werden, mit der sie ihre Position verteidigt und Veränderungen blockiert. Insofern spielen für eine Demokratisierung sowohl die Konfliktfähigkeit der Herausforderer als auch die Kompromissbereitschaft etablierter Eliten eine entscheidende Rolle. Äußere Einflüsse können in diesem spannungsreichen Verhandlungsprozess die Position einzelner Gruppen stärken oder schwächen sowie verfügbare Handlungsoptionen erweitern oder reduzieren.⁹

Die Autoren gehen davon aus, dass politische Einflussgruppen als politisierte und verschiedenartig organisierte Akteure die Interessenlagen bestimmter soziologischer Großgruppen mit einer tendenziell gleichen gesellschaftlichen Lage vertreten.¹⁰ Hier orientieren sich die Autoren an Ansätzen der strukturalistischen Trans-

Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung, Opladen: Leske und Budrich 1996, S. 303-32; Schubert, Gunter/Tetzlaff, Rainer/Vennewald, Werner: Demokratisierung und politischer Wandel. Theorie und Anwendung des Konzeptes der strategischen und konfliktfähigen Gruppen, Münster: LIT 1994, S. 6f.

7 Schubert/Tetzlaff: Blockierte Demokratien, S. 16.

8 Ebd. S. 28.

9 Ebd.

10 Schubert/Tetzlaff/Vennewald: Demokratisierung und politischer Wandel, S. 68ff.

formationsforschung, die vor allem die Verteilungsverhältnisse und Machtbeziehungen zwischen den verschiedenen sozialen Klassen untersucht. Laut Vanhanen sind die Chancen auf eine Demokratisierung dann am höchsten, wenn die Machtressourcen einer Gesellschaft so differenziert verteilt sind, dass keine soziale Gruppe mehr in der Lage ist, allein ihre Konkurrenten zu dominieren. Mit der zunehmenden Aufteilung von Ressourcen und Einflussmöglichkeiten steigt die Notwendigkeit zu Koalitionen und Kompromissen.¹¹

Die gleichlaufenden sozioökonomischen Interessen gesellschaftlicher Gruppen bedürfen einer gewissen Form der kollektiven Organisation, um wirksames Handeln zu ermöglichen. Politische Einflussgruppen entstehen erst dann, wenn aufgrund einer ähnlichen sozialen Situation ein gemeinsames Bewusstsein entwickelt und gleichzeitig die zur Verfügung stehenden Handlungspotentiale strategisch zur Verwirklichung von Interessen eingesetzt werden. Der Ansatz von Schubert et al. fokussiert auf der Akteursebene die Ressourcen und Strategien, mit denen soziale Gruppen eine Durchsetzung ihrer Ziele verfolgen. Dadurch werden relevante Akteurskollektive identifiziert, die jeweils den politischen Prozess beeinflussen: strategische und konfliktfähige Gruppen.

Die strategischen Gruppen kontrollieren politische und ökonomische Ressourcen einer Gesellschaft. Häufig als Regimekoalition vereint, haben sie Zugriff auf das Gewaltmonopol und die Einkünfte des Staates. Sie können aber auch außerhalb der staatlichen Sphäre bestimmte Ressourcen, wie Kapital, spezifische Kompetenzen oder Waffengewalt aktivieren, um das prinzipielle Ziel des Erhalts und der Erweiterung politischer und wirtschaftlicher Macht durchzusetzen. Demgegenüber agieren konfliktfähige Gruppen entgegen bestehender Macht- und Verteilungsverhältnisse und verfolgen eine Teilhabe an der politischen Macht im Staat sowie den Ressourcen der Gesellschaft. Gleichzeitig wenden sie sich gegen die hegemonialen Ansprüche strategischer Gruppen, um eigene kulturelle oder religiöse Identitäten zu stärken und andere Wertvorstellungen durchzusetzen. Sind diese Gruppen bereit, ihnen zur Verfügung stehendes Konfliktpotential aktiv einzusetzen und gemeinsame Handlungsstrategien zu entwickeln, können sie zu wichtigen Förderern gesellschaftlichen Wandels werden.¹²

Innerhalb der Akteursgruppen, die typischerweise eine strategische oder aber konfliktorientierte Rolle im Transformationsprozess spielen, fällt Schubert und Tetzlaff gemäß den als „Professionals“ bezeichneten Vertretern der Mittelschicht eine besondere Bedeutung zu: Akademiker, Journalisten, Ingenieure oder Anwälte. Über ihre Ausbildung können sie entscheidende Beiträge zur gesellschaftlichen

11 Vanhanen, Tatu: *Prospects of Democracy: A Study of 172 Countries*, London: Routledge 1997.

12 Schubert/Tetzlaff/Vennewald: *Demokratisierung und politischer Wandel*, S. 68ff.

Entwicklung leisten und hegen dementsprechende Partizipationserwartungen. Insofern Professionals nicht als Technokraten oder Beamte an den Staatsapparat gebunden sind, bieten sich ihnen im autoritären Staat kaum Möglichkeiten der Teilhabe. Aufgrund politischer Barrieren oder Missmanagements durch korrupte Machthaber bleiben ihnen Wege des sozialen Aufstiegs verschlossen. Diese Schicht bildet einen sehr dynamischen Teil der Gesellschaft und verfügt über gute Kapazitäten zur Delegitimierung des Systems sowie zu aktiver Opposition. Durch ihren Wissensvorsprung können gut ausgebildete Vertreter der Mittelschicht Forderungen an Machthaber artikulieren und andere sozialen Gruppen für Ideen der politischen Veränderung mobilisieren. Nicht umsonst rekrutieren sich die Führungsfiguren von sozialen Bewegungen oder Oppositionsparteien in Entwicklungs- und Transitionsländern meist aus diesen Kreisen.¹³ Auch in Iran ist die gesellschaftliche Basis der Reformbewegung vor allem in der Mittelschicht anzusiedeln, deren Bedürfnisse nach politischer Teilhabe und sozialen Entfaltungsmöglichkeiten in der Islamischen Republik nur begrenzt realisiert werden konnten. Intellektuelle, Journalisten und Studenten stellen den aktiven Kern der Bewegung und haben deren grundlegende Ziele und Strategien formuliert. Letztlich finden sich unter den Professionals meist auch die versiertesten Internetnutzer einer Gesellschaft, denen das Netz neue Kanäle der Informationsgewinnung und Meinungsäußerung eröffnet.

Folgende Faktoren bestimmen laut Schubert et al. die Handlungsfähigkeit konfliktorientierter Gruppen:

- Grad der formalen Institutionalisierung (z.B. in Parteien oder Bewegungen)
- Ideologische und kulturelle Geschlossenheit
- Legitimation als politische Kraft (z. B. durch sozialen Status, Charisma oder politische Biographien)
- Mobilisierungspotential in der Bevölkerung¹⁴

Der Realisierung dieser Faktoren liegen eindeutig kommunikative Handlungen zu Grunde, die von den Autoren jedoch nicht weiter ausgeführt werden. Die Herstellung einer geschlossenen kollektiven Identität, die Legitimierung des eigenen politischen Handelns und die Mobilisierung von Anhängern vollziehen sich über Kommunikation innerhalb der Akteursgruppen sowie extern mit ihrem Umfeld. Dementsprechend entwickeln konfliktorientierte Gruppen Kommunikationsbedürfnisse, von deren Realisierung ihr Handlungserfolg abhängt und die letztlich auch ihren Umgang mit Medien sowie speziell dem Internet prägen.

13 Ebd. S. 90ff.

14 Ebd. S. 68ff.

Verlauf der Transformation und mögliche Hindernisse

Gemäß den akteurszentrierten Ansätzen der Transformationsforschung gehen Schubert et al. idealtypisch von einem mehrphasigen Verlauf der Transformation aus. Ausgangspunkt ist ein autoritäres System mit einer bislang stabilen Herrschaftselite, das aufgrund bestimmter Faktoren einer Legitimationskrise unterliegt. Hierbei können äußere Einflüsse wie Krieg, internationale Isolation oder Wirtschaftssanktionen ebenso ausschlaggebend sein wie innere Problemlagen, die etwa aus fehlender wirtschaftspolitischer Performanz des Regimes oder Repressionen gegen die Bevölkerung resultieren. In Folge können sich innerhalb der Regimekoalition verschiedene Fraktionen bilden, die jeweils eigene Lösungswege aus der Krise favorisieren. Entscheidend ist, mit welcher Konfliktbereitschaft und -fähigkeit oppositionelle Akteure die vorübergehende Schwächung der Regimekoalition nutzen. Dabei kommt es nicht nur auf die eingesetzten Ressourcen und Strategien an, sondern auch darauf, ob Entwürfe für ein verändertes System präsentiert werden. Erst ebenso attraktive wie realistische Alternativen für die Zukunft der Gesellschaft können Teile der Bevölkerung dazu veranlassen, Widerstand gegen das Regime zu leisten.¹⁵ Dies unterstreicht die Bedeutung deliberativer Prozesse innerhalb der Oppositionsgruppen und deren potentieller Anhängerschaft, aus denen alternative Vorstellungen erwachsen und letztlich zu einer Delegitimierung der bestehenden Ordnung beitragen. Ebenso wie die Herausbildung programmatischer Alternativen hängt auch deren Verbreitung – also die angeführte Erfolgsbedingung der Mobilisierungsfähigkeit – vom Mediengugang und den Kommunikationsstrategien der Herausforderer ab. Diese Dynamiken werden von den Ansätzen der Transformationsforschung nicht erfasst.

Das Ausmaß dieser ersten Phase der Liberalisierung hängt von der Verschiebung der Machtkonstellationen innerhalb des Regimes sowie der Institutionalisierung und gesellschaftlichen Verankerung konfliktfähiger Gruppen ab. Die Liberalisierung an sich gilt als unabgeschlossenes Projekt, das sich in eine bestimmte Richtung weiterentwickeln muss – sei es die erneute Repression, eine „offenere“ Diktatur oder hin zur Demokratisierung.¹⁶ Im günstigsten Fall kommt es zu einer allmählichen Integration von konfliktfähigen Gruppen in die politische Entscheidungsfindung, etwa in Form einer Annäherung zwischen den jeweils gemäßigten Teilen von Regime und Opposition. Eine „paktierte Transition“ kann als Mittelweg zwischen radikaleren Positionen zu einer friedlichen Einigung auf konstitutionelle Neuerungen und die Institutionalisierung demokratischer Verfahren führen. Ein derart ausgehandelter Systemwechsel bildet eine Form des politischen Wandels neben anderen (z. B. Revolution, Reform von oben, Zusammenbruch des Regimes).

15 Merkel: Struktur oder Akteur, S. 315.

16 Bos: Rolle von Eliten, S. 94.

Während häufig Elemente dieser unterschiedlichen Verlaufsformen der Transformation in Kombination miteinander zu beobachten sind, werden doch der paktierten Transition die besten Aussichten auf eine erfolgreiche Konsolidierung eines demokratischen Systems zugeschrieben.¹⁷

Da ein aus demokratietheoretischer Sicht erfolgreicher Transformationsprozess dem Einfluss zahlreicher Faktoren unterliegt, kann es trotz aufkommender Bestrebungen in Richtung Demokratisierung zu einer Blockade oder auch Regression des politischen Wandels kommen. Hierbei ist ein Scheitern erster Reformversuche am unmittelbaren Widerstand des herausgeforderten Regimes ebenso möglich wie die Rückkehr zu autoritären Verhältnissen nach einer Periode politischer Liberalisierung. Desgleichen lässt sich vermehrt ein andauerndes Spannungsverhältnis zwischen autoritären und demokratischen Elementen in einem politischen System ohne erkennbaren Ausweg beobachten. Versuche, diese Zwischenformen unter Bezeichnungen wie „defekte Demokratie“ oder „hybrides System“ zu kategorisieren, haben zu Grundsatzdebatten innerhalb der Transformationsforschung geführt.¹⁸

Die erläuterten Ansätze liefern ein Schema für die Analyse der strategischen Interessen und Handlungen einflussreicher politischer Akteure sowie prinzipieller Rahmenfaktoren. Für die Frage nach der Rolle von Internetkommunikation im Transformationsprozess wird genauer zu klären sein, inwieweit Medien eine Ressource für strategische und konfliktfähige Akteure darstellen oder gesellschaftliche Rahmenbedingungen im Sinne eines politischen Wandels beeinflussen.

VERSPÄTETER WANDEL? AUTORITARISMUS IN NAH- UND MITTELST

Bis zum überraschenden Ausbruch des Arabischen Frühlings 2011 erschienen die verschiedenen Formen autoritärer Herrschaft im Nahen und Mittleren Osten besonders resistent gegen politischen Wandel. Infolgedessen verlagerte sich speziell in diesem Regionalkontext die Suche nach den Ursachen fehlender Demokratisierung auf eine Analyse der Funktionsweise autoritärer Staaten. In kritischer Abgrenzung von den Transitionsparadigmen suchte die Autoritarismusforschung die Stabilität

17 Hafez, Kai: Heiliger Krieg und Demokratie. Radikalität und politischer Wandel im islamisch-westlichen Vergleich, Bielefeld: transcript 2009, S. 112, 137.

18 Vgl. dazu: Diamond, Larry: „Thinking About Hybrid Regimes“, in: *Journal of Democracy* 13 (2) (2002), S. 21-35; Merkel, Wolfgang: *Defekte Demokratie*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2003; Schmotz, Alexander: „Die Vermessung der Grauzone: Hybride Regime zwischen Demokratie und Diktatur“, in: *Berliner Debatte Initial* 21 (3) (2010), S. 54-66.

der Regime zu erklären und Aussagen zur Herrschaftssicherung autoritärer Macht zu liefern.¹⁹ Die Ansätze dieses Forschungszweigs bieten eine zusätzliche Basis für die Analyse des iranischen Regimes. Gleichzeitig wird argumentiert, dass der Fokus auf die Persistenz autoritärer Herrschaftseliten die Rolle gesellschaftlicher Kräfte vernachlässigt hat, welche auf eine Veränderung politischer und sozialer Zustände hinwirken. Gerade dies haben die Umbrüche in Ägypten und Tunesien deutlich vor Augen geführt. Kritische Repliken auf die Autoritarismusforschung lenken somit die theoretischen Überlegungen hin zum Konzept der Zivilgesellschaft.

Lange Zeit wurde versucht, das Demokratiedefizit im Nahen und Mittleren Osten mit der „islamischen“ oder gar „orientalischen“ Prägung der Gesellschaften zu erklären. Diese kulturell oder religiös basierten Argumentationsmuster gelten als überholt. Gegen die Unverträglichkeit von Islam und Demokratie sprechen nicht nur demokratische Erfahrungen in islamisch geprägten Ländern wie der Türkei, Malaysia oder Indonesien, sondern auch die vielfältigen Bestrebungen muslimischer Intellektueller, Religion und Demokratietheorie zu vereinen.²⁰ Nicht zuletzt standen im Vordergrund der jüngsten Protestbewegungen in Iran sowie Ägypten, Tunesien und anderen arabischen Ländern Forderungen nach Freiheit, Mitsprache und Rechtsstaatlichkeit, also grundlegenden Werten einer demokratischen Moderne.

Mit Hinblick auf Transformationsprozesse spielt Religion allerdings insofern eine Rolle, als politische Interpretationen des Islam von islamistischen Gruppierungen immer wieder als Gegenentwurf zu bestehenden Gesellschaftsordnungen präsentiert wurden. Dies diente Machthabern in arabischen Ländern lange Zeit als Rechtfertigung für den Erhalt der eigenen Position. Gerade westliche Regierungen als einflussreiche externe Akteure schreckten davor zurück, eine vollständige Durchsetzung demokratischer Spielregeln einzufordern, da dadurch islamistische Parteien, welche sich teilweise über eine Ablehnung westlicher Politik und Werte definierten, an die Macht gelangen konnten. Nichtsdestotrotz zählten islamistische Akteure in den arabischen Ländern zu den wichtigsten Herausforderern der autoritären Regime.²¹ Zeigten sich Gruppierungen wie die Muslimbrüder im Zuge der

19 Zum Überblick: Gerschewski, Johannes: „Autokratie heute. Ein Literaturüberblick“, in: Berliner Debatte Initial 21 (3) (2010), S. 42-53.

20 Schlumberger, Oliver: *Autoritarismus in der arabischen Welt. Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung*, Baden-Baden: Nomos 2007, S. 91ff.; Bayat, Asef: *Making Islam Democratic. Social Movements and the Post-Islamist Turn*, Stanford, California: Stanford University Press 2007; Esposito, John L./Voll, John O.: *Islam and Democracy*, New York: Oxford University Press 1996.

21 Angrist, Michele Penner: „The Outlook for Authoritarians“, in: Angrist, Michele Penner/Posusney, Marsha Pripstein (Hg.), *Authoritarianism in the Middle East. Regimes and Resistance*, Boulder Lynne Rienner Publ. 2005, S. 221-32; Hafez: *Heiliger Krieg*; Ham-

Proteste in Tunesien und Ägypten noch zurückhaltend, konnten sie in den ersten Wahlen nach dem Umbruch aufgrund ihrer Organisationskraft rasch Erfolge verzeichnen.

In Iran allerdings hat bereits die Revolution 1979 ein islamistisches Regime an die Macht gebracht. Islamistische Organisationen bilden hier eine entscheidende Macht- und Mobilisierungsbasis der Herrschaftselite. Demzufolge kann eine wie auch immer geartete ideologische Interpretation des Islams konfliktorientierten Akteuren, die einen Wandel der derzeitigen Machtverhältnisse anstreben, kaum eine tragfähige Leitidee bieten. Reformorientierte Politiker und Intellektuelle beschäftigen sich vielmehr seit zwanzig Jahren mit der Frage, welche Rolle Religion überhaupt noch im Staat spielen soll. Als Faktor für die Stabilität autoritärer Herrschaft in Iran spielt der politische Islam somit eher eine Rolle bei der Legitimierung der übermächtigen Stellung des Revolutionsführers und anderer klerikaler Institutionen im System sowie bei der Mobilisierung bestimmter Regimeanhänger.

Herrschaftssicherung durch Repression

Ein Erklärungsansatz autoritärer Persistenz fokussiert die ausgedehnten Sicherheits- und Repressionsapparate, die eine entscheidende Funktion bei der Sicherung bestehender Machtverhältnisse übernehmen. Im weltweiten Vergleich fallen sowohl die Verteidigungshaushalte der Staaten im Nahen und Mittleren Osten als auch der Personalaufwand für Militär und Geheimdienst hoch aus.²² Bewaffnete interne Auseinandersetzungen sowie externe Interventionen sorgten für eine anhaltende Militarisierung der Region. Die erforderlichen Ausgaben decken die Regime einerseits aus den vorhandenen Rohstoffressourcen, andererseits profitieren sie teilweise auch von internationaler Unterstützung, der ein Interesse an Stabilität in dieser weltwirtschaftlich bedeutenden Region zu Grunde liegt. Bellin zufolge macht die enge Bindung von Militär und Sicherheitsdiensten an bestehende Regime Karrieren innerhalb dieser Institutionen abhängig von Loyalität und Beziehungen, wodurch wiederum die Bereitschaft zur Verteidigung der Machtverhältnisse steigt.²³ Bei den Machtwechseln in den arabischen Ländern hat das Militär eine entscheidende Rolle gespielt. In Tunesien weigerte sich die Armee, gewaltsam gegen Demonstranten vorzugehen und garantierte während des Übergangs ein gewisses Maß öffentlicher

zawy, Amr/Ottaway, Marina: *Getting to Pluralism: Political Actors in the Arab World*, Washington: Carnegie Endowment for International Peace 2009.

22 Bellin, Eva: „Coercive Institutions and Coercive Leaders“, in: Posusney, Marsha Pripstein/Angrist, Michele Penner (Hg.), *Authoritarianism in the Middle East. Regimes and Resistance*, Boulder: Lynne Rienner Publ. 2005, S. 21-41.

23 Ebd.

Sicherheit. In Ägypten entzog das Militär dem Präsidenten Mubarak seine Unterstützung und übernahm eine Schlüsselposition im nachfolgenden Machtgefüge.

Die Fähigkeit und Bereitschaft zu Repression muss demnach als vorrangiges Merkmal autoritärer Regime angesehen werden. Anhand unterschiedlicher Repressionsgrade wird zwischen „weicher“ und „harter“ autoritärer Herrschaft unterschieden: Erstere schränkt vor allem politische Rechte wie Versammlungs- und Meinungsfreiheit ein, gesteht der Bevölkerung aber Freiräume zu, während letztere sich gegen Freiheit und Leben Andersdenkender richtet und bestehende Machtverhältnisse gewaltsam verteidigt. Die Übergänge sind hierbei fließend und autoritäre Regime reagieren auf eine Bedrohung ihrer Position mit zunehmender Gewaltanwendung. Gleichwohl kann Repression längerfristig nicht die einzige Stütze autoritärer Herrschaft bilden, da sie die Legitimität des Regimes in der Bevölkerung untergräbt.²⁴ In Iran bilden der ausgedehnte Sicherheitsapparat, wachsender politischer Einfluss der paramilitärischen Revolutionsgarden sowie die hohe Repressionsbereitschaft des Regimes wichtige Faktoren für die Blockade politischen Wandels.

Die Rohstoffressourcen der Region gelten ebenfalls als Grund für die Stabilität autoritärer Herrschaft. Sie ermöglichen Machthabern eine gewisse Autonomie gegenüber der Bevölkerung. Durch Öleinnahmen sind diese weder auf Steuern angewiesen, noch müssen sie erwirtschaftetes Kapital in die Gesamtwirtschaft investieren. Vielmehr können diese Mittel ganz im Sinne des Machterhalts eingesetzt werden, etwa wichtige Akteursgruppen zu kooptieren oder durch Subventionsleistungen in der Bevölkerung eine gewisse Legitimation zu erzeugen.²⁵ Rentenbasierte Wirtschaftsstrukturen spielen auch in Iran eine entscheidende Rolle für den Systemerhalt. Sie finanzieren nicht nur ein ausgedehntes Netz staatlicher und revolutionär-religiöser Institutionen und Kontrollorgane, sondern ermöglichen dem Regime trotz zunehmender internationaler Isolierung auch eine gewisse staatswirtschaftliche Performanz sowie die Verfolgung außenpolitischer Interessen – etwa über die Kooperation mit China oder der schiitischen Hisbollah in Libanon.

Ein „wichtiger Baustein“ zur Erklärung der Demokratieresistenz im Nahen und Mittleren Osten waren laut Schlumberger die neopatrimonialen Züge der Regime.²⁶ Noch immer sind soziale und politische Interaktionen in vielen Ländern der Region von Klientelismus und Patronage geprägt. Neben formalen Institutionen und Regelwerken existiert ein zweites Gerüst informeller Hierarchien und Beziehungsgeflechte, über das Entscheidungen getroffen und Konflikte geregelt werden. Im neo-

24 Merkel, Wolfgang/Gerschewski, Johannes: „Autokratien am Scheideweg. Ein Modell zur Erforschung diktatorischer Regime.“, in: WZB Mitteilungen 113 (September) (2011), S. 21-24.

25 Schlumberger: Autoritarismus, S. 117ff.

26 Ebd. S. 116.

patrimonialen System wird Macht nicht innerhalb der legal-rationalen Strukturen staatlicher Institutionen umgesetzt, sondern über persönlichen Status und Netzwerke. Dadurch ist Autoritätsausübung einer starken Willkür unterworfen, die wiederum Unsicherheit in der Bevölkerung erzeugt. Indem die Machtelite Zugang zu bestimmten Ressourcen und Privilegien gewährt, kann sie ausgewählte gesellschaftliche Akteure an sich binden und Loyalität kompensieren.²⁷ Allerdings weist Hinnebusch darauf hin, dass der Erfolg neopatrimonialer Herrschaft unter anderem von der politischen Kultur einer Gesellschaft abhängig ist, die eine solche Machtausübung akzeptiert oder gar begünstigt. So haben klientelistische und paternalistische Mechanismen zwar zur Festigung autoritärer Strukturen im Nahen und Mittleren Osten beigetragen, doch längst wirken gesellschaftliche Wandlungs- und Modernisierungsprozesse dem entgegen: Steigendes Bildungsniveau und die Einbindung von mehr und mehr Menschen in einen (massenmedial vermittelten) öffentlichen Diskurs stellten derartige Formen der Machtsicherung in Frage.²⁸ Nicht zuletzt haben die jüngsten Umbrüche in den arabischen Ländern gezeigt, dass eine Bindung aller relevanten sozialen Gruppen an das Regime nicht mehr zu leisten war: Gerade die Ansprüche der zahlenmäßig überlegenen jungen und gebildeten Bevölkerungsschichten blieben unbefriedigt. Zunehmender Perspektivenmangel und fehlendes Mitspracherecht förderten Absetzungsbewegungen und die Widerstandsbereitschaft gegen das System.

Im iranischen Kontext wurde das Konzept des Neopatrimonialismus genutzt, um die Machtausübung durch Revolutionsführer Khamenei zu beschreiben, der seine zentrale Position innerhalb der Machtelite über ein weites Netzwerk loyaler Repräsentanten sowie die Verteilung politischer Ämter und materieller Vorteile festigt.²⁹ Allerdings ist der Revolutionsführer zum Zwecke des Machterhalts immer wieder zu Kompromissen mit anderen Akteuren und Institutionen des Regimes gezwungen gewesen, wodurch die Grenzen seiner personalistischen Machtausübung deutlich wurden. Zudem spielt dem Ansatz des Neopatrimonialismus zufolge die politische Mobilisierung der Bevölkerung eine untergeordnete Rolle. In Iran jedoch kann die Bedeutung ideologisch motivierter systemtreuer Organisationen wie der

27 Ebd. S. 110ff. Zum Konzept des Neopatrimonialismus in arabischen Ländern u. a.: Sharabi, Hisham: *Neopatriarchy: A Theory of Distorted Change in Arab Society*, New York: Oxford University Press 1988; Springborg, Robert: *Family Power and Politics in Egypt*, Philadelphia: University of Pennsylvania Press 1982.

28 Hinnebusch, Raymond: „Authoritarian Persistence, Democratization Theory and the Middle East: An Overview and Critique“, in: *Democratization* 13 (3) (2006), S. 373-95, hier S. 376f.

29 Ganji, Akbar: „The Latter-Day Sultan. Power and Politics in Iran“, in: *Foreign Affairs* (November/December) (2008).

paramilitärischen *Bassij* für die Stabilität des Regimes nicht von der Hand gewiesen werden. Insofern hat dieser Ansatz im Falle Irans nur begrenzte Erklärungskraft.

Die Autoritarismusforschung versucht die Stabilität autoritärer Regime zudem über deren Institutionalisierung zu erklären. Geddes beispielsweise hat autoritären Systemen, die auf Parteien basieren, eine höhere Überlebensdauer zugeschrieben, als etwa Militär- oder personalisierten Regimes. Über institutionalisierte Strukturen könnten Einflüsse kanalisiert werden, ohne dass die Partei dabei die Führungsrolle im politischen System aufgabe.³⁰ In einer komparativen Analyse von Ägypten, Iran, Malaysia und den Philippinen argumentiert auch Brownlee, dass Parteien die Konfliktregelung und Entscheidungsfindung innerhalb der Elite erleichtern, die Ausübung von Macht weniger personenabhängig machen und somit den innerelitären Zusammenhalt stärken.³¹ Albrecht und Schlumberger haben die Liberalisierungsschritte in arabischen Ländern in den 1990ern als taktische Maßnahme gedeutet, mit der Machthaber ihre Stellung festigten. Die Autoren interpretieren dies als Mittel zur Erzeugung von innen- und außenpolitischer Legitimität. Demnach sei die Zulassung von Wahlen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen eine „Scheidemokratisierung“, die kaum Aufschluss über faktische Machtverhältnisse gebe.³² Die Vertreter dieser Argumentation gehen davon aus, dass die „imitierten Institutionen“ Möglichkeiten zur Bindung neuer Akteure an das Regime eröffnen und damit Loyalität fördern.³³ Auch Wahlen, die durch Manipulation oder den Ausschluss tatsächlicher Herausforderer beeinflusst werden, bieten autoritären Machthabern ein Mittel der Kooptation und Legitimitätserzeugung. Gleichwohl beinhalten Wahlen immer auch ein hohes Unsicherheitspotential, bieten sie doch einen Anlass zur Mobilisierung und öffentlichkeitswirksamen Kommunikation von politischer Opposition.³⁴

Die Frage der Institutionalisierung und innerelitären Konfliktregelung ist zweifellos von großem Interesse bei der Untersuchung Irans. Seit Gründung der Islamischen Republik existieren unterschiedliche Auffassungen zur Ausgestaltung des politischen Systems, anhand derer konkurrierende Fraktionen entstanden, die um Macht und Einfluss ringen, dabei aber im Rahmen der Verfassung agieren. Repub-

30 Geddes, Barbara: „Was wissen wir nach zwanzig Jahren über Demokratisierung?“, in: Berliner Debatte Initial 21 (3) (2010), S. 4-27, hier S. 20.

31 Brownlee, Jason: *Authoritarianism in an Age of Democratization*, Cambridge: Cambridge University Press 2007.

32 Schlumberger, Oliver/Albrecht, Holger: „Waiting for Godot: Regime Change Without Democratization in the Middle East“, in: *International Political Science Review* 25 (4) (2004), S. 371-92.

33 Schlumberger: *Autoritarismus*, S. 164.

34 Gerschewski: *Autokratien*; Schedler, Andreas (Hg.): *Electoral Authoritarianism: The Dynamics of Unfree Competition*, Boulder: Lynne Rienner Publishers 2006.

likanische Institutionen waren von Anfang an Teil des Systems und können kaum als „Scheindemokratisierung“ analysiert werden. Ein Resultat der regelmäßigen Wahlen war etwa der Sieg des moderaten Präsidenten Khatami im Jahr 1997, der von der konservativen Machtelite nicht vorgesehen war. Zumindest bis zur Wahlkrise 2009 verschaffte die Existenz von Fraktionen und der vor Parlaments- und Präsidentschaftswahlen deutlich zu Tage tretende politische Wettbewerb dem Regime zwar tatsächlich mehr Legitimität, bildete jedoch nicht ausschließlich eine Maßnahme des Machterhalts: Einerseits zeigte sich hier das in der Revolutionsideologie verwurzelte Selbstverständnis der Islamischen Republik als ein vom Volk getragener Staat, andererseits handelte es sich um einen Ausdruck tatsächlicher inner-elitärer Konflikte, die keinesfalls immer die intendierten Resultate produzierten.

Erklärungsgrenzen der Autoritarismusansätze

Die Anpassungsleistungen autoritärer Regime an politische Notwendigkeiten führen also nicht zwangsläufig zur erwünschten Stabilisierung. Beck argumentiert, dass nicht alle Konsequenzen der strategischen Liberalisierung rational kalkulierbar seien und vorübergehende Kontrollverluste eine Demokratisierung quasi „versehentlich“ einleiten können. Fehlentscheidungen der Machthaber könnten konfliktbereiten Akteure Handlungsfreiheit für eine erfolgreiche Herausforderung geben.³⁵

Autoritäre Herrscher in den arabischen Ländern haben auf internen und externen Legitimationsdruck mit einer Verlagerung auf den „weichen“ Autoritarismus reagiert, die mit einer vorsichtigen Öffnung der Medienlandschaften einherging. Gekoppelt an die Verbreitung von Satellitenfernsehen und Internet führte dies zur Entstehung einer öffentlichen Debatte, die eine Modernisierung von Werten und Verhaltensweisen förderte sowie Grundlagen einer demokratisch orientierten politischen Kultur schuf.³⁶ Untersuchungen zur Persistenz autoritärer Regime haben die-

35 Beck, Martin: „Paving the Way for Democracies or Strengthening Authoritarianism? Reforms in the Middle East“, in: Fürtig, Henner (Hg.), *The Arab Authoritarian Regime between Reform and Persistence*, Newcastle: Cambridge Scholars Publishing 2007, S. 1-25, hier S. 12ff.

36 Hafez, Kai: „Introduction. Mass Media in the Middle East: Patterns of Political and Social Change“, in: Hafez, Kai (Hg.), *Mass Media, Politics and Society in the Middle East*, New Jersey: Hampton Press 2001, S. 1-20; Hafez, Kai: „The Role of Media in the Arab World's Transformation Process“, in: Hanelt, Christian-Peter/Möller, Almut (Hg.), *Bound to Cooperate - Europe and the Middle East II*, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 2008, S. 321-39; Hegasy, Sonja: „They Dare to Speak Out: Changes in the Political Culture of Egypt, Morocco and the Arab World“, in: Hafez, Kai (Hg.), *The Islamic*

se gesellschaftlichen Prozesse jedoch vernachlässigt. So kritisiert Hegasy, dass tatsächlich stattfindende Veränderungen entweder vorschnell als strategisches „Reformtheater“ abgestempelt oder gar nicht erkannt wurden. Sie betont, dass informell organisierte Akteure der Zivilgesellschaft, die über Meinungsbildung und öffentliche Diskurse politische Prozesse prägen, erheblich mehr Aufmerksamkeit verdienen, sollten Perspektiven demokratischer Entwicklung aufgezeigt werden.³⁷ Demokratische Werte und Menschenrechte haben durch den zunehmenden Einfluss internationaler Organisationen und transnationaler zivilgesellschaftlicher Initiativen an Bedeutung gewonnen. Debatten über gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit wurden in Nordafrika und Mittelost seit geraumer Zeit mit großer Intensität geführt.³⁸ Diese Normen boten sowohl eine Projektionsfläche für gesellschaftliche Hoffnungen nach mehr Anerkennung und Partizipation als auch einen Maßstab für eine kritische Begutachtung der Handlungen politischer Machthaber.³⁹

Somit erwuchs die größte Herausforderung autoritärer Regime in Nordafrika und Mittelost letztlich aus den gesellschaftlichen Entwicklungen, welche die Autoritarismusforschung mit ihrem Fokus auf die Handlungen staatlicher und ökonomischer Eliten nicht erfassen konnte. Hafez hat auf entscheidende Voraussetzungen für einen politischen Umbruch in den arabischen Ländern hingewiesen:

„Es besteht also eine hoch dynamische Mischung aus Bildungsmobilität, erwachendem neuen Mittelschichtbewusstsein und einer sozialen Misere der unteren Mittelschicht, der die Teilhabe am ökonomischen Reichtum verwehrt wird. Bildungsproletariate wie in Ägypten, wo ein riesiges Heer ausgebildeter Studenten und Lehrer in struktureller Arbeitslosigkeit lebt, führen zu sozialen und politischen Spannungen in großem Maßstab. Die Kontrahenten stellen dabei nicht nur soziale Forderungen, sondern sie sind aufgrund ihres Bildungsniveaus auch in der Lage, diese zu artikulieren, sich zu organisieren und politisch zu opponieren.“⁴⁰

World and the West. An Introduction to Political Cultures and International Relations, Leiden: Brill 2000, S. 146-60.

37 Hegasy, Sonja: „Die Mär von der arabischen Stagnation“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 02 (2007), S. 205-11, hier S. 208.

38 Perthes, Volker: „Demokratieresistenz im Vorderen Orient?“, in: Berliner Debatte Initial 21 (3) (2010), S. 78-87.

39 Risse, Thomas/Ropp, Stephen C./Sikkink, Kathryn (Hg.): The Power of Human Rights. International Norms and Domestic Change, Cambridge: Cambridge University Press 1999.

40 Hafez: Heiliger Krieg, S. 116.

Demnach verschärften erhöhte soziale Mobilität und eine veränderte Schichtung der Gesellschaft den Interessenskonflikt in Bezug auf die ungleiche Verteilung von Ressourcen und politischer Macht. Wachsende Frustrationen konnten über die jenseits autoritärer Kontrolle entstehenden Kommunikationskanäle formuliert und verbreitet werden. Dies förderte die Herausbildung konfliktorientierter Akteure, die zu einer offenen Herausforderung der Machtverhältnisse bereit waren. Auch in Iran lassen sich vergleichbare Konstellationen ausmachen: Einer überwiegend jungen und gut gebildeten Bevölkerung bleiben die Entwicklungsperspektiven versperrt. Aufgrund der ideologischen Instrumentalisierung der Religion ist selbst das Privatleben der Bevölkerung einer hohen Kontrolle durch das Regime unterworfen. Dies trifft die liberale Mittelschicht besonders empfindlich. Dementsprechend verbreitet ist das Bedürfnis nach politischen und individuellen Freiheiten, gekoppelt an grassierende ökonomische Unzufriedenheit. Forderungen nach Veränderung wurden durch die Reformpolitik unter Khatami zwar aufgenommen und in begrenztem Maße in politische Gestaltungskraft verwandelt. Doch mit der autoritären Regression und der Machtkonzentration innerhalb einer geschlossenen Herrschaftselite stieg das Konfliktpotential zwischen dem Regime und Teilen der Gesellschaft erneut.

Um die Ansätze der Autoritarismusforschung zusammenzufassen, bietet sich ein durch den Transformationsforscher Wolfgang Merkel beschriebenes Modell an. Demnach basiert die Stabilität autoritärer Regime prinzipiell auf drei Säulen: Legitimation, Repression und Kooptation. Alle drei lassen sich in unterschiedliche Bereiche gliedern, die auch in den Ausführungen hier mit Blick auf den Nahen und Mittleren Osten deutlich wurden. Legitimation kann einerseits auf ideologisch-normativer Ebene, andererseits über staatliche Leistungsfähigkeit in Wirtschaft und Sicherheit erzeugt werden. Repression stellt ein entscheidendes Merkmal autoritärer Herrschaft dar, variiert indes gemäß unterschiedlicher Härtegrade. Die Kooptation strategisch wichtiger Akteursgruppen hat eine möglichst hohe Elitenkohäsion zum Ziel und vollzieht sich unter anderem über Einlass in die Institutionen des politischen Systems, die Verteilung wirtschaftlicher Ressourcen oder Anbindung über neopatrimoniale Netzwerke. Krisen in einem Bereich können vorübergehend durch die anderen Säulen ausgeglichen werden; die Stabilität des autoritären Systems beruht jedoch auf einer möglichst gleichförmigen Belastung.⁴¹ Entscheidend ist, wie Regimeakteure auf Brüche kritischen Ausmaßes in den drei Stützen reagieren und welche Auswirkungen diese Reaktionen auf den Fortbestand des Systems haben. Im Rahmen dieser Studie muss somit erfragt werden, inwieweit die Nutzung des Internets durch strategische und konfliktorientierte Gruppen Auswirkungen auf Legitimation, Kooptation und Repression des iranischen Regimes hat, also zu einer Schwächung oder aber Stärkung der drei Säulen des autoritären Systems beiträgt.

41 Merkel/Gerschewski: Autokratien.

Die Kritik an den Ansätzen der Autoritarismusforschung hat gezeigt, dass eine wesentliche Herausforderung autoritärer Herrscher in den arabischen Ländern und Iran aus gesellschaftlichen Wandlungsprozessen erwachsen ist, die sich in den letzten Jahrzehnten vollzogen haben. Dabei spielte vor allem die Herausbildung einer kritischen Öffentlichkeit eine wichtige Rolle, um die Legitimität bestehender Herrschaftsformen zu hinterfragen und alternative politische Vorstellungen zu verbreiten. Dies ermöglichte letztlich die Formierung und Mobilisierung konfliktfähiger Akteure, welche bereit waren, durch Druck „von unten“ das Repressionspotential des Staates herauszufordern.

DEMOKRATISIERUNG VON UNTEN: DIE ZIVILGESELLSCHAFT

Das Konzept der Zivilgesellschaft hat während der letzten Jahrzehnte Sozialwissenschaft und Politik gleichermaßen beschäftigt. Unabhängig von der historischen Genese des Begriffs wird Zivilgesellschaft heute als essentieller Bestandteil moderner Demokratien betrachtet, ein Ausbau zivilgesellschaftlicher Aktivität gleichgesetzt mit zunehmender Demokratisierung. Klein charakterisiert den Diskurs zur Zivilgesellschaft dementsprechend als *„unabgeschlossene theoretische Suchbewegung nach den Handlungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Akteure zur Herstellung und Fortentwicklung demokratischer Formen der Politik“*.⁴² Besonders durch die Systemwechsel in Osteuropa und Lateinamerika hat dieser Diskurs wesentliche Impulse erhalten und in der entsprechenden Forschungsliteratur wird davon ausgegangen, dass das Konzept der Zivilgesellschaft entscheidend zum Verständnis von politischen Transformationsprozessen beitragen kann.⁴³

Zivilgesellschaft bezeichnet zunächst eine vom Staat unabhängige Sphäre, in der nichtstaatliche Akteure und Initiativen ihre öffentlichen Interessen artikulieren und organisieren. Diese Autonomie vom Staate bedarf der Sicherung essentieller Grundrechte, mit denen Freiheit, Besitz und Handeln des Einzelnen geschützt werden. Erfahrungen aus totalitären Systemen zeigen, dass diese ihre innere Stabilität vor allem durch eine bis in die Privatsphäre ausgedehnte Überwachung und Administration sichern. Dadurch werden gesellschaftliche Netzwerke zerschlagen, die

42 Klein, Ansgar: Der Begriff der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgen. Opladen: Leske und Budrich 2001, S. 252.

43 Cohen, Jean/Arato, Andrew: Civil Society and Political Theory, Massachusetts: MIT Press 1992, S. 2.; Merkel, Wolfgang/Croissant, Aurel/Lauth, Hans-Joachim: „Zivilgesellschaft und Transformation: ein internationaler Vergleich“, in: Merkel, Wolfgang/Henkes, Christian (Hg.), Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation, Opladen: Leske und Budrich 2000, S. 9-49, hier S. 9.

Eigeninitiative der Bürger gelähmt, pluralistische Identitäten aufgelöst und letztlich eine ideologische Indoktrinierung der Bevölkerung ermöglicht. In autoritären Systemen ist eine Existenz von Zivilgesellschaft zwar grundsätzlich möglich, ihre Entfaltung jedoch ständig bedroht. Der Aspekt der Abgrenzung und Verteidigung der Zivilgesellschaft ist verständlicherweise im Diskurs osteuropäischer Dissidenten besonders ausgeprägt, da diese ständig bestrebt waren, den gesellschaftlichen Handlungsspielraum gegenüber der Allmacht des sozialistischen Staates zu bewahren.⁴⁴

Doch das Konzept beschränkt sich nicht allein auf den Schutz liberaler Bürgerrechte vor einem allzu mächtigen Staat. Die Zivilgesellschaft ist auch selbst Terrain einer aktiven Gestaltung der Gesellschaft und trägt letztlich zur Stabilisierung der Demokratie bei. In Anlehnung an Tocqueville unterstreichen viele gegenwärtige Theoretiker die Bedeutung zivilen Engagements in sozialen oder politischen Initiativen für die Ausbildung einer demokratischen politischen Kultur: Hier erfahren Einzelne zentrale Tugenden wie Toleranz, Kompromissbereitschaft und Solidarität. Neben dieser sozialisierenden Funktion erhöht die gestalterische Teilhabe an gesellschaftlichen Entwicklungen auch die individuelle Identifikation mit dem politischen System. Zusätzlich fördert ein lebendiges Assoziationswesen eine Dezentralisierung von Macht, indem es einer Spaltung der Gesellschaft in passive Bevölkerung und dominierende politische Klasse entgegenwirkt. Insofern bietet eine funktionierende Zivilgesellschaft den effektivsten Schutz vor Autoritätsmissbrauch und der Dominanz unhinterfragter mehrheitlicher Konventionen.⁴⁵

Die Zivilgesellschaft bildet also einerseits im autoritären System den Gegenspieler des Staates, andererseits in der Demokratie dessen vermittelnde Stütze. Diesen gegensätzlich erscheinenden normativen Zielstellungen wird mit der Vorstellung von einer sich selbst begrenzenden Zivilgesellschaft begegnet. Demzufolge entspricht eine direkte Veränderung des politischen Systems nicht den Aufgaben der Zivilgesellschaft. Deren Akteure können zwar indirekt Einfluss auf die Politik ausüben, jedoch keine unmittelbare politische Macht gewinnen. Grundlegend ist hierbei eine Abkehr von revolutionären Konzepten, die auf der Erkenntnis beruht, dass alle Revolutionen sich stets gegen die Kräfte gewandt haben, die sie ursprünglich initiierten und letztendlich in diktatorischen Bedingungen mündeten, in denen Aktivitäten und Einflussmöglichkeiten sozialer Gruppierungen drastisch eingeengt

44 Klein: Zivilgesellschaft, S. 35ff.; Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1992, S. 446; Cohen/Arato: Civil Society, S. 19f.

45 Cohen/Arato: Civil Society; Eberly, Don E.: „The Meaning, Origins and Applications of Civil Society“, in: Eberly, Don E. (Hg.), The Essential Civil Society Reader. Classic Essays in the American Civil Society Debate, Lanham: Rowman and Littlefield 2000, S. 3-29, hier S. 19.

wurden.⁴⁶ Dieser Aspekt ist ganz offensichtlich auch von großer Bedeutung für Iran: Die Erfahrungen der Revolution von 1979 und ihrer Folgen prägen politische Elite und Gesellschaft bis heute. Das Verlangen nach einem erneuten plötzlichen Umsturz der Machtverhältnisse ist dementsprechend wenig ausgeprägt. Dies dürfte einen wesentlichen Unterschied zu den arabischen Ländern darstellen. Für die Transitionsforschung bedeutet diese Idee der Selbstbegrenzung, dass eine aktive Zivilgesellschaft zwar ein autoritäres System delegitimieren und gefährden kann, der letztendliche Systemwechsel und die Konsolidierung der Demokratie jedoch nicht ohne eine Veränderung der Machtverhältnisse in der politischen Elite sowie die Umgestaltung der staatlichen Institutionen möglich ist.⁴⁷

Die Bedeutung kommunikativer Prozesse innerhalb der Zivilgesellschaft wird insbesondere durch Überlegungen aus der Kritischen Theorie und der Diskurstheorie nach Habermas hervorgehoben. Leitende Vorstellung ist hierbei, dass soziale und politische Normen ständig durch alle von ihnen Betroffenen in einem öffentlichen Diskurs evaluiert und geformt werden. Da weder der Zugang noch die Agenda dieser Debatten aufgrund moralischer oder politischer Kriterien eingeschränkt werden sollten, erweitert sich das Spektrum der gesellschaftlichen Meinungsbildung mit jeder Artikulierung eines weiteren Problembereichs. In diesem Sinne wird bereits der Versuch, ein Thema der öffentlichen Auseinandersetzung zugänglich zu machen, als Bemühen um Veränderung und um fortschreitende Demokratisierung angesehen.⁴⁸ Zivilgesellschaftliche Initiativen nehmen dabei die Resonanz sozialer Problemlagen aus dem Privatbereich auf, bündeln diese sowohl diskursiv als auch organisatorisch und bilden so die Basis für eine offene und pluralistische Debatte. In Ergänzung zu den Institutionen der Politik und der Massenmedien erfüllen sie daher eine wichtige emanzipatorische Funktion bei der gesamtgesellschaftlichen Meinungs- und Willensbildung.⁴⁹

Dieser Ansatz geht weiterhin davon aus, dass soziale Bewegungen eine Schlüsselrolle in der Zivilgesellschaft spielen und deren Vitalität auf zweifache Art fördern. Soziale Bewegungen sind lose strukturierte Netzwerke, die sich um eine gemeinsame Zielstellung bilden, neue Ideen und Werte thematisieren oder neuartige Interpretationen sozialer Normen vertreten. Soziale Bewegungen versuchen zum einen durch eine offensive nach außen gerichtete Kommunikation ihrer Forderungen

46 Cohen/Arato: *Civil Society*, S. 31.

47 Linz, Juan J./Stepan, Alfred: „Toward Consolidated Democracies“, in: *Journal of Democracy* 7 (2) (1996), S. 14-33.

48 Benhabib, Seyla: „Models of Public Space: Hannah Arendt, the Liberal Tradition, and Jürgen Habermas“, in: Calhoun, Craig (Hg.), *Habermas and the Public Sphere*, Cambridge/Massachusetts: MIT Press 1992, S. 73-98, hier S. 85ff.

49 Habermas: *Faktizität*, S. 443.

gen Druck auf politische Entscheidungen auszuüben und die gesellschaftliche Meinung zu beeinflussen. Dadurch werden öffentliche Debatten bereichert und die Bewegungen nehmen grundlegende Bürgerrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit überhaupt erst in Anspruch, erfüllen diese normativen Vorstellungen also mit Leben und verteidigen indirekt den Wirkungsbereich der Zivilgesellschaft. Zum anderen setzen sich soziale Bewegungen aufgrund ihrer flexiblen Struktur fortwährend mit der eigenen Identität und Zielstellung auseinander. Dabei handeln sie immer auch in Reaktion auf innerhalb der Zivilgesellschaft aufkommende alternative Positionen und Gegenbewegungen. Indem sie neue Identitätsvorstellungen aufwerfen, verhandeln und festigen, bewirken sie eine fortschreitende interne Demokratisierung der Zivilgesellschaft selbst.⁵⁰

Zivilgesellschaft als Terrain von Hegemonie

Die Vorstellung der Zivilgesellschaft als Sphäre vorwiegend diskursiv interagierender Akteure vertritt auch Antonio Gramsci. Allerdings ist ihm zufolge die Auseinandersetzung verschiedener Diskurse in der Zivilgesellschaft nicht unbedingt ein pluralistisches Nebeneinander, sondern immer eng an politische, soziale und kulturelle Hierarchien geknüpft. Gramscis Auffassung nach erhält ein politisches System seine Stabilität zunächst durch administrative und repressive Formen der Machtausübung, die über staatliche Institutionen ausgetragen werden. Gleichzeitig streben herrschende Gruppierungen nach der Erlangung der moralischen und intellektuellen Führung innerhalb der Gesellschaft. Sie suchen in der Bevölkerung einen Konsens zu der von ihnen geprägten Ausrichtung des gesellschaftlichen Lebens zu erzeugen. Die Konstruktion dieser Hegemonie vollzieht sich in der Zivilgesellschaft, die damit bei Gramsci hauptsächlich ein Bereich kultureller und intellektueller Beziehungen ist. Hier ist der Einfluss staatlicher Interventionen am geringsten, deshalb tritt ein dominierender Diskurs mit anderen ihn herausfordernden Diskursen in Konkurrenz, um durch Überzeugungsarbeit in einem ständigen Prozess von Veränderung, Anpassung und Verteidigung, abhängig vom wechselnden Einfluss untergeordneter sozialer Gruppen, seine Vormachtsstellung zu erhalten. Bei dieser Auseinandersetzung geht es um unterschiedliche Perspektiven auf Lebenseinstellungen, Verhaltensmuster, moralische und politische Prinzipien, allgemein also um die Interpretation von Kultur. Die Essenz der Hegemonie beruht in der Fähigkeit, verschiedene Ideen nicht zugunsten einer uniformen Anschauung zu unterdrücken, sondern soweit anzunehmen, dass ihr potentieller Antagonismus neutralisiert wird.⁵¹

50 Ebd. S. 447; Cohen/Arato: *Civil Society*, S. 555ff.

51 Bobbio, Norberto: „Gramsci and the Concept of Civil Society“, in: Keane, John (Hg.), *Civil Society and the State: New European Perspectives*, London/New York: Verso

Die Zivilgesellschaft ist nach Gramsci eine Arena, die von der jeweils herrschenden Gesellschaftsauffassung dominiert wird. Dennoch gewährt eine intakte Zivilgesellschaft oppositionellen Akteuren ausreichend Spielraum, um die eigenen Anschauungen zu artikulieren und die jeweilige Hegemonie herauszufordern. Eine Veränderung des Systems kann erreicht werden, wenn eine Krise oder Fragmentierung der bestehenden Ordnung untergeordneten Gruppen gestattet, bisherige Limitationen auszuweiten, Allianzen zu bilden und neue politische Ambitionen zu entwickeln. Dieser Prozess geht über mehrere Stadien: ausgehend vom Heranwachsen gemeinschaftlicher Solidaritäten, über die fortschreitende Organisation kollektiver Gruppen- bzw. Klassenziele, hin zu deren Übertragung auf eine höhere politische Ebene von allgemeinem Interesse.⁵² An dieser Stelle lässt sich an die dargestellte Bedingung der Transformationsforschung anknüpfen, derzufolge ein Wandel des politischen Systems erst möglich ist, wenn es konfliktorientierten Gruppierungen gelingt, alternative Vorstellungen für die Zukunft der Gesellschaft zu entwickeln und größere Teile der Bevölkerung dafür zu gewinnen – wenn also mit Gramsci die bestehende Hegemonie erfolgreich herausgefordert und sogar abgelöst wird.

Zivilgesellschaft und Transformation

Die bisherigen Ausführungen zur Zivilgesellschaft sind natürlich hochgradig normativ. In autoritären Systemen wird die Entfaltung und Wirkungsweise von Zivilgesellschaft indes durch staatliche Willkür bedroht. Zudem ist eine den theoretischen Ansprüchen entsprechende Zivilgesellschaft aufgrund soziokultureller Rahmenbedingungen oftmals kaum ausgebildet. Die Transformationsforschung identifiziert deshalb bestimmte Faktoren, die das Einflusspotential der Zivilgesellschaft auf einen möglichen Systemwandel bestimmen.

Erstens ist das Ausmaß zivilgesellschaftlicher Aktivität in einem autoritären Staat abhängig von der Geschlossenheit des Systems. Je fester ein autoritäres Sys-

Books 1988, S. 73-99; Keane, John: *Civil Society. Old Images, New Visions*, Cambridge/Oxford: Blackwell 1998; Votsos, Theo: *Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Antonio Gramsci*, Hamburg: Argument Verlag 2001. Hier kann auch auf die Überlegungen von Foucault verwiesen werden, demzufolge Macht nicht allein über Verbote und Repression ausgeübt werden kann, sondern immer auch Wissen und Diskurse generieren muss, um erfolgreich zu sein. Macht ist damit weniger eine repressive Kraft, als vielmehr ein produktives Netzwerk, dass die gesamte Gesellschaft durchdringt. Foucault, Michel: „Verité et pouvoir. Entretien avec M. Fontana“, in: *L'Arc* 70 (1977), S. 16-26.

52 Eley, Geoff: „Nations, Publics, and Political Cultures: Placing Habermas in the Nineteenth Century“, in: Calhoun, Craig (Hg.), *Habermas and the Public Sphere*, Massachusetts: MIT Press 1992, S. 289-339, hier S. 324ff.

tem institutionalisiert ist und je tiefer es auch die Gesellschaft durchdringt, desto geringer sind die Chancen für eine Entfaltung zivilgesellschaftlicher Aktivität. In stark repressiven Staaten sind somit vor allem offene Bewegungen mit niedrigem Organisationsgrad oder Einzelakteure wie Intellektuelle und Journalisten für eine Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse aktiv.⁵³ Zweitens prägen historische Erfahrungen mit autoritärer Herrschaft oder gescheiterte Demokratisierungsversuche kollektive Wertvorstellungen. Drittens wirken sich Klientelismus, Korruption oder soziale Gewalt ebenso hemmend auf die Entwicklung von Zivilgesellschaft aus wie patriarchalische Strukturen oder ein verbreitetes Misstrauen gegenüber politischem Engagement. Aus ökonomischer Hinsicht werden viertens differenzierte wirtschaftliche Strukturen als förderlich für eine vielfältige Zivilgesellschaft angesehen. Fünftens wird eine gebildete Mittelschicht generell als wichtiger Faktor für die Entfaltung der Zivilgesellschaft eingeschätzt, muss jedoch nicht zwangsläufig positiv zu bewerten sein: In wirtschaftlichen Krisen kann diese Bevölkerungsschicht zur eigenen Existenzsicherung auch Rückzug auf individualistische Strategien nehmen, anstatt sich politisch oder sozial zu engagieren. Auf internationaler Ebene schließlich können Finanzhilfen, Trainingsprogramme, Wissenstransfer und außenpolitischer Druck auf das autoritäre Regime die Entwicklung der Zivilgesellschaft beeinflussen.⁵⁴

Der Transformationsforschung zufolge verändern sich Handlungspotential und Einflussmöglichkeiten der Zivilgesellschaft im Laufe des Systemwechsels. Im autoritären System, bei dessen Legitimationskrise oder einer allmählich einsetzenden Liberalisierung steht die Zivilgesellschaft prinzipiell in Opposition zum Regime. Die inhaltlich durchaus unterschiedlichen Initiativen zivilgesellschaftlicher Akteure gehen fast immer einher mit Forderungen nach Menschen- und Bürgerrechten, von deren Durchsetzung eine mehr oder weniger öffentliche Betätigung abhängt. Dabei kann die gemeinsame Konfrontation des autoritären Staates Solidarität unter den verschiedenen sozialen Kräften fördern.⁵⁵ Durch den Druck von unten können Freiräume gewonnen werden, die der Zivilgesellschaft eine weitere Ausdehnung gestatten und politisch wirksame Einflussmöglichkeiten schaffen. Aus dieser Entwicklung können schließlich Akteure der Opposition Rückhalt für die Verhandlungen auf politischer Ebene schöpfen. Solcherart haben zivilgesellschaftliche Bewegungen oftmals die Vorbereitung oder Einleitung politischer Wandlungsprozesse ge-

53 Merkel/Croissant/Lauth: *Zivilgesellschaft und Transformation*, S. 23f.; Croissant, Aurel: „Zivilgesellschaft und Transformation in Ostasien“, in: Merkel, Wolfgang/Henkes, Christian (Hg.), *Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation*, Opladen: Leske und Budrich 2000, S. 335-64, hier S. 357.

54 Merkel/Croissant/Lauth: *Zivilgesellschaft und Transformation*, S. 24ff.

55 Klein: *Zivilgesellschaft*, S. 92ff.

prägt.⁵⁶ Bei einsetzendem Systemwechsel vergrößert sich der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft aufgrund nachlassender Repression und machtpolitischer Vakuen, sie wandelt sich schließlich von der Gegen- zur Gestaltungsmacht.⁵⁷

Gleichwohl ist die Verknüpfung des Zivilgesellschaftskonzepts mit den Transformationstheorien nicht unproblematisch. Aufgrund der Einschränkungen, denen zivilgesellschaftliche Aktivitäten in autoritären Staaten unterliegen, ist es oftmals nicht einfach diese zu identifizieren, nimmt man enge Kriterien wie moderne (westliche) Werte oder Demokratieorientiertheit zum Maßstab. So plädiert Bayat für eine erweiterte Vorstellung von zivilgesellschaftlichen Handlungen, um beispielsweise in Ägypten und Iran auf soziale Wandlungsprozesse aufmerksam zu machen, denen potentiell politische Bedeutung zukommt, ohne dass diese auf den ersten Blick offensichtlich wäre. Unter Verweis auf die vielfältigen Restriktionen, welche eine organisierte Aktivität von sozialen Bewegungen in autoritären Staaten einschränken, entwickelt Bayat die Vorstellung eines gelebten Aktivismus. Während die Aktivistinnen der iranischen Frauenbewegung durch Repressionen bedroht seien, würden Frauen über alltägliche Praktiken, wie eine freizügigere Interpretation der staatlichen Kleidungsvorschriften, gerichtliche Auseinandersetzungen um Sorge- und Scheidungsrecht oder die einfache Berufstätigkeit staatlich sanktionierte Vorstellungen zur Rolle der Geschlechter allmählich verändern. Auch die iranische Jugend fordere über Mode, partnerschaftliche Beziehungen und ihr Verhalten in der Öffentlichkeit den iranischen Staat mit seinen restriktiven Moralvorstellungen heraus und reklamiere individuelle Freiheiten. Hierbei handelt es sich Bayats Auffassung zufolge um ein „non-movement“, eine Bewegung also, der keinerlei fixierte Organisations- oder Kommunikationsstrukturen zugrunde liegen, die sich aber über eine „*politics of praxis*“ gegen dominante Normen wende. Bei entsprechendem Anlass könnten solche passiven Netzwerke der stillschweigenden gegenseitigen Wiedererkennung zu veritablen sozialen Bewegungen oder zumindest kurzfristiger Protestmobilisierung anwachsen: etwa wenn eine Krise autoritärer Kontrolle oder ein Nachlassen staatlicher Repression mehr Freiräume eröffne oder aber umgekehrt die beschriebenen alltäglichen Praktiken übermäßigem Druck ausgesetzt werden.

Die Relevanz derartiger gesellschaftlicher Tendenzen für Demokratisierungsprozesse liegt für Bayat darin, dass involvierte Menschen somit ihren Platz in der Gesellschaft einfordern, neu definieren und eine aktive Staatsbürgerschaft praktizieren. Es geht ihm nicht darum, die Bedeutung einer direkten Herausforderung autoritärer Herrschaft durch entsprechend konfliktfähige Akteure in Abrede zu stellen, sondern er begibt sich vielmehr auf die unterste Stufe der gesellschaftlichen Ausei-

56 Croissant: Zivilgesellschaft, S. 348.

57 Klein: Zivilgesellschaft, S. 92ff.; Merkel/Croissant/Lauth: Zivilgesellschaft und Transformation, S. 33.

nersetzung mit staatlichen Machtansprüchen, die gewissermaßen einen Ausgangspunkt und Rückhalt für die Aktivitäten sozialer Bewegungen und Oppositionsparteien mit einer offeneren politischen Stoßrichtung bildet:

„Activism, the extraordinary practices that produce social change, is the stuff of activists, who may energize collective sentiment when the opportunity allows. The point is not to reiterate the political significance of contentious movements in causing political change, or to downplay the need to undercut the coercive power of the states. The point rather is to discover and recognize societal spaces in which lay citizens, through the ordinary practices of everyday life, may recondition the established political elites and refashion state institutions into their sensibilities.“⁵⁸

Natürlich sollte man eine allzu starke Aufweichung der Grenzen des Politischen vermeiden. Die von Bayat beschriebenen Praktiken stellen im Prinzip den ersten Schritt des Hegemoniekonzepts von Gramsci, also die Herausbildung gesellschaftlicher Solidaritäten dar, die anschließend von kollektiven Akteuren der Zivilgesellschaft oder organisierten Oppositionsgruppen aufgenommen und auf ein höheres Niveau politisch relevanter Aktivität übertragen werden. Beinin und Vairel verweisen ebenfalls darauf, dass in den von autoritärer Kontrolle geprägten nahöstlichen Staaten eine sichtbare Organisation von sozialen Bewegungen oftmals gar nicht möglich gewesen sei und demzufolge die Beobachtung von informellen Netzwerken und Erscheinungsformen der Herausforderung zu einem präziseren Verständnis von der allmählichen Herausbildung und Fortentwicklung sozialer Bewegungen in diesem regionalen Kontext beitrage:

„...these approaches avoid the organizational fetishism [...] by focusing on people, mutual knowledge, social ties, and informal organizational structures preexisting social movement organizations. Such informal factors always nurture and shape mobilizations and help us to explain the evolving form of a social movement across time.“⁵⁹

Insofern können verschiedene Ebenen der Herausforderung autoritärer Macht unterschieden werden: Während Individuen durch ihre Alltagspraktiken die Grenzen dominanter Normvorstellungen testen und erweitern und eine potentielle (aber noch nicht mobilisierte) Anhängerschaft für soziale Bewegungen bilden, stehen darüber tatsächliche Aktivisten, welche sich mehr oder minder kollektiv organisiert für eine Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse einsetzen, daraus jedoch nicht zwangs-

58 Bayat: *Making Islam Democratic*, S. 203.

59 Beinin, Joel/Vairel, Frédéric (Hg.): *Social Movements, Mobilization, and Contestation in the Middle East and North Africa*, Stanford: Stanford University Press 2011, S. 9.

läufig einen Anspruch auf politische Macht ableiten. Die beschriebene alltägliche Auseinandersetzung iranischer Frauen mit den ihnen durch das Regime auferlegten Grenzen wird immer auch von Journalistinnen oder Anwältinnen der Frauenbewegung begleitet, welche sich trotz Repressionen bemühen, die Forderung nach Gleichberechtigung aktiv in die Öffentlichkeit zu tragen und einzuklagen. Auf der nächsthöheren Ebene finden sich sodann Oppositionsgruppen oder politische Herausforderer, die als konfliktbereite Akteure direkten Zugang zu staatlichen Institutionen suchen (oder haben) und eine graduell reformorientierte oder aber unmittelbare Veränderung des politischen Systems sowie der Interessenarrangements innerhalb der Machtelite anstreben. Sie schöpfen ihre Konfliktfähigkeit auch aus einer Aufnahme der über Alltagspraktiken und Zivilgesellschaft artikulierten sozialen Forderungen, die sie in ihre Programmatik und ihren Diskurs einfließen lassen, um eine höhere Legitimität zu erlangen und mehr Anhänger mobilisieren zu können. In Iran gelangen den politischen Reformern hinter Präsident Khatami die erdrutschartigen Wahlsiege der Jahre 1997, 2000 und 2001 aufgrund der Unterstützung ebenjener „non-movements“ in der Bevölkerung, welche durch den Reformdiskurs von mehr sozialer Freiheit und Partizipation zu politischem Engagement aktiviert werden konnten. Die beachtliche Herausforderung des iranischen Regimes durch die Grüne Bewegung nach der Wahlkrise vom Sommer 2009 war wiederum nur möglich durch das Zusammenwirken von Akteuren der politischen Elite, den sozialen Bewegungen der Zivilgesellschaft und kurzfristig politisierten Alltagspraktiken des Widerstands gegen den Staat.

Eine Verknüpfung der Transformationstheorien mit einem offenen Ansatz zur Zivilgesellschaft ermöglicht es somit, die ganze Spannbreite gesellschaftlicher und politischer Herausforderung von autoritärer Macht in Betracht zu ziehen – angefangen von der Manifestierung antihegemonialer Praktiken und Solidaritäten bis hin zum konkreten Machtanspruch von Seiten ebenso konfliktbereiter wie konfliktfähiger Akteure. Selbst wenn nicht allen diesen Handlungen eine explizit demokratische Agenda zugrunde liegt, so können sie doch eine Schwächung der Position von strategischen Akteuren innerhalb der Machtelite zur Folge haben und einen politischen Wandel befördern.

2. Medien und politische Transformation

Die Ansätze zur Transformationstheorie und Zivilgesellschaft haben erste Hinweise auf die Bedeutung kommunikativer Handlungen für den Wandel autoritärer Systeme erbracht. Nunmehr muss ein präziseres Verständnis für die Rolle von Medien und Kommunikation in politischen Veränderungsprozessen erarbeitet werden. Dazu soll zunächst kurz auf das Konzept der Öffentlichkeit eingegangen werden, welches die grundlegenden Funktionen von Medien im demokratischen System verdeutlicht. Das demokratietheoretische Ideal eines freien und offenen Informations- und Meinungsaustauschs ist allerdings Einschränkungen unterworfen. Unterprivilegierte soziale Gruppen sind demzufolge bestrebt, ihrer Ausgrenzung von öffentlichkeitswirksamer Kommunikation mit der Schaffung eigener alternativer Sphären für Austausch und Debatte entgegenzuwirken – den sogenannten Gegenöffentlichkeiten. Ausgehend von diesen Überlegungen können sodann die Kommunikationsbedürfnisse und -strategien von Herausforderern dominanter Machtstrukturen erläutert werden. Besonders fruchtbar erweisen sich hier Ansätze zur Kommunikation sozialer Bewegungen, die, wie bereits erläutert, wichtige zivilgesellschaftliche Triebkräfte für eine Veränderung etablierter Normen und Machtverhältnisse sind. Abschließend werden anhand der bisherigen Forschungsliteratur Beiträge von Medien zu politischen Transformationsprozessen und Einflussfaktoren für ihr Wirken aufgezeigt.

ÖFFENTLICHKEIT UND GEGENÖFFENTLICHKEIT: HEGEMONIE IM AUFBAU

Die Unerlässlichkeit von Medien für ein demokratisches System ist unumstritten. Politische Entscheidungen in der Demokratie sind zustimmungsabhängig und bedürfen einer öffentlichen Legitimation. Aus diesem Grund stellt der öffentliche Austausch über Politik einen zentralen Mechanismus bei deren Herstellung, Be-

gründung und Durchsetzung dar.¹ Die Auffassung von Öffentlichkeit als prüfende und legitimierende Instanz der Handlungen politischer Akteure geht zurück auf Habermas und seine Untersuchung der Entstehung einer bürgerlichen Öffentlichkeit im Verlauf des 19. Jahrhunderts. Die Salons, Klubs und Pressepublikationen der erstarkenden Bourgeoisie bildeten eine intermediäre Sphäre zwischen Staatsmacht und Gesellschaft, in der politische und gesellschaftliche Belange debattiert wurden.² Medien haben bei der Herstellung von Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften insofern eine Schlüsselrolle, als sie durch Sammlung und Verbreitung von Informationen gesellschaftliche Zustände und Entwicklungen abbilden. Anhand dieses über Medien vermittelten Spiegelbilds der Gesellschaft können politische Präferenzen entwickelt werden und Entscheidungsträger ihr Handeln ausrichten. Somit wird eine Teilnahme am politischen Prozess erst möglich. Entscheidend für die umfassende Wiedergabe sozialer Realität ist demnach eine für unterschiedlichste Themen und Meinungen zugängliche Öffentlichkeit.³

Das von Habermas auf Basis seiner Öffentlichkeitstheorie entwickelte deliberative Demokratiemodell geht über eine solche Informationsfunktion der Öffentlichkeit hinaus und entwirft zusätzlich die Aufgabe öffentlicher Meinungs- und Willensbildung. Demnach bietet Öffentlichkeit eine Sphäre für eine diskursive Auseinandersetzung verschiedener Standpunkte, die sich über eine Prüfung und Annäherung rationaler Argumente zu öffentlichen Meinungen „verdichten“.⁴ Über die öffentliche Meinung können gesellschaftliche Erwartungen an das politische System sowie Kritik an seinen Leistungen formuliert und Druck auf politische Entscheidungsträger ausgeübt werden. In diesem Sinne wird Öffentlichkeit als korrigierende Gegeninstanz staatlicher Institutionen betrachtet und ermöglicht eine möglichst umfassende Beteiligung aller Gesellschaftsmitglieder am politischen Prozess. Den Medien fällt dabei nicht nur die Rolle der Vermittler von unterschiedlichen Positio-

-
- 1 Saxer, Ulrich: „System, Systemwandel und politische Kommunikation“, in: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hg.), Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft, Opladen: Leske und Budrich 1998, S. 21-64, hier S. 25.
 - 2 Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1990.
 - 3 Gerhards, Jürgen: „Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch“, in: Neidhardt, Friedhelm/Friedrichs, Jürgen/Lepsius, Rainer (Hg.), Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen, Köln: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34 1994, S. 77-105, hier S. 87ff.
 - 4 Habermas: Faktizität, S. 436.

nen zu, sondern sie treffen als eigenständige Akteure auch kommentierende Aussagen zu politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen.⁵

Gleichwohl ist die Idealvorstellung einer frei zugänglichen und kritischen Öffentlichkeit einer Reihe von Einschränkungen unterworfen. Faktoren der sozialen Stratifizierung wie Bildung, Einkommen und soziale Herkunft beeinflussen nicht nur Chancen einer aktiven Teilnahme an öffentlicher Kommunikation, sondern schaffen auch unterschiedliche Voraussetzungen und Interessen der Mediennutzung. Die Anzahl und Komplexität potentiell relevanter Themen machen eine Selektion letztendlich veröffentlichter Beiträge notwendig und fördern die Entstehung verschiedener Teilpublika.⁶ Habermas selbst hat die Veränderung der von ihm dargestellten bürgerlichen Öffentlichkeit im Laufe des 20. Jahrhunderts als die zweite Hälfte des „Strukturwandels der Öffentlichkeit“ beschrieben: Mit fortschreitender Modernisierung der Gesellschaft und der Entstehung massenmedialer Öffentlichkeiten schwinde die Kritikfähigkeit der Öffentlichkeit. Aufgrund der Kommerzialisierung der Medien werde das Publikum nicht mehr als Bürger, sondern als Konsumenten angesprochen, die weniger an reflektierten Beiträgen zur öffentlichen Debatte, als an Unterhaltung interessiert seien. Der Einfluss miteinander konkurrierender Markt- und Privatinteressen auf die Öffentlichkeit steige, das Publikum werde zunehmend entpolitisiert und die Chancen zu einer horizontalen, gleichberechtigten Kommunikation sänken.⁷

Die Massenmedien schaffen in diesem Prozess durch die Auswahl und Präsentation von Inhalten Prioritäten, mit denen Themen in der Öffentlichkeit wahrgenommen und behandelt werden. Zwar kann dieses Agenda-Setting durchaus als engagierte Thematisierung gesellschaftlicher Konflikte und Problemstellungen erfolgen, mit der Medien ihrer Kritikfunktion gerecht werden. Doch unverkennbar wirken auch medienspezifische Mechanismen der Informationsbearbeitung, welche Themen mit hohem Nachrichtenwert zu Aufmerksamkeit verhelfen. Einflussreiche Akteure verfügen über einen besseren Zugang zur öffentlichen Wahrnehmung. Die

5 Habermas, Jürgen: „The Public Sphere: An Encyclopedia Article“, in: *New German Critique* 1 (3) (1974), S. 49-55; Neidhardt, Friedhelm: „Einleitung: Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen“, in: Neidhardt, Friedhelm/Friedrichs, Jürgen/Lepsius, Rainer (Hg.), *Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen*, Köln: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34 1994, S. 7-40; Peters, Bernhard: „Der Sinn von Öffentlichkeit“, in: Neidhardt, Friedhelm/Friedrichs, Jürgen/Lepsius, Rainer (Hg.), *Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen*, Köln: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34 1994, S. 42-76.

6 Peters: *Sinn von Öffentlichkeit*, S. 51ff.

7 Habermas: *Strukturwandel*.

Nähe zu Machtzentren, die mit politischen Entscheidungen auch Nachrichten produzieren, ist ebenso entscheidend wie die Fähigkeit, Informationen wirksam zu verbreiten und mediengerecht aufzuarbeiten. Alle an der öffentlichen Kommunikation beteiligten Akteure versuchen demnach, Öffentlichkeit im Sinne ihrer jeweiligen Anliegen zu erzeugen bzw. zu verhindern, verfolgen also „*charakteristische Strategien zur Verbesserung ihrer Anteile an dieser...*“.⁸ Insofern vollzieht sich die Konstituierung von Öffentlichkeit immer auch unter konkurrierender Minimierung oder Abschluss bestimmter Positionen.

Abgesehen von den durch Habermas selbst aufgezeigten Einschränkungen hat die kritische Rezeption und Fortentwicklung seiner Arbeit Lücken im Konzept der bürgerlichen Öffentlichkeit sowie Ausschlussmechanismen, die zum Nachteil bestimmter Gesellschaftsmitglieder wirken, deutlich gemacht. Die Herausbildung einer bürgerlichen Gesellschaft von Klubs und Debattierzirkeln wird dementsprechend als Prozess interpretiert, durch den sich die Bourgeoisie als eigenständige Gesellschaftsschicht von den alten aristokratischen Eliten, aber auch der einfachen Bevölkerung abgrenzte und politischen Einfluss geltend machte. Unter Zugriff auf Gramsci analysiert Eley bürgerliche Öffentlichkeit als einen Paradigmenwechsel weg von der überwiegend repressiven Machtausübung durch die Monarchie hin zu einer eher hegemonialen, auf Konsenserzeugung basierenden Herrschaft. Somit löste im Prinzip eine soziale Gruppe die andere bei der Dominierung der Gesellschaft ab.⁹ Anderen Gesellschaftsmitgliedern blieb der Zugang zur bürgerlichen Öffentlichkeit aufgrund von sozialer Herkunft, Rasse oder Geschlecht verwehrt. Auch unterschiedlicher Zugriff auf das von Bourdieu konzeptionalisierte „kulturelle Kapital“, also die Beherrschung von Bildungsressourcen und kulturellen Referenzen, verhinderte eine gleichberechtigte Teilnahme am öffentlichen Raisonement.¹⁰ Die feministische Kritik an Habermas wiederum unterstreicht den Ausschluss von Frauen aus der bürgerlichen Öffentlichkeit, verweist aber gleichzeitig auf die Herausbildung alternativer Vereine und Publikationen, über die sich Frauen zu organisieren und zu artikulieren suchten.¹¹

In diesem Sinne betont Fraser, dass von der Teilnahme an Öffentlichkeit ausgegrenzte Gruppen immer auch eigene Räume für den Austausch und die Organisie-

8 Saxer: System, S. 32.

9 Eley: Nations, Publics.

10 Fraser, Nancy: „Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy“, in: *Social Text* 25/26 (1990), S. 56-80, hier S. 60. Vgl. dazu: Bourdieu, Pierre: *Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1987.

11 Fraser: *Rethinking*.

rung ihrer jeweiligen Interessen gebildet hätten und bezeichnet diese Sphären als Gegenöffentlichkeit:

„...members of subordinated social groups – women, workers, peoples of colour, and gays and lesbians – have repeatedly found it advantageous to constitute alternative publics. I propose to call these *subaltern counterpublics* in order to signal that they are parallel discursive arenas where members of subordinated social groups invent and circulate counterdiscourses, which in turn permit them to formulate oppositional interpretations of their identities, interests, and needs.“¹²

Derartige Gegenöffentlichkeiten entstehen in Reaktion auf verschiedene Formen der Exklusion und fördern insofern eine Bereicherung der öffentlichen Debatte. Sie bilden eine diskursive Herausforderung, die im Prinzip emanzipatorische Wirkung hat. Dabei wirken sie Fraser zufolge auf zweierlei Art: „*On the one hand, they function as spaces of withdrawal and regroupment; on the other hand, they also function as bases and training grounds for agitational activities directed towards wider publics.*“¹³ An dieser Stelle lässt sich an die erläuterten Zivilgesellschaftsansätze anknüpfen. Die Theoretiker Cohen und Arato gehen ebenfalls davon aus, dass die sozialen Bewegungen und Initiativen der Zivilgesellschaft sowohl auf externe als auch auf interne Weise demokratisches Potential entfalten: zum einen im Zuge der innerhalb der Zivilgesellschaft stattfindenden Aushandlung von Identitäten und Positionen, zum anderen über eine nach außen gegen dominantere Akteure gerichtete Repräsentation von Interessen und Forderungen untergeordneter Gesellschaftsgruppen.¹⁴

Wimmer weist darauf hin, dass der Gegenöffentlichkeitsbegriff mittlerweile ebenso wie der Öffentlichkeitsbegriff „*vielfältig konnotiert ist und höchst unterschiedlich verwendet wird.*“¹⁵ Die Konjunktur des Begriffs in westlichen Demokratien geht vor allem auf die neuen sozialen Bewegungen (Umwelt-, Schwulen-, Antiatombewegung u. a.) zurück, die damit eine gesellschaftskritische Auseinandersetzung mit den etablierten Institutionen von Massenmedien und Politik thematisierten. In seiner ausführlichen Erörterung der unterschiedlichen theoretischen Ansätze differenziert Wimmer in „*alternative, partizipative und medienaktivistische (Gegen-)Öffentlichkeit(en) [...], die aufgrund defizitärer Funktionserfüllung von Öff-*

12 Ebd. S. 67.

13 Ebd. S. 68.

14 Cohen/Arato: *Civil Society*, S. 555ff.

15 Wimmer, Jeffrey: *(Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007, S. 243.

*fentlichkeit entstehen.*¹⁶ Erstere ist dabei als kritische Teilöffentlichkeit auf die etablierten Medien („Leitmedien“) der Gesellschaft gerichtet und sucht über öffentlichkeitswirksame Aktionen oder aber die Erstellung eigener Medien und Produktionsstrukturen alternative Ansichten innerhalb einer größeren Öffentlichkeit zu verbreiten. Die partizipatorische Gegenöffentlichkeit hingegen umfasst den kommunikativen Austausch innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen und kollektiver Akteure, etwa über bewegungsspezifische alternative Medien oder Veranstaltungen. Hier wird quasi Frasers Gedanke von der Gegenöffentlichkeit als „*training ground*“ aufgenommen, auf dem Bewegungsakteure untereinander Standpunkte und Identitäten verhandeln. Die medienaktivistische Gegenöffentlichkeit schließlich sucht direkt auf Inhalte und Praktiken der Massenmedien Einfluss zu nehmen, etwa über verschiedenen Formen der Kontrolle und Anmahnung zu fairer Berichterstattung („*media monitoring*“) oder die pädagogische Verbesserung der Kritikfähigkeit und Medienkompetenz des Publikums.¹⁷

Naturgemäß lässt sich eine solch differenzierte Herangehensweise an Gegenöffentlichkeit nicht vollständig auf autoritäre Staaten übertragen, wo Medien und öffentliche Kommunikation ganz anderen Einschränkungen unterliegen als im demokratischen System. Gleichwohl findet hier ebenfalls eine diskursive Auseinandersetzung untergeordneter Akteure mit den Ansichten der dominanten politischen Eliten und ihrer Kommunikationsmedien statt. Verbindet man das Konzept der Gegenöffentlichkeit mit den zuvor dargestellten Transformationstheorien, so wird deutlich, dass konfliktorientierte Akteure, die einen politischen Wandel verfolgen, über eine extern ausgerichtete Kommunikation die Herstellung kritischer Teilöffentlichkeiten anstreben müssen, in denen sie die Positionen strategischer Gruppen delegitimieren, alternative Vorstellungen verbreiten und Anhänger für die eigenen Anschauungen gewinnen. Zugleich bieten Gegenöffentlichkeiten die Möglichkeit, über eine interne Kommunikation eigene Standpunkte und Solidaritäten zu entwickeln, bevor diese auf eine höhere gesellschaftliche Ebene übertragen werden können. Die von Wimmer dargestellte Erzeugung einer medienaktivistischen Gegenöffentlichkeit bildet im autoritären System einerseits eine prinzipielle Begleiterscheinung zivilgesellschaftlicher Aktivität, müssen doch Bewegungs- und Oppositionsakteure in der Auseinandersetzung mit autoritären Machthabern immer auch um essentielle Kommunikationsfreiheiten ringen; andererseits kann sie auch hier gezielt verfolgt werden, etwa über die Kooperation von Journalisten mit internationalen Organisationen für Pressefreiheit (Reporter ohne Grenzen, Index on Censorship),

16 Ebd.

17 Ebd. S. 236ff. Vgl. dazu auch: Carroll, William K./Hackett, Robert A.: „Democratic media activism through the lens of social movement theory“, in: *Media, Culture and Society* 28 (1) (2006), S. 83-104.

um Missstände im Mediensystem anzuprangern. Um mögliche Kommunikationsstrategien von Herausforderern etablierter Machtverhältnisse genauer zu beleuchten, werden im Folgenden die Ansätze der Forschung zu sozialen Bewegungen genutzt.

HERAUSFORDERUNG DURCH KOMMUNIKATION: KONFLIKT UM ZUGANG UND BEDEUTUNG

Bislang wurde deutlich, dass den Medien eine zentrale Rolle bei der Herstellung von Öffentlichkeit zufällt, in der die Belange gesellschaftlicher Gruppierungen verhandelt werden können und die kritisch und korrigierend auf das politische System einwirkt. Gleichwohl ist die Idealvorstellung einer frei zugänglichen und pluralistischen Öffentlichkeit selbst im demokratischen System gewissen Einschränkungen unterworfen. Soziale Akteure konkurrieren mit unterschiedlichen Voraussetzungen um den Zugang zu Medien und Öffentlichkeit, um ihre Ansichten wirkungsvoll zu verbreiten. Im autoritären System dagegen stehen Medien je nach Intensität der staatlichen Überwachung und Repression unter den mehr oder weniger ausgeprägten Kontrollmechanismen der Machthaber, welche die Verbreitung von Darstellungen der Realität, über die ihre Herrschaft delegitimiert würde, zu verhindern suchen. Somit zeigt sich, dass Medien vor dem Hintergrund sozialer und politischer Konflikte zum Gegenstand einer größeren Auseinandersetzung um Kontrolle und Macht werden. Gramscis Vorstellung von Hegemonie hat deutlich gemacht, dass die Herausbildung von Gegenöffentlichkeiten ein erster Schritt zur Infragestellung dominanter Normen und Machtverhältnisse ist, bevor diese über die Formierung kollektiver Solidaritäten innerhalb der Zivilgesellschaft wirksam herausgefordert werden können. Auch den vom SKOG-Modell erstellten Erfolgskriterien für konfliktorientierte Akteure der ideologischen Geschlossenheit, gesellschaftlichen Legitimation und Mobilisierungsfähigkeit von Herausforderern liegen kommunikative Handlungen zu Grunde, in denen Medien entscheidende Ressourcen bilden. Allerdings verschaffen diese Theorien wenig Einblick in die genaueren Mechanismen und Strategien, mit denen untergeordnete soziale Akteure Medien und Kommunikation zur Realisierung ihrer Zielstellungen einsetzen.

Laut Wolfsfeld wetteifern Gegenspieler in politischen Auseinandersetzungen sowohl auf struktureller Ebene um Medienzugang als auch aus kultureller Hinsicht um Bedeutungszuschreibungen für Medieninhalte. Akteure mit Nähe zu Machtzentren besitzen dabei entscheidende Vorteile gegenüber Herausforderern, denen oftmals keine gleichwertigen Ressourcen und Einflussmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Wolfsfeld nennt vier Faktoren, welche die Zugangschancen politischer Akteure zu den Medien beeinflussen. Erstens bestimmt deren politischer oder sozialer

Status den Nachrichtenwert ihrer Handlungen und Äußerungen. Elitenakteure, die erhöhte Medienaufmerksamkeit generieren können, finden sich dabei nicht zwangsläufig nur unter den Machthabern, sondern auch bei den Herausforderern – abhängig von ihrer Stellung als Oppositionskraft. Wichtig sind zweitens der Organisationsgrad und die Ressourcen, welche Herausforderer aufbringen können, um Zugang zu Medien zu gewinnen. Dabei unterscheidet Wolfsfeld zwischen harten Ressourcen (Anzahl der Mitglieder und Anhänger, finanzielle Mittel und Personal für Medienarbeit) sowie weichen Ressourcen (Gruppensolidarität, Erfahrung beim Umgang mit Medien).¹⁸

Diese beiden ersten Faktoren nehmen somit im Prinzip wichtige Kriterien des SKOG-Modells auf: Organisation, ideologische Geschlossenheit, Glaubwürdigkeit und Legitimationskraft bestimmen demnach nicht nur die Erfolgchancen konfliktorientierter Akteure, sondern stehen auch in engem Zusammenhang mit deren Zugang zu Medien und Öffentlichkeit. Interessant erscheint hierbei außerdem der Verweis auf den Wert professioneller Informationsverarbeiter für Herausforderer, wird doch dadurch die Bedeutung der Beziehungen zwischen konfliktorientierten Akteuren und Journalisten oder anderen Medienexperten hervorgehoben.

Als dritten Faktor, der den Medienzugang politischer Akteure beeinflusst, benennt Wolfsfeld außergewöhnliches Verhalten. Proteste und Demonstrationen, spektakuläre Aktionen oder Auftritte und nicht zuletzt Gewaltanwendung wecken die Aufmerksamkeit von Medien und Öffentlichkeit. Hierüber machen Herausforderer ihre Konfliktbereitschaft deutlich, den Willen also, entgegen bestehender Normen und Regeln zu handeln. Zugleich zeigt sich hier die Mobilisierungsfähigkeit konfliktorientierter Akteure, die ihre Anhänger zur Teilnahme an öffentlichkeitswirksamen Demonstrationen zusammenbringen oder aber Unterstützer ideologisch so weit motivieren müssen, dass sie mit regelwidrigen Aktionen gerichtliche Verfolgung oder gar ihr Leben riskieren. Viertens prägt auch die Abhängigkeit politischer Akteure von den Medien deren gegenseitiges Verhältnis. Medien bieten Zugang zur Öffentlichkeit und damit eine Chance zur Teilhabe am politischen Prozess. Haben politische Akteure keine andere Möglichkeit, auf Entscheidungen und Machtverhältnisse einzuwirken, etwa über Präsenz in den staatlichen Institutionen, so steigt ihre Abhängigkeit von den Medien, müssen sie doch ihre Positionen sowohl an höhergestellte Entscheidungsträger als auch an ein größeres Publikum übermitteln. Umgekehrt ist die Abhängigkeit politisch mächtiger Akteure von den Medien geringer. Sie besitzen mehr Möglichkeiten Ereignisse und die dazu veröffentlichten Informationen zu kontrollieren. Herausforderer müssen demzufolge Ge-

18 Wolfsfeld, Gadi: *Media and political conflict. News from the Middle East*, Cambridge/New York: Cambridge University Press 1997, S. 16ff.

legenheiten nutzen bzw. schaffen, um diese Kontrolle zu durchbrechen und eigene Positionen in die Medien zu bringen.¹⁹

Gleichzeitig sind politische Auseinandersetzungen aber auch Ausdruck rivalisierender Visionen der Realität, welche die Konfliktparteien in den Medien durchzusetzen suchen. Insofern konkurrieren politische Gegner nicht nur um den Zugang zu Medien, sondern auf kulturellem Niveau zusätzlich auch um Deutungsrahmen, die den Medieninhalten unterschiedlichen Sinn verleihen. Es geht darum, Darstellungen und Interpretationen von Ereignissen durchzusetzen, die Unterstützung für eigene Ziele generieren und die Position der Gegenseite schwächen. Dieser Prozess wird durch Ideen, Bilder und Symbole geprägt, die jede Kultur für die Aufnahme und Verarbeitung von Botschaften bereithält. Auch hierbei verfügen strategisch einflussreiche Akteure über entscheidende Vorteile, gestattet ihnen doch die Kontrolle über das politische Umfeld medienwirksame Ereignisse zu inszenieren und Informationsflüsse derart zu lenken, dass Nachrichten den gewünschten „Spin“ erhalten. Zudem prägen dominante Akteure aufgrund ihrer kulturellen Definitionsmacht die politische wie professionelle Kultur innerhalb der Medieninstitutionen und damit eine wesentliche Rahmenbedingung journalistischer Arbeit.²⁰ Die Konfliktfähigkeit von Herausforderern wird demzufolge auch davon bestimmt, inwieweit sie in der Lage sind, eigene Realitätsdeutungen in der Öffentlichkeit durchzusetzen bzw. diesen über die Herausbildung von Gegenöffentlichkeiten und zivilgesellschaftliche Überzeugungsarbeit im Sinne Gramscis allmählich mehr Einfluss zu verleihen.

Insofern wird deutlich, inwieweit Medien sowohl einen Gegenstand als auch eine Ressource politischer Auseinandersetzungen bilden. Wolfsfelds Ausführungen beziehen sich indes hauptsächlich auf ein mehr oder weniger eigenständiges und freies Mediensystem, das Informationen anhand der ihm eigenen Gesetzmäßigkeiten verarbeitet. Zudem beschäftigt er sich mehr mit der Art und Weise, wie politische Akteure Resonanz in der massenmedialen Öffentlichkeit erzielen und geht weniger auf Dynamiken der Erzeugung und Aushandlung von Diskursen durch die Herausforderer ein. Im autoritären System ist die Kontrolle der strategischen Akteure in der Machtelite über Medien deutlich höher, so dass konfliktorientierte Gruppen vermehrt auf die Schaffung von Gegenöffentlichkeiten und eigene alternative Medien angewiesen sind.

Zum Framing durch soziale Bewegungen

Obwohl politische Machthaber im Wettstreit um Kommunikationsmittel und Medieninhalte überlegen erscheinen, verfügen sie doch über keine absolute Kontrolle

19 Ebd. S. 20ff.

20 Ebd. S. 31ff.

und immer wieder gelingt es Herausforderern, Medien erfolgreich für ihre Ziele einzusetzen. Vor allem soziale Bewegungen müssen ihren Gestaltungswillen über eine medial erzeugte Öffentlichkeit deutlich machen, da sie anders als etwa Parteien kaum direkten Zugriff auf das politisch-administrative System der Entscheidungsfindung haben. Nur auf diesem Weg können sie die Aufmerksamkeit und Unterstützung eines größeren Publikums für ihre Ziele gewinnen und Druck auf das politische System ausüben. Besonders „machtorientierte“ Bewegungen, die Einfluss auf politische Entscheidungen und Institutionen nehmen wollen, sind auf eine möglichst große Resonanz in der Öffentlichkeit angewiesen.²¹ Zugleich aber sind soziale Bewegungen aufgrund ihrer lockeren netzwerkartigen Struktur von der Hingabe und dem Engagement von Mitgliedern und Anhängern abhängig. Auch hier sind es diskursive Praktiken, die den internen Zusammenhalt der Bewegung immer wieder erneuern und Teilnehmer anziehen. Gelungene Kommunikation bildet folglich eine zentrale Grundlage für die externen und internen Beziehungen von sozialen Bewegungen und beeinflusst deren Erfolg oder Scheitern entscheidend.²²

Um ihre Umgebung und Anhänger wirkungsvoll anzusprechen und oftmals ungleich stärkere Gegner herauszufordern, leisten Bewegungsakteure eine vielfältige und komplexe Symbolarbeit, mit der sie gesellschaftliche Zustände deuten sowie bestimmte Sinnzusammenhänge entwickeln. Dieser als *Framing* bezeichnete Prozess wird von Entman wie folgt definiert: „... to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation,

21 Im Gegensatz dazu setzen „kulturorientierte“ Bewegungen eher auf „die Überzeugungskraft ihrer Praxisformen“ und versuchen daher weniger eine größere Öffentlichkeit, als vielmehr ihr unmittelbares Umfeld zu beeinflussen. Rucht, Dieter: „Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen“, in: Neidhardt, Friedhelm/Friedrichs, Jürgen/Lepsius, Rainer (Hg.), Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen, Köln: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34 1994, S. 337-58, hier S. 350ff.

22 McAdam, Douglas: „Taktiken von Protesbewegungen. Das ‚Framing‘ der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung“, in: Neidhardt, Friedhelm/Friedrichs, Jürgen/Lepsius, Rainer (Hg.), Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen, Köln: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34 1994, S. 393-412; Rucht, Dieter: „Soziale Bewegungen und ihre Rolle im System politischer Interessenvermittlung“, in: Klingemann, Hans-Dieter/Neidhardt, Friedhelm (Hg.), Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung, Berlin: WZB-Jahrbuch/edition sigma 2000, S. 51-69.

*and/or treatment recommendation for the item described.*²³ Demnach vereinfachen, verknüpfen und betonen Bewegungen bestimmte Erscheinungen ihrer Lebenswelt auf eine Art und Weise, die kollektives Handeln erst ermöglicht, also Teilnehmer mobilisiert, Beistand erzeugt und Gegner diskreditiert. Dabei entwickeln sie eine gewisse dramatische Narrative, die auf verschiedene Frames oder Deutungsrahmen baut. Bewegungsakteure müssen zunächst ein gemeinsames Verständnis von einer Problemlage, deren Ursachen und möglichen Verantwortlichen entwickeln (*diagnostic framing*). Diese Problemdefinition beinhaltet immer auch die Herstellung eines Gefühls der ungerechten Behandlung, das von potentiellen Teilnehmern der Bewegung geteilt wird und sowohl eine Basis für die Herausbildung einer kollektiven Identität, als auch ein Mittel der Abgrenzung vom Gegner sowie zu dessen Delegitimierung bildet. In einem weiteren Schritt werden sodann Lösungsvorschläge und verschiedene Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt (*prognostic framing*). Hier setzt eine direkte Auseinandersetzung mit den Diskursen der Antagonisten ein, die einerseits zurückgewiesen, andererseits mit alternativen Vorstellungen konfrontiert werden. Schließlich liefern andere Frame-Elemente den Anreiz zum tatsächlichen Handeln und stellen eine Beseitigung des identifizierten Problems durch gemeinsame Aktion in Aussicht (*motivational framing*).²⁴

Framing wird als dynamischer Prozess verstanden, bei dem beteiligte Akteure immer wieder Bezug auf aktuelle Entwicklungen und Referenzgruppen nehmen, um die erarbeiteten Bedeutungszusammenhänge zu verändern und anzupassen. Dabei kann es innerhalb der Bewegung zu Konflikten um „richtige“ Interpretationsmuster kommen. Um erfolgreich zu sein, müssen Frames nicht nur eine glaubwürdige und geschlossene Argumentation aufweisen, die einer Auseinandersetzung mit anderen Diskursen standhält, sondern auch an alltägliche Erfahrungen des Zielpublikums anknüpfen und eine gewisse Nachvollziehbarkeit entfalten. Gleichzeitig schöpfen Frames aus dem kulturellen Repertoire einer Gesellschaft, aus dem sie passende symbolische Elemente auswählen und zu neuen Bedeutungen zusammenfügen.²⁵

23 Entman, Robert M.: „Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm“, in: *Journal of Communication* 43 (4) (1993), S. 51-58, hier S. 52.

24 Benford, Robert D./Hunt, Scott A.: „Dramaturgy and Social Movements: The Social Construction and Communication of Power“, in: *Sociological Inquiry* 62 (1) (1992), S. 36-55; Benford, Robert D./Snow, David A.: „Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment“, in: *Annual Review of Sociology* 26 (2000), S. 611-39; Scheufele, Bertram: *Frames - Framing - Framing-Effekte*, Opladen: Westdeutscher Verlag 2003, S. 84ff.

25 Benford/Snow: „Framing Processes“; Hellmann, Kai-Uwe: „Paradigmen der Bewegungsforschung. Eine Fachdisziplin auf dem Weg zur normalen Wissenschaft“, in: Klein, Ans-

Schließlich weist Entman darauf hin, dass Frames neben der Aufzeigung unerwünschter Zustände und möglichen Lösungen auch moralische Wertungen treffen, die der Argumentation mehr Gewicht verleihen und eine Legitimationsgrundlage für die anvisierten Handlungsoptionen schaffen.²⁶

Obleich soziale Bewegungen kulturelle und historische Referenzen der jeweiligen Gesellschaft nutzen, werden Protest- und Argumentationsformen, die sich als effektiv erwiesen haben, bewegungsübergreifend weitergeführt. Insofern haben sich weltweit bestimmte Aktionsmuster und Frames durchgesetzt, die über nationale und kulturelle Grenzen hinweg wirken. Der zuvorderst mit Gandhi und dem indischen Unabhängigkeitskampf verbundene Einsatz von gewaltlosem Widerstand und zivilem Ungehorsam beispielsweise wird immer wieder von verschiedenen Bewegungen aufgegriffen, da er einerseits große Hingabe für ein bestimmtes Ziel verdeutlicht und damit hohe moralische Autorität entfaltet, andererseits eine deutliche Abgrenzung von den Machthabern symbolisiert und deren Legitimation in Frage stellt.²⁷ In islamischen Ländern gab es ebenfalls immer wieder Bewegungen, die ihre Ziele über gewaltfreien Widerstand verfolgten, jedoch aufgrund starrer Interpretationsrahmen in den westlichen Medien, die den Islam vor allem mit Gewalt und Terrorismus konnotieren, weniger Beachtung fanden.²⁸ Dies änderte sich mit den iranischen Wahlprotesten vom Sommer 2009 sowie dem Sturz von Mubarak in Ägypten Anfang 2011. Beide Protestbewegungen setzten ganz klar auf Strategien des gewaltfreien Widerstands und bezogen daraus nicht nur eine enorme moralische Legitimation, sondern auch wichtige Aufmerksamkeit und Unterstützung einer internationalen Öffentlichkeit. Neben diesen Aktionsformen sind auf diskursiver Ebene Elemente wie Menschenrechte, die Verteidigung kultureller Identität oder der Kampf gegen Imperialismus zu einflussreichen „*master frames*“ geworden, die nicht unbedingt vollständig von Bewegungsakteuren übernommen werden müssen, mit ihren vorgefertigten Skripten von Problemdiagnose und Schuldzuweisung aber essentielle Bausteine für die Erarbeitung eigener situationsspezifischer Argumentationsmuster liefern.²⁹

gar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hg.), *Neue Soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1999, S. 92-113.

26 Entman: Framing, S. 52ff.

27 Haunss, Sebastian: „Challenging Legitimacy: Repertoires of Contention, Political Claims Making, and Collective Action Frames“, in: Hurrelmann, Achim/Schneider, Steffen/Steffek, Jens (Hg.), *Legitimacy in an Age of Global Politics*, Houndmills/Basingstoke: Palgrave Macmillan 2007, S. 156-72, hier S. 162ff.

28 Hafez: *Heiliger Krieg*, S. 233.

29 Benford/Snow: Framing Processes, S. 619. Rutten, Rosanne/Baud, Michiel: „Concluding Remarks: Framing Protest in Asia, Africa, and Latin America“, in: Rutten, Rosanne/

Abgesehen von den kulturellen und soziopolitischen Rahmenbedingungen sowie kurzfristig entstehenden Auslösern oder Opportunitäten beeinflussen natürlich im Wesentlichen die beteiligten Akteure das Framing einer Bewegung. Im Zuge ablaufender Proteste mit ihrer eigenen Dynamik ist sicher die Rolle der unmittelbar Involvierten, informeller Diskussionen und spontaner Reaktionen auf die Ereignisse nicht zu unterschätzen. Ein prägnantes Beispiel hierfür liefert der Tod der jungen Iranerin Neda Agha-Soltan, die am Rande der Wahlproteste im Juni 2009 in Teheran erschossen und durch ein im Internet verbreitetes Amateurvideo dieses Vorfalls zu einer Ikone der Protestbewegung wurde, welche somit den friedlichen Widerstand einer überwiegend jugendlichen Bevölkerung gegen das repressive gewaltbereite Regime herausstellen konnte.

Weitaus wichtiger sind indes zentrale Protagonisten, deren Handlungen und Äußerungen eine Bewegung und ihren Diskurs prägen. Rutten und Baud gehen von unterschiedlichen Mustern in der Beziehung zwischen diesen Figuren und einer sozialen Bewegung aus. So liefern vor allem in der kreativen Anfangsphase von Bewegungen Debatten von „*innovators*“ – Journalisten, Wissenschaftler oder Schriftsteller, also Intellektuelle im weitesten Sinne – Anregung und Inspiration, ohne dass diese zwangsläufig selbst zu den Aktivisten zählen. Andere wiederum verschreiben sich ganz und gar einem Protestthema, um dann entweder aufgrund ihres Bildungsstatus, kulturellen Kapitals und ideologischer Stringenz oder aber durch Ausbildung und innerhalb der Bewegung entstehende Chancen zu deren Führungsfiguren aufzusteigen („*movement intellectuals*“). Schließlich verleihen außenstehende Spezialisten oder öffentliche Intellektuelle, die ihr Wissen und ihre Reputation vorübergehend in den Dienst einer Bewegung stellen, deren Darstellung und Argumentation zusätzliches Gewicht („*allies*“).³⁰ Insgesamt fungieren diese Akteure somit in der Öffentlichkeit als Sprecher, die sich als „Experten“, „Advokaten“ oder „Zeitdeuter“ zu bestimmten Themen äußern, ihnen auf verschiedenen Ebenen Gehör verschaffen und dabei zur Ausbildung der jeweiligen Frames beitragen.³¹ Somit bestätigt sich erneut die sowohl durch Wolfsfeld als auch den SKOG-Ansatz von Schubert hervorgehobene Bedeutung von Vertretern der Bildungsschicht, die mittels ihrer Fähigkeiten die Forderungen zivilgesellschaftlicher Bewegungen und eben auch konfliktorientierter Akteure wirksam artikulieren und in die Öffentlichkeit tragen können. Die nachfolgende Analyse der politischen Transformation in Iran wird ebenfalls deutlich machen, dass Intellektuelle und Journalisten sowohl auf gesellschaft-

Baud, Michiel (Hg.), *Popular Intellectuals and Social Movements: Framing Protest in Asia, Africa, and Latin America*, Amsterdam: International Review of Social History 49, Supplement 2004, S. 197-217, hier S. 205.

30 Rutten/Baud: Framing Protest.

31 Peters: Sinn von Öffentlichkeit, S. 57f.

licher als auch politischer Ebene zu den führenden Akteuren der Reformbewegung zählen.

Im Bestreben, ein Protestthema der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, befinden sich soziale Bewegungen, wie bereits durch die Ausführungen von Wolfsfeld deutlich wurde, in einer größeren Abhängigkeit von den Medien als umgekehrt, da sie auf die mediale Vermittlung ihrer Diskurse an ein größeres Publikum angewiesen sind. Um diese Hürde zu überwinden, stehen Bewegungsakteuren Rucht zufolge drei grundsätzliche Verhaltensstrategien im Umgang mit den Medien offen. Über einen „Angriff“ in Form eines Leserbriefs, expliziter Kritik an der Berichterstattung oder gar gewaltsamen Aktionen gegen Redaktionshäuser, also das erwähnte außergewöhnliche Verhalten, kann auf Fehl- oder Unterrepräsentationen der Bewegungsthematik hingewiesen und eine Verhaltensänderung der Medien eingeklagt werden. Weitaus aufwändiger erweist sich die „Anpassung“, bei der durch eine professionalisierte Öffentlichkeitsarbeit oder nachrichtengerecht inszenierte Aktionen auf Regeln und Kriterien der Informationsverarbeitung durch Medien eingegangen wird, also die entsprechenden Ressourcen für die Medienarbeit aufgebracht werden müssen. Mit der Schaffung von „Alternativen“ schließlich werden eigene Kommunikationsforen etabliert, über die Ziele und Inhalte der Bewegung kundgetan werden können. Es ist klar, dass gerade unter diesem Gesichtspunkt das Internet Bedeutung für die Informationsverarbeitung und -verbreitung durch soziale Bewegungen entfaltet.³²

Transnationale Öffentlichkeiten

Die Mobilisierung öffentlicher Meinung endet heutzutage selten an den Grenzen der Territorialstaaten, da sowohl in der Öffentlichkeit verhandelte Belange als auch Adressaten und potentiell durch Problemthematisierungen Betroffene immer weniger ausschließlich nationaler Natur sind. Zudem hat die Infrastruktur der Kommunikation mit Verbreitung der neuen Medien verstärkt an Kapazität zur Grenzüberschreitung gewonnen.³³ Artikulierten sich soziale Bewegungen in der Vergangen-

32 Ein viertes mögliches Reaktionsmuster wäre „Apathie“, also der Verzicht auf eine Repräsentation der Bewegung in den Medien, resultierend aus der Frustration über zu hohe Schwellen beim Zugang zur Öffentlichkeit. Rucht, Dieter: „The quadruple ‚A‘. Media strategies of protest movements since the 1960s“, in: Donk, Wim van de/Loader, Brian D./Nixon, Paul G./Rucht, Dieter (Hg.), *Cyberprotest: New Media, Citizens and Social Movements*, London/New York: Routledge 2004, S. 29-56.

33 Fraser, Nancy: „Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit. Legitimität und Effektivität der öffentlichen Meinung in einer postwestfälischen Welt“, in: Niesen, Peter/Herborth,

heit vor allem auf lokaler oder nationaler Ebene, so richten sie sich inzwischen immer öfter auch an ein transnationales Publikum. Parallel zur zunehmenden Delegation politischen Handelns an internationale Organisationen wie die Weltbank oder die Vereinten Nationen hat sich eine „globale Zivilgesellschaft“ in Form von transnationalen Assoziationen und Netzwerken herausgebildet. Deren Akteure interagieren auf vielfältige Art mit den internationalen Institutionen, sei es durch die Bereitstellung von Expertise im Rahmen gemeinsamer Kooperationen oder die öffentlichkeitswirksame Kritik an wahrgenommenen Missständen globalen Regierens.³⁴ Internationale Nichtregierungsorganisationen (NROs) sind inzwischen maßgeblich am Entwurf und der Verbreitung von Normen und Regulierungen weltweiten politischen Handelns beteiligt. Im Gegensatz zu anderen Akteuren entfalten sie dabei Einfluss nicht über ökonomisches, territoriales oder militärisches Machtpotential, sondern vielmehr auf diskursivem Wege, indem sie also Wissen und Informationen verbreiten, Netzwerke und Öffentlichkeiten mobilisieren.³⁵

Durch eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Akteure können auf Basis geteilter Prinzipien und eines gemeinsamen Diskurses transnationale Interessengemeinschaften entstehen. Besonders Kampagnen zu grundsätzlichen Werten, etwa im Bereich von Menschenrechten, Umweltschutz oder Gesundheit haben die größten Chancen, länder- und kulturübergreifend Teilnehmer, deren rationale Belange im Grunde nicht unmittelbar involviert sind, zu mobilisieren. Im Zentrum dieser „*advocacy networks*“ steht die Zusammenstellung und Aufbereitung von Informationen sowie deren strategischer Einsatz, um Überzeugungs- und Druckpotential für den Umgang mit politischen Akteuren zu gewinnen. Über das angepasste Framing ihrer Inhalte versuchen transnationale Bewegungen, zugunsten bestimmter Normen Aufmerksamkeit bei unterschiedlichen Zielgruppen zu erzeugen, Institutionen anzusprechen und erwünschte Handlungen auszulösen. Hierbei kommen unterschiedliche Beteiligte zusammen, angefangen von intellektuellen Einzelaktivisten und lokalen sozialen Bewegungen über NROs, Forschungsinstitute und Stiftungen bis hin zu Teilen von Nationalregierungen und Parlamenten.³⁶

Benjamin (Hg.), *Anarchie der kommunikativen Freiheit*. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2007, S. 224-53.

34 Nanz, Patricia/Steffek, Jens: „Zivilgesellschaftliche Partizipation und die Demokratisierung internationalen Regierens“, in: Niesen, Peter/Herborth, Benjamin (Hg.), *Anarchie der kommunikativen Freiheit*. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2007, S. 87-110.

35 Holzscheiter, Anna: „Discourse as Capability: Non-State Actors' Capital in Global Governance“, in: *Millennium - Journal of International Studies* 33 (3) (2005), S. 723-46.

36 Keck, Margaret E./Sikkink, Kathryn: *Activists beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics*, Ithaca/New York: Cornell University Press 1998, S. 2, 9.

Die Wirkung derartiger Netzwerke zeigt sich für Keck und Sikkink vor allem mit Hinblick auf folgende Punkte:

„(1) by framing debates and getting issues on the agenda; (2) by encouraging discursive commitments from states and other policy actors; (3) by causing procedural change at the international and domestic level; (4) by affecting policy; and (5) by influencing behaviour changes in target actors“.³⁷

Für die Bemühungen von sozialen Bewegungen im innerstaatlichen Bereich sind transnationale Netzwerke insofern von Bedeutung, als sie ihnen neue Ressourcen und Handlungsoptionen eröffnen. Blockiert etwa ein autoritärer Staat die Kommunikation mit der Gesellschaft, so dass diese keine Möglichkeit hat, ihre Belange in die politische Sphäre zu tragen und deren Entscheidungen zu beeinflussen, suchen zivilgesellschaftliche Akteure auf internationaler Ebene nach neuen Allianzen. Mithilfe gleichgesinnter Ansprechpartner können sie Zugang zu Medien, Regierungen und Organisationen in anderen Ländern gewinnen und auf diesem Umweg eine internationale Öffentlichkeit gegen die eigene Regierung mobilisieren.³⁸ Grundsätzliches Ziel hierbei ist eine moralische Delegitimierung der Normverletzungen durch autoritäre Machthaber, einhergehend mit einer Aufwertung der eigenen Position, um durch Druck „von oben“ und „von unten“ eine Änderung im Regimeverhalten zu erzwingen.³⁹ Neben der effektiven Vermittlung ihrer Interessen finden schwächere Akteure aus Entwicklungs- und Transformationsländern in transnationalen Netzwerken auch eine Quelle finanzieller und ideeller Unterstützung, etwa durch Kontakte zu Geberorganisationen oder Wissenstransfer. Die internationalen bzw. zumeist westlichen Mitstreiter im Netzwerk hingegen erhalten durch diesen Austausch authentische Informationen aus dem jeweiligen Lokalkontext, mit denen sie ihrem Einsatz eine stärkere Glaubwürdigkeit und Legitimität geben können.⁴⁰ In

37 Ebd. S. 201.

38 Ebd. S. 12ff.

39 Dieses „Bumerang-Modell“ von Keck und Sikkink entwickeln Risse et al. weiter zur „Spirale“, demnach die Internalisierung von Menschenrechten durch einen normverletzenden Staat über verschiedene Phasen läuft, angefangen von Repression und Ablehnung dieser Normen über taktische Konzessionen auf argumentativer Ebene bis hin zur Selbstverstrickung in den eigenen Lippenbekenntnissen und einer allmählich erzwungenen Akzeptanz. NROs spielen bei Aktivierung und Beschleunigung dieser Spirale eine zentrale Rolle, indem sie in Netzwerken lokale und transnationale Akteure in Verbindung zueinander bringen sowie internationale Öffentlichkeit und westliche Regierungen involvieren. Risse/Ropp/Sikkink (Hg.): *The Power*.

40 Keck/Sikkink: *Activists*, S. 13, 22.

Iran hat es vor allem die Frauenbewegung geschafft, über transnationale Netzwerke auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen und damit auch eine westliche Öffentlichkeit zu erreichen. Die Grüne Bewegung hat ebenfalls ein grenzüberschreitendes Netzwerk von Anhängern entwickeln können, bleibt dabei aber mehr innerhalb der iranischen Diaspora, sieht man von der kurzfristigen Mobilisierung der internationalen Medienöffentlichkeit auf dem Höhepunkt der Proteste ab.

Als essentielles Bindemittel prägt Kommunikation die Beziehungen der Mitglieder von transnationalen Netzwerken. Effektivität und Belastbarkeit eines Netzwerks sind ebenso wie die Fähigkeit als kohärent handelnder Akteur aufzutreten von der Intensität der Kontakte bei der Verhandlung gemeinsamer Werte und Herausbildung einer gemeinsamen Identität abhängig. Auf transnationaler Ebene spielen gleichzeitig intellektuelle Vermittlerfiguren eine wichtige Rolle, indem sie internationale bzw. westliche Konzepte in lokale Kontexte übersetzen und umgekehrt die Belange einer lokalen Bewegung in die internationale Sphäre vermitteln. Da erst bestimmte Argumentationsmuster Anschluss an transnationale Netzwerke ermöglichen, müssen internationale Medien und NROs von lokalen Akteuren mit den entsprechenden Frames versorgt werden, um Aufmerksamkeit und Zugang zu den entsprechenden Ressourcen zu gewährleisten. Ganz klar spielen die Kommunikationsmöglichkeiten des Internets eine wichtige Rolle bei Verbindungen und Austausch zwischen den unterschiedlichen Mitgliedern solcher Netzwerke und erleichtern direkte und schnelle Kontakte zu internationalen Medien.

MEDIEN IM TRANSFORMATIONSPROZESS: WELCHE ROLLE, WELCHER EINFLUSS?

In autoritären Staaten erscheinen die Handlungsbedingungen für Medien zunächst recht eindeutig. Die Massenmedien sind dem politischen System untergeordnet, um zu dessen Selbstdarstellung und Legitimierung beizutragen. Als Instrumente politischer Sozialisation dienen sie der Verfestigung der jeweils herrschenden Staatsdoktrin: *„Nicht die Vermittlung aktueller Fakten und Ereignisse steht im Mittelpunkt journalistischer Praxis, sondern die Interpretation der Wirklichkeit auf der Folie einer festgelegten Weltanschauung.“*⁴¹ Um ein Funktionieren der Medien im Sinne des Regimes zu gewährleisten, entwickeln diese Staaten einen unterschiedlich stark ausgeprägten Kontrollapparat. Abhängig vom Härtegrad des autoritären Systems

41 Voltmer, Katrin: „Massenmedien und demokratische Transformation in Osteuropa“, in: Klingemann, Hans-Dieter/Neidhardt, Friedhelm (Hg.), *Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung*, Berlin: WZB Jahrbuch/edition sigma 2000, S. 123-51, hier S. 127.

reichen die Einschränkungen von legislativen Grenzen über Zensur bis hin zur gewaltsamen Repression. Zudem beeinflussen systemkonforme Normen und Verhaltensweisen, die über Bildungssystem und Strafandrohung gesellschaftlich implementiert werden, die Berufskultur von Journalisten sowie den Medienkonsum durch das Publikum.

Trotz alledem werden Medien in autoritären Systemen nicht ausschließlich von den dominierenden sozialen und politischen Strukturen bestimmt. Vielmehr können sie durchaus ganz gegensätzliche Rollen spielen, wie Sreberny-Mohammadi und Mohammadi hervorheben:

„[...] media are part of political problems and part of the solutions, essential elements of repressive political structures as well as vehicles for their overthrow. Media can be used by states to establish their definitions of the political, their versions of history; they are part of the political state apparatus, the forces of repression. At the same time, media can be tools of popular mobilization, they can maintain alternative histories and promote oppositional culture...“⁴²

Ähnlich sind für O’Neil die Beiträge von Medien zu politischer Veränderung abhängig von deren Form und Funktion innerhalb einer Gesellschaft und werden von soziokulturellen, ökonomischen und politischen Faktoren bestimmt.⁴³ Voltmer unterstreicht wiederum den „*Doppelcharakter der Medien*“, der sich einerseits in deren Eigenschaft als leistungsfähige Übermittler von Botschaften manifestiert, andererseits in ihrer Position als tatsächliche Akteure, „*die die von ihnen verbreiteten Inhalte nach ihren eigenen Kriterien auswählen und bearbeiten*“.⁴⁴ Inwieweit dieses Handlungspotential ausgeschöpft wird, hängt davon ab, wie sehr Medien von politischen Akteuren vereinnahmt werden oder ob sie bis zu einem gewissen Grad eigenständig agieren können. Downing argumentiert darüber hinaus, dass nicht allein die Inhalte von Medien Beachtung verdienen, sondern vielmehr auch symbolische Dimensionen der Mediennutzung.⁴⁵ Den Cultural Studies zufolge sind Aneignung und Interpretation medial vermittelter Botschaften durch das Publikum Be-

42 Sreberny-Mohammadi, Annabelle/Mohammadi, Ali: *Small Media, Big Revolution: Communication, Culture and the Iranian Revolution*, Minneapolis/London: University of Minnesota Press 1994, S. 20.

43 O’Neil, Patrick H.: „Democratization and Mass Communication: What Is the Link?“, in: O’Neil, Patrick H. (Hg.), *Communicating Democracy. The Media and Political Transitions*, Boulder/London: Lynne Rienner Publishers 1998, S. 1-20, hier S. 7.

44 Voltmer: *Massenmedien*, S. 129.

45 Downing, John: *Internationalizing Media Theory. Transition, Power, Culture*, London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage Publications 1996, S. XV.

standteil einer aktiven Konstruktion von Kultur und erfolgen nicht zwangsläufig in der vom Produzenten intendierten Art und Weise. Auch die Auswahl und Handhabung der jeweiligen Medien kann Bedeutungszuweisungen transportieren, die sich von einem kulturellen Kontext zum anderen unterscheiden: das Lesen „zwischen den Zeilen“, der Konsum einer gewissen Fernsehsendung oder allein der Gebrauch von Videorecordern drücken demnach in bestimmten Zusammenhängen eine Gegenkultur mit Ablehnung dominanter Werte und Normen aus.⁴⁶

Medien sind also eng mit dem jeweiligen kulturellen und politischen Umfeld verbunden. Dieses unterliegt besonders im Transformationsprozess vielgestaltigen Veränderungen, wodurch sich zahlreiche kontextspezifische Variablen ergeben, die die Rolle von Medien im Systemwandel beeinflussen. Je nach Fallstudie entstehen daher ganz unterschiedliche Perspektiven auf mögliche Beiträge von Medien zu diesen Prozessen. So gelangt etwa Garon in ihrer Untersuchung Algeriens zu dem Ergebnis, dass die Presse nur eine beeinflussbare Nachzüglerin politischer Ereignisse gewesen sei und mitunter eher zufällig zur Dynamik der Entwicklungen beigetragen habe. Ohne Unterstützung durch Zivilgesellschaft, Opposition und Justiz konnten die algerischen Zeitungen einer autoritären Regression des Regimes nicht entgegenwirken.⁴⁷ Jones hingegen beobachtet, dass Journalisten in Transitionsprozessen zu den zentralen Akteuren von Oppositionsbewegungen zählen und sieht im Anstieg von Pressepublikationen ein deutliches Zeichen für den Beginn politischer Veränderung.⁴⁸ Während der Umbrüche in Osteuropa haben Journalisten den öffentlichen Austausch und politischen Dialog vorangetrieben, die politische Kultur verändert und die Bevölkerung zu Demonstrationen mobilisiert. Thomaß und Tzankoff stellen daher fest, dass in den meisten osteuropäischen Ländern „*Medien und*

46 Winter, Rainer: „Cultural Studies als kritische Medienanalyse: Vom ‚encoding/decoding‘-Modell zur Diskursanalyse“, in: Hepp, Andreas/Winter, Rainer (Hg.), *Kultur - Medien - Macht: Cultural Studies und Medienanalyse*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1997, S. 47-63. Zu Iran: Schirazi, Asghar: „Gegenkultur als Ausdruck der Zivilgesellschaft in der Islamischen Republik Iran“, in: Ferhad, Ibrahim/Wedel, Heidi (Hg.), *Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient*, Opladen: Leske und Budrich 1995, S. 135-63; Sreberny-Mohammadi, Annabelle/Mohammadi, Ali: „Hegemony and Resistance: Media Politics in the Islamic Republic of Iran“, in: *Quarterly Review of Film and Video* 12 (4) (1991), S. 33-59.

47 Garon, Lise: „The Press and Democratic Transition in Arab Societies: The Algerian Case“, in: Brynen, Rex/Korany, Bahgat/Noble, Paul (Hg.), *Political Liberalization and Democratization in the Arab World. Theoretical Perspectives*, Boulder/London: Lynne Rienner Publishers 1995, S. 149-65.

48 Jones, Adam: *The press in transition. A comparative study of Nicaragua, South Africa, Jordan, and Russia*, Hamburg: Dt. Übersee-Institut 2002.

die in ihnen agierenden Journalistinnen und Journalisten in der unmittelbaren Umbruchphase eine entscheidende Rolle gespielt und gar als Motor der Transformation gesehen werden können“.⁴⁹

Um trotz der Vielfalt des empirischen Materials ein theoretisches Verständnis für Potentiale und Wirkungsgrenzen von Medien bei der Demokratisierung autoritärer Systeme zu erlangen, schlägt Hafez modellhafte Generalisierungen bisheriger Erkenntnisse vor. Demzufolge werden verschiedene Arten und Reichweiten von Medien sowie bestimmte Einflussfaktoren unterschieden, die in den sukzessiven Phasen der Transformation unterschiedliches Aktionspotential entfalten.⁵⁰

Große Medien und kleine Medien

Als klassische „große“ Massenmedien sind Radio, Fernsehen und Presse in autoritären Staaten schon allein durch ihre institutionelle Inflexibilität einer höheren Kontrolle unterworfen. Aus diesem Grund spielen „kleine“ Medien eine weitaus größere Rolle bei der Verbreitung von alternativen Informationen und oppositionellen Ansichten. Das prominenteste Beispiel für diese Art der Untergrundkommunikation liefern zweifellos die so genannten *samizdat*-Publikationen, die während der 1980er Jahre vor allem in Polen und der Tschechoslowakei kursierten. Sie griffen neben literarischen auch politische Themen auf und boten ein Diskussionsforum für Dissidenten.⁵¹ Im Vorfeld der Iranischen Revolution von 1979 untergruben Audiokassetten mit den Ansprachen Khomeinis die Berichterstattung der vom Schahregime kontrollierten Massenmedien, indem sie die traditionelle Kommunikationsform der Predigt mit einer modernen Technik verbanden, die ebenso leicht zu produzieren, wie unter die Leute zu bringen war.⁵²

49 Thomaß, Barbara/Tzankoff, Michaela: „Medien und Transformation in den postkommunistischen Staaten Osteuropas“, in: Thomaß, Barbara/Tzankoff, Michaela (Hg.), Medien und Transformation in Osteuropa, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001, S. 235-52, hier S. 249.

50 Hafez, Kai: „International vergleichende Medienforschung: Eine unterentwickelte Forschungsdimension“, in: Hafez, Kai (Hg.), Die Zukunft der internationalen Kommunikationswissenschaft in Deutschland, Hamburg: Dt. Überseeinstitut 2002, S. 59-94; Hafez, Kai: „Globalization, Regionalization, and Democratization: The Interaction of Three Paradigms in the Field of Mass Communication“, in: Hackett, Robert A./Zhao, Yuezhi (Hg.), Democratizing Global Media, London/Boulder/New York: Rowman and Littlefield Publishers 2005, S. 145-61.

51 Voltmer: Massenmedien, S. 132.; Downing, John: Radical Media, Boston: South End Press 1984, S. 308ff.

52 Sreberny-Mohammadi/Mohammadi: Small Media.

Da der Einsatz kleiner Medien nur geringen technischen und finanziellen Aufwand erfordert, können Akteure, die von der durch den Staat dominierten öffentlichen Kommunikation ausgeschlossen sind, auf diesem Weg ihre Interessen artikulieren. Minoritäre Gruppierungen erhalten so die Chance, sich gegenüber wirtschaftlichen und politischen Machthabern Gehör zu verschaffen. Zumindest innerhalb eines begrenzten Rezipientenkreises untergraben kleine Medien das autoritäre Informationsmonopol und fördern über die Bildung von Gegenöffentlichkeiten eine Pluralisierung des öffentlichen Diskurses insgesamt.⁵³

Neben dieser Außenwirkung unterstützen kleine Medien auch den internen Austausch von Herausforderern, die ja ihre Positionen zunächst formulieren und deren Verbreitung organisieren müssen. Dadurch werden Einzelakteure miteinander in Verbindung gebracht und kollektive Standpunkte entwickelt. So verbesserte die Produktion der *samizdat*-Presse in Osteuropa die „organisatorische Effizienz der Oppositionsgruppen“ und ihre Handlungsfähigkeit auf der politischen Bühne in der Phase nach dem Zusammenbruch des autoritären Regimes.⁵⁴ Selbst Flugblätter und Graffiti sind in diesem Zusammenhang nicht ohne Bedeutung. Im politisch repressiven Umfeld autoritärer Staaten mit strenger Einschränkung von realen Versammlungen und freiem Meinungs austausch entwickeln sich über die gemeinsame Nutzung solcher klandestinen Botschaften imaginäre Solidargemeinschaften, die eine spätere Mobilisierung tatsächlichen Widerstands erleichtern.⁵⁵ Demnach festigen kleine Medien die interne Geschlossenheit und kollektive Identität von politischen Herausforderern und fördern damit einen wesentlichen Aspekt der vom SKOG-Modell aufgestellten Erfolgsfaktoren konfliktorientierter Akteure.

Der Bedeutungszuwachs kleiner Medien resultiert vor allem aus der Instrumentalisierung der Massenmedien durch die Machthaber. Aufgrund der Diskrepanz zwischen regimeregulierten Medienbildern und tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnissen erleiden letztere in der Bevölkerung einen Glaubwürdigkeitsverlust, der ihren Einfluss deutlich einschränkt. Hafez spricht in diesem Zusammenhang von einer „gegenläufigen Tendenz“ in den Wirkungen großer und kleiner Medien. Mit Hinwendung immer größerer Teile der Bevölkerung zu alternativen Informationsquellen weiten sich die hierüber gebildeten Teilöffentlichkeiten aus. Als Konse-

53 Dabei ist derartigen alternativen Medien nicht zwangsläufig ein demokratischer Charakter zu unterstellen. So nutzen auch die radikal-islamischen Taliban in Afghanistan DVDs, Mobiltelefone und Flugblätter, um die Bevölkerung für ihren bewaffneten Widerstand gegen die NATO-Truppen zu gewinnen. Vgl. International Crisis Group: „Taliban Propaganda: Winning the War of Words?“, Kabul/Brüssel 2008.

54 Voltmer: Massenmedien, S. 145.

55 Sreberny-Mohammadi/Mohammadi: Small Media, S. 24.

quenz einer wachsenden Kluft zwischen offiziellem Diskurs und verdeckt zirkulierenden Gegenmeinungen wird die Legitimationsbasis des Regimes unterhöhlt.⁵⁶

Einflussfaktoren auf die Rolle von Medien

Dennoch werden Massenmedien in autoritären Regimes nicht zwangsläufig totalitär „gleichgeschaltet“. Rivalitäten innerhalb der Machtelite können zu unterschiedlich ausgeprägter Kontrolle einzelner Akteure über die Medien führen. Divergenzen in den Medieninhalten sprengen zwar nicht den Rahmen der offiziellen Staatsdoktrin, verdeutlichen aber regimeinterne Widersprüche.⁵⁷ Überdies gestehen weiche autoritäre Systeme den Medien bei Wahrung bestimmter Tabuzonen Freiräume zu. Die Grenzen zu einem allmählich einsetzenden Systemwandel sind jedoch fließend. In jedem Fall sind das Ausmaß und die Kohärenz autoritärer Kontrolle ein wesentlicher Faktor, der potentielle Beiträge von Medien zu Öffnung und Wandel des autoritären Systems bestimmt.⁵⁸

In engem Zusammenhang dazu stehen auch die Zugangschancen von Akteuren aus der Zivilgesellschaft zu den Medien. Neben den eigentlichen Zielstellungen zivilgesellschaftlicher Initiativen steht immer auch die Forderung nach freier Meinungsäußerung, die wiederum eine essentielle Grundlage für das Handlungspotential von Medien bildet. Den Verbindungen zwischen Herausforderern und Medien fällt demnach eine hohe Bedeutung zu: *„The media might be more effective in articulating alternative views and mobilizing people for transition if their positions are in line with the political programs of existing groups or networks.“*⁵⁹ Teilen Medienakteure und Zivilgesellschaft dieselben Interessen, finden sich Journalisten tatsächlich in vorderster Front von Oppositionsbewegungen und können erheblich zur Verbreitung von deren Zielstellungen beitragen.

In Algerien oder der DDR der Wendezeit hingegen gaben Medien nur zögerlich gesellschaftliche Veränderungen wieder und hinkten mit der Berichterstattung deutlich hinter den Ereignissen her. Ostdeutsche Journalisten verhielten sich größtenteils systemkonform und zeigten ein demokratieabträgliches Verständnis von Medienfunktionen.⁶⁰ Insofern ist der Entwicklungsgrad der journalistischen Profession,

56 Hafez: Medienforschung, S. 82.

57 Voltmer: Massenmedien, S. 131.; Downing: Media Theory, S. 65ff.

58 Hafez: Globalization.

59 Ebd. S. 148.

60 Garon: The Press; Hesse, Kurt: „Fernsehen und Revolution: Zum Einfluss der Westmedien auf die politische Wende in der DDR“, in: Rundfunk und Fernsehen 38 (3) (1990), S. 328-42.

d. h. die Ausbildung von Medienakteuren, ihr berufliches Selbstverständnis und ihre Ethik ein weiterer Faktor für die Rolle von Medien in der Transformation.⁶¹

Die Freiräume der großen Medien können erst bei fortschreitender Liberalisierung wachsen. Mit zunehmendem Legitimationsverlust konfrontiert, reagieren autoritäre Regime bisweilen mit der Rücknahme politischer und ideologischer Inhalte zugunsten von Unterhaltungsprogrammen in den staatlichen Massenmedien. Kommen derartige Zugeständnisse verspätet und bleiben hinter gesellschaftlichen Erwartungen zurück, die unter dem Einfluss von Gegenöffentlichkeiten entstanden sind, werden sie von der Bevölkerung als taktische Maßnahmen erkannt und verstärken den Eindruck der Regimeschwäche.⁶² In dieser Phase bleiben Medienakteure jedoch abhängig von reformbereiten Regimevertretern, die eine begrenzte Meinungs- und Informationsvielfalt tolerieren und schützen. Kennzeichnend ist eine große Unsicherheit im Mediensektor, da aufgrund der fehlenden Einführung rechtsstaatlicher Prinzipien jederzeit willkürliche Rückschläge seitens reaktionärer Kräfte aus der Herrschaftselite möglich sind. Für Journalisten ist dies häufig gleichbedeutend mit einem Balanceakt, bei dem es darum geht, gewonnene Freiheiten zu nutzen, jedoch nicht sogleich wieder zu verspielen.

Die klassischen Massenmedien können demnach „*weder Ursache noch Auslöser des Umbruchs*“ sein, sondern bestenfalls dessen vorsichtig dokumentierende Begleiter.⁶³ Für Bennett liegt gerade hierin eine der wesentlichen Leistungen, die diese Medientypen im Laufe gesellschaftlicher Umwälzungen vollbringen können. Allein indem sie bestimmte Entwicklungen abbilden und verbreiten, bestätigen sie einem größeren Publikum deren tatsächliches Stattfinden, erschweren somit eine Rückkehr zu den ursprünglichen Verhältnissen und integrieren mehr Menschen in den Veränderungsprozess.⁶⁴ Diese Dokumentationsleistung von Veränderung erhält zusätzliches Gewicht, handelt es sich um international oder transnational operieren-

61 Hafez: Globalization; Jones: Press in transition; Korff, Yorck von: Missing the Wave. Egyptian Journalists' Contribution to Democratization in the 1990s, Hamburg: Dt. Orient-Institut 2003; Thomaß/Tzankoff: Medien.

62 Das Fernsehen der DDR führte beispielsweise Ende der 1980er Jahre eine Jugendsendung ein, die sich offensichtlich (und wenig erfolgreich) an ähnlichen Formaten westdeutscher Programme orientierte. Das iranische Staatsfernsehen reagierte auf die wachsende Konkurrenz durch ausländische Satellitenprogramme mit einer umfassenden Modernisierung seiner Inhalte. Vgl. dazu auch: Voltmer: Massenmedien.

63 Ebd. S. 135.

64 Bennett, W. Lance: „The Media and Democratic Development: The Social Basis of Political Communication“, in: O'Neil, Patrick H. (Hg.), Communicating Democracy. The Media and Political Transitions, Boulder/London: Lynne Rienner Publishers 1998, S. 195-207, hier S. 202.

de Medien, die frei von den Einschränkungen des autoritären Nationalstaates gleichsam zu Katalysatoren der Ereignisse werden können. Im Herbst 1989 etwa führten die Bilder westdeutscher Fernsehsender von den Leipziger Montagsdemonstrationen, die in der DDR zu empfangen waren, zu einem rapiden Anstieg der Teilnehmerzahlen.⁶⁵ Sicher stellt die frühere deutsch-deutsche Medienlandschaft einen Sonderfall dar, da westliche Rundfunk- und Fernsehprogramme in den übrigen osteuropäischen Ländern kaum mit einer derartigen Leichtigkeit konsumiert werden konnten. Doch die Verbreitung des Satellitenfernsehens im Laufe der 1990er Jahre hat auch diese Barrieren aufgehoben. Dies bringt O'Neil dazu, von „Demonstrationseffekten“ grenzüberschreitender Kommunikation zu sprechen, die politische Veränderungen beeinflussen. Bilder internationaler Medien ermöglichen den Menschen in repressiven Staaten vergleichende Einblicke in funktionierende Demokratien sowie die Orientierung an verschiedenen Vorbildern und Werten. Synergiewirkungen entstünden auch durch Berichte von Transformationsbestrebungen anderer Gesellschaften.⁶⁶ Das Wachstum regionaler Medienmärkte hat diesen Tendenzen zusätzliche Dynamik verliehen. Regionsspezifische Satellitensender arbeiten auf transnationaler Ebene mit allen Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Kommunikationstechnologie und sind gleichzeitig in Sprache, Kultur und Gesellschaft des Empfängerlandes verankert. Ein Paradebeispiel liefert der qataritische Nachrichtensender *Al-Jazeera*, dessen Programme in arabischen Ländern ein breites Publikum ansprechen. Über Behandlung bisheriger Tabuthemen und neue Programmformate hat der Sender zur Diversifizierung des öffentlichen Diskurses in der arabischen Welt beigetragen.⁶⁷ Während der Umbrüche des Arabischen Frühlings 2011 hat *Al-Jazeera* durch kontinuierliche Berichterstattung eine zentrale Rolle bei Übermittlung und Verstärkung des gesellschaftlichen Verlangens nach politischem Wandel innerhalb der arabischen Welt gespielt. Ein Faktor, der die Rolle von Medien in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen bestimmt, ist somit deren regionale und kulturelle Bindung. Dem Fernsehpublikum in Iran hat eine Reihe von persischsprachigen Satellitensendern zwar auch neue Informationsquellen eröffnet, doch können diese Sender aufgrund der strengen Medienzensur des Regimes keine eigenen Korrespondenten in Iran stationieren. Darunter leidet der kontinuierliche Bezug dieser Programme auf gesellschaftliche und politische Entwicklungen in Iran.

65 Hesse: Fernsehen und Revolution.

66 O'Neil: Democratization, S. 12.

67 Lynch, Marc: *Voices of the New Arab Public. Iraq, Al-Jazeera, and Middle East Politics Today*, New York: Columbia University Press 2006; Sakr, Naomi: *Satellite Realms. Transnational Television, Globalization and the Middle East*, London: I.B. Tauris 2001.

Zwar zeigt das Beispiel der arabischen Satellitensender, dass das Massenmedium Fernsehen im autoritären Umfeld Beiträge zur Herausbildung einer kritischen Öffentlichkeit leisten kann, doch bleiben kleine Printmedien und alternative Kommunikationskanäle hier die wichtigsten Plattformen für den Austausch politischer Ideen. Somit kommen schließlich auch strukturelle Rahmenbedingungen für die Entstehung von Öffentlichkeit stärker zum Tragen: Bildungsstand, politische Kultur und sozioökonomische Stratifizierung der Bevölkerung. Analphabetentum und Armut reduzieren den Wirkungsbereich solcher Medien erheblich. Demgegenüber kann privates Kapital, das für Investitionen im Mediensektor zur Verfügung steht, staatlichen Einfluss beschneiden und Konkurrenz fördern. Allerdings stehen Wirtschaftseliten häufig in einem Abhängigkeitsverhältnis zu autoritären Machthabern und zeigen vermindertes Interesse an grundlegenden politischen Veränderungen.⁶⁸

Insgesamt wurden mögliche Beiträge von Medien zur politischen Transformation sowie wichtige Einflussfaktoren deutlich. Die Ausprägung des autoritären Systems, Professionalität und Ethik der Journalisten, Bildungsniveau und politische Kultur einer Gesellschaft sowie Verbindungen zwischen Zivilgesellschaft und Medien beeinflussen die Rolle von Medien in Wandlungsprozessen entscheidend. Abhängig vom Stadium der Transition und dem Medientypus können Medien unterschiedliche Wirkungen entfalten. Relevant für diese Arbeit ist vor allem die Erzeugung alternativer Öffentlichkeiten durch kleine Medien, über die einerseits die politische Meinungsbildung pluralisiert, andererseits der interne Austausch von konfliktorientierten Akteuren erleichtert wird, so dass neue politische Programmatiken entwickelt und Anhänger gewonnen werden können. Diese Erkenntnisse gilt es, auf das Internet zu übertragen.

68 Hafez: Globalization, S. 147.

3. Das Internet – Mittel der Demokratisierung?

Auf Basis der bisherigen Ausführungen lassen sich nunmehr mögliche Beiträge des Internets zu gesellschaftlicher Veränderung und Demokratisierung diskutieren. Tatsächlich machen bestimmte Qualitäten die verschiedenen Anwendungsformate des Internets für eine Nutzung durch machtpolitisch und sozial unterprivilegierte Akteure außerordentlich attraktiv. Mit Hinblick auf die zuvor dargestellten Einflussfaktoren für Wirkungsleistungen von Medien in der politischen Transformation (Grad der autoritären Kontrolle, Medienformat und -reichweite, Medienzugang von Zivilgesellschaft und Opposition) zeigen sich entscheidende Vorteile. Im Grunde vereint das Internet wesentliche Eigenschaften kleiner und großer Medien. Während seine netzwerkartige Struktur autoritäre Kontrolle und Zensur erheblich erschwert, erfordert die Anwendung nur geringen Material- und Kostenaufwand. Zusätzlich zu dieser Flexibilität kann das Internet im Zuge seiner rapiden Entwicklung immer besser verschiedene Kommunikationsformate – Texte, Bilder und Töne – über einen einzigen Kanal verbreiten. Damit stellt das Netz den Anwendern ein Informationsvolumen zum Abruf bereit, welches dasjenige der Massenmedien bei weitem übertrifft. Und auch die geographische Reichweite großer Medien scheinen Internetanwendungen zu überbieten, machen sie doch eine weltweite Übertragung möglich. Schließlich steht das Internet prinzipiell allen denkbaren Positionen offen, die hier unabhängig von dem für andere Medien typischen „gatekeeping“ geäußert werden können. Politische Herausforderer, die bislang durch die autoritäre Zensur nationaler Medien, die Nachrichtenschwellen internationaler Berichterstattung und den begrenzten Wirkungsradius alternativer Kommunikationsmittel keinen Zugang zu öffentlicher Repräsentation fanden, steht mit dem Internet grundsätzlich die Möglichkeit zur Verfügung, ein Publikum auf lokaler, regionaler oder gar globaler Ebene anzusprechen und Gleichgesinnte zu finden.¹

1 Hafez, Kai: Mythos Globalisierung. Warum die Medien nicht grenzenlos sind, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005, S. 153.

Aufgrund seiner Potentiale hat das Internet selbst in etablierten Demokratien Erwartungen auf eine „Redemokratisierung“ der wirtschaftlichen und politischen Zwängen unterworfenen massenmedialen Öffentlichkeit geweckt. Das Internet wurde dementsprechend als offenes und hierarchiefreies Kommunikationsforum angesehen. In den 1990er Jahren wurden im Netz gebildete „*virtual communities*“ als multikulturelle und emanzipierte Gemeinschaften beschrieben, deren Mitglieder einen Austausch über alle Grenzen hinweg pflegten.² Auch Schlagworte wie „*cyber democracy*“ verdeutlichten die Hoffnung, durch Diskussionen, Umfragen und Wahlen im Internet eine direkte Partizipation der Gesellschaft an politischen Diskursen und Entscheidungen wieder erhöhen zu können.³ Bezeichnenderweise sind derartige Hoffnungen mit der Entstehung neuer Internetanwendungen nahezu reflexartig immer wieder aufgeflammt. Nach 2000 eröffnete die rasche Verbreitung von Weblogs Nutzern eine unkomplizierte Möglichkeit, eigenständig und aktuell im Internet zu publizieren. Die offene Struktur und Dialogorientierung der „Blogosphäre“ stellten dabei die Herausbildung von Gegenöffentlichkeiten mit bislang marginalisierten Stimmen und Themen in Aussicht. Als neue Form des Bürgerjournalismus sollten Blogs die Berichterstattung etablierter Massenmedien kritisch ergänzen und den Teilnehmerkreis öffentlicher Debatten erweitern.⁴ Ähnliche Erwartungen gingen auch mit nachfolgenden Anwendungen des sogenannten Web 2.0 einher, durch die Internetnutzer ohne spezielle Vorkenntnisse selbst Netzinhalte aktiv gestalten können. Soziale Netzwerke wie Facebook, Projekte zur Generierung kollektiven Wissens wie Wikipedia oder Videoplattformen wie YouTube sollten demnach auch neue Formen zivilgesellschaftlicher Aktivität und Vernetzung ermöglichen. Im Gegenzug würden Politiker direkter mit den Wählern kommunizieren und sich intensiver mit den Anliegen der Gesellschaft auseinandersetzen.⁵ Aufschwung haben solche Hypothesen beispielsweise durch den amerikanischen Wahlkampf 2008 erhalten, in dem Barack Obama über soziale Netzwerke und Videobotschaften im Internet erfolgreich Anhänger mobilisierte und Spenden eintrieb. Doch auch der Einsatz

-
- 2 Rheingold, Howard: „The Virtual Community“, in: Trend, David (Hg.), *Reading Digital Culture*, Oxford: Wiley-Blackwell 2000, S. 272-80.
 - 3 Poster, Mark: „Cyberdemocracy: The Internet and the Public Sphere“, in: Trend, David (Hg.), *Reading Digital Culture*, Oxford: Wiley-Blackwell 2000, S. 259-71; Tsagarousianou, Roza/Tambini, Damian/Bryan, Cathy (Hg.): *Cyberdemocracy. Technology, cities and civic networks*, London/New York: Routledge 1998.
 - 4 Schmidt, Jan: *Weblogs. Eine kommunikationssoziologische Studie*, Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH 2006, S. 9, 119ff; Drezner, Daniel W./Farell, Henry: „The Power and Politics of Blogs“, Konferenzpapier: American Political Science Association 2004.
 - 5 Bohnen, Johannes/Kallmorgen, Jan-Friedrich: „Wie Web 2.0 die Politik verändert“, in: *Internationale Politik* Juli/August (2009), S. 18-25.

neuer Kommunikationstechnologien zur Überwachung von Wahlen in afrikanischen Ländern und nicht zuletzt die Bedeutung sozialer Netzwerke für die Informationsverbreitung der Protestbewegungen in Iran, Tunesien und Ägypten scheinen das Demokratisierungspotential digitaler Medien zu unterstreichen.⁶

GRENZEN

Allen positiven Voraussetzungen zum Trotz erlauben die technischen Möglichkeiten des Internets jedoch keine vorschnellen Schlüsse auf seine politisch wirksame Nutzung. Der Utopie eines hierarchielosen und frei zugänglichen Cyberspace, welche die Entwicklung dieses Mediums zweifellos prägte, stehen zunächst die Bedingungen der Realität „offline“ entgegen.⁷ An erster Stelle finden sich hier die häufig unter dem Begriff des „digitalen Grabens“ thematisierten ungleichen Zugangs- und Nutzungschancen. Besonders deutlich sind diese Unterschiede zwischen Entwicklungs- und Industrieländern, wobei letztere vor allem über infrastrukturelle Vorteile beim Ausbau ihrer Kommunikationsnetze und der damit einhergehenden Entwicklung des Internets verfügen. Eine weitere Begünstigung stellen Breitbandverbindungen mit hoher Übertragungsgeschwindigkeit dar, die völlig andere Anwendungsformen des Internets ermöglichen. Doch auch Faktoren wie Bildung, Einkommen und sozialer Hintergrund führen zu quantitativen und qualitativen Differenzen der Nutzung zwischen verschiedenen Staaten sowie innerhalb einzelner Gesellschaften. Dies hat zur Folge, dass ohnehin benachteiligte Länder und Bevölkerungsgruppen durch Defizite beim Zugriff auf Informationstechnologien zusätzlich gehemmt werden. In vielen Entwicklungsländern beschränken mangelhafte Infrastruktur, Armut und unzureichende Alphabetisierung die Nutzung des Internets auf städtische Bildungseliten. Im Gegenzug steigt der Einfluss von Massenmedien wie Radio oder Fernsehen, die einer höheren autoritären Kontrolle unterstehen können.

6 Diamond: *Liberation Technology*; Kohl, Astrid/Wieland, Melanie (Hg.): „Election Times: Harnessing the Power of New Media“, *International Media Conference by the International Institute for Journalism in Cooperation with Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Berlin: InWEnt 2009; Bailard, Catie Snow: „A Field Experiment on the Internet’s Effect in an African Election: Savvier Citizens, Disaffected Voters, or Both?“, in: *Journal of Communication* 62 (2012), S. 330-44.

7 Weiß, Ulrich: „Das Politische am Internet: Eine politikphilosophische Reflexion“, in: Gellner, Winand/Korff, Fritz von (Hg.), *Demokratie und Internet*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1998, S. 27-42.

Gerade hier besteht das Risiko, dass Ungleichheiten noch verstärkt werden und dominante Akteure ihre Position weiter ausbauen.⁸

Darüber hinaus bleibt trotz der wachsenden Präsenz anderer Sprachen Englisch nach wie vor die wichtigste Grundlage grenzüberschreitender Kommunikation im Internet. So können zwar regionale sowie unter Einbeziehung von Exilgemeinden auch transnationale Öffentlichkeiten in anderen Sprachen entstehen, ein Anschluss an die „*global civil society*“ jedoch vollzieht sich prinzipiell noch immer über Verwendung des Englischen. Fehlt die gemeinsame sprachliche Ebene, finden wesentliche Effekte der Vernetzung lokaler zivilgesellschaftlicher Akteure mit potentiellen internationalen Mitstreitern ganz einfach nicht statt. Umgekehrt repräsentieren die „virtuellen“ Ansprechpartner westlicher Medien und NROs in den Entwicklungsländern oftmals nicht die Belange der Mehrheitsgesellschaft, sondern einer kleinen liberal orientierten Elite.⁹

Mit Hinblick auf mögliche Beiträge des Internets zu demokratischer Veränderung stellt sich jedoch nicht nur die Frage, ob und welche gesellschaftlichen Akteure Zugang zum Internet haben, sondern auch wie sie es nutzen. In westlichen Ländern ist das Netz für einen Großteil der Anwender eher eine Quelle der Unterhaltung, als ein Medium zur Gewinnung politischer Information.¹⁰ Selbst der Publikation eines eigenen Weblogs, einer aktiven Beteiligung an Onlinekommunikation also, liegen meist individuelle Interessen der Selbstdarstellung und Beziehungspflege zu Grunde.¹¹ In Marokko, einem Land, in dem politische Freiheiten durchaus gewissen Einschränkungen unterworfen sind, suchen Jugendliche ebenfalls vor allem

8 Kluver, Randolph/Banerjee, Indrajit: „Political culture, Regulation and Democratization. The Internet in nine Asian nations“, in: *Information, Communication and Society* 8 (1) (2005), S. 30-46; Leslie, Michael: „The Internet and Democratization“, in: Hyden, Goran/Leslie, Michael/Ogundimu, Folu (Hg.), *Media and democracy in Africa*, New Brunswick/New Jersey: Transaction Publishers 2002, S. 107-28; Ott, Dana/Rosser, Melissa: „The Electronic Republic? The Role of the Internet in Promoting Democracy in Africa“, in: Ferdinand, Peter (Hg.), *The Internet, Democracy and Democratization*, London: Frank Cass Publishers 2000, S. 137-56. Außerdem: Ball-Rokeach, Sandra J./Jung, Joo-Young: „Digital Divide“, in: Donsbach, Wolfgang (Hg.), *The International Encyclopedia of Communication*, Oxford: Blackwell (Blackwell Reference Online) 2008; Norris, Pippa: *Digital Divide: Civic engagement, information poverty, and the Internet worldwide*, Cambridge/New York: Cambridge University Press 2001.

9 Hafez: *Mythos*, S. 149ff.

10 Margolis, Michael/Resnick, David: *Politics as Usual. The Cyberspace ‚Revolution‘*, London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage Publications 2000.

11 Schmidt: *Weblogs*, S. 43, 69ff.

Zerstreung und die Realisierung persönlicher Bedürfnisse im Internet.¹² Auch in einem autoritären System muss eine ablehnende politische Haltung also nicht zwangsläufig zum oppositionellen Einsatz des Internets führen. Das Medium kann ebenso zur Ablenkung von der als bedrückend empfundenen Existenz im repressiven Staat genutzt werden und somit politisches Engagement eher hemmen als fördern.¹³ Und schließlich bedeutet selbst Internetaffinität in Kombination mit aktiver Herausforderung bestehender politischer Verhältnisse nicht automatisch eine Neigung zu Liberalität und Demokratie: extremistische Gruppierungen haben die Vorteile des Mediums ebenso für sich entdeckt.¹⁴

Damit erweist sich die Ausbildung von politischer Kultur und Zivilgesellschaft als grundlegender Faktor für eine mögliche Rolle des Internets im Transformationsprozess – ebenso wie dies schon zuvor für andere Medien erläutert wurde. Die bloße Disponibilität der Technologie allein bedingt nicht ihren Einsatz zur demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft. George zeigt beispielsweise, dass in Malaysia kritischer Onlinejournalismus weitaus ausgeprägter ist, als im benachbarten Singapur, obwohl dort das Internet einen höheren Entwicklungsstand erreicht hat. In Malaysia bestanden bereits vor Ausbreitung des Internets Grundlagen einer kritischen Presse, deren Akteure die neue Kommunikationsmöglichkeit dann für sich entdeckten und dabei auf die Ressourcen bereits existierender zivilgesellschaftlicher Netzwerke mit ähnlich oppositioneller Orientierung bauen konnten. Im Gegensatz dazu ist die in Bezug auf unabhängige Berichterstattung ähnlich restriktive Regierung in Singapur deutlich erfolgreicher, Geschlossenheit innerhalb der Mächtigsten herzustellen und potentielle Herausforderer zu vereinnahmen, so dass sich trotz besserer Verfügbarkeit des Internets keine vergleichbare politische Anwendung beobachten lässt.¹⁵ Andere Untersuchungen aus asiatischen oder afrikanischen Ländern kommen ebenfalls zu dem Schluss, dass das Internet als Mittel politischer Kommunikation vor allem dort Wirkung entfaltet, wo Zivilgesellschaft und Opposition bereits organisiert sind und ihren Positionen auch über Medien in der Öffentlichkeit Geltung zu verschaffen suchen.¹⁶ Howard geht schließlich sogar soweit zu behaupten,

12 Braune, Ines: Aneignungen des Globalen. Internetalltag in der arabischen Welt. Eine Fallstudie in Marokko, Bielefeld: transcript 2008, S. 169ff.

13 Weiß: Das Politische am Internet.

14 Chroust, Peter: „Neo-Nazis and Taliban On-Line: Anti-Modern Political Movements and Modern Media“, in: Ferdinand, Peter (Hg.), *The Internet, Democracy and Democratization*, London: Frank Cass Publishers 2000, S. 102-18.

15 George, Cherian: „The internet’s political impact and the penetration/participation paradox in Malaysia and Singapore“, in: *Media, Culture and Society* 27 (6) (2005), S. 903-20.

16 Leslie: *Internet and Democratization*. S. 124.; Kluver/Banerjee: *Political culture*. S. 37.

dass eine online aktive Zivilgesellschaft mittlerweile zu einer wesentlichen Voraussetzung für eine demokratische Transition geworden ist.¹⁷

Zusätzliche Einschränkungen des demokratischen Potentials von Internetkommunikation erwachsen aus den Anwendungsregeln des Mediums selbst. Allein aufgrund der Tatsache, dass im Internet Inhalte in unbeschränkter Menge zum Abruf bereit stehen, erfordert eine politisch relevante Anwendung hohe Motivation seitens der Nutzer. Entsprechende Informationen müssen gezielt gesucht und verarbeitet werden („*pull-medium*“). Mit der hochgradigen Diversifizierung von Angeboten geht auch ein Verlust an redaktioneller Aufbereitung von Informationen einher, wie sie noch für traditionelle Medien charakteristisch ist. Daraus resultieren nicht nur erhöhte Anforderungen an die Medienkompetenz des Publikums, sondern auch eine schwindende Glaubwürdigkeit von Informationsquellen sowie Verzerrungen in der Wahrnehmung bestimmter Inhalte. So muss eine im Internet erfolgreich kommunizierende NRO nicht auch zwangsläufig über den entsprechenden Einfluss in ihrem realen Umfeld verfügen.¹⁸

Abgesehen davon, dass die Größe eines möglichen Rezipientenkreises von vornherein durch die unter dem Begriff des „digitalen Grabens“ zusammengefassten Faktoren bestimmt wird, entscheiden auch Charakteristika netzbasierter Öffentlichkeiten über Erfolg und Nichterfolg von Onlinekommunikation, die auf eine gewisse Publizität abzielt. Das Internet eröffnet zwar Akteuren, die mit Hinblick auf die von Wolfsfeld angeführten Ressourcenbereiche für Medienzugang und Bedeutungsgenerierung gegenüber anderen mit höherem Status benachteiligt sind, durchaus neue Chancen auf eine öffentliche Vermittlung ihrer Anliegen. Doch auch im Netz bleibt die Aufmerksamkeit, die ein Sprecher mit seinen Äußerungen erzielt, entscheidend. Bieber zufolge spielt die „*kommunikative Öffnung*“ von Onlinepublikationen eine „*Schlüsselrolle für eine erfolgreiche Positionierung innerhalb der Netzöffentlichkeit*“.¹⁹ Statische Inhaltspräsentationen im Sinne einer Kommunikation *one-to-many* finden sich demzufolge deutlich im Nachteil gegenüber solchen Angeboten, die ein hohes Maß an Interaktivität zulassen und damit Kontrolle über Inhalte teilweise an Nutzer abgeben. Nachdem anfänglich eher innovative Netzakteure dazu bereit gewesen sind, haben längst auch etablierte Medien und Politiker interaktive Formate wie Meinungsumfragen, Diskussionsforen und soziale Netzwerke in ihre Webseiten integriert. Den Online-Angeboten der klassischen Mas-

17 Howard: Digital Origins, S. 197.

18 Hafez: Mythos, S. 151.

19 Bieber, Christoph: Politische Projekte im Internet, Frankfurt/New York: Campus Verlag 1999, S. 194. Vgl. dazu auch: Marschall, Stefan: „Netzöffentlichkeit - eine demokratische Alternative?“, in: Gellner, Winand/Korff, Fritz von (Hg.), Demokratie und Internet, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1998, S. 43-54.

senmedien steht im Vergleich zu unabhängigen Internetpublikationen eine deutlich bessere finanzielle und redaktionelle Ausstattung zur Verfügung. Dadurch haben sie ihr Wirkungsfeld erfolgreich ins Internet ausgedehnt: im Bereich politischer Berichterstattung nehmen etwa Weblogs vor allem die Meldungen etablierter Medien auf, weniger die Beiträge von Mitbloggern. Damit sind Blogs zwar ein Ort vertiefter Diskussion, setzen aber nur in Ausnahmefällen eigene Themen.²⁰ Deutlich zeigt sich somit, dass – wie in herkömmlichen Öffentlichkeiten auch – im Internet eine Auseinandersetzung um Aufmerksamkeit und Status zwischen den Kommunikationsteilnehmern besteht, bei der die Onlinekommunikation eigene Regeln entfaltet, zugleich aber Faktoren der „Realwelt“ eine wichtige Rolle spielen und über Wirkung und Reichweite der Beiträge entscheiden.

Schließlich heben vor allem Analysen zur Verbreitung neuer Kommunikationstechnologien in autoritären Staaten hervor, dass optimistische Perspektiven auf das demokratische Potential des Internets häufig dem Medium selbst einen politischen Charakter unterstellen und dabei vernachlässigen, dass dessen Anwendungen allen Nutzern offen stehen. Tatsächlich können auch undemokratische Regime äußerst erfolgreich von den Vorteilen des Internets profitieren und zugleich Aspekte, die sie als nachteilig wahrnehmen, einschränken.²¹ Einerseits werden in diesen Ländern unterwünschte Inhalte durch Zensur- und Filtersysteme sowie juristische Maßregeln unterdrückt. Dissidente Internetjournalisten und Blogger müssen mit Verhaftungen und Gefängnisstrafen rechnen.²² Nicht zuletzt haben soziale Medien wie Facebook auch neue Formen der Überwachung eröffnet, durch die Netzwerke und Verbindungen unter Oppositionellen aufgedeckt werden können.²³ Andererseits etabliert sich der autoritäre Staat durch ein aktives Engagement selbst als zentraler Akteur bei Ausbau und Weiterentwicklung des Internets. Allein das Staatsmonopol über die Infrastruktur der Telekommunikation erlaubt meist eine effektive Kontrolle des Onlineverkehrs und erschließt nebenbei neue wirtschaftliche Einkünfte. Webseiten staatlicher Institutionen und Firmen sowie Angebote von „e-government“ weiten den Machtbereich des Staates aus und ermöglichen die Realisierung politischer Entwicklungsziele. Durch intensive Onlinepräsenz geben sich autoritäre Machthaber einen Anschein von Modernität und erhöhen somit ihre Legitimität. China hat beispielsweise nicht nur eines der weltweit aufwändigsten Systeme zur Überwachung von Internetkommunikation entwickelt, sondern ist auch mit modernen Ver-

20 Schmidt: Weblogs, S. 135ff.

21 Kalathil/Boas: Open Networks, S. 2.

22 Reporters without Borders: Enemies.

23 Morozov, Evgeny: „The Great Internet Freedom Fraud“, in: Foreign Policy vom 16.09.2010.

sionen staatsnaher Informationsmedien im Netz präsent.²⁴ In Russland gelingt es der Regierung ebenfalls über eine massive Beteiligung am neu entstehenden Markt der Onlinemedien, ihre Positionen auch im Internet durchzusetzen.²⁵ In beiden Ländern beteiligen sich zudem zahlreiche „Auftragssurfer“ mit regimerefreundlichen Standpunkten an politischen Diskussionen im Netz.²⁶ Eine Kombination repressiver und proaktiver Strategien im Umgang mit dem Internet hat es autoritären Regimes ermöglicht, Internetkommunikation zu kontrollieren und zu beeinflussen, risikoarme Nutzungsformen zu fördern und Aufmerksamkeit für eigene Positionen zu erzeugen.²⁷ Sollen Beiträge von Internetkommunikation zur politischen Transformation eines autoritären Systems untersucht werden, gilt es demzufolge auch zu analysieren, inwieweit das Internet die zuvor dargestellten Pfeiler autoritärer Macht – Legitimation, Kooptation und Repression – positiv oder negativ beeinflusst. In Iran nutzt das Regime das Internet ebenfalls aktiv zur Propagierung eigener Positionen sowie zur Überwachung kritischer Stimmen.

Insgesamt wird deutlich, dass Überlegungen zu möglichen Leistungen des Internets in Prozessen politischer Transformation und Demokratisierung nicht von technologischem Determinismus geleitet werden dürfen: *„Internet bedeutet nicht immer und überall dasselbe, da sich die Bedeutung des Internets nicht durch die bloße Anwesenheit der technischen Voraussetzungen ergibt.“*²⁸ Entscheidend ist nicht das Potential des Mediums, sondern dessen tatsächliche Anwendung durch soziale Akteure. Das Internet sollte demnach als ein Werkzeug gesellschaftlichen Handelns verstanden werden, das dem Einfluss verschiedener kontextspezifischer Faktoren unterliegt.²⁹ Nicht seine direkte Wirkung auf politische Prozesse, sondern vielmehr die Art und Weise, wie es in bestehende Praktiken und Handlungsformen eingebettet wird sowie daraus entstehende Konsequenzen müssen im Mittelpunkt der Analyse stehen.³⁰ Aufschluss über die Rolle des Internets in der politischen Transformation liefert nur eine umfassende Beobachtung seiner Integration in die

24 Zheng, Yongnian/Wu, Guoguang: „Information Technology, Public Space, and Collective Action in China“, in: *Comparative Political Studies* 38 (5) (2005), S. 507-36, hier S. 518.

25 Alexander, Marcus: „The Internet and Democratization: The Development of Russian Internet Policy“, in: *Democratizatsiya* 12 (4) (2004), S. 607-27.

26 Morozov, Evgeny: „Texting Toward Utopia. Does the Internet spread Democracy?“, in: *Boston Review* vom März/April 2009.

27 Kalathil/Boas: *Open Networks*, S. 136ff.; Morozov: *Net Delusion*.

28 Braune: *Aneignungen*, S. 63.

29 George: *The internet*, S. 917.

30 Donk, Wim van de/Loader, Brian D./Nixon, Paul G./Rucht, Dieter (Hg.): *Cyberprotest: New Media, Citizens and Social Movements*, London/New York: Routledge 2004, S. 6.

Aktivitäten von Herausforderern und deren soziale und politische Realität, welche sowohl den Hintergrund als auch den Gegenstand der Konflikte bildet, aus denen letztendlich Wandlungsprozesse erwachsen.

POTENTIALE

In Anbetracht der dargestellten Einschränkungen stellt sich also die Frage, welche Leistungen die verschiedenen Anwendungsformate des Internets tatsächlich für eine Öffnung oder gar Demokratisierung autoritärer Systeme vollbringen können. Die nachstehende Diskussion möglicher Beiträge von digitalen Medien zu den Handlungen zivilgesellschaftlicher und konfliktorientierter Akteure fokussiert drei grundlegende Bereiche: Herausbildung von Gegenöffentlichkeit, Organisationsstruktur und Netzwerkbildung, Mobilisierung von Ressourcen und Protest. Diese Bereiche greifen noch einmal die bislang herausgearbeiteten Erfolgsfaktoren für konfliktorientierte Akteure und die daraus resultierenden Kommunikationsbedürfnisse auf (siehe auch die Übersicht am Ende dieses Abschnitts).

Die Schaffung von *Gegenöffentlichkeit* wurde als zentrale Voraussetzung für die Handlungen politischer und sozialer Herausforderer dargestellt. Wie erläutert wird hier zwischen zwei Ausrichtungen der Gegenöffentlichkeit unterschieden – die alternative Öffentlichkeit, die offensiv dominante Realitätsdarstellungen hinterfragt und über die Herausforderer ihre Konfliktbereitschaft deutlich machen, sowie die partizipative Gegenöffentlichkeit, innerhalb derer die Akteure der Zivilgesellschaft gemeinsame Positionen verhandeln und kollektive Identitäten entwickeln, also die Grundlagen einer Gegenhegemonie aufbauen.

Als grundlegendste Funktion von Öffentlichkeit wurde zunächst die Bereitstellung und Verbreitung von Informationen identifiziert. Verschiedene Arbeiten haben gezeigt, dass das Internet in Ländern mit eingeschränkter Medienfreiheit selbst bei Zensur und Kontrolle von Netzinhalten zur Diversifizierung des Informationsangebots beiträgt. Vor allem autoritäre Regime, deren Herrschaftslegitimation auf wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit basiert, entwickeln widersprüchliche Haltungen zum Internet: einerseits soll die Verbreitung politischer Inhalte verhindert werden, andererseits bieten neue Kommunikationstechnologien ein großes wirtschaftliches Potential und Anschluss an globale Märkte. Zugleich mit dem Ausbau der eigenen Verbindungen zum Internet müssen diese Staaten aufgrund der wachsenden Anzahl und Kompetenz der Anwender immer komplexere Kontrollmechanismen entwickeln. Dies ist nicht nur ressourcenaufwändig, sondern eröffnet versierten Nutzern auch neue Lücken gegenüber der zuvor so sorgfältig gelenkten massenmedialen Be-

richterstattung.³¹ In China beispielsweise liegt der Schwerpunkt der meisten Anwender laut Zheng und Wu nicht auf Unterhaltung, sondern auf der Informationssuche in den Bereichen von Nachrichten, Informatik und Bildung, da das Internet hier reichhaltigere Inhalte als die offiziellen Massenmedien bietet. Den Autoren zufolge hat der verbesserte Informationsfluss über das Internet auch die Kontrollfunktion der öffentlichen Meinung verschärft. So zwangen Debatten im Internet sowie ein per E-Mail an die US-amerikanische Tageszeitung *New York Times* übermittelter Bericht eines Pekinger Arztes die chinesische Regierung, die zuvor alle Informationen in Bezug auf die Ausbreitung der SARS-Pandemie im Land blockiert hatte, zu einem transparenteren Umgang mit der Krankheit.³² In ähnlicher Weise kommunizierten zahlreiche Nutzer des chinesischen Kurznachrichtendienstes Weibo, der ähnlich wie Twitter funktioniert, nach dem Unglück zweier Schnellzüge im Sommer 2011 ihren Unmut über die Informationspolitik und Ineffizienz der Regierung.³³

Gleichwohl ist eine solche Informationsdiversifizierung nicht zwangsläufig gleichbedeutend mit einer Herausforderung des politischen Systems. Morozov kritisiert ganz richtig, dass der als „*dictator's dilemma*“ bezeichnete Interessenkonflikt zwischen einer Teilhabe an globaler Wirtschaft und der Verhinderung unerwünschter Informationsflüsse keinesfalls zuungunsten autoritärer Machthaber ausgehen muss.³⁴ Die Anpassungsstrategien verschiedener „weicher“ Regime etwa in der arabischen Welt haben gezeigt, dass eine begrenzte Öffnung des Mediensektors die Stellung der Mächtigsten nicht in Frage stellte und mitunter sogar zusätzlichen Legitimationsgewinn bot. Insofern ist es entscheidend, auf welche Art Herausforderer die aus einer flexibleren Kommunikationslandschaft erwachsenden Chancen der Informationsverbreitung für sich nutzen.

Im Sinne des Konzepts der partizipativen Gegenöffentlichkeit eröffnet das Internet neue Möglichkeiten für Meinungsaustausch und Diskussion. Ähnlich wie andere kleine Medien auch gewinnen Internetanwendungen aufgrund ihrer leichten Handhabung und Flexibilität bei autoritärer Kontrolle der Massenmedien an Bedeutung für den internen Austausch zivilgesellschaftlicher Akteure. Krasnoboka beschreibt verschiedene Typen von Onlinemedien (Netzzeitungen, Nachrichtenseiten, Onlineforen sowie Kultur- und Literaturseiten), die in der Ukraine und in Russland von engagierten Journalisten und Amateuren unterhalten werden und speziell der

31 Corrales, Javier/Westhoff, Frank: „Information Technology Adoption and Political Regimes“, in: *International Studies Quarterly* 50 (2006), S. 911-33.

32 Zheng/Wu: *Information Technology*, S. 528ff.

33 „In Baring Facts of Train Crash, Blogs Erode China Censorship“, *The New York Times* (Internetausgabe) vom 28.07.2011.

34 Morozov: *Net Delusion*, S. 93ff.

politisch interessierten Mittelschicht eine Basis für den Informations- und Meinungsaustausch bieten. Beliebtheit und oppositionelle Ausrichtung der Publikationen steigen mit wachsender Zensur der Massenmedien.³⁵ Vor allem Weblogs bieten ein geeignetes Medium für derartige Debatten, da sie eine leichte Verlinkung zu den Beiträgen weiterer Blogger sowie den Inhalten anderer Onlinemedien und somit einen vertiefenden Austausch ermöglichen. Die Teilnehmer dieser Diskussionen können ihre Kompetenzen für eine argumentative Darlegung von Positionen und den Umgang mit anderen Meinungen erweitern. Solche partizipativen Gegenöffentlichkeiten im Internet können dementsprechend die Herausbildung einer von Kritikfähigkeit und Toleranz geprägten politischen Kultur fördern und insgesamt eine Belebung zivilgesellschaftlicher Aktivität unterstützen. Politische und soziale Herausforderer können über diesen internen Austausch gemeinsame Positionen und Strategien erarbeiten, die eine wesentliche Voraussetzung für Konfliktfähigkeit und kollektives Handeln bilden.

Es wurde außerdem gezeigt, dass für die interne und externe Kommunikation von sozialen Bewegungen, die als wichtige Triebkräfte von Wandlungsprozessen gelten, Framing-Prozesse eine zentrale Rolle spielen. Durch unterschiedliche Bedeutungszuschreibungen identifizieren diese kollektiven Akteure Problemstellungen und Gegner, schaffen bewegungsinternen Zusammenhalt sowie moralische Legitimation für das eigene Handeln und entwickeln Handlungsanweisungen, über die Anhänger und Ressourcen mobilisiert werden können. Die im Internet entstehenden Gegenöffentlichkeiten können das Framing sozialer Bewegungen prinzipiell unterstützen: *„The internet can function as a new medium to expose frames and problem definitions and as a space to create shared meaning and identities among the membership and the constituency [of social movements].“*³⁶ Webseiten und Blogs bieten zugängliche und leicht zu unterhaltende Kommunikationskanäle, über die Herausforderer eigene Deutungsrahmen unter ihrer Anhängerschaft verbreiten. Somit können Prozesse der kollektiven Identitätsbildung gefördert werden, die wiederum eine zentrale Erfolgsbedingung für die Handlungen konfliktorientierter Akteure bildet.

Mit Wolfsfeld wurde allerdings gezeigt, dass die von Herausforderern entwickelten Frames nicht nur unter der eigenen Anhängerschaft zum Zwecke der Identitätsbildung verbreitet werden müssen, sondern auch in eine größere Öffentlichkeit

35 Krasnoboka, Natalya: „Real Journalism goes Underground: The Internet Underground. The Phenomenon of Online Media in Former Soviet Union Republics“, in: Gazette 64 (5) (2002), S. 479-99.

36 Edwards, Arthur: „The Dutch women’s movement online. Internet and the organizational infrastructure of a social movement“, in: Donk, Wim van de/Loader, Brian D./Nixon, Paul G. /Rucht, Dieter (Hg.), Cyberprotest, London/New York: Routledge 2004, S. 161-77, hier S. 166.

getragen, um dort in eine Auseinandersetzung mit den Diskursen dominanter Akteure zu treten. Dies ist der Schritt von der partizipativen zivilgesellschaftlichen Gegenöffentlichkeit hin zu einer alternativen Öffentlichkeit, in der die Positionen von Machthabern delegitimiert und eigene Anschauungen verbreitet werden, somit also Konfliktbereitschaft signalisiert wird. Rucht geht davon aus, dass das Internet die Abhängigkeit sozialer Bewegungen von den Massenmedien verringert und ihnen ein eigenes Mittel der Informationsverbreitung in die Hand gibt. Fraglich ist jedoch, inwieweit Herausforderer allein über das Internet Resonanz in einer größeren Öffentlichkeit erzeugen können, kommen hier doch wieder einschränkende Faktoren wie autoritäre Kontrolle, begrenzte Internetverbreitung und unterschiedliche Nutzungsmotivation der Anwender zum Tragen.

Im Internet verbreitete Botschaften entfalten häufig erst dann einen Effekt, wenn sie von anderen Medien oder einflussreicheren Akteuren aufgenommen werden. Ein oft angeführtes Beispiel für die politische Wirkung des Internets sind die mexikanischen Zapatista-Rebellen, die über eine Kommunikation ihrer Anliegen im Netz weltweite Aufmerksamkeit erlangten. Gleichwohl war dies vor allem auf eine Allianz dieser lokalen Widerstandskämpfer mit der transnationalen Anti-Globalisierungsbewegung zurückzuführen, welche die Zapatistas zu einem Symbol ihrer Forderung nach einer gerechteren Welt machte und ihnen letztendlich Zugang zu etablierten Massenmedien verschaffte.³⁷ Faris wiederum zeigt in einer detaillierten Fallstudie, wie es Bloggern der ägyptischen Baha'i-Gemeinde über Verlinkungen mit den Blogs einiger bekannter Journalisten gelang, der Kritik an ihrer Diskriminierung als religiöse Minderheit mehr Gehör zu verschaffen. Mit einer größeren Leserschaft und Verlinkung von Beiträgen fungierten die Blogs der Journalisten dabei als Knotenpunkte, über welche die Belange der Baha'is in der Blogosphäre Verbreitung fanden, schließlich in die Presse gelangten und Druck auf politische Entscheidungsträger ausgeübt werden konnte.³⁸

Es ist davon auszugehen, dass die alternativen Gegenöffentlichkeiten des Internets in autoritären Systemen vor allem innerhalb von Bildungs- und Informationseliten, die sich durch eine hohe und aktive Nutzung des Internets auszeichnen, Resonanz entfalten. Gleichwohl bringen diese sozialen Gruppen wichtige Meinungsführer hervor, welche die Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen oder oppositionellen Bewegungen prägen. Mit der zunehmenden Verbreitung des Internets besonders unter der jungen Bevölkerung (wie z. B. in Iran oder Tunesien) steigert sich seine

37 Hafez: *Mythos*, S. 156; Winter, Rainer: *Widerstand im Netz. Zur Herausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit durch netzbasierte Kommunikation*, Bielefeld: transcript 2010, S. 99.

38 Faris, David: „(Amplified) Voices for the Voiceless“, in: *Arab Media and Society* 11 (Summer) (2010).

Reichweite noch. Ebenso wie die Rolle anderer Medien in Transformationsprozessen von den Verbindungen zwischen Journalisten und Opposition bzw. Zivilgesellschaft bestimmt wird, hängen öffentliche Wirkungen des Internets von einer Übereinstimmung zwischen den Anschauungen und Zielen von Herausforderern und denen der aktiven Internetnutzer ab.

In Zeiten politischer Krisen können sich die über das Internet gebildeten Gegenöffentlichkeiten zusätzlich ausweiten und an Intensität gewinnen. In Indonesien bildeten bereits 1998 während des Sturzes von General Suharto Mailinglisten ein Kommunikationsmittel oppositioneller Studenten, die auf diesem Wege eine Mischung aus Berichten in- und ausländischer Zeitungen, persönlichen Kommentaren und Gerüchten verbreiteten und dabei auch Exilindonesier und internationale Menschenrechtsgruppen einbezogen.³⁹ Ähnlich funktionierte während der „Tulpenrevolution“ 2005 in Kirgisistan nach der Blockierung kritischer Medien ein Weblog als zentraler Informationsverteiler. Politische Motivation für die Auswahl der Beiträge war die Opposition zu Präsident Akajew, nach dessen Rücktritt der Blog wieder eingestellt wurde.⁴⁰ Vergleichbare Verwendung fanden Mailinglisten, Blogs und YouTube-Videos im Jahr 2007 auch in Pakistan, wo Präsident Musharraf aufgrund der wachsenden Herausforderung durch eine Bewegung regierungskritischer Anwälte den Notstand ausrief und privaten Fernsehstationen Sendeverbot erteilte.⁴¹

In derartigen Phasen der akuten Politisierung und Mobilisierung von Teilen der Gesellschaft gewinnt zudem ein über neue Kommunikationstechnologien praktizierter Bürgerjournalismus an Bedeutung. Während der Proteste gegen das Militärregime in Burma 2007 beispielsweise unterwanderten Blogger die staatliche Medien- und Internetzensur, stellten Fotos und Amateurvideos der demonstrierenden Mönche ins Internet, von wo aus sie von internationalen Medien aufgenommen wurden.⁴² Im Zuge der Wahlkrise in Iran sowie in Ägypten und Tunesien bildeten per Mobiltelefon aufgenommene Amateurvideos eine wesentliche Grundlage der Nachrichten etablierter Medien, die nicht mehr ungehindert aus den jeweiligen Ländern berichten konnten. Im Fall der Umbrüche in den arabischen Ländern war es vor allem der Satellitensender Al-Jazeera, der dem Bildmaterial und den Bot-

39 Hill, David/Sen, Krishna: „The Internet in Indonesia’s New Democracy“, in: Ferdinand, Peter (Hg.), *The Internet, Democracy and Democratization*, London: Frank Cass Publishers 2000, S. 119-36.

40 Kulikova, Svetlana V./Perlmutter, David D.: „Blogging Down the Dictator? The Kyrgyz Revolution and Samizdat Websites“, in: *Gazette* 69 (1) (2007), S. 29-50.

41 Yusuf, Huma: „Old and New Media: Converging During the Pakistani Emergency“, MIT Centre for Civic Media 2009.

42 Chowdhury, Mridul: „The Role of the Internet in Burma’s Saffron Revolution“, Harvard University: Berkman Center for Internet and Society 2008.

schaften aus dem Internet deutlich mehr Tragweite verlieh. Auch hier beruhten die Effekte der online erzeugten Gegenöffentlichkeit auf der Verstärkung durch andere Medien. Insgesamt wird somit mehr Transparenz in die Handlungen autoritärer Regime gebracht, die einer genaueren Beobachtung durch die kleinen flexiblen Medien des digitalen Bürgerjournalismus unterliegen. Daraus können neue Gelegenheiten für konfliktorientierte Akteure entstehen, etwa indem Risse und Uneinigkeiten in der Machtelite offensichtlicher werden.⁴³ Lynch weist außerdem darauf hin, dass die durch Amateuraufnahmen dokumentierte und durch Massenmedien übertragene Unterdrückung von Protesten in den arabischen Ländern die Kosten von Repression erhöhte. Die Bilder der gewaltsamen Niederschlagung von Demonstrationen verstärkten den internationalen Druck auf das jeweilige Regime.⁴⁴ In Ägypten und Tunesien, deren Herrschaftseliten von westlicher Unterstützung abhängig waren, hatten diese „Bumerang-Effekte“ durchaus Wirkung. International isolierte Regime wie Iran und Syrien hingegen zeigten weniger Zurückhaltung bei der Unterdrückung von Protesten, obwohl auch hier Amateurvideos viel Dokumentationsmaterial lieferten.

Nachdem potentielle Funktionsleistungen von onlinebasierten Gegenöffentlichkeiten für die Informationsverbreitung, Meinungsbildung und kommunikative Herausforderung durch konfliktbereite Akteure diskutiert worden sind, geht es nun um mögliche Auswirkungen des Internet auf deren *Organisationsstruktur und Vernetzung*. Sowohl die Herausbildung einer kohärenten Organisation als auch die Schaffung flexibler, gegebenenfalls transnationaler Netzwerke wurden als wichtige Erfolgsfaktoren für die Handlungen konfliktorientierter Gruppen hervorgehoben. Da eine Organisierung von Opposition in autoritären Systemen oftmals nur begrenzt möglich ist, gewinnen soziale Bewegungen hier eine besondere Bedeutung. Arbeiten zu sozialen Bewegungen und Internet stellen zwischen beiden eine Art „Wahlverwandtschaft“ fest: Sowohl soziale Bewegungen als auch das Internet seien als offene und horizontale Netzwerke konzipiert, die unterschiedlichste Formen der Beteiligung ermöglichen. Van de Donk et al. weisen darauf hin, dass gerade neuere soziale Bewegungen auf eine hohe Diversität und Dezentralisierung Wert legen und häufig ohne Führungsfiguren bestehen. Insofern gehen die Autoren ganz richtig davon aus, dass sich derartige Bewegungen die neuen Kommunikationstechnologien bereitwillig aneignen, da diese ihren organisatorischen Bedürfnissen und ideologischen Ansprüchen gerecht werden. Demnach bildet das Netz keinen simplen Ersatz für traditionelle Medien, die den Bewegungsakteuren aufgrund bestimmter Faktoren versperrt bleiben, sondern bietet neue Formen und Gelegenheiten der Organisa-

43 Aday, Sean/Farell, Henry/Lynch, Marc/Sides, John/Kelly, John: „Blogs and Bullets. New Media in Contentious Politics“, Washington: United States Institute of Peace 2010.

44 Lynch: After Egypt, S. 305.

tion und Mobilisierung. Dabei beeinflusse das Internet die sozialen Bewegungen in demselben Maße wie diese die Entwicklung seiner Anwendungsformen, müssen sie sich doch das technische Potential des Mediums erst aneignen und für ihre Zwecke nutzbar machen.⁴⁵

Edwards beschreibt anhand des Fallbeispiels der niederländischen Frauenbewegung „virtuelle Organisationen“ als eine zusätzliche Ebene der Bewegungsorganisation, die durch das Internet erschlossen wird. Demnach bieten Informationsportale und Webseiten ein Forum für soziale Kontakte unter den Aktivistinnen und Anhängern der Bewegung und zeigen Möglichkeiten der Selbsthilfe und Eigeninitiative auf.⁴⁶ Solche internetbasierten Organisationsformen des zivilgesellschaftlichen Aktivismus erleichtern die Entstehung von Netzwerken mit großer geographischer Ausdehnung. Gleichzeitig wird die Intensität der Kontakte unter den einzelnen Bewegungsmitgliedern erhöht und Hierarchien flachen ab. Auf Basis geteilter Interessen und Werte können sich temporäre Allianzen zwischen einzelnen Bewegungen bilden.⁴⁷ Nicht zuletzt erwarten van de Donk et al., dass die bessere Verständigung über das Internet sozialen Bewegungen schnellere und kohärentere Reaktionen auf politische Gelegenheiten und die Handlungen ihrer Antagonisten ermöglicht: „...we would expect that action and reaction follow each other in even shorter cycles, and the speed of diffusion of new ideas, tactics and arguments will increase considerably“.⁴⁸ Die Nutzung sozialer Netzwerke während der Proteste in Tunesien und Ägypten scheint diese Annahme zu bestätigen: zumindest ein Kern von Aktivisten konnte sich per Facebook über geplante Aktionen abstimmen und somit ihre Handlungseffizienz erhöhen.⁴⁹

Vor allem auf transnationaler Ebene fördert das Internet die Ausdehnung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die Individuen mit geteilter Zielstellung und Motivation vernetzen und ihnen unterschiedliche Möglichkeiten der Beteiligung bieten. Beutz-Land beschreibt in diesem Zusammenhang für den Bereich des Menschenrechts-Aktivismus drei Formen der Onlineaktivität: zum einen die Bereitstellung und Verbreitung von Informationen, zum Beispiel über Internet-Plattformen, auf die Amateurvideos zur Dokumentation von Menschenrechtsvergehen geladen werden können (z. B. WITNESS). Zum anderen bündeln Organisationen wie Avaaz.org im Internet die Beiträge einzelner Beteiligter weltweit und verleihen ihnen mehr

45 Donk/Loader/Nixon/Rucht (Hg.): Cyberprotest, S. 4ff.

46 Edwards: Dutch women, S. 175

47 Donk/Loader/Nixon/Rucht (Hg.): Cyberprotest, S. 19.

48 Ebd. S. 11.

49 Lynch: After Egypt. Vgl. dazu auch: Faris, David: „Revolutions Without Revolutionaries? Network Theory, Facebook, and the Egyptian Blogosphere“, in: Arab Media and Society 6 (September) (2008).

Wirkungskraft, etwa über den Aufruf zu Petitionen oder Spenden. Und schließlich ermöglichen Projekte wie Ushahidi die kollaborative Produktion von Berichten über Krisenverläufe und Menschenrechtsvergehen. Per SMS-Nachricht oder E-Mail eingereichte Meldungen werden dabei auf einer Plattform im Internet zusammengestellt, auf Landkarten visualisiert und bereiten so ein effektiveres Handeln vor.⁵⁰

Während derartige Internetinitiativen eine breite, meist sehr kurzfristige und themenzentrierte Involvierung von Teilnehmern ermöglichen, bleibt die Qualität und Nachhaltigkeit der einzelnen Beiträge fraglich. In diesem Zusammenhang wurde wiederholt diskutiert, ob die „schwachen“ sozialen Verbindungen im Internet tatsächlich das für politisches Handeln notwendige Vertrauen zwischen den Aktivist*innen und deren Motivation fördern. Hemmend auf die Konfliktfähigkeit von Bewegungen würde hier der so genannte „*slacktivism*“ wirken, also die Beschränkung des Aktivismus auf wenige Mausklicks und Informationsverteilung im Internet, ohne dass eine Übertragung in die soziale Realität stattfindet.⁵¹ Beutz-Land geht davon aus, dass dieses Dilemma zwischen breiter Mobilisierung und tiefer sinnvoller Partizipation durch die Verbindung kleiner Gruppen motivierter Aktivist*innen zu größeren Netzwerken überwunden werden kann, die wiederum von Internetkommunikation getragen werden. Die direkte Involvierung und das Bewusstsein um die eigene Rolle innerhalb der Bewegung stärken somit die Überzeugung der einzelnen Beteiligten: *„Participants who take part in determining a group’s goals and methods are more likely to make significant contributions, to contribute in meaningful ways, and to involve other individuals from their social network.“*⁵² In autoritären Systemen können solche Netzwerke konfliktorientierte Akteure flexibler gegenüber den Auswirkungen staatlicher Repression machen und ihnen neue Wege der Ausgestaltung kollektiver Identität und Solidarität eröffnen. Die Verbindungen zu transnationalen Initiativen und Organisationen erschließen ihnen zusätzliche Kenntnisse, Ressourcen und Unterstützung. Unklar ist allerdings nach wie vor, inwieweit derartige über Onlinekommunikation getragene Netzwerke von Herausforderern im Laufe ihrer Entwicklung auch eine organisatorische Verfestigung erfahren, die zu einer Steigerung ihrer politischen Konflikt- und Gestaltungsfähigkeit führen könnte.⁵³

Nach möglichen Auswirkungen des Internets auf die Bildung von Gegenöffentlichkeiten und die interne Struktur von kollektiven Herausforderern bestehender Macht- und Verteilungsverhältnisse sollen abschließend potentielle Beiträge zur politischen *Mobilisierung* diskutiert werden. Wie erläutert stellt die Mobilisierungsfä-

50 Beutz-Land, Molly: „Networked Activism“, in: Harvard Human Rights Journal 22 (2009), S. 205-43, hier S. 217ff.

51 Gladwell: Small Change; Morozov: Net Delusion, S. 179ff.

52 Beutz-Land: Networked Activism, S. 221.

53 Lynch: After Egypt, S. 305.

higkeit von Anhängern und Unterstützung einen weiteren wichtigen Faktor dar, durch den die Konfliktfähigkeit von Herausforderern bestimmt wird. Gerade die Protestbewegungen in Nordafrika haben den Mutmaßungen über die Rolle von sozialen Netzwerken und Internetkommunikation bei der Mobilisierung der Demonstrationen erheblichen Aufschwung verliehen. Aufgrund der raschen Abfolge und Komplexität der Ereignisse sind Zusammenhänge indes empirisch nur schwer zu fassen. Im Allgemeinen geht die Forschung zu sozialen Bewegungen und Internet davon aus, dass das Internet traditionelle Formen der Protestkommunikation, wie Mundpropaganda und Telefon zwar unterstützen, jedoch nicht ersetzen kann.⁵⁴

Lynch zufolge liegt ein möglicher Effekt von Internet und sozialen Medien auf die Mobilisierung der arabischen Protestbewegungen darin, dass diese Anwendungen den Aufwand und die Kosten für eine rasche Übermittlung von Informationen verringern, so dass Proteste kleineren Ausmaßes schneller Aufmerksamkeit erhalten und sich potentiell mehr Menschen anschließen würden. Zugleich schafft das Internet bessere Verbindungen unter den Aktivisten, die sonst isoliert agieren würden.⁵⁵ Erste Aufrufe für die meisten Proteste in den arabischen Ländern wurden tatsächlich über Facebook verbreitet. Allerdings stand die Anzahl der Internetnutzer und darunter die der Facebook-Nutzer in keinem Verhältnis zum Ausmaß der Mobilisierung. Hier greifen ganz klar die sozioökonomischen Einschränkungen der Internetverbreitung: Laptops und internetfähige Mobiltelefone werden von einem Teil der gebildeten Mittelschicht genutzt, deren Vertreter zwar eine wichtige Fraktion der Bewegungen stellten, jedoch nicht die große Masse der Demonstranten. Insofern scheint das Internet vor allem die Kommunikation eines Kerns von Aktivisten erleichtert zu haben, die dann über andere Kanäle weitere Teile der Bevölkerung erreichten.⁵⁶

Eine weitere zentrale Hypothese zur mobilisierenden Wirkung der Internetanwendungen wird unter dem Begriff „Informationskaskaden“ zusammengefasst und knüpft im Grunde an die Idee der „Demonstrationseffekte“ grenzüberschreitender Fernsehbilder während der Umbrüche in den osteuropäischen Ländern an. Demnach verhindern autoritäre Staaten eine massenwirksame Mobilisierung vor allem durch Verfälschung der öffentlichen Meinung: aufgrund der kontrollierten Massenmedien wären sich viele Bürger der regimiekritischen Ansichten ihrer Mitmenschen gar nicht bewusst. Über soziale Netzwerke im Internet werde Ablehnung der bestehenden Ordnung durch einzelne Individuen aber deutlicher sichtbar und finde größere

54 Donk/Loader/Nixon/Rucht (Hg.): *Cyberprotest*, S. 18f.

55 Lynch: *After Egypt*, S. 304ff.

56 Tufekci, Zeynep/Wilson, Christopher: „Social Media and the Decision to Participate in Political Protest: Observations from Tahrir Square“, in: *Journal of Communication* 62 (2012), S. 363-79.

Verbreitung, so dass mehr Menschen zur öffentlichen Demonstration von Opposition und Protest ermutigt werden.⁵⁷ Im Fall von Ägypten merkt Lynch hierzu einschränkend an, dass Unzufriedenheit mit dem Mubarak-Regimes bereits lange zuvor verbreitet und beispielsweise durch die Kifaya-Bewegung Anfang der 2000er Jahre auch öffentlich artikuliert wurde. Seit dieser Zeit bildeten Blogs und später auch Facebook die Basis für Gegenöffentlichkeiten, in denen Kritik an der Regierung und Aufrufe zur Protestmobilisierung verbreitet wurden. Entscheidend für den Ausbruch und den massiven Zulauf zu den Protesten dürften sich neben zahlreichen anderen Faktoren demnach vor allem die Übertragungen von Al-Jazeera erwiesen haben. Gerade das Satellitenfernsehen hatte sicherlich die stärksten Demonstrationseffekte, wie die rasch nacheinander ausbrechenden Proteste in verschiedenen arabischen Ländern sowie die recht ähnlichen Forderungen und Methoden der Demonstranten zeigten. Bei dieser gegenseitigen Orientierung innerhalb der arabischen Welt bildete das Internet ganz ohne Zweifel eine wichtige Quelle der Inspiration und Vernetzung für eine Fraktion von Aktivisten, trug jedoch nicht die Hauptlast der Protestmobilisierung.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass durch über Internetanwendungen verbreiteten Bürgerjournalismus Informationen über politisches Fehlverhalten, Korruption und Willkür autoritärer Machthaber einer immer größeren Zahl von Internetnutzern zugänglich gemacht werden. Dadurch sind deren Handlungen potentiell einer verstärkten Transparenz und Rechenschaftspflicht unterworfen. Etling et al. zufolge werden somit immer mehr Menschen Mitglieder in latenten politischen oder sozialen Gemeinschaften, die Teilhabe an der Gestaltung von Politik und Gesellschaft einfordern. Kann dieser Bedarf an politischer Artikulation und Einflussnahme aufgrund der autoritären Kontrolle von zivilgesellschaftlicher Aktivität nicht kanalisiert werden, so könnten spontane Ausbrüche von Protest zu bestimmten Anlässen steigen: „... *we may see an upturn in bottom-up spontaneous protests focusing on specific high-profile issues, local events and the most visible abuses of power*“.⁵⁸ Demnach fördert das Internet durch seine hohe Übertragungsgeschwindigkeit und die netzwerkartige Informationsverbreitung vor allem so genannte „*smart mobs*“, also spontane Mobilisierungen zu bestimmten Themen. Die Auswirkungen dieser kurzfristigen Mobilisierungen auf ein autoritäres Regime sind jedoch begrenzt. Sie können sich zwar zu Massendemonstrationen ausweiten und damit das Regime gefährden. Doch wenn eine solche Destabilisierung nicht von konfliktfähigen Akteuren genutzt werden kann, bleibt ein Systemwechsel aus. Die Autoren ge-

57 Lynch: *After Egypt*, S. 304. Vgl. dazu: Lohmann, Susanne: „The Dynamics of Informational Cascades: The Monday Demonstrations in Leipzig, East Germany, 1989-91“, in: *World Politics* 47 (1) (1994), S. 42-101.

58 Etling/Faris/Palfrey: *Political Change*, S. 11.

hen davon aus, dass autoritäre Machthaber zu Anpassungsstrategien gezwungen werden, mit denen sie flexibler auf die Forderungen solcher „*smart mobs*“ reagieren, dahinter stehende Akteure kooptieren oder aber das zur Eindämmung dieser Herausforderung notwendige Repressionspotential entwickeln.⁵⁹

Insofern sind die Effekte einer Mobilisierung von Protest über das Internet ebenfalls abhängig von den Faktoren, welche die Konfliktfähigkeit von Herausforderern prägen: Entscheidend ist, ob hinter den online organisierten Kampagnen kollektive Akteure stehen, die zuvor gemeinsame Positionen, Strategien und Zusammenhalt entwickelt haben, beispielsweise über einen Austausch in den Gegenöffentlichkeiten des Internets. Wichtig für die Konfliktfähigkeit sind zudem Führungsfiguren und Organisationsstrukturen der Herausforderer, die wiederum anfälliger für autoritäre Repression sind und kaum durch die offenen Netzwerke des Internets ersetzt werden können. Mit immer komplexeren Filtermechanismen können Schlüsselfiguren von Oppositionsbewegungen online leicht überwacht und identifiziert werden. Anonymität und wechselnde Internetadressen reduzieren indes die Tragweite und Überzeugungskraft der im Netz verbreiteten Botschaften von Bewegungsakteuren und damit auch deren Mobilisierungsfähigkeit.⁶⁰ In einer ersten Analyse der arabischen Umbrüche geht Lynch dementsprechend davon aus, dass die zentralen Vorteile der online mobilisierten Protestbewegungen zugleich auch deren Schwäche waren. Zwar zeigten sie sich aufgrund ihrer netzwerkartigen Struktur zunächst weniger anfällig für Repression, konnten jedoch kaum den notwendigen Einfluss und die organisatorische Kohärenz aufbringen, um Gestaltungsmacht für einen System- und Elitenwechsel auf politischer Ebene zu entfalten.⁶¹

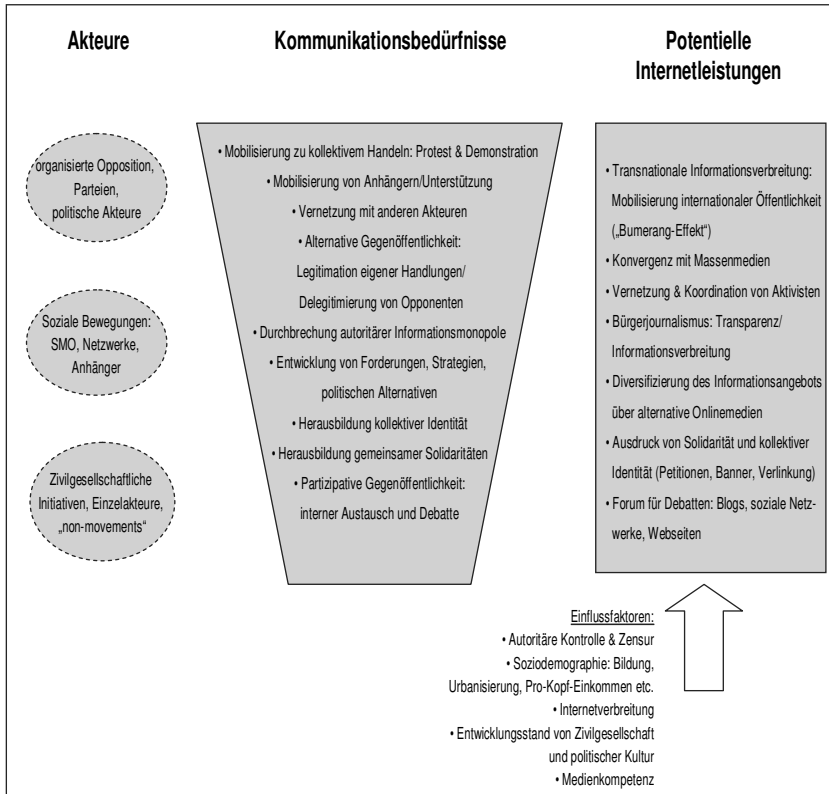
Das nachfolgende Schaubild fasst die Diskussion möglicher Leistungen des Internets bei Erfüllung der Kommunikationsbedürfnisse konfliktorientierter Akteure noch einmal zusammen. Abhängig von der Konfliktbereitschaft und dem politischem Machtanspruch der Herausforderer nehmen diese Bedürfnisse zu.

59 Ebd.

60 Ebd.

61 Lynch: *After Egypt*, S. 302.

Abbildung 1: Kommunikationsbedürfnisse konfliktorientierter Akteure und mögliche Internetleistungen.



Quelle: Eigene Darstellung

HYPOTHESEN

Ausgehend von der prinzipiellen Frage der Arbeit nach möglichen Beiträgen des Internets zur politischen Transformation und Demokratisierung der Islamischen Republik Iran wurden zunächst theoretische Ansätze zur Erklärung von Wandel und Stabilität autoritärer Systeme dargestellt. Diese liefern die Analyseparameter für eine Untersuchung der politischen Entwicklung Irans und dienen der Identifizierung wichtiger politischer und gesellschaftlicher Akteursgruppen. Gemäß dem von Schubert et al. entwickelten Modell unterscheidet diese Arbeit zwischen strategischen und konfliktorientierten Gruppen, die in Bezug auf Macht- und Verteilungsverhältnisse in einer Gesellschaft gegensätzliche Interessen vertreten. Der Zusammenhalt der strategischen Gruppen in der Herrschaftskoalition, ihre Repressionsbe-

reitschaft, Legitimations- und Leistungsfähigkeit definieren die Stabilität des autoritären Systems sowie die Handlungsspielräume veränderungswilliger Akteure. Risse in der Machtelite und Legitimationskrisen des Regimes ermöglichen eine Herausforderung der bestehenden Ordnung. Sind konfliktorientierte Gruppen bereit, derartige Gelegenheiten und die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen zu nutzen, um eigene Interessen gegen die strategischen Gruppen durchzusetzen, können sie zu wichtigen Förderern gesellschaftlichen Wandels werden. Die Konfliktfähigkeit dieser Herausforderer wird von ihrem Institutionalierungsgrad, ideologischen Zusammenhalt, der politischen Legitimation in der Bevölkerung und ihrem Mobilisierungspotential bestimmt.

Eine entscheidende Voraussetzung für einen Systemwandel ist die Existenz alternativer Vorstellungen für eine Ausgestaltung der Gesellschaft. Da die Transformationstheorien die Herausbildungsprozesse solcher Alternativen nicht genauer beleuchten, knüpft die Arbeit hier an das Konzept der Zivilgesellschaft an. Diese wird zum einen als Sphäre verstanden, in der unabhängig vom Staat gesellschaftliche Belange formuliert und vertreten werden können. Normativen Vorstellungen zufolge wirkt die öffentliche Thematisierung bestimmter Interessens- und Problemlagen durch zivilgesellschaftliche Akteure korrigierend auf die Politik und fördert insgesamt eine fortschreitende Demokratisierung. Mit Gramsci bildet die Zivilgesellschaft zum anderen aber auch ein Terrain für die Herausforderung dominanter Normen und Herrschaftsvorstellungen, der Hegemonie. Untergeordnete Akteure können hier über die Formierung gemeinschaftlicher Solidaritäten, deren kollektive Organisation und letztendliche Übertragung auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene grundlegende Veränderungen erreichen. Solcherart bildet die Zivilgesellschaft letztlich einen wichtigen gesellschaftlichen Rückhalt für konfliktorientierte Gruppen auf politischer Ebene. Als zentrale Akteure der Zivilgesellschaft wurden schließlich soziale Bewegungen identifiziert, die sich als offene Netzwerke um kollektive Zielstellungen bilden und über die Thematisierung neuer Werte und Ideen gestaltend auf Gesellschaft und Politik wirken. Mit einer flexiblen Struktur sind soziale Bewegungen vor allem in autoritären Systemen von Bedeutung, da hier formell organisierte Formen zivilgesellschaftlicher bzw. politischer Aktivität einer mehr oder weniger ausgeprägten autoritären Kontrolle unterliegen.

Der zweite Teil des Theoriekapitels beschäftigte sich mit der Rolle von Kommunikation in politischen Wandlungsprozessen. Die Konzepte von Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit verdeutlichten die Aufgaben und Bedeutung von Medien bei der Interessensregulierung zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren. Aus demokratietheoretischer Hinsicht liegen die essentiellen Funktionen von Öffentlichkeit in der Vermittlung von Informationen, der Kritik und Kontrolle politischen Handelns und der freien Meinungsbildung. Die normativen Vorstellungen einer offen zugänglichen Sphäre des rationalen Austauschs unterliegen allerdings diversen Einschränkungen. Bleibt unterprivilegierten Akteuren der Zugang

zur Öffentlichkeit versperrt, können sie über die Nutzung alternativer Medien Gegenöffentlichkeiten schaffen. Hier werden einerseits eigene Identitäten und Forderungen herausgebildet und debattiert, andererseits aber auch durch die Verbreitung widerständiger Positionen dominantere Realitätsdarstellungen herausgefordert.

Weiterhin wurde gezeigt, dass Kommunikation ein essentieller Bestandteil politischer Auseinandersetzungen ist. Dabei konkurrieren die beteiligten Akteure sowohl um den Zugang zu Medien und Öffentlichkeit als auch die Bedeutung der übermittelten Botschaften. Da Herausforderer kaum Zugriff auf staatliche Institutionen und deren Ressourcen haben, müssen sie über eine wirksame Kommunikation ihrer Anliegen Einfluss geltend machen. Nur so können sie Aufmerksamkeit erzeugen, Unterstützung gewinnen und Anhänger mobilisieren. Gleichzeitig spielt Kommunikation eine essentielle Rolle für den internen Zusammenhalt von konfliktorientierten Akteuren, die sich permanent über gemeinsame Ziele und Strategien verständigen und eine belastbare kollektive Identität entwickeln müssen. Somit werden Kommunikationsbedürfnisse deutlich, die die Erfolgskriterien des SKOG-Modells für konfliktorientierte Akteure ergänzen und vertiefen. Um programmatische Alternativen und kollektive Identitäten zu entwickeln, das eigene Handeln zu legitimieren und Anhänger zu gewinnen, leisten Herausforderer eine komplexe Symbolarbeit, mit der sie gesellschaftliche Realitäten deuten und Sinnzusammenhänge entwickeln; ein Prozess, der als *Framing* bezeichnet wird. Letztlich muss ein konfliktorientierter Diskurs sowohl Problemdefinitionen, moralische Wertungen und Delegitimierungen der Gegner liefern als auch Lösungsvorschläge und Anreize zu kollektivem Handeln.

Die Bilanz der bisherigen Erkenntnisse zur Rolle von Medien in Transformationsprozessen hat gezeigt, dass in autoritären Systemen, wo Massenmedien und Öffentlichkeit einer mehr oder weniger starken Kontrolle durch die strategischen Gruppen der Herrschaftselite unterworfen sind, konfliktorientierte Herausforderer häufig so genannte kleine Medien genutzt haben, um Informationsmonopole zu unterwandern und Gegenöffentlichkeiten zu bilden. Transnationale Massenmedien wie das Satellitenfernsehen sorgten außerdem für Demonstrationseffekte, wodurch die Dynamik einmal eingeleiteter Umbrüche mitunter zusätzlich verstärkt werden konnte. Als wichtige Faktoren, welche die Wirkungen von Medien in Transformationsprozessen prägen, wurden neben dem Grad der autoritären Kontrolle auch der Entwicklungsstand von Zivilgesellschaft, politischer Kultur und Medienkompetenz sowie die Beziehungen zwischen Medien und Journalisten einerseits und den konfliktorientierten Gruppen der Opposition andererseits identifiziert.

Auf dieser Grundlage beruhen denn auch die Erwartungen an das Demokratisierungspotential des Internets. Mit hoher Flexibilität, preiswerter Nutzung, transnationaler Reichweite, Interaktivität und Informationsvielfalt vereint das Internet wichtige Eigenschaften großer und kleiner Medien und erscheint somit als ideales Kommunikationsmittel für politische Herausforderer. Durch die fortschreitende

Entwicklung der Anwendungen des Web 2.0, wie Blogs und soziale Medien, ist es zudem immer leichter geworden, eigene Inhalte zu erstellen und thematische Netzwerke zu bilden. Gleichwohl haben die bisherigen Erkenntnisse verschiedene Einschränkungen gezeigt, die die Nutzung des Internets in autoritären Systemen unterliegt. Diese reichen von den unter dem Begriff des „digitalen Grabens“ zusammengefassten Faktoren wie Infrastruktur, Zugang, Bildung und Medienkompetenz über Zensur und direkte Einflussnahmen durch den autoritären Staat bis hin zu und netzspezifischen Dynamiken bei der Entstehung von Onlineöffentlichkeit. Folglich ist davon auszugehen, dass in autoritären Staaten eine begrenzte Informationselite als Teil der urbanen und technisch aufgeschlossenen Mittelschicht das Internet in einer für politische Veränderungen relevanten Art und Weise nutzen kann. Allerdings ist gerade diese soziale Gruppe aufstiegswilliger und gebildeter Akteure besonders an politischem Wandel interessiert und bringt Meinungsführer hervor, denen eine wichtige Rolle bei der Entwicklung systemkritischer Diskurse zufällt. Dabei stehen diese Anwender dem autoritären Staat gegenüber, der einerseits nachteilige Nutzungen des Internets einzudämmen sucht, andererseits dieses Medium auch zur Stärkung der eigenen Position einsetzen kann. Insofern eröffnet das Internet neue Möglichkeiten der Auseinandersetzung zwischen konfliktorientierten und strategischen Gruppen.

Auf Basis dieser theoretischen Vorüberlegungen können Aussagen über mögliche Leistungen des Internets bei Erfüllung der Kommunikationsbedürfnisse von politischen Herausforderern getroffen werden. Diese werden in Form von Arbeitshypothesen formuliert, welche die Analyse des Fallbeispiels Iran leiten sollen.

Internetanwendungen fördern die Entstehung von Gegenöffentlichkeiten: Für entsprechend motivierte Nutzergruppen eröffnet das Internet bei erfolgreicher Umgehung der autoritären Zensur und Kontrolle ein Informationsangebot, das im Vergleich zu den Massenmedien von größerer Vielfalt geprägt ist. Webseiten, Blogs und soziale Netzwerke ermöglichen einen freieren Informations- und Meinungsaustausch, der zu einer Pluralisierung der erhältlichen Perspektiven und Standpunkte beiträgt. Die Informationsverbreitung über das Internet unterwirft die politischen Machthaber einer verstärkten Transparenz, so dass die Kritik- und Kontrollfähigkeit der Zivilgesellschaft gegenüber dem autoritären Staat steigt. Zudem können unter zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie politisch interessierten Internetanwendern Diskussionen entstehen, in denen sich gemeinsame Ansichten herausbilden und eine politische Kultur der rationalen Debatte gefördert wird. Darüber hinaus können politische Herausforderer mittels eigener Onlinemedien zu alternativen Deutungen der politischen und sozialen Realität sowie entsprechenden Problemdefinitionen, Lösungsvorschlägen und Handlungsstrategien finden. Somit können sie eigene, richtungweisende Vorstellungen für die Zukunft der Gesellschaft entwickeln. Der-

artige durch Onlinekommunikation ermöglichte *Framing*-Prozesse festigen zuallererst bewegungsintern die kollektive Identität von Herausforderern. Um jedoch in einer größeren Öffentlichkeit Resonanz zu erzielen und somit Konfliktorientiertheit auch extern deutlich zu machen, reichen Internetanwendungen allein nicht aus und müssen durch andere Kommunikationskanäle erweitert werden (klassische kleine Medien, Presse, transnationale Massenmedien, Demonstrationen, Kampagnen oder Proteste).

Das Internet eröffnet Herausforderern neue Formen der Organisation und Vernetzung: Die Kommunikation über das Internet intensiviert die Kontakte unter politischen und gesellschaftlichen Herausforderern und verbessert deren internen Austausch. Online entstehende Kommunikationsnetzwerke ermöglichen eine direktere Einbindung und Beteiligung einzelner Aktivisten und Anhänger. Hierarchien werden somit abgeflacht und die Bedeutung einzelner Führungspersönlichkeiten sinkt. Besonders soziale Bewegungen mit einer offenen und flexiblen Struktur finden im Internet ein geeignetes Kommunikationsmedium zur Unterstützung ihrer Aktivitäten, so dass hier quasi eine wechselseitige Beeinflussung stattfindet: Aktivisten prägen Internetanwendungen entsprechend ihrer Bedürfnisse; das Internet mit seinen Möglichkeiten stimuliert wiederum neue Formen kollektiven Handelns. Webseiten, Blogs und soziale Medien eröffnen somit neuartige Ausdrucksmöglichkeiten von gemeinschaftlicher Solidarität (z. B. Banner, Wissensverbreitung, Verlinkungen, thematische Netzwerke) und Herausforderung (Onlinepetitionen, Hacken von Webseiten). Soziale Bewegungen können schneller auf veränderte politische Gelegenheiten reagieren und sind weniger anfällig für autoritäre Repression. Zudem ermöglicht das Internet eine bessere Anbindung lokaler Aktivisten an transnationale Organisationen, über die zusätzliche Ressourcen und Unterstützung erschlossen werden können. Auch die Verbindungen zwischen exilierten Aktivisten und ihren Heimatländern werden über das Internet verbessert. Insgesamt stärkt die Internetkommunikation somit die Flexibilität, Widerstandsfähigkeit und interne Diversität von kollektiven Herausforderern. Die Auswirkungen des Internets auf die Herausbildung fester organisatorischer Strukturen, die eine wesentliche Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit konfliktorientierter Akteure darstellen, sind allerdings begrenzt.

Das Internet hat als Mittel politischer Mobilisierung nur begrenzte Wirkung: Die Reichweite der Internetkommunikation von politischen Herausforderern über ihre unmittelbare Anhängerschaft hinaus wird durch die Faktoren des digitalen Grabens und autoritäre Internetzensur eingeschränkt. Zugleich kann der staatliche Repressionsapparat die Übersetzung von online entwickelten Solidaritäten in realen Aktivismus eindämmen. Die Mobilisierung der Bevölkerung zu Demonstrationen und

Protest unterliegt dem Einfluss zahlreicher Faktoren: auslösende Ereignisse, Verhalten von Regierung und politischen Akteuren, Einfluss von oppositionellen Führungspersonlichkeiten, Rolle anderer Mittel der Protestkommunikation wie Mundpropaganda oder Telefon sowie Berichterstattung der Massenmedien. Das Internet allein kann diese Faktoren nicht aufwiegen, sondern bestenfalls positiv ergänzen und dient daher eher der Abstimmung und Motivierung eines zentralen Aktivistenumilieus. Erleichtert werden somit vor allem spontane, kurzfristige und themenzentrierte Kampagnen oder Protestmobilisierungen. Allerdings eröffnet die transnationale Reichweite des Internets eine zusätzliche Dimension für die Mobilisierung von Unterstützung und Ressourcen: zivilgesellschaftliche Akteure können über das Internet eine internationale Öffentlichkeit ansprechen und auf Basis tragkräftiger Normen (z. B. Menschenrechte) Druck auf die eigenen Herrschaftseliten ausüben.

II. Iran: Politische Transformation und Medien

Mehr als dreißig Jahre nach ihrer Entstehung unterliegt die Islamische Republik Iran anhaltenden politischen und sozialen Veränderungen. Deutlich vor Augen geführt hat dies die Wahlkrise vom Sommer 2009, die als Ausdruck großer Spannungen innerhalb des Regimes und der Gesellschaft verstanden werden muss. Irans fraktionierte politische Elite ist in eine vielschichtige, von ideologischen, sozioökonomischen und generationsübergreifenden Konflikten geprägte Rivalität verwickelt. Zugespitzt lassen sich zwei Lager unterscheiden: Auf der einen Seite verfolgen die Anhänger eines islamistisch legitimierten, autoritär geführten Staates als Herrschaftskoalition strategischer Gruppen den Erhalt und Ausbau der derzeitigen Macht- und Ressourcenaufteilung. Auf der anderen Seite fordern die Fürsprecher eines sich noch erfindenden Republikanismus iranisch-islamischer Prägung mit variierender Konfliktbereitschaft und -fähigkeit die bestehenden Machtverhältnisse heraus. Parallel zu diesen Auseinandersetzungen auf politischer Ebene hat die iranische Gesellschaft seit der Revolution grundlegende Entwicklungen durchgemacht. Bildung und Urbanisierung haben die moderne Mittelschicht anwachsen lassen, die nach wirtschaftlicher Entfaltung und politischer Teilhabe strebt. Große Teile der jungen Bevölkerung stehen den politischen und ideologischen Ansichten des Regimes kritisch gegenüber und haben teilweise längst eigene Wertvorstellungen entwickelt. Eine aktive und resistente Zivilgesellschaft, zu deren wichtigsten Protagonisten Intellektuelle, Journalisten, Studenten und Frauenrechtlerinnen zählen, wendet sich gegen die Vormachtsstellung des Staates.

Medien haben in der politischen Entwicklung Irans immer wieder eine wichtige Rolle gespielt – man denke etwa an die nächtens verteilten Flugblätter im Vorfeld der Konstitutionellen Revolution oder die Audiokassetten mit den Predigten Ayatollah Khomeinis während des Widerstands gegen den Schah. Nach der Revolution von 1979 wurden die Massenmedien Radio und Fernsehen strikter staatlicher Kontrolle unterworfen. Die Presse konnte in den 1990ern zwischenzeitlich an Freiraum gewinnen, so dass in Zeitungen und Zeitschriften bisherige Tabuthemen zur Sprache kamen. Zugleich stellte die zunehmende Verbreitung des Satellitenfernsehens das Regime vor eine kulturelle und politische Herausforderung. Dies ist der Kontext, in dem das Internet ab dem Jahr 2000 seine politische Bedeutung entfaltete.

1. Die Islamische Republik: Historische Wurzeln und politisches System

Die Islamische Republik ist zwar ein Ergebnis der Revolution von 1979, doch prägen natürlich auch der vorrevolutionäre Kontext und die Geschichte des Landes das heutige politische Denken und Handeln. Ein tiefer liegendes Muster iranischer Geschichte ist Katouzian zufolge ein andauernder Zyklus zwischen willkürlicher Herrschaft und revoltierender Gesellschaft. Laut seiner „*theory of arbitrary rule and society*“ erweiterte der Staat durch die Jahrhunderte hinweg seine Kontrolle über Macht und Ressourcen immer wieder so lange, bis die Gesellschaft sich auflehnte und in einem umfassenden Umsturz neue Verhältnisse zu errichten suchte. Ein Resultat dieser regelmäßigen und tiefgreifenden Wechsel sei fehlende Kontinuität in der längerfristigen Entwicklung von gesellschaftlichen Schichten und Besitzverhältnissen, wodurch wiederum die Unbeständigkeit politischer Herrschaft verstärkt wurde. Dieses Spannungsverhältnis zwischen Staat und Gesellschaft setze sich auch im 20. Jahrhundert fort.¹ Gheissari und Nasr weisen darauf hin, dass die Entstehung des modernen Nationalstaates in Iran zuvorderst auf ein gesellschaftliches Verlangen nach umfassender Entwicklung, sozialer Ordnung und Bewahrung territorialer Integrität zurückging – Ziele, hinter denen eine Partizipation der Bevölkerung an politischer Entscheidungsmacht zurückstehen musste. Dehnte sich die solcherart unreglementierte Staatsgewalt unverhältnismäßig aus und schlug in Willkür um, distanzierte sich die Gesellschaft vom Staat und wendete sich schließlich gegen ihn. In regelmäßigen Abständen führte das Nachlassen autoritärer Kontrolle zu einer Entladung politischer Aktivität, die unter anderem in der Gründung zahlloser Pressepublikationen und Parteien, aber auch der Zunahme politischer Spannungen bis hin zur Gewaltanwendung Ausdruck fand und letztlich wieder in das Bedürfnis

1 Katouzian, Homa: *Iranian History and Politics. The dialectic of state and society*, London/New York: Routledge 2003; Katouzian, Homa: „The Short-Term Society: A Study in the Problems of Long-Term Political and Economic Development in Iran“, in: *Middle Eastern Studies* 40 (1) (2004), S. 1-22.

nach einer starken Ordnungsmacht mündete.² Die Balance zwischen effektiv handelnder Staatsmacht und autoritärer Machtausübung, zwischen gesellschaftlicher Freiheit und Chaos ist eine Frage, die Iran bis heute beschäftigt.

EIN JAHRHUNDERT, ZWEI REVOLUTIONEN

Mit der Konstitutionellen Revolution von 1905-1911, die das Ende der Qajaren-Monarchie besiegelte, wurden in Iran erstmals grundlegende Institutionen einer Republik etabliert. Trotz der Kurzlebigkeit dieser Erfahrung parlamentarischer Politik bildete sie einen Bezugspunkt für alle zukünftigen Demokratiebestrebungen. Zugleich warfen die Diskussionen zur Verfassungsbildung schon zum damaligen Zeitpunkt eine zentrale Streitfrage auf: Welche Rolle sollten Religion und schiitischer Klerus in der Politik spielen? Somit wurden Anfang des 20. Jahrhunderts die Wurzeln für eine Grundsatzdebatte gesetzt, welche die politischen Auseinandersetzungen in Iran bis heute prägt.³

Eine historische Erfahrung mit ähnlich profunder Nachwirkung stellen die Nationalisierung des iranischen Erdöls durch Premierminister Mohammad Mossadeq und dessen nachfolgender Sturz durch einen von der CIA unterstützten Coup Anfang der 1950er Jahre dar. Im kollektiven Bewusstsein Irans sind der Putsch gegen den populären und demokratisch gewählten Mossadeq sowie die anschließende Reinstallierung des Schahs eng mit der Einmischung der USA in die internen Angelegenheiten des Landes verbunden. Das historisch verwurzelte Misstrauen gegenüber Eingriffen des Auslands wurde bestätigt und bleibt ein nicht zu vernachlässigendes Handlungsmotiv iranischer Politik. Der charismatische Mossadeq stieg zu einer Schlüsselfigur iranischer Nationalidentität auf.⁴

-
- 2 Gheissari, Ali/Nasr, Vali: *Democracy in Iran. History and the Quest for Liberty*, New York: Oxford University Press 2006. S. 12. Etwa die Phasen nach der Konstitutionellen Revolution (1905-21), zwischen den beiden Pahlavi-Regierungen (1941-53) und kurz nach der Revolution von 1979. Dazu als Gesamtüberblick: Abrahamian, Ervand: *Iran between two Revolutions*, Princeton, New Jersey: Princeton University Press 1982.
 - 3 Hashemi, Nader: „Religious Disputation and Democratic Constitutionalism: The Enduring Legacy of the Constitutional Revolution On the Struggle for Democracy in Iran“, in: *Constellations* 17 (1) (2010), S. 50-60.
 - 4 Byrne, Malcolm/Gasiorowski, Mark J. (Hg.): *Mohammad Mossadeq and the 1953 Coup in Iran*, New York: Syracuse University Press 2004. Im Konflikt um das iranische Atomprogramm versuchten Präsident Ahmadinezhad und andere Regimevertreter durch Vergleiche zwischen Erdölnationalisierung und dem Streben nach Atomkraft diesen patriotischen Mythos zu aktivieren und den Beistand der Bevölkerung zu gewinnen. Moshirza-

Diesen zwei Phasen politischer Emanzipation stehen lange Jahre autoritärer Herrschaft unter den Pahlavis gegenüber. Im Anschluss an die unruhigen ersten zwei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts verdankte der unbekannt Offizier Reza Pahlavi seinen Aufstieg einem gesellschaftlichen Bedürfnis nach politischer Stabilität und Entwicklung. Den zentral gelenkten Ausbau von Administration, Infrastruktur und Industrie verknüpfte Reza Schah mit einem ausgeprägten Nationalismus und trieb so den Aufbau eines modernen Nationalstaates in Iran voran. Zunehmend autokratisch regierend verschloss er allerdings der entstehenden Mittelschicht Wege politischer Beteiligung und verstieß zudem über eine aggressive Säkularisierungspolitik traditionelle Eliten.⁵

Reza Pahlavis Sohn Mohammad gelang es erst nach der unruhigen Phase des Interregnums 1941-1953 mit Hilfe der USA seine Macht zu festigen. Gestützt auf das rasant steigende Öleinkommen verfolgte er eine ambitionierte Modernisierungspolitik, die jedoch im Laufe der 1960er und 1970er Jahre soziale und kulturelle Spannungen zur Folge hatte. Zur Untermauerung seiner Herrschaft setzte der Schah auf eine Glorifizierung der vorislamischen Geschichte Irans, konnte damit aber nicht die Bevölkerung erreichen. In Abschottung vom Rest der Gesellschaft entstand eine kleine verwestlichte Elite, die zum Sinnbild der zunehmenden US-amerikanischen Dominanz über das Land wurde. Die Suche nach einer politischen Alternative zur Monarchie war demzufolge stark von antiwestlichen Untertönen geprägt. Der schiitische Islam wurde als ebenso essentieller wie authentischer Bestandteil der kulturellen Identität entdeckt. Der Auseinandersetzung religiöser Intellektueller mit den Ideen der Linken und des Antikolonialismus erwuchs eine Ideologie, die sowohl eine selbstbestimmte und gerechte Zukunft versprach als auch mit ihrer Symbolkraft einen Großteil der Bevölkerung erreichte und damit revolutionäre Tragweite entfaltete.⁶

deh, Homeira: „Discursive Foundations of Iran’s Nuclear Policy“, in: Security Dialogue 38 (4) (2007), S. 521-43.

- 5 Ghods, M. Reza: „Iranian Nationalism and Reza Shah“, in: Middle Eastern Studies 27 (1) (1991), S. 35-45. Dass der Ruf Reza Shahs auch heute noch Anklang findet, verdeutlichte die Kampagne des ehemaligen Offiziers der Revolutionsgarden Mohammad Baqer Qalibaf vor den Präsidentschaftswahlen 2005, der versprach, das Land als „islamischer Reza Schah“ aus der Krise zu führen. Naji, Kasra: Ahmadinejad. The Secret History of Iran’s Radical Leader, London/New York: I.B. Tauris 2008, S. 75f.
- 6 Abrahamian: Iran, S. 419-480; Gheissari/Nasr: Democracy, S. 57ff.

Revolution

Mit der Revolution von 1978/79 wendete sich eine breite Massenbewegung gegen die Monarchie und besiegelte somit das Scheitern des autoritären Modernisierungsstaates. Über den Umsturz des alten Systems reklamierte die Gesellschaft Verantwortung für die eigene Entwicklung sowie Souveränität gegenüber äußeren Einflüssen, so dass die Revolution nach wie vor als Akt der politischen Selbstbefreiung im kollektiven Bewusstsein verankert bleibt – auch wenn die nachfolgende erneute Monopolisierung der Macht viele Revolutionsteilnehmer „enteignet“ hat. Damit einher ging die Erfahrung, dass eine stabil und überlegen erscheinende Herrschaftsform innerhalb kürzester Zeit beseitigt werden konnte. Auch wenn heute Unzufriedenheit über den Ausgang der Revolution verbreitet ist und das Verlangen nach neuerlichen radikalen Veränderungen sich in Grenzen hält, so sind doch Bedeutung und Macht des Volkswillens sowohl der Gesellschaft als auch der größtenteils noch selbst am Widerstand gegen den Schah beteiligten politischen Elite bewusst.⁷

Prinzipiell nahm die Revolution die politischen Aspirationen der Konstitutionellen Bewegung wieder auf, führte diese allerdings entsprechend der unterschiedlichen beteiligten Kräfte weiter aus. Sowohl linke als auch islamistische Oppositionsgruppen brachten egalitäre und antiimperialistische Vorstellungen in den revolutionären Diskurs ein. Das Versprechen sozialer Gerechtigkeit mobilisierte vor allem die unteren Bevölkerungsschichten und ermöglichte erst die gewaltigen Demonstrationmärsche vom Herbst 1978. Neben *esteqlal* („Unabhängigkeit“) und *azadi* („Freiheit“) war die dritte zentrale Parole der Revolution *jomhuri-ye eslami* („Islamische Republik“); ein Konstrukt, das nur für wenige der Beteiligten eine konkrete politische Vision beinhaltete, für viele andere eher Ausdruck einer vagen kulturellen Identitätssuche war. Die unterschiedlichen Ideen der Revolutionsteilnehmer flossen zu ungleichen Anteilen in die Grundlagen der neuen Ordnung, wobei der politische Klerus aufgrund seiner organisatorischen Kohärenz und der charismatischen Führungsstärke Khomeinis rasch die Oberhand gewann. Resultat war ein politisches Hybridsystem, dessen Legitimation sich sowohl aus den republikanisch-demokratischen als auch den religiösen und populistisch-ideologischen Elementen des Revolutionsdiskurses speiste und das bis heute den Handlungsrahmen für die politischen Konflikte der Islamischen Republik bildet.

Als eine der großen sozialen Revolutionen hatte die Islamische Revolution nicht nur die Errichtung einer neuen politischen Ordnung zur Folge, sondern auch profunde gesellschaftliche Umwälzungen. Der revolutionäre Prozess eröffnete zuvor ausgeschlossenen Gruppen der Bevölkerung die Chance zum Zugriff auf politische

7 Ansari, Ali M.: Iran, Islam and Democracy. The Politics of Managing Change, London: Royal Institute of International Affairs 2000, S. 51.

wie wirtschaftliche Ressourcen und generierte eine erhöhte soziale Mobilität. Auf Basis veränderter Legitimationsprinzipien entstand eine neue politische Klasse. An vorderster Stelle stand natürlich der schiitische Klerus, dem Khomeinis Staatsdoktrin des *velayat-e faqih* eine privilegierte Stellung im neuen System zuwies. Die somit gebildete klerikale Kernelite kontrolliert nach wie vor die religiös legitimierten Führungsgremien der Islamischen Republik. Daneben entstand jedoch auch eine sekundäre Elitenschicht im Administrationsapparat und den großen Staatsunternehmen, deren sozialer Hintergrund und ideologische Motivation höhere Diversität aufwies. Ihre Vertreter legitimierten sich weniger über die Teilnahme am Widerstand gegen den Schah als vielmehr durch den Beitrag zu Aufbau und Verteidigung des neuen Regimes in den unbeständigen Anfangsjahren. Der allmählich schwindende Einfluss des Klerus führte innerhalb dieser zweiten Ebene der Führungsschicht zu einem erbitterten Wettstreit um Macht- und Ressourcenverteilung, der sich auf ideologischer Ebene in Form eines Grundsatzstreits um die Gesamtausrichtung des Systems manifestiert. Als langfristige Konsequenz der Revolution bestimmen die anhaltenden Kräfteverschiebungen innerhalb der zweiten Generation der Revolutionselite den weiteren Entwicklungsweg der Islamischen Republik.⁸

Widerstrebende Triebkräfte der Entwicklung

Das 20. Jahrhundert macht somit zentrale Themen auf dem Weg Irans in die Moderne deutlich. Die politische Entwicklung des Landes ist Ansari zufolge von einem historisch verwurzelten „powerful myth of political emancipation“ geprägt, der sowohl intellektuelle Debatten als auch Handlungen politischer Akteure inspiriert.⁹ Dabei geht es laut Farhi um zwei grundsätzliche Problemstellungen, die sich in unterschiedlicher Form immer wieder aufs Neue präsentieren: zum einen das Spannungsverhältnis zwischen autoritärer Herrschaft und gesellschaftlicher Partizipation, zum anderen das Streben nach territorialer Unversehrtheit und nationaler Souveränität. Wie kaum ein anderes Land der Region habe Iran bei der Suche nach Antworten auf diese Fragen der nationalen Identität politische Grenzen ausgelotet: zwei Revolutionen, ein Krieg, Monarchie, Parlamentspolitik und islamischer Staat

8 Arjomand, Said Amir: *After Khomeini. Iran under his Successors*, New York: Oxford University Press 2009; Reissner, Johannes: „Iran: Vor dem Ende klerikaler Macht?“, in: Perthes, Volker (Hg.), *Elitenwandel in der arabischen Welt und Iran*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik 2002, S. 189-208.

9 Ansari: *Iran, Islam*, S. 219.

sowie Widerstand gegen Kolonialmächte und Konflikte mit der internationalen Gemeinschaft.¹⁰

Ein ausgeprägtes Nationalbewusstsein bildet eine der wesentlichen Triebkräfte der iranischen Entwicklung. Es speist sich aus mehreren Jahrtausenden Geschichte sowie nicht zuletzt der Tatsache, dass Iran selbst nach Eroberung durch den Islam eine distinkte kulturelle Identität bewahrte. Eng damit verknüpft sind auch historische Erfahrungen von Invasion, Fremdherrschaft und Einflussnahme westlicher Kolonial- und Großmächte. Das Verlangen nach Unabhängigkeit, territorialer Integrität und nationalem Fortschritt unterliegt einem gesamtgesellschaftlichen Konsens und dient dem Vielvölkerstaat Iran als wichtiges einheitsstiftendes Element. Es kann indes auch durch autoritäre Herrscher instrumentalisiert werden, die sich als tatkräftige Verteidiger des Landes darstellen. Die Ideologie der Revolution hat dem iranischen Beharren auf Souveränität zusätzlich eine antiwestliche oder gar antiimperialistische Komponente beigegeben. Somit entsteht ein Diskursmittel, mit dem sich nicht nur die Ursachen sozialer oder politischer Konflikte externalisieren und fremder Intervention zuschreiben lassen, sondern auch interne Widersprüche unterdrückt und Dissidenten als Handlanger des Auslands ausgegrenzt werden können. Der Verweis auf nationale Interessen bietet zudem die Möglichkeit, außenpolitische Ansätze der Moderation und des Dialogs als Zeichen von Schwäche zu denunzieren. Anstatt als Identitätsstifter einer unabhängigen und selbstbewussten Nation zu dienen, wird der iranische Nationalismus hierbei zu einem Mittel reaktionärer Politik für ein autoritäres Regime.

Daneben hat sich der Islam ebenfalls als wichtige Inspirationkraft der iranischen Entwicklung erwiesen. Mit seiner schiitischen, vor allem in Iran spirituell wie intellektuell vorangetriebenen Auslegung bildet er einen zentralen Bestandteil nationaler Identität. Zugleich lieferte der schiitische Islam Grundlage für den Aufstieg des Klerus zu weitreichendem sozialen und politischem Einfluss sowie die Herausbildung einer revolutionären Ideologie. Iran ist damit das einzige Land, in dem die Utopie des Islamismus tatsächlich in die Errichtung einer umfassenden politischen Ordnung mündete. Dies hat zur Folge, dass die Unmöglichkeit, einen funktionierenden Staat allein auf Basis religiöser Interpretation zu lenken nirgendwo deutlicher wird als hier. In Folge entstand eine eindrucksvolle Reformströmung, die ein angemessenes Verhältnis von Religion und Politik zu formulieren versucht.

Die iranische Geschichte zeigt aber auch, dass republikanisch-demokratische Ideen seit mehr als einhundert Jahren Bestandteil politischer Diskurse sind. Von der Konstitutionellen Revolution bis in heutige Tage werden Forderungen nach politischen Freiheiten und Rechten sowie einer durch das Volk legitimierten Herrschafts-

10 Farhi, Farideh: „Crafting a National Identity amidst Contentious Politics in Contemporary Iran“, in: *Iranian Studies* 38 (1) (2005), S. 7-22.

form artikuliert. Institutionen wie Wahlen und Parlament sind fest im politischen Selbstverständnis verwurzelt. Im Laufe der Suche nach einer idealen politischen Ordnung stand Demokratie allerdings immer wieder in Konkurrenz zu anderen Vorstellungen: autoritärer Nationalismus, egalitäre Utopien und politischer Islam haben ständig zu neuen Schleifen auf dem Entwicklungsweg Irans geführt. Nach Verblässen aller anderen Utopien scheint Demokratie, wie Gheissari und Nasr anmerken, gewissermaßen als politisches Ideal „übrig zu bleiben“.¹¹ Gelingt es, dieses Ideal in eine Balance mit den übrigen Triebkräften der politischen Entwicklung Irans – Souveränitätsstreben, Nationalismus, Religion – zu bringen, so bietet sich die Chance auf eine eigenständige und authentische Demokratisierung.

DAS REGIME: INSTITUTIONALISIERUNG UND LEGITIMATION

Das politische System Irans ist durch die unterschiedlichen Ambitionen der Revolutionsteilnehmer geprägt und vereint die Elemente verschiedener Herrschaftsformen. Die Verfassung reflektiert zum einen das historische Erbe der Konstitutionellen Revolution, zum anderen die politische Vision des Revolutionsführers Ayatollah Khomeini. Resultat ist eine doppelte Herrschaftslegitimation republikanischen und religiösen Ursprungs. Beide Legitimationsstränge durchziehen den Aufbau und das Wirken der staatlichen Institutionen. Das iranische Regime wurde demzufolge häufig als hybrides Mischsystem eingestuft.¹² Nach einer Phase der Liberalisierung in den 1990er Jahren lässt sich allerdings eine Reakzentuierung autokratischer Machtausübung konstatieren, die den autoritären Charakter des Regimes deutlich verstärkt hat.

Die Grundlage des Systems bildet das von Khomeini in den 1960er und 1970er Jahren entwickelte Prinzip der „Regentschaft des Rechtsgelehrten“ (*velayat-e faqih*), welches einen schiitischen Geistlichen als „Obersten Revolutionsführer“ an die Spitze des Staates stellt.¹³ Diese Theorie ist im schiitischen Islam einmalig und

11 Gheissari/Nasr: Democracy, S. 9.

12 Reissner, Johannes: „Stabilitätsanalyse Iran“, in: Faath, Sigrid (Hg.), Stabilitätsprobleme zentraler Staaten. Ägypten, Algerien, Saudi-Arabien, Iran, Pakistan und ihre Auswirkungen, Hamburg: Deutsches Orient Institut 2003, S. 249-80, hier S. 250. Chehabi, Houchang E.: „The Political Regime of the Islamic Republic of Iran in Comparative Perspective“, in: Government and Opposition 36 (1) (2001), S. 48-70.

13 Algar, Hamid: Islam and Revolution: Writings and Declarations of Imam Khomeini (1941-1980), Berkeley, California: Mizan Press 1981; Dabashi, Hamid: Theology of Discontent: The Ideological Foundation of the Islamic Republic in Iran, New York: New

durchaus umstritten – nie zuvor wurde eine derartige Fülle politischer Macht in den Händen einer einzigen Figur konzentriert. Abgesehen von der quietistischen Mehrheit der Geistlichkeit, die eine Einmischung in politische Angelegenheiten ganz und gar ablehnt, übertrug beispielsweise die nach 1906 von Teilen des Klerus unterstützte Verfassung den Religionsgelehrten eine beratende Funktion, nicht aber vergleichbare Entscheidungsgewalt im Staat.¹⁴

Der religiös „von oben“ legitimierten Autorität des Revolutionsführers stehen die ebenfalls in der Verfassung verankerten Institutionen republikanischer Prägung gegenüber: Parlament und Präsident werden alle vier Jahre durch das Volk, also „von unten“ gewählt. Daraus ergibt sich ein Spannungsverhältnis zwischen der absoluten Souveränität Gottes einerseits und dem über Wahlen artikulierten Volkswillen andererseits. Zusätzlich zu diesen Institutionen der dualen Herrschaftslegitimation entstanden in der Anfangsphase des Regimes Einrichtungen, welche den religiösen Charakter und die revolutionären Ideale des neuen Systems gewährleisten sollten. Nach dem Zusammenbruch der alten Ordnung agierten verschiedene Organisationen und Komitees unabhängig von der zentralen Übergangsregierung bei der Durchsetzung neuer Rechtsvorstellungen und der Neuaufteilung von Ressourcen. Anfänglich spontan durch die Anhänger Khomeinis geschaffen, um politischen Einfluss gegenüber anderen Revolutionsteilnehmern zu sichern, unterstehen diese Institutionen mittlerweile alle dem Revolutionsführer und bieten zusätzliche Herrschaftsinstrumente. So entsteht ein komplexes Gefüge, in dem die religiös-revolutionären Institutionen teils parallel, teils übergeordnet zu den per Wahl ermittelten Amtsträgern agieren.¹⁵

Klerikale Führungsgremien

Als anerkannte religiöse Autorität und charismatischer Revolutionsführer vereinte Khomeini die unterschiedlichen Elemente des Regimes in seiner Person und vermochte dessen Funktionieren während der 1980er Jahre zu gewährleisten. Nach dieser ersten revolutionären Phase galt es jedoch, das System umzugestalten, um den Fortbestand der Islamischen Republik zu sichern. Wollte man die Aufgaben, denen das Land nach Beendigung des Iran-Irakkriegs gegenüberstand, bewältigen, so mussten religiös-ideologische Elemente zugunsten effizienter Institutionen zu-

York University Press 1993; Martin, Vanessa: *Creating an Islamic State: Khomeini and the Making of a New Iran*, London: I.B.Tauris 2003. S. 409-484.

14 Akhavi, Shahrough: „Contending Discourses in Shi’i Law on the Doctrine of Wilāyat al-Faqīh“, in: *Iranian Studies* 29 (3-4) (1996), S. 229-68.

15 Moslem, Mehdi: *Factional Politics in Post-Khomeini Iran*, New York: Syracuse University Press 2002, S. 20ff.

rückgestellt werden. Eine Verfassungsänderung kurz vor Khomeinis Tod konzentrierte den Großteil der Macht in einigen wenigen Führungsgremien, die fest in der Hand des politischen Klerus lagen. Dieser „klerikale Konziliarismus“ untergräbt die Stellung der republikanischen Institutionen und bildet damit ein wesentliches Hindernis für jegliche demokratische Entwicklung.¹⁶

Die Autorität des „Obersten Führers der Islamischen Revolution“ (*rahbar-e moazam-e engelab-e eslami*) wurde mit der Verfassungsänderung von 1989 „absolut“ (*motlaq*) und gab diesem damit die Befugnis, für das Wohl der Islamischen Republik selbst prinzipielle islamische Vorschriften außer Kraft zu setzen.¹⁷ Insgesamt verfügt der Revolutionsführer nicht nur über grundlegende Richtlinienkompetenz in allen politischen Fragen, sondern bestimmt auch die Führung von Streitkräften, Justiz, Wächterrat und Staatsfernsehen. Über so genannte „Regierungsurteile“ (*ahkam-e hokumati*) kann er direkt in die Arbeit von Exekutive und Legislative eingreifen.

Eine Bastion klerikaler Herrschaft ist auch der Wächterrat (*showra-ye negahban*). Dieser überprüft zum einen die Übereinstimmung von Gesetzentwürfen mit Islam und Verfassung, zum anderen überwacht er die Durchführung von Wahlen. Die Mitglieder des Gremiums haben dieses Recht immer wieder genutzt, um Kandidaten mit gegensätzlicher politischer Orientierung zu disqualifizieren, meist unter Verweis auf deren „mangelnde Loyalität“ zu Islam und System. Dieses Vorgehen bildete einen Gegenstand heftiger Kontroversen in der politischen Elite. Tatsächlich erweiterte der Wächterrat seine Befugnisse erst nach dem Tode Khomeinis. Derartige Interventionen nahmen nach dem überraschenden Wahlsieg der Reformfraktion 1997 zu und ebneten letztlich der autoritären Regression den Weg.¹⁸

Zwei weitere Führungsgremien sind der Expertenrat (*majles-e khobregan*) und der „Rat zur Feststellung der Interessen des Systems“ (*majma-e tashkhis-e maslahat-e nezam*). Die Mitglieder des Expertenrats gehören allesamt dem schiitischen Klerus an und sind verfassungsgemäß mit der Selektion eines Nachfolgers für den auf Lebenszeit gewählten Revolutionsführer betraut. Der Feststellungsrat repräsentiert mit knapp 30 Mitgliedern im Prinzip eine formalisierte Koalition der Machtelite und soll den Revolutionsführer in Fragen von grundlegender politischer Bedeutung beraten.

Darüber hinaus trägt die Judikative zur Systemsicherung bei. Der Leiter der Justiz wird vom Revolutionsführer ernannt und bestimmt seinerseits Obersten Richter

16 Arjomand: After Khomeini, S. 41ff; Schirazi, Asghar: The Constitution of Iran. Politics and the State in the Islamic Republic, London/New York: I.B.Tauris 1997.

17 Tellenbach, Silvia: „Zur Änderung der Verfassung der Islamischen Republik Iran vom 28. Juli 1989“, in: Orient 31 (1) (1990), S. 45-66.

18 Samii, A. William: „Iran’s Guardians Council as an Obstacle to Democracy“, in: Middle East Journal 55 (4) (2001), S. 644-64.

und Generalstaatsanwalt, so dass innerhalb des Apparats eine grundsätzliche Treue gegenüber Khamenei gewährleistet ist. Diese Führungspositionen sind zudem verfassungsgemäß mit Klerikern zu besetzen.¹⁹ Auf Basis einiger offen formulierter Artikel in Strafgesetz und Verfassung können unter Verweis auf den „Schutz der nationalen Sicherheit“ immer wieder wichtige Grundrechte einschränkt werden.²⁰ Aus den Anfangstagen des Regimes existieren noch die so genannten Revolutionsgerichte, die mit Sonderbefugnissen gegen Dissidenten vorgehen können. Das Sondergericht für den Klerus soll Loyalität unter der schiitischen Geistlichkeit durchsetzen. Die Schauprozesse gegen Reformpolitiker und Oppositionelle nach den Präsidentschaftswahlen im Sommer 2009 verdeutlichten die politische Instrumentalisierung der iranischen Justiz.

Justiz- und Sicherheitsapparat sind zudem von informellen Netzwerken ultrakonservativer Akteure durchzogen, die zur Durchsetzung ihrer Interessen auch vor dem Einsatz von Gewalt nicht zurückschrecken. Innerhalb des für den Geheimdienst zuständigen Informationsministeriums waren Ende der 1990er Jahre Absolventen der religiösen Haqqani-Schule in die Ermordung von Intellektuellen und Regimekritikern, die so genannten „Kettenmorde“ verwickelt. Die Reformregierung unter Präsident Khatami konnte zwar radikale Kräfte aus dem Ministerium verdrängen, doch bildeten diese zum Teil parallele geheimdienstliche Strukturen, bis sich ihnen nach 2005 wieder Wege in die staatlichen Institutionen öffneten. In Ahmadi-nezhads erster Amtszeit zählten etwa Informationsminister Ezhei und Innenminister Purmohammadi zum Kreis der Haqqani-Schule. Beide waren zuvor in hochrangigen Funktionen innerhalb der Justiz und des Innenministeriums an Repressionen gegen Oppositionelle beteiligt.²¹

Demokratische Elemente

Parlament und Staatspräsident sind die zentralen republikanisch-demokratisch legitimierten Institutionen im System der Islamischen Republik. Der Präsident wird alle vier Jahre direkt vom Volk gewählt und hat verfassungsgemäß das zweithöchste Amt nach dem Revolutionsführer. Dieser kann jedoch direkt in die Entscheidungen

19 Tabari, Keyvan: „The Rule of Law and the Politics of Reform in Post-Revolutionary Iran“, in: *International Sociology* 18 (1) (2003), S. 96-113. S. 104.

20 Human Rights Watch: „You Can Detain Anyone for Anything. Iran’s Broadening Clampdown on Independent Activism“, New York 2008.

21 Samii, A. William: „The Iranian Nuclear Issue and Informal Networks“, in: *Naval War College Review* 59 (1) (2006), S. 63-89.; Human Rights Watch: „Ministers of Murder: Iran’s New Security Cabinet“, New York 2005.

der Exekutive eingreifen, so dass die Handlungsfreiheit des Präsidenten grundlegend von einem Interessensgleichklang mit dem Revolutionsführer abhängt.

Das iranische Parlament und die regelmäßige Wahl der Abgeordneten lassen sich auf Prinzipien der Konstitutionellen Revolution zurückführen und sind damit Ausdruck des republikanischen Selbstverständnisses Irans. Die Entscheidungsbefugnis der Legislative wird zwar durch Wächter- und Feststellungsrat eingeschränkt, doch bildete der Majles immer wieder ein Zentrum für Kritik an der Regierung und grundlegende nationale Debatten. Die Abgeordneten können Amtsenthebungsverfahren gegen das Kabinett einleiten. Seit 1989 mussten alle drei Staatspräsidenten Korrekturen ihrer Politik durch eine Parlamentsmehrheit mit abweichender Orientierung hinnehmen.

Selbst wenn Parlament und Präsident kaum gegen die Machtfülle der religiös-revolutionären Einrichtungen bestehen können und Kandidaten eine Vorauswahl durch den Wächterrat durchlaufen müssen, so ist doch die Bedeutung von Wahlen für das System der Islamischen Republik nicht zu unterschätzen. Wahlen bilden für die Machtelite ein wichtiges Mittel der Legitimation und Systemstabilisierung. Sie fördern einen begrenzten ideologischen Pluralismus innerhalb der Elite und ermöglichen eine gewisse Flexibilität in Reaktion auf gesellschaftliche Entwicklungen. In der Gesellschaft haben die seit 1979 regelmäßig abgehaltenen Urnengänge die Praxis von Wahlen verankert. Der deutliche Richtungswechsel von 1997, bei dem die Mehrheit der Wähler den Außenseiter Khatami gegen den Kandidaten des Establishments durchsetzte, stärkte das Bewusstsein über den Einfluss der eigenen Stimme. Umso schwerer wog die offene Usurpation des Wahlgangs vom Juni 2009 durch die ultrakonservativen Unterstützer von Amtsinhaber Ahmadinezhad. Die seit der Revolution in ihrem Ausmaß einzigartigen Demonstrationen verdeutlichen die Entrüstung der Bevölkerung über die „gestohlenen Stimmen“ und damit auch das fest verwurzelte Selbstverständnis über ein Mitspracherecht an der politischen Entwicklung des Landes. In der Wahlkrise erreichte das systemimmanente Spannungsverhältnis zwischen autoritärer Lenkung und begrenzter Partizipation einen neuen Höhepunkt. Ohne Zweifel wurde die Institution ‚Wahlen‘ nachhaltig beschädigt und hat als Mittel der Legitimationserzeugung an Wirksamkeit eingebüßt. Die Durchführung von Wahlen bildet bei unveränderten politischen Vorzeichen fortan einen potentiell destabilisierenden Moment. Zum Zwecke des System- und Machterhalts könnten die strategischen Gruppen der Herrschaftskoalition demzufolge versuchen, die republikanischen Aspekte des Systems weiter zugunsten einer starken autoritären Kontrolle abzuwerten.

2. Strategische und konfliktorientierte Akteure in Irans politischer Elite

Die konträren Auslegungsmöglichkeiten der Verfassung haben in der politischen Elite Irans die Entstehung unterschiedlicher Fraktionen gefördert. Diese konkurrieren innerhalb des Systems um die Durchsetzung ihrer jeweiligen Vision zur Ausgestaltung der Islamischen Republik. Nach der revolutionären Anfangsphase des Regimes fanden die Lager der islamistischen Revolutionselite für mehr als zwei Jahrzehnte zu einer Form des „*fragmented*“ oder „*factionalized authoritarianism*“¹ zusammen. Solange sich keine Fraktion vollständig gegen die andere durchsetzen konnte, garantierte diese prekäre Balance dem System Stabilität und begrenzte Entwicklungsmöglichkeiten. Die autoritäre Regression des letzten Jahrzehnts hat dieses Gleichgewicht jedoch gestört. Zugleich haben die Spannungen innerhalb der Elite neue Gelegenheiten der Herausforderung eröffnet und die Formierung konfliktorientierter Gruppierungen gefördert.

Die Fraktionierung der politischen Elite wurde seit dem Ende der 1990er Jahre durch den Aufstieg der zweiten Politikergeneration nach der Revolution vorangetrieben. Innerhalb der Elite bestehen erhebliche Differenzen hinsichtlich der Ausgestaltung des verfassungsrechtlichen Gerüsts, vor allem mit Blick auf die absolute Autorität des Revolutionsführers und den Stellenwert demokratischer Partizipation. Weitere Unterscheidungslinien bilden sich entlang der Vorstellungen zu Wirtschafts- und Außenpolitik sowie zu kulturellen und sozialen Freiheiten. Arjomand zählt außerdem die ideologische Legitimierung von Gewalt zu den Unterscheidungskriterien.² Nicht zuletzt werden die fraktionellen Konflikte natürlich von indi-

1 Keshavarzian, Arang: „Contestation without Democracy: Elite Fragmentation in Iran“, in: Posusney, Marsha Pripstein /Angrist, Michele Penner (Hg.), *Authoritarianism in the Middle East. Regimes and Resistance*, Boulder: Lynne Rienner Publ. 2005, S. 63-88; Chehabi: *The Political*, S. 62.

2 Arjomand: *After Khomeini*, S. 9.

viduellen und ökonomischen Interessen, dem Streben nach Macht, Prestige und staatlichen Ressourcen bestimmt.

Auf den ersten Blick scheint die grundsätzliche Anerkennung der Islamischen Republik durch alle relevanten Akteure eine Identifizierung strategischer und konfliktorientierter Gruppen zu erschweren. Hierbei ist zu beachten, dass in Iran bestimmte Diskurs- und Handlungsparameter gelten, innerhalb derer eine Teilhabe am politischen Prozess überhaupt möglich ist.³ Bezeichnend ist die Tatsache, dass die häufig verwendete Grenze zwischen „Eigenen“ (*khodi*) und „Nicht-Eigenen“ (*gheir-e khodi*), die innerhalb der Revolutionselite diejenigen, die dem System und seinen religiös-ideologischen Grundwerten Treue wahren von denen, die mittlerweile als Gegner desselben gelten, trennen soll, in den letzten Jahren immer enger gezogen wurde.⁴ Hieran zeigt sich, dass es bei den innerelitären Auseinandersetzungen tatsächlich um grundlegende Fragen der politischen Ordnung geht und der Ausgang von Fraktionskonflikten den Charakter des politischen Systems im Ganzen prägen kann. Insofern wird zu zeigen sein, dass innerhalb der prinzipiell systemtreuen Elite durchaus konfliktorientierte Akteure auszumachen sind, die sich gegen existierende Macht- und Verhältnisse wenden und zu Wegbereitern eines politischen Wandels werden können.

IM ZENTRUM DER MACHT: DER REVOLUTIONSFÜHRER

Allein durch seine verfassungsgemäßen Befugnisse muss der Revolutionsführer als entscheidender strategischer Akteur innerhalb des iranischen Regimes eingestuft werden. Darüber hinaus ist es dem derzeitigen Amtsträger Ali Khamenei im Laufe zweier Jahrzehnte gelungen, über den Aufbau eigenständiger Netzwerke der Patronage und politischen Einflussnahme zusätzliche Machtfülle in seinen Händen zu konzentrieren. Die Anpassung an Kräfteverschiebungen innerhalb der politischen Elite sowie der von ihm protegierte Aufstieg ultrakonservativer Akteure aus Revolutionsgarden und Sicherheitsdiensten hat Khamenei eine unabhängige Machtbasis verschafft und seine Stellung an der Spitze des Regimes gefestigt. Der über siebzigjährige Geistliche hat sein Amt sowohl für den Systemerhalt als auch die Realisierung persönlicher Herrschaftsinteressen genutzt und damit der Funktion des *vali-ye faqih* im Institutionsgefüge der Islamischen Republik eine eigene Auslegung gege-

3 Reissner, Johannes: „Irans Selbstverständnis als Regionalmacht. Machtstreben im Namen antikolonialer Modernität“, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik 2008.

4 Kermani, Navid: Die Revolution der Kinder, München: C.H. Beck Verlag 2001. S. 166f.; Perthes, Volker: Iran - eine politische Herausforderung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2008. S. 49.

ben. Der iranische Regimekritiker Akbar Ganji bezeichnet Khamenei in Anlehnung an Max Weber als „*Latter-Day Sultan*“; unbestreitbar verleihen außerkonstitutionelle Privilegien, Zugriff auf staatliche Ressourcen, extensive Patronagenetzwerke und ein direkt kontrollierter Repressionsapparat dem heutigen Revolutionsführer Züge eines neopatrimonialen Herrschers.⁵ Obwohl Khamenei nie das Charisma Khomeinis gewonnen hat, bezieht er doch beträchtliche Ausstrahlung aus der Omnipräsenz seines Amtes und dem weiten Netzwerk von Abgesandten aus dem „Haus des Führers“ (*beyt-e rahbari*). Kritik am Revolutionsführer ist ein starkes Tabu und wird mit gerichtlicher Verfolgung bedroht. Die Anhänger Khameneis unter den *Bassij* haben sich wiederholt bereit gezeigt, sein Ansehen auch mit Gewalt zu verteidigen.

Im offiziellen Diskurs der Islamischen Republik setzte Khamenei nach seiner Ernennung im Jahr 1989 eigene Akzente und bewahrte dominierende Themen der Revolutionsideologie: soziale Gerechtigkeit auf Basis islamischer Werte, Unabhängigkeit und Souveränität des Landes sowie Misstrauen gegenüber imperialistischen Mächten. Den Anfang der 1990er Jahre propagierten Begriff der „kulturellen Invasion des Westens“ (*tahajjom-e farhangi-ye gharb*) entwickelte Khamenei weiter und warnte beständig vor Versuchen des Westens, geführt von den USA, durch massive Verbreitung der eigenen Kultur und moralische Korruption der iranischen Bevölkerung den Sturz der Islamischen Republik herbeizuführen. Auch die Versuche, das iranische Atomprogramm zu kontrollieren, sind für den Revolutionsführer Ausdruck des amerikanischen Strebens nach Errichtung einer „globalen Diktatur“.⁶ Auf diese Art grenzte Khamenei sich von den liberaleren Diskursen der Rafsanjani- und Khatami-Administrationen ab und präsentierte sich als Bewahrer der Islamischen Revolution. So erschloss er sich Zugang zu einer eigenen Anhängerschaft unter *Pasdaran* und *Bassij*.

Nach dem Scheitern der Reformregierung erschien die Macht des Revolutionsführers gefestigter denn je. In den Präsidentschaftswahlen 2005 unterlag Khameneis langjähriger Rivale Rafsanjani dem von ihm favorisierten Ahmadinehad. An der Spitze der Exekutive stand fortan ein Mann, der für wirtschaftliche Nivellierung und eine konfrontative Außenpolitik eintrat – eine Agenda, die den Anschauungen Khameneis entsprach. Der Politikstil des hitzköpfigen Präsidenten begünstigte eine Verlagerung grundlegender Entscheidungen in die höheren Etagen des Regimes, etwa den Nationalen Sicherheitsrat, den Feststellungsrat oder den neu gegründeten Rat für Außenpolitik, die alle direkt mit Khameneis Büro zusammenarbeiteten. Die Legislative wurde ebenfalls von Günstlingen des Revolutionsführers kontrolliert.

5 Arjomand: After Khomeini; Ganji: *Latter-Day Sultan*.

6 Sadjadpour, Karim: „Reading Khamenei: The Worldview of Iran’s Most Powerful Leader“, Washington: Carnegie Endowment For International Peace 2008.

Mit Khameneis Unterstützung hatten auch die Revolutionsgarden an Macht gewonnen und teilten mit dem Revolutionsführer grundlegende strategische Interessen.

Mit Befürwortung der Wahlmanipulation im Juni 2009 und der nachfolgenden Repressionen gegen die Protestbewegung traf Khamenei eine Entscheidung mit schwerwiegenden Folgen für seine Position, das Amt des *vali-ye faqih* und das gesamte politische System. Indem der Revolutionsführer eindeutig Partei bezog, nahm er seinem Amt den letzten Anschein von Neutralität und enthüllte die tatsächliche Machtstruktur des Systems. Dem iranischen Politikwissenschaftler Hossein Bashiriyyeh zufolge gab sich Khamenei als eigentlicher Architekt des Machtgewinns der Ultrakonservativen zu erkennen, deren Aufstieg er in den Jahren zuvor als Alternative zu Reform und Liberalisierung protegiert hatte.⁷ Der Revolutionsführer warf somit die ungleiche Balance zwischen republikanisch und religiös fundierten Institutionen im politischen System aus dem Gleichgewicht und riskierte die zweifellos schwerste Legitimationskrise der Islamischen Republik in den dreißig Jahren ihres Bestehens. Die Verhaftungen und Schauprozesse gegen prominente Reformpolitiker sowie Angriffe von Ultrakonservativen auf kritische Vertreter der alten Führungsriege spalteten die postrevolutionäre Elite. Der Revolutionsführer lehnte Vermittlungsversuche ab und forderte im Januar 2010 alle politischen Akteure auf, eindeutig Position zu beziehen.⁸ Damit stellte sich Khamenei klar an die Spitze eines offenkundig autoritären und auf Repression basierenden Staates.

MILITARISIERUNG DES SYSTEMS? DIE REVOLUTIONSGARDEN

Spätestens mit der Wahlkrise 2009 traten die Revolutionsgarden offen auf der politischen Bühne Irans in Erscheinung. Tatsächlich aber liegt der Aufstieg der früheren Freiwilligenarmee aus dem Iran-Irakkrieg zu einem einflussreichen strategischen Akteur innerhalb des iranischen Regimes weiter zurück. Ursprünglich zum Schutz des Revolutionsregimes und als Gegengewicht zur regulären Armee gebildet, spielte die direkt dem Revolutionsführer unterstehende *Sepah-e Pasdaran* eine wichtige Rolle im achtjährigen Krieg gegen den Irak. Im Zuge des langjährigen Konflikts wurde die Organisation in Gestalt einer klassischen Armee mit Land-, Luft- und Seestreitkräften ausgebaut. Ihren in der Verfassung verankerten Auftrag zum Schutz der Revolution haben die *Pasdaran* jedoch immer auch auf das Landesinne-

7 Postel, Danny: „Counter-Revolution and Revolt in Iran: An Interview with Iranian Political Scientist Hossein Bashiriyyeh“, in: *Logos* 8 (2) (2009).

8 „Warnung Ayatollah Khameneis vor zweideutigen Standpunkten in der Elite“, *BBC Persian* vom 19.01.2010.

re bezogen. Mit der Unterdrückung rivalisierender bewaffneter Revolutionäre und separatistischer ethnischer Minderheiten trugen sie nach 1979 zur Festigung des neuen Regimes bei. Über den Aufbau eines eigenen Sicherheitsdienstes haben sie sich als paralleler Überwachungs- und Repressionsapparat etabliert.⁹

Der wirtschaftliche Einfluss der Revolutionsgarden stieg nach dem Krieg. Vom damaligen Präsidenten Rafsanjani ausdrücklich ermuntert, beteiligte sich die Organisation aktiv am Wiederaufbau.¹⁰ Ihre Ressourcen und Expertise machten Unterabteilungen der Revolutionsgarden zu zentralen Auftragnehmern bei Projekten in Industrie, Infrastruktur, Ölförderung und Bergbau.¹¹ Unter Ahmadinezhad konnten diese wirtschaftlichen Netzwerke weiter ausgebaut werden. Firmen aus dem Umfeld der *Pasdarān* bekamen Regierungsaufträge zugesprochen oder erhielten unter dem Vorzeichen der Privatisierung Anteile an staatlichen Unternehmen. Da aus dem Nuklearstreit resultierende Sanktionen die Kooperation mit westlichen Firmen erschwerten, konnten die Revolutionsgarden vermehrt in den Ausbau des lukrativen Öl- und Gassektors einsteigen. Das wirtschaftliche Potential der Organisation beruht auf einer Monopolstellung, die Vorteile gegenüber Konkurrenten aus dem Privatsektor und Ausland sichert. Fehlende Transparenz und außenpolitische Isolation stärken diese Position, da sie eine Ausdehnung formaler und verdeckter Geschäftsbeziehungen ermöglichen. Um ihre wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen, zeigte sich die Organisation sogar bereit, militärisches Drohpotential einzusetzen.¹²

9 Wehrey, Frederic et al.: „The Rise of the Pasdarān. Assessing the Domestic Roles of Iran’s Islamic Revolutionary Guards Corps“, Washington: Rand National Defense Research Institute 2009; Sazegara, Mohsen: „What was once a Revolutionary Guard is Now Just a Mafia“, in: Gozaar. A Journal on Democracy and Human Rights in Iran vom 27.05.2007.

10 Mit der Beteiligung der Revolutionsgarden an Wirtschaft und Wiederaufbau sollte nicht nur das Potential der Organisation genutzt werden, sondern auch politische Ambitionen eines kollektiven Akteurs mit hoher ideologischer Motivation und organisatorischer Geschlossenheit unterbunden werden. Kriegsheimkehrer der *Pasdarān* sollten beschäftigt werden, um mit Arbeits- und Perspektivlosigkeit von Militärangehörigen einhergehende soziale Probleme zu verhindern. Arjomand: After Khomeini, S. 58ff.; International Crisis Group: „Iran: Ahmadi-Nejad’s Tumultuous Presidency“, Teheran/Brüssel 2007, S. 12f.

11 Wehrey: The Rise, S. 55ff.

12 Im Mai 2004 schloss eine Abteilung der *Pasdarān* überraschend den von der Regierung Khatami eröffneten neuen Flughafen der Hauptstadt, um den Ausschluss einer türkischen Betreiberfirma zu erzwingen, angeblich weil diese eine Bedrohung der nationalen Sicherheit darstellte. Tatsächlich schienen die Revolutionsgarden ihren Zugriff auf einen zentralen Verkehrs- und Transportknotenpunkt sichern zu wollen. Ehteshami, Anoushiravan/

Natürlich erzeugten derartige Aktivitäten auch erhöhtes Interesse an politischem Einfluss. Die enge Verflechtung mit der ultrakonservativen Politikerfraktion stärkte die strategische Bedeutung der Revolutionsgarden innerhalb des Regimes. Im Herbst 2007 leitete der neue Befehlshaber Mohammad Ali Jafari eine Umstrukturierung ein, welche die zentrale Rolle der Revolutionsgarden bei der Abwehr interner Bedrohungen unterstrich. Hierzu zählte Jafari die Gefahr eines „sanften Umsturzes“, bei dem regimekritische Akteure mit externer Unterstützung das Regime nach dem Vorbild osteuropäischer Systemwechsel stürzen könnten. Die Ankündigung der US-Regierung, einen Demokratiefonds zur Förderung der iranischen Zivilgesellschaft einzurichten, lieferte eine willkommene Untermauerung dieser Argumentation. Frauenrechtlerinnen, Journalisten oder Akademiker mit Kontakt zu westlichen Universitäten galten demnach als „fünfte Kolonne“ und waren verstärkt Repressionen ausgesetzt. Jafari führte außerdem die Revolutionsgarden und die *Bassij*-Miliz unter einer einheitlichen Kommandostruktur zusammen und bildete Einheiten zur Kontrolle von Aufruhr und Protesten.¹³

Das Ausmaß dieser Vorbereitungen und die politischen Ambitionen der Allianz zwischen Ultrakonservativen und Revolutionsgarden traten nach den Präsidentschaftswahlen 2009 mit Niederschlagung der Protestbewegung deutlich zu Tage. Laut eigenem Bekunden übernahm die Führung der *Pasdaran* kurz nach der Wahl die Kontrolle über die öffentliche Sicherheit.¹⁴ Im neuen Regierungskabinetts besetzten ehemalige Kommandeure der *Pasdaran* unter anderen das Informations-, Verteidigungs- und Innenministerium. Auch innerhalb der Organisation rückten notorische Hardliner auf entscheidende Posten.¹⁵ Dieses Vorgehen wurde teilweise als mehr oder weniger verdeckter Putsch und fortschreitende „Militarisierung“ des iranischen Regimes diskutiert.¹⁶ Von einer konzertierten Machtübernahme durch eine militärische Organisation kann indes nicht die Rede sein. Vielmehr dürfte es sich bei der Wahlkrise 2009 um den Versuch einer Hardliner-Fraktion in der Führung

Zweiri, Mahjoob: Iran and the Rise of its Neoconservatives. The Politics of Tehran's Silent Revolution, London/New York: I.B. Tauris 2007. S. 83.

- 13 Alfoneh, Ali: „What Do Structural Changes in the Revolutionary Guards Mean?“, Washington: American Enterprise Institute for Public Policy Research 2008; Azimi, Negar: „Hard Realities of Soft Power“, in: New York Times Magazine vom 24.07.2007; Farhi, Farideh: „Iran's ‚Security Outlook‘“, in: Middle East Report Online vom 09.07.2007.
- 14 „*Pasdaran*: Nach den Wahlen lag die Gesamtverantwortung für zwei Monate bei den Revolutionsgarden“, BBC Persian vom 04.10.2009.
- 15 „Khamenei's New Appointments to IRGC Show Hardliner Takeover“, Inside Iran vom 05.10.2009.
- 16 Hen-Tov, Elliot/Gonzalez, Nathan: „The Militarization of Post-Khomeini Iran: Praetorianism 2.0“, in: The Washington Quarterly 34 (1) (2010), S. 45-59.

der Revolutionsgarden handeln, gemeinsam mit strategischen Partnern aus der klerikalen und politischen Elite eine autokratische Herrschaftsvorstellung durchzusetzen. Diese Allianz hatte Vorteile für alle Beteiligten: Während die Revolutionsgarden ihr Repressionspotential der Machtelite um Khomeini zur Verfügung stellten, erhielten sie im Gegenzug politisches Mitspracherecht und Protektion für die Realisierung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Ansari charakterisiert die Islamische Republik nach der Wahlkrise dementsprechend nicht als Militärstaat, sondern als „*security state*“, der die Dominanz dieser Herrschaftscoalition strategischer Gruppierungen über Macht und Ressourcen sichern soll.¹⁷

PRINZIPIENTREUE UND AUTORITARISMUS: DIE KONSERVATIVEN

Wichtige strategische Akteure, die für einen Erhalt des derzeitigen Systems und dessen autoritäre Ausrichtung eintreten, finden sich im breit gefächerten Lager der Konservativen. Eine wesentliche ideologische Gemeinsamkeit aller Gruppierungen dieses Lagers ist das Festhalten an einer starken Position des Revolutionsführers und einer eingeschränkten Partizipation der Bevölkerung am politischen Prozess. Diese in Iran allgemein zur politischen Rechten gezählte Orientierung wurde ursprünglich von zwei Gruppen dominiert: dem rechtskonservativen Flügel des revolutionären Klerus und politisierten Vereinigungen der traditionellen Handelsbourgeoisie, die beide unmittelbar am Widerstand gegen den Schah beteiligt gewesen waren. Sie bildeten die klassische Allianz zwischen Klerus und Basar, die in der iranischen Geschichte wiederholt politischen Einfluss geltend machte.¹⁸

Nach Beendigung des Iran-Irakkriegs und dem Tode Khomeinis besetzten Vertreter der traditionellen Rechten Schlüsselinstitutionen des Regimes. Als der damalige Präsident Rafsanjani ab Mitte der 1990er Jahre auf die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit einer vorsichtigen kulturellen und politischen Öffnung

17 Ansari, Ali M.: „The Revolution Will Be Mercantitized“, in: *The National Interest* (February) (2010).

18 Es handelt sich um die „Gesellschaft der kämpfenden Geistlichkeit“ (*Jameh-ye ruhaniyat-e mobarez*) und die „Vereinigung der Islamischen Koalition“ (*Jamiat-e motalefeh-ye eslami*, hier *Motalefeh*). Zur Bedeutung der Kategorien Links und Rechts in Irans Politik vgl. Zarifinia, Hamid Reza: *Autopsie der politischen Fraktionen Irans* (Kalbodshkafi jeh-nah-haye siyasi-ye Iran), Teheran: Entesharat-e Azadi Andishe 1999, S. 33ff. Außerdem: Keshavarzian, Arang: *Bazaar and State in Iran: The Politics of the Tehran Marketplace*, New York: Cambridge University Press 2007; Naficy, Mehdi: *Klerus, Basar und die iranische Revolution*, Hamburg: Deutsches Orient Institut 1993.

reagierte, handelte er dem autoritären Politikverständnis der Rechtstraditionalisten zuwider. Die moderne Mittelschicht sowie der wirtschaftliche Bedeutungsverlust des Basars stellten zudem den sozialen und ökonomischen Rückhalt dieser Fraktion in Frage. In den Folgejahren mussten die traditionellen Konservativen Einfluss an pragmatische und reformorientierte Politiker hinter Rafsanjani und dessen Nachfolger Khatami abgeben. Die stärkste Konkurrenz der traditionellen Rechten erwuchs ihr jedoch im eigenen Rücken.

Aufstieg einer neuen Generation

In Reaktion auf die Wahlerfolge der Reformfraktion hinter Khatami drängten unter den Konservativen jüngere und zweitrangige Akteure auf eine Änderung von politischer Botschaft und Strategie. Bei den Kommunalwahlen 2003 versuchten sie als „Kultivierer des islamischen Iran“ (*Abadgaran-e Iran-e eslami*), das Verlangen der Bevölkerung nach wirtschaftlicher Entwicklung anzusprechen und ideologisch aufgeladene Slogans zu vermeiden.¹⁹ Bei den Legislativwahlen im folgenden Jahr profitierten die *Abadgaran* von der massiven Disqualifizierung der Reformer durch den Wächterrath. Konservative Abgeordnete konnten mit knapp 200 Sitzen die Mehrheit des Parlaments besetzen und bildeten die Koalition der „Prinzipientreuen“.²⁰

Somit machte eine politische Tendenz auf sich aufmerksam, deren Vertreter lange im Schatten der traditionellen Konservativen agiert hatten. Ihre Ursprünge gingen auf die frühen 1990er Jahre zurück, als die Islamische Republik nach Revolution und Krieg den Wiederaufbau und die Konsolidierung des Systems bewältigen musste. Die Kriegsrückkehrer aus *Bassij* und Revolutionsgarden wurden nach den langen Jahren an der Front mit einer veränderten gesellschaftlichen Realität konfrontiert. Hatte ihr Engagement im Krieg nicht nur eine zeitweilige Aufrechterhaltung revolutionärer Utopien wie Hingabe, Gleichheit und Einheit in sich getragen, sondern auch das Versprechen auf soziale Anerkennung, so fanden sie in der eher pragmatisch denn ideologisch agierenden Administration Rafsanjanis nicht die er-

19 Khosrokhavar, Farhad: „The New Conservatives Take a Turn“, in: Middle East Report 233 (2004); Naji: Ahmadinejad, S. 48f.; Ehteshami/Zweiri: Iran and the Rise, S. 36.

20 Abgeleitet von der persischen Wortschöpfung *Osulgarai*, „nach Prinzipien strebend“, in diesem Falle ist eine Rückkehr zu den (ideologischen) Prinzipien der Revolution gemeint. So bezeichnen sich seit den Parlamentswahlen 2004 die verschiedenen Vertreter des konservativen Lagers, um sich einerseits von den Reformern (*Eslahtaleban*) abzugrenzen und andererseits den negativ belegten Begriff Konservative (*Mohafezekaran*) zu vermeiden.

warteten Aufstiegschancen.²¹ Die Bevölkerung war der Agitation der Revolutions- und Kriegsjahre überdrüssig und verlangte nach einer Normalisierung des Alltags. Die aus diesem Gegensatz resultierende Frustration der Kriegsheimkehrer wurde von den traditionellen Konservativen zur Festigung der eigenen Stellung instrumentalisiert. Kleine gewaltbereite Gruppierungen konnten gezielt zu Repressionen gegen Studenten und Intellektuelle sowie bei der Durchsetzung strikter Moralvorschriften in der Öffentlichkeit eingesetzt werden. Andere dieser Hardliner bildeten politische Gruppierungen, die mit den Parlamentswahlen 2004 in die erste Reihe drängten.

Die Ultrakonservativen und ihre rechtstraditionellen Mentoren einte die Abwehr der liberalen Vorstellungen und Forderungen der modernen Mittelklasse, die unter Rafsanjani und Khatami Freiraum erhalten hatten. Für sie stand der durch Rafsanjani selbst so offensichtlich verkörperte Materialismus im deutlichen Gegensatz zu den Werten und Idealen der Revolution. Khatami und die Reformer hingegen schienen mit ihrem Fokus auf soziale Freiheit und politische Partizipation das eigentliche Fundament der Islamischen Republik, die Vorherrschaft der Religion, untergraben zu wollen. War beiden Flügeln der Konservativen kulturelle Rigidität und das Beharren auf einer starken Führungsrolle des *vali-ye faqih* gemeinsam, so unterschieden sie sich völlig in Bezug auf ihren gesellschaftlichen Hintergrund. Während die Rechtstraditionalisten ihre Wurzeln im alteingesessenen Klerus und der Bourgeoisie des Basars hatten, stammten die Ultrakonservativen meist aus der religiös geprägten unteren Mittelschicht, den Migranten vom Lande und dem Arbeitmilieu. Mit dem Aufstieg der Ultrakonservativen traten die Unterschiede zwischen den ungleichen Flügeln des konservativen Lagers deutlicher zu Tage.

Ein radikaler Prinzipientreuer als Präsident

Nach Marginalisierung der Reformer schafften es die konservativen Gruppierungen zu den Präsidentschaftswahlen 2005 nicht, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen. Trotz langwieriger Verhandlungen gingen letztlich drei Prinzipientreue ins Rennen, von denen ausgerechnet der unscheinbarste und zugleich radikalste in die zweite Runde einzog und sich in einer spektakulären – in Iran bis dato einmaligen – Stichwahl gegen das politische Schwergewicht Rafsanjani durchsetzte: Mahmud Ahmadinezhad, der frühere Bürgermeister Teherans. Nach der Wahl wurde schnell deutlich, dass Ahmadinezhad von einer Mobilisierung der Bassij zu seinen Gunsten profitiert hatte. Auch die Führung der Revolutionsgarden signalisierte Un-

21 Qowchani, Mohammad: Weiße Kragen. Soziologie ziviler Institutionen im heutigen Iran (Ya'qeh sefid-ha. Jamehshenasi nehad-haye madani dar Iran-e emruz), Teheran: Entesharat-e Naqsh-o-Negar 2001, S. 139.

terstützung. In Folge fanden ultrakonservative Akteure mit Hintergrund in Revolutionsgarden und Sicherheitsdiensten Zugang zu den staatlichen Institutionen.²²

Die neue Regierung und ihre Unterstützer machten über eine konfrontative Außenpolitik die strategischen Ambitionen Irans innerhalb der Region deutlich und festigten damit auch ihre Stellung innerhalb des Regimes. Vor allem der Konflikt um das iranische Atomprogramm bot Nährboden für eine nationalistische Rhetorik, die hartnäckig auf die Unabhängigkeit und internationale Anerkennung der Islamischen Republik pochte. Der zunehmende Druck des Westens gab zugleich Vorwand für ein Vorgehen gegen innenpolitische Kritiker. Auf wirtschaftlicher Ebene weitete die Regierung Ahmadinezhad den Einfluss des Staates wieder erheblich aus, um sich die Kontrolle über entscheidende Ressourcen zu sichern. Eine populistische Verteilungspolitik sollte Unterstützung in der Bevölkerung schaffen. Wichtigster Gegner der Ultrakonservativen blieb Rafsanjani, dessen wirtschaftliche und politische Netzwerke sie als Hindernis für eine weitere Ausdehnung ihrer Macht betrachteten. Ahmadinezhads Tiraden gegen „Mafia und Korruption“ richteten sich vor allem gegen das Umfeld des Ex-Präsidenten und hatten im Grunde eine Umverteilung von Macht und ökonomischen Ressourcen zum Ziel.

Durch eine demonstrativ simple Religiosität grenzte sich Ahmadinezhad von der traditionellen Geistlichkeit ab und fand damit Anklang in der einfachen Bevölkerung. Wiederholt geriet der Präsident wegen unbedarfter Äußerungen zum Islam oder seiner angeblichen Beziehung zum verborgenen zwölften Imam mit den traditionellen Ayatollahs in Konflikt.²³ Die Ultrakonservativen schrieben dem Klerus in der Politik weniger Bedeutung zu. Unter Berufung auf die revolutionäre Ideologie befürworteten sie ein autoritär geführtes System, an dessen Spitze der Revolutionsführer die Rolle einer religiösen Legitimationsinstanz einnahm. Wahlen hatten dieser Vorstellung gemäß allein die Funktion, die Bevölkerung für eine öffentliche Zustimmung zum Regime zu mobilisieren.

Mit Übernahme der Exekutive dominierten die Ultrakonservativen wesentliche Institutionen des Staates. Umfangreiche Personalwechsel in den Ministerien und im diplomatischen Dienst schufen neue Loyalitäten. Der in den ersten Jahren der Ahmadinezhad-Regierung deutlich gestiegene Ölpreis sorgte für zusätzliche Einnahmen, die gezielt zum Ausbau der Macht eingesetzt wurden. Im Inland setzte der ausgedehnte Sicherheitsapparat eine umfassende Kontrolle zivilgesellschaftlicher Aktivitäten durch. Mit den *Bassij* verfügte die Regierung über eine große Anzahl an ideologisch geprägten Freiwilligen, die zu verschiedenen Zwecken mobilisiert werden konnten. Schließlich fanden sich Parteigänger dieser Fraktion auch in der Leitung der einflussreichen staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt sowie den gro-

22 Zu den Wahlen 2005 und ihren Folgen vgl. Naji: Ahmadinejad, S. 72ff.

23 Ebd. S. 91ff.

ßen Tageszeitungen. Die Allianz mit der klerikalen Elite in Wächterrät und anderen Schlüsselbastionen des Regimes sorgte für zusätzliche Protektion.

Risse im rechten Lager

Dennoch erwies sich Ahmadinezhad keinesfalls als Favorit aller Prinzipientreuen. Mit der Platzierung enger Weggefährten auf wichtigen Posten der Administration und politischen Alleingängen provozierte der Präsident Unbehagen im konservativen Lager. Wenig positives Echo fanden auch seine außenpolitischen Eskapaden, etwa die Abhaltung einer internationalen Konferenz von Holocaust-Leugnern oder die Verbindung zu Venezuelas linkspopulistischem Präsidenten Hugo Chavez. Die Wirtschaftspolitik Ahmadinezhads, der mit abrupten Eingriffen in Börse und Banken sowie umfangreichen Geldgeschenken aus dem Ölfond die Inflation in die Höhe trieb, sorgte ebenfalls für heftige Kritik.²⁴

Infolgedessen entstand eine gemäßigte Fraktion von Prinzipientreuen, die sich in Politikstil und ideologischer Motivation von den Hardlinern unterschied. Als Gegenpol zur Regierung gewann sie in den Legislativwahlen 2008 eine Mehrheit der Parlamentsitze.²⁵ Der neue Parlamentspräsident, Ali Larijani, nutzte den Majles für eine intensive Auseinandersetzung mit der Regierung. Larijanis Rivalität mit dem Präsidenten unterstrich den Klassenkonflikt, der sich durch das prinzipientreue Lager zog. Wie Ahmadinezhad gehörte auch er zur zweiten Generation der Revolutionselite und war der Autorität des Revolutionsführers treu, doch im Gegensatz zum Handwerkersohn Ahmadinezhad stammte Larijani aus einer angesehenen Klerikerfamilie. Ebenso wie seine Brüder hat Larijani dem Regime in hochrangigen Funktionen gedient. Gemäß Poschs treffender Charakterisierung zählt er zu einer Art „revolutionärer Aristokratie“, die allein aufgrund ihrer Herkunft für eine politische Karriere in der Islamischen Republik qualifiziert ist und kaum Interesse an einer grundlegenden Systemänderung hegen kann – unabhängig davon, ob diese nun durch Reformen erfolgt oder aber den Machtgewinn reaktionärer Konkurrenten.²⁶

24 International Crisis Group: Tumultuous Presidency; Naji: Ahmadinejad, S. 207ff.; Ehsani, Kaveh: „Survival Through Dispossession: Privatization of Public Goods in the Islamic Republic“, in: Middle East Report 250 (2009).

25 Michaelsen, Marcus: „Sieg ohne Erfolg? Ahmadinejads schwierige politische Zukunft. Zu den Parlamentswahlen im Iran vom 14. März 2008“, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung 2008; Sanandaji, Kaveh-Cyrus: „The Eighth Majles Elections in the Islamic Republic of Iran: A Division in Conservative Ranks and the Politics of Moderation“, in: Iranian Studies 42 (4) (2009), S. 621-48.

26 Posch, Walter: „Only personal? The Larijani Crisis Revisited“, Durham University/ Center for Iranian Studies: Policy Brief Nr. 3 2007, S. 4.

Die Präsidentschaftswahlen 2009 waren für die Ultrakonservativen eine entscheidende Etappe für die Realisierung ihrer Vorstellung von einem autoritär geführten Regime mit islamistischer Fassade. Dazu mussten die Reformer endgültig aus der politischen Landschaft verbannt sowie der Einfluss Rafsanjanis und der traditionellen Elite eingedämmt werden. Wesentliche Voraussetzung war ein erneuter Sieg von Ahmadinezhad, der den Zugang zur Administration und wichtigen wirtschaftlichen Ressourcen eröffnet hatte. Trotz der beeindruckenden Wahlkampagne des Herausforderers Mussavi und der wachsenden Begeisterung in der Bevölkerung schienen die Ultrakonservativen ihren Kandidaten um jeden Preis durchsetzen zu wollen. Die Konsequenzen der umfangreichen Wahlmanipulation nahmen sie in Kauf, hatten sich aber in Bezug auf die heftige Reaktion der Wähler ganz offensichtlich verkalkuliert.²⁷

Die Wahlkrise und deren Folgen vertieften die Risse im konservativen Lager. Nach der erfolgreichen Eindämmung der Protestbewegung scheute Ahmadinezhad selbst den Konflikt mit Khamenei nicht mehr, etwa wenn es um die Besetzung wichtiger Kabinettsposten ging. Aus dem Umfeld des Präsidenten wurde die Vision eines nationalistischen Staates propagiert, in dem der Klerus nur noch eine zweit-rangige Rolle spielte. Dies stellte eine deutliche Herausforderung an das System dar und in Folge erging es Ahmadinezhad wenig anders als seinem Vorgänger Khata-mi: der Revolutionsführer und die klerikale Machtelite schränkten den Einflussbereich des Präsidenten immer weiter ein.²⁸ Insofern handelte es sich bei den Rivalitäten innerhalb des konservativen Lagers um grundsätzliche Auseinandersetzungen über die Ausrichtung des Systems. Innerhalb der strategischen Gruppen wirkten die gemäßigten Prinzipientreuen korrigierend auf die schwerer kontrollierbaren Hardliner hinter Ahmadinezhad. Handlungslegitimität und -ressourcen bezogen sie dabei aus der Treue zu System und Revolutionsführer, der breiten Präsenz in verschiedenen staatlichen Institutionen und einer engen Verflechtung mit der traditionellen klerikalen Elite. Der Ablauf der Auseinandersetzungen innerhalb des konservativen Lagers bleibt von entscheidender Bedeutung für den Systemerhalt und könnte zukünftig konfliktbereiten Akteuren wieder notwendige Handlungsspielräume eröffnen.

27 Bahavar, Emad: „The Destination was to begin the journey“, Blog Pedestrian vom 10.03.2010.

28 Abdo, Geneive: „Rooting for Khamenei“, Foreign Policy – The Middle East Channel vom 10.05.2011.

DER PRAGMATISCHE PATE: RAFSANJANI

Als der siebzigjährige Hashemi Rafsanjani 2005 erneut für die Präsidentschaftswahlen kandidierte, hatte er längst wie kein anderer Politiker den Entwicklungsweg der Islamischen Republik geprägt. Rafsanjani war nach der Revolution als enger Berater Khomeinis an allen grundlegenden Entscheidungen beteiligt, sei es die Gründung der „Partei der Islamischen Republik“, über die der politische Klerus in der Anfangsphase des Regimes seine Macht festigte oder neun Jahre später den Beschluss zur Beendigung des Iran-Irakkriegs. Nach Khomeinis Tod war es Rafsanjani, der im Expertenrat den damaligen Präsidenten Khamenei gegenüber der konservativen Geistlichkeit als neuen Revolutionsführer durchsetzte und damit in einem der kritischsten Momente des Systems die Nachfolge des Staatsgründers klärte. In seiner Zeit als Regierungschef (1989-1997) gelang es dem pragmatischen Rafsanjani, das Land nach Revolution und Krieg aus der wirtschaftlichen Krise zu holen und wieder näher an die internationale Gemeinschaft zu führen.²⁹

Mit seinem Einsatz für den Erhalt des Systems ist der Machtpolitiker Rafsanjani zweifellos ein wichtiger strategischer Akteur innerhalb der Regimeelite. Zugleich wurde er immer wieder von beiden Seiten des politischen Spektrums heftig kritisiert. Ende der 1990er Jahre deckte die Reformpresse Rafsanjanis Mitwisserschaft an einer Mordserie gegen Regimekritiker auf und verhinderte seine Wiederwahl ins Parlament. Die öffentliche Wahrnehmung des „Paten“ als mächtiger Drahtzieher und gewiefter Geschäftsmann (zu der die Reformpresse beigetragen hatte) ermöglichte dem unbekanntem Ahmadinezhad, sich als Außenseiter im Kampf gegen ein korruptes System darzustellen und in der Stichwahl zur Präsidentschaft 2005 einen überraschenden Sieg über das Schwergewicht der iranischen Politik zu erringen.³⁰ Für jeden anderen Politiker im Alter Rafsanjanis hätte diese spektakuläre Niederlage wohl einen Rückzug ins Privatleben bedeutet. Als Vorsitzender des Feststellungsrats wurde er jedoch zu einem scharfen Kritiker der Regierung Ahmadinezhad. Im Gegenzug drohten ultrakonservative Medien, die „mafiosen“ Strukturen seines Umfelds zu enthüllen. Im Mai 2007 verhaftete das Informationsministerium mit dem ehemaligen Atomunterhändler Hossein Mussavian einen engen Mitarbeiter Rafsanjanis und warf ihm Spionage und Geheimnisverrat vor.³¹

29 Zu Rafsanjani vgl. u. a.: Ansari: Iran, Islam; Moin, Baqer: Khomeini. Life of the Ayatollah, London/New York: I.B. Tauris 1999, Kapitel 4 und 5; Steinbach, Udo: „Ali Akbar Haschemi Rafsandschani“, in: Orient 38 (2) (1997), S. 211-23.

30 „Vergleichende Analyse der politischen Kommunikation vor den Wahlen“, Sharq (Internetausgabe) vom 03.09.2005; Naji: Ahmadinejad, Kapitel 2.

31 „Iran: Ex-President Hashemi-Rafsanjani Draws Right-Wing Ire“, RFE/RL vom 08.02.2007; „Duell auf höchster Ebene des Systems“, Rooz vom 29.11.2007.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Ultrakonservativen und dem Umfeld Rafsanjanis verdeutlichten die Spaltungen in der politischen Elite. Hier stießen zwei Gruppierungen mit unterschiedlicher politischer Sozialisation und Weltsicht aufeinander. Innerhalb des Staatsapparats verdrängten die hauptsächlich durch Krieg und Sicherheitsdienste geprägten Parteigänger Ahmadinezhads erfahrene Diplomaten, Funktionäre und Technokraten, die unter Rafsanjani und Khatami in der Administration aufgestiegen waren. Die populistische Verteilungspolitik, mit der die neue Regierung die Unterstützung der unteren Bevölkerungsschichten zu gewinnen suchte, widersprach Wirtschaftsplänen, die diese Experten als langfristige Entwicklungsperspektiven ausgearbeitet hatten. Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, Handelsanktionen und der ausländische Investitionen hemmende Konflikt um das Nuklearprogramm untergruben den Privatsektor, der eine zentrale Basis der Pragmatikerfraktion bildete.

Die politische Tendenz der Pragmatiker und Technokraten hatte bereits 1996, im Vorfeld der Parlamentswahlen, mit den „Dienstleistenden des Wiederaufbaus“ (*Kargozaran-e Sazandegi*) eine eigene Partei gegründet. In den Präsidentschaftswahlen 1997 unterstützte die Partei den reformorientierten Khatami und erhielt dafür wichtige Ministerposten in dessen erstem Kabinett. Über auflagenstarke und beliebte Tageszeitungen nahmen die *Kargozaran* Einfluss auf die öffentliche Meinung.³² Im Gegenzug waren führende Köpfe der Partei Zielscheibe politischer Prozesse, mit denen die Konservativen gegen die Regierung Khatami voringen.³³ Gegen Ende der Amtszeit Khatamis plädierten die Pragmatiker für eine Beruhigung der Grabenkämpfe zwischen Reformern und Konservativen, die ihrer Ansicht nach sowohl dem Ansehen des Systems in der Bevölkerung als auch seiner Leistungsfähigkeit schadeten. Der damalige Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats, Hassan Rowhani, eine der Leitfiguren dieser Gruppierung, konstatierte in einer nüchternen Bilanz, dass das Regime unweigerlich in eine existenzgefährdende Legitimationskrise gerate, wenn es nicht seine wirtschaftliche und administrative Performanz verbessere.³⁴

Nach dem Amtsantritt von Ahmadinezhad waren Rafsanjani und die Pragmatiker Teil der breiten Front gemäßigter Kräfte, die sich gegen den Machtgewinn der Ultrakonservativen stellten. Neben Khatami und Karrubi wurde Rafsanjani zu einer

32 Qowchani: Kragen, S. 86 ff.

33 Vgl. den Prozess gegen den Teheraner Bürgermeister Gholam-Hossein Karbaschi und die Absetzung des Kulturministers Ataollah Mohajerani durch das konservative Parlament. Beide zählten zu den Gründungsmitgliedern der *Kargozaran*. Moslem: Factional Politics, S. 152f.

34 Rowhani, Hassan: „An Introduction to Legitimacy and Efficiency. Speech in the Meeting of Friday Prayer’s Imams“, Webseite des Center for Strategic Research Teheran, 2003.

Führungsfigur des moderaten Lagers. Mit Ausbruch der Wahlkrise im Juni 2009 richteten sich daher aller Augen erwartungsvoll auf den Mann, der noch immer als „Nummer Zwei“ des Systems galt. Zu Rafsanjanis Auftritt anlässlich des Freitagsgebets an der Universität Teheran erschienen neben den beiden unterlegenen Reformkandidaten auch zehntausende ihrer Anhänger, um erneut gegen die Wahlfälschung zu protestieren. In einer Predigt, die sein ganzes politisches Talent zeigte, forderte Rafsanjani eine allseitige Anerkennung der Gesetze, die Freilassung der Inhaftierten sowie eine offene Debatte, um das Vertrauen der Bevölkerung in das System wiederherzustellen.³⁵ In der Folgezeit musste Rafsanjani jedoch erheblichen Einflussverlust hinnehmen. Er verlor seine Posten als Freitagsprediger und Vorsitzender des Expertenrats, seine Familie wurde sowohl juristisch als auch durch Belästigungen von Schlägertrupps unter Druck gesetzt. Letztlich war Rafsanjani gezwungen, sich der Autorität des Revolutionsführers unterzuordnen. Andere Vertreter der Pragmatikerfraktion gingen ins Ausland, wo sie teilweise Kontakte zu Thinktanks und politischen Kreisen aufbauten.³⁶ Politische Expertise, profunde Kenntnis des Regimes und wirtschaftliche Ressourcen bleiben gleichwohl Faktoren, die das strategische Gewicht von Rafsanjani und seinem Umfeld innerhalb der politischen Elite bestimmen.

KONFLIKTBEREIT IM SYSTEM: DIE REFORMER

Mit dem überraschenden Sieg des ehemaligen Kulturministers Mohammad Khatami zu den Präsidentschaftswahlen 1997 kehrte eine Fraktion auf die politische Bühne Irans zurück, die ursprünglich den radikalen und ideologischen Flügel der islamistischen Revolutionäre gebildet hatte. Diese linken Islamisten konnten sich nach Gründung der Islamischen Republik mit Khomeinis Unterstützung gegen andere Fraktionen durchsetzen. Während des Krieges kontrollierten sie sowohl Parlament als auch Regierung und verfolgten eine Politik strikter Austerität und starker staatlicher Kontrolle. Nach dem Tode Khomeinis wurden die Linksislamisten jedoch durch die traditionellen Konservativen nach und nach aus allen staatlichen Institutionen verdrängt.³⁷ Während einer mehrjährigen politischen Abstinenz vollzog sich in ihren Reihen ein allmähliches Umdenken und sie rückten von den Utopien der Revolutionszeit ab. Als Präsidentschaftskandidat stellte Khatami die Fortführung des Programms zur wirtschaftlichen Modernisierung von Amtsvorgänger Rafsanja-

35 Arjomand: *After Khomeini*, S. 186.

36 „Wikileaks, Rafsanjani, and Reading between the Lines“, Tehran Bureau vom 05.12.2010.

37 Mortaji, Hojat: *Politische Fraktionen im heutigen Iran (Jenah-haye siyasi dar Iran-e emruz)*, Teheran: Entesharat-e Naqsh-o-Negar 1998, S. 19.

ni in Aussicht, seinen Schwerpunkt legte er allerdings auf das Versprechen von politischen Reformen. Indem er soziale Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit und Partizipation zusicherte, sprach er ein breites gesellschaftliches Bedürfnis nach Veränderung an.

Aufstieg und Niedergang der Reformregierung

Neben reformbereitem Klerus und Pragmatikern zählte auch eine jüngere Generation linksislamistischer Revolutionäre zu Khatamis Unterstützern. Ihnen war in der ersten Hälfte der 1990er durch die Vorherrschaft der Konservativen ein Aufstieg innerhalb des Systems verwehrt. Zum Ausweichen ins akademische Milieu gezwungen, setzten sie sich kritisch mit den gesellschaftlichen und politischen Zuständen der Rafsanjaniära auseinander. Mangels Möglichkeiten politischer Einflussnahme verbreiteten diese religiösen Intellektuellen ihre Ansichten über ausgewählte Zeitschriften, die ein Ferment für die lebendige Presselandschaft in den ersten Jahren von Khatamis Amtszeit bildeten.³⁸ Zugleich entwickelten sie das eigentliche Programm der politischen Reformbewegung mit Forderungen nach Pluralismus, Demokratisierung und Entwicklung der Zivilgesellschaft. Ende 1998 gab eine Gruppe von Politikern, Studenten und Intellektuellen mit Gründung der „Partizipationsfront“ (*Jebhe-ye Mosharekat*) diesen progressiven Reformideen organisatorische Gestalt.

Trotz wiederholter Vertrauensvoten der Bevölkerung gelang es den Reformern nicht, die beachtlichen Stimmgewinne in den Wahlen in politische Gestaltungsmacht umzusetzen. Von Beginn an war die Regierung Khatami mit dem Widerstand des konservativen Lagers konfrontiert, das seine Kontrolle über entscheidende Institutionen im Machtgefüge der Islamischen Republik wirkungsvoll nutzte. Die Judikative setzte die Reformbewegung mit politisch motivierten Prozessen sowie Inhaftierungen von prominenten Vordenkern und Journalisten unter Druck. Zahllose Zeitungsverbote schränkten die kurzzeitig aufblühende Öffentlichkeit wieder ein. Selbst vor politischer Gewalt schreckten die Reformgegner nicht zurück: Im März 2000 wurde der Chefstrategie der Reformer, Said Hajjarian, Opfer eines Attentats durch Mitglieder der *Bassij*, das er nur mit lebenslanger Behinderung überlebte. Das Vorgehen der Konservativen provozierte auf Seiten der Reformbewegung deutlich schärfere Positionen.³⁹ Aktivisten wie Abbas Abdi und Akbar Ganji hielten ei-

38 Farhi, Farideh: „Improvising in Public. Transgressive Politics of the Reform Press in Postrevolutionary Iran“, in: Nabavi, Negin (Hg.), *Intellectual Trends in Twentieth-Century Iran: A Critical Survey*, Gainesville: University Press of Florida 2003, S. 147-79.

39 Jalaepour, Hamidreza: „Religious Intellectuals and Political Action in the Reform Movement“, in: Nabavi, Negin (Hg.), *Intellectual Trends in Twentieth-Century Iran: A*

nen Wandel im Rahmen der Institutionen nicht mehr für möglich und traten für konstitutionelle Änderungen ein. Forderungen nach individuellen und politischen Freiheiten, einem Mehrparteiensystem sowie der Trennung von Religion und Politik wurden lauter. Ganz klar wurden damit sowohl die Toleranzgrenzen des Regimes als auch die Ambitionen von Präsident Khatami überschritten.

Mit den Reformern in der Exekutive und der Legislative trat das Dilemma der doppelten Herrschaftslegitimation im politischen System Irans mit aller Deutlichkeit zu Tage. Einerseits zogen der Revolutionsführer und die konservative Machteleite in den religiösen Leitungsgremien alle notwendigen Vollmachten aus der Verfassung, um Initiativen der Reformregierung immer wieder aufs Neue zu torpedieren. Andererseits beharrten Khatami und seine Anhänger auf den republikanischen Aspekten der Verfassung und suchten ihre Agenda innerhalb der gewählten Institutionen durchzusetzen. Je länger die somit entstehende Blockade im System währte, desto offensichtlicher wurde das Ungleichgewicht zwischen beiden Parteien. Als moderater Kleriker und Vertreter der Revolutionselite scheute Khatami letzten Endes vor den „roten Linien“ des Regimes zurück und wagte es nicht, allein auf die Zustimmung des Volkes bauend eine direkte Konfrontation mit dem Revolutionsführer zu suchen. Durch fortwährende Kompromissbereitschaft gegenüber den Konservativen zog er die Glaubwürdigkeit seiner demokratischen Ambitionen in Zweifel. Auf diese Art verspielten die politischen Reformer ihr stärkstes Konfliktpotential – den Rückhalt in der Gesellschaft. Sie hatten während ihrer Zeit in der Regierung kaum daran gearbeitet, die massive Unterstützung für die Reformagenda in irgendeiner Form zu organisieren und allein auf eine ihnen wohlgesonnene öffentliche Meinung gebaut. Mit ihrer Zurückhaltung bei der Verteidigung von Forderungen der Studenten- und Frauenbewegung entfremdeten die politischen Reformer zwei zentrale soziale Kräfte, die entscheidend zu ihren Wahlsiegen beigetragen hatten. Der Mangel an strukturellem Rückhalt in der Gesellschaft erwies sich als größter Schwachpunkt des Reformlagers. Mit steigender Resignation der Bevölkerung schwand auch die Mobilisierungsfähigkeit der Reformer und damit ihre Kapazität, politischen Druck auszuüben und den Angriffen der Gegner zu widerstehen.⁴⁰

Critical Survey, Gainesville: University Press of Florida 2003, S. 136-46. Für einen umfassenden Überblick über die Aktionen gegen die Reformregierung vgl. außerdem: Jalaeipour, Hamidreza: Der verdeckte Staat. Soziologische Analyse der Hindernisse der Reformbewegung (Dowlat-e penhan. Barresi-ye jamehshenakhti avamel-e tahdidkonandeh-ye jonbesh-e eslahat), Teheran: Tarh-e now 2000.

40 Kian-Thiébaud, Azadeh: La République islamique d’Iran: de la maison du Guide à la raison d’État, Paris: Éditions Michalon 2005, S. 43ff.

Neuorientierung und Opposition

Der Sieg eines ultrakonservativen Kandidaten in den Präsidentschaftswahlen 2005 verwies das Reformlager endgültig auf die Oppositionsbank. Der frühere Parlamentspräsident Mehdi Karrubi war in der ersten Wahlrunde nur knapp auf dem dritten Platz hinter Ahmadinezhad gelandet und hatte in einem couragierten Brief an den Revolutionsführer dessen Sohn und führende Offiziere der *Pasdaran* der Wahlfälschung bezichtigt. Khamenei wies die Vorwürfe mit einer impliziten Drohung zurück, woraufhin Karrubi von seinen Ämtern als Berater des Revolutionsführers und Mitglied des Feststellungsrats zurücktrat. Zugleich distanzierte er sich von den übrigen Reformern, die ihn kaum unterstützt hatten und gründete eine eigene Partei *Etemad-e Melli* (Nationales Vertrauen), mit der er eine Agenda aus gemäßigter politischer Reform und wirtschaftlich-sozialem Ausgleich verfolgte. Die progressiven Reformer hingegen standen nun am äußersten Rand des politischen Spektrums. Sie hatten mit dem früheren Bildungsminister Mostafa Moin einen eigenen Kandidaten aufgestellt, der mit einem auf die moderne Mittelschicht und Bildungselite zugeschnittenen Programm allerdings schlecht abgeschnitten hatte.

Einerseits mit der Enttäuschung ihrer Wähler, andererseits der Ausgrenzung durch die Machelite konfrontiert, suchten die Reformer während der ersten Amtszeit von Ahmadinezhad sowohl nach Themen als auch politischen Leitfiguren, um die zunehmende Unzufriedenheit der Bevölkerung und die Zwistigkeiten im Lager der Prinzipientreuen nutzen und wieder eine stärkere Rolle im politischen Prozess zu spielen. Die nachfolgenden Kommunal- und Parlamentswahlen (2006/08) verdeutlichten ihr Dilemma: Obwohl es den Reformern gelang, einige moderate Vertreter in die Institutionen zu bringen, wurde ein Großteil ihrer Kandidaten im Vorfeld disqualifiziert. Damit wies der Wächterrath ihnen die Alibifunktion einer „tolerierten Opposition“ zu. Durch die Teilnahme an solcherart vorbestimmten Wahlen riskierten sie, die undemokratische Vorselektion zu legitimieren und ihre eigene Glaubwürdigkeit weiter zu untergraben. Andererseits signalisierte die Machtelite um Khamenei, dass ein Wahlboykott gleichbedeutend mit der Ablehnung des Systems und damit ein Schritt in eine politische Grauzone sei.

Aus dieser Zwangslage erwuchs letztendlich die Kandidatur von Mir Hossein Mussavi zu den Präsidentschaftswahlen 2009. Der frühere Premierminister kehrte nach mehr als zwanzigjähriger Abstinenz laut eigenem Bekunden aus „Sorge um die Nation“ auf die politische Bühne zurück. Er hatte das Land mit einer strikt staatszentrierten Wirtschaftspolitik durch die Engpässe der Kriegsjahre geführt und war der Bevölkerung wegen seiner Rationierungsmaßnahmen in Erinnerung geblieben, die extreme Notlagen verhindert hatten. Als Vertreter der Linksislamisten war Mussavi wiederholt mit dem damaligen Präsidenten und späteren Revolutionsführer Khamenei in Konflikt geraten, dabei aber von Khomeini unterstützt worden. Die Verwandlung seiner Fraktionsgenossen zu Reformern sowie ihre Zeit in der Regie-

nung hatte Mussavi nur als Zuschauer verfolgt und sich somit quasi eine revolutionäre Reputation bewahrt. Da seine Führungsqualitäten quer durch die Elite anerkannt waren, erschien Mussavi als ein Kandidat, der auch die Zustimmung gemäßiger Konservativer erhalten könnte. Er hütete sich dementsprechend davor, einem bestimmten Lager zugeordnet zu werden und bezeichnete sich im Gegenteil als „Reformer, der zu den Prinzipien der Revolution zurückkehrt“. Wie Ahmadinezhad plädierte auch Mussavi für soziale Gerechtigkeit, die er jedoch nicht über die bloße Verteilung von Geldern, sondern durch grundlegende Entwicklung realisieren wollte. Er bezichtigte Ahmadinezhad der Verschwendung von Staatsgeldern und kritisierte dessen erratisches Wirtschaftsmanagement. Außerdem holte er Kriegsveteranen, zu denen er aus seiner Zeit als Premier Kontakt hatte, in sein Team und suchte Verbindung zu den Bassij. Ganz klar war Mussavi ein Mann, der die Sorgen der einfachen Bevölkerung glaubhaft ansprechen und Wählergruppen gewinnen konnte, die sich von Khatami und Rafsanjani nicht vertreten fühlten, dafür aber von Ahmadinezhad so geschickt instrumentalisiert worden waren.

Mussavis Wurzeln in Revolution und Kriegsjahren stießen auf Seiten der Reformanhänger zunächst auf Ablehnung. Mussavi versuchte die Ressentiments der modernen Mittelschicht zu beruhigen, indem er eine Abschaffung der unbeliebten Sittenpolizei und die Zulassung privater Fernsehsender in Aussicht stellte. Überwinden konnte er seinen programmatischen Spagat jedoch erst durch die tatkräftige Unterstützung von Khatami und den Reformparteien, die ihre Anhänger und Kommunikationsstrukturen für seine Kampagne mobilisierten. Entscheidend wirkte zudem die aktive Einbeziehung von Mussavis Frau in den Wahlkampf, die als bekennende Feministin und Universitätsprofessorin die Reformwähler mit unverblühten Äußerungen zur Notwendigkeit sozialer und kultureller Freiheiten begeisterte. Letztlich gelang es Mussavi, zwei grundlegende Themen der Revolution – Freiheit und Gerechtigkeit – wirkungsvoll miteinander zu verbinden und eine breite Bevölkerungsschicht anzusprechen. Auf die Eigeninitiative der Wähler setzend propagierte sein Kampagnenteam einen Ansatz, der jeden Iraner zum Wahlkämpfer erklärte („*Har Irani, yek setad*“) und überwand damit erfolgreich den eingeschränkten Zugang zur Öffentlichkeit. In einem hochsymbolischen Akt organisierten Mussavis Anhänger kurz vor der Wahl eine Menschenkette, die vom ärmeren Süden Teherans bis in den wohlhabenden Norden der Stadt reichte. Somit wurde ein weit verzweigtes Netzwerk zivilgesellschaftlicher Akteure mobilisiert, das nicht nur unzählige Wähler an die Urnen brachte, sondern auch eine entscheidende Basis für die nach der Wahl ausbrechenden Proteste bilden sollte.⁴¹

41 Ghafouri, Arash: „Setad 88 - Iran's Greatest Campaign in Support of Mir Hossein Mousavi“, in: Michaelsen, Marcus (Hg.), *Election Fallout. Iran's Exiled Journalists on their Struggle for Democratic Change*, Berlin: Hans Schiler Verlag 2011, S. 50-61.

Obwohl mit Mussavi und Karrubi zwei Vertreter des Reformlagers ins Rennen gingen, verständigten sich beide Kandidaten auf einen fairen Wettkampf und setzten darauf, mit der Mobilisierung jeweils unterschiedlicher Wählerschichten Ahmadinezhads Stimmen wegzunehmen. Die Offenheit, mit der beide Kandidaten die Regierung anprangerten, machte vielen Wählern die Bedeutung der vor ihnen liegenden Richtungsentscheidung klar. Die Politikverdrossenheit, die seit dem Scheitern der Reformregierung in der Bevölkerung grassierte, schien gebrochen und Tausende besuchten die Veranstaltungen der Wahlkampagne.

Auf dem „Grünen Pfad der Hoffnung“

Als nur wenige Stunden nach Schließung der Wahllokale am 12. Juni 2009 der angebliche Sieg Ahmadinezhads verkündet wurde und erste Proteste gegen das Wahlergebnis ausbrachen, teilten die Reformer ganz offensichtlich den Schock der Bevölkerung über das Ausmaß der Manipulation. Drei Tage nach der Wahl fanden sich in Teheran geschätzte drei Millionen Menschen zur größten Demonstration seit der Revolution zusammen.⁴² Beide Reformkandidaten nahmen daran teil. In einer ersten Verlautbarung forderte Mussavi die Bevölkerung zur Fortsetzung friedlicher Proteste auf und warnte vor einer drohenden Diktatur. Er stellte eine Verbindung zwischen der Entrüstung über die „gestohlenen Stimmen“ und den Idealen der Islamischen Revolution her, die es ihm zufolge nunmehr zu verteidigen galt. Auch andere Vertreter der Reformfraktion erkannten das Wahlergebnis nicht an und betonten das Recht der Bevölkerung auf friedliche Demonstrationen.

In den folgenden Monaten waren die Reformpolitiker der Verfolgung durch Justiz und Sicherheitsapparat ausgesetzt. Die Verhaftungen begannen unmittelbar nach der Wahl. Ehemalige Parlamentarier und Mitglieder der Khatami-Regierung wurden von den Hardlinern des Versuchs einer „samtenen Revolution“ bezichtigt und in Schauprozessen vorgeführt. Parteibüros und verbliebene Zeitungen wurden geschlossen, Webseiten gefiltert und ein Verbot der Reformparteien zur Sprache gebracht.⁴³ Viele jüngere Reformaktivisten gingen ins Exil. Mit Zerschlagung der schwachen organisatorischen Strukturen der Reformfraktion waren die Führungsfiguren Mussavi, Karrubi und Khatami zunehmend isoliert. Auch wenn die Hardliner somit dem Ziel, die Reformer aus der politischen Landschaft der Islamischen Republik zu verdrängen, insgesamt näher kamen, gelang es den Reformführern dennoch,

42 Ehsani, Kaveh/Keshavarzian, Arang/Moruzzi, Norma Claire: „Tehran, June 2009“, in: Middle East Report Online vom 28.06.2009.

43 „Gesetzliches Verbot dreier Reformvereinigungen in Iran?“, BBC Persian vom 28.06.2009.

weiterhin Präsenz zu zeigen und Einfluss auf die Entwicklung der Protestbewegung zu nehmen.

Mit regelmäßigen Besuchen bei den Familien von Inhaftierten und Todesopfern der Proteste setzten Khatami, Karrubi und Mussavi deutliche Zeichen der Solidarität. Karrubi engagierte sich hartnäckig für die Aufklärung der Misshandlungen an verhafteten Demonstrationsteilnehmern. Sein unbeirrter Einsatz für Rechtsstaatlichkeit, freie Wahlen und Menschenrechte sorgte für Anerkennung in der Bevölkerung und stellte eine wesentliche Herausforderung an die Machtelite um den Revolutionsführer dar.⁴⁴ Mussavi machte als ehemaliger Premierminister Khomeinis im Laufe des ersten Jahres der Protestbewegung eine beachtliche Entwicklung durch und verkörperte damit die politische Reife, welche viele Vertreter der Revolutionselite erlangt hatten.⁴⁵ Ebenso wie andere Reformvertreter ging Mussavi bald über die Forderung nach einer Annullierung der Wahl hinaus. Bei der allmählichen Erweiterung seiner Agenda betonte er stets seine Treue zur Verfassung, in der er das Potential zur Lösung der systemischen Krise und zur Realisierung gesellschaftlicher Forderungen sah. Als sich die Protestbewegung im Winter 2009 in Reaktion auf die zunehmende Gewaltanwendung der Sicherheitskräfte zu radikalisieren drohte, lag für Mussavi die Verantwortung klar auf Seiten des Regimes. Um einen Ausweg aus der Konfrontationsspirale zu finden, forderte er eine Freilassung politischer Gefangener, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, eine Reformierung des Wahlrechts und die Gewährleistung grundlegender Bürgerrechte. Auf dieser Basis entwickelte Mussavi im Austausch mit anderen Aktivisten eine Vorstellung von Inhalten und Zielen der Oppositionsbewegung, die er ein Jahr nach der umstrittenen Wahl als „Grüne Charta“ veröffentlichte.

44 Zu Karrubis Aktivitäten im Laufe der Protestbewegung u. a.: „The Sheikh of Reform: Mehdi Karroubi“, Tehran Bureau vom 19.10.2009; „Interview Transcript: Mehdi Karroubi“, Financial Times (Internetausgabe) vom 27.01.2010; „Iran: Why the beating of Karroubis son matters“, Blog Enduring America vom 16.02.2010; „Karrubi und der Plan eines Referendums in Iran“, Saham News vom 22.02.2010.

45 Ein beeindruckendes Dokument dieser politischen Reife liefert eine im Juni 2010 veröffentlichte Erklärung von Mostafa Tajzadeh. Der ehemalige stellvertretende Innenminister Khatamis verweist auf die indirekte Schuld der Reformer und früheren linksislamistischen Revolutionäre an der aktuellen Situation: Indem sie sich im ersten Jahrzehnt nach der Revolution nicht den Hinrichtungen politischer Gegner und der Einschränkung politischer Freiräume widersetzt hätten, hätten die Reformer den Machtgewinn einer radikalen Tendenz aus der Revolutionselite mitzuverantworten. „Tajzadeh: Reformists Should Ask Nation for Forgiveness“, Tehran Bureau vom 15.06.2010.

Mussavis Grüne Charta

In der zum Jahrestag der Wahlen veröffentlichten „Grünen Charta“ fasst Mussavi die bisherige Entwicklung der Protestbewegung zusammen und entwickelt einen ersten grundlegenden Entwurf ihrer Identität und Ziele. Er beanstandet eine grundlegende Abweichung des politischen Systems von den Idealen der Revolution. Die Grüne Bewegung ist für ihn Ausdruck einer graduellen Reformbemühung, welche die Islamische Republik auf den ursprünglich intendierten Weg zurückführen soll. Zugleich sieht er diese Bewegung in einer Linie mit den zentralen historischen Momenten des iranischen Strebens nach nationaler Souveränität, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit: die Konstitutionelle Revolution, die Ölnationalisierung unter Mossadeq und die Islamische Revolution. Die identitären Wurzeln der Grünen Bewegung liegen für Mussavi im iranischen Nationalbewusstsein und im schiitischen Islam, den zwei zentralen Triebkräften auf dem Weg Irans in die Moderne, die im Laufe des 20. Jahrhunderts häufig gegensätzliche Wirkung entfalteten und somit durch die Charta zusammengeführt werden sollen. Nach wie vor sieht Mussavi in der Verfassung der Islamischen Republik die rechtliche Basis für alle Initiativen der Grünen Bewegung, auch wenn er nach einem zuvorgehenden gesamtgesellschaftlichen Prozess der Meinungsbildung die Möglichkeit einer Verfassungsänderung einräumt. Zugleich hebt die Charta Menschenrechte, Gewaltlosigkeit und Pluralismus als grundlegende Werte der Bewegung hervor. Zu den handlungsleitenden Strategien zählt das Dokument vor allem den Ausbau zivilgesellschaftlicher Strukturen. Über die Schaffung verschiedener sozialer Netzwerke soll ein gesellschaftlicher Austausch erleichtert sowie das soziale und politische Bewusstsein der Bürger gestärkt werden.*

*, „Die 18. Verlautbarung von Mir Hossein Mussavi und Grüne Charta“, Kalameh vom 15.06.2010.

Mussavis Manifesto bildete im Grunde eine Fortentwicklung der zentralen Ideen der politischen Reformer unter Khatami. Die tatsächliche Bedeutung des Dokuments lag darin, dass hier erstmals Themen und Forderungen, die sich im Laufe der Reformära und der anschließenden autoritären Regression herauskristallisiert hatten, in prägnanter Form zusammengefasst wurden. Ohne Zweifel hatten sowohl das rücksichtslose Vorgehen der Ultrakonservativen als auch der gesellschaftliche Druck eine Akzentuierung der politischen Positionen der Reformakteure gefördert und brachten diese zu Standpunkten, die sie von sich aus kaum eingenommen hätten. Im Laufe des ersten Jahres der Protestbewegung nutzten die Reformführer den ihnen zu Verfügung stehenden (immer enger werdenden) Handlungsspielraum zu einer beständigen Herausforderung der Machtelite. Gleichzeitig stellten sie niemals das System der Islamischen Republik an sich in Frage und hielten damit die Protes-

te innerhalb des Rahmens der politischen Reformbewegung. Mussavi und Karrubi waren nicht bereit, ihre Anhänger um jeden Preis auf die Straßen zu bringen. Hemmend wirkten hier zweifellos die Erfahrungen der Revolutionszeit und die nicht unberechtigte Sorge vor Chaos und gewaltsamen Konflikten, welche zusätzliche Todesopfer zur Folge gehabt und eine vollständige Machtübernahme der Revolutionsgarden hätten provozieren können. Eine direktere Konfrontation des Regimes, die zumindest für einen Flügel der Protestbewegung durchaus in Betracht gekommen wäre, stand nicht in Einklang mit dem Ansatz einer allmählichen Veränderung des Systems von innen heraus, den die Reformpolitiker nach wie vor vertraten.⁴⁶

Die Grüne Charta bildete mit ihren Verweisen auf das symbolische Kapital der iranischen Nationalkultur und Religion sicher eine wichtige identitätsstiftende Anregung für eine politische Bewegung in Richtung Demokratisierung. Für eine zielgerichtete Organisation der in der Gesellschaft vorhandenen Konfliktbereitschaft reichte sie jedoch nicht aus. Die Charta stellte keine klare ideologische und programmatische Alternative zum bestehenden System heraus. Nach wie vor machten die Reformpolitiker nicht deutlich, ob sie gegebenenfalls auch einen vollständigen Systemwechsel, d.h. eine Abschaffung des *velayat-e faqih* unterstützen würden, sollte eine Mehrheit in der Bevölkerung einen solchen Schritt befürworten. Die Konfliktfähigkeit der Reformer in ihrer Auseinandersetzung mit den strategischen Gruppen der konservativen Machtelite wurde durch fehlende kohärente Strategie, Führung und Organisationsstruktur zusätzlich herabgesetzt. Mit der vollständigen Isolierung von Mussavi und Karrubi ab Anfang 2011 neutralisierte das Regime erfolgreich die Herausforderung durch die Reformer und ihre Anhänger in der Grünen Bewegung.

46 Gerade unter dem Eindruck der Ereignisse in Tunesien und Ägypten wurden von Anhängern der Protestbewegung Vorwürfe geäußert, Mussavi und Karrubi hätten die Demonstranten auf den Straßen halten müssen, um ähnlich wie auf dem Kairoer Tahrir-Platz das Regime öffentlichkeitswirksam und dauerhaft herauszufordern. Die Taktik von Protesten an ausgewählten Tagen hätte dem Regime Zeit verschafft, Repressionen zu organisieren. Vgl.: „Iran Essay Contest (1st Place): The Green Movement – Why Has it Lost... And How It Can Win“, Blog Enduring America vom 30.06.2011.

3. Die iranische Zivilgesellschaft

Soziales und politisches Engagement ist im modernen Iran historisch verwurzelt: Während der „Tabakrevolte“ von 1891/92 protestierte die Bevölkerung gegen das britische Tabakmonopol; Diskussionsgruppen und Presseclubs zählten zu den Wegbereitern der Konstitutionellen Revolution. Gleichgesinnte fanden sich auf Basis gemeinsamer Interessen oder des beruflichen Hintergrunds in so genannten Zirkeln (*dowreh*) zusammen, religiöse Vereine (*heyat/jalaseh*) übernahmen Funktionen der sozialen Integration und karitativen Fürsorge. Abgesehen von dieser historischen Prägung haben soziodemographische und politische Entwicklungen die Herausbildung einer aktiven Zivilgesellschaft in der Islamischen Republik begünstigt.

Revolution und Krieg beschleunigten Prozesse der internen Migration und Urbanisierung. Während die Landbevölkerung mit etwa 23 Millionen relativ stabil geblieben ist, stieg die Zahl der Stadtbewohner zwischen 1976 und 2005 von 16 auf etwa 46 Millionen (68 Prozent der Gesamtbevölkerung).¹ Der franco-iranischen Soziologin Azadeh Kian zufolge hat die Abwanderung in die Städte eine Herauslösung aus größeren Familienverbänden und den Bruch mit traditionellen Verhaltensmustern gefördert. Inzwischen bilden Kleinfamilien die absolute Mehrheit der iranischen Haushalte. Zugleich hat die notwendige Neuorganisation der eigenen Existenz eine Individualisierung der neuen Stadtbewohner gefördert. Auch ärmere Bevölkerungsschichten orientieren sich an den Lebensmustern der Mittelschicht und streben für ihre Kinder den sozialen Aufstieg über eine bessere Ausbildung an.² In den ländlichen Regionen des Landes gingen rasche Fortschritte bei der infra-

1 UNDP-Iran: „Human Development Report of the Islamic Republic of Iran“, Teheran 1999. Außerdem Daten von Statistical Centre of Iran: www.sci.org.ir.

2 Kian-Thiébaud, Azadeh: „L’individu dans le monde: paradoxe de l’Iran islamique“, in: CEMOTI 26 (L’individu en Turquie et en Iran) (1998); Kian-Thiébaud, Azadeh: „Changements familiaux et modernité politique en Iran“, in: Kian-Thiébaud, Azadeh/Ladier-Fouladi, Marie (Hg.), *Famille et mutations socio-politiques. L’approche culturaliste à l’épreuve*, Paris: Éditions de la Maison des sciences de l’Homme 2005, S. 89-123.

strukturellen Entwicklung mit intensiveren Kontakten zur urbanen Kultur einher, sei es über abgewanderte Familienmitglieder oder verstärkten Medienzugang (zumindest die staatlichen Medien sind landesweit zu empfangen), so dass hier ebenfalls ein Wertewandel und die Verbreitung moderner Lebensvorstellungen unterstützt wurden.³

Eine entscheidende Grundlage für derartige Veränderungen lieferte der Ausbau des iranischen Bildungssystems. Die Alphabetisierungsrate der Bevölkerung hat mittlerweile 85 Prozent erreicht.⁴ Die Zahl der Hochschulstudenten hat sich zwischen 1991 und 2006 mehr als vervierfacht.⁵ Bemerkenswert ist hierbei, dass Frauen seit 1998 über die Hälfte der Studierenden stellen. Gleichwohl leiden sie wohl noch mehr als ihre männlichen Kommilitonen unter den begrenzten Möglichkeiten des iranischen Arbeitsmarkts. Die Diskrepanz zwischen den parallel zum Bildungsniveau steigenden beruflichen Erwartungen und der tatsächlichen Beschäftigungssituation hat große Frustrationen erzeugt. Nicht umsonst engagierten sich vor allem junge Frauen so zahlreich in den während der Khatamiära entstehenden zivilgesellschaftlichen Organisationen und Vereinen.⁶

Damit ist zugleich eine wesentliche demographische Entwicklung angesprochen: Irans Einwohnerzahl hat sich seit der Revolution verdoppelt und erreicht mittlerweile fast 76 Millionen. Umfassende nationale Projekte der Familienplanung haben seit den 1980ern die Wachstumsrate der Bevölkerung drastisch gesenkt.⁷ Demzufolge stellen die geburtenstarken Jahrgänge, inzwischen 25- bis 30jährig, die stärkste Gruppe der Bevölkerung. Mehr als 60 Prozent der Iraner sind unter 30 Jah-

-
- 3 Vivier-Muresan, Anne-Sophie: Afzad. Ethnologie d'un village d'Iran, Teheran: Institut Francais de Recherche en Iran 2006; Vivier, Anne-Sophie/Digard, Jean-Pierre: „Les transformations des campagnes iraniennes: continuités et ruptures“, in: Les Cahiers de l'Orient 79 (3) (2005), S. 73-94.
 - 4 Alphabetisierungsrate der Bevölkerung über 15 Jahre im Jahr 2008. Zum Vergleich: 1976 waren nur 47 Prozent der Bevölkerung alphabetisiert, 1986 62 Prozent. Unesco Education Statistics, Oktober 2011.
 - 5 Von ca. 600000 (1991) auf 2,8 Millionen (2006) Studierende. Im letzten Jahr vor der Revolution betrug die Zahl der Studierenden 234000. Elmi, Zahra Mila: „Educational Attainment in Iran“, in: The Middle East Institute Viewpoints: The Iranian Revolution at 30 (Special Edition) (2009), S. 62-69. S. 126.
 - 6 Memarian, Omid: „Go Ahead! Status of Iranian Youth and their Participation in NGOs“, in: Volunteer. Newsletter of Iranian Civil Society Organizations Resource Center 6 (2002), S. 14-18.
 - 7 Die Wachstumsrate der iranischen Bevölkerung betrug 3,7 Prozent zu Beginn der 1980er, dann 1,3 Prozent im Jahr 2006. Daten der Weltbank (Country Profile Iran 2006).

re alt.⁸ Diese Generation hat die Revolution nicht mehr erlebt und stellt den Universalitätsanspruch des Regimes und der propagierten Ideale kritisch in Frage. Viele Jugendliche lehnen die über das Erziehungssystem vermittelten Normen und Werte ab, da diese im Gegensatz zu ihren Lebensvorstellungen stehen. Zumindest für die städtische Jugend sind Normüberschreitungen Bestandteil der eigenen Individualisierung, sei es beim Umgang mit den offiziellen Kleidungsvorschriften, den Beziehungen zum anderen Geschlecht oder dem Konsum von verbotenen Filmen und Musik. Hinzu kommen entscheidende Veränderungen im Bereich familiärer Bindungen, beispielsweise die Abschwächung patriarchaler Strukturen oder eine erhöhte Toleranz- und Dialogbereitschaft der Älteren gegenüber den Jüngeren, die den Status der Jugendlichen als autonome Mitglieder der Gesellschaft bekräftigen. Die fehlende Identifikation mit dem politischen System sowie eine im Zuge der ökonomischen Krise des Landes fortschreitende Perspektivlosigkeit machen die iranische Jugend deshalb zu einer treibenden, auf umfassenden Wandel drängenden gesellschaftlichen Kraft, die dabei aber aufgrund der Erfahrungen ihrer Elterngeneration revolutionären oder gar gewaltorientierten Lösungen skeptisch gegenübersteht.⁹

Politische Entwicklungen

Reformpräsident Khatami hatte die Förderung von Zivilgesellschaft zu einem Schlagwort seiner Kampagne gemacht und gab zweifellos wichtige Impulse zu deren Entwicklung. Der frühere Kulturminister suchte seinem Versprechen mit der Zulassung zahlreicher Zeitungen und Zeitschriften sowie der Förderung von Nichtregierungsorganisationen (NROs) nachzukommen. Der von Khatami so prominent geführte Zivilgesellschaftsdiskurs trug erheblich zur Propagierung des Konzepts in Iran bei. Debatten von Reformintellektuellen zeigten eine intensive Auseinandersetzung mit der Genese des Begriffs im westlichen Kontext und vor allem dessen Rezeption nach den Wandlungsprozessen im ehemaligen Ostblock.¹⁰ Zugleich stell-

8 CNRS Monde Iranien/Centre Statistique d'Iran: „Enquête sur les caractéristiques socio-économiques des ménages iraniens“, Paris/Teheran 2002.

9 Vgl. u. a.: Friedl, Erika: „New Friends: Gender Relations within the Family“, in: *Iranian Studies* 42 (1) (2009), S. 27-43; Kian-Thiébaud: „Changements“; Minoui, Delphine (Hg.): *Jeunesse d'Iran. Les voix du changement*, Paris: Éditions Autrement 2001; Shirali, Mahnaz: *La jeunesse iranienne: Une génération en crise*, Paris: Presse Universitaires de France 2001; Khosrokhavar, Farhad: „The New Religiosity in Iran“, in: *Social Compass* 54 (3) (2007), S. 453-63.

10 Alinejad, Mahmoud: „Coming to Terms with Modernity: Iranian Intellectuals and the emerging public sphere“, in: *Islam and Christian-Muslim Relations* 13 (1) (2002), S. 25-47; Kamrava, Mehran: „The Civil Society Discourse in Iran“, in: *British Journal of Mid-*

te die Zivilgesellschaft und deren soziale Kräfte für die Reformen ein wichtiges politisches Potential dar, um sich gegenüber den innerhalb der Institutionen überlegenen Konservativen zu behaupten. In diesem Sinne prägte der Reformstrategie Hajjarian den Ausspruch „von unten Druck und oben Feilschen“ (*feshar az payin va chaneh zani dar bala*), demzufolge die Zivilgesellschaft mit ihren Forderungen den Verhandlungen der Reformen auf politischer Ebene Nachdruck verleihen sollte.

Gleichwohl unterstützte die Khatami-Administration vor allem die quantitative und weniger die qualitative Entwicklung der Zivilgesellschaft. Viele der entstehenden NROs waren von den finanziellen Ressourcen der Regierung abhängig. Zudem waren die politischen Reformen nicht bereit, zwangsläufig alle gesellschaftlichen Forderungen, die der entgrenzten Öffentlichkeit erwachsen, zu unterstützen und zögerten, sobald die „roten Linien“ des Systems angetastet wurden. Als die Konservativen entscheidende gesellschaftliche Triebkräfte der politischen Reformenfolge – Presse und Studenten – mit Repressionen einschränkten, erhielten diese kaum Rückendeckung durch die Reformen in Regierung und Parlament. Die geringe Nachhaltigkeit der von der Khatami-Regierung protegierten Entwicklung zeigte sich nicht zuletzt auch dann, als die Ultrakonservativen im Zuge ihrer Machtübernahme ohne Schwierigkeiten die Aktivitäten vieler NROs unterbinden und bisherige Fortschritte rückgängig machen konnten.¹¹

Mit Hinblick auf die im Theorieteil aufgezeigten Einflussfaktoren für die Entstehung von Zivilgesellschaft in Transformationsländern wird deutlich, dass Iran vor allem in den Bereichen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung positive Faktoren aufweist. Auch historische Erfahrungen des bürgerlichen Engagements in Politik und Gesellschaft wirken förderlich auf die Ausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Im Gegensatz dazu muss die autoritäre Kontrolle und Repressionsbereitschaft der strategischen Gruppen im Staat als zentrales Hemmnis für die Entfaltung einer vitalen Zivilgesellschaft angesehen werden. Für die Bestrebungen nach Reform und politischer Veränderung in der Islamischen Republik erscheinen drei soziale Gruppen besonders relevant: Intellektuelle und Journalisten, Studenten und Frauenrechtlerinnen. Sie bildeten den Kern von Khatamis sozialer Basis und etablierten sich dann über eine kritische Distanzierung von den politischen Reformen als eigenständige Kräfte der gesellschaftlichen Reform- und Demokratiebe-

die Eastern Studies 28 (2) (2001), S. 165-85; Schirazi, Asghar: „Die Debatte über die Zivilgesellschaft in Iran“, in: Orient 39 (3) (1998), S. 433-58.

11 Eine kritische Bewertung des Verhältnisses der politischen Reformen zur Zivilgesellschaft: „Gespräch mit Dr. Hossein Qazian“, in Shahrvand-e Emruz (Internetausgabe) vom 29.11.2007. Außerdem: Stachursky, Benjamin: The Promise and Perils of Transnationalization: NGO Activism and the Socialization of Women’s Human Rights in Egypt and Iran, London/New York: Routledge 2013.

wegung. Über ihre Aktivitäten und Positionen haben diese Akteure beständig den Machtanspruch der Herrschaftselite herausgefordert und zur Belebung der Zivilgesellschaft beigetragen.

DIE INTELLEKTUELLEN UND DER REFORMDISKURS

Das Aufkommen der Reformbewegung in Iran und die damit einhergehende Entwicklung der Zivilgesellschaft sind eng mit einer grundlegenden Wende im politischen Denken verknüpft, die sich Anfang der 1990er Jahre bei einem Teil der Revolutionärselite vollzog. Konfrontiert mit einer zunehmend autoritären Islaminterpretation, über die der konservative Klerus nach dem Tode Khomeinis seine Stellung im Regime zu festigen und die absoluten Vollmachten des *vali-ye faqih* auszubauen suchte, begannen einige der ehemaligen Revolutionäre die Beziehung von Religion und Politik zu überdenken. Mit Abklingen der revolutionären Euphorie und angesichts der schwierigen Lage des Landes nach dem Krieg zeigte sich außerdem, dass der Islam nicht die alleinige Basis für die Führung eines modernen Staates liefern konnte. Letztlich musste im „real existierenden Islamismus“ die Religion unweigerlich Schaden nehmen, da sie für alle gesellschaftlichen Probleme, welche die Regierung nicht zu lösen verstand, in Mitverantwortung gezogen würde. Infolgedessen bemühte sich eine Gruppe „religiöser Intellektueller“ (*rowshanfekran-e dini*), die allesamt aktiv in die Revolution involviert gewesen waren, um ein ideologiekritisches und pluralistisches Verständnis des Islam. Unter Rückgriff auf moderne Sozialwissenschaft und Philosophie initiierten sie eine intensive Debatte über Demokratie, Menschenrechte und Zivilgesellschaft im islamischen Kontext.¹²

An erster Stelle seien hier die von Khosrokhavar als „*grand intellectuals*“ bezeichneten Vordenker wie Abdolkarim Soroush, Mohammad Mojtahed Shabestari oder Mohsen Kadivar genannt, die sich für flexiblere und den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedürfnissen angepasste Auslegungen der religiösen Quellen aussprachen und mehr oder weniger direkt die religiöse Herrschaftslegitimation der Islamischen Republik in Frage stellten. Daneben wirkte eine zweite, größere Gruppe von Intellektuellen, die enger in aktuelle politische Entwicklungen involviert waren. Pressepublikationen wie *Kian* und *Salam* oder das zum Präsidentenbüro gehörende Zentrum für Strategische Studien entwickelten sich in den 1990ern zu Sammelbecken für linksislamistische Intellektuelle wie Akbar Ganji, Said Hajjarian, Abbas Abdi, Emadeddin Baghi und viele mehr. Nach der Wahl von Khatami trugen die

12 Jalaeipour: „Religious Intellectuals“; Kamrava, Mehran: *Iran's Intellectual Revolution*, New York: Cambridge University Press 2008.

Aktivitäten dieser „*intermediary intellectuals*“ erheblich zur Diversifizierung und Vermittlung des Reformdiskurses bei.¹³

Als öffentlich engagierte Intellektuelle, die unmittelbar an der Revolution und dem Aufbau der Islamischen Republik beteiligt gewesen waren, stellten sie die Richtung, in die sich das System entwickelt hatte und insbesondere die vom konservativen Flügel der Regimeelite zu Zwecken des Machterhalts betriebene Instrumentalisierung der Religion in Frage. Die religiösen Intellektuellen, allen voran die Kleriker unter ihnen, unterminierten mit ihren Positionen den Anspruch der autoritären Geistlichkeit in den Spitzengremien des Regimes auf eine exklusive Repräsentanz des Islam sowie die daraus abgeleitete Führungsrolle in der Gemeinschaft. Sie knüpften an die populistischen Aspekte des revolutionären Diskurses an, welche mit Beseitigung der Monarchie eine größere politische Beteiligung der Bevölkerung und mehr soziale Gerechtigkeit in Aussicht gestellt hatten. Damit wiesen diese Intellektuellen nicht die Revolution an sich zurück, sondern plädierten für eine Besinnung auf deren ursprüngliche Ziele, die nunmehr angepasst und ausgebaut werden sollten.¹⁴ Mit der Forderung nach einer Reform des Systems von innen heraus formulierten die religiösen Intellektuellen gewissermaßen das Programm für die Kandidatur Khatamis zu den Präsidentschaftswahlen 1997. Nach dem Wahlsieg übernahmen sie teilweise Posten innerhalb der Administration. Die politische Brisanz ihres Wirkens zeigte sich letztendlich auch darin, dass die meisten Vertreter dieser intellektuellen Strömung den Repressionen der konservativen Justiz ausgesetzt waren und zum Teil langjährige Haftstrafen verbüßen mussten.

Mit ihren Vorstößen zu einer freiheitlicheren und toleranteren Auslegung von Religion eröffneten diese Intellektuellen neue Vorstellungsräume für kollektives Handeln. Shirali zufolge beruhte etwa die Popularität Soroushs nicht ausschließlich auf seinen Arbeiten, die nur von einem begrenzten Leserkreis goutiert werden konnten, sondern vielmehr auf der Tatsache, dass er mit einer progressiven Islaminterpretation den Unmut des konservativen Establishments erregte. Für iranische Jugendliche, die die Religion bislang als Manifestation eines omnipräsenten Staates erfahren hatten, zeige sich diese somit als ein Mittel, um die eigene Ablehnung offizieller Normen deutlich zu machen und individuelle Freiheiten zu reklamieren. Dies ermögliche eine Versöhnung mit traditionellen und religiösen Elementen des

13 Amirpur, Katajun: Die Entpolitisierung des Islam. Abdolkarim Soroushs Denken und Wirkung in der Islamischen Republik Iran, Würzburg: Ergon Verlag 2003; Khosrokhavar, Farhad: „The New Intellectuals in Iran“, in: Social Compass 51 (2) (2004), S. 191-202; Sadri, Mahmoud: „Sacred Defense of Secularism: The Political Theologies of Soroush, Shabestari and Kadivar“, in: International Journal of Politics, Culture and Society 15 (2) (2001), S. 257-70.

14 Ansari: Iran, Islam, S. 113.

kulturellen Erbes, die zuvor aus Protest gegen die Restriktionen des Regimes pauschal zurückgewiesen worden waren. Der defätistische Rückzug aus dem sozialen Alltag, für viele Jugendliche Ausdruck der eigenen Identitätsstiftung, wich damit einer aktiven Gestaltung von Gesellschaft und Politik.¹⁵ Auch Kazemi geht davon aus, dass die religiösen Intellektuellen durch ihre Beschäftigung mit dem Zusammenspiel von Religion und Moderne Hindernisse auf dem Entwicklungsweg der iranischen Gesellschaft auflösten und sozialen Kräften, die eine Veränderung des Systems sowie eine Durchsetzung demokratischer Vorstellungen in Iran anstrebten, einen Referenzrahmen für ihre Handlungen lieferten.¹⁶

Gemäß der im Theorieteil aufgezeigten Kategorisierung der unterschiedlichen Rollen, welche Intellektuelle für soziale Bewegungen spielen können, zeigt sich somit, dass die Reformintellektuellen sowohl als „innovators“ als auch als „movement intellectuals“ aktiv waren. Als geistige Wegbereiter zeigten die religiösen Intellektuellen neue Ausgestaltungsmöglichkeiten des politischen Systems auf, die einige von ihnen sodann unter direkter Involvierung in die politischen und sozialen Aktivitäten der Reformbewegung umzusetzen suchten. Nicht zuletzt bildeten die Intellektuellen auch ein wichtiges Bindeglied zwischen den politischen Reformern und der Zivilgesellschaft sowie der Presse. Ohne ihr Engagement wäre die beachtliche Entwicklung der Reformpresse nach Khatamis Wahl zum Präsidenten nicht möglich gewesen. Als Herausgeber und führende Autoren vieler neu gegründeter Publikationen traten die Reformintellektuellen für mehr Transparenz und eine pluralistische Debatte ein. Die Presse wiederum entwickelte den Reformdiskurs weiter und machte ihn einem breiteren Publikum zugänglich. Im Gegenzug waren die Akteure dieser entstehenden Öffentlichkeit hohen Risiken ausgesetzt, wie die zahlreichen Zeitungsschließungen, Verhaftungen sowie gewaltsamen Angriffe auf Redaktionen und Versammlungen belegen. Der Repressionsdruck von Seiten der autoritären Regimefraktionen förderte eine enge Bindung zwischen Journalisten und Reformintellektuellen, die zu natürlichen Verbündeten bei der Verteidigung von Meinungsfreiheit wurden. Mit Zunahme von Zensur und Zeitungsschließungen wichen sie gleichermaßen ins Internet aus, wo verschiedene Onlinemedien eine Fortführung wie auch Weiterentwicklung des Informations- und Meinungsaustauschs ermöglichten.

15 Shirali: Jeunesse. S. 204ff.

16 Kazemi, Abbas: Soziologie der religiösen Intellektuellen in Iran (Jamehshenasi rowshanfekri-ye dini dar Iran), Teheran: Tarh-e Now 2004. S. 162f.

DIE STUDENTENBEWEGUNG

Politischer Aktivismus an Irans Universitäten spielte bereits in der Pahlaviära und im Zuge der Revolution von 1979 eine zentrale Rolle, wurde aber in der Anfangsphase der Islamischen Republik strikter staatlicher Kontrolle unterworfen. Erst Khatamis Kandidatur leitete ab 1997 eine neue aktive Phase der Studentenbewegung ein. Viele Studenten engagierten sich mit großer Begeisterung für die Reformbewegung. Als zentrale Organisation der Studentenbewegung agierte das „Büro zur Stärkung der Einheit“ (*Daftar-e Tahkim-e Vahdat*) unter enger Bindung an die Reformparteien. Die 1999 gegründete studentische Nachrichtenagentur ISNA gewann innerhalb der iranischen Medienlandschaft rasch an Einfluss und brachte zahlreiche Studenten in den Journalismus und die Reformpresse. Teheraner Studenten, die aus den Provinzen stammten, sorgten für eine Propagierung der Reformideen im Land.¹⁷

Die Beziehung zwischen Studentenbewegung und politischen Reformern wurde im Juli 1999 ebenso plötzlich wie nachhaltig gestört. Nachdem Studenten der Universität Teheran gegen die Schließung einer Reformzeitung demonstriert hatten, stürmten Sicherheitskräfte und *Bassij* ein Wohnheim und lösten damit Unruhen aus, bei denen es zu mehreren Toten kam. Die Khatami-Regierung reagierte zurückhaltend und stellte sich nicht hinter die Protestler.¹⁸ Nachfolgende Repressionen und Verhaftungen an den Universitäten dämpften den Enthusiasmus für die Reformpolitik erheblich. Unter den Studenten verbreitete sich der Eindruck, dass es Khatami an der nötigen Entschlossenheit zur Realisierung seiner Versprechen mangelte und ein Wandel des Systems von innen heraus nicht möglich sei. In Folge sank nicht nur die Popularität des Reformpräsidenten, sondern die Studentenbewegung bezog auch deutlich radikalere Positionen. Unter Distanzierung von der Reformregierung debattierten Aktivisten zivilen Ungehorsam und ein Referendum zur Verfassungsänderung. Bei Protesten in den Jahren 2002 und 2003 wurden Forderungen nach einer Abschaffung des *velayat-e faqih* laut.¹⁹

17 Mashayekhi, Mehrdad: „The Revival of the Student Movement in Post-Revolutionary Iran“, in: *International Journal of Politics, Culture and Society* 15 (2) (2001), S. 283-313; Tavahori, Mohammad: „The Evolution of Iran’s Student Movement: An Interview with Abdollah Momeni“, in: Gozaar. A Forum on Human Rights and Democracy in Iran vom 01.07.2007.

18 Kermani: *Die Revolution*, S. 139ff.

19 Elling, Rasmus Christian: „Reviewing and Redefining the Student Movement in the Islamic Republic of Iran“, in: *Humanization of Education* 1 (Summer) (2008); Tavahori: *The Evolution*.

Nach dem Machtantritt von Ahmadinezhad war die Studentenbewegung ein zentrales Ziel der Repressionswelle gegen die Zivilgesellschaft. Die Ultrakonservativen in der Regierung forderten eine Fortführung der Kulturrevolution und damit eine Islamisierung der Hochschulen. Die Leitung der Universitäten wurde ausgetauscht, prominente Wissenschaftler zwangsweise beurlaubt, Sozial- und Geisteswissenschaften sollten von westlichen Einflüssen bereinigt werden. Die Regierung förderte den Einfluss von Studentenvereinigungen der *Bassij*. Im Gegenzug wurden Publikationen der Studentenbewegung verboten, Vereinigungen geschlossen und politisch aktive Studenten von bestimmten Kursen oder der Universität insgesamt ausgeschlossen. Elling zufolge verdeckte Energie und Ressourcen, die zur Eindämmung der Studentenbewegung aufgewendet wurden, wie sehr sich das Regime des politischen Potentials der Universitäten bewusst war.²⁰

Die kritische Distanzierung von den politischen Reformern einerseits und die Konfrontation mit der repressiven ultrakonservativen Regierung andererseits förderten innerhalb der Studentenbewegung eine Debatte über gemeinsame Ziele, Strategien und Identität. Die Vertreter der Bewegung verstanden sich unmissverständlich als Akteure der Zivilgesellschaft, welche die Handlungen der Politik beobachteten, kommentierten und überwachten. Gegenüber dem zunehmend autoritär auftretenden Regime sollten die eigene Unabhängigkeit sowie akademische Freiheiten und Bürgerrechte mittels gewaltfreier Methoden verteidigt werden. Die Bewegung sah sich als „kollektives Gewissen“, den Studenten oblag die Pflicht Machtstrukturen aufzudecken und eine kritische Meinungsbildung aufrecht zu erhalten.²¹ Über ihr Streben nach Präsenz in der Öffentlichkeit forderten die Studenten wesentliche Grundrechte ein. In internen Debatten bemühen sie sich gleichzeitig um die Verinnerlichung einer demokratieorientierten politischen Kultur. Durch den Widerstand gegen *Bassij* und Sicherheitskräfte stellte die Bewegung ihre Konfliktbereitschaft unter Beweis.

DIE FRAUENBEWEGUNG

Mit einer mehr als hundertjährigen Geschichte zählt die Frauenbewegung zu den ältesten sozialen Bewegungen Irans. Nach der Revolution 1979 verloren Frauen durch die Islamisierungspolitik des neuen Regimes allerdings innerhalb weniger Monate viele der bürgerlichen Rechte, die sie sich über Jahrzehnte hinweg erkämpft

20 Elling: Reviewing; Elling, Rasmus Christian: „Bring in the Dead: Martyr Burials and Election Politics in Iran“, in: Middle East Report Online vom 19.03.2009.

21 Afshari, Ali: „The Challenges of the Student Movement in the Post-Reform Era“, in: Gozaar. A Forum on Human Rights and Democracy in Iran vom 20.01.2008.

hatten. Diese Benachteiligung stieß auch unter prinzipiellen Befürworterinnen des neuen Systems auf Widerstand. Frauen mit religiösem Hintergrund und teilweise enger Bindung an das Regime setzten sich auf Basis einer islamisch geprägten Argumentation für eine Gleichstellung der Frau ein. Dieser „islamische Feminismus“ gewann an Dynamik, als mit Kriegsende und Beginn des Wiederaufbaus zu Beginn der 1990er Jahre die Widersprüche zwischen dem Bildungsniveau von Frauen, ihrer Präsenz auf dem Arbeitsmarkt und in der Öffentlichkeit sowie den ihnen auferlegten legalen und moralischen Einschränkungen immer eklatanter wurden.²²

Eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung des feministischen Diskurses in der Islamischen Republik spielte die Frauenpresse. Unumstrittene Vorreiterin war die Zeitschrift *Zanan*, die erstmals im Februar 1992 erschien. *Zanan* trieb eine selbstständige und realitätsnahe Interpretation des Islam aus Frauenperspektive voran, scheute sich gleichzeitig nicht, auch auf westliche Quellen zuzugreifen und erweiterte somit den Horizont feministischer Argumentation. Die Herausgeberin Shahla Sherkat verfolgte gezielt die Idee eines intellektuellen Leitmediums und suchte ihr Publikum unter der gebildeten Bevölkerung, um dort Debatten anzustoßen, die sich auch auf den Rest der Gesellschaft auswirken sollten.²³ Junge Aktivistinnen weisen darauf hin, dass die Tätigkeit für *Zanan* und andere Zeitschriften nicht nur ihre Selbstwahrnehmung als Verfechterinnen von Frauenrechten, sondern auch ihre Fähigkeiten zu Analyse und Argumentation erheblich geschärft habe. Diese Entwicklungen sollten entscheidende Bedeutung für das Aufkommen zahlreicher Weblogs und Webseiten sowie die Entstehung einer horizontalen, vorwiegend auf Eigeninitiative beruhenden Struktur der Frauenbewegung haben.²⁴

22 Keddie, Nicki: „Women in Iran since 1979“, in: *Social Research. An International Quarterly of the Social Sciences* 67 (2) (2000), S. 405-38; Kian-Thiébaud, Azadeh: „From Islamization to the Individualization of Women in Post-Revolutionary Iran“, in: Ansari, Sarah/Martin, Vanessa (Hg.), *Women, Religion and Culture in Iran*, Richmond: Curzon 2002, S. 127-42; Paidar, Parvin: *Women and the Political Process in Twentieth Century Iran*, Cambridge: Cambridge University Press 1995.

23 Mir-Hosseini, Ziba: „Stretching the Limits: A Feminist Reading of the Shari’a in Post-Khomeini Iran“, in: Yamani, Mai (Hg.), *Feminism and Islam: Legal and Literary Perspectives*, London: Garnet 1996, S. 284-320; Mir-Hosseini, Ziba: „Debating Women: Gender and the Public Sphere in Post-Revolutionary Iran“, in: Sajoo, Aryn B. (Hg.), *Civil Society in the Muslim World. Contemporary Perspectives*, London/New York: I.B.Tauris 2002, S. 95-122; Ziai, Atussa: *Frauen und Zivilgesellschaft in Iran. Die Frauenzeitschrift Zanan als Beispiel für eine wachsende Öffentlichkeit in Iran*, Berlin: Freie Universität Berlin (unveröffentlichte Magisterarbeit) 2005.

24 Interview mit zwei Journalistinnen, Teheran 09.11.2008.

Trotz Fortschritten in Bezug auf die soziale Stellung von Frauen und die öffentliche Wahrnehmung ihrer Belange unter der Khatami-Regierung blieben konkrete Verbesserungen auf rechtlicher Ebene aus. Frauenrechtlerinnen mussten realisieren, dass ihre Anliegen auch von den politischen Reformern nur stiefmütterlich behandelt wurden und gingen deshalb, ähnlich wie die Studentenbewegung, auf Distanz zur Reformregierung. Im Juni 2005 nutzten Aktivistinnen die offene Atmosphäre vor den Präsidentschaftswahlen, um mit einem Sit-in vor der Universität Teheran auf die rechtliche Diskriminierung von Frauen in der iranischen Verfassung aufmerksam zu machen. Diese gemeinsame Aktion vereinte erstmals die unterschiedlichen Akteurinnen der Frauenbewegung zu einer breiten, unabhängig auftretenden Koalition.²⁵

Mit dem Aufstieg der Ultrakonservativen verlor die Frauenbewegung rasch viele essentielle Ressourcen und war erneuten Einschränkungen ausgesetzt. Die Regierung Ahmadinezhad kürzte die Gelder für von der Khatami-Regierung unterstützte NROs und initiierte ein Programm für „soziale Sicherheit“, in dessen Rahmen neu formierte Sittenpatrouillen der Polizei die offiziellen Kleidungs Vorschriften wieder strenger durchsetzten. Als Aktivistinnen im März und Juni 2006 den friedlichen Protest des Vorjahres wiederholen wollten, sahen sie sich von Seiten der Sicherheitskräfte Gewaltanwendung und Verhaftungen ausgesetzt.

Die zunehmende Repression zwang die Frauenbewegung zu einer strategischen Neuorientierung. Die Gesetzgebung der Islamischen Republik wurde als zentrales Hindernis auf dem Weg zur Gleichberechtigung identifiziert. Dieser Fokus bot eine Grundlage, um die verschiedenen Flügel der Bewegung zusammenzuführen, musste doch die Überwindung interner Zersplitterung als entscheidende Erfolgsbedingung für die Auseinandersetzung mit dem autoritären Staat angesehen werden.²⁶ Im Sommer 2006 entstand die Idee zu einer Unterschriftenkampagne, mit der das Parlament zu einer Änderung diskriminierender Gesetze aufgefordert werden sollte. Die „Eine-Million-Unterschriftenkampagne“ und andere ähnliche Initiativen basierten auf freiwilligem Engagement, waren offen strukturiert und bewahrten strikte Unabhängigkeit von politischen Institutionen oder internationalen Geldgebern. Die hohe Eigenverantwortung, die Aktivistinnen im Rahmen der einzelnen Projekte übernehmen konnten, förderte ihre Einbindung in die Bewegung und hemmte die Herausbildung von Hierarchien. Durch die Konzentration auf präzise legislative Forderungen konnten ideologische Differenzen unter den Aktivistinnen überwunden und neue Anhänger mobilisiert werden. Vor allem der Zulauf vieler junger,

25 Mir-Hosseini, Ziba: „Is time on Iranian Women Protesters' Side?“, in: Middle East Report Online vom 16.06.2006; Shekarloo, Mahsa: „Iranian Women Take On the Constitution“, in: Middle East Report Online vom 21.07.2005.

26 Shadi Sadr: „Zur Lage der Frauenbewegung nach den Wahlen“, Sharq vom 13.12.2005.

pragmatisch orientierter Frauen bereicherte die Bewegung mit neuen Ideen und Methoden. In diesem Zusammenhang gewann auch das Internet zunehmend an Bedeutung für die interne und externe Kommunikation der Frauenbewegung.

Justiz und Sicherheitsbehörden reagierten mit verstärkter Repression. Bis Mitte 2008 wurden mehr als vierzig Mitwirkende der Unterschriftenkampagne verhaftet und verhört; andere Aktivistinnen mit Ausreiseverboten, Gefängnis- oder Kautionsstrafen belegt.²⁷ Neben zahlreichen Webseiten und Blogs schlossen die Behörden im Januar 2008 nach 16jährigem Erscheinen auch die Zeitschrift *Zanan*. Gleichwohl gelang es der Frauenbewegung, mittels einer ebenso pragmatischen wie kreativen Anpassung an das veränderte politische Umfeld die autoritäre Regression nach 2004 nicht nur zu überstehen, sondern auch über ihre Initiativen den autoritären Staat herauszufordern und sich als gestaltende zivilgesellschaftliche Kraft weiterzuentwickeln. Die offenen und hierarchiefreien Formen des Engagements förderten zudem die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur innerhalb der Bewegung: eine der Mitinitiatorinnen bezeichnete die Unterschriftenkampagne als „*lived tutorial in active democracy*“.²⁸ Die flexiblen, netzwerkartigen und zum Teil auf Internetkommunikation beruhenden Strukturen, welche die Frauenbewegung im Laufe der ersten Amtszeit von Ahmadinezhad entwickelte, nahmen im Prinzip Form und Gestalt der Grünen Bewegung vorweg.

DIE ZIVILGESELLSCHAFT UND DIE WAHLKRISE 2009

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2009 lockerte das iranische Regime die Einschränkungen, denen die Zivilgesellschaft während der zuvorgehenden Jahre ausgesetzt gewesen war. Eine Atmosphäre relativer Freiheit sollte den Wahlkampf animieren und zu einer hohen Wahlbeteiligung beitragen, welche die Legitimität des Regimes stärken würde. Studenten, Frauenrechtlerinnen und auch Journalisten nutzten diese Phase, um wieder an die Öffentlichkeit zu treten und im Rahmen der Wahlkampagne eigene Themen und Kritik zur Sprache zu bringen. Dabei unterstützten sie nicht zwangsläufig einen der Kandidaten, sondern versuchten vor allem deren programmatische Standpunkte und die öffentliche Debatte zu beeinflussen.

Großes zivilgesellschaftliches Potential entfalteten Initiativen, welche die Abwahl Ahmadinezhads und eine Wiederaufnahme der Reformpolitik zum Ziel hatten. Im Winter 2008 initiierten junge Reformanhänger eine Kampagne für eine erneute

27 International Campaign for Human Rights in Iran: „The Systematic Repression of the Women’s Rights Movement“, New York 2009.

28 Ahmadi-Khorasani, Noushin: Iranian Women’s One Million Signatures Campaign for Equality. The Inside Story, Bethesda: Women’s Learning Partnership 2010, S. 40.

Kandidatur Khatamis, die später auf Mussavi umschwenkte. Zwar agierten solche Kampagnenteams unter Anbindung an politische Parteien wie die *Mosharekat*, zeigten aber dennoch viel Eigenständigkeit. In der Vereinigung *Setad 88* beispielsweise warben junge Khatamianhänger parallel zum zentral geführten offiziellen Wahlkampfstab für Mussavi. Mit einem landesweiten Netzwerk an Mitwirkenden organisierte *Setad 88* einen Gedenktag an den historischen Wahlsieg Khatamis im Mai 1997, zu dem der frühere Präsident sowie Mussavi, seine Frau und andere Reformpolitiker in verschiedenen Städten auftraten. Auch die Bildung einer kilometerlangen „grünen“ Menschenkette quer durch Teheran ging auf *Setad 88* zurück.²⁹

In Kombination mit dem in der Gesellschaft verbreiteten Wunsch nach einem politischen Wechsel mobilisierten diese Aktivitäten kurz vor der Wahl die Bevölkerung. Zusätzlich führten die Fernsehdebatten zwischen den Kandidaten, in denen erhebliche Differenzen zwischen Ahmadinezhad und seinen Herausforderern deutlich wurden, vielen Wählern die Bedeutung der vor ihnen liegenden Entscheidung vor Augen und beseitigten Reste politischer Indifferenz. Vor allem die iranische Mittelschicht, deren politische und wirtschaftliche Belange in den vier Jahren unter Ahmadinezhad keine Beachtung gefunden hatten, erhoffte sich durch eine Abwahl des Präsidenten mehr Offenheit in der Politik, wirtschaftlichen Aufschwung und eine Verbesserung des internationalen Ansehens Irans.³⁰

Nur mit Blick auf das Ausmaß der Mobilisierung vor den Wahlen lassen sich die massiven Demonstrationen nach Verkündung der offiziellen Stimmresultate erklären. Die kurzzeitige Rückeroberung des öffentlichen Raums und die kontroversen Debatten in den letzten Tagen der Kampagne hatten den Menschen das Gefühl vermittelt, mit ihrer Stimme als vollwertige Staatsbürger Einfluss auf die Entwicklung des Landes nehmen zu können. Der Auffassung des iranischen Politikwissenschaftlers Bashiriyeh zufolge öffnete sich eine nicht mehr zu tolerierende Kluft zwischen den gestiegenen Erwartungen vor der Wahl und dem offiziellen Wahlergebnis. Die Entmündigung durch eine kleine Machtelite, die rücksichtslos und ohne Respekt vor dem Willen des Volkes vorzugehen schien, hatte öffentliche Empörung von bislang ungekannter Dimension zur Folge und trieb die Menschen auf die Straße. Der Ärger über die durch Wahlmanipulation getäuschten Hoffnungen kanalisierte über Jahre aufgestaute Frustrationen in der konkreten politischen Forderung nach einer Wiederholung der Wahl, die letztlich den Grundstein für die Agenda der Grünen Bewegung bildete. Zusätzlichen Antrieb erhielt die Protestbewegung durch die öffentliche Solidarisierung der unterlegenen Oppositionskandida-

29 Ghafouri: *Setad 88*.

30 Kheradpir, Ali: „A Step Forward“, in: Michaelsen, Marcus (Hg.), *Election Fallout. Iran's Exiled Journalists on their Struggle for Democratic Change*, Berlin: Hans Schiler Verlag 2011, S. 30-47.

ten mit der Bevölkerung sowie die offensichtlichen Differenzen innerhalb der Führungselite.³¹

Vom Wahlprotest zur Grünen Bewegung

Das Regime beantwortete die Proteste der Bevölkerung mit Gewalt und Repression. Bereits in den beiden Tagen nach der Wahl sowie am Rande der großen, generell friedlich verlaufenden Demonstration vom 15. Juni gab es erste Tote. Die Freitagspredigt des Revolutionsführers, in der Khamenei eine Woche nach der Wahl eine klare Warnung an die Protestierenden aussprach, gab den Sicherheitskräften schließlich grünes Licht. Die Niederschlagung der Demonstrationen am Tag darauf hatte unzählige Verletzte sowie Todesopfer zur Folge – darunter auch Neda Agha-Soltan, deren Tod vor der Kamera eines Mobiltelefons zum Symbol der Protestbewegung wurde. Zwar dämmte die von Seiten des Staates eingesetzte Gewalt das Ausmaß der nachfolgenden Demonstrationen erheblich ein, doch boten den ganzen Herbst hindurch verschiedene Feier- und Gedenktage immer wieder Anlass für ein Aufflammen der Straßenproteste. Erst im Dezember gelang es dem Regime, über ein massives Polizeiaufgebot in den Städten, zahllose Verhaftungen und rücksichtsloses Vorgehen gegen die Demonstrationen an den religiösen Feiertagen des schiitischen Trauermonats Moharram die Protestbewegung weitgehend unter Kontrolle zu bringen. Zu dem mit Spannung erwarteten Jahrestag der Revolution, am 11. Februar 2010, kamen nur noch vereinzelt Gruppen von Anhängern der Grünen Bewegung auf die Straße.³²

Spätere Untersuchungen machten deutlich, dass Polizeikräfte und *Bassij* bereits vor der Wahl im Juni alarmiert und auf Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung vorbereitet worden waren. Auch Misshandlungen und Folter an inhaftierten Demonstrationsteilnehmern hatten den Rückhalt von Ultrakonservativen in Regierung, Justiz, und Sicherheitsapparat.³³ Der Eindruck einer längerfristigen Planung des Wahlcoups wurde durch die systematische Verhaftungswelle gegen Reformpolitiker, Wahlaktivisten und Journalisten zusätzlich verstärkt. Unter Folter und psychologischem Druck erzwungene Geständnisse, die im Fernsehen vorgeführt wurden,

31 Bashiriyeh, Hossein: „Counter-Revolution and Revolt: An Interview with Iranian Political Scientist Hossein Bashiriyeh“, in: *Constellations* 17 (2010), S. 61-77.

32 Ghafouriazar, Babak: „Playing on the Enemy’s Field. The Regime’s Brutal Crackdown on the Green Movement in the Winter of 2009-2010“, in: Michaelsen, Marcus (Hg.), *Election Fallout. Iran’s Exiled Journalists and their Struggle for Democratic Change*, Berlin: Hans Schiler Verlag 2011, S. 99-117.

33 International Campaign for Human Rights in Iran: „Men of Violence. Perpetrators of the Post-Election Crackdown“, New York 2010.

sollten die offizielle Argumentation von einer verhinderten „samtenen Revolution“ untermauern. Die Anklageschriften der Schauprozesse identifizierten alle wesentlichen Kräfte der Zivilgesellschaft, also Studenten, Intellektuelle, Journalisten sowie Menschen- und Frauenrechtlerinnen als Akteure eines vom Ausland finanzierten Netzwerkes, das auf einen Umsturz der Islamischen Republik hingearbeitet hatte. Dieses Szenario lieferte quasi ein Drehbuch für systematische Verhaftungen und juristische Verfolgung, welche die Reformelite und die Aktivisten aus dem Mittelbau der Bewegung ins Gefängnis brachten oder ins Exil trieben.³⁴

Bemerkenswert an der Entwicklung der Grünen Bewegung im ersten Jahr nach den Wahlen ist, dass gerade die Reaktionen auf die von Seiten des autoritären Staates verübte Gewalt die politische Reife und das demokratische Potential der Zivilgesellschaft deutlich machten. Anstatt auf die fatale Logik von Vergeltung und Gegengewalt einzugehen, unterstrichen die Protestler immer wieder den friedlichen Charakter ihrer Aktivitäten und zeigten große Solidarität mit den Opfern der Unterdrückung. Dem iranischen Philosophen Jahanbegloo zufolge gewann die Grüne Bewegung durch diese Verknüpfung von gewaltfreiem Widerstand und der Ablehnung von Brutalität und Bigotterie des Regimes ein hohes moralisches Kapital. Damit distanzierte sie sich nicht nur von den abrupten, meist gewalttätigen Machtwechseln, welche bislang die iranische Geschichte geprägt hatten, sondern knüpfte auch an die universelle Symbolkraft von Freiheitsbestrebungen wie der Bürgerrechtsbewegung um Martin Luther King oder den indischen Unabhängigkeitskampf hinter Gandhi an. Neuartig war Jahanbegloo zufolge außerdem der Verzicht auf charismatische Führungsfiguren: zu Ikonen wurden vor allem die jugendlichen Opfer der Unterdrückung; einfache Menschen, die mit ihren Hoffnungen und Ambitionen für die iranische Bevölkerung standen. In diesem „post-ideologischen“ bzw. „post-charismatischen“ Charakter der Bewegung sieht Jahanbegloo großes Potential für einen nachhaltigen Wandel der iranischen Gesellschaft.³⁵

Bei Betrachtung der Grünen Bewegung als konfliktorientierte Oppositionskraft werden indes auch die Schwächen deutlich, welche der erfolgreichen Herausforderung der gewaltbereiten Machtelite entgegenstanden und letztlich ihre Neutralisierung durch den Repressionsapparat ermöglichten. Dazu zählen genau jene Eigenschaften, die eine Zeitlang den Fortbestand der Bewegung sicherten: ein geringer Organisationsgrad und die Abwesenheit eines oder mehrerer Führer, die das Mobilisierungspotential der Anhänger gezielt ausschöpfen und lenken könnten. Zudem

34 Iran Human Rights Documentation Center: „Violent Aftermath: The 2009 Election and Repression of Dissent in Iran“, New Haven 2010.

35 Jahanbegloo, Ramin: „The Two Sovereignties and the Legitimacy Crisis in Iran“, in: *Constellations* 17 (1) (2010), S. 22-30.; Jahanbegloo, Ramin: „Iran: The Green Movement and Moral Capital“, Blog *Enduring America* vom 08.05.2010.

entwickelte die Bewegung keine konkrete politische Programmatik, mit der beispielsweise auch die Belange der Arbeiterschaft oder der einfachen Bevölkerung angesprochen wurden. Insofern entfaltete die Grüne Bewegung vor allem als zivilgesellschaftliche Kraft der Mittelschicht Geltung. Sie verlieh einer bereits bestehenden demokratieorientierten politischen Kultur neuartigen Ausdruck und trieb deren Entwicklung voran. Bereits in der ersten Amtszeit Ahmadinezhads war die Zivilgesellschaft gezwungen, sich deutlicher als bisher vom zunehmend repressiv auftretenden Staat abzugrenzen und interne Differenzen zu überwinden. Die gefälschten Wahlen und die Niederschlagung der Proteste vertieften diesen Solidarisierungsprozess. Die Betonung von Toleranz, Gewaltlosigkeit und Pluralismus einerseits und der Verweis auf grundlegende Werte der iranisch-schiitischen Nationalkultur andererseits boten einen authentischen und alltäglich erfahrbaren Gegenentwurf zum Gesellschaftsmodell der autoritären Machtelite und stellten die ohnehin erschütterte Hegemonie des Regimes in Frage. Gleichzeitig intensivierten die offenen und netzwerkartigen Strukturen der Grünen Bewegung die Kommunikation zwischen den beteiligten Akteuren, wodurch Selbstreflektion, Konsensfindung und letztlich auch eine interne Demokratisierung gefördert wurden. Aufgrund der Zensur der Massenmedien sowie des transnationalen Charakters der Bewegung, die immer auch die iranische Exilgemeinde mit einbezog, spielten hierbei über interpersonale Debatten, kleine Medien und vor allem das Internet gebildete Gegenöffentlichkeiten eine wichtige Rolle.

4. Medien in Iran

Bereits vor der Islamischen Revolution 1979 waren iranische Medien eng in die politische und gesellschaftliche Entwicklung des Landes involviert. Medien wurden einerseits durch wechselnde Machthaber zu Zwecken der Herrschaftslegitimation instrumentalisiert, bildeten andererseits wichtige Werkzeuge veränderungswilliger Akteure. Der von Katouzian als „*short-term-society*“ beschriebene historische Zyklus zwischen autoritärer Herrschaft und gesellschaftlichem Aufbegehren prägte auch den Entwicklungsweg der iranischen Presse: Kurze Phasen journalistischer Freiheit, die mit einem rapiden Anstieg an Publikationen einhergingen, wechselten mit langen Perioden der staatlichen Einschränkung, Kontrolle und Zensur.¹ Die Massenmedien Radio und Fernsehen hingegen waren der Herrschaftselite im Staat direkt untergeordnet. Nach der Revolution war sich das neue Regime der Bedeutung dieser Kommunikationsinstrumente bewusst. Nicht umsonst symbolisierte die Eroberung des zentralen Fernseh- und Rundfunkgebäudes in Teheran den endgültigen Sieg über das Schahregime. Hatten Audiokassetten als kleine Medien sich als ausschlaggebendes Mittel des Widerstands gezeigt, so bildeten die großen Medien ein zentrales Instrument für die Durchsetzung der neuen Ordnung. Der Revolutionsführer Khomeini forderte dementsprechend eine ebenso zügige wie konsequente Islamisierung des Staatsfernsehens.²

-
- 1 Katouzian: *The Short-Term*; Motamed-Nejad, Kazem: „Médias et pouvoir en Iran“, in: CEMOTI 20 (1995); Shahidi, Hossein: *Journalism in Iran. From mission to profession*, London/New York: Routledge 2007.
 - 2 Chelkowski, Peter/Dabashi, Hamid: *Staging a Revolution: The Art of Persuasion in the Islamic Republic of Iran*, New York: New York University Press 1999; Sreberny-Mohammadi/Mohammadi: *Small Media*.

STIMME DES REGIMES: RADIO UND FERNSEHEN

Die Bedeutung der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt (englische Eigenbezeichnung IRIB – *Islamic Republic of Iran Broadcasting*) für das Regime der Islamischen Republik zeigt sich schon allein dadurch, dass der Revolutionsführer den Leiter der Institution direkt ernennt und diese somit unabhängig von den Regierungswechseln im Kulturministerium macht. Unter Khamenei wurde das Fernsehen zu einem einflussreichen Instrument in den Händen führertreuer Konservativer und Ultrakonservativer.³ Der Revolutionsführer hat wiederholt die Rolle des Fernsehens für die Erziehung der Gesellschaft und die Abwehr eines „Kultur- und Medienkriegs“ betont, welcher von Seiten der „Großmächte“ gegen die Islamische Republik geführt würde. Aufgabe des Fernsehens sei es, gegen die „kulturelle Invasion“ Widerstand zu leisten und die Strategien der „zionistischen Kapitalzentren“ mittels einer professionellen Programmgestaltung unschädlich zu machen.⁴

Ab Mitte der 1990er Jahre wurde die IRIB umfassend reformiert und ihre Ressourcen aufgestockt. Aufgrund der wachsenden Verbreitung des Satellitenfernsehens entstand Bedarf an attraktiven und zugleich ideologisch akzeptablen Programmen, wollte man verhindern, dass das Publikum sich den ausländischen Kanälen zuwandte. Außenpolitische Ambitionen der Islamischen Republik wurden durch die Einrichtung fremdsprachiger Satellitenprogramme deutlich, neben arabischen Sendern entstand 2007 auch der englischsprachige Nachrichtenkanal *Press TV*.⁵ Obwohl das Budget von IRIB größtenteils aus dem Staatshaushalt abgedeckt wird und die Institution im Prinzip ein „nationales Medium“ darstellt, haben moderate und reformorientierte Politiker immer wieder die einseitige und tendenziöse Berichterstattung kritisiert. Vor den Präsidentschaftswahlen 1997 favorisierte IRIB eindeutig den konservativen Gegner Khatamis, andere Sendungen denunzierten liberale Intellektuelle. Unter dem derzeitigen Leiter Ezzatollah Zarghami, einem ehemaligen Offizier der Revolutionsgarden, entwickelte das Staatsfernsehen die professionell und modern aufgemachte Nachrichtensendung „20:30“, welche die Standpunkte politischer Gegner mittels lückenhafter Berichterstattung zu untergra-

-
- 3 Khiabany, Gholam: „The Politics of Broadcasting in Iran: Continuity and Change, Expansion and Control“, in: Ward, Peter Ed./Ward, David (Hg.), *Television and Public Policy: Change and Continuity in an Era of Liberalization*, New Jersey: Lawrence Erlbaum Associates 2007, S. 283-305, hier S. 290f.
 - 4 „Hinweise des Obersten Führers an die Leiter von IRIB zur Abwehr der Medieninvasion“, Hamshahri (Internetausgabe) vom 05.02.2003.
 - 5 Barraclough, Steven: „Satellite Television in Iran: Prohibition, Imitation and Reform“, in: *Middle Eastern Studies* 37 (3) (2001), S. 25-48; „Iran: Tehran’s New International TV Station Faces Hurdles“, RFE/RL vom 28.06.2007.

ben suchte.⁶ Nach der Wahlkrise 2009 propagierte das Fernsehen die Version des Regimes von einer angeblich verhinderten „samtenen Revolution“ und übertrug einen Teil der Schauprozesse sowie die erzwungenen Geständnisse der Inhaftierten.

IRIB und die Wahlen 2009

Während der Wahlkampagne strahlte das Fernsehen erstmalig live übertragene Debatten zwischen den Kandidaten aus. Vor allem die Begegnung zwischen Mussavi und Ahmadinezhad war hochgradig kontrovers. Mit strittigen Statistiken versuchte der Präsident die Errungenschaften seiner Amtszeit zu belegen. Er stellte den akademischen Grad von Mussavis Ehefrau, einer anerkannten Universitätsprofessorin, in Frage und behauptete, Rafsanjani lenke die gesamte Kandidatur Mussavis. Damit nahm Ahmadinezhad das entscheidende Motiv der Wahl von 2005 wieder auf, bei der er sich als bescheidener Herausforderer eines mächtigen und korrupten Establishments präsentiert hatte. Im Gegenzug bezeichnete Mussavi ihn als gefährlichen Lügner: „Wir haben es mit jemandem zu tun, der in aller Ruhe erklärt, zwei mal zwei sei nicht vier.“ Die Konflikte innerhalb der Elite, die sonst hinter den Kulissen oder über Presse und Internet ausgetragen wurden, zeigten sich erstmalig in aller Deutlichkeit vor einem Millionenpublikum. Die Debatten steigerten das Interesse der Bevölkerung an den Wahlen enorm. Der Versuch, in offensichtlicher Orientierung am US-amerikanischen Wahlkampf das demokratische Erscheinungsbild der Wahlen zu verbessern und mehr Legitimität zu gewinnen, resultierte in einer hohen Mobilisierung und Polarisierung der Wähler. Die autoritäre Kontrolle über die Wahl wurde somit deutlich erschwert – zweifellos eine unbeabsichtigte Konsequenz der taktischen Öffnung der Staatsmedien.

Das politische Gewicht des iranischen Staatsfernsehens beruht vor allem auf seiner Monopolstellung. Die Hauptprogramme sind landesweit zu empfangen, in Bezug auf die Berichterstattung zu inneriranischen Ereignissen bilden die Nachrichten von IRIB die wichtigste Informationsquelle für die Bevölkerung.⁷ Auch wenn persisch-

6 „Nationales Medium“, Kargozaran (Internetausgabe) vom 15.12.2008; „Ein Blick auf die Arbeit von IRIB im Bereich von Nachrichten und Politik; 10:1 zugunsten der Prinzipientreuen“, Emruz vom 19.11.2006.

7 In einer Umfrage des Zentrums für Medienforschung in Teheran gaben 78 Prozent der Befragten an, tägliche Nachrichten zu Iran dem staatlichen Radio- und Fernsehprogramm zu entnehmen, gefolgt von der Tagespresse (13 Prozent), dem Austausch mit Freunden und Familie (7 Prozent) und dann erst Internet und Satellitenfernsehen (jeweils 5 Prozent). Zentrum für Medienforschung: „Charakteristika der Zeitungsnutzung in Teheran“, Teheran 2006.

sprachige Satellitenprogramme eine wesentliche Herausforderung für Staatsfernsehen und Regime darstellen, können sie doch ohne Korrespondenten vor Ort kaum authentisch über Geschehnisse in Iran berichten. Nicht zuletzt deshalb wehrt sich die Machtelite vehement gegen die Einrichtung von privaten Fernsehsendern in Iran. Die enge Bindung der Massenmedien an die politischen Machthaber bleibt für das Regime unverhandelbar.⁸

HISTORISCHES KONFLIKTFELD: DIE PRESSE

In den mehr als dreißig Jahren der Islamischen Republik hat die Presse nur wenige Höhen, dafür aber lange Tiefen durchlebt. Im so genannten „Frühling der Freiheit“ (*bahar-e azadi*) nach der Revolution endeten jahrelange Unterdrückung und Zensur durch die Monarchie in einer wahren Explosion journalistischer Aktivität. Innerhalb kurzer Zeit entstanden mehr als 600 neue Pressepublikationen, welche die vielfältigen Positionen der revolutionären Bewegung reflektierten.⁹ Die Errichtung des neuen Regimes und der Ausbruch des Krieges im September 1980 unterwarfen die Presse jedoch rasch wieder der staatlichen Kontrolle. Khomeinis Anhänger gingen entschieden gegen Andersdenkende vor und auch die Zensur im Namen des Nationalinteresses sowie der wirtschaftliche Notstand senkten die Anzahl der Publikationen drastisch. Erst die Phase des Wiederaufbaus unter Präsident Rafsanjani ging mit einer vorsichtigen Öffnung des Pressebereichs einher. In dieser Zeit thematisierten die Zeitschriften der Reformintellektuellen wie *Kiyan* sowie auflagenstarke und beliebte Tageszeitungen wie *Salam* und *Hamshahri* soziopolitische Widersprüche des neuen Systems, verdeutlichten politische Differenzen innerhalb der Elite und kamen dem Verlangen der Leser nach mehr Diversität nach.¹⁰

Diese Entwicklung erhielt durch die Wahl Mohammad Khatamis zum Präsidenten im Mai 1997 erheblichen Auftrieb. In den ersten drei Jahren ihrer Amtszeit ließ

8 Der unterlegene Mehdi Karrubi kündigte nach der Präsidentschaftswahl 2005 an, nicht nur eine eigene Partei und Zeitung, sondern auch einen Fernsehsender zu gründen, der aus Dubai via Satellit nach Iran ausgestrahlt werden sollte. Dieses Projekt scheiterte am Widerstand der Konservativen im Nationalen Sicherheitsrat, der Justiz und dem Umfeld des Revolutionsführers, die darin einen Verstoß gegen die Verfassung und die nationalen Interessen sahen. „Saba – eine neue Brise?“, BBC Persian vom 28.12.2005.

9 Shahidi: Journalism, S. 17ff.

10 Zu diesen beiden Tageszeitungen vgl. Farhi: Improvising, S. 154ff.

die Reformregierung mehr als 750 neue Publikationen zu.¹¹ Nach einem Jahr erschienen allein in Teheran 32 Tageszeitungen, insgesamt waren 838 Publikationen auf dem Markt.¹² Die bemerkenswerte quantitative Entwicklung der iranischen Presse zu Beginn der Reformära bedeutete auch einen beachtlichen Schritt hin zu einer inhaltlichen Pluralisierung der Printmedien. Die neuen Publikationen boten Raum für eine größere Diversität an Themen und Ansichten. Die Presse wagte sich vermehrt an Tabuthemen, viele junge Leute versuchten sich mit Idealismus und Ideenreichtum im Journalismus und brachten verschiedenste soziale Fragen zur Sprache. In den Tageszeitungen stieg der Anteil kritischer Artikel ebenso wie die Anzahl der veröffentlichten Lesermeinungen. Steigende Auflagen und morgendliche Menschentrauben vor den Zeitungskiosken verdeutlichten die enorme Nachfrage der Leserschaft.

Im politischen Themenbereich setzten die Reformzeitungen neue Maßstäbe an Kritik, Unabhängigkeit und Transparenz. Investigative Recherchen beleuchteten die Hintergründe der Mordserie an Intellektuellen oder den Überfall auf das Studentenheim der Teheraner Universität. Leitartikel kommentierten Leistung und Handeln der Politiker. Dem Informationshunger der Leser folgend überschritten die Reformblätter immer neue politische Grenzen. Damit machte sich die Reformpresse Farhi zufolge zum Träger und Symbol der öffentlichen Meinung, die zu einer Instanz wurde, mit der selbst autoritär orientierte Regimeakteure rechnen mussten:

„...People with views‘ (*saheb-nazaran*) now had opinions about everything ranging from the relationship between Islam and democracy to the dynamics of elite competition, the bills debated in parliament, the way the investigation of the serial murders was being conducted, and foreign policy. Opinion polls became legitimate and oft-reported news. And the press became the vehicle through which differentiated opinions were made public, not merely as a means to inform but also as a claim to power.“¹³

Reformbewegung und Presse verstärkten sich gegenseitig in einer „symbiotischen Beziehung“: Während die Zeitungen von den Freiräumen profitierten, die ihnen die Reformregierung geschaffen hatte, steigerten sie ihrerseits mit offener Berichterstattung und engagierten Diskussionen die Unterstützung der Bevölkerung für die in Aussicht gestellten politischen Veränderungen und Reformen. An der Verbreitung

11 Bahrampur, Shabani: Die Presse in der Reformära. Herausforderungen und Entwicklungen (Matbuat dar dowreh-ye eslahat. Chalesh-ha va tahavvolat), Teheran: Zentrum für Medienforschung 2005, S. 30.

12 Khiabany, Gholam/Sreberny, Annabelle: „The Iranian Press and the Continuing Struggle over Civil Society 1998-2000“, in: Gazette 63 (2-3) (2001), S. 203-23, hier S. 207.

13 Farhi: Improvising, S. 151.

von Schlüsselkonzepten der Reform- und Demokratiebewegung, wie Zivilgesellschaft, Pluralisierung und Menschenrechte, hatte die Presse wesentlichen Anteil.¹⁴ Insofern ist es kaum verwunderlich, dass die derart herausgeforderten strategischen Gruppen des konservativen Lagers gezielt gegen die Presse vorgehen, um ihre Macht zu verteidigen. Diese wurde somit zu einem zentralen Austragungsort der Konflikte zwischen den gegnerischen Fraktionen.¹⁵ Zahlreiche bekannte Journalisten und Reformintellektuelle wurden verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Im Frühjahr 2000 schloss die Justiz innerhalb weniger Tage 18 Publikationen, darunter 12 Tageszeitungen. Zwischen 1998 und 2003 wurden über 100 Publikationen verboten und mehr als 2000 Journalisten arbeitslos.¹⁶

Nach dem Amtsantritt Ahmadinezhads kündigte schon die Auswahl des neuen Kulturministers schwere Zeiten an. Als ehemaliger Offizier der Revolutionsgarden hatte Hossein Saffar-Harandi in der Redaktionsleitung der ultrakonservativen Zeitung *Keyhan* gearbeitet, die für ihre Angriffe gegen liberale Journalisten und Intellektuelle berüchtigt war. Im ersten Jahr der Regierung Ahmadinezhad wurden 34 Publikationen verboten. Um die Pressezensur durchzusetzen, nutzten die Behörden auch das Internet: online konnten Artikel noch vor dem Druck effektiv kontrolliert und Änderungen eingefordert werden. Ständige Klagen, Beschwerden und Drohungen verschärften die Selbstzensur unter den Journalisten. Auch auf wirtschaftlicher Ebene setzte die Regierung die Zeitungen unter Druck. Viele Publikationen waren abhängig von staatlichen Subventionen, die nunmehr zugunsten regierungshöriger Blätter umverteilt wurden. Staatliche Firmen erhielten Anweisung, Anzeigen aus kritischen Zeitungen zurückzuziehen. Eine Steigerung dieser Einschränkungen schien für viele Journalisten kaum vorstellbar, doch die Folgen der Wahlkrise 2009 bedeuteten eine neuerliche Zäsur. In den ersten sechs Monaten kamen mehr als 100 Journalisten für kürzere oder längere Zeit in Haft. Über 50 Journalisten verließen das Land und begannen eine neue Existenz im Exil.¹⁷

14 Khiabany/Sreberny: Iranian Press, S. 215. Shahidi: Journalism, S. 133ff

15 Vgl. hierzu auch: Jalaeipour: Verdeckter Staat.

16 Interview mit Vertreter des Vereins zur Verteidigung der Pressefreiheit, Teheran 02. und 03.05.2005.

17 Michaelsen, Marcus (Hg.): Election Fallout. Iran's Exiled Journalists on their Struggle for Democratic Change, Berlin: Hans Schiler Verlag 2011. „Der Kulturminister ist mit der Presse unzufrieden“, Rooz vom 13.06.2006; „Hört auf, eine Atmosphäre des Schreckens in der Presse zu verbreiten“, Rooz vom 03.06.2007; „Von wirtschaftlicher Blockade zu allmählicher Schließung“ Rooz vom 05.11.2007; „Die iranische Presse und eine ‚Handvoll Narren‘“, BBC Persian vom 03.05.2010.

Die Tageszeitung Sharq

Nach anfänglichen Unzulänglichkeiten gewann die reformorientierte Presse an journalistischer Professionalität. Tageszeitungen wie *Kargozaran*, *Etemad* oder *Etemad-e Melli* bemühten sich um eine ausgewogene Berichterstattung, um ihren Fortbestand nicht durch politisch überengagierten Journalismus zu gefährden. Die erstmals im August 2003 erscheinende Tageszeitung *Sharq* zählte ebenfalls zu dieser Gruppe. In der Redaktion arbeiteten vor allem junge Journalisten, die erste Erfahrungen in den Reformblättern Ende der 1990er gesammelt hatten. Der Herausgeber Mohammad Atrianfar war ein Mitglied der *Kargozaran*. Wie auch Chefredakteur Mohammad Qowchani kam er von der beliebten Teheraner Zeitung *Hamshahri*, die Anfang 2003 unter die Kontrolle des neuen Bürgermeister Mahmud Ahmadinezhad fiel. *Sharq* bezeichnete sich als „Zeitung des Privatsektors“, gab unterschiedlichen Positionen Raum und avancierte innerhalb kurzer Zeit zu einem vom gesamten politischen Spektrum respektierten Leitmedium. Qowchani hatte betont, seine Zeitung sei angetreten, „um zu bleiben“ und navigierte findig, aber kompromissbereit innerhalb der ungeschriebenen „roten Linien“ des Regimes. Nachdem die Zeitung vor den Präsidentschaftswahlen 2005 die Kampagnen aller Kandidaten ausführlich dokumentiert hatte, stellte sie sich in der zweiten Wahlrunde eindeutig hinter Rafsanjani und musste letztlich den überraschenden Sieg Ahmadinezhads hinnehmen – nicht ohne in einem engagierten Leitartikel auch für die Zukunft ein Recht auf faire Kritik einzufordern. Allen Bemühungen zum Trotz konnte *Sharq* sich nicht mit der neuen Regierung arrangieren und verlor schließlich im September 2006 die Lizenz. Qowchani und ein Teil seiner Mitstreiter publizierten anschließend die Wochenzeitschrift *Shahr-vand-e Emruz*, die wiederum im November 2008 das gleiche Schicksal erlitt. Somit wurde eines der erfolgreichsten und professionellsten Redaktionsteams der iranischen Geschichte zerschlagen, die Journalisten gingen ins Exil, kamen bei anderen Zeitungen unter oder gaben ihren Beruf auf; Chefredakteur, Herausgeber und führende Autoren von *Sharq* fanden sich nach der Wahlkrise 2009 auf der Anklagebank der Schauprozesse wieder.*

*„Sharq konnte auch nicht bleiben“, Rooz vom 12.09.2006; Qowchani, Mohammad: „Haben wir verloren?“, *Sharq* vom 26.06.2005, S. 1; „Die Tageszeitung *Sharq*: traurige Geschichte einer hoffnungsvollen Generation“, BBC Persian vom 15.09.2009.

Insgesamt zeigte sich die Presse damit als ebenso einflussreiches wie verwundbares Medium im politischen Transformationsprozess Irans. In der Phase der politischen Liberalisierung unter Khatami gewannen die Zeitungen Freiräume und bildeten schnell die Basis für eine Gegenöffentlichkeit. Die Verflechtung von politischer und zivilgesellschaftlicher Reformbewegung war gerade in der Presse besonders

ausgeprägt, da hier Journalisten, Intellektuelle und Reformpolitiker eng zusammenarbeiteten. Insofern bildeten die Zeitungen eine wichtige Ressource für die konfliktorientierten politischen Reformer, ermöglichten sie ihnen doch eine Mobilisierung der öffentlichen Meinung sowie eine deliberative Weiterentwicklung der eigenen Agenda. Gleichwohl konnte diese Wirkungskraft der Presse durch die unterschiedlichen Repressionsmöglichkeiten der strategischen Gruppen rasch wieder eingeschränkt werden, die somit sowohl dem Medienzugang als auch der Verbreitung von Deutungsrahmen durch ihre Herausforderer Grenzen setzten. In Folge gewann das Internet in den Auseinandersetzungen der konfliktorientierten und strategischen Gruppen an Bedeutung.

SATELLITENSENDER: KULTURELLE INVASION ODER GEGENKULTUR?

Die fortschreitende Entwicklung von Kommunikationstechnologien und Medien hat immer wieder neue Herausforderungen an das iranische Regime gestellt. Videofilme, DVDs und Satellitenfernsehen stellten den ideologischen Anspruch des Regimes auf kulturelle Vorherrschaft in Frage. Der Gebrauch und die Inhalte dieser Medien schufen Voraussetzungen für die Herausbildung von Gegenkulturen, über die sich Teile der Gesellschaft im Sinne der im Theorieteil erläuterten „*politics of praxis*“ nach Bayat mit den Machtansprüchen des Regimes auseinandersetzten. Diese Formen des alltäglichen Widerstands zwangen die autoritäre Machtelite entweder zur Anpassung an Bedürfnisse der Bevölkerung oder aber zu einem vermehrten Aufwand an Ressourcen, um die unerwünschten Praktiken einzudämmen.¹⁸

Nach den langen Jahren der Isolation durch Revolution und Krieg stellte der Zugang zu internationalen Satellitensendern ab Mitte der 1990er Jahre für viele Iraner einen willkommenen Ausblick auf die Welt jenseits der Landesgrenzen und eine Abwechslung zum Staatsfernsehen dar. Ein Gesetz aus dem Jahr 1994, das den Besitz von Satellitenschüsseln verbot, wurde im Laufe der Jahre mit varrierender Strenge durchgesetzt. Die technische Verbesserung der Empfangsgeräte sowie die wachsende Anzahl an persischsprachigen Satellitenprogrammen förderten die Verbreitung. Schätzungen zufolge hatten im Jahr 2008 etwa 20 bis 30 Prozent der iranischen Haushalte Zugang zu Satellitenempfang, in Teheran sogar bis zu 40 Prozent.¹⁹ Gleichwohl störten die Behörden den Empfang immer wieder mittels so genannter Parasiten.

18 Schirazi: Gegenkultur.

19 Alikhah, Fardin: „The politics of satellite television in Iran“, in: Semati, Mehdi (Hg.), Media, Culture and Society in Iran. Living with globalization and the Islamic state, Lon-

Von der iranischen Exilgemeinde produzierte Satellitenprogramme büßten trotz anfänglicher Beliebtheit in Iran wieder an Popularität ein. Hinter politisch orientierten Kanälen standen meist ausgesprochene Gegner der Islamischen Republik, die das Land mit der Revolution verlassen und kaum noch Bezug zum Alltag in der Islamischen Republik hatten. Die allzu offensichtliche politische Motivation sowie das veraltete Vokabular und Auftreten der Moderatoren untergruben die Glaubwürdigkeit der Sendungen. Diesen Sendern gelang somit nicht, was die Reformpresse mit Erfolg geleistet hatte: die öffentliche Meinung in Iran zu reflektieren und dem politischen Willen der Bevölkerung Ausdruck zu verleihen.²⁰ Das iranische Regime reagierte allerdings äußerst sensibel auf persischsprachige Nachrichtenprogramme, die per Satellit von Sendern wie Voice of America und der BBC ausgestrahlt wurden und in Ahmadinezhads erster Amtszeit als Informationsquelle an Bedeutung gewannen. Die Kooperation lokaler Journalisten mit diesen Sendern wurde streng überwacht und dem Büro der englischsprachigen BBC News in Teheran war es nicht gestattet, Filmmaterial an ihre Kollegen vom persischen Programm weiterzugeben. Mithilfe eines jungen Teams, darunter viele neu exilierte Journalisten, konnte BBC Persian TV dennoch ein professionelles Programm produzieren, das einen deutlichen Kontrast zu den Sendungen der amerikanischen Exilgemeinde und des iranischen Staatsfernsehens setzte.²¹

Die Bemühungen des iranischen Staatsfernsehens, eigene Programme in Reaktion auf die unerwünschte Konkurrenz attraktiver zu gestalten, verdeutlichen die Herausforderung, welche die Satellitenprogramme an die kulturelle Hegemonie des Regimes stellten. Anhand der theoretisch aufgezeigten Wirkungsmuster für Medien in politischen Transformationen zeigt sich, dass dem Satellitenfernsehen im Vergleich zu den nationalen Massenmedien durchaus Vorteile zufallen: Die autoritäre Kontrolle durch das Regime hat nur begrenzten Einfluss auf Ausstrahlung und Empfang der Programme, die durchaus mit einer gewissen Breitenwirkung das iranische Publikum erreichen. Eine kulturelle und sprachliche Anbindung ist bis auf die angesprochenen Differenzen zwischen Exilgemeinde und inneriranischem Publikum ebenso gegeben. Insofern haben diese Sender tatsächlich zu einer Diversifizierung der erhältlichen Informationen beigetragen und eine Art Gegenöffentlich-

don/New York: Routledge 2008, S. 94-110, hier S. 110. Diese Zahlen werden von einer Gallup-Umfrage aus dem Jahr 2012 bestätigt, derzufolge 26 Prozent der Befragten über einen Satellitenanschluss verfügten. Broadcasting Board of Governors (BBG)/Gallup: „Iranian Media Use 2012“, Washington 2012.

20 „Vertrauter Fremder: Iranische Satellitenkanäle im vergangenen Jahr“, in Salnameh-ye Sharq 1383 (Jahresendbeilage der Tageszeitung Sharq) vom März 2005, S. 158.

21 Cochrane, Paul: „BBC Persian television launches“, in: Arab Media and Society, Spring (2009).

keit geschaffen. Aufgrund fehlender lokaler Korrespondenten können die Satellitensender allerdings nur in begrenztem Maße politische und soziale Themen in Iran recherchieren und kontinuierlich behandeln. Direkte Kontakte zu Akteuren der Zivilgesellschaft und politischen Opposition im Land sind nur eingeschränkt möglich. Die essentiellen Medienfunktionen von Kontrolle, Kritik und Meinungsbildung werden daher von diesen Sendern nur teilweise erfüllt.

5. Nach der Wahlkrise: Zwischenbilanz

Die Wahlkrise vom Juni 2009 und ihre Folgen müssen als vorläufiger Höhepunkt der dargestellten längerfristigen Entwicklungen in Irans politischer Elite und Zivilgesellschaft eingeschätzt werden. Bashiriyeh bezeichnet die Phase nach der Wahl als „*Erosion der Machtstrukturen*“ und konstatiert eine Destabilisierung des Systems in den Bereichen der Legitimation, der wirtschaftlichen und administrativen Effizienz sowie des Elitenzusammenhalts, die sich seit Mitte der 1990er Jahre allmählich intensiviert hat. Das Regime stütze sich nach Juni 2009 vor allem auf die Fähigkeit zur Androhung und Anwendung von Gewalt, was Bashiriyeh als Zeichen abnehmender Autorität wertet.¹ Unter Rückgriff auf den im Theorieteil erläuterten Ansatz von Merkel zur Untersuchung der Stabilität autoritärer Systeme lässt sich diese Phase als „*critical juncture*“ bezeichnen, in der zumindest zwei der drei Säulen des Regimes – Legitimation und Kooptation – ernsthaft geschwächt waren und dessen Fortbestand überwiegend auf Repression basierte.²

Ein wesentliches Element der Legitimationskrise liegt im Widerspruch zwischen den republikanischen und den religiös-autoritären Fundamenten politischer Herrschaft. Regelmäßig abgehaltene Wahlen boten der Bevölkerung eine Gelegenheit zu begrenzter Mitsprache, unterlagen aber den Kontrollmechanismen der klerikalen Führungsgremien. Als sich mit Verschärfung der fraktionellen Konflikte innerhalb der politischen Elite mit den Reformkräften konfliktbereite Akteure formierten, die tatsächliche Alternativen zu den bisherigen Machtverhältnissen in Aussicht stellten, nahmen die Eingriffe der strategischen Herrschaftsgruppen in Kandidatenzulassung, Wahlablauf und die Arbeit von Regierung und Parlament zu. Diese Aushöhlung gewählter Institutionen wurde durch die direkte Einmischung in die Wahlen vom Juni 2009 zugespitzt. Wahlen haben als Mittel der Legitimitätserzeu-

1 Bashiriyeh: Counter-Revolution; Bashiriyeh, Hossein: „Zerfallende Mythen der Islamischen Republik. Gespräch mit Yousef Alizadeh, Januar 2010“, in: Lettre International 88 (2010), S. 43-44.

2 Merkel/Gerschewski: Autokratien.

gung an Wert verloren und stellen fortan potentiell destabilisierende Momente dar. Ein Ausgleich dieses Legitimationsverlusts scheint nur über eine Erhöhung der ideologischen Bindungskraft des Regimes, verbesserte wirtschaftliche Performanz oder aber Repression möglich.³

Die ideologische Legitimationskrise des Systems reicht bis in die Rafsanjaniära zurück, in der die Diskrepanz zwischen den revolutionären Idealen und deren Bedeutung für politische Entscheidungen offensichtlicher wurde.⁴ Gesellschaftliche Entwicklungen förderten eine Modernisierung und Säkularisierung von sozialen Werten, so dass die Kluft zwischen der von Teilen der Gesellschaft gelebten Realität und dem offiziellen Diskurs wuchs. Die Frauenbewegung beispielsweise hat die Moralvorstellungen des Regimes im nur scheinbar privaten Bereich von Ehe und Familie sowohl auf rechtlicher als auch gesellschaftlicher Ebene herausgefordert. Die Reformintellektuellen hingegen brachten Werte wie Toleranz, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit in den öffentlichen Diskurs. Als Ergebnis dieser Entwicklungen verlieh die Grüne Bewegung dem bereits bestehenden Modernitätsstreben neuen Ausdruck. Sie wies die Restauration überkommener ideologischer Ansprüche durch die Ultrakonservativen zurück und unterwanderte mit ihren Protesten ritualisierte Anlässe der Regimepropaganda.⁵ Mit fortschreitender Erosion der ideologischen Bindekraft des Systems steigen auch die Chancen zur Formierung einer wirkungsvollen Gegenhegemonie.

Ein zusätzliches Element der Systemkrise liegt Bashiriyeh zufolge in der sinkenden Leistungsfähigkeit des Staats- und Verwaltungsapparats.⁶ Wirtschaftspolitische Fragen bilden einen zentralen Konfliktgegenstand zwischen den einzelnen Fraktionen der iranischen Elite. Der Erfolg der Liberalisierungspolitik der Regierungen Rafsanjani und Khatami wurde durch innerelitäre Konflikte, Missmanagement und Korruption in Frage gestellt. Daraus resultierende Frustrationen in der Bevölkerung konnte der Populist Ahmadinezhad mit seinen Versprechungen für mehr soziale Gerechtigkeit mobilisieren. Eine alimentierende Verteilungspolitik verschaffte seiner Regierung zwar kurzfristig Vorteile, steigerte aber Inflation und Arbeitslosigkeit. Westliche Sanktionen verschärfen die Wirtschaftskrise zusätzlich.

Mit Blick auf den hier dargestellten Entwicklungsweg strategischer und konfliktorientierter Gruppen wurden grundlegende Macht- und Verteilungskämpfe

3 Bashiriyeh: Counter-Revolution; Jahanbegloo: Two Sovereignties.

4 Chehabi: The Political, S. 67.

5 Selbst Gedenkfeiern am Grabmal Khomeinis endeten in Streitigkeiten zwischen Vertretern der politischen Elite. Sohrabi, Naghme: „Is Nothing Sacred in the Islamic Republic of Iran?“, Waltham, MA.: Middle East Brief. Crown Center for Middle Eastern Studies, Brandeis University 2010.

6 Bashiriyeh: Counter-Revolution.

deutlich, die speziell durch den Aufstieg der zweiten Generation politischer Akteure nach der Revolution geprägt sind. Unter diesen haben sich konkurrierende Vorstellungen zur zukünftigen Richtung der Islamischen Republik herausgebildet. Die konfliktorientierten Akteure der Reformbewegung streben eine Stärkung der republikanischen Elemente des Systems an und werden dabei vor allem von der modernen Mittelklasse unterstützt. Dem stellt sich eine reaktionäre Fraktion ultrakonservativer Politiker mit Rückhalt in Revolutionsgarden und Sicherheitsapparat entgegen, die eine Monopolisierung der Macht in einem autoritären Staat verfolgen. Der Wahlcoup 2009 zielte darauf ab, die dominante Stellung dieser Fraktion innerhalb des Regimes zu festigen, hat allerdings die Machtverhältnisse zunächst destabilisiert. Innerreligiöse Konflikte, die bislang über Konsensfindung hinter den Kulissen oder innerhalb der Institutionen geregelt werden konnten, brachen auf. Die Auseinandersetzungen um eine Neudefinierung der Machtverhältnisse wurden mitten unter die strategischen Gruppen verlagert. Traditionelle und moderate Konservative, altgediente Regimekader sowie Teile des Klerus stehen als „alte“ Elite der Islamischen Republik dem Aufstieg der Ultrakonservativen mit Sozialisierung im Militär- und Sicherheitsapparat entgegen: ein Interessenskonflikt zwischen Akteuren unterschiedlicher Generationen, ideologischer Prägung, Mentalität und sozialer Herkunft.

Auf Seiten der konfliktorientierten Gruppen in der Reform- und Demokratiebewegung hat die Wahlkrise die Entwicklung von kollektiver Identität und programmatischen Forderungen zunächst gefördert. Die Demonstrationen und Proteste des Sommers 2009 brachten viele Menschen dazu, ihre passive Ablehnung oder Duldung des Regimes, die sich zuvor nur in den von Bayat theoretisierten widerständigen Alltagspraktiken manifestiert hatten, zwischenzeitlich in eine mehr oder weniger aktive Oppositionshaltung zu verwandeln. In der Gesellschaft grassierende Frustrationen ob begrenzter wirtschaftlicher und politischer Entwicklungsperspektiven konnten somit anhand weniger konkreter Forderungen politisiert werden. Die politischen Reformer konnten innerhalb der Protestbewegung ihre Distanz zur Zivilgesellschaft überwinden und wieder mehr Anerkennung gewinnen. Darüber hinaus beeinflussten sie die allmählich entstehende Agenda der Grünen Bewegung, die mit ihrem Fokus auf grundlegende Bürgerrechte einerseits ein geschlossenes Vorgehen der Opposition ermöglichte, andererseits im Rahmen der bestehenden Verfassung blieb, um kompromissbereiten Akteure innerhalb der strategischen Gruppen Anschlussmöglichkeiten zu bieten. Die Reformpolitiker gaben damit der gesellschaftlichen Bewegung für politischen Wandel eine gewisse Orientierung, übernahmen aber nicht deren direkte Führung.

Angesichts des Repressionsdrucks von Seiten des Regimes erwies sich die flexible netzwerkartige Struktur der Bewegung anfänglich als erfolgreich. Auf die Entmündigung durch Wahlbetrug und erduldeten Gewalterfahrungen reagierte die Gesellschaft mit der Herausbildung gemeinschaftlicher Solidaritäten. Zivilgesell-

schaftliche Akteure entwickelten die bestehende politische Kultur mit der Betonung von Toleranz und Gewaltfreiheit weiter. Über das moralische Kapital, das die Grüne Bewegung aus dem Beharren auf Gewaltfreiheit und Grundrechte generierte, konnte sie die Legitimation des Regimes weiter untergraben und Risse innerhalb der strategischen Gruppen des Regimes offenlegen. Ohne organisatorische Verfestigung und konkrete Programmatik konnte die Bewegung jedoch ihre Konfliktfähigkeit und damit die Herausforderung an das Regime nicht aufrechterhalten und keine politische Gestaltungsmacht aufbringen. Die Begrenzung auf eine Anhängerschaft innerhalb der Bildungsschichten und deren politische Belange konnten nicht überwunden werden, etwa mit wirtschaftspolitischen Forderungen, die auch Arbeiter und ärmere Bevölkerungsschichten angesprochen und das Mobilisierungspotential der Bewegung erhöht hätten.

Abgesehen von den Entwicklungen in Politik und Zivilgesellschaft wurden auch Grundzüge der iranischen Medienlandschaft und deren Bedeutung im politischen Prozess aufgezeigt. Dabei wurde deutlich, dass die konfliktorientierten Akteure der Reformbewegung ihre Kommunikationsbedürfnisse nur begrenzt realisieren konnten. Die Massenmedien Fernsehen und Rundfunk standen unter strenger autoritärer Kontrolle, die keinen Zugang für Reformen und Zivilgesellschaft gestattete. Das Staatsfernsehen vermittelte regimiekonforme Deutungen der politischen Entwicklungen. Die durchaus differenzierte und kritische Gegenöffentlichkeit, die sich vorübergehend in der Reformpresse bilden konnte, wurde durch die Machtelite wieder eingeschränkt. Im Laufe dieser Entwicklungen haben sich enge Verbindungen zwischen politischen Reformern und Journalisten verfestigt. Journalisten und Intellektuelle sind dementsprechend als führende Vertreter der Reform- und Demokratiebewegung einzuschätzen. Anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren blieb durch die Einschränkung des Pressemarkts der Zugang zur Öffentlichkeit ebenfalls verwehrt. Der Informationsbedarf des Publikums, das die liberalisierte Presse mit großem Interesse aufgenommen hatte, musste hingegen über andere Wege gedeckt werden. Hier konnte das Satellitenfernsehen nur teilweise Ersatz bieten. Zwar hat es die autoritäre Kontrolle über massenmedial vermittelte Informationen weiter untergraben und die Distanz zwischen der städtischen Mittelschicht und dem Regime vergrößert, doch fanden inneriranische Vertreter der Opposition und Zivilgesellschaft auch hier nur begrenzt Zugang. Gerade während der Demonstrationen und Proteste nach der Wahl 2009 konnten diese Sender nur unzureichend über die Ereignisse in Iran berichten. Insgesamt besteht somit unter zivilgesellschaftlichen und konfliktorientierten Akteuren ein vielschichtiger Bedarf an einem flexiblen und aktiv nutzbaren Kommunikationsmedium wie dem Internet.

III. Internet und Politik in Iran

Nach theoretischem Hintergrund und soziopolitischem Kontext kann die Untersuchung sich nunmehr ihrem zentralen Thema zuwenden: die Anwendung des Internets in Iran und seine Bedeutung in der politischen Transformation. Einführend werden die Ausbreitung und Entwicklung des Internets in Iran ab Beginn der 1990er Jahre skizziert. Anschließend geht es um die Haltung des iranischen Staates zum Internet. Die theoretischen Vorüberlegungen haben gezeigt, dass autoritäre Machthaber über staatliche Institutionen erheblichen Einfluss auf Internetanwendungen nehmen können – sowohl durch eine aktive Förderung bestimmter Nutzungsformen als auch durch Gesetzgebung, Überwachung und Zensur. Insofern gibt der Umgang des Regimes mit dem Internet bereits Aufschluss darüber, wie geprägt das staatliche Kontrollbedürfnis in diesem Bereich ist und verdeutlicht, inwieweit das Medium und seine Anwendungen Gegenstand einer Auseinandersetzung zwischen Staat und Gesellschaft sind. Ausgehend von dieser Grundlage wendet sich die Untersuchung der politischen Informationslandschaft zu, die das Internet in Iran geschaffen hat. Aufgrund der Einschränkungen der übrigen Medien haben Webseiten mit Nachrichten und Kommentaren zu innen- und außenpolitischen Entwicklungen an Bedeutung für den Informations- und Meinungs austausch unter politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren gewonnen. Zunächst eröffneten persischsprachige Onlinemedien aus dem Ausland neue Möglichkeiten einer Berichterstattung außerhalb der Grenzen staatlicher Medienszensur. Doch schon bald entstanden auch in Iran zahlreiche Nachrichten-Webseiten. Diese übernahmen Aufgaben der verbotenen Reformzeitungen und auch konservative Akteure entdeckten rasch diese einfache Art der Informationsübermittlung. Somit schlägt sich die Fraktionierung der politischen Elite im Internet nieder: Diese Nachrichtenseiten lassen sich den unterschiedlichen politischen Gruppierungen zuordnen und spielen bei deren Auseinandersetzungen durchaus eine Rolle.

Im Anschluss geht es um die Internetanwendung durch die Reformbewegung, welche als konfliktbereiter Herausforderer eine Veränderung der bestehenden Machtverhältnisse anstrebt. Exemplarisch werden die Inhalte einer Nachrichtenseite der politischen Reformer untersucht, um zu zeigen, welche Kommunikationsbedürfnisse diese über derartige Onlinemedien abdecken können – inwieweit also das Internet den internen Austausch, die Herstellung von Geschlossenheit und kollektiver Identität sowie die Mobilisierung von Anhängern und Unterstützung ermöglicht. Diese Analyse wird anschließend auf Weblogs aus dem Umfeld der politischen Reformbewegung ausgedehnt, um anhand einer Debatte in der Blogosphäre

die Charakteristika der im Internet entstehenden Gegenöffentlichkeiten genauer darzustellen. Beide Untersuchungsschritte fokussieren die Kommunalwahlen 2006; ein Zeitpunkt, zu dem die Reformbewegung nach dem Ende der Regierung Khatami und dem Machtgewinn autoritärer Kräfte im Zuge der Präsidentschaft von Ahmadinezhad einen Prozess der Neuorientierung durchlief.

Abschließend wird die Internetnutzung durch die iranische Frauenbewegung und die Grüne Bewegung behandelt. Die Frauenbewegung hat im Laufe der ersten Amtszeit Ahmadinezhads eine hohe Eigenständigkeit innerhalb der generellen Reform- und Demokratiebewegung gewonnen. Die Entwicklung von flexiblen und hierarchiearmen Strukturen wurde von den Möglichkeiten des Internets geprägt. Die Grüne Bewegung bietet sich als inhaltlicher und zeitlicher Schlusspunkt der Untersuchung an, da die Wahlkrise 2009 einen vorläufigen Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen den konfliktorientierten und strategischen Gruppen Irans bildet. Im Zuge dieses Konflikts stieg die Bedeutung des Internets für Zivilgesellschaft und Opposition signifikant.

1. Internet in Iran: Entwicklung und staatliche Politik

Die Anfänge des iranischen Internets liegen im 1989 gegründeten Institut für Forschung in Theoretischer Physik und Mathematik (IPM) in Teheran. Aufgrund der Initiative einiger Institutsmitglieder, die in Europa Bekanntschaft mit computervermittelter Kommunikation gemacht hatten, wurde über eine von der iranischen Telekom angemietete Leitung eine Verbindung zur Universität Wien und dem akademischen BITNET eingerichtet. Im Januar 1992 konnte der Direktor des Instituts, Javad Larijani, so eine erste elektronische Grußadresse nach Österreich versenden. Diese Verbindung ermöglichte vorerst den Austausch von E-Mails. Trotz einiger Widerstände von Seiten anderer Mitglieder wurde Iran in das EARN (*European Academic and Research Network*) aufgenommen. Innerhalb Irans gab das Institut seinen Zugang an andere Universitäten und akademische Einrichtungen weiter. Beim Wechsel zum Internetprotokoll und der Bewerbung um den Domainnamen .ir bei der amerikanischen *National Science Foundation* (NSF) stießen die Wissenschaftler des Physikinstituts aufgrund der politischen Spannungen zwischen den USA und Iran zunächst auf Schwierigkeiten, doch konnten diese unter Vermittlung durch die *Internet Society* behoben werden. Im April 1994 bekam Iran somit Zugang zum Internet.¹

Die Verbindung des IPM entwickelte sich zu einer vollwertigen Internetleitung über die vor allem Universitäten und andere staatliche Einrichtungen das Internet nutzten. Gleichwohl bewegte sich das Institut lange Zeit auf ungewissem Terrain, da in Iran keinerlei gesetzliche Regelung oder Anerkennung der Internetkommunikation existierte. Insofern scheint es auch dem politischen Einfluss des Institutsdirektors Larijani verdanken zu sein, dass seine Mitarbeiter ihre Initiative uneinge-

1 Interview mit einem Vertreter des Instituts für Forschung in Theoretischer Physik und Mathematik, Teheran 14.12.2004.

schränkt fortsetzen konnten.² Das IPM war außerdem für Bewerbungen um den Domainnamen .ir zuständig, blieb aber aufgrund der unklaren Situation in seiner Vergabepolitik sehr restriktiv. So wurden bis zum September 2001 und einer ersten offiziellen Anerkennung des Internets durch einen Erlass des Hohen Rates der Kulturrevolution nur 670 Domains vergeben, in den darauf folgenden drei Jahren stieg diese Zahl schon auf mehr als 12000.³

Durch Medienberichterstattung sowie persönliche und geschäftliche Kontakte von Iranern ins Ausland stieg die Bekanntheit des Internets und damit das Interesse an einer Nutzung des neuen Kommunikationsmittels bald auch außerhalb akademischer Kreise. Der erste private Internetanbieter Irans war die gemeinnützige Organisation *Neda Rayaneh*, deren Leiter zuvor im IPM gearbeitet hatte. Zu ihren Kunden zählten aufgrund der zu diesem Zeitpunkt hohen Kosten einer Internetverbindung hauptsächlich größere Unternehmen, die per Satellit über Kanada Zugang zum Internet erhielten.⁴ *Neda Rayaneh* kooperierte außerdem mit der Teheraner Stadtverwaltung bei der Erstellung eines interaktiven Stadtplans, entwickelte die elektronische Ausgabe der hauptstädtischen Tageszeitung *Hamshahri* und bot als eine der ersten Firmen Prepaid-Karten für den Internetzugang von Privatkunden an.⁵ Auch andere private Internetanbieter der ersten Stunde trugen mit Eigeninitiative, Geschäftssinn und Enthusiasmus maßgeblich zur Expansion des Internets bei.

Essentielle Anstöße für die Verbreitung des Internets lieferten zum einen die Internationalisierung des Unicode-Systems, das eine Verwendung des arabisch-persischen Alphabets am Computer erleichterte und zum anderen der breite Verkauf von Prepaid-Karten für den Internetzugang. Die überall erhältlichen Karten verschiedenster Provider boten privaten Nutzern die Möglichkeit, ohne vorheriges Abonnement und über den häuslichen Telefonanschluss das Internet für wenige Stunden „auszuprobieren“. Überdies eröffneten in den Städten zahlreiche Fachgeschäfte, die aufgrund der eingeschränkten Handelsbeziehungen mit den USA und

2 Ebd. Der Institutsleiter Mohammad Javad Larijani studierte Mathematik an der US-amerikanischen Universität Berkeley und war eine Zeitlang hochrangiger Mitarbeiter im Außenministerium sowie Parlamentsabgeordneter des 4. und 5. Majles. Der Sohn einer angesehenen Klerikerfamilie ist der ältere Bruder von Ali Larijani (1994-2004 Leiter der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt, ab 2008 Parlamentspräsident) und Sadegh Larijani (Mitglied des Expertenrats, ab 2009 Justizchef).

3 Ebd.

4 Kunden für Internetzugänge bei den ersten iranischen Internetanbietern mussten neben erheblichen Gebühren auch ein Garantiedepot aufbringen und umfangreiche Dokumente abliefern. „Internet in den acht Jahren der Reformregierung“, BBC Persian vom 10.08.2005.

5 Interview mit einem Vertreter von *Neda Rayaneh*, Teheran 22.04.2005.

europäischen Ländern verhältnismäßig günstige Computer und Hardware asiatischer Produktion verkaufen. Die entsprechenden Software-Programme hingegen zirkulierten in einem Land mit fehlender Implementierung des Copyrights ohnehin als preiswerte Kopien im Sortiment von Kiosken und Straßenhändlern.

Der Bekanntheitsgrad des Internets erhöhte sich zusätzlich durch unzählige Internetcafés, die von geschäftsfreudigen Unternehmern in den größeren Städten des Landes eröffnet wurden. Shafae schätzt, dass zwischen 2000 und 2002 allein in Teheran bis zu 8000 dieser Einrichtungen entstanden.⁶ Angesichts der großen iranischen Auslandsgemeinde erwies sich die Möglichkeit, hier preiswert über das Internet zu telefonieren, als besonders attraktiv. („voice over IP“). Vor dem Computer über Kopfhörer und Mikrofon mit ihrer weltweit verstreuten Verwandtschaft kommunizierend machten viele Iraner zum ersten Mal Bekanntschaft mit dem Internet, um dessen zusätzliche Funktionen erst im Nachhinein zu entdecken.

Bald boten viele Tageszeitungen regelmäßig Rubriken zu Themen rund um das Internet an. Für die jungen Journalisten der kurzlebigen Reformpresse stellte das neue Medium ein attraktives Mittel der Informationsrecherche dar. Derart gewonnene Erfahrungen und Eindrücke gaben sie über ihre Artikel an das Publikum weiter. Gleichzeitig entstanden teilweise sehr professionelle Fachzeitschriften für Informatik und Kommunikation. Vor allem Jugendliche zeigten sich aufgeschlossen gegenüber dem Internet. Insgesamt begegnete man in Iran dem Modernitätsversprechen des Internets mit großem Optimismus. Für viele Einwohner des international isolierten Landes symbolisierte die global vernetzte Kommunikationstechnologie eine Quelle des Fortschritts in Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur.

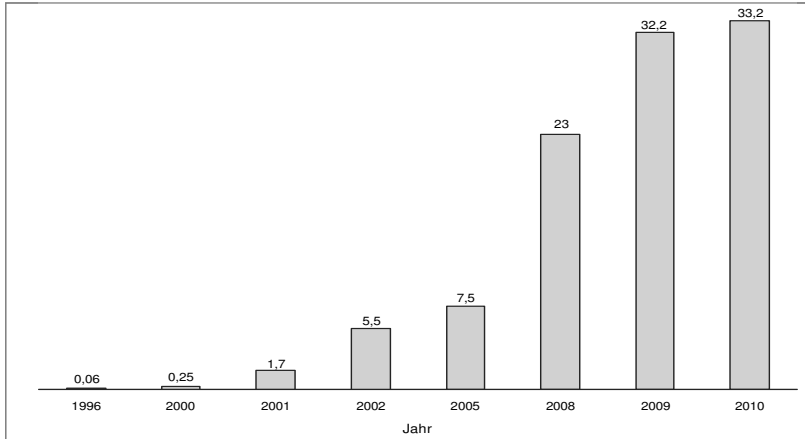
Rapider Anstieg der Nutzerzahlen

Innerhalb der Region konnte Iran eine der höchsten Wachstumsraten für Internetnutzung aufweisen. Schätzte Arabshahi die Zahl der iranischen Anwender im Jahr 1996 noch auf 60000, so stieg diese Zahl bis zum Jahr 2000 auf 250000 Nutzer und dann bis 2002 rasant auf 5,5 Millionen. Mit dem Ende der Amtszeit von Präsident Khatami im Jahr 2005 hatte die Zahl der iranischen Anwender 7,5 Millionen erreicht, um sich bis zu den umstrittenen Präsidentschaftswahlen 2009 mehr als zu vervierfachen. Auch hinsichtlich des prozentualen Anteils der Internetnutzer an der Gesamtbevölkerung liegt Iran im Vergleich zu den übrigen Ländern des Nahen und

6 Shafae, Mousavi: „Globalization and Contradiction between the Nation and State in Iran: The Internet Case“, in: Critique: Critical Middle Eastern Studies 12 (2) (2003), S. 189-95, hier S. 194.

Mittleren Ostens nach wie vor im vorderen Bereich und wird nur von Ländern wie den Vereinigten Arabischen Emiraten, Qatar oder Libanon übertroffen.⁷

Abbildung 2: Zahl iranischer Internetnutzer (in Millionen)



Quelle: <http://www.internetworldstats.com/me/ir.htm>

Gleichwohl können diese Zahlen nicht ohne Vorbehalt betrachtet werden. Eine wesentliche Einschränkung der Anbindung iranischer Nutzer an globale Kommunikationsnetze erwächst aus der Qualität der Internetzugänge. Einer Schätzung der iranischen Nachrichtenagentur IRNA zufolge hatten Ende 2006 allenfalls 100000 Anwender Zugang zu leistungsfähigen ADSL-Anschlüssen mit hoher Übertragungsgeschwindigkeit.⁸ Für 2008 beziffert die International Telecommunication Union die Nutzer von Breitbandverbindungen mit 300000.⁹ ADSL-Anschlüsse sind nicht nur verhältnismäßig teuer, sondern unterliegen auch gesetzlichen Auflagen. So erhalten zwar Firmenkunden oder akademische Institutionen Genehmigungen für Breitbandverbindungen, im Privatbereich jedoch wird deren Leistung seit

7 Im Jahr 2008 erreichte der Anteil der Internetnutzer an der Gesamtbevölkerung in Iran 34,9 Prozent und lag damit über dem Durchschnitt der Region von 24 Prozent (Vereinigte Arabische Emirate: 60 Prozent, Qatar: 52 Prozent, Libanon: 39 Prozent). Im Jahr 2012 erreicht der Anteil in Iran 53,3 Prozent, der regionale Durchschnitt 40,2 Prozent. Internet World Stats: Middle East Internet Usage and Population, 15.11.2012, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>

8 „Die Situation von WLAN-Internet mit hoher Geschwindigkeit in Iran“, BBC Persian vom 12.01.2007.

9 OpenNet Initiative: „Internet Filtering in Iran“, Toronto/Ottawa/Harvard University 2009.

Herbst 2006 gedrosselt. Damit ist Iran weltweit das einzige Land, das die Übertragungsgeschwindigkeit des Internets willentlich begrenzt.¹⁰

Doch auch entwicklungspolitische Schwächen verlangsamten die Entwicklung der Internetnutzung. Trotz eines landesweit gut ausgebauten Telefonnetzes und einer relativ hohen Mobilfunknutzung wies die Infrastruktur nicht die nötigen Kapazitäten für eine umfassende Ausweitung leistungsstarker Internetverbindungen auf. In Ermanglung koordinierter Ansätze für die weitere Erschließung des Telekommunikationssektors konnte der anhaltenden Nachfrage in der Bevölkerung nicht zu Genüge nachgekommen werden. Entscheidungen in diesem Bereich waren häufig eng an innenpolitische Fragen geknüpft; private oder ausländische Investitionen wurden – wenn überhaupt – nur zögerlich zugelassen und der Kommunikationsmarkt blieb aufgrund der Vormachtsstellung des Staates unsicher. Nachdem anfänglich vor allem private Initiativen die Ausbreitung des Internets prägten, etablierte sich der Staat rasch als zentraler Akteur und prägte die weiteren Entwicklungsschritte neuer Kommunikationstechnologien entscheidend.¹¹

STAAT UND INTERNET

Nach den ersten Impulsen aus dem akademischen und privaten Bereich zeigten auch staatliche Institutionen Interesse an der neuen Technologie des Internets. Erst allmählich entwickelten der iranische Staat und seine Akteure eine Haltung gegenüber dem Internet, die einerseits von dem Interesse, die Potentiale des Mediums zu nutzen geprägt war, andererseits vom Verlangen, dessen Anwendungen und Inhalte möglichst umfassend zu kontrollieren.

Im Schatten der staatlichen Telekom und des Kommunikationsministeriums entstand 1991 die *Data Communication Company of Iran* (DCI), die an der Weiterentwicklung von Kommunikationsnetzwerken in Iran arbeitete. In enger Kooperation mit der Telekom und dem zuständigen Ministerium reklamierte die DCI ab Mitte der 1990er die Kontrolle über das allmählich wachsende iranische Internet. Diesen Anspruch leitete die Firma aus der in der Verfassung verankerten Monopolstellung der Telekom auf dem klassischen Telefonmarkt ab, die man nunmehr auch auf das Internet übertrug. Insofern versuchten Telekom und DCI, die Aktivitäten privater Internetanbieter einzuschränken.

10 „Fußgängerweg Fiberglas. Bericht zur Lage von ADSL in Iran“, Rooz vom 21.04.2008.

11 Interviews mit Fachredakteuren des IT-Bereichs in den Tageszeitungen *Sharq* (01.12.2004), *Sarmaye* (05.11.2008) und *Donya-ye Eqtesad* (02.11.2004/08.11.2008), alle Teheran.

Auch mit anderen Institutionen geriet die DCI in Konflikt. Zum einen besaß das Physikinstitut IPM nach wie vor die wichtigste Internetverbindung des Landes und war für die Vergabe des iranischen Domainnamens verantwortlich. Zum anderen zeigte die staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt ebenfalls Ambitionen, das Internet zu kontrollieren, da man dort das Netz eher als klassisches Informationsmedium denn als Mittel einer zweiseitigen Telekommunikation betrachtete. Interessanterweise schien es bei diesen Konflikten nicht nur um eine Durchsetzung gesamtstaatlicher Kontrolle gegenüber dem Privatbereich zu gehen. Vielmehr handelte es sich um einen Konkurrenzkampf zwischen einzelnen Institutionen, die miteinander um Einfluss auf Ausbau und Gestaltung der Internetnutzung wetteiferten.¹² Die parallelen Interessen verschiedener staatlicher Akteure widerspiegeln die Fraktionierung der politischen Elite sowie übergreifende Kompetenzen der staatlichen Institutionen und prägten auch nachfolgend die Entwicklung des gesamten IT-Bereichs in Iran.

Mit steigenden Nutzerzahlen gegen Ende der 1990er Jahre manifestierten sich in diesem Zusammenhang auch handfeste wirtschaftliche Interessen. So sah die staatliche Telekom durch die Auslandsgespräche, die immer mehr Iraner in Internetcafés führten, ihr Monopol über den Telefonsektor in Frage gestellt. Obwohl sie in diesen Jahren das öffentliche Telefonnetz erheblich ausbauen konnte, entgingen ihr auf diesem Wege beträchtliche Einnahmen. Auf Initiative des Kommunikationsministeriums wurden daher bereits im Mai 2001 in Teheran bis zu 400 Internetcafés wegen fehlerhafter Lizenzen geschlossen.¹³

Neben diesen Auseinandersetzungen um Einfluss und Kontrolle sahen staatliche Akteure und Organisationen im Internet natürlich auch ein nützliches Instrument zur Realisierung ihrer jeweiligen Kommunikationsbedürfnisse. Sowohl das iranische Militär als auch die Anstalt für Rundfunk und Fernsehen verfügten früh über eigene, unabhängige Internetzugänge. Ministerien und staatliche Unternehmen, wie Iran Air oder die National Iranian Oil Company, präsentierten sich Ende der 1990er auf eigenen Webseiten. Die iranische Botschaft in Kanada veröffentlichte unter der Adresse www.salamiran.org Informationen über Geschichte und Kultur des Landes. Im Präsidentschaftswahlkampf 1997 zeigten sich sowohl der konservative Kandidat Nateq-Nuri als auch sein Herausforderer Mohammad Khatami aufgeschlossen für das neue Kommunikationsmittel und verbreiteten ihre Standpunkte jeweils über eine eigene Webseite.¹⁴ Bald veröffentlichten staatliche Institutionen wie Wächterrat, Parlament und die Ministerien im Internet Informationen über ihre Arbeit. Politiker präsentieren sich mit Fotos, gesammelten Reden und Interviews auf Webseiten.

12 Interview mit einem Vertreter des Instituts für Forschung in Theoretischer Physik und Mathematik, Teheran 14.12.2004.

13 Reporters without Borders: „Internet in Iran“, Webseite vom 19.06.2003.

14 Interview mit einem Vertreter des Internetanbieters *Neda Rayaneh*, Teheran 22.04.2005.

Zu den ersten Anwendern zählten überdies die theologischen Seminare der Stadt Qom, dem Zentrum der schiitischen Geistlichkeit in Iran. Hier beschäftigten sich verschiedene Organisationen damit, islamische Texte und Interpretationen ins Netz zu bringen. Über die Publikation und Erstellung religiöser Gutachten (*fatwa*), die mitunter mehrsprachig auf Webseiten präsentiert wurden, suchten iranische Ayatollahs ihre Position innerhalb der Gemeinde muslimischer Internetnutzer zu bestätigen. Gerade in Qom zeigte sich die Herangehensweise der Führungselite der Islamischen Republik an das Internet besonders deutlich: während die Kleriker einerseits „schädliche“ Einflüsse des Internets, wie etwa Pornographie, scharf verurteilten, priesen sie andererseits die Möglichkeiten, die es ihnen eröffnete, sei es bei der Kommunikation mit Gläubigen, der Propagierung religiöser Interpretationen oder ganz einfach der Gewinnung neuer Erkenntnisse. Für die Kleriker war das Internet damit ebenso zweckdienlich „wie ein Becher, der sowohl Wasser als auch Gift enthalten kann“.¹⁵

Diese Haltung symbolisiert im Großen und Ganzen den weiteren Umgang des Regimes mit dem Internet. Die politischen Akteure lehnten das Internet keinesfalls ab, sondern bemühten sich um einen umfassenden Zugriff auf die neue Technologie. In den staatlichen Institutionen verfügte man indes zunächst weder über Wissen noch Kapazitäten, um die gesamte Internetentwicklung des Landes unter Kontrolle zu nehmen und überließ somit zwangsläufig dem bemerkenswert innovativen Privatsektor den Markt. Gleichwohl suchte der Staat mittels der zu Verfügung stehenden Ressourcen das Potential des Internets für eigene Zielstellungen zu nutzen und gleichzeitig zu kontrollieren.

Neben dem Ministerium für Kommunikation und Informationstechnologie, der Telekom und dem zugehörigen Provider DCI erhielt der so genannte Hohe Rat für Medien (*Showra-ye ali-ye ettela resani*) weitreichende Vollmachten für die Fortentwicklung des Internets. Der Vorsitzende des Gremiums, Nasrollah Jahangard, wurde von Staatspräsident Khatami zum Sonderbeauftragten für Informationstechnologie ernannt und war außerdem stellvertretender Minister in der Entwicklungs- und Planungsabteilung des Kommunikationsministeriums. Unter seiner Leitung entstand ab 1999 ein umfassender nationaler „Plan zur Entwicklung der Anwendung von Informationstechnologie“, der schließlich im Sommer 2002 dem Regierungskabinett vorgestellt wurde. Der nach seinem persischen Akronym TAKFA benannte Plan orientierte sich an internationalen Projekten wie sie etwa im Rahmen verschiedener UN-Organisationen und der Weltbank für den Ausbau der IT-Nutzung in Entwicklungsländern entworfen worden waren. Mit einem beachtlichen Budget ausgestattet, hatte TAKFA nicht nur eine grundlegende Verbesserung der

15 Michaelsen, Marcus: „Howze en ligne: La vitrine virtuelle des clercs de Qom“, in: *Réseaux* 24 (135-36) (2006), S. 323-45.

benötigten Infrastruktur zum Ziel, sondern umfasste auch ambitionöse Vorhaben für die Anwendung von Informationstechnologie in Wirtschaft, Bildung und öffentlicher Verwaltung („*e-commerce, eEducation, e-government*“). Im Rahmen des Projekts konnten Regierungsinstitutionen einen Teil ihrer Finanzmittel für eigene Investitionen im Bereich der Informationstechnologie nutzen. Staatliche Einrichtungen sollten mit dem entsprechenden Equipment ausgestattet und ihre Mitarbeiter geschult werden. Außerdem gelang es Jahangard, seinen Hohen Rat für Medien eng an die Organisation für Planung und Verwaltung, ein einflussreiches Gremium bei der Verteilung des gesamtstaatlichen Budgets anzubinden. Die Entwicklung des Informationssektors wurde zu einem erklärten Ziel des vierten Fünfjahresplans.¹⁶ Darüber hinaus entstand in Zusammenarbeit mit dem Medienrat eine wissenschaftliche Forschungsgruppe zur „Informationsgesellschaft“, iranische Delegationen besuchten den World Summit of Information Society (WSIS) in Genf (2003) und Tunis (2005).

So erfreut sich Vertreter aus Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft über die staatliche Unterstützung des Informationssektors auch zeigten, blieben sie doch skeptisch in Bezug auf die Umsetzung der Vorhaben. Kritik richtete sich vor allem gegen die exekutive wie finanzielle Übermacht des Medienrates, mit der dieser Lizenzen, Aufträge und Investitionen verteilte. Auch die Aufwendung von Geldern ohne Rücksicht auf einen angemessenen und nachhaltigen Einsatz bzw. eine Zweckentfremdung des TAKFA-Budgets wurde beanstandet. TAKFA wurde somit nicht nur als progressive Initiative der Regierung im IT-Bereich angesehen, sondern auch als Werkzeug eines dominanten Staates, der aus Sorge um den eigenen Einfluss einen Wettbewerb privater Investoren bremste.¹⁷

In Folge umfangreicher Personalwechsel nach dem Amtsantritt von Ahmadi-nejhad im Jahr 2005 gewannen neue politische Akteure Zugang zum Regierungsapparat und damit auch politische Kontrolle über den Telekommunikationssektor. Die Regierung führte mit dem Hohen Rat für Informationstechnologie (*Showra-ye ali fanavari ettelaat*) ein weiteres Gremium ein, das in direktem Anschluss an das Kommunikationsministerium fortan den IT-Bereich lenkte. Im Gegenzug wurde die Stellung des Medienrates abgewertet, das TAKFA-Programm kam allmählich zum Erliegen. Nachfolger im Amt Jahangards wurde ein Geistlicher aus Qom, der sich bis dahin vor allem bei der Digitalisierung religiöser Schriften hervorgetan hatte

16 „Gesamtüberblick über das TAKFA-Programm“, Dokument des Hohen Medienrats zugänglich unter <http://www.itiran.com/docs/takfa8.pdf> [01.12.2012] Außerdem: „Kleriker auf dem Chefessel der iranischen Informationstechnologie“, BBC Persian vom 31.03.2006.

17 Interview mit einem IT- und Wirtschaftsredakteur der Tageszeitung *Sanat*, Teheran 02.11.2004.

und dementsprechend die Förderung computerbasierter islamischer Bildungs- und Kommunikationsprojekte priorisierte.¹⁸

Der politische Stil Ahmadinezhads wirkte sich auch auf den Kommunikationsbereich aus. Der Präsident gab bei der Besetzung von Ämtern einem engen Umfeld von Gesinnungsgenossen gegenüber Fachleuten den Vorzug und verband gleichzeitig Ad-hoc-Entscheidungen mit der Missachtung langfristiger Entwicklungspläne, speziell der in der Verfassung festgeschriebenen Privatisierungspolitik. Die staatliche Fortentwicklung der Internetnutzung wurde insgesamt kurzfristiger ausgerichtet. Ganz im Sinne der von Ahmadinezhad ausgegebenen Parole vom „Dienst am Volke“ wurden etwa Banken und Verwaltungen verpflichtet, einen Teil ihrer Leistungen online anzubieten. Ein Internetprojekt der Regierung bildete die Ausstellung von Benzinkarten, die nach der im Juni 2007 kurzfristig eingeführten Treibstoffrationierung vollständig online abgewickelt wurde. Bei Ausschreibungen für Infrastrukturprojekte und Anteilsveräußerungen von Staatskonzernen wurden Ablegerorganisationen der Revolutionsgarden bevorzugt.¹⁹

Gleichzeitig begegnete die Ultrakonservativen in Regierung und Parlament dem Internet mit einer ideologischen Herangehensweise und fokussierten verstärkt die potentiellen Bedrohungen durch das Medium. So beschreibt ein 2007 vom Parlament verfasster Untersuchungsbericht mögliche Sicherheitsrisiken der Internetnutzung, angefangen von Terrorismus, Aufwiegelung der öffentlichen Meinung und Aktionen gegen das System der Islamischen Republik bis hin zu Betrug und moralischer Gefährdung.²⁰ Um regimetreue Anwendungen zu fördern, wurden unter anderem Organisationen der *Bassij* vermehrt mit Internetzugängen ausgerüstet, staatlich unterstützte Messen und Wettbewerbe im Informatikbereich abgehalten und Computerspiele mit ideologischen Inhalten entworfen.²¹ Ein Schwerpunkt der Internetentwicklung lag nach 2005 auf dem Ausbau eines umfassenden Zensur- und Kontrollsystems, das den grundlegenden Einfluss des Staates über das Internet gewährleisten sollte.

18 „Kleriker auf dem Chefsessel der iranischen Informationstechnologie“, BBC Persian vom 31.03.2006.

19 Interviews mit Fachredakteuren des IT-Bereichs in den Tageszeitungen *Sarmaye* (05.11.2008) und *Donya-ye Eqtesad* (08.11.2008), Teheran.

20 „Umstürzler im Internet“, Rooz vom 21.07.2006.

21 Interview mit dem IT-Redakteur der Tageszeitung *Donya-ye Eqtesad*, 08.11.2008.

GESETZLICHER RAHMEN

Ein Erlass des Hohen Rates der Kulturrevolution (HRKR) vom September 2001 stellte den ersten Schritt dar, durch den der iranische Staat seine Aufsicht über das expandierende Internet zu etablieren suchte. Das Dokument unterstrich das staatliche Monopol über Verbindungen zum Internet und verpflichtete alle Einrichtungen, die derartige Dienste anboten (Access Service Provider – ASP) zur Beantragung einer Lizenz beim Kommunikationsministerium. Dieses sollte fortan unter Konsultation des für Geheim- und Sicherheitsdienste zuständigen Informationsministeriums und des Rates für Medien über die Zulassung von Anbieterfirmen entscheiden. Eine Zielstellung dieser Regelung war, die Anzahl der Anbieter mit direktem Zugang zum weltweiten Internet einzuschränken und diese möglichst dem Provider der Telekom, DCI, zu unterstellen.²² Allerdings verfügte die DCI zum damaligen Zeitpunkt nicht über die technischen Kapazitäten, um Internetdienste im benötigten Umfang an den Privatsektor weiterzugeben. Erst mit dem Ausbau leistungsstarker Verbindungen in die Arabischen Emirate und die Türkei konnte die DCI im Laufe der folgenden Jahre ihr Angebot verbessern und andere Anbieter unter ihre Kontrolle bringen.²³

Der Erlass des HRKR lieferte nicht nur eine erste offizielle Anerkennung des Internets, sondern stellte auch einen wesentlichen Eingriff des Staates in den bis dahin unregulierten Internetsektor dar. Die Bedingungen für die Gründung einer Providerfirma standen somit fest: Die Antragsteller mussten mindestens 25 Jahre alt sein, keine Vorstrafen besitzen, die Verfassung der Islamischen Republik respektieren und durften weder einer regimefeindlichen Gruppierung angehören noch gegen das politische System Irans arbeiten. Sie wurden außerdem zur Durchsetzung von Filter- und Kontrollmaßnahmen verpflichtet. Fortan waren Produktion und Verbreitung von unter anderen folgenden Inhalten im Internet verboten:

- antireligiöse und antiislamische Schriften
- Ablehnung der Verfassung und Gefährdung der territorialen Unversehrtheit der Islamischen Republik
- Beleidigung des Revolutionsführers und anderer religiöser Autoritäten
- Entstellung und Beleidigung der Werte der Islamischen Revolution und des politischen Denkens Khomeinis

22 „Beschlüsse und Kriterien für computerbasierte Informationsnetzwerke“, Dokument unter: <http://www.itiran.com/docs/18.htm> [01.12.2012].

23 Interview mit einem Vertreter der gewerkschaftlichen Vereinigung privater Internetprovider Irans, Teheran 16.02.2005.

- Verbreitung von Pessimismus und Hoffnungslosigkeit in Bezug auf die Legitimation und Leistungen des politischen Systems der Islamischen Republik
- Propagierung ungesetzlicher Gruppierungen und Parteien
- Verbreitung geheimer oder vertraulicher Informationen zu militärischen und sicherheitsrelevanten Fragen
- Verbreitung moralisch anstößiger Fotos und Schriften
- Förderung von Drogenkonsum
- Verletzung der Privatsphäre und Beleidigung von Privatpersonen
- Produktion von Radio- und Fernsehprogrammen im Internet ohne Genehmigung des staatlichen Rundfunk und Fernsehens²⁴

Die gesamte Durchsetzung dieser Regelungen oblag dem Kommunikationsministerium, bei Verstößen drohte den Internetanbietern Lizenzentzug und gerichtliche Verfolgung. Der Erlass rief auf Seiten der Internetanbieter Unsicherheit und Widerstand hervor. In langwierigen Verhandlungen mit dem Kommunikationsministerium versuchte eine Vereinigung privater Anbieter ihre Interessen geltend zu machen. Doch noch 2004 arbeiteten Provider unter unbeständigen Bedingungen, da ihre Lizenzen jeweils nur ein Jahr Gültigkeit hatten. Auch die Ungewissheit, über jederzeit mögliche zusätzliche Einschränkungen verhinderte längerfristige Investitionen in einen wirtschaftlich hochattraktiven Markt.²⁵

Die Maßnahmen des HRKR sorgten in politischen Kreisen ebenfalls für Diskussionen. Im reformorientierten sechsten Parlament wurde die Zuständigkeit dieses Rates grundsätzlich in Frage gestellt. Die Parlamentarier sahen durch den Erlass mit gesetzesähnlichem Charakter ihre legislative Autorität untergraben. Hier kollidierten unterschiedliche Vorstellungen über die Aufgaben dieser Institution, die im Zuge der „Islamischen Kulturrevolution“ nach 1979 gegründet worden war. Auf der einen Seite stellten Reformpolitiker den Fortbestand des HRKR in Frage, da seine Entstehung auf eine besondere Epoche der Revolutionsgeschichte zurückging und nunmehr Ministerien und Parlament die entsprechenden Aufgaben übernommen hatten. Andererseits betonten vor allem konservative Akteure die Notwendigkeit eines Instruments, über das Vertreter aus religiösen Schulen, Rundfunk und Fernsehen sowie dem Revolutionsführer nahe stehenden Organisationen direkten Einfluss auf die Kulturpolitik der Islamischen Republik nehmen konnten. Versuche der Re-

24 „Beschlüsse und Kriterien für computerbasierte Informationsnetzwerke“, Dokument unter: <http://www.itiran.com/docs/18.htm> [01.12.2012].

25 Interview mit einem Vertreter der gewerkschaftlichen Vereinigung privater Internetprovider Irans, Teheran 16.02.2005.

formpolitiker, die Befugnisse des HRKR einzuschränken, scheiterten bis zur Machtübernahme durch Ahmadinezhad im Sommer 2005.²⁶

Darüber hinaus beschäftigte sich auf Anordnung des Justizchefs Shahrudi ab Ende 2002 ein spezielles Komitee mit der Erarbeitung eines gesetzlichen Rahmens für Vergehen im Zusammenhang mit Computer- und Internetnutzung. Unterstützung kam hierbei von Seiten des Hohen Medienrats, dessen Leiter Jahangard für die Fortentwicklung des Internets eine gesetzliche Grundlage notwendig erachtete. Eine aus Juristen und Informatikexperten zusammengesetzte Kommission wertete die Gesetzgebungen anderer Länder aus und entwickelte in einer Reihe von Seminaren, auch unter Einbeziehung von unabhängigen Fachleuten und Vertretern der privaten Internetanbieter, einen eigenen Gesetzentwurf. Dieser wurde kurz vor dem Regierungswechsel 2005 dem Parlament vorgelegt, dort jedoch erst im November 2008 ratifiziert und dem Wächterrat zur endgültigen Begutachtung übermittelt. Der Text regelt vor allem den Umgang mit Onlinebetrug, Datenfälschung und unbefugtem Eindringen in Informationsnetzwerke, präzisiert aber ebenso noch einmal die Pflichten von Internetanbietern bei Überwachung und Filtern der von ihnen übermittelten Daten.²⁷

Die mehrfach angestrebte Erweiterung des Pressegesetzes auf Onlinemedien bildete einen weiteren Versuch der gesetzlichen Regelung von Internetkommunikation. Nachdem eine entsprechende Ergänzung des Gesetzes durch das siebte Parlament abgelehnt worden war, gelang es der Regierung Ahmadinezhad im April 2009 eine erste Zustimmung der Abgeordneten zu erreichen. Unklarheiten und Kritik in Bezug auf die Umsetzung dieser Regelung bestanden jedoch nach wie vor – auch auf Seiten konservativer Parlamentarier. Im Prinzip wären iranische Onlinemedien damit denselben Vorschriften wie Printmedien unterworfen gewesen und hätten beispielsweise eine Lizenz beim Ministerium für Islamische Kultur und Orientierung beantragen müssen. Ebenso wie in der Presse konnte Propaganda gegen Staat oder Islam durch hohe Gefängnisstrafen geahndet werden. Allerdings definierte der Gesetzentwurf den Begriff der Onlinemedien nicht, so dass unklar blieb, ob etwa private Webseiten oder Weblogs ebenfalls von dieser Regelung betroffen waren. Zudem schien eine Ausgabe von Lizenzen durch das Kulturministerium an die unzähligen, teilweise kurzlebigen Webseiten mit Nachrichten und Informationen kaum durchführbar.²⁸ Nichtsdestotrotz gingen Sicherheitsdienste und Justiz auf Ba-

26 „Reform aus zwei Perspektiven“, Salmeh-ye Sharq 1383 (Jahresendbeilage der Tageszeitung Sharq) vom März 2005, S. 34.

27 OpenNet Initiative: Iran 2009.

28 Ebd.; „Ratifizierung des umstrittenen Gesetzentwurfs zur Reformierung des Pressegesetzes im Parlament“, Deutsche Welle Farsi vom 15.04.2009.

sis dieser unklaren gesetzlichen Regelungen gegen unliebsame Netzautoren vor und schränkten die Meinungsfreiheit im Internet ein.

ZENSUR, BLOCKADE, ÜBERWACHUNG

Iran verfügt weltweit über eines der umfassendsten Systeme zur Kontrolle und Zensur von Internkommunikation. Organisationen wie Reporter ohne Grenzen und die OpenNet Initiative bescheinigen dem Land drastische Eingriffe in die Informationsfreiheit im Netz. Sowohl der Zugang zu Webseiten als auch Netzinhalte unterliegen staatlicher Überwachung. In Anbetracht der strikten Kontrolle der übrigen Medien erscheint dies kaum verwunderlich, doch wurde das Internet nicht von Anfang zensuriert. Erst mit dem Anstieg der Nutzerzahlen wuchs auf staatlicher Seite das Verlangen nach verstärkter Aufsicht über die Anwendung des neuen Mediums. Nichtsdestotrotz dauerte es mehrere Jahre, bis die Internetzensur in Iran ihre volle Ausprägung erreichte. Die involvierten Behörden verfügten zunächst nicht über notwendige technische und logistische Fähigkeiten, um eine einheitliche Überwachung durchzusetzen. Darüber hinaus zeigten sich auch in der Durchsetzung der Internetzensur deutlich die parallelen institutionellen Strukturen der Islamischen Republik mit umstrittenen Zuständigkeiten und konkurrierenden politischen Vorstellungen.

Nachdem der Erlass des HRKR vom September 2001 Internetanbieter zur Anwendung bestimmter Filtermaßnahmen verpflichtet hatte, schuf dieses Gremium zwei Jahre später eine Kommission mit der Aufgabe, Webseiten auf deren Verträglichkeit mit den Gesetzen und Normen der Islamischen Republik zu überprüfen. Diese Kommission setzte sich aus jeweils einem Vertreter der staatlichen Fernsehanstalt, des Informationsministeriums und des Kulturministeriums zusammen, die im Januar 2003 ihre Arbeit aufnahmen. Sie erstellten eine Liste mit den zu blockierenden Seiten, die anschließend an die Internetanbieter weitergeleitet wurde.

Im Mai 2003 kam es so zu den ersten umfassenden Schließungen von Webseiten für iranische Nutzer. Zu den nicht mehr zugänglichen Webseiten zählten vor allem Pornographie-Seiten, aber auch die Internetpublikationen exilierter Regimegegner wie die von Reza Pahlavi, dem Sohn des Schah, des ehemaligen Präsidenten Bani-Sadr oder der Organisation der *Mojahedin-e Khalq*. Einige Anbieter schlossen auch schon zu diesem Zeitpunkt die reformorientierte Webseite *Emruz*.²⁹ Gleichwohl zirkulierten verschiedene Versionen der angeblich per CD an die Anbieter verteilten „Blacklist“ und die unterschiedlich strikte Befolgung dieser Anweisungen verstärkte die Uneinheitlichkeit der Zensurmaßnahmen. Fortan entschieden sich

29 „15000 Internetseiten verboten“, BBC Persian vom 10.05.2003; „Einschränkung politischer Webseiten in Iran“, BBC Persian vom 11.05.2003.

private Nutzer beim Kauf der üblichen Prepaid-Karten für diejenigen Provider, deren Angebot am wenigsten zensiert war. Dies führte zu einer absurden Konkurrenzsituation zwischen den Internetanbietern: während vor allem größere Firmen aus Sorge um ihren Fortbestand mehr Seiten als notwendig blockierten, versuchten andere mit einem möglichst offenen Internetzugang mehr Kunden anzulocken.

Anfang 2004 zeigte die Schließung einiger Internetanbieter durch den ultrakonservativen Teheraner Staatsanwalt Said Mortazavi, dass neben der dreiköpfigen Kommission des HRKR auch die Justiz in die Zensur des Internets eingreifen konnte. Die geschlossenen Provider hatten angeblich Filteranweisungen, die direkt von der Staatsanwaltschaft ausgegeben worden waren, nicht befolgt.³⁰ Im Sommer desselben Jahres sorgte die Blockierung der Webseiten *Ruydad*, *Emruz* und *Bamdad* durch die Justiz für Aufsehen. Techniker, Journalisten und Blogger, die an diesen bekannten Reformpublikationen mitarbeiteten, wurden verhaftet und unter Druck gesetzt. Das unter dem Namen „Weblog-Akte“ bekannte Verfahren zog sich trotz der Intervention anerkannter Politiker über mehrere Monate hin. Die unbeeindruckt agierende Staatsanwaltschaft machte deutlich, dass sie in ihrem Vorgehen gegen unliebsame Stimmen im Internet auf die gleichen Methoden zurückgreifen würde, die bereits bei der Repression reformorientierter Pressepublikationen angewendet worden waren.

Die Konflikte zwischen der konservativen Justiz und den Behörden der Reformregierung zeigten sich auch Anfang 2005 in der Schließung der populären Internetdienste *Persianblog*, einem Webloganbieter und *Orkut*, einer Webseite zur Pflege sozialer Netzwerke, die sich bei iranischen Jugendlichen enormer Beliebtheit erfreute. Sowohl Kommunikationsminister Motamedi als auch Regierungssprecher Ramazanzadeh wandten sich gegen diese Blockierungen, zu denen ihnen keinerlei Informationen vorlagen und die weder auf das Kommunikationsministerium noch die Kommission des HRKR zurückgingen, sondern auf eine direkte Anordnung der Justiz.³¹ Der Vorsitzende des Khatami-nahen Medienrates Jahangard mahnte eine Einhaltung der rechtlichen Strukturen an. Der Teheraner Staatsanwalt Mortazavi betonte dagegen, dass alle staatlichen Dienststellen für die Schließung von Internetseiten mit unmoralischen und antireligiösen Inhalten zuständig seien.³² Wenig später beklagte der Kommunikationsminister noch einmal die mangelhafte Verständi-

30 „Filtern in der Kontroverse“, in: Salnameh-ye Sharq 1384 (Jahresendbeilage der Tageszeitung Sharq) vom März 2006, S. 120.

31 „Protest der iranischen Regierung gegen die Schließung zweier beliebter Webseiten“, BBC Persian vom 10.01.2005.

32 „Jahangard: Judiciary should stop unilateral filtering“ und „Mortazavi defends unilateral filtering of immoral and sacrilegious websites“, Blog Stop Censuring Us vom 13./14.01.2005.

gung zwischen den verschiedenen Institutionen, die mit dem Filtern von Webseiten beschäftigt waren: sein Ministerium habe weder Vertreter noch Ansprechpartner in der Kommission des HRKR, zudem wüssten die Betreiber von Webseiten, die nach einer Schließung bereit gewesen waren, Inhalte zu ändern, nicht einmal, an wen sie sich wenden könnten.³³

Neben der gezielten Blockade ausgewählter Webseiten suchte man seitens des Kommunikationsministeriums außerdem nach einer Software, mit der sich das Filtern unerwünschter Netzinhalte effektiver gestalten ließe. Durch den Einsatz kommerzieller Filter wie dem amerikanischen Programm Smartfilter gelang es ab 2004, den Zugang zu Pornographie und Anonymisierungshilfen zur Neutralisierung ebensolcher Filter (so genannte Proxies) immer umfassender zu blockieren. Gleichzeitig weitete sich die Kontrolle des staatlichen Internetanbieters DCI über das iranische Internet und seine wichtigsten Knotenpunkte mit dem World Wide Web aus. Die Eingriffe in die Bewegungsfreiheit der Nutzer waren fortan deutlicher spürbar, der Zugang zu bestimmten Seiten ohne eine beständige und informierte Suche nach Umgehungsmöglichkeiten nicht mehr gewährleistet. Laut einer Untersuchung der OpenNet Initiative aus diesem Zeitraum blockierte Iran neben den erwähnten Inhalten vorwiegend persischsprachige Webseiten und Blogs mit kritischen politischen Positionen. Zensiert wurden desgleichen Nachrichten- und Informationsdienste im Internet, auch hier betrafen die Blockaden hauptsächlich persische, weniger fremdsprachliche Publikationen. Internationale Medien und Webseiten, auch mit Informationen zu Menschenrechten wurden bis dato kaum blockiert.³⁴

Der massive Einsatz von Filtersoftware stellte die iranischen Behörden allerdings vor Schwierigkeiten. So konnte zwar Pornographie äußerst effektiv ausgeblendet werden, darüber hinaus erforderten die politischen und religiösen Maßstäbe der Islamischen Republik jedoch eine sehr präzise Programmierung der Filter. Infolgedessen kam es immer wieder zu fehlerhaften Blockaden. Allzu sensible Filterprogramme erschwerten beispielsweise die Recherche zu frauenspezifischen Themen im sozialwissenschaftlichen oder medizinischen Bereich. Diese Fehler erreichten mit Verschärfung der Internetzensur ein solches Ausmaß, dass Nutzer oft nicht mehr einschätzen konnten, ob die erwünschte Seite gezielt oder versehentlich geschlossen worden war. Die Möglichkeiten, einer fehlerhaften Blockade entgegen-

33 „Two new members for secret committee“, Blog Stop Censuring Us vom 11.02.05; „Filtern in der Kontroverse“, in: Salnameh-ye Sharq 1384 (Jahresendbeilage der Tageszeitung Sharq) vom März 2006, S. 120.

34 OpenNet Initiative: „Internet Filtering in Iran in 2004-2005: A Country Study“, Toronto/Ottawa/Harvard University 2005.

zuwirken, waren begrenzt.³⁵ Aus diesen Gründen beauftragte das Kommunikationsministerium verschiedene iranische Informatikfirmen mit der Entwicklung einer eigenen Filtersoftware. Ein in Iran entwickeltes zentrales Kontrollprogramm wurde Anfang 2006 in mehreren iranischen Städten getestet.³⁶ Iranische Technologie wurde auch zum Durchkämmen des Internets nach verbotenen Inhalten genutzt.³⁷

Die Kontrolle der Internetnutzung gewann mit Amtsantritt der Regierung Ahmadinezhad zusätzliche Dynamik. Im September 2006 limitierte das Kommunikationsministerium die Übertragungsgeschwindigkeit von Internetverbindungen privater Nutzer auf 128 KB pro Sekunde. Der offiziellen Begründung zufolge bestand im Privatbereich kein Bedarf an leistungsstärkeren Verbindungen, nichtsdestotrotz stand dieser Schritt im Gegensatz zum vierten Fünfjahresplan, der einen umfassenden Ausbau von Hochgeschwindigkeitsanschlüssen vorsah. Mit der Maßnahme suchte die Regierung offenbar das Herunterladen westlicher Filme und Musik aus dem Internet zu verhindern, doch wurden auch Schwächen in der Infrastruktur als mögliche Beweggründe in Erwägung gezogen.³⁸

Das Ministerium für Kultur und Islamische Orientierung versuchte Ende 2006 seine Aufsicht über Printmedien auch auf Internetpublikationen auszudehnen. Alle in Iran produzierten Webseiten und Blogs sollten zu einer amtlichen Registrierung verpflichtet werden. Den Auslöser hierfür lieferte offenbar die wachsende Anzahl von Nachrichtenblogs und Informationsseiten, die teilweise der Regierung Ahmadinezhad sehr kritisch gegenüberstanden. Das Ministerium richtete eine spezielle Webseite ein, auf der sich alle Betreiber von Onlinemedien registrieren sollten. Hier wurden unter anderem die Identität und Kontaktdaten des Betreibers sowie Angaben zu Inhalt und Zielstellung der jeweiligen Publikation erfasst. Abgesehen von Boykottkampagnen der iranischen Bloggergemeinschaft löste diese Vorgehensweise auch in politischen Kreisen heftige Diskussionen aus. Einerseits mischte sich hier eine weitere Institution in die Überwachung des Internets ein und sorgte so für eine zusätzliche Verwirrung der Zuständigkeiten. Andererseits wurden erhebliche Sicherheitsbedenken laut, da eine beachtliche Menge an Informationen über iranische Internetnutzer auf einer einzigen Webseite gespeichert werden sollte, deren Host sich überdies im Ausland befand. Schließlich aber erschien die Lizenzierung und ständige Evaluierung von hunderten, ja tausenden Webseiten durch das Ministerium

35 „Filtern in der Kontroverse“, in Salnameh-ye Sharq 1384 (Jahresendbeilage der Tageszeitung Sharq) vom März 2006, S. 120.

36 „Neues Programm zur Einschränkung des Internets in Iran“, BBC Persian vom 06.11.2005; „Registrieren Sie sich nicht, wir filtern“, Rooz vom 03.01.2007.

37 OpenNet Initiative: „Internet Filtering in Iran in 2006-2007“, Toronto/Ottawa/Harvard University 2007; OpenNet Initiative: Iran 2009.

38 OpenNet Initiative: Iran 2006.

schlichtweg nicht praktikabel, so dass die Durchführung des Projekts allmählich versandete.³⁹

Insgesamt nahm die Internetzensur unter der Regierung Ahmadinezhad eine immer einheitlichere und konsistentere Form an. Bis dato vorhandene Unregelmäßigkeiten in der Durchsetzung der Filterregeln zwischen einzelnen Anbietern verschwanden mit Zusammenführung der zentralen Zugänge zum Internet unter Aufsicht und Infrastruktur der staatlichen Telekom. Vor allem die Filterung politischer Inhalte erreichte unter Ahmadinezhad ein neues Ausmaß. Blockiert wurden nicht nur bekannte persischsprachige Onlinemedien wie *BBC Persian*, sondern auch unzählige Webseiten über Menschen- und Frauenrechte sowie Publikationen kritischer Journalisten. Im Vorfeld von Wahlen ließ sich wiederholt die politisch motivierte Schließung von Webseiten beobachten. So wurde vor den Parlamentswahlen 2008 der Zugang zu einer zentralen Informationsseite der Reformkoalition gesperrt. Bereits Monate vor der Präsidentschaftswahl 2009 blockierten die Behörden eine Webseite, die für eine erneute Kandidatur des früheren Präsidenten Khatami warb. Und schon bevor Anwendungen wie Facebook oder YouTube im Zuge der Wahlkrise 2009 Schlagzeilen machten, wurden sie immer wieder gefiltert. Schließlich sind auch die Webseiten von Organisationen ethnischer und religiöser Minderheiten, wie den Baha'i oder iranischen Kurden von der Zensur betroffen. Angaben aus Regierungskreisen zufolge werden in Iran somit 5-10 Millionen Webseiten blockiert; eine Zahl, die angesichts des hohen Anteils von gefilterten Inhalten mit pornographischer Ausrichtung durchaus realistisch erscheint.⁴⁰

Neben der Filterung von Internetseiten nahm auch die Überwachung von Onlinenkommunikation durch die Sicherheitsdienste zu. Im Jahr 2008 kündigten sowohl der Teheraner Staatsanwalt Mortazavi als auch die iranische Polizei die Einrichtung spezieller Abteilungen an, die „regimefeindliche und unmoralische“ Aktionen im Internet verhindern sollten.⁴¹ Ebenso machten die Revolutionsgarden ihren Einfluss deutlich. Ein 2007 gegründetes „Cyber-Kommando“ der *Pasdaran* trug die Mission der Revolutionsgarden zur Verteidigung des Systems ins Netz. Die dazugehörige Webseite listete Internetseiten auf, die blockiert, gehackt oder anderweitig unschädlich gemacht wurden. Die Abteilung warnte zudem vor „Umstürzern“, die in Zusammenarbeit mit ausländischen Medien und Geheimdiensten im Internet gegen die Islamische Republik arbeiteten und kündigte erste Verhaftungen an. Einige Programmierer wurden der Verbreitung von Pornographie und regimefeindlichen In-

39 „Ordnungsplan leidet selbst an Unordnung“, Blog IT Iran vom 16.01.2007.

40 OpenNet Initiative: Iran 2009.

41 Reporters without Borders: *Enemies*, S. 13; „Ordnungskräfte dringen in Cyberspace vor“, Rooz vom 09.02.2009.

halten angeklagt, zu Geständnissen im Fernsehen gezwungen und sogar mit der Todesstrafe bedroht.⁴²

Das Bestreben des iranischen Regimes, ein möglichst umfassendes Kontroll- und Zensursystem für die Kommunikation im Internet zu errichten, ist somit offensichtlich. Mittels Filterprogrammen, gezielter Blockade von Webseiten und Einschüchterung von Anwendern gelingt es durchaus, sowohl Produktion als auch Konsum von regimekritischen Inhalten im Netz einzuschränken. Gleichwohl wird der Zugriff des Regimes auf das Internet immer wieder herausgefordert. Interessierte Nutzer finden online ständig neue Informationen, die eine Umgehung der Blockaden ermöglichen.⁴³ Unter den Anwendern des globalen Antizensur-Netzwerks Tor stellt Iran eine der größten Nutzergruppen. Auch Software aus China, dem Vorreiter in Sachen Internetzensur, kommen zum Einsatz, um die staatliche Überwachung im Netz zu umgehen. Resultat ist ein fortwährendes Katz- und Mausspiel zwischen dementsprechend motivierten Anwendern und den Zensurbehörden, die ständig bemüht sind, Lücken im Kontrollsystem zu schließen.

Onlinedissidenten unter Druck

Eine Darstellung der Internetzensur in Iran bliebe ohne Erwähnung der Verhaftungen und Repressionen gegen online publizierende Autoren nur unvollständig. Einen zentralen Fall bildete die bereits erwähnte „Weblog-Akte“ vom Herbst 2004, als mehr als zwanzig Informatiker und Journalisten verhaftet und teilweise unter Anwendung von Folter durch die Teheraner Staatsanwaltschaft verhört wurden. Doch bereits zuvor sahen sich Autoren den Repressionen durch Teile des Justiz- und Sicherheitsapparats ausgesetzt. Der erste mehrfach zu Verhören einbestellte Blogger Irans war Sina Motalebi. Der ehemalige Redakteur der verbotenen Tageszeitung *Hayat-e Now* hatte 2002 über sein Weblog nicht nur die Verteidigung eines verurteilten Kollegen organisiert, sondern auch die gescheiterte Reformpolitik kritisiert. Am Vorabend seiner endgültigen Verhaftung im April 2003 gelang es Motalebi, die Bloggergemeinde zu informieren, welche daraufhin über eine Onlinepetition und internationale Medien Druck auf die iranischen Behörden ausüben und seine Freilassung erreichen konnte.⁴⁴ Im selben Jahr wurden die Betreiber zweier Nachrich-

42 „Namen der Mitglieder einer antireligiösen Internetgruppierung durch Revolutionsgarden veröffentlicht“, BBC Persian vom 11.04.2009; Justice for Iran: „Gerdab; A Dictated Scenario“, London u. a. 2012.

43 „Internet: New Program finds Way around Censorship“, RFE/RL vom 05.02.2007; „Iran: Radio Farda – Proxy Battle to Counter Internet Filtering“, RFE/RL vom 24.07.2007.

44 „Zensiert, verhaftet, exiliert – In meinem Weblog fühlte ich mich frei“, Spiegel Online vom 06.05.2004.

tenseiten, Mohsen Sazegara und Javad Tavaf verhaftet. Als ehemaliges Mitglied der Revolutionselite hatte Sazegara auf seiner Webseite *Alliran* zu einer Verfassungsänderung aufgerufen und gelangte erst nach mehrmonatiger Haft sowie einem Hungerstreik wieder in Freiheit.⁴⁵ Auch in den Folgejahren wurden zahlreiche Blogger und Onlinejournalisten zu Verhören einbestellt und verhaftet. Wiederholt verhaftet und verurteilt wurde etwa der Theologiestudent und Weblogger Mojtaba Lotfi, der aus der Stadt Qom, Zentrum islamischer Ausbildung, sein Blog führte und hier kritische Kommentare des Ayatollah Montazeri wiedergegeben hatte.⁴⁶ Aktivistinnen der „Kampagne für eine Million Unterschriften“, die sich für eine rechtliche Gleichstellung von Frauen in Iran einsetzte, sahen sich wegen ihrer Veröffentlichungen auf den verschiedenen Webseiten der Frauenbewegung immer wieder gerichtlicher Verfolgung ausgesetzt.⁴⁷ Nach der Wahlkrise 2009 fanden sich zahlreiche Internetjournalisten und Blogger unter den inhaftierten Regierungskritikern. Ebenso wie im Pressebereich suchte das Regime unter Einsatz repressiver Methoden das Kritikpotential der Internetöffentlichkeit einzuschränken. Willkürliche Verhaftungen und unverhältnismäßig hohe Bestrafungen ausgewählter Einzelpersonen dienten dabei zur Abschreckung anderer Anwender und Onlineautoren.

Von paternalistischer Protektion zu autoritärer Überwachung

Der Überblick über die Entwicklung der Internetzensur verdeutlicht den beachtlichen Aufwand an Ressourcen, den das iranische Regime für die fortwährende Perfektionierung des Filtersystems aufbringt. Innerhalb der zuständigen staatlichen Institutionen wurde nach Wegen gesucht, um die Vorteile des Internets so effektiv wie möglich zu nutzen, dabei aber ein breites Spektrum unerwünschter Anwendungsformen auszuschalten. Die Sensibilität des Regimes gegenüber bestimmten Themenbereichen wurde zunächst mit religiösen oder kulturellen Moralvorstellungen begründet. So verteidigte der Direktor des staatlichen Internetproviders DCI im Jahr 2004 die Filtermaßnahmen mit dem Argument, dass sonst ein weiterer Ausbau des Internets in Iran aufgrund besorgter Eltern nicht mehr möglich sei.⁴⁸ Häufig wurde betont, dass auch andere Länder das Filtern von Webseiten mit jeweils eigenen Kriterien praktizierten. Die Zensur „dekadenter und lasterhafter“ Inhalte sei folglich Ausdruck der kulturellen und religiösen Ansprüche der Islamischen Republik und geschehe mit mehrheitlicher Zustimmung der Bevölkerung, so Abdol Majid Riazi, der Leiter des Informatikrates unter Ahmadinezhad. Da das Land somit

45 Amnesty International: Urgent Action Nr. 173/03-02 vom 02.09.2007.

46 Reporters without Borders: „Holy City is hell for bloggers“, Webseite vom 04.05.2005.

47 Reporters without Borders: Enemies.

48 „DCI rethinks filtering strategy“, Blog Stop Censuring Us vom 26.09.2004.

vor Schaden bewahrt werde, bezeichnete er das Filtern gar als eine Bürgerpflicht aller, die auf unmoralische Webseiten stießen.⁴⁹ Selbst Fachjournalisten und Vertreter der IT-Branche äußerten anfänglich Verständnis für das Kontrollbedürfnis des Staates und verwiesen auf die kulturellen und politischen Schwierigkeiten bei der Einführung anderer Medien, wie Radio oder Fernsehen, im Laufe der iranischen Geschichte. Mit eher pragmatischer Herangehensweise waren sie bereit, die Beschränkung bestimmter Netzinhalte hinzunehmen, um überhaupt eine Verbreitung des Internets in Iran zu ermöglichen. Die Anwendung der Filter stellte demnach eine Art „vertrauensbildender Maßnahme“ dar, mit der politische Widerstände gegenüber dem Internet überwunden werden sollten.⁵⁰

Diese vom Staat reklamierte Rolle eines paternalistischen Schutzpatrons der kulturellen und moralischen Unversehrtheit der Bevölkerung ging allerdings mit einem Streben nach umfassender Überwachung einher. So bezeichnete der Leiter der Internetabteilung der Staatsanwaltschaft die Knotenpunkte, über die Iran mit dem World Wide Web verbunden war, als „virtuelle Grenzübergänge“, deren Verkehr vollständig kontrolliert werden müsse.⁵¹ Auch die Gesetzgebung durch den HRKR macht deutlich, dass mit der Internetsensur nicht nur religiös geprägte Normen durchgesetzt wurden. Die Aufnahme dehnbare Formulierungen, mit der im Netz geäußerte Kritik an politischen Autoritäten sowie dem gesamten System der Islamischen Republik ganz ähnlich wie in anderen Medien unter Strafe gestellt wurden, zeigten die Toleranzgrenzen des autoritären Staates. Die Blockierung politischer Webseiten und die Verfolgung dissidenter Netzautoren stellten eindeutig repressive Maßnahmen dar, mit denen die Meinungsäußerung im Internet unter Kontrolle gebracht werden sollte. Das Internet erschien demgemäß als Medium, von dem eine potentielle Gefährdung des Systems ausging. Die augenscheinlich regellose, ja verwirrende Netzwelt wurde mit einer Argumentation abgelehnt, in der sich grundlegende Diskurselemente der Revolutionsideologie und ihrer Weiterentwicklung durch die ultrakonservative Machtelite um Revolutionsführer Khamenei wiederfanden – beispielsweise die Warnung vor der Gefahr einer „Verwestlichung“ oder der „kulturellen Invasion des Westens“. Diese Abwehr ungefilterter fremder Einflüsse war Ausdruck eines starren und ideologisch unterlegten Kulturverständnisses, das die sinngebenden Kräfte der eigenen Kultur negierte. Erst mit der Gewissheit, das Internet möglichst umfassend zu kontrollieren, konnten die konservativen und ult-

49 „Gespräch mit dem Leiter des Hohen Rats für Informationstechnologie: Filtern ist jedermanns Pflicht“, Blog IT Iran vom 20.01.2006.

50 Interviews mit einem Journalisten einer IT-Fachzeitschrift (30.11.2004) und einem Vertreter der gewerkschaftlichen Vereinigung privater Internetprovider (16.02.2005), Teheran.

51 „Registrieren Sie sich nicht, wir filtern“, Rooz vom 03.01.2007.

rakonservativen Akteure des iranischen Regimes die Anwendung und Verbreitung der neuen Technologie akzeptieren.

EIN NEUES KONFLIKTFELD

Aufgrund seines sozialen Entwicklungsstands verfügte Iran über gute Voraussetzungen für eine Ausbreitung des Internets. Förderlich wirkten vor allem der gute Bildungsstand, die hohe Urbanisierungsrate, die Existenz einer relativ breiten Mittelschicht und nicht zuletzt das niedrige Durchschnittsalter der Bevölkerung. Für die junge und aufgeschlossene Bevölkerung bildete das Internet ein attraktives Kommunikationsmedium mit vielseitigen Anwendungsmöglichkeiten. Dieser Bedarf konnte zunächst von einem risikobereiten Privatsektor bedient werden, dem der IT-Bereich neue wirtschaftliche Perspektiven eröffnete. Der Staat hingegen reagierte mit Verzögerung auf die Ausbreitung des Internets und konnte weder der Nachfrage aus der Bevölkerung noch den eigenen kultur- und entwicklungspolitischen Ansprüchen gerecht werden. Insofern hatten Teile der Gesellschaft mit ihrer Aneignung des Mediums bereits einen bestimmten Entwicklungsstand und Anwendungsformen festgeschrieben, bevor staatliche Akteure mit dem Ausbau eines Regel- und Kontrollwerks sowie eigener Nutzung ihre Vormachtsstellung durchzusetzen suchten.

Die Handhabung der Massenmedien in der Islamischen Republik hat die grundlegende Haltung des Regimes zu Kommunikationstechnologie veranschaulicht. Trotz eines traditionell-religiösen Anstrichs ist die Islamische Revolution ein ideologisches Projekt der Moderne, das technologischen Fortschritt nicht ablehnt, sondern zum eigenen Nutzen einsetzt. Die durch die Machtelite um den Revolutionsführer monopolisierten Massenmedien Rundfunk und Fernsehen dienen vorrangig der Erzeugung von Legitimität und kultureller Hegemonie. Dementsprechend war der iranische Staat bestrebt, auch von den Potentialen des Internets zu profitieren, sei es im Bereich von Wirtschaft, Wissenschaft oder politischer Kommunikation. Gleichzeitig bemühte man sich um die Etablierung eines umfassenden Kontroll- und Zensursystems, das mit fortschreitender technologischer Entwicklung immer komplexer wurde. Diese Herangehensweise weist eindeutig die von Kalathil und Boas erläuterte Kombination aus proaktiven und reaktiven Strategien auf, mit der sich autoritäre Staaten einerseits als dominante Akteure der Internetentwicklung und Nutzung durchzusetzen, andererseits unerwünschte Inhalte und Anwendungen des neuen Mediums zu blockieren suchen.⁵²

52 Kalathil/Boas: Open Networks.

Gleichwohl erschweren die Qualitäten des Internets die Kontrolle durch die autoritäre Machtelite. Bereits der Gebrauch Satellitensendern hat verdeutlicht, wie moderne Kommunikationstechnologien den Anspruch des Revolutionsregimes auf eine umfassende Erziehung der Bürger im Sinne der eigenen religiös-ideologischen Richtlinien in Frage stellten und allein durch ihre alltägliche Anwendung Ausdruck einer Gegenkultur bildeten. Das Internet eröffnete neue Wege für diese widerständigen Alltagspraktiken. Unterhaltungsorientierte Anwendungen wie Chatrooms oder soziale Netzwerke dienten der Jugend dazu, die Grenzen ihrer Handlungsmöglichkeiten zu verhandeln und auszuweiten. Diese Aneignungen des Internets standen im Widerspruch zu dem vom Staat intendierten zweckmäßigen Einsatz des Mediums für Wirtschaft, Forschung und Propaganda. Die Reaktionen von Seiten konservativer Regimevertreter sowie das immer entschlossenerere Vorgehen gegen unerwünschte Internetinhalte, das sogar bis zum wiederholt diskutierten Projekt eines „nationalen Internets“ reichte, zeigen sowohl die Spannungen, die das Internet mit seiner Ausbreitung in Iran auslöste, als auch das ausgeprägte Bestreben nach Kontrolle von Zugang und Inhalten des neuen Mediums auf Seiten des autoritären Staates.

Gerade der Bereich der Internetzensur führt vor Augen, wie die gegensätzlichen Zielstellungen von Regime und privaten Internetnutzern innerhalb der Gesellschaft neue Formen der Herausforderung eröffneten. Die fortschreitende technologische Entwicklung der Internetanwendungen sowie die steigenden Kompetenzen der Internetnutzer schufen eine permanente Auseinandersetzung um immer umfassendere und komplexere Formen der Internetzensur und deren Umgehung durch dementsprechend motivierte Nutzer. Da die Filtersysteme ein weites Spektrum an Netzinhalten erfassten, waren auch Nutzer ohne spezifisch politische Anwendungsinteressen gezwungen, sich mit dieser neuerlichen Form der autoritären Kontrolle ihres Alltags auseinanderzusetzen. Die Beschränkung von Netzwerken wie Orkut oder später Facebook traf vor allem jugendliche Nutzer, die hier über das Internet ihren Bedürfnissen der sozialen Kommunikation und Beziehungsregelung nachgingen. Antifiltersoftware und die notwendigen Kenntnisse für deren Einsatz verbreiteten sich dementsprechend unter einer wachsenden Zahl von Internetanwendern. Somit erlernte Praktiken und Fähigkeiten im Umgang mit der staatlichen Zensur beinhalteten natürlich auch latent politisches Potential, das sich besonders zu Krisenzeiten wie den Wahlprotesten 2009 schlagartig entfalten konnte.

Insofern zeigt sich, dass zwei der im Theorieteil dargelegten Einflussfaktoren für die Rolle von Medien in der Transformation im Falle des Internets in Iran gegensätzliche Wirkung entfalten: einerseits der Grad der autoritären Kontrolle, andererseits gesellschaftlicher Bildungsstand und Medienkompetenz. Die gebildeten und für unterschiedliche Anwendungen der Kommunikationstechnologie aufgeschlossenen Schichten der Gesellschaft treffen hier auf die Regelungen des autoritären Staates, die weit über den politischen Bereich hinaus gehen. Im Bestreben, Ge-

brauchsformen und Inhalte des vielseitig verwendbaren Mediums zu definieren, kollidieren die unterschiedlichen Interessen sozialer und politischer Akteure in einer vielschichtigen Auseinandersetzung. Insofern eröffnete das Internet der iranischen Gesellschaft ein neues Feld der Herausforderung des autoritären Staates.

Neben ihren kulturellen Ausdrucksformen findet diese Herausforderung natürlich auch auf politischer Ebene statt. Die Ausprägung der autoritären Kontrolle des Internets gerät hier mit einem weiteren zuvor erläuterten Einflussfaktor in Konflikt: die Verbindungen zwischen den Medien und zivilgesellschaftlichen bzw. konfliktorientierten Akteuren. Die Entwicklung der iranischen Presse hat gezeigt, wie die Reformbewegung als treibende Kraft eines Systemwandels über Printpublikationen eine Gegenöffentlichkeit aufbauen konnte, über die alternative politische Anschauungen entwickelt und gesellschaftliche Unterstützung mobilisiert wurden. Nach der Unterdrückung der Reformpresse gewann das Internet an Bedeutung für die politische Reformbewegung und deren zivilgesellschaftliche Triebkräfte. Mit zunehmender Verwendung des Internets durch diese konfliktorientierten Akteure ging das Regime gezielter gegen diese vor und nutzte das Potential des Internets selbst, um politische Herausforderer zu überwachen und unschädlich zu machen. Zugleich etablierten die unterschiedlichen strategischen Akteure der Machtelite eigene Onlinemedien, um ihre Ansichten im Internet zu verbreiten und trugen somit die fraktionellen Rivalitäten der politischen Elite ins Netz. Dieser Prozess und die daraus für politische Herausforderer entstehenden Chancen zur Realisierung ihrer Kommunikations- und Handlungsbedürfnisse sollen im Folgenden behandelt werden.

2. Informationslandschaft im Wandel

Innerhalb der letzten zehn Jahre hat sich in Iran eine vielfältige Landschaft von Onlinemedien herausgebildet: Angefangen von den Webseiten staatlicher Institutionen wie Parlament und Ministerien, die Nachrichten zur Arbeit der jeweiligen Institution veröffentlichen, über die Onlineausgaben der Printmedien und des Staatsfernsehens, bis hin zu den Webseiten und Blogs unterschiedlichster politischer und zivilgesellschaftlicher Gruppierungen und Einzelakteure. Es ist kaum möglich, einen Gesamtüberblick über die iranische Netzwelt zu geben. Um dennoch einen Einstieg in die spezifisch iranische Informationslandschaft des Internets zu ermöglichen, werden exemplarisch Webseiten vorgestellt, die im Bereich politischer Nachrichten und Informationen einen gewissen Bekanntheitsgrad erreicht und bei der Entwicklung iranischer Onlinemedien eine Rolle gespielt haben.

Abgesehen von persischsprachigen Onlinemedien aus dem Ausland, die in der von staatlicher Zensur geprägten Informationslandschaft Irans natürlich eine eigene Wirkung entfalten, ist dabei vor allem eine wachsende Anzahl von „Nachrichtenseiten“ bemerkenswert: Dabei handelt es sich um in Iran erstellte Webseiten, die Nachrichten und Informationen zu innen- und außenpolitischen Themen, aber auch zu Wirtschaft, Kultur oder Sport veröffentlichen. Diese Seiten werden regelmäßigen Abständen mit neuen Artikeln aktualisiert (mehrfach täglich/täglich/Zwei- bis Dreitagesrhythmus) und funktionieren im Grunde wie eine Tageszeitung. Sie haben allerdings keine Entsprechung im Bereich der Printmedien oder der elektronischen Medien (wie etwa Spiegel Online oder die Webseiten der BBC). Je nach Ausstattung und Budget beschäftigten diese Nachrichtenseiten eine eigene Redaktion mit Journalisten oder aber veröffentlichten einfach Artikel von Autoren, die sonst für die Presse tätig sind. In unterschiedlichem Ausmaß werden auch Artikel iranischer Printmedien reproduziert.

Die Nachrichtenseiten lassen sich meist bestimmten politischen Akteuren oder Orientierungen zuordnen. Neben den Onlinemedien verschiedener Reformgruppen, für die das Internet aufgrund der Medienzensur einen wichtigen Kommunikationskanal darstellt, finden sich auch zahlreiche Nachrichtenseiten mit konservativer

Tendenz. Allerdings weisen sich diese Webseiten selten direkt als Informationsportal einer bestimmten Gruppierung oder Partei aus, vielmehr werden politische Ansichten über die Auswahl der Autoren und veröffentlichten Inhalte deutlich. Typischerweise werden Nachrichten und Meldungen auf den Nachrichtenseiten von politischen Meinungsartikeln oder Analysen begleitet, deren Autoren meist auch durch ein Foto kenntlich gemacht sind.

Innerhalb dieser Nachrichtenseiten lässt sich zudem die Kategorie der Nachrichtenagenturen (*khabargozari*) unterscheiden. Abgesehen von der staatlichen Agentur IRNA und der studentischen Organisation ISNA, die beide bereits vor Verbreitung des Internets in Iran aktiv waren, sind im Internet weitere Webseiten entstanden, die sich als Nachrichtenagenturen bezeichnen. Als Differenzierungsmerkmal zu den anderen Nachrichtenseiten gelten hier die Menge der täglich eingestellten Artikel sowie die Anzahl der Korrespondenten und Büros inner- und außerhalb Irans. Anhand dieser Kriterien lassen sich somit drei internetbasierte Nachrichtenagenturen ausmachen: die meist als halbstaatlich aufgeführten *Fars News* und *Mehr News* sowie die aus dem Umfeld iranischer Gewerkschaften publizierte ILNA. Die Übergänge zu den Nachrichtenseiten sind hier allerdings fließend.

Nachfolgend sollen zunächst einige im Ausland erstellte iranische Onlinemedien vorgestellt werden. Dabei geht es vor allem darum, darzustellen, inwieweit diese die Informationslandschaft innerhalb Irans bereichern können. Wichtig ist hierbei, dass eine wachsende Zahl exilierter Journalisten für derartige Auslandsmedien arbeitet und somit die Möglichkeit hat, weiterhin für ein Publikum in Iran zu arbeiten. Anschließend werden die wichtigsten Nachrichtenseiten der unterschiedlichen politischen Orientierungen innerhalb der politischen Elite Irans vorgestellt. Dabei geht es weniger um deren konkrete Inhalte als vielmehr darum, zu zeigen, welche Rolle diese Webseiten in den interfraktionellen Auseinandersetzungen spielen. Theoretischer Hintergrund hierfür ist die vorgestellte These von Wolfsfeld, derzufolge politische Konflikte immer auch ein Ringen um den Zugang zu Medien und um Bedeutungszuschreibungen für die veröffentlichten Inhalte sind. Nach diesem Überblick werden schließlich die Inhalte einer Nachrichtenseite der Reformer ausführlicher untersucht. Hierbei soll festgestellt werden, welche Bedeutung derartige Onlinemedien für die Erstellung von Gegenöffentlichkeit, die Herausbildung einer kollektiven Identität und die Mobilisierung von politischer Unterstützung durch die politischen Reformer als konfliktorientierte Akteure haben.

ONLINEMEDIEN AUS DEM AUSLAND

Aufgrund der weiter vorangeschrittenen Entwicklung des Internets in westlichen Industrieländern zählten einige der dort entstandenen persischsprachigen Nachrichtenseiten zu den Wegbereitern iranischer Onlinemedien und gaben wichtige Impulse für nachfolgende Produktionen innerhalb Irans. Exiliraner publizierten ab Mitte der 1990er Jahre verschiedenste Nachrichtenseiten, die zum einen Informationsbedürfnisse innerhalb der Diaspora abdeckten, zum anderen auf ein inneriranisches Publikum abzielten. Andere Nachrichtenseiten auf Farsi lassen sich wiederum auf die Initiative ausländischer Auftraggeber und Medienhäuser zurückführen. Gemeinsam ist diesen Onlinemedien eine kritische Distanz, wenn nicht gar Opposition zum Regime der Islamischen Republik, dessen Informationspolitik sie durch die eigene Berichterstattung in Frage stellen. Im Folgenden werden kurz einige dieser Webseiten vorgestellt, die zu entweder zu den ersten iranischen Internetpublikationen zählten oder aber innerhalb der politischen Informationslandschaft des persischsprachigen Internets eine besondere Rolle spielten.

Eine lange Zeit publikumsstarke iranische Internetpublikation erstellte der in Belgien lebende Journalist Farshad Bayan ab 1998 unter dem Namen *gooya*. Hierbei handelte es sich zunächst um ein Portal, auf dem Adressen anderer Nachrichten- und Informationsseiten mit Iranbezug gebündelt wurden. Außerdem veröffentlichte Bayan ausgewählte Artikel der iranischen Printmedien. Mit steigenden Nutzerzahlen wuchs auch der Bedarf am Informationsaustausch über das Internet und so entstand nach 2000 das Nachrichtenmagazin *gooyanews* als eigenständige Unterrubrik der Hauptseite. Allerdings verfügte *gooyanews* über keinen festen Stab an Redakteuren, sondern war auf die freiwilligen Beiträge externer Autoren angewiesen. Die eingesandten Texte wurden von einigen wenigen Mitarbeitern ausgewählt. Darüber hinaus wurden die Meldungen anderer iranischer Webseiten auf *gooyanews* veröffentlicht. Mit derartigen Kapazitäten ließen sich Qualität und Genauigkeit der Texte nicht immer garantieren. Insofern verstand sich die Seite weniger als Nachrichtenmedium, denn als Forum, das verschiedene Informationen mit kontroversen Standpunkten reflektierte.¹ Bekannte Figuren der iranischen Exilgemeinde, wie der ehemalige Staatspräsident Banišadr, haben ebenso wie verschiedenste Autoren aus Iran regelmäßig zu der Seite beigetragen. Damit spielte *gooyanews* durchaus eine Vorreiterrolle bei der Entstehung eines transnationalen iranischen Informations- und Meinungsaustauschs im Internet – neben der Bindung an das Hauptportal von *gooya*, das lange Zeit einen zentralen Zugang zur iranischen Netzwelt bot, ein ent-

1 „Nachrichtenmagazin gooya, Fragen und Antworten“, gooyanews vom, 15.07.2005; „Die Einnahmen decken die Kosten. Ein Gespräch mit Farshad Bayan“, BBC Persian vom 12.03.2004.

scheidender Grund für die Popularität der Webseite. Mit der wachsenden Anzahl persischsprachiger Onlinemedien und nicht zuletzt aufgrund seiner Zensurierung innerhalb der Islamischen Republik hat *gooyanews* für das iranische Publikum an Bedeutung verloren.

Ähnliche Bedeutungsverluste mussten auch andere Nachrichtenseiten der iranischen Exilopposition hinnehmen. Hierzu zählte beispielsweise die seit Ende der 1990er Jahre bestehende Onlinepublikation *Iran Emrooz*. Ursprünglich eher linksorientiert vertrat diese Webseite auch säkular-liberale Positionen. Über Verbindungen zur iranischen Reformbewegung, vor allem aber zu den Kreisen der in Iran nur tolerierten Oppositionsgruppen um *Melli Mazhabi* und *Nehzat-e Azadi*, konnte *Iran Emrooz* durchaus zur Verbreitung von alternativen Informationen und Perspektiven zur politischen Entwicklung Irans beitragen. Die Filterung durch iranische Behörden sowie der rasante Anstieg von Webseiten und Blogs als Artikulationsmöglichkeiten im Internet entfernte die Webseite jedoch von ihrem Publikum und potentiellen Mitarbeitern in Iran. Gleichwohl bildete *Iran Emrooz* nach wie vor ein wichtiges Forum für den Austausch und die Debatten innerhalb der Exilopposition.²

Eine deutlich engere Bindung an zivilgesellschaftliche und politische Akteure innerhalb Irans hatte die Internetzeitung *Rooz*, die seit Mai 2005 von mehreren Exiliranern mit Unterstützung einer niederländischen NRO veröffentlicht wurde. Zur Redaktion zählten die erst in den Jahren nach 2000 emigrierten Journalisten Hossein Bastani, Nushabeh Amiri, Omid Memarian und Ebrahim Nabavi sowie der bekannte Karikaturist Nikahang Kowsar. *Rooz* erschien täglich mit einer Handvoll Artikel, darunter neben Nachrichten auch politische Analysen und Kommentare von Gastautoren. Ein Teil der Texte wurde auf Englisch veröffentlicht. Eindeutige Themenschwerpunkte bildeten von Beginn an die iranische Innenpolitik und Zivilgesellschaft. *Rooz* berichtete regelmäßig über die Schwierigkeiten von Studentenorganisationen, Frauenrechtlerinnen und Journalisten. Tatsächlich stellte die Förderung von Menschenrechten und demokratischen Werten ein erklärtes Ziel der Publikation dar. Laut Chefredakteur Bastani suchte *Rooz* durch unabhängige Berichterstattung auf die Verletzung von Menschenrechten in Iran aufmerksam zu machen, um so nationalen wie internationalen Druck auf das Regime zu erzeugen und allmähliche Veränderungen zu ermöglichen. Die Zeitung griff von Beginn an auf die Mitarbeit verschiedener Korrespondenten in Iran zurück, die häufig unter Pseudonym oder als ungenannte Quellen Informationen beisteuerten. Auch namhafte inneriranische Kritiker wie Shirin Ebadi und Isa Saharkhiz schrieben regelmäßig für *Rooz*. Außerdem gewährten zumindest anfangs zahlreiche iranische Politiker der Webseite Interviews, unter ihnen auch konservative Parlamentsabgeordnete. Die

2 „Gespräch mit Ali Akbar Qanbari, dem Verantwortlichen von *Iran Emrooz*“, BBC Persian vom 03.03. 2004.

Redaktion konnte somit aus dem Ausland eine aktuelle Publikation mit journalistischer Qualität und Authentizität produzieren. Bastani zufolge erreichte *Rooz* täglich bis zu 140000 Konsultationen, musste allerdings nach der Filterung durch die iranische Regierung im Januar 2006 erhebliche Einbußen hinnehmen. Nicht nur die Leserzahlen sanken dramatisch, sondern auch immer weniger Politiker waren bereit, sich als Gesprächspartner zur Verfügung zu stellen. Die inneriranischen Mitarbeiter sahen sich vermehrt Repressionen ausgesetzt und wurden daher gezwungen, ständig unter Pseudonym zu arbeiten. Nichtsdestotrotz setzte *Rooz* seine Arbeit fort, nach der Exilwelle zahlreicher iranischer Journalisten im Zuge der Wahlkrise 2009 haben neue Mitarbeiter das Redaktionsteam erweitert.³

Anhand dieser drei Beispiele lässt sich bereits verdeutlichen, dass die Bedeutung auslandsbasierter iranischer Nachrichtenseiten für das Publikum im Land eher in der Erweiterung eines Informations- und Meinungsaustauschs zu suchen ist, als in der Unterstützung bestimmter politischer Herausforderer. Stellung und Einfluss dieser Webseiten hängt dabei sowohl von deren Bindungen nach Iran als auch dem Grad der Repression gegen Journalisten ab. Zwar boten *gooya* und *Iran Emrooz* als Medien der Exilgemeinde auch inneriranischen Autoren eine Plattform und trugen vor allem in der Anfangsphase iranischer Onlinemedien zu einer gewissen Bereicherung der Informationslandschaft bei, doch schwand ihre Bedeutung mit der Entstehung inneriranischer Alternativen im Internet. *Rooz* hingegen verfügte über enge Kontakte zu Politikern und Zivilgesellschaft in Iran und konnte sich somit auch in einer Phase, in der zahlreiche Nachrichtenseiten und Blogs in Iran entstanden, als anerkanntes Forum für eine freiere Berichterstattung und Debatten etablieren. Die guten Verbindungen von *Rooz* nach Iran beruhten allerdings auf der Exilierung von Journalisten, die zuvor in der Reformpresse gearbeitet hatten und aufgrund der zunehmenden Zensur zum Verlassen Irans gezwungen worden waren.

Ein interessantes Beispiel ausländischer persischsprachiger Onlinemedien liefert die im August 2006 durch einen iranischstämmigen Absolventen des Massachusetts Institute of Technology eröffnete Webseite *Balatarin*. Im Sinne der Internetapplikationen des Web 2.0, die zunehmend die Interaktion und Beteiligung von Anwendern unterstützten, konnten hier die Leser selbst Links zu Nachrichten einstellen und deren Wichtigkeit in einem Ranking durch ihre Stimmabgabe beeinflussen. *Balatarin* gelang es auf diesem Weg, eine enge Bindung an ein inneriranisches Publikum zu kreieren und vor allem bei iranischen Bloggern große Beliebtheit zu erzielen. Schon kurze Zeit nach der ersten Veröffentlichung verfügte die Seite über mehr als 10000 registrierte Nutzer. Zwar wurde die Webseite seit Anfang 2007 innerhalb Irans blockiert, verlor jedoch nicht an Bedeutung, da das Publikum hauptsächlich aus versierten Internetanwendern bestand, die die Filter zu umgehen wussten. Auch

3 E-Mail-Korrespondenz mit Hossein Bastani, 20.10.2007.

während der Proteste nach den Wahlen 2009 bildete die Webseite ein wichtiges Informationsforum.⁴

Abgesehen von diesen Nachrichtenseiten iranischer Exilakteure gibt es außerdem verschiedene persischsprachige Webseiten ausländischer Produzenten mit Berichterstattung zu Iran. Aufgrund seiner politischen und geostrategischen Bedeutung in der Region ist Iran bereits seit langem Ziel persischsprachiger Medienprogramme westlicher Auftraggeberländer. Zusätzlich zu Radio- und Satellitensendungen zählen inzwischen auch Webseiten zum Repertoire dieser „*public diplomacy*“. Die British Broadcasting Company (BBC) etwa etablierte ihren Auslandsrundfunk in Farsi bereits während des Zweiten Weltkriegs. Zur Zeit der Revolution bildeten ihre Radiübertragungen nicht nur eine verlässliche Informationsquelle für viele Iraner, sondern beeinflussten durch hohe Aktualität und Detailgenauigkeit auch den Ablauf der Ereignisse.⁵ Aufgrunddessen kann die BBC noch heute auf ein hohes Vertrauen des iranischen Publikums bauen. Ihre seit Mai 2001 bestehende Webseite mit persischsprachigen Nachrichten zählt sicherlich zu den einflussreichsten iranischen Onlinemedien. Für die Redaktion arbeiten erfahrene Journalisten wie Massud Behnud, aber auch viele jüngere Autoren, die Iran in Folge der wachsenden Repressionen gegen die Presse innerhalb der letzten Jahre verlassen haben. Aus Teheran trug unter anderen der anerkannte Journalist Ahmad Zeidabadi mit Analysen und Kommentaren zum Programm bei, bevor er nach den Präsidentschaftswahlen 2009 verhaftet wurde. In einem Report über Auslandsmedien mit dem Zielland Iran zählt der iranische Wissenschaftler und Politikbeobachter Mehdi Khalaji die *BBC Persian* zu den verlässlichsten und objektivsten Informationsquellen der persischsprachigen Medienlandschaft. Über die Orientierung an den professionellen Standards der Mutterfirma setze die Webseite zudem journalistische Maßstäbe.⁶ Gleichwohl ist der Zugang für inneriranische Nutzer seit Januar 2006 gesperrt und nur noch über entsprechende Umgehungen der Filter möglich. Im Zuge der Eröffnung eines persischsprachigen Satellitenprogramms im Januar 2009 hat *BBC Persian* zusätzlich zahlreiche neue Mitarbeiter unter iranischen Journalisten rekrutiert, deren Arbeit zum Teil auch in die Inhalte der Webseite einfließt.

Ein zweites Beispiel für eine auslandsbasierte Nachrichtenseite auf Farsi liefert die durch US-amerikanische Quellen finanzierte Radiostation *Farda*. Dieser Sender

-
- 4 Tehrani, Hamid: „Iran: Balatarin, a successful citizen media story“, Global Voices Online vom 11.07.2008; Yahyanejad, Mehdi: „The internet and protest in Iran“, in: ifa Institut für Auslandsbeziehungen (Hg.), Iran und die Neuen Medien - Herausforderungen für den Auslandsrundfunk, Stuttgart 2011, S. 49-55.
 - 5 Sreberny-Mohammadi/Mohammadi: Small Media.
 - 6 Khalaji, Mehdi: Through the Veil. The Role of Broadcasting in U.S. Public Diplomacy toward Iranians, Washington: The Washington Institute for Near East Policy 2007.

entstand im Dezember 2002 als Kooperation von *Voice Of America* (VoA) und *Radio Free Europe/Radio Liberty*. Mit einer Programmmischung aus Informationen und aktueller Musik zielte er vor allem auf jüngere Hörer. Die dazugehörige Webseite bot bis zu ihrer Erneuerung im November 2006 meist Zusammenfassungen der Radioreportagen an, deren aus der Finanzierung durch die US-Regierung resultierender politischer Unterton mitunter deutlich zu Tage trat. Die überarbeitete Webseite strebte dann allerdings mehr Unabhängigkeit an. Im Zuge der zunehmenden Einschränkung der Pressearbeit in Iran hat sich *Radio Farda* neben *BBC Persian* als ein zentrales Auffangbecken für exilierte Journalisten etabliert und somit Qualität, Authentizität und Vielfalt der Programminhalte von Radio und Webseite deutlich verbessert. Als weitere Beispiele für persischsprachige Onlinemedien, die durch westliche Auftraggeber produziert werden, lassen sich zudem die Nachrichtenseiten der VoA und der Deutschen Welle anführen.

Insgesamt verdeutlicht dieser kurze Überblick entscheidende Stärken, aber auch Schwächen der im Ausland erstellten Onlinemedien. Zunächst erreichten sie durch die Verwendung von Farsi, der Sprache des Empfängerlandes, ein wesentlich größeres Publikum als etwa die Onlineangebote internationaler Medien auf Englisch, Französisch oder Deutsch, deren Rezeption sich auf eine kleine fremdsprachlich gebildete Elite beschränkt. Gleichzeitig entstehen diese Webseiten außerhalb des Einflussbereichs der Islamischen Republik und sind also grundsätzlich nicht denselben Einschränkungen wie die inneriranischen Medien unterworfen. Die Redaktionsmitglieder dieser Webseiten müssen weder Zensur noch Repressionen durch staatliche Akteure in Iran fürchten, etwaige lokale Mitarbeiter können diesem Risiko zumindest durch die Verwendung eines Pseudonyms begegnen. Auch andere Produktionsfaktoren weisen eine günstige Bilanz auf: die Initiativen der iranischen Exilopposition haben gezeigt, dass mit geringem Aufwand und Kosten durchaus Webseiten mit hoher Publikumsakzeptanz hergestellt werden konnten. Die persischsprachigen Webseiten westlicher Auftraggeber hingegen profitierten von der finanziellen und infrastrukturellen Ausstattung der sie betreuenden Medienorganisationen. Alles in allem konnten somit Onlinemedien produziert werden, die für das Publikum in Iran eine Alternative zu den lokalen Medien darstellten und die Informationslandschaft prinzipiell bereicherten.

Mit der entschiedener werdenden Kontrolle des iranischen Staats über das Internet offenbarten sich jedoch auch vermehrt die Schwächen ausländischer Internetseiten. Vor allem Webseiten von Exilakteuren mit gegensätzlichen politischen Zielstellungen oder solche mit offensichtlicher US-amerikanischer Unterstützung wurden alsbald innerhalb Irans blockiert. Anderen wiederum, wie beispielsweise *Rooz* oder *BBC Persian*, gelang es, durch journalistische Objektivität und die Respektierung bestimmter Tabuthemen sich ihren Freiraum noch länger zu bewahren. Doch mit der Verschärfung des politischen Klimas in Iran nach dem Amtsantritt von Ahmadinezhad wurden sie ebenfalls zensiert. Zwar konnten diese Webseiten nach wie

vor über eine Antifiltersoftware konsultiert werden, büßten aber erheblich an Reichweite ein. Zugleich überwachten die Sicherheitsdienste genau die Zusammenarbeit inneriranischer Journalisten mit den Auslandsmedien und reagierten darauf äußerst sensibel. Nach dem Sommer 2009 bildete die Kollaboration mit *BBC Persian* oder *Radio Farda* einen zentralen Anklagepunkt verhafteter Journalisten. Auch die noch im Land befindlichen Familien von Exiljournalisten wurden vom Geheimdienst unter Druck gesetzt. Somit zeigte das iranische Regime, dass es durchaus in der Lage war, die ohnehin begrenzten Kontaktmöglichkeiten auslandsbasierter Onlinemedien zu gesellschaftlichen und politischen Akteuren in Iran einzuschränken. In diesem Zusammenhang spielten Blogs und soziale Medien wie Facebook zunehmend eine Rolle bei der Recherche und Verifizierung von Informationen aus Iran. Das angeführte Beispiel der Webseite *Balatarin* hat dies verdeutlicht.

Die Bedeutung persischsprachiger Auslandsmedien stieg zusätzlich mit der Exilwelle iranischer Journalisten nach der Wahlkrise 2009: zahlreiche junge Journalisten mit unmittelbarer Kenntnis der jüngsten politischen und sozialen Entwicklungen sowie exzellenten Kontakten nach Iran gingen ins Ausland und fanden in den Redaktionen von BBC, Deutsche Welle oder *Radio Farda* Beschäftigung und bemühten sich trotz geographischer Entfernung um eine differenzierte professionelle Berichterstattung. Gleichzeitig entstanden verschiedene Onlinemedien der Grünen Bewegung, die Aktivisten im In- und Ausland miteinander vernetzten.

POLITISCHE FRAKTIONEN IM NETZ

Die zunehmende Verbreitung des Internets in Iran fiel etwa in denselben Zeitraum wie die wachsenden Einschränkungen gegen die Reformpresse von Seiten der konservativ dominierten Justiz. Aus diesem Grund sah der Journalist und Aktivist für Pressefreiheit Isa Saharkhiz einen direkten Zusammenhang zwischen den zahlreichen Zeitungsschließungen ab dem Jahr 2000 und der Entstehung neuer Nachrichtenseiten im Internet.⁷ Mit Schließung der in Khatamis erster Amtszeit gewonnenen Freiräume für die Presse bot das Internet vielen beschäftigungslosen Journalisten eine Möglichkeit, weiterhin Artikel zu veröffentlichen. Von Zeitungsverboten und einer immer strengeren Zensur ihrer Texte eingeschränkt, wichen die Journalisten der Reformzeitungen ins Internet aus, um hier an neuen Publikationen mitzuarbeiten. Auf diesem Weg entstanden beispielsweise die reformorientierten Nachrichtenseiten *Emruz*, *Ruydad* und *Bamdad*. Diese standen dem progressiven Flügel des politischen Reformlagers nahe. Neben der Berichterstattung über hauptsächlich innenpolitische Entwicklungen veröffentlichten hier Reformpolitiker, Intellektuelle

7 Interview, Teheran 03.05.2005.

und bekannte Journalisten aus dem Umfeld der *Mosharekat* und der *Mojahedin-e Enqelab-e Eslami (MEE)* Standpunkte und Analysen. Dieser Reformjournalismus im Internet erhielt ab Ende 2001 durch die Ausbreitung von Weblogs eine zusätzliche Dynamik.

Während der ersten zwei bis drei Jahre ihres Bestehens blieben diese Nachrichtenseiten weitgehend unbehelligt von Einschränkungen und der Zensur durch konservative Kräfte. Sie bildeten damit eine Ergänzung zu den wenigen reformfreundlichen Printmedien und eine wichtige Plattform für die progressiven Reformakteure, die über keine eigenen Tageszeitungen mehr verfügten. Im Vorfeld von Wahlen entstanden zudem häufig verschiedene temporäre Nachrichtenseiten, die den eingeschränkten Medienzugang der Reformpolitiker kompensieren sollten. Mit Unterstützung von bekannten Journalisten veröffentlichte etwa die Webseite *Shahr-e Farda* vor den Kommunalwahlen 2006 die Nachrichten einer Koalition von Reformkandidaten. Vor den Parlamentswahlen 2008 wurde nach ähnlichem Muster die Nachrichtenseite *Baharestan* publiziert und mehr als ein halbes Jahr vor den Präsidentschaftswahlen 2009 begann die Seite *Yari News* über die Kampagne zur Unterstützung der Präsidentschaftskandidatur von Mohammad Khatami und den Wahlkampf zu berichten.

In Antwort auf diese Entwicklung begannen auch konservative und ultrakonservative Akteure das Internet zur Verbreitung von Informationen zu nutzen. Die Nachrichtenseiten dieser politischen Orientierung hatten allerdings weniger eine journalistische Ausrichtung, sondern verfolgten eher politische Zielstellungen. Ein iranischer Journalist bezeichnet diese Publikationen als „Bulletins“ im Internet, deren Autoren mit einem durch Sicherheitsdienste oder militärische Organisationen geprägtem Vokabular und Stil ihre politischen Gegner zu schädigen suchten. Webseiten wie *Yekhabar* oder *Efsha* („Aufdeckung“ – ein durchaus programmatischer Titel) verbreiteten vor allem Gerüchte zum Privat- und Geschäftsleben der zu jenem Zeitpunkt in Regierung und Parlament sitzenden Reformpolitiker.⁸ Eine andere Webseite richtete sich ganz offensichtlich gegen die Popularität des im Ausland erstellten Informationsportals *gooya*: nahezu identisch aufgemacht veröffentlichte *gooyaa* Linksammlungen zu Onlinepublikationen des konservativen Lagers und Angriffe auf Reformakteure.

Gleichwohl hatten derartige Webseiten nur flüchtige Effekte und konnten langfristig kein Publikumsinteresse binden. Dementsprechend gingen auch konservative Akteure dazu über, professioneller aufgemachte Nachrichtenseiten zu erstellen.

8 Interview mit einem Redakteur der Tageszeitung *Kargozaran*, Teheran 07.11.2008. Dem Journalisten zufolge ergab eine vom sechsten reformorientierten Parlament initiierte Untersuchung, dass diese Webseiten teilweise mit Unterstützung der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt und der Revolutionsgarden erstellt wurden.

Somit versuchten sie einerseits, das Internet zur Verbreitung ihrer Positionen zu nutzen und eine aktive Präsenz im Netz zu zeigen, andererseits unterstützten sie weiterhin repressive Strategien zur Eindämmung von Kommunikationsteilnehmern und -inhalten, die als regimeschädigend eingeschätzt wurden. Ab 2002 entstand eine Reihe von Nachrichtenseiten, die alle mehr oder weniger offensichtlich unterschiedlichen politischen Fraktionen und einzelnen Akteure der politischen Elite zugeordnet werden konnten. Damit schien sich im Internet, wenn auch in abgewandelter Form, ein charakteristischer Wesenszug aus der Geschichte des iranischen Journalismus fortzusetzen: immer wieder waren bei nachlassender staatlicher Kontrolle kurzlebige Meinungspublikationen aufgeblüht, um für bestimmte politische Positionen zu mobilisieren – sei es zur Konstitutionellen Revolution 1905-1911, nach Abdankung von Reza Schah 1941 oder während des 1979er „Frühlings der Freiheit“ nach Beseitigung der Monarchie. Zwar hatte die Presse im Zuge der Erfahrungen unter der Reformregierung insgesamt an Professionalität gewonnen, doch schien die Flexibilität des Internets erneut die Entstehung politisierter Publikationen zu fördern. Während die Nachrichtenseiten im Internet für die in ihrem Zugang zu traditionellen Medien stark eingeschränkten Reformakteure essentielle Kanäle für einen offeneren Informations- und Meinungsaustausch bildeten und durch die Verbindungen von Politikern und Journalisten innerhalb der Reformbewegung auch journalistische Qualität erzielten, nutzten die Vertreter des konservativen Lagers, die ebenfalls Zugang zu anderen Medien hatten, das Internet offensichtlich mehr für eine direkte Unterstützung ihrer politischen Interessen. Insofern spiegelten die immer zahlreicher werdenden Nachrichtenseiten im Internet die Fraktionierung der politischen Elite deutlich wider.

Eine einflussreiche Nachrichtenseite mit konservativer Orientierung war die von 2002 bis 2007 bestehende *Baztab*. Die Webseite stand dem ehemaligen Kommandeur der Revolutionsgarden und Sekretär des Feststellungsrates Mohsen Rezaï nahe. Aus der Redaktion einer studentischen Zeitschrift hervorgegangen, kritisierte *Baztab* sowohl Aspekte reformorientierter als auch konservativer Politik und überschritt dabei des Öfteren die ungeschriebenen „roten Linien“ iranischer Zensurpolitik. Tatsächlich deckte sich die redaktionelle Linie im Großen und Ganzen mit den von Rezaï vage formulierten Ideen einer „dritten Strömung“ zwischen den beiden fraktionellen Hauptlagern, den Konservativen und den Reformern.⁹ Hierzu äußerten sich die Verantwortlichen der Webseite in verschiedenen Interviews jedoch nur ausweichend. So unterstrich Herausgeber Sadeghi als wesentliche Zielstellungen seiner Publikation die Verteidigung der Islamischen Republik und der Ideen Khomeinis sowie die Treue zu Revolutionsführer Khamenei. In diesem – recht allgemeinen – Sinne beanspruchte *Baztab* das Etikett der „Prinzipientreue“, unter dem

9 Vgl. dazu: Heinrich Böll Stiftung: „Iranian Presidential Elections 2005“, Berlin 2005.

die unterschiedlichen konservativen Gruppierungen ab 2004 firmierten.¹⁰ Gleichwohl kritisierte die Redaktion von *Baztab* gern und häufig die Regierung Ahmadinezhad. So wurde auf der Webseite nicht nur der Nutzen der Holocaustäußerungen und Lateinamerikareisen des Präsidenten hinterfragt, sondern auch seine Anwesenheit bei der Eröffnungszeremonie der Asienwettspiele im Dezember 2006, wo Ahmadinezhad den Tanz- und Gesangsdarbietungen unverschleierter Frauen beiwohnte. Am prägnantesten zeigte sich die Redaktionspolitik *Baztabs* jedoch in der Berichterstattung zum Atomkonflikt: Jahrelang kritisierte die Webseite die iranische Verhandlungsführung als zu nachgiebig und ineffektiv. Auf Betreiben des ehemaligen Chefunterhändlers Hassan Rowhani erhielt *Baztab* daher mehrmals Publikationsverbot, auch unter der Regierung Ahmadinezhad musste die Veröffentlichung eine Zeitlang eingestellt werden. Eine weitere „Spezialisierung“ der Webseite bildete die Anprangerung von Korruption, Amtsmissbrauch und wirtschaftspolitischen Missständen. Die Redaktion hat laut eigenem Bekunden durch investigative Recherchen sensible Informationen zu derartigen Vorfällen wiederholt der Öffentlichkeit und zuständigen Behörden zugänglich gemacht.¹¹ Naturgemäß gaben solche Enthüllungen Spekulationen über den Hintergrund und die politische Motivation *Baztabs* Auftrieb. Diese Art der Berichterstattung deutete auf Kontakte innerhalb der Geheim- und Sicherheitsdienste hin. Zudem konnten durch die gezielte Veröffentlichung brisanter Informationen politische Gegner beschädigt und Interessen vorangetrieben werden.

Nichtsdestotrotz avancierte *Baztab* zu einer der anerkannten Nachrichtenseiten der Islamischen Republik, deren Meldungen von Tageszeitungen und selbst vom staatseigenen Fernsehen zitiert wurden. Anfang 2007 veröffentlichte die Seite eine englischsprachige Ausgabe, mit dem erklärten Ziel, in Zeiten politischer Spannungen ein internationales Publikum über iranische Positionen zu informieren. Laut Herausgeber Sadeghi erreichte *Baztab* bis zu seiner Filterung im Februar 2007 bis zu 250000 Leser pro Tag, danach angeblich noch immer 140000. Den Erfolg der Seite sieht er denn auch als Grund für ihre letztendliche Schließung: *Baztab* sei einfach zu einflussreich geworden und habe dabei immer eine eigene Linie verfolgt.¹² Tatsächlich schloss die Justiz im September 2007 auf Betreiben der Regierung Ahmadinezhad endgültig die Redaktionsräume der Webseite. Als Begründung wurde eine Übertreibung der militärischen Bedrohung durch die USA und der Gefahr ei-

10 „Gespräch mit den Verantwortlichen von Baztab“, Gooyanews vom 06.03.2005; „Baztab-vom Anfang bis zur Schließung“, Baztab vom 20.09.2007; „Die Verwirklichung der Träume des Präsidenten und die Schließung des Büros von Baztab“, Baztab vom 22.09.2007.

11 Ebd.

12 Ebd.

nes Kriege in *Baztab*s Berichterstattung angegeben, welche dem Nationalinteresse schade. Damit trat die Rivalität zwischen den Hintermännern der Webseite und der Regierung Ahmadinezhad offen zu Tage. Angesichts immer lauter werdender Kritik reagierte letztere äußerst empfindlich auf Meldungen zu möglichen Fehlkonsequenzen ihrer offensiven Außenpolitik. Zwar sprach zum selben Zeitpunkt schon Rafsanjani, gefolgt von hochrangigen Militärs und schließlich dem Revolutionsführer selbst, öffentlich die brisante außenpolitische Lage des Landes an. Doch das Vorgehen gegen *Baztab* zeigte deutlich, welche Bedeutung einem Onlinemedium für die Beeinflussung der politischen Öffentlichkeit beigemessen wurde. Gleichwohl erschien nur kurze Zeit später – ganz in der Tradition iranischer Zeitungen – unter dem Namen *Tabnak* eine neue Webseite mit nahezu identischer Aufmachung und inhaltlichen Positionen.

Neben *Baztab* agierten auch andere Nachrichtenseiten mit Bindung an die unterschiedlichen Gruppierungen des konservativen Lagers. Im Jahr 2003 entstand beispielsweise *Mehr News* unter Ägide der einflussreichen islamischen Propagandaorganisation, die direkt dem Revolutionsführer Khamenei untersteht. Vor allem die jüngere Generation iranischer Konservativer, also der eigentlichen Prinzipientreuen, die oftmals über eine Vergangenheit in Geheimdienst, Militär oder Revolutionsgarden verfügten, zeigte große Aufgeschlossenheit gegenüber der Anwendung von Onlinemedien. Abgesehen von den anfänglichen, bereits erwähnten Webseiten zur Verbreitung von Gerüchten sowie kurzlebigen, besonders in Wahlperioden immer wieder aufblühenden Kampagnenmedien haben sich einige Nachrichtenseiten dieses Lagers dauerhaft etabliert. An erster Stelle stand hier die Nachrichtenseite *Raja News*, Sprachrohr der Regierung Ahmadinezhad im Internet. Die Webseite *Basirat* hingegen verbreitete Informationen der Revolutionsgarden. 2004 entstand außerdem die von *Bassij*-Studenten der Universität Sharif herausgegebene *Sharif News*. Zu ihren Initiatoren zählte unter anderen der zwischenzeitlich als Berater von Ahmadinezhad beschäftigte Mehrdad Bazrpash, später verantwortlich für Herausgabe der regierungstreuen Zeitung *Vatan-e Emruz*.

Zunehmend an Bedeutung gewonnen hat außerdem die 2002 gegründete Nachrichtenseite *Fars*, die sich selbst als internetbasierte Nachrichtenagentur bezeichnete. Hintergrund und Budget dieser Webseite bildeten lange Zeit Gegenstand von Spekulationen und erst 2008 bestätigte sich die Zugehörigkeit zu einer Abteilung der Revolutionsgarden. Bestand das Personal von *Fars* zuvor aus Journalisten verschiedener konservativer Medien, so wurden vor den Wahlen 2009 in großem Umfang Mitarbeiter ausgewechselt und ausschließlich aus *Bassij* oder *Pasdaran* rekrutiert. Bereits Wochen vor der Wahl sagte die Webseite einen Sieg Ahmadinezhads in der ersten Runde voraus. Mit Niederschlagung der Proteste spielte *Fars* eine entscheidende Rolle bei Verbreitung der ultrakonservativen Darstellung der Ereignisse: Mussavi wurde bezichtigt, Wählerstimmen gekauft und eine samtene Revolution angestrebt zu haben. *Fars* berichtete außerdem ausführlich von den Schauprozessen

gegen Journalisten und Reformpolitiker im August 2009. Wie schon in den Jahren zuvor erhielt die Nachrichtenagentur Exklusivzugang zu erzwungenen Geständnissen inhaftierter Mitglieder der Reformbewegung.¹³

Auch die Opponenten Ahmadinezhads innerhalb des konservativen Lagers nutzten diverse Webseiten zur Publikation ihrer politischen Positionen. Die Nachrichtenseite *Alef* etwa wurde von einem Kreis um den einflussreichen Parlamentsabgeordneten Ahmad Tavakkoli herausgegeben, der zu den gewichtigsten Kritikern des Präsidenten im Lager der Prinzipientreuen zählte. Diese Webseite deckte im Herbst 2008 den gefälschten Dokortitel des neu ernannten Innenministers von Ahmadinezhad auf und leitete damit dessen spektakuläre Amtsenthebung durch das Parlament ein. Aus dem Umfeld des Teheraner Bürgermeisters Mohammad Baqer Qalibaf, ein erbitterter Widersacher Ahmadinezhads, entstammen mehrere, mitunter wechselnde Nachrichtenseiten: Anfang 2009 zeigten unter anderen *Asr-e Iran*, *Fararow*, und *Shafaf* Unterstützung für den ehemaligen Polizeichef, der 2005 auch für das Präsidentenamt kandidiert hatte.

Die politische Mitte der iranischen Elite verzichtete ebenfalls nicht auf die Gründung eigener Onlinemedien. Die Nachrichtenseite *Aftab* konnte dem Umfeld der ehemaligen Atomunterhändler Hassan Rowhani und Hossein Mussavian zugeordnet werden, die am Zentrum für Strategische Studien, einer Denkfabrik des Feststellungsrates mit Nähe zu Rafsanjani tätig waren. Die Webseite wurde ursprünglich im Dezember 2004 mit dem Ziel gegründet, Informationen und Berichte zu den Atomverhandlungen zu veröffentlichen. Offenbar suchten die Mitstreiter Rowhanis mit einem eigenen Publikationsmedium der Kritik an der Verhandlungsführung aus konservativen Kreisen zu begegnen. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2005 widmete sich die Seite mehr und mehr auch Nachrichten jenseits des Atomprogramms, offenbar um die Kandidatur Rafsanjanis zu unterstützen. Durch einen moderaten politischen Hintergrund und die Mitarbeit professioneller Journalisten konnte *Aftab* durchaus eine ausgewogene Berichterstattung bieten.

Das Erscheinungsbild der genannten Nachrichtenseiten wurde im Großen und Ganzen sowohl vom Entwicklungsstand des Internets in Iran als auch ihrer vorrangigen Zielstellung – einer direkten und zügigen Übermittlung politischer Inhalte – geprägt. Die Webseiten waren einfach aufgemacht und boten meist in einer zentralen Rubrik die wichtigsten Meldungen des Tages nach Reihenfolge ihres Erscheinens geordnet an. Ein typisches Element bildete die Meinungs- oder Analysesektion, in der mehr oder weniger bekannte Autoren, meist mit dazu gehörigem Foto, bestimmte Ereignisse oder Entwicklungen ausführlicher kommentierten. Viele

13 „Fars, eine vom Regime anerkannte Nachrichtenagentur“, Rooz vom 14.07.2008; „Das beste Medium der Islamischen Republik wird vom Militär betrieben“, Rooz vom 26.10.2009.

Webseiten finanzierten sich durch Werbung, auch die Banner nahestehender Onlinemedien oder Institutionen fanden sich auf der Homepage. Die Interaktivität mit den Lesern beschränkte sich meist auf die Angabe der redaktionellen Kontaktdaten, mitunter bestand Gelegenheit, Artikel direkt zu kommentieren oder an einer Umfrage teilzunehmen.

Tabelle 1: Ausgewählte Nachrichtenseiten und politischer Hintergrund

Name	Hintergrund	Entstehungszeitraum
<i>Aftab</i>	Hassan Rowhani, Ex-Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats und Leiter des Zentrums für Strategische Studien (Thinktank des Feststellungsrats).	2004
<i>Advar News</i>	Regimekritische Studentenorganisation <i>Daftar-e Tahkim Vahdat</i> ; Ahmad Zeidabadi (Journalist, seit 2009 in Haft)	2003
<i>Alef</i>	Ahmad Tavakkoli, prinzipientreuer Parlamentsabgeordneter, Ahmadinezhad-kritisch	2004
<i>Arya News</i>	Amir Mohebbian, prinzipientreuer Leittitler der Tageszeitung <i>Resalat</i>	2005
<i>Baztab (Tabnak)</i>	Mohsen Rezai, Sekretär des Feststellungsrats und Ex-Kommandeur der Revolutionsgarden	2002 (Verbot 2007, dann <i>Tabnak</i>)
<i>Emruz</i>	Progressive Reformparteien: <i>Mosharekat/Mojahedin-e Enqelab-e Eslami</i>	2001 (ab 2004 gefiltert)
<i>Fararow</i>	Mohammad Baqer Qalibaf, Bürgermeister von Teheran, Präsidentschaftskandidat 2005, prinzipientreuer Konkurrent von Ahmadinezhad	2006
<i>Fars</i>	Revolutionsführer und Revolutionsgarden	2002
<i>Mehr</i>	Organisation für islamische Propaganda; später Nähe zu Mohammad Baqer Qalibaf vermutet	2003
<i>Nowruz</i>	Progressive Reformer: <i>Mosharekat-Partei</i>	Ersetzte 2004 die verbotene <i>Ruydad</i>
<i>Raja News</i>	Mahmud Ahmadinezhad	2005
<i>Ruydad</i>	Progressive Reformer: <i>Mosharekat-Partei</i>	2003 (Verbot im Sommer 2004)
<i>Shafaf</i>	Mohammad Baqer Qalibaf, Bürgermeister von Teheran	2006

Quelle: Eigene Darstellung

Dieser Überblick über einige wichtige politische Nachrichtenseiten verdeutlicht das generelle Bestreben von Akteuren aus der iranischen Machtelite, in Form von ausgewählten Nachrichten und Meinungen nicht nur über Presse und Fernsehen, sondern auch online die eigenen politischen Anschauungen zu verbreiten und somit die eigene Position zu festigen. Amir Mohebbian, Journalist und Herausgeber der gemäßigt konservativen Nachrichtenseite *Arya News*, sah das Internet beispielsweise als eine Brücke zur iranischen Jugend, über die sich die Idee der Islamischen Republik auch in nachfolgende Generationen tragen lasse und so der Fortbestand des Systems gesichert werde.¹⁴ Insofern wurde die Arbeit dieser politischen Nachrichtenseiten vor allem von den Interessen der jeweils dahinter stehenden Akteure bestimmt. Gleichwohl bereicherten derartige Onlinemedien die Vielfalt der politischen Informationslandschaft innerhalb Irans. Gerade die Diversifizierung der Nachrichtenseiten brachte die unterschiedlichen Positionen der einzelnen Fraktionen deutlicher zu Tage, die Fülle und Schnelligkeit mit der Informationen im Internet veröffentlicht werden konnten, intensivierten die fraktionellen Konflikte.

KONFLIKTREGELUNG ÜBER NACHRICHTENSEITEN

Mit der zunehmenden Anerkennung des Internets als zweckmäßiges und vorteilhaftes Mittel politischer Kommunikation wuchs auch seine Rolle in den Auseinandersetzungen der iranischen Elite. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2005 erlebte der Einsatz von Webseiten durch die konkurrierenden Fraktionen einen deutlichen Aufschwung. Zwar hatten sich bereits während der Kommunal- und Parlamentswahlen der beiden zuvorgehenden Jahre vereinzelt Kandidaten auf Webseiten präsentiert, doch gab der Wahlkampf um das Präsidentenamt mit seinem Fokus auf individuelle Politiker dieser Tendenz eine neue Dynamik. Zum Zeitpunkt dieser politisch wegweisenden Abstimmung wies das Internet in Iran eine gute Verbreitung und steigende Nutzerzahlen auf, erstmals begleiteten auch Weblogs eine Präsidentschaftswahl. Bis auf Rafsanjani, der keinen Bedarf in einer ausgefeilten Wahlwerbung sah, da er „der Bevölkerung ausreichend bekannt“ sei, präsentierten sich alle Kandidaten auf einer eigens entworfenen Webseite. Diese bildete einen festen Bestandteil der jeweiligen Kampagne und nahm deren Parolen, Farben und Symbolik auf. Die Homepage des ehemaligen Polizeichefs Qalibaf, der sich als aufgeschlossenen Modernisierer darzustellen suchte und vor allem auf die Stimmen der urbanen Mittelklasse abzielte, verwendete beispielsweise keinerlei religiöse Elemente, sondern appellierte mit Symbolen aus der altiranischen Geschichte an das Nationalgefühl der Wähler. Auf diesen Webseiten fanden sich meist die Biographie, Fotos

14 Interview, Teheran 19.11.2008.

und Reden der Kandidaten; die Internetadressen veröffentlichte man zudem auf den in den Straßen verteilten Postern und Broschüren.

Gleichzeitig wurden im Internet verschiedene Umfragen zu Beliebtheit und Erfolgsaussichten der Kandidaten durchgeführt. Je nach Auftraggeber wechselten allerdings die Resultate dieser Meinungsforschungen, das endgültige und für alle überraschende Wahlergebnis stellte ihre Verlässlichkeit dann gänzlich in Frage. Darüber hinaus entstand eine Reihe von Webseiten, die von den Anhängern oder Wahlkampfbüros der Kandidaten erstellt wurden und Nachrichten zu deren Unterstützung oder aber zum Nachteil ihrer Konkurrenten publizierten. Hier setzte sich auch die Erscheinung der online verbreiteten Hetzkampagnen fort, die bereits bei den ersten Nachrichtenseiten ultrakonservativer Provenienz zu beobachten gewesen war. Besonders vor der polarisierenden zweiten Runde der Wahl, dem Duell zwischen Rafsanjani und Ahmadinezhad, verbreiteten die Parteigänger des letzteren massiv Gerüchte und Beleidigungen gegen Rafsanjani, der somit als korrupt, mafiös und machtbesessen dargestellt werden sollte. Neben verschiedenen Internetseiten nutzte man dazu auch die Kurzmitteilungsdienste von Mobiltelefonen.

Nach Amtsantritt der Regierung Ahmadinezhad verstärkte sich die Instrumentalisierung des Internets für politische Zwecke. Zahlreiche, oftmals kurzlebige Nachrichtenseiten veröffentlichten Informationen häufig ohne Nachweis von Quellen oder Autoren, auch Angaben zu verantwortlichen Herausgebern, redaktionellen Leitlinien oder gar Finanzierung dieser Publikationen blieben offen. Diese Webseiten stammten mehrheitlich aus dem Regierungslager und attackierten nicht nur dessen politische Gegner, sondern auch Politiker der eigenen Tendenz in Parlament, Justiz und sogar innerhalb der Administration. Mit Gerüchten zu familiären Verwicklungen, wirtschaftlicher Bevorteilung und Korruptionsvorwürfen versuchten so einzelne politische Akteure des konservativen Lagers, Einfluss auf die Arbeit der Exekutive zu nehmen und potentielle Rivalen auszuschalten.¹⁵ Der konfrontative und auf Alleingänge bauende Politikstil des neuen Präsidenten, der wenig Rücksicht auf die Erwartungen seiner Förderer unter den Prinzipientreuen nahm, schien derartige Manöver nur noch zu unterstützen.

Das Internet wurde damit zu einem Austragungsort für die Flügelkämpfe unter den konservativen und ultrakonservativen Gruppierungen, die im Anschluss an die Beseitigung der Reformer nach Macht strebten. Fraktionelle Aufspaltungen oder vorübergehende Koalitionen gingen meist mit der Veröffentlichung einer neuen Nachrichtenseite einher. Insbesondere vor den nachfolgenden Wahlen zu Kommunalvertretungen und Parlament entstanden weitere Onlinemedien. In den konservativen Flügelkämpfen riskierten die Betreiber dieser Seiten sogar Verbote durch die

15 „Beschwerde des Regierungssprechers über Regierungsmitglieder?“ Rooz vom 23.08.2006.

Zensurbehörden. So wurde die Nachrichtenseite *Aref News* im Herbst 2006 gefiltert, weil sie Berichte über angebliche finanzielle Probleme der traditionell-konservativen *Motalefeh*-Partei verbreitet hatte.¹⁶

Eine Reputation für besonders heftige Kritik an Gegnern der Regierung Ahmadinezhad erlangte die Webseite *Newsazi*. Hier veröffentlichte unter anderen Fateh Rajabi, Frau des Regierungssprechers Elham und Anhängerin des neuen Präsidenten, den sie in einem Buch als „Mann des dritten Jahrtausends“ glorifiziert hatte. Sie erregte erhebliche Aufmerksamkeit durch ihre ungewöhnlich direkten Ausfälle gegen den vormaligen Präsidenten Khatami, den sie wiederholt als „amerikanischen Agenten“ und Vertreter eines „vergnügungssüchtigen, aristokratischen Islam“ bezeichnete. Vor den Parlamentswahlen 2008 machte *Newsazi* schließlich Hassan Khomeini, den Enkel des Gründungsaters der Islamischen Republik, zur Zielscheibe und unterstellte ihm ein ausschweifendes Luxusleben im privilegierten Norden Teherans. Khomeini hatte zuvor auf direkte Wahlempfehlungen ranghoher Revolutionsgarden für regierungstreue Kandidaten reagiert und öffentlich erklärt, dass die augenfälligste Abweichung von den Ideen seines Großvaters der wachsende Einfluss von Militärs auf die Politik sei. Der Angriff auf die Familie Khomeinis stellte einen einzigartigen Tabubruch dar und löste empörte Proteste in der alten Revolutionselite und der schiitischen Geistlichkeit aus. Großayatollah Yussef Sanei verurteilte die Beleidigungen in einem öffentlichen Schreiben, während sich Ayatollah Tavassoli, ein langjähriger Weggefährte Khomeinis, bei der Verteidigung von dessen Gedenken in einer Sitzung des Expertenrats derart in Rage redete, dass er einen Herzinfarkt erlitt. Die Webseite *Newsazi* wurde schließlich verboten.¹⁷

Diese Debatte um das Erbe Khomeinis verdeutlichte einen Machtkonflikt innerhalb der Islamischen Republik, der sich nicht nur entlang der unterschiedlichen Auslegungen von Verfassung und Staatsdoktrin durch einzelne Fraktionen, sondern auch zwischen zwei verschiedenen Generationen der politischen Elite entspann. Die zumeist klerikale Revolutionselite sah ihre Stellung durch jüngere ultrakonservative Kräfte in Frage gestellt, die mit Verweis auf eine einfache Herkunft und Verdienste im Krieg politischen Einfluss einforderten. Innerhalb dieser Auseinandersetzung gewann die Berufung auf die Revolutionszeit neue Bedeutung als Legitimationsmittel im politischen Diskurs. Erinnerungen an gemeinsame Gespräche mit Khomeini oder bestimmte Äußerungen des nahezu mythisch verehrten Revolutionsführers dienten alteingesessenen politischen Akteuren dabei ebenso zur Verteidigung der eigenen Position wie Anekdoten über eigene Leistungen während der turbulenten Gründungsphase der Islamischen Republik.

16 „Zunahme von Webseiten vor den Wahlen“, Aftab vom 30.11.2006.

17 „Vom Herzschlag Ayatollah Tavassolis bis zu den Tränen von Hashemi“, Rooz vom 17.02.2008.

In diesem Widerstreit der Interpretationen von Irans jüngster Vergangenheit bildete das Internet ein bevorzugtes Medium. Im Gegensatz zu den in Buchform erscheinenden Memoiren, wie sie etwa von Rafsanjani oder dem Revolutionsrichter Khalkhali veröffentlicht worden waren, erlaubten Onlinepublikationen rasche Reaktionen auf politische Ereignisse oder Äußerungen anderer Akteure. Gleichzeitig boten Webseiten mehr Raum für derartige Erinnerungen, als die in ihrer Seitenzahl limitierten und überdies vom Tagesgeschehen dominierten Printmedien. Nahezu jede Nachrichtenseite im Internet verfügte neben den der Aktualität gewidmeten Bereichen auch über eine Rubrik für umfangreiche Gespräche oder Betrachtungen zur iranischen Zeitgeschichte. Verschiedenste Vertreter des politischen Spektrums, unter ihnen Mohsen Rezai, Behzad Nabavi oder Habibollah Asgharowladi, haben Erinnerungen an die Revolutionsjahre in Form von transkribierten Interviews oder Erzählungen im Netz veröffentlicht, häufig auch in Reaktion auf andere Zeitzeugen, deren Schilderungen sie in Frage stellten oder bestätigten.¹⁸ Besonders der seit mehr als drei Jahrzehnten tief in die politische Entwicklung Irans involvierte Rafsanjani sorgte mit Einblicken in einen umfangreichen Erinnerungsschatz immer wieder für Unruhe unter seinen Gegnern. So protestierten die Ultrakonservativen im Herbst 2007 heftig gegen die von Rafsanjani im Internet verbreitete Behauptung, Khomeini habe bereits Mitte der 1980er einer Unterlassung des Revolutionslogans „*Marg bar Amrika – Tod den USA!*“ zugestimmt – nach wie vor unumstößlicher Bestandteil ultrakonservativer Rhetorik. Rafsanjani versuchte damit seiner Kritik an der konfrontativen Außenpolitik Ahmadinezhads mehr Rückhalt zu geben. Nicht zuletzt ermöglichte das Internet auch die Publikation von zensierten Geschichtsdarstellungen: der geschasste Nachfolger Khomeinis, Ayatollah Montazeri, der jahrelang unter Hausarrest gestellt wurde, stellte seine detaillierten Memoiren ins Internet und verschaffte damit nicht nur Einblick in die internen Machtkämpfe der Revolutionselite vor Khomeinis Tod, sondern kritisierte auch differenziert die spätere Auslegung der Staatsdoktrin des *velayat-e faqih*.

Einen Anlass für die gezielte Publikmachung von Erinnerungen aus der Revolutionszeit lieferte das nach dem Amtsantritt von Ahmadinezhad zunehmend selbstbewusste Auftreten von Ayatollah Mesbah-Yazdi. Der radikale Geistliche, der sich in der Vergangenheit durch die religiöse Legitimierung von Gewalt gegen Andersdenkende hervorgetan hatte, galt lange Zeit als spiritueller Mentor des neuen Präsidenten. Ende 2005 trat Mesbah-Yazdi eine heftige Debatte los, als er den Wahlsieg Ahmadinezhads als entscheidenden Schritt für die endgültige Errichtung eines „islamischen Staates“ (im Gegensatz zur Islamischen Republik, *dowlat-e eslami*)

18 Kholdi, Shahram: „Contested Memories and Competing Narratives of the Islamic Revolution in Cyberspace“, Vortrag auf der Sixth Biennial Conference of Iranian Studies, London 04.08.2006.

jomhuri-ye eslami) bezeichnete und damit die republikanischen Wurzeln des Systems in Frage stellte. Mit Herannahen der Wahlen zum Expertenrat im Herbst 2006, für die der ultrakonservative Geistliche und seine Entourage kandidierten, wuchs somit die Sorge vor dem Machtgewinn einer radikalen Tendenz innerhalb dieser Institution, die verfassungsgemäß mit Beaufsichtigung des Revolutionsführers und der Auswahl seines Nachfolgers betraut war. In vehementer Zurückweisung Mesbah-Yazdis erinnerten Vertreter der Revolutionselite wie Rafsanjani und Karrubi durch verschiedene im Internet verbreitete Anekdoten an dessen unrühmliche Zurückhaltung im revolutionären Widerstand gegen die Schahmonarchie und seinen fehlenden Glauben an Khomeinis politische Ideen.¹⁹

Eine ähnliche Auseinandersetzung verursachte Rafsanjani im Oktober 2006 mit der Veröffentlichung eines Briefs von Khomeini, in dem dieser seine Beweggründe für die Beendigung des achtjährigen Iran-Irakkrieges erläuterte. Aus dem Schreiben gingen die umfangreichen Materialforderungen der Revolutionsgarden hervor, ohne die eine erfolgreiche Weiterführung des festgefahrenen Konflikts mit dem Regime Saddam Husseins Ende der 1980er nicht mehr möglich gewesen wäre. Die Freigabe dieses Dokuments wurde innerhalb Irans vielerorts als Wink auf den Realitätssinn Khomeinis verstanden, der entgegen Appellen aus den Reihen der *Pasdaran* und für das Wohl des Landes von weiteren Kriegshandlungen Abstand genommen hätte. Zu einem Zeitpunkt, da die Regierung Ahmadinezhad mit ihrer Außenpolitik neue Sanktionen des Westens gegen das iranische Atomprogramm riskierte, deutete Rafsanjani auf diesem Weg seine Kritik an der Verhandlungsführung der Ultrakonservativen an. Trotz seiner Hinweise, dieser Brief zirkuliere schon länger im Internet, machte der gewiefte Machtpolitiker mit diesem Schachzug gleichzeitig klar, dass er auch zukünftig ausreichend Material zur Verfügung habe, um seinen politischen Gegnern einen schweren Stand zu bereiten.²⁰

In der nachfolgenden Reaktion der Ultrakonservativen spielten neben anderen Medien auch Internetseiten eine wesentliche Rolle. Rafsanjani wurde beschuldigt, mit der Veröffentlichung von geheimen Dokumenten den Glauben an die Leistungen und Fähigkeiten des Landes zu untergraben. In einem sehr direkten Angriff unterstellte ihm Ahmadinezhad mangelnde Kompetenz und drohte mit Konsequenzen. Im Streit um das Atomprogramm hatte der Präsident immer wieder die militärische Entschlossenheit und Stärke Irans betont. Auf der Webseite der *Ansar-e Hezbollah*

19 „Antwort Karrubis an Mesbah“, Sharq (Internetausgabe) vom 04.01.2006; Siehe dazu auch: Samii, Bill: „Iran: Preparing for a Defining Election“, RFE/RL vom 01.08.2006 und ders.: „Early Race for Clerical Assembly Gets Bitter“, RFE/RL vom 22.09.2006.

20 „Der Brief Ayatollah Khomeinis und die andauernden Querelen um seine Veröffentlichung“, BBC Persian vom 02.10.2006; „Wer ist über die Veröffentlichung des Khomeini-Briefs beunruhigt?“, Kargozaran (Internetausgabe) vom 09.10.2006.

bezeichnete Fatemeh Rajabi die Publikation des Briefes als „*Spiel von Macht und Reichtum*“ und forderte, dass Verantwortliche, die keine Staatsgeheimnisse bewahren könnten, von ihren Funktionen entbunden werden müssten.²¹ Der radikale Prediger Haj Mansur-Arzi denunzierte Rafsanjanis Handlung als „Druck auf Regierung und Revolutionsführer, um die Forderungen von Ausländern zu akzeptieren“. Angesichts der Heftigkeit dieser Medienkampagne fühlte sich die dem Revolutionsführer nahe stehende, konservative Tageszeitung *Jomhuri-ye Eslami* bemüht, mit einem Leitartikel einzugreifen und fragte: „*Kennen diese Verleumdungen, diese Zerstörungen von Ehre und Anstand keine Grenze?*“.²²

Insgesamt wird deutlich, dass das Internet für die unterschiedlichen Akteure der strategischen Gruppen der Machtelite, deren Zugang zu Medien wie Presse und Fernsehen kaum eingeschränkt war, ebenfalls ein attraktives Kommunikationsmittel darstellte. Abgesehen von der Verwendung von Webseiten als Kampagnenmedien im Wahlkampf boten Nachrichtenseiten vor allem für die jüngeren ultrakonservativen Akteure ein Mittel zur Austragung politischer Konflikte. Aufgrund der typischen Qualitäten des Internets wie Schnelligkeit, Anonymität und geringe Kosten eigneten sich Onlinemedien zur raschen Verbreitung von nicht unmittelbar verifizierbaren Nachrichten und Gerüchten, die in den fraktionellen Rivalitäten eine Rolle spielten. Ein iranischer Journalist sieht daher einen engen Zusammenhang zwischen der Intensivierung der Rivalitäten innerhalb des Lagers der Prinzipientreuen und dem Anstieg der Zahl von Nachrichtenseiten mit Bindung an einzelne Akteure dieser Fraktion im Laufe der ersten Amtszeit Ahmadinezhads.²³ Die Verbreitung von Fehlinformationen oder die gezielte Veröffentlichung ausgewählter Nachrichten wurde damit zu einem strategischen Mittel der politischen Einflussnahme. Unter Rückbezug auf Wolfsfelds Ansatz zur Rolle von Nachrichten in politischen Konflikten lässt sich feststellen, dass das Internet den politischen Akteuren Irans neue Möglichkeiten eröffnete, Zugang zu einer (wenn auch begrenzten) medialen Öffentlichkeit zu gewinnen, den Informationsfluss zu kontrollieren und Bedeutungszuschreibungen zu kreieren. Die Auseinandersetzungen unter den miteinander konkurrierenden strategischen Gruppen der Machtelite erhielten somit eine zusätzliche Dynamik. Fraglich ist jedoch, inwieweit dadurch tatsächlich greifbare Vorteile für einzelne Akteure entstanden. Als bestätigendes Beispiel sei hier die Absetzung von Ahmadinezhads Innenminister durch das Parlament angeführt, die nach der gezielten Aufdeckung seines gefälschten Dokortitels durch die Nachrichtenseite eines

21 „Wer ist nach Hashemi der nächste?“, Rooz vom 08.10.2006.

22 Ebd.

23 Interview mit einem Journalisten der Wochenzeitung *Shahrvand-e Emruz*, Teheran 16.11.2008.

regierungskritischen Abgeordneten der Prinzipientreuen eingeleitet wurde und eine deutliche Niederlage für den Präsidenten beinhaltete.

Für die konfliktorientierten Akteure der Reformbewegung hingegen hatte diese Form der politischen Auseinandersetzung über das Internet zumindest den Vorteil, dass Fraktionierungen innerhalb der Führungsriege transparenter wurden. Vor allem reformorientierte Journalisten verfolgten die Rivalitäten innerhalb des konservativen Lagers genau und verschafften ihnen durch wiederum im Internet publizierte Berichte und Analysen mehr Öffentlichkeit. Darüber hinaus bot der fehlende Zusammenhalt der strategischen Gruppen den politischen Reformern neue Handlungsanreize und Gelegenheiten für eine Herausforderung der Ahmadinezhad-Regierung. Dies zeigte sich beispielsweise schon zu den Kommunalwahlen 2006, die im Folgenden noch genauer untersucht werden sollen.

Einige journalistische Beobachter interpretierten die Schwemme unseriöser Nachrichtenseiten durch die Regierungsanhänger als Strategie, mit der das Ansehen von Onlinemedien untergraben werden sollte. Innerhalb des traditionell-konservativen Establishments provozierten die über das Internet ausgetragenen Artikelkampagnen der jüngeren Ultrakonservativen gegen etablierte Mitglieder der Revolutionselite tatsächlich Forderungen nach einer schärferen Überwachung von Onlinemedien. Inwieweit die politische Instrumentalisierung der Nachrichtenseiten eine generelle Glaubwürdigkeit des Internets als Informationsquelle innerhalb Irans beeinträchtigen, ist indes kaum feststellbar.²⁴

24 „Beschwerde des Regierungssprechers über Regierungsmitglieder?“, Rooz vom 23.08.2006; „Zunahme von Webseiten vor den Wahlen“, Aftab vom 30.11.2006. Eine Umfrage des Teheraner Medienforschungszentrums von 2006 untersucht das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Berichterstattung von Zeitungen und Fernsehen, nicht des Internets. Allerdings steigt dieser Umfrage zufolge das Vertrauen in Zeitungsnachrichten parallel zu Bildungsniveau und/oder Einkommen der Befragten. Da diese sozialen Gruppen potentiell zu den wichtigsten Nutzern des Internets zählen, kann auf eine gewisse Medienkompetenz und Fähigkeit zur kritischen Evaluierung von Informationen geschlossen werden. Zentrum für Medienforschung: „Charakteristika der Zeitungsnutzung in Teheran“, Teheran 2006.

3. Reform online: Die Webseite *Emruz*

Für die iranischen Reformer waren Nachrichtenseiten im Internet in Folge der Preszensur ein zunehmend wichtiger Kommunikationskanal. Aufgrund der durch Zeitungsverbote verringerten Zugangsmöglichkeiten zu den Printmedien und den von der Zensur auferlegten inhaltlichen Einschränkungen veröffentlichten Journalisten, Intellektuelle und Politiker der Reformbewegung mehr und mehr Texte im Internet. Die Nachrichtenseiten enthielten somit eine Mischung aus journalistischer Berichterstattung, politischen Kommentaren und Analysen. Um die Inhalte dieser reformorientierten Onlinemedien und deren Bedeutung für die Reformbewegung genauer darzustellen, wurde die Webseite *Emruz* untersucht. Sie war die am längsten bestehende Nachrichtenseite der politischen Reformer Irans und wurde in direkter Reaktion auf die Verbote von Reformzeitungen nach dem Jahr 2000 gegründet. Obwohl die Webseite der Organisation der *Mojahedin-e Enqelab-e Eslami (MEE)* nahestand, konnte sie ganz allgemein als Publikation der progressiven Reformer angesehen werden. Einer der verantwortlichen Herausgeber, Mostafa Tajzadeh, war beispielsweise Mitglied in den beiden zentralen Organisationen dieser politischen Fraktion, sowohl in der *MEE* als auch der *Mosharekat*. Als anerkanntes Forum der Reformer bildete *Emruz* ein gewisses Meinungsspektrum innerhalb dieser Tendenz ab und erschien deshalb für eine Analyse geeignet.

Bereits im Mai 2003 blockierten einige iranische Internetanbieter die Webseite im Zuge einer ersten Zensurwelle, bevor sie dann im Sommer des darauffolgenden Jahres auf Initiative des Teheraner Staatsanwalts Mortazavi endgültig gefiltert wurde. Gleichzeitig waren Mitarbeiter von *Emruz*, zusammen mit Kollegen anderer reformorientierter Onlinemedien, den Verhaftungen und Repressionen durch Justizvertreter ausgesetzt. In einer auch von internationalen Medien beachteten Protestaktion änderten daraufhin zahlreiche iranische Blogs im September 2004 ihren Namen für einen Tag in „*Emruz*“ und verbreiteten einige von deren Artikeln. Obwohl die Webseite seitdem für Leser in Iran blockiert blieb, setzte die Redaktion ihre Arbeit zumindest in limitiertem Umfang fort. Nachrichten wurden zum Teil per E-Mail versandt, zeitweilig existierten alternative Adressen und auch ein Weblog von *Em-*

ruz. Laut Herausgeber Tajzadeh ging es vor allem darum, allen Einschränkungen zum Trotz im Internet präsent zu bleiben.¹ Im November 2008 unterhielt ein einziger Mitarbeiter die Webseite, auf der dann hauptsächlich Meldungen aus anderen Medien zu finden waren. Einen wichtigen Service für Parteianhänger in den Provinzen bildete die tägliche Presseschau der Teheraner Tageszeitungen, die außerhalb der Hauptstadt oftmals gar nicht oder nur mit Verspätung erhältlich waren.

Entsprechend der schwierigen Bedingungen, unter denen *Emruz* produziert wurde, änderten sich die einfache Gestaltung und der zweckmäßige Aufbau der Seite kaum.² Die Webseite verfügte über keine Untertitel, alle Nachrichtentitel wurden in einer zentralen Spalte der Homepage chronologisch von oben nach unten laufend und thematisch unsortiert zum Aufruf durch den Leser bereitgestellt. Die Schlagzeile des jeweiligen Artikels wurde meist von einem kurzen Aufmacher begleitet, im Gegensatz zu anderen iranischen Nachrichtenseiten veröffentlichte *Emruz* hierzu jedoch kaum Fotos. Neben dieser Hauptsektion stand eine weitere Spalte mit sowohl namentlich als auch durch Fotos gekennzeichneten Texten verschiedener Autoren. Hierbei handelte es sich meist um Politiker, Intellektuelle oder Journalisten aus dem unmittelbaren Umfeld der Reformbewegung.³ Überdies wurden hier auch Artikel aus *Asr-e now*, der internen Parteizeitschrift der *MEE* veröffentlicht. Am unteren Ende dieser Spalte fanden sich im Abschnitt „Tribüne“ außerdem thematisch gemischte Beiträge, von kurzen Meldungen bis hin zu umfangreichen Analysen und historischen Betrachtungen.

Einen dritten wesentlichen Bestandteil der Webseite bildete schließlich eine ausführliche Linkliste mit den Logos anderer Internetpublikationen. An oberster Stelle stand hier – durchaus aussagekräftig – die Homepage Mohammad Khatamis, darunter Mostafa Moin, Präsidentschaftskandidat von 2005, gefolgt von der Webseite der *MEE* und einer Reihe anderer Figuren der Reformbewegung sowie einigen Onlinemedien mit ähnlicher Orientierung. Eine ausführlichere Linksammlung ließ sich noch einmal auf einer eigenen Unterseite aufrufen. Mit dieser Vernetzung zu anderen Webseiten unterstrich *Emruz* sein politisches Profil: Anordnung und Rei-

1 Interview, Teheran 13.11.2008.

2 Die folgende Darstellung beruht auf einer Untersuchung von iranischen Nachrichtenseiten aus dem Dezember 2006. Noch im März 2009 hatte sich die Gestaltung von *Emruz* nur unwesentlich geändert. Nach der Wahlkrise 2009 musste die Seite schließen und öffnete später unter anderer Internetadresse wieder. Dadurch gingen jedoch die gesamten Archive der Webseite verloren.

3 Unter anderen: Mohsen Armin (Führungsmitglied *MEE*), Hamid Reza Jalaeipour (Soziologieprofessor, Reformaktivist, *Mosharekat*-Mitglied), Mussa Ghaninejad (Wirtschaftswissenschaftler), Karim Arghandepur (Journalist), Mostafa Moin (Reformpolitiker, *Mosharekat*-Mitglied) etc.

henfolge der Links gaben – ebenso wie nicht eingerichtete Verbindungen – Auskunft zur Positionierung der Webseite innerhalb der Netzwelt aus politischen Institutionen, Persönlichkeiten und Publikationen Irans. Im Gegensatz zu anderen Nachrichtenseiten war die Linkliste von *Emruz* zudem sehr ausführlich, was wiederum auf die besondere Bedeutung hinweist, die das Internet als Kommunikationsmedium für die Reformer gewonnen hatte.

Die Webseite bot allerdings keinerlei Möglichkeit der Interaktion. Die Leser hatten keine Gelegenheit, Artikel zu kommentieren; allein eine E-Mail-Adresse der Redaktion wurde angegeben. Auch auf die sonst bei iranischen Nachrichtenseiten übliche Rubrik „Über uns“ wurde verzichtet. Ein Archiv alter Artikel war über eine interne Suchfunktion zugänglich.

Trotz einer eher rudimentären Ausstattung zählte *Emruz* in der ersten Amtszeit von Ahmadinezhad noch immer zu den produktivsten Nachrichtenseiten Irans, was die Quantität der veröffentlichten Artikel anbetraf. In Zeiten reger politischer Aktivität wurden täglich etwa dreißig bis vierzig neue Artikel auf die Webseite gestellt. Ein Vergleich mit anderen Nachrichtenseiten unterschiedlicher politischer Orientierungen zeigte, dass sonst nur redaktionell deutlich besser ausgestattete Seiten, wie *Baztab* oder *Aftab*, ähnlich viele Texteinheiten produzierten.⁴ Auch von den namentlich signierten Artikeln der Meinungs- und Analysesparte, die gewöhnlich für längere Zeit auf derartigen Nachrichtenseiten stehen blieben, veröffentlichte *Emruz* deutlich mehr als andere Webseiten. Da hier die Texte vieler verschiedener Autoren erschienen, wies diese Rubrik eine vergleichsweise hohe Fluktuation auf.

Bei genauerem Blick auf die Inhalte der Webseite musste dieser erste Eindruck hoher Produktivität jedoch relativiert werden. Der Großteil der veröffentlichten Artikel wurde anderen Onlinemedien oder den wenigen verbleibenden Reformzeitungen entnommen. Die Autorenartikel kamen häufig von den persönlichen Webseiten oder Blogs der Verfasser, von anderen Nachrichtenseiten oder aber aus den entsprechenden Kolumnen der Tagespresse. Insgesamt wurde also nur sehr wenig Material eigens für *Emruz* hergestellt. Nichtsdestotrotz verdeutlichte die konstante Aktivität der Webseite ihre anhaltende Bedeutung. Zwar existierten auch andere professioneller und ansprechender aufgemachte Nachrichtenseiten mit gleicher politischer

4 Explorativ angelegter Inhaltsvergleich mehrerer iranischer Onlinemedien, bei dem innerhalb einer Woche (26.11.-03.12.2006) täglich die neu eingestellten Titel der Hauptsektion ausgezählt und thematisch geordnet wurden. Stichproben zu weiteren Zeitpunkten bestätigten die Ergebnisse. Die folgende Inhaltsanalyse von *Emruz* basiert ebenfalls auf dem Material dieser Erhebung. Neben *Emruz* zählten *Baztab*, *Aftab*, *Fars News*, *Sharif News* und *Daricheh* zur Auswahl der Untersuchung, womit das Spektrum der politischen Fraktionen grob abgedeckt wurde. Für eine genauere Erläuterung der durchgeführten Inhaltsanalyse siehe Anhang.

Orientierung, doch blieb *Emruz* nach wie vor eine zentrale Plattform der politischen Reformbewegung im Internet. Die hohe Anzahl der hier veröffentlichten, größtenteils von anderen Reformpublikationen übernommenen Texte unterstrich die Rolle, die das Internet in Ermanglung weiterer Kommunikationsmedien für diese politische Tendenz spielte. *Emruz* bündelte bereits erscheinende Artikel und funktionierte so gleichsam als Verteiler oder gar Verstärker, über den die Chancen, ein Publikum zu erreichen, erhöht werden sollten. Darüber hinaus wies die Übernahme von Inhalten anderer Medien darauf hin, dass die Wirkung der Webseite nicht allein in der Verbreitung dieser Informationen zu suchen war. Vielmehr waren es Auswahl und Zusammenstellung der Titel, über die *Emruz* innerhalb der iranischen Netzöffentlichkeit Akzente zu setzen suchte. Demnach waren sowohl die Selektion der veröffentlichten Nachrichten als auch die textimmanenten Argumentationsmuster Teil einer aktiven Gestaltung und Interpretation von sozialer Realität durch reformorientierte Akteure als politische Herausforderer.

DISKURSGRUNDLAGEN: THEMEN UND REDAKTIONSLINIE

Um den Sinngehalt und die letztendliche Zielrichtung des von *Emruz* vertretenen Diskurses zu erfassen, werden im Folgenden die Inhalte der Webseite ausführlicher dargestellt. Diese Analyse basiert auf Textmaterial, das im Vorfeld der Kommunalwahlen vom Dezember 2006 erschienen ist – ein Zeitraum, der eine Art Wendepunkt für die im Vorjahr so deutlich unterlegenen Reformer bildete. Nicht nur der Schock über den unerwarteten Sieg Ahmadinezhads, sondern auch die nachfolgende, durchaus kontroverse Phase der Fehleranalyse schienen überwunden. Mit Blick auf die landesweite Wahl der kommunalen Gemeindevertretungen intensivierten die Reformparteien allmählich wieder ihre politischen Aktivitäten. Gleichzeitig machte sich sowohl in der Bevölkerung als auch der politischen Elite Ernüchterung über die bisherige Arbeit der neuen Regierung breit, vor allem was deren wirtschaftspolitische Performanz anbetraf. Die Kommunalwahlen repräsentierten eine erste öffentliche Bewertung Ahmadinezhads, dessen Parteigänger allerdings die Koalitionsangebote aller übrigen Konservativen machtbewusst ausschlugen. Insofern keimte bei den Reformern die Hoffnung, wieder einen Fuß in die Türen staatlicher Institutionen zu bekommen – sei es auch nur auf der untersten administrativen Ebene, den Kommunalräten. Über dieser eher vom politischen Tagesgeschäft geprägten Auseinandersetzung stand in Form der zeitgleich stattfindenden Wahlen zum Expertenrat eine noch viel grundsätzlichere Entscheidung an. Zwar waren potentielle Reformkandidaten nicht zugelassen oder gar nicht erst angetreten, doch berührte die Wahl dieses Gremiums ranghoher Kleriker, das verfassungsgemäß mit der Aufsicht und Ernennung des Revolutionsführers betraut ist, durchaus deren ursächliche Interes-

sen. Favorit der Ultrakonservativen war Ayatollah Mesbah-Yazdi, dem Ambitionen auf den Vorsitz des Expertenrats und sogar das Amt des *Rahbar* nachgesagt wurden. Der radikale Geistliche lehnte nicht nur Wahlen als Mittel politischer Einflussnahme durch das Volk ab, sondern stellte auch den Revolutionsführer über die Verfassung – Positionen, welche die demokratischen Elemente im System der Islamischen Republik unterminierten. Mit dem politischen Schwergewicht Rafsanjani als wichtigstem – auch von den Reformern unterstützten – Gegenkandidaten schien sich dieser Konflikt über Grundlagen der politischen Ordnung zu einem entscheidenden Showdown zwischen moderaten und radikalen Kräften der Machtelite zuzuspitzen.

Die Wahlen im Herbst 2006 stellten dementsprechend eine Bewährungsprobe für die Reformer dar. Mit Ausscheiden aus der Exekutive, dem Amtsantritt Ahmadinezhads und der daraus resultierenden Kontrolle aller staatlichen Institutionen durch die Prinzipientreuen fanden sie sich in einem deutlich veränderten Umfeld wieder. Um gegenüber dem Vormarsch autoritärer Akteure nicht noch weiter an Boden zu verlieren und den eigenen Fortbestand als politische Kraft zu sichern, erschienen eine kritische Bilanz der Reformära sowie eine inhaltliche und strategische Neuausrichtung dringend notwendig. In dieser Umbruchphase war natürlich die Kommunikation der Reformer als politische Herausforderer von entscheidender Bedeutung: Als kollektive konfliktorientierte Akteure mussten sie diskursiv gemeinsame Interpretationen der Ereignisse entwickeln, um ihrem Handeln Sinn und Legitimität zu verleihen. Nur so konnten Engagement und Unterstützung der Anhängererschaft aufrechterhalten und mögliche Perspektiven für Allianzen mit anderen Gruppierungen eröffnet werden. Wie im theoretischen Teil erläutert ist diese Herstellung von Bedeutungszusammenhängen, das „Framing“ der Realität, ein aktiver und durchaus von Konflikten geprägter Prozess: zum einen innerhalb des Akteurkollektivs um die Ausrichtung eigener Argumentationsmuster, zum anderen in Auseinandersetzung und Herausforderung mit den Diskursen politischer Opponenten.

Vor der Untersuchung des zentralen Themas der Kommunalwahlen vermittelt ein Überblick über andere inhaltliche Schwerpunkte der Webseite zunächst einen grundlegenden Eindruck von der Berichterstattung auf *Emruz* und eine erste Beurteilung der redaktionellen Linie und Prioritätensetzung. Neben den Wahlen bildeten Artikel zur Wirtschaft Irans einen Themenschwerpunkt der Webseite – zweifellos ein Bereich, der mit Amtsantritt der neuen Regierung zusätzlich an Bedeutung gewann. Ahmadinezhad verdankte seinen Wahlsieg vor allem wirtschaftspolitischen Versprechungen und wurde dementsprechend daran gemessen. Gerade hier musste er jedoch die meiste Kritik einstecken. Der Präsident verschreckte durch Eingriffe in Börse und Privatbanken nicht nur dringend benötigte Investitionen, sondern riskierte mit seinem konfrontativen Verhalten im Atomkonflikt auch erneute internationale Sanktionen. Die Sorge vor einem Embargo auf Treibstoffimporte, von denen das ölreiche Land mangels eigener Raffinerien nach wie vor abhängig war, ging

selbst im prinzipientreuen Parlament um. Für Konfliktstoff mit den Abgeordneten hatte bereits der erste Haushaltsentwurf der Regierung gesorgt, der die Finanzierung öffentlicher Ausgaben aus Öleinnahmen mehr als verdreifachte. Ahmadinezhads populistische Verteilungspolitik feuerte Inflation und Preissteigerungen an, löste öffentliche Warnungen zahlreicher Wirtschaftsexperten aus und stand zu allem im Widerspruch zu langfristigen wirtschaftspolitischen Zielen der Islamischen Republik, wie sie die Fünfjahrespläne oder die „20-Jahre-Vision“ absteckten.⁵

Die Behandlung dieses Themenbereichs durch *Emruz* fokussiert demzufolge die genannten Schwierigkeiten und die damit einhergehende Kritik. Neben Artikeln, die wirtschaftliche Fehlentwicklungen, wie Inflation, Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen dokumentieren, gehen andere Texte auf mögliche Folgen internationaler Sanktionen ein.⁶ Zudem finden verschiedene kritische Positionen zur Wirtschaftspolitik Gehör: Rafsanjani beanstandet die fehlende Berücksichtigung der Entwicklungspläne,⁷ der einflussreiche Abgeordnete Tavakkoli warnt vor den Folgen zu großer Abhängigkeit von Öleinnahmen und verweist auf die hohe Inflation,⁸ Experten machen die Regierung für Preisanstiege auf dem Wohnungsmarkt verantwortlich und Parlamentsmitglieder zeigen Beunruhigung über die Haushaltspläne der Regierung.⁹ Außerdem veröffentlicht *Emruz* mehrere Kommentare der Tageszeitung *Kargozaran*, die den Pragmatikern nahesteht, zweifellos die Reformfraktion mit der höchsten wirtschaftspolitischen Kompetenz. Hier wird unter anderem der zögerliche Privatisierungsprozess bemängelt.¹⁰

-
- 5 Zu den wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten der Regierung Ahmadinezhad nach etwa anderthalb Jahren Amtszeit: International Crisis Group: *Tumultuous Presidency*, S. 8 ff. Die „20-Jahre-Vision“ wurde unter Leitung des Feststellungsrats als langfristig angelegtes Entwicklungsprogramm ab 1999 ausgearbeitet, trat letztendlich 2005 in Kraft. Grundlegendes Ziel war es, Iran bis zum Jahr 2025 zu einem der am höchsten entwickelten Länder der Region zu machen.
 - 6 „Was sind Wirtschaftssanktionen? Warum und wie?“, *Emruz* vom 18.11.2006.
 - 7 „Hashemi Rafsanjani: wir liegen hinter dem Programm der 20-Jahre-Vision zurück“, *Emruz* vom 26.11.2006.
 - 8 „Tavakkoli: wir müssen mehr auf die Inflation achten“, *Emruz* vom 25.11.2006; „Die Gefahr des Anstiegs der Ölabhängigkeit“, *Emruz* vom 27.11.2006.
 - 9 „Experten zur Lage auf dem Wohnungsmarkt“, *Emruz* vom 26.11.2006; „Präsident der parlamentarischen Wirtschaftskommission: ich bin beunruhigt über die rechtzeitige Fertigstellung des Haushalts für das Jahr 1386“, *Emruz* vom 27.11.2006; „Hadad 'Adel beunruhigt über verspätete Präsentation des Haushaltsentwurfs für 1386 vor dem Parlament“, *Emruz* vom 29.11.2006.
 - 10 „Kritik an langsamer Privatisierung“, *Emruz* vom 25.11.2006.

Gegenüber derartigen Verweisen auf die mangelhafte Wirtschaftsbilanz der Regierung Ahmadinezhad und entsprechende Gegenstimmen sind zukunftsorientierte Artikel, etwa mit programmatischen Alternativen, deutlich in der Minderheit. Hier lässt sich ein Beitrag aus der Monatszeitschrift *Sanat va Towse'eh* („Industrie und Entwicklung“) anführen, ein Forum pragmatisch orientierter Wirtschaftsexperten der Regierungen Rafsanjani und Khatami, in dem der frühere Bildungsminister Mohammad Ali Najafi seine Ansichten zur wirtschaftlichen und städtepolitischen Fortentwicklung Teherans darlegt; eine Argumentation, die augenscheinlich schon von seiner bevorstehenden Kandidatur für die Kommunalwahlen in der Hauptstadt beeinflusst ist.¹¹ Ansonsten beschränken sich richtungweisende oder strategische Vorschläge wirtschaftspolitischer Art eher auf Anmahnungen zu Kurskorrektur und Rückkehr zu den Entwicklungsprogrammen der Vorgängerregierungen.¹²

Zieht man die redaktionellen Möglichkeiten von *Emruz* und den Vergleich zu anderen Nachrichtenseiten in Betracht, so veröffentlicht die Webseite verhältnismäßig viele Artikel im Bereich Wirtschaft. Ganz offensichtlich eröffnet sich hier ein geeignetes Terrain für eine sachliche und kaum politisierte Kritik an der Regierung sowie der aktuellen Entwicklung des Landes. Bezeichnenderweise kommen in diesem Bereich eher pragmatisch eingestellte Akteure der politischen Mitte zu Wort, die die wirtschaftliche Entwicklung Irans bis zu ihrer Verdrängung durch die Administration Ahmadinezhads mehr als fünfzehn Jahre lang prägten. Sie haben gegenüber den progressiven Reformern mit ihrem Fokus auf Demokratisierung und Bürgerrechte ganz einfach eine höhere Sachkenntnis. Gleichzeitig stehen ihre auf Liberalisierung und Privatisierung ausgerichteten Vorstellungen in besonders scharfem Gegensatz zum staatszentrierten und dirigistischen Ansatz Ahmadinezhads.

Im Gegensatz zu Wirtschaft stellt Außenpolitik einen weitaus schwächer repräsentierten Bereich auf *Emruz* dar. Zwar nahm die Webseite in dieser Rubrik teilweise ähnliche Inhalte wie andere Nachrichtenseiten auf, verfolgte diese aber nicht annähernd so ausführlich und nachhaltig wie etwa *Baztab*, *Aftab* oder *Fars News*. Ein wichtiges Thema iranischer Medien zu jenem Zeitpunkt waren beispielsweise die Entwicklungen in Libanon, wo im November 2006 interne Spannungen in Massendemonstrationen der oppositionellen Hisbollah und Anhängern der Siniora-Regierung mündeten. *Emruz* geht in wenigen Artikeln auf diese Ereignisse ein, vermeidet dabei allerdings Positionnahmen für die schiitische Hisbollah, wie sie bei Onlinemedien der Konservativen auftraten. Dahingegen findet der Besuch des irakischen Präsidenten Jalal Talebani in Teheran, über den andere Webseiten gründlich berichteten, bei *Emruz* keinerlei Erwähnung. Die Webseite setzt außenpolitisch

11 „Vision einer Stadt von morgen“, *Emruz* vom 29.11.2006.

12 U.a. „Herausforderungen auf dem Weg zu einer modernen Wirtschaft“, *Emruz* vom 19.11.2006.

keine eigenen Akzente, sieht man von einigen wenigen Texten zum UN-Sicherheitsrat ab. Den Anlass für die Beschäftigung mit diesem Thema, für die *Emruz* unter anderem in Reformzeitungen veröffentlichte Übersetzungen der internationalen Presse nutzt, lieferten zweifelsohne die laufenden internen Verhandlungen der Sicherheitsratsmitglieder zu Sanktionen gegen Iran. Gleichzeitig sind dies die einzigen Artikel, mit denen sich die Webseite auf irgendeine Art und Weise der Frage des Atomkonflikts nähert, eine Problematik, die beispielsweise von *Aftab* – aufgrund seiner Nähe zum früheren Atomunterhändler Rowhani – viel ausführlicher behandelt wird. Ob hier die strengen Auflagen des Regimes für die Berichterstattung zum Atomprogramm wirkten, *Emruz* also trotz bereits implementierter Filtrierung weiteren Konflikten mit den Zensurbehörden aus dem Weg gehen wollte und dieses Thema generell mied, war angesichts des kurzen Untersuchungszeitraums nicht feststellbar. Insgesamt zeigt sich jedoch, dass die Webseite weder Potential noch Ambitionen besaß, eine ausführliche Berichterstattung auf außenpolitischer Ebene zu bieten. Damit wird deutlich, dass *Emruz* primär die eingeschränkte Übermittlung von Inhalten mit innenpolitischer Relevanz für die Reformer zu kompensieren hatte und keinesfalls Anspruch auf die Position eines professionellen Informationsmediums erhob.

Ein zusätzlicher Themenschwerpunkt der Webseite lässt sich unter der Überschrift „Medien“ zusammenfassen. Neben der bereits erwähnten täglichen Pressechau der wichtigsten Teheraner Tageszeitungen, die vor allem für Leser in den Provinzen gedacht ist, widmen sich mehrere Meldungen den Einschränkungen der iranischen Presse. Hier geht es unter anderem um geschlossene Reformzeitungen und die juristische Verfolgung von Journalisten. Daneben wird die Rolle der staatlichen Fernsehanstalt thematisiert, deren Informationspolitik auf Seiten der Reformer immer wieder heftige Beschwerden hervorruft. Ein Kommentar von Mohsen Armin, Sprecher der *MEE*, aus der Tageszeitung *Kargozaran* kritisiert nicht nur die fehlende Beschäftigung mit Reformparteien in den verschiedenen Sendungen, sondern weist auch darauf hin, dass Fakten oder Äußerungen einzelner Politiker wiederholt vom Fernsehen falsch wiedergegeben wurden, um dem Reformerlager zu schaden.¹³ Aus der gleichen Zeitung entnimmt *Emruz* auch einen ausführlichen Bericht, der teilweise unter Verwendung inhaltsanalytischer Verfahren die einseitige Berichterstattung der abendlichen Hauptnachrichten zugunsten des Regierungslagers darstellt.¹⁴ Besonders in Wahlperioden machte sich die Parteilichkeit der einflussreichen Fernsehanstalt, die im Prinzip als fraktionsübergreifendes „nationales“

13 „Die nationalen Medien und ein Ding namens politische Unparteilichkeit“, *Emruz* vom 19.11.2006.

14 „Ein Blick auf die Arbeit von IRIB im Bereich von Nachrichten und Politik; 10 zu 1 zugunsten der Prinzipientreuen“, *Emruz* vom 19.11.2006.

Medium zu agieren hat, für die von den Sendungen ausgeschlossenen politischen Fraktionen schmerzhaft bemerkbar. Die wenigen Tageszeitungen und Internetseiten, die etwa den Reformpolitikern zur Verfügung standen, konnten in Bezug auf Reichweite und Wirkung keinesfalls mit den landesweit zu empfangenden Fernsehprogrammen konkurrieren. Der Zusammenhang von Medien und Wahlkampf spiegelt sich auch in einem detaillierten, von *Emruz* wiedergegebenen Report der auslandsbasierten iranischen Internetzeitung *Rooz* wider, der die im Vorfeld der Kommunalwahlen entstehenden Webseiten behandelt, über die im Internet Kampagnen zur Unterstützung der Regierungsfraktion verbreitet werden.¹⁵

Ein letzter thematisch zusammenhängender Block auf *Emruz* lässt sich schließlich in einer Reihe von Artikeln ausmachen, die auf die eine oder andere Art Kritik an Ahmadinezhads Politik verdeutlichen. Einige Beiträge widmen sich den Auseinandersetzungen zwischen Parlament und Regierung, die sich an Gesetzesvorschlägen oder haushaltspolitischen Maßnahmen entzündeten. Andere wiederum beleuchteten die Bilanz des von Ahmadinezhad geführten Stadtrats. Nach dessen Aufstieg vom Teheraner Bürgermeister zum Staatspräsidenten gerieten Berichte über den Einsatz städtischer Gelder zu Wahlkampfzwecken oder Korruption unter hochrangigen Angestellten ans Licht der Öffentlichkeit.¹⁶ Daneben macht eine kleine Meldung der gewerkschaftsnahen Tageszeitung *Mardomsalari* – nicht ohne Ironie – auf den Anstieg der Krankmeldungen in der Provinz Lorestan aufmerksam, nachdem Ahmadinezhad dort während eines Besuchs mit seinem Kabinett dauerhaft Kranken eine monatliche finanzielle Unterstützung der Regierung versprochen hatte!¹⁷ Hierin spiegelt sich die allmählich lauter werdende Kritik an den ständigen Provinzreisen des Regierungskabinetts wider, die von verschiedenen Seiten aufgrund hoher Kosten und der mangelhaften Verwirklichung großzügiger Versprechungen an die Bevölkerung in Frage gestellt wurden.

Dieser erste Überblick über die wichtigsten Themenfelder auf *Emruz* verdeutlicht in groben Zügen die redaktionelle Linie der Webseite. Durch die ausführliche Berichterstattung im Bereich Wirtschaft sowie die zahlreichen Artikel, in denen Kritik unterschiedlichster Art an der Politik Ahmadinezhads zum Ausdruck kommt, stellt sich die Webseite ganz klar in Opposition zur Regierung. Die Bündelung derartiger Meldungen zielt darauf ab, Fehler der Ahmadinezhad-Administration zu un-

15 „Die Wahlvorbereitungen der Ahmadinezhad-Anhänger im Internet, Unterstützung von Webseiten der Regierung mit unbekanntem Mitteln“, *Emruz* vom 30.11.2006.

16 „Der Leiter der Kommission für Planung und Budget im Stadtrat deckt auf: Zusammenarbeit zwischen Ahmadinezhad und einer der verdächtigen Figuren aus der Wirtschaft“, *Emruz* vom 25.11.2006.

17 „Absonderliche Konsequenzen einer Provinzreise Ahmadinezhads: Anstieg der Krankenschreibungen“, *Emruz* vom 25.11.2006.

terstreichen, Inkompetenz und unerfüllte Wahlversprechen aufzuzeigen. Dies kann als Versuch gewertet werden, die ursprüngliche Erschütterung über den Wahlsieg eines ultrakonservativen Kandidaten zu überwinden, die Machtposition der neuen Exekutive zu dekonstruieren und Handlungsfelder für die Reformer in ihrer neuen Stellung als Oppositionskraft zu eröffnen. Dabei kommen auf der Webseite Stimmen beider politischer Lager zu Wort. Die Position der Reformer wird in den von *Emruz* ausführlich wiedergegebenen Äußerungen des Generalsekretärs der *Mosharekat* deutlich: in seiner Rede vor der Parteiführung weist Mohsen Mirdamadi auf die Schwierigkeiten Ahmadinezhads hin und betont, dass die „Flitterwochen“ der Regierung nunmehr vorbei seien und ihr Niedergang beginne.¹⁸ Doch auch Beanstandungen der Regierungspolitik durch Vertreter der Prinzipientreuen besitzen in diesem Zusammenhang natürlich ein besonderes Gewicht und werden dementsprechend aufgegriffen.

Demgegenüber behandelt die Webseite Themen, in denen sich Motive und Werte der Reformbewegung widerspiegeln. Dies zeigt sich vor allem in der Berichterstattung zu Medien. Hierbei wird mit der Informations- und Meinungsfreiheit nicht nur ein wesentliches Schlüsselfeld der Reformpolitik thematisiert, sondern auch die schwierige Situation hervorgehoben, in der sich sämtliche Oppositionsakteure ohne nennenswerten Zugang zu Massenmedien finden. Auf diesem Weg lässt sich die kollektiv erfahrene unrechtmäßige Behandlung durch die herrschende Fraktion ansprechen und eine Grundlage für die Herausbildung eines Gemeinschaftsgefühls schaffen. Auch andere weniger prominent behandelte Themenfelder reflektieren Ursprünge und Inhalte der Reformbewegung. So konnte jeweils eine Anzahl von Texten den Bereichen Kultur und Universität zugeordnet werden. Beiträge über schiitische Philosophie und Entwicklungen auf dem Buchmarkt bzw. zur Lage der Studentenbewegung verweisen auf die nach wie vor engen Bande zwischen politischen Reformern, Intellektuellen und Universitätsmilieu.

Insgesamt zeigt sich *Emruz* somit zunächst als Webseite, die die Interessen der Reformbewegung umfassend anzusprechen sucht und im Gegensatz zum Diskurs regierungstreuer oder konservativer Medien steht. Die Publikation der Webseite kann bereits anhand dieses ersten Untersuchungsschritts als Versuch des Aufbaus einer Gegenöffentlichkeit gewertet werden. Die im Theorieteil aufgezeigten drei Aspekte der Gegenöffentlichkeit lassen deutlich ausmachen: zum einen zielt *Emruz* darauf ab, den internen Austausch der Reformer zu fördern und mit Informationen zu versorgen, zum anderen soll eine kritische Alternative zu den Inhalten regierungstreuer Medien entstehen. Auch der von Wimmer aufgezeigte dritte medienaktivistische Aspekt von Gegenöffentlichkeit zeichnet sich in den Inhalten von *Emruz*

18 „Generalsekretär der *Mosharekat*: Der Abstieg der Regierung hat begonnen“, *Emruz* vom 25.11.2006.

ab. Die Artikel über Pressezensur und autoritär kontrollierte Staatsmedien thematisieren die Benachteiligungen der Reformer in der massenmedialen Öffentlichkeit und kritisieren damit ein Defizit in der gesamtgesellschaftlichen Meinungsbildung. Diese bislang dargestellten Themen der Webseite mit dem Ausdruck von Regierungskritik einerseits und der Betonung bewegungseigener Werte andererseits liefern gleichsam einen Rahmen für die Argumentationsmuster zum zentralen innenpolitischen Ereignis, den Kommunalwahlen.

KONFLIKTBEREITE NARRATIVE: DIE KOMMUNALWAHLEN 2006

Die für den 15. Dezember 2006 anberaumten Wahlen zu Kommunalvertretungen und Expertenrat bildeten das wichtigste Thema der Berichterstattung auf *Emruz*. Hierzu fanden sich innerhalb des untersuchten Zeitraums, einige Wochen vor dieser Abstimmung, eindeutig die meisten Artikel. Im Vergleich zu den anderen bislang erläuterten Inhalten der Webseite verdeutlicht diese Schwerpunktlegung natürlich die Priorität, die innenpolitische Entwicklungen für die Reformer hatten. Ganz klar lag hier das eigentliche Terrain ihrer politischen Aktivitäten, und die Kommunalwahlen stellten aus den oben erläuterten Gründen einen entscheidenden Moment für die Reformparteien dar.

Bei der Behandlung dieses Themenfelds fokussiert *Emruz* an erster Stelle zwei gegensätzliche Entwicklungen gleichermaßen. Zum einen beschäftigt sich die Webseite mit den Reformgruppierungen, denen es nach langwierigen Verhandlungen gelang, bei den Kommunalwahlen in einer einheitlichen Koalition anzutreten und vor allem in Teheran eine gemeinsame Kandidatenliste für die Stadtverwaltung zu präsentieren. Zum anderen beleuchtet *Emruz* die Auseinandersetzungen im konservativen Lager, wo die Anhänger von Ahmadinezhad mit ihrer kompromisslosen Haltung letztendlich eine Aufspaltung der beteiligten Gruppierungen und die Aufstellung unterschiedlicher Listen herbeiführten. Diese Kontrastierung ist zentraler Bestandteil des Reformdiskurses im Wahlkampf und wird von der Webseite dementsprechend ausgestaltet und verstärkt. Da *Emruz* hierbei kaum auf eigenes Redaktionsmaterial zurückgreifen kann, bildet die gezielte Zusammenstellung von Artikeln und Meldungen anderer Medien ein wesentliches Mittel für den Aufbau der intendierten Argumentationsmuster. Diese wiederum finden sich dann in elaborierter Form innerhalb der veröffentlichten Kommentare und Analysen von einzelnen Autoren wieder.

Die Berichterstattung in Bezug auf die Reformer verfolgt Schritt für Schritt die Herausbildung einer Koalition bis hin zur endgültigen Einigung. Nachrichten wie „*Namen der Reformkandidaten werden morgen bekannt gegeben*“, „*Letzte Abstim-*

mungen für eine gemeinsame Liste“ und „Karrubi: wir nähern uns der bestmöglichen Verständigung“ verdeutlichen den progressiven Verlauf der Verhandlungen und vermitteln den Eindruck von Initiative und kontrollierter Entwicklung.¹⁹ Somit wird in der „Erzählung“ von einer erfolgreichen Reformkoalition ein Spannungsbogen aufgebaut und schließlich zum gewünschten Ende geführt: „Khatami: allein diese Koalition ist ein Sieg“.²⁰

Besondere Aufmerksamkeit erhält dabei die Einigung der progressiven Reformer in *Mosharekat* und *MEE* mit Karrubis Partei *Etemad-e Melli*. Als Kandidat der letzten Präsidentschaftswahlen hatte sich Karrubi brüskiert durch deren mangelnde Unterstützung von den anderen Reformgruppierungen gelöst und eine eigene Partei gegründet. Diese Spaltung wurde von den konservativen Medien bevorzugt thematisiert, um die interne Zerstrittenheit und Schwächung des Reformlagers zu betonen. Umso triumphaler erschien nun der Durchbruch, auch gemeinsam mit Karrubi eine Kandidatenauswahl anbieten zu können. Ein Editorial der speziell für die Kommunalwahlen in Teheran erstellten Reformwebseite *Shahr-e Farda* („Stadt von morgen“), das auf *Emruz* veröffentlicht wird, bezeichnet den früheren Parlamentsvorsitzenden Karrubi dementsprechend als „eine der tragenden Säulen dieser Koalition“. Gleichzeitig behauptet der Artikel, dass die Reformer einen ihrer solidarischsten Momente seit dem Zweiten *Khordad* erlebten, dem iranischen Kalendertag der Wahl Khatamis zum Präsidenten im Jahr 1997. Damit wird die emotionsgeladene Erinnerung an den historischen Wahlsieg Khatamis heraufbeschworen, als eine breite Allianz unterschiedlichster Gruppierungen hinter dem weitgehend unbekanntem Kandidaten erfolgreich das konservative Establishment herausforderte.²¹ Insofern soll die erzielte Einigung vor den Kommunalwahlen nicht nur eine Überwindung zwischenzeitlicher Fehler und Schwächen repräsentieren, sondern auch an die ursprünglichen Erfolge der Reformer anknüpfen. Gestärkt durch ihre wiedergewonnene Einheit können sie zuversichtlich die Auseinandersetzung mit dem Gegner an der Wahlurne suchen und gleichzeitig ein Zeichen ihrer eigenen politischen Entwicklung setzen. Der Journalist und *Mosharekat*-Mitglied Karim Arghandepur bezeichnet die Koalition für die Kommunalvertretungen dementsprechend als Aus-

19 „Sprecher der Reformkoalition: Namen der Kandidaten werden morgen bekannt gegeben“, *Emruz* vom 27.11.2006; „Letzte Abstimmungen zwischen Reformern und *E'temad-e Melli* für eine gemeinsame Liste“, *Emruz* vom 27.11.2006; „Karrubi: wir nähern uns der bestmöglichen Verständigung mit dem Wahlkampfstab der Reformkoalition“, *Emruz* vom 28.11.2006.

20 „Seyyed Mohammad Khatami: allein die Bildung dieser Koalition ist ein Sieg“, *Emruz* vom 03.12.2006.

21 „Die Botschaft der Reformer: Pragmatismus geht vor Fundamentalismus“, *Emruz* vom 21.11.2006.

druck von „*Reife*“, die auch für spätere Wahlen auf höherer Ebene Signalwirkung habe.²²

Beinah ebenso wichtig wie die erzielte Einheit sind der Hintergrund und die Qualifikation der Kandidaten für das Bild, das die Reformer in ihrem Wahldiskurs von sich entwerfen. Die gemeinsame Liste für Teheran wies hochkarätige Kandidaten auf, darunter Mohammad Ali Najafi, Bildungsminister unter Rafsanjani, Massumeh Ebtekar, die Vizepräsidentin Khatamis sowie dessen Vizeminister für Stadtentwicklung, Piruz Hanachi. Zusammen mit einigen anderen Mitarbeitern aus dem Umfeld des ehemaligen Teheraner Bürgermeisters Karbaschi stand diese Auswahl für eine Abkehr von den progressiven Reformvertretern hin zum Flügel der Technokraten und liberalen Fachleute vorheriger Administrationen. Dies war insofern wichtig, als die Reformkoalition in ihrer Opposition zu Ahmadinezhad vor allem die existentiellen Sorgen der Bevölkerung anzusprechen suchte, um somit dessen unerfüllte Wahlversprechen bloßzustellen. Gleichzeitig stellte auch dieser Schritt wieder eine Loslösung von der Vergangenheit dar, da die Reformer fortan eine Abschreckung der Wähler durch abstrakte und nicht unmittelbar zu verwirklichende Programmziele wie etwa „Stärkung der Demokratie“ vermeiden wollten. Für den Sprecher der *Kargozaran*, Hossein Marashi, ist die wesentliche Aufgabe der Reformer nach ihrer Einigung somit die Erstellung eines politischen Programms mit realistischen Zielen für die vierjährige Amtszeit des Teheraner Stadtrats, mit dem sich die Probleme der Hauptstadtbewohner mindern und ihr Wohlergehen verbessern ließe.²³ Das bereits erwähnte, auf Emruz veröffentlichte Editorial der Webseite *Shahr-e Farda* fasst die Botschaft der Reformer für die Wahlen und darüber hinaus folgendermaßen zusammen: „*Zweckmäßigkeit geht vor politische Arbeit und Pragmatismus vor Fundamentalismus*“.²⁴

Um diese Argumentation inhaltlich zu stützen, können einige Kandidaten über *Emruz* ihre programmatischen Ansichten verbreiten. Ein der Tageszeitung *Kargozaran* entnommener Artikel von Piruz Hanachi zeigt beispielsweise mögliche Perspektiven für eine „*nachhaltige Entwicklung*“ Teherans auf. In dem mit Fachvokabular gespickten Text stellt der Experte für Stadtentwicklung unter anderem eine größere Kosteneffizienz bei neuen Projekten sowie eine stärkere Einbeziehung der Bürger in Entscheidungen der Kommunalpolitik in Aussicht.²⁵ Massumeh Ebtekar nimmt in einem ausführlichen Interview, das auf der Webseite veröffentlicht wird,

22 „Arghanepur: die Kommunalwahlen sind Schauplatz eines Konflikts der Identitäten“, *Emruz* vom 30.11.2006.

23 „Marashi: Zwei wichtige Schritte bleiben den Reformern noch“, *Emruz* vom 03.12.2006.

24 „Die Botschaft der Reformer: Pragmatismus geht vor Fundamentalismus“, *Emruz* vom 21.11.2006.

25 „Strategien für eine nachhaltige Stadtentwicklung“, *Emruz* vom 03.12.2006.

ebenfalls den Gedanken der Nachhaltigkeit auf und sieht darin ein grundlegendes Ziel, das alle Kandidaten der Reformkoalition teilen. Die Spezialistin für Umweltpolitik bezeichnet Verkehr, Luftverschmutzung und Wohnungsmangel als dringendste Probleme Teherans, zu deren Lösung die Reformer „mit Pragmatismus und Expertise wichtige Beiträge leisten können“. In Abgrenzung zur Stadtverwaltung Ahmadinezhads spricht sie sich gegen effekthascherische Maßnahmen aus, deren längerfristige Auswirkungen nicht bekannt seien und diskutiert in diesem Zusammenhang bislang eingesetzte Strategien zur Eindämmung der enormen Verkehrsprobleme in der Hauptstadt.²⁶

Die Inszenierung einer geschlossenen und wirkungsvollen Reformkoalition wird schließlich durch den Eintritt von Khatami in den Wahlkampf gekrönt. Mehr als ein Jahr nach seinem Ausscheiden aus dem Amt mischte sich der ehemalige Präsident damit erstmals wieder ins politische Tagesgeschäft ein. Khatami lud die fünfzehn Kandidaten der Teheraner Liste zu einem Gespräch und diese unterzeichneten in seinem Beisein die Verpflichtung, im Falle eines Wahlsiegs ihre Versprechungen einzuhalten, der Stadtverwaltung während der gesamten Amtszeit zur Verfügung zu stehen und keine zusätzlichen Ämter anzunehmen. Dies war als offensichtliche Distanzierung zum vorherigen Stadtrat zu verstehen, aus dem einige Mitglieder in die Wahlkampagne des damaligen Bürgermeisters Ahmadinezhad involviert waren und nach dessen Sieg ihr Amt zugunsten von Regierungsposten aufgaben. Ein abschließendes Foto dieser Zusammenkunft, das später über alle reformorientierten Webseiten und Zeitungen verbreitet wird, zeigt Khatami in der Mitte der Kandidaten nach dem gemeinsamen Gebet. Damit ist die Koalition gewissermaßen auch symbolisch besiegelt und gewinnt durch die Unterstützung des charismatischen Geistlichen mit seiner moralischen Autorität ein zusätzliches Gewicht. Dementsprechend prominent gibt *Emruz* die Schilderungen und Kommentare zur Rolle Khatamis im Wahlkampf ebenso wie dessen Äußerungen wieder. Der ehemalige Präsident bleibt eine zentrale Identifikationsfigur der Reformbewegung – nicht umsonst bezeichnet ein Journalist die bevorstehenden Kommunalwahlen als Auseinandersetzung zweier gegensätzlicher Identitäten: einerseits eine reformorientierte mit dem Mittelpunkt Khatami, andererseits die derzeit regierende, mit den Ansichten von Ahmadinezhad.²⁷ Die Tageszeitung *Kargozaran* wiederum unterstreicht, dass mit Khatami als „Vertreter der Intellektuellen“ sowie den „Demokraten und Technokraten“ nunmehr die drei wesentlichen Flügel des Reformlagers hinter der

26 „Das Programm der Reformer für den Stadtrat im Gespräch mit Masumeh Ebtekar“, *Emruz* vom 21.11.2006.

27 „Arghandepur: die Kommunalwahlen sind Schauplatz eines Konflikts der Identitäten“, *Emruz* vom 30.11.2006.

Koalition stünden.²⁸ Der Kommentator sieht hierin die Fortführung der erfolglos gebliebenen Mobilisierung vom 24. Juni 2005, als sich die verschiedenen Kräfte des moderaten Spektrums vor der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen schlagartig und doch verspätet hinter Rafsanjani sammelten, um den Sieg seines radikalen Gegenkandidaten Ahmadinezhad zu verhindern. Insofern wird diese Niederlage zu einem weiteren Schlüsselmoment der politischen Reformbewegung stilisiert, dessen wichtigste Lehre die Bedeutung von Zusammenhalt ist. Khatami selbst, der damit quasi als geistiger Schirmherr der neuen Koalition fungiert, bezeichnet diese als realitätsorientierten Zusammenschluss derjenigen, die sowohl die demokratischen Elemente der Islamischen Republik stärken wollen als auch dem Wohl der Bevölkerung dienen.²⁹

Diese Darstellung der Reformkoalition steht im völligen Gegensatz zur Berichterstattung über das gegnerische Lager, der *Emruz* ebensoviel Stellenwert einräumt. Den Prinzipientreuen gelang es trotz intensiver Bemühungen nicht, sich für die Kommunalwahlen auf ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen. Damit bestätigte sich die Aufspaltung dieses Lagers in mehrere Gruppierungen, die bereits bei den Präsidentschaftswahlen 2005 deutlich wurde, als drei prinzipientreue Kandidaten gegeneinander antraten und ein vierter nur zwei Tage vor der Wahl zurückzog. Ebenso wie Ahmadinezhad auf dem Weg an die Spitze der Exekutive signalisierten nun seine Anhänger mit Blick auf die Kommunalvertretungen, dass sie zu keinerlei Kompromissen zugunsten lagerinterner Mitbewerber bereit waren und traten mit einer eigenen Liste unter dem Namen „Wohlgeruch des Dienens“ an. Besondere Animositäten bestanden gegenüber dem Teheraner Bürgermeister Mohammad Baqer Qalibaf, der 2005 ebenfalls für das Präsidentenamt kandidiert hatte und als einer der schärfsten Konkurrenten Ahmadinezhads unter den Prinzipientreuen galt. Seine Anhänger und Mitarbeiter aus der Stadtverwaltung traten mit einer eigenen Liste an. Angesichts dieser erbitterten Rivalität wirkten die traditionellen Konservativen hilflos und konnten entgegen ihrer ständigen Beteuerungen keine Einigung vermitteln. Sie mussten schließlich eine dritte Liste aufstellen, die eine Kombination aus den Kandidaten der beiden anderen Flügel bildete.

Die auf *Emruz* veröffentlichten Informationen zu diesen Entwicklungen basieren zunächst auf der Wiedergabe der verschiedenen – teils widersprüchlichen, teils besorgten – Äußerungen aus dem konservativen Lager. Diese werden aus Tageszeitungen unterschiedlicher Orientierung sowie den Berichten der Nachrichtenagenturen entnommen. So veröffentlicht die Webseite mehrere mahnende Wortmeldungen von Mehdi Chamran, einem erfahrenen Abgeordneten des Teheraner Stadtrats, der

28 „Reaktionen auf das Treffen der Kandidaten der großen Reformkoalition mit Mohammad Khatami in der Presse vom 2. Dezember“, *Emruz* vom 03.12.2006.

29 Ebd.

sich intensiv, aber vergeblich für eine Einigung der Prinzipientreuen einsetzte.³⁰ Chamran galt noch im Vorjahr als Mentor Ahmadinezhads, musste sich dann nach dessen Aufstieg zunehmend von diesem distanzieren und wandte sich im Zuge der Kommunalwahlen schließlich vollends Qalibaf zu. Auch der Kolumnist der Tageszeitung *Resalat*, Amir Mohebbian, ein bekannter Vordenker der gemäßigten Konservativen, warnt vor der möglichen Niederlage der Prinzipientreuen, sollten diese ihre internen Konflikte nicht überwinden.³¹ Und nur allzu gern scheint *Emruz* ein Editorial des Chefredakteurs der ultrakonservativen Zeitung *Keyhan* wiederzugeben, der für seine radikalen Artikel gegen Andersdenkende notorische Berühmtheit erlangt hat. Anstatt wie gewohnt gegen die Reformer zu hetzen, kanzelt Shariatmadari dieses Mal seine eigenen Gesinnungsgenossen ab und wirft ihnen vor, durch die gewonnene politische Macht hochmütig geworden zu sein.³² Der Generalsekretär der traditionell-konservativen *Motalefeh* schlägt in die gleiche Kerbe und moniert, dass einige „Grünschnäbel, Einflussbesessene und Gruppenfanatiker“ die Einheit der Prinzipientreuen verhindern würden.³³

Den Eindruck von Zwist und Uneinigkeit unter den Prinzipientreuen, den die derart zusammengestellten Äußerungen von Vertretern dieser Fraktion vermitteln, vertiefen schließlich entsprechende Analysen und Kommentare aus dem Reformlager, die auf *Emruz* veröffentlicht werden. Dabei wird vor allem das kompromisslose Verhalten der Ahmadinezhad-Anhänger aufs Korn genommen. So unterstreicht ein der Wahlkampfseite der Reformkoalition entnommener Kommentar noch einmal die vergeblichen Versuche von Chamran und *Keyhan*, Einheit zu stiften und verweist auf die Engstirnigkeit des Präsidenten bei der Auswahl seiner Gefolgschaft. Ahmadinezhad, der eigentlich mit dem Versprechen angetreten sei, die „mafiose Verfilzung“ der Elite aufzubrechen, setze nun selbst auf sein unmittelbares Umfeld: seine zwei wichtigsten Kandidaten für die Teheraner Stadtverwaltung seien seine

30 „Chamran: Wenn die Prinzipientreuen sich nicht einigen, stellt der Stadtrat seine eigene Liste auf“, *Emruz* vom 26.11.2006; „Chamran: Wenn die Prinzipientreuen keine Einigung erzielen, wird Gott uns bestrafen“, *Emruz* vom 27.11.2006; „Chamran: Noch sind wir in der Koalition“, *Emruz* vom 29.11.2006; „Chamran: Wenn unser Rivale eine Einigung erreicht hat, müssen wir uns auch in Richtung Koalition bewegen“, *Emruz* vom 03.12.2006.

31 „Mohebbian: Konflikte zwischen Anhängern Ahmadinezhads und Qalibafs können innerhalb der Prinzipientreuen zur Krise führen“, *Emruz* vom 26.11.2006.

32 „Shariatmadari: so wie die Reformer aus der Vergangenheit gelernt haben und von ihrem Turm der Eitelkeit herunterkamen, so steigen die verehrten Prinzipientreuen ihn jetzt herauf“, *Emruz* vom 29.11.2006.

33 „Grünschnäbel, Einflussbesessene und Gruppenfanatiker verhindern die gemeinsame Liste der Prinzipientreuen“, *Emruz* vom 29.11.2006.

Schwester Parvineh und Mehdi Bazrpash, ein junger Politiker, dem Präsidenten aufgrund dessen Freundschaft zu seinem im Krieg verstorbenen Vater treu ergeben.³⁴ Dahingegen vergleicht der Chefredakteur der wenige Monate zuvor geschlossenen Tageszeitung *Sharq*, Mohammad Qowchani, nunmehr verantwortlich für die Webseite *Shahr-e Farda*, in einer Analyse das politische Verhalten von Ahmadinezhad und Karrubi, die beide innerhalb ihrer jeweiligen Fraktion einen individuellen Kurs verfolgen: Während letzterer trotz Distanznahme und Gründung einer eigenen Partei zu einem gewichtigen, aber konstruktiven Kritiker des Reformkurses geworden sei und mit der Einwilligung in eine Koalition seine tatsächliche politische Größe zeige, mache Ahmadinezhad mit der hartnäckigen Zurückweisung von Parteien und Kooperationen allein sein Streben nach Macht deutlich und werde damit zum eigentlichen Gegner der Prinzipientreuen.³⁵

Somit versuchen die Reformer aus der Darstellung des Durcheinanders bei ihren Opponenten ein Gefühl eigener Stärke und Geschlossenheit zu ziehen. Dies verdeutlicht die Aufmerksamkeit, mit der *Emruz* die Reaktionen der Prinzipientreuen und ihrer Medien auf die Einigung der Reformer beobachtet. Die Warnungen vor einer erstarkenden Reformkoalition in der konservativen Presse werden demnach als „*neue Strategie*“ bezeichnet, mit der Angst vor den Reformern geschürt werden soll, um in letzter Minute doch noch einen Zusammenschluss der Prinzipientreuen zu erreichen.³⁶ Ebenso berichtet *Emruz* von einer eilends einberufenen „*Krisensitzung*“ von Vertretern der verschiedenen konservativen Gruppierungen unmittelbar im Anschluss an die Verkündung der Reformkoalition.³⁷ Demgegenüber prangert die Webseite das Bestreben einiger konservativer Journalisten, den geringfügigen Meinungsverschiedenheiten im Reformlager mehr Gewicht zu verleihen, als „*koordinierte Propaganda*“ an.³⁸ Damit einher gehen Verweise auf das Schweigen des staatlichen Fernsehens: monatelang seien kleinste Differenzen der Reformer genauestens beleuchtet worden, doch zu ihrer Einigung verlören die wichtigsten Nachrichtensendungen kein einziges Wort.³⁹

Die Diskursstrategie der Reformer vor den Kommunalwahlen, hier durch eine ihrer zentralen Webseiten transportiert, ist damit klar: mit der Bildung zwei gegen-

34 „Die Botschaft der Reformer: Pragmatismus geht vor Fundamentalismus“, *Emruz* vom 21.11.2006.

35 „Spaltung der Prinzipientreuen und Einigung der Reformer“, *Emruz* vom 30.11.2006.

36 „Verbreitung von Angst vor der großen Reformkoalition“, *Emruz* vom 30.11.2006.

37 „Nach Verkündung der großen Reformkoalition: Sondersitzung der Prinzipientreuen“, *Emruz* vom 30.11.2006.

38 „Prinzipientreue gegen die große Reformkoalition“, *Emruz* vom 30.11.2006.

39 „Die große Reformkoalition und das Schweigen der Medien der autoritären Fraktion“, *Emruz* vom 30.11.2009.

sätzlicher Schwerpunkte in der Berichterstattung stellen sie die eigene Organisiertheit, politische Erfahrung und auf den Bürger ausgerichtete realistische Politikziele einem von Zwietracht, klientelistischen Interessen und Machtstreben geprägten gegnerischen Lager gegenüber. Ganz offensichtlich versuchen die Reformer sich über ihre politische Gegner zu stellen, indem sie die eigenen Stärken ebenso wie deren Schwächen betonen. In diesem Sinne handelt es sich um eine für den Wahlkampf typische Kommunikationsstrategie, bei der ein „*negative campaigning*“ gegen Opponenten häufig mehr Wirkungspotential entfaltet, als die Hervorhebung von positiven Aspekten der eigenen Position.⁴⁰ Angesichts der medialen Übermacht der Prinzipientreuen, die nicht nur die staatliche Fernsehanstalt, sondern auch zahlreiche Zeitungen und Webseiten kontrollieren, stellt der von *Emruz* – im Einklang mit anderen Reformmedien – übermittelte Diskurs einen Versuch dar, dominierende Darstellungen zur politischen Situation vor den Kommunalwahlen zu durchbrechen und eine Gegenöffentlichkeit aufzubauen.

In Anbetracht des durch Internetzensur eingeschränkten Publikums von *Emruz* sowie der Tatsache, dass die meisten hier veröffentlichten Artikel bereits in anderen Onlinemedien oder Pressepublikationen erschienen sind, stellt sich die Frage nach der Wirkungsrichtung der Webseite. Die Leserschaft von *Emruz* muss die Nachrichtenseite zunächst gezielt im Internet aufsuchen und die Blockade der Webseite umgehen. Die hier veröffentlichten Meldungen werden außerdem an Abonnenten einer E-Mail-Liste versandt. Insofern handelt es sich bei den Lesern der Webseite mit hoher Wahrscheinlichkeit um Vertreter einer politisch motivierten Informationselite, die ein gewisses Interesse an den Standpunkten der Reformer haben. Hier sind zunächst die Mitglieder und Anhänger der Reformparteien zu nennen, gefolgt von Journalisten, Bloggern, Studenten, zivilgesellschaftlichen Aktivisten und anderen Mitgliedern aus dem weiteren gesellschaftlichen Umfeld der Reformbewegung, die das Internet regelmäßig als Informationsquelle nutzen. Eine weitere denkbare Nutzergruppe wären Journalisten und Politiker mit Bindung an konkurrierende politische Fraktionen, die durch *Emruz* einen Einblick in die Positionen der Reformgruppierungen erhalten wollen. Durch eine tägliche Zusammenstellung von Nachrichten, Kommentaren und Analysen verschafft die Webseite diesen Nutzergruppen einen aktuellen Überblick über die politischen Entwicklungen aus Sicht der Reformfraktion. Über die Bündlung der Informationen können Akzente in einer Art und Weise gesetzt werden, wie dies in der Presse nicht mehr möglich ist. Die Webseite bildet somit einen alternativen Kommunikationskanal, über den die Reformer eine Eigendarstellung vermitteln. Die bislang herausgearbeitete Argumentations-

40 Kepplinger, Hans Mathias: „Politische Kommunikation als Persuasion“, in: Saxer, Ulrich/Sarcinelli, Ulrich/Jarren, Otfried (Hg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*, Opladen: Leske und Budrich 1998, S. 362-68.

weise zu den Wahlen beinhaltet einerseits ein Element der Selbstvergewisserung, über das die politischen Reformer sich selbst und ihre Anhänger von ihrer Handlungsfähigkeit als geschlossene Koalition überzeugen wollen, andererseits auch eine Delegitimierung der politischen Gegner und damit den Ausdruck einer gewissen Konfliktbereitschaft. Dieser Diskurs erreicht über die Webseite eine Informationselite, die ihn gegebenenfalls in anderen Onlinemedien, aber auch in interpersonalen Diskussionen und kleineren Pressepublikationen reproduziert, sich damit auseinandersetzt und so zu dessen gesellschaftlicher Verbreitung beiträgt. In begrenztem Maße trägt *Emruz* als Informationsportal der Reformer im Internet also dazu bei, deren politisches Handeln als konfliktorientierte Akteure zu legitimieren und Geschlossenheit unter den Anhängern zu fördern. Die Bedeutung der Webseite resultiert dabei vor allem aus dem Mangel an anderen Medienzugängen und der Möglichkeit, im Internet eine Vielzahl an Informationen zügig zu bündeln und zu veröffentlichen. Die Fortführung der interpretativen Analyse wird weitere Aussagen zur Rolle dieser und vergleichbarer Webseiten bei der Realisierung der internen und externen Kommunikationsbedürfnisse der Reformer als konfliktorientierte Akteure ermöglichen.

Framing der Kommunalwahlen

Die bisherige Analyse lässt sich durch eine Verdichtung der aus den Inhalten von *Emruz* rekonstruierten Narrative zu übergreifenden Frames weiter vertiefen. Für die Entwicklungen vor den Kommunalwahlen ergeben sich drei wesentliche Rahmenseetzungen. Der erste Frame „Einheit aller Reformer“ umfasst sämtliche Beschreibungen des Bündnisses zwischen den einzelnen Gruppierungen des Reformlagers. Deren bisherige politische Gegensätze werden hier ausgeblendet oder als „natürliche“ Meinungsverschiedenheiten deklariert, welche jedoch die Handlungsfähigkeit der Koalition nicht beeinträchtigen. Zugleich wird mit der aus internen Auseinandersetzungen resultierenden Schwäche eine wesentliche Ursache für bisherige Niederlagen benannt und kann dadurch überwunden werden. Verweise auf zentrale Ereignisse in der Entwicklung der Reformbewegung evozieren das während dieser Momente erfahrene Gefühl der Gemeinsamkeit. Die ausführlich geschilderte Unterstützung der Koalition durch den ehemaligen Präsidenten Khatami, Leitfigur und Mentor der politischen Reformer, verschafft zusätzliche Impulse einheitsstiftender Identifikation. Auch die dynamisch progressive Präsentation der Einigung und der in den veröffentlichten Äußerungen beteiligter Akteure mitschwingende Optimismus strahlen eine gewisse erzählerisch mitreißende Wirkung aus, die zu einer klaren und zukunftsorientierten Handlungsanweisung führt: allein in einer geschlossenen Teilnahme an der Wahl liegt für die Reformer die Möglichkeit, wieder an Einfluss zu gewinnen und auf die politische Bühne zurückzukehren. Damit wirkt dieser Frame vor allem motivierend auf die Reformakteure selbst, die so den Zusammen-

halt der gesamten Fraktion betonen und sich von ihrer Fähigkeit zum politischen Agieren überzeugen.

In Ergänzung dazu unterstützt der zweite Frame „pragmatische Politik mit fähigen Politikern“ besonders die Selbstdarstellung der Reformkoalition. Mit Hervorhebung der Sachkompetenz der Kandidaten und der Formulierung pragmatischer Politikziele machen die Reformer ihre Anpassung an die veränderten politischen Gegebenheiten nach dem Wahlsieg Ahmadinezhads deutlich. Sie akzeptieren, während der zuvorgehenden Jahre die wirtschaftlichen Sorgen der Bevölkerung ungenügend angesprochen zu haben und suchen diese offene Flanke in ihrem Diskurs zu schließen. Referenzen wie „soziale Gerechtigkeit“ (*edalat-e ejtemai*) oder „Dienstleistung“ (*khedmat*), mit denen Ahmadinezhad erfolgreich Stimmen gewonnen hat, finden sich nun auch wieder vermehrt im Vokabular der Reformpolitiker. Insofern öffnet sich die Argumentation der Reformer hier am ehesten nach außen, mit dem Ziel, neue oder zwischenzeitlich verloren gegangene Wähler zu gewinnen. Außerdem wird so anderen politischen Akteuren, die gleichfalls die Überwindung wirtschaftlicher Schwierigkeiten fokussieren, eine Anschlussmöglichkeit geboten. Neben dieser offensichtlich mobilisierenden Zielstellung beinhaltet der Frame jedoch auch eine Komponente der internen Positionsaushandlung: auf diesem Weg wird deutlich gemacht, dass die Reformfraktion nicht nur aus den progressiven Kräften der *Mosharekat* und *MEE* besteht, deren auf Bürgerrechte und soziale Freiheiten ausgerichtete Zielstellungen nur in der gebildeten Mittelschicht ihr Publikum finden und zudem von einem autoritär geprägten Gegner allzu leicht als „radikal“ abzustempeln sind. Vielmehr melden sich hier die gemäßigten, erfahrenen Fachkräfte der Khatami- und Rafsanjani-Administration, die Technokraten der *Kargozaran* zu Wort und stellen sich wieder mehr in den Vordergrund. Damit repräsentiert dieser Frame auch eine unmittelbar an die politischen Akteure der Reformbewegung gerichtete Korrektur bzw. Komplettierung des Reformdiskurses, ohne die ein politischer Erfolg unmöglich erscheint.

Ein komplementäres Gegenstück zu diesen beiden ersten Frames bildet ein dritter Deutungsrahmen, der hier mit „Konfusion bei den Prinzipientreuen“ benannt werden soll und alle Darstellungen zum Unvermögen des konservativen Lagers, eine Koalition zu bilden, umschließt. Dieser Frame dient innerhalb des Reformdiskurses vor allem zu Zwecken der Abgrenzung. Er liefert nicht nur eine Warnung vor den Konsequenzen der Uneinigkeit, sondern bietet auch Bestätigung für die Richtigkeit und Kraft der eigenen Position. Dadurch werden zusätzliche Quellen der Motivation und Identitätsbildung eröffnet: die Zerstrittenheit des Gegners eröffnet Chancen für einen Erfolg der Reformkandidaten und unterstreicht zugleich deren eigene Fähigkeit, sich rational und konsensorientiert auf ein politisches Bündnis zu verständigen. Die damit einhergehende Diagnose der Gründe für die Aufspaltung der Prinzipientreuen liefert zudem ein moralisches Argument: schuld am Dilemma dieser Fraktion ist allein die Machtbesessenheit Ahmadinezhads und seiner

Anhänger. Deren rücksichtsloses und nahezu unberechenbares Vorgehen wird als Gefahr für die gesamte politische Landschaft gedeutet. Damit ist nicht nur der wichtigste Gegner benannt. Im Zusammenhang mit der eingangs erläuterten kritischen Berichterstattung von *Emruz* zu den Auswirkungen der Wirtschaftspolitik der Regierung stellt dies auch einen Versuch dar, den Präsidenten und sein Umfeld umfassend zu delegitimieren. Demnach sprechen sowohl die sachpolitische Inkompetenz als auch die ideologische Kompromisslosigkeit der Ahmadinezhad-Anhänger entschieden dagegen, ihnen weiteren Einflussgewinn zuzugestehen. Insofern wird noch einmal die Dringlichkeit eines geschlossenen Handelns aller moderaten Kräfte mit Interesse an der Fortentwicklung des Landes unterstrichen.⁴¹ Gleichzeitig eröffnet sich hier die Möglichkeit, einen Keil zwischen die Prinzipientreuen zu treiben und Anknüpfungspunkte zu deren gemäßigten Vertretern zu suchen.⁴²

Insofern weist der hier dargestellte, durch die Webseite übermittelte Diskurs die wesentlichen Elemente für das Framing von Ereignissen und Entwicklungen durch veränderungswillige Akteure auf. Die ermittelten Argumentationsmuster definieren verschiedene Problemstellungen („Einflussverlust der Reformer“/„Machtgewinn autoritärer Kräfte“), die jeweils dazugehörigen Ursachen („interne Auseinandersetzungen“/„Kompromisslosigkeit und Populismus“) und zeigen entsprechende Lösungsmöglichkeiten auf („Zusammenschluss zur Koalition“/„pragmatische Politik“). Damit sind die vom theoretischen Framing-Ansatz entwickelten Abstufungen in *diagnostic*, *prognostic* und *motivational framing* in den Inhalten der Webseite auszumachen. Die von den Reformern zu den Kommunalwahlen entwickelte Narrative konzentriert sich somit auf die Überwindung der gegen Ende der Amtszeit von Khatami eingetretene Aufspaltung des Reformlagers und die Bildung einer Allianz, die auf gemeinsamen, eher pragmatisch ausgerichteten Politikzielen besteht. Dem wird die Uneinigkeit und von machtpolitischem Kalkül bestimmte Situation im gegnerischen Lager gegenübergestellt. Diese Darstellung wird von moralischen Wertungen unterfüttert, die der solcherart konstruierten Position ein zusätzliches Gewicht verleihen („Konsensfähigkeit vs. Machtgier“). Entman zufolge schaffen solche moralischen Elemente im Framing von politischen Akteuren eine zusätzliche

41 Etwa ein Jahr nach den Kommunalwahlen diskutierten einige Vertreter des Reformlagers unter dem Eindruck zunehmender wirtschaftlicher Probleme sowie der sich verschärfenden Atomkrise und damit einhergehenden Spekulationen über einen möglichen militärischen Angriff auf Iran die Parole „Rettung der Nation“ für den Wahlkampf der Parlamentswahlen im März 2008.

42 Tatsächlich wurde der Teheraner Bürgermeister Qalibaf nach den Kommunalwahlen auch mit den Stimmen der vier neu gewählten reformorientierten Abgeordneten im Amt bestätigt und konnte damit die Absetzungsversuche durch Ahmadinezhad-Anhänger endgültig abwehren.

Legitimationsgrundlage für deren Handlungen.⁴³ Insofern appelliert der auf *Emruz* entwickelte Diskurs sowohl an die Vernunft als auch die Emotionen der Leser. *Emruz* ist damit ein Medium politischer Herausforderer, über dessen Inhalte zum einen ein Gefühl der Gemeinsamkeit innerhalb des Akteurskollektivs hergestellt und ständig erneuert werden soll. Wie theoretisch ausgeführt bildet eine solche ideologische Geschlossenheit eine entscheidende Erfolgsvoraussetzung für die Handlungen konfliktorientierter Akteure. Zum anderen zeigt der Diskurs auch Empfehlungen und Anweisungen für das gemeinsame Handeln auf. Diese dienen zunächst der Überwindung interner Meinungsverschiedenheiten, um ein kohärentes Auftreten zu ermöglichen, zielen aber auch auf eine Mobilisierung der eigenen Anhänger und Wähler ab. Die somit entwickelte Argumentation kann allerdings aufgrund der eingeschränkten Reichweite der Webseite und ähnlicher reformorientierter Onlinemedien nur in einer gewissen Gegenöffentlichkeit Resonanz finden. Später soll noch gezeigt werden, wie die von den Reformpolitikern vertretenen Argumente in Weblogs von grundsätzlich veränderungswilligen gesellschaftlichen Akteuren aufgenommen, weiterentwickelt und kritisch diskutiert werden.

Die bislang rekonstruierten Inhalte haben vor allem die Reformpolitik in Bezug auf das konkrete Ereignis der Kommunalwahlen fokussiert. Dabei widmet die Webseite ihre überwiegende Aufmerksamkeit der Dynamik der politischen Verhandlungen und Listenbildungen. Obwohl die eigenen Kandidaten auch Gelegenheit zu einer Darstellung ihrer programmatischen Vorstellungen in Bezug auf die Kommunalpolitik erhalten, vollzieht sich die tatsächliche Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern kaum auf inhaltlicher Ebene. Unmittelbares Ziel scheint die rasche Delegitimierung der ultrakonservativen Regierung und die Rückkehr in staatliche Institutionen zu sein. Im Folgenden muss daher weitergehend diskutiert werden, in welcher Beziehung diese kurzfristige Zielstellung zu den grundsätzlichen Interessen und der Identität der politischen Reformbewegung steht und damit ihre Erfolgsaussichten als konfliktorientierte Gruppierung, die eine graduelle Demokratisierung des Systems verfolgt, unterstützt.

KOLLEKTIVE IDENTITÄT: ISLAM, IRAN, REFORM

Die Rolle des durch *Emruz* vermittelten Diskurses für die Konstruktion einer gemeinsamen Identität unter den Reformern lässt sich durch die Analyse weiterer Themenschwerpunkte in der Berichterstattung zu den Kommunalwahlen genauer beleuchten. Eine Anzahl von Beiträgen auf *Emruz* befasst sich mit der Institution und der Bedeutung der Kommunalräte. Obwohl deren Einrichtung mit Gründung

43 Entman: Framing, S. 52ff.

der Islamischen Republik in der Verfassung verankert worden war, wurden die ersten landesweiten Wahlen zu diesen lokalen Volksvertretungen erst im Jahr 1999 auf Betreiben der Khatami-Regierung durchgeführt. Für die Reformer stellte die Einführung der Kommunalwahlen dementsprechend nicht nur einen wichtigen Schritt zur Dezentralisierung der Staatsmacht dar, sondern auch einen der wesentlichen Erfolge ihrer Politik. Die Kehrseite dieser „Übung in Demokratie“ zeigte sich allerdings vier Jahre später im Jahr 2003, als eine geringe Wahlteilnahme der politikverdrossenen Bevölkerung sowie die geschickte Aufstellung konservativer Kandidaten zu einer Niederlage der Reformer führten und den Aufstieg der Ultrakonservativen einleiteten.

Die Kommentare und Analysen zu diesem Themenschwerpunkt auf *Emruz* reflektieren dementsprechend auch die doppelte Bedeutung der Abstimmung. Ein aus der Parteizeitschrift *Asr-e now* übernommener Artikel betont etwa, dass ein erneuter Wahlsieg den Prinzipientreuen, die sich mithilfe aller zur Verfügung stehenden legalen wie illegalen Mittel die Kontrolle über den Staat gesichert hätten, nur zusätzliches Selbstbewusstsein geben könne und ihre Politik der Einschränkung von Bürgerrechten und sozialen Freiheiten sowie der Ausbeutung nationaler Reichtümer (Erdöl) dann kaum noch zu kontrollieren wäre. Die engagierte Teilnahme aller politischen Kräfte an der Wahl sei deshalb unbedingt notwendig, um eine weitere Monopolisierung und autoritäre Verhärtung der Macht zu verhindern.⁴⁴

Neben dieser offensichtlich strategischen Rolle der Kommunalwahlen verweisen andere Texte auf deren demokratischen Gehalt: die Kommunalräte böten eine Möglichkeit zur lokalen Selbstverwaltung, bei der die Bürger an den sie unmittelbar betreffenden Entscheidungen teilhaben könnten.⁴⁵ In Ergänzung zum Majles, dem Parlament auf nationaler Ebene könne hier innerhalb der Gemeinden die Ausübung politischer Macht kontrolliert und das Aufkommen autoritärer Tendenzen verhindert werden.⁴⁶ Bereits Khomeini habe die Einrichtung der Kommunalräte angewiesen, damit die Bevölkerung über ihr eigenes Schicksal bestimmen könne.⁴⁷ Somit wird deutlich, dass allein die Aufzählung politischer Kalküls nicht für die Begründung einer aktiven Teilnahme an den Kommunalwahlen ausreicht, würde sie doch die beteiligten Reformpolitiker ebenjenem Vorwurf des Einflussstrebens aussetzen, mit dem nun die Ahmadinezhad-Anhänger konfrontiert werden. Zwar können Warnungen vor einem zusätzlichen Machtgewinn der Prinzipientreuen und Hinweise auf die Schlüsselfunktion der Kommunalwahlen dabei die Dringlichkeit eines ent-

44 „Zur Bedeutung der Wahlen“, *Emruz* vom 30.11.2006.

45 „Islamische Kommunalräte, heute und morgen“, *Emruz* vom 26.11.2006.

46 „Kommunalräte – Vorgaben der Verfassung und tatsächliche Situation“, *Emruz* vom 27.11.2006.

47 „Jenseits der Eliten“, *Emruz* vom 17.11.2006.

schlossenen Handelns von Seiten der Reformen unterstreichen. Doch eine grundsätzliche Motivation liefert nur die Deutung der Gemeindevertretungen als „*eine der größten Errungenschaften der Reformregierung*“ mit entscheidender Bedeutung für die allmähliche Institutionalisierung demokratischer Verfahren im ganzen Land.⁴⁸ Demnach müsse gegen die Sinnentleerung dieser Einrichtung durch autoritäre Kräfte gekämpft und – allen Einschränkungen zum Trotz – an den Wahlen teilgenommen werden. Der Hinweis auf Khomeini dient nicht nur zu Legitimationszwecken, sondern verweist gerade auf die grundsätzliche Zielstellung der politischen Reformen: das demokratische Potential der Islamischen Republik mit Leben zu erfüllen, ohne zugleich das gesamte System zu verändern. Diese Argumentation stellt gewissermaßen einen Aufruf zur Verteidigung des bisherigen Erbes der Reformen dar und knüpft an deren normatives Selbstverständnis an. Damit werden gemeinsame Wertvorstellungen aktiviert und eine Grundlage kollektiven Handelns geschaffen.

Einen letzten thematischen Schwerpunkt von *Emruz* bilden schließlich die gesamte Durchführung der Wahlen sowie die zahlreichen Disqualifizierungen von Reformkandidaten. Vor allem bei den Expertenratswahlen wurden viele moderate Geistliche bereits im Vorfeld abgelehnt. Andere traten aus stillem Protest gegen die Überprüfung ihrer Fähigkeiten bei der Interpretation religiöser Texte (*ejtehad*) durch die offensichtlich tendenziösen Mitglieder des Wächterrats gar nicht erst an. In vielen Provinzen wurde die Wahl damit zu einer bloßen Akklamation, da häufig nicht mehr als die ohnehin erforderliche Anzahl der Abgeordneten aufgestellt war. Dies führte letztendlich dazu, dass die zwei wichtigsten reformorientierten Klerikervereinigungen die Teilnahme verweigerten. Auch bei den Kommunalwahlen sahen sich die Reformen mit umfangreichen Ablehnungen ihrer Kandidaten konfrontiert. Hinzu gesellte sich die Sorge um mögliche Beeinflussungen des Wahlergebnisses durch die Regierung. Im Innenministerium war mit Mojtaba Hashemi Samareh ein enger Vertrauter von Ahmadinezhad mit der Durchführung der Wahlen beauftragt. Erstmals standen alle für die Abstimmung verantwortlichen Institutionen unter Kontrolle einer einzigen politischen Orientierung.

Emruz bündelt die verschiedenen Meldungen zu Kandidatenablehnungen und unfairen Bedingungen im Vorfeld der Wahlen. Ein Vertreter der Wahlzentrale der Reformen kritisiert beispielsweise gezielte Disqualifizierungen aussichtsreicher Kandidaten in größeren Provinzstädten und betont gleichzeitig noch einmal den eingeschränkten Medienzugang, der eine Kommunikation mit den Wählern nahezu unmöglich macht.⁴⁹ Ein Bericht zu einem geplanten Kongress der Reformjugend

48 Ebd.

49 „Leiter des Provinzkomitees im Wahlkampfstab der Reformen: Wie passt die Medienausgrenzung der Reformen zur Parole der sozialen Gerechtigkeit?“, *Emruz* vom 26.11.2006.

mit Khatami weist auf die Raumschwierigkeiten dieser Veranstaltung hin, die aus der Weigerung des Innenministeriums entstehen, einen ihm zur Verfügung stehenden Saal bereitzustellen.⁵⁰ Aus Esfahan, wo die Ablehnungen besonders umfangreich sind, melden sich 120 Politiker, darunter ehemalige Gouverneure und Ministerialbeamte, mit einem offenen Protestbrief, in dem sie Erfahrung und Qualifikation einiger zurückgewiesener Kandidaten hervorheben.⁵¹ Auch der dort ansässige Ayatollah Taheri kritisiert die Situation öffentlich.⁵² Der Sprecher der *Kargozaran* Marashi warnt zudem in einem Editorial vor einem Glaubwürdigkeitsverlust sowohl der Wahlen als auch der Regierung. Letztere verhindere mit der Selektion von Kandidaten nicht nur jeglichen politischen Wettbewerb, sondern handle auch entgegen ihres zentralen Mottos von „sozialer Gerechtigkeit“.⁵³ Ähnlich argumentiert auch ein Vertreter der *Mosharekat*: aufgrund der allzu offensichtlichen Vorauslese fühle sich die Bevölkerung nicht ernst genommen und verliere das Interesse, überhaupt an den Wahlen teilzunehmen.⁵⁴ Diese Position wird vom ehemaligen Innenminister Mussavi-Lari in einem umfangreichen Interview noch weiter entwickelt. Er warnt vor dem Machtzuwachs einer politischen Strömung, deren Ansicht nach die Stimmen der Bevölkerung keinerlei Einfluss auf politische Entscheidungen haben. Unter dem Vorwand, Khomeini zu verteidigen, würde diese Fraktion genau dessen Ideen untergraben, sei doch der Revolutionsführer immer der Meinung gewesen, der Wille des Volkes bilde eine entscheidende Grundlage des politischen Systems: „*Islami-sche Republik – nicht ein Wort mehr, nicht ein Wort weniger*“.⁵⁵

Unmittelbares Ziel dieser Artikel ist natürlich die Aufklärung und Information über die ungleichen Voraussetzungen, mit denen Reformer und Prinzipientreue in den Wahlkampf gehen. Anknüpfend an die eingangs erläuterte Berichterstattung von *Emruz* zur Situation der iranischen Medien werden somit sämtliche Benachteiligungen der Opposition thematisiert, angefangen von der Einschränkung der

50 „Im Beisein der 15 Reformkandidaten: Seyyed Mohammad Khatami redet auf dem Kongress der Reformjugend“, *Emruz* vom 03.12.2006.

51 „Mehr als 120 Verantwortliche und Personen aus dem Reformlager Esfahan protestieren mit umfangreichem Schreiben gegen die zahlreichen Ablehnungen“, *Emruz* vom 25.11.2006.

52 „Ayatollah Taheri protestiert gegen umfangreiche Ablehnungen in Esfahan“, *Emruz* vom 25.11.2006.

53 „Die kommenden Wahlen und Sorge vor dem Verlauf der Ablehnungen“, *Emruz* vom 18.11.2006.

54 „Ein Mitglied der *Mosharekat*: die Verantwortlichen untergraben mit ihrem Verhalten das Vertrauen der Menschen in die Wahlen“, *Emruz* vom 03.12.2006.

55 „Mussavi-Lari: Einige wollen keine Euphorie und Enthusiasmus vor den Wahlen“, *Emruz* vom 26.11.1992.

Kommunikationswege und anderer Ressourcen bis hin zur direkten Blockierung der Kandidaten durch staatliche Aufsichtsinstanzen, denen die Verfassung an und für sich Neutralität auferlegt. Insofern betont diese Darstellung noch einmal die unrechtmäßige Lage, in der sich alle reformorientierten Kräfte befinden. Dadurch wird einerseits deren Gemeinschaftsgefühl gestärkt und andererseits ein Handlungsbedarf aufgezeigt – geht doch mit dem Verweis auf den Missstand auch die Benennung seiner Urheber einher: eine autoritär orientierte Fraktion, die die Institutionen des politischen Systems missbraucht, um ihren absoluten Herrschaftsanspruch durchzusetzen. Diese Lesart warnt zugleich vor der allmählichen Unterminierung der demokratischen Elemente der Islamischen Republik, wodurch das Staatskonzept des Gründungsaters Khomeini insgesamt gefährdet wäre. Somit wird nicht nur die Notwendigkeit zu agieren unterstrichen, sondern die Reformer positionieren sich auch ganz klar innerhalb der Grenzen des Systems. Demnach wollen sie entgegen der Anklagen ihrer politischen Gegner die Islamische Republik nicht abschaffen, sondern in ihrer ursprünglich intendierten Form schützen und weiterentwickeln.

Auf der Basis dieser Argumentation muss das damalige Reformlager nun eine entsprechende Handlungsempfehlung formulieren. Hierbei scheinen zunächst zwei grundsätzliche Optionen zur Verfügung zu stehen: Protest in Form eines Wahlboykotts oder aber die Teilnahme, um über die Wahlurne trotz aller Einschränkungen soviel Einfluss wie möglich geltend zu machen. Die auf *Emruz* veröffentlichten Ausführungen von Mostafa Tajzadeh bringen besonders prägnant auf den Punkt, wie die Reformer angesichts dieser Problemstellung ihre Position entwickeln. Auch der Reformaktivist greift die Darlegungen seiner Parteigänger auf und verweist zum einen auf die Gefährdung fairer Wahlen, zum anderen auf die Bedeutung, die Khomeini einer Partizipation der Bevölkerung an politischen Entscheidungen beigemessen habe. Durch den Hinweis auf die vorherigen Kommunalwahlen, die unter Aufsicht der Reformregierung im Jahr 2003 durchgeführt wurden, verleiht Tajzadeh seinem Standpunkt zusätzliches Gewicht. Mit Zulassung eines breiten Spektrums unterschiedlicher Kandidaten durch das Innenministerium seien die damaligen Wahlen eine der offensten Abstimmungen seit der Konstitutionellen Revolution gewesen. Die Reformer in der Exekutive hätten damals nicht nur auf eine korrekte und transparente Durchführung geachtet, sondern auch ihre Niederlage gegen die aufsteigende jetzige Regierungsfraktion als Ergebnis eines demokratischen Prozesses akzeptiert.⁵⁶ Trotz dieses offensichtlichen Gegensatzes zum aktuellen Ablauf der Kommunalwahlen spricht sich Tajzadeh nicht für eine Verweigerung der Teilnahme aus. Für ihn ebnet sowohl der Boykott als auch eine Beteiligung um jeden

56 Tajzadeh war 2003 einer der Hauptverantwortlichen für den gesamten Ablauf der Kommunalwahlen im Innenministerium.

Preis einer Diktatur den Weg. Vielmehr gelte es, um die Zulassung jedes einzelnen Kandidaten zu kämpfen, soweit wie möglich eine saubere Durchführung der Wahlen durchzusetzen und insgesamt Druck auszuüben, um autoritären Tendenzen Grenzen zu setzen. Gerade aufgrund des wachsenden Machtmonopols einer einzelnen politischen Orientierung müssten die Wähler auf ihrem Stimmzettel eine Alternative finden. Hier betont Tajzadeh noch einmal die demokratischen Werte der Reformer: die Wahlurne sei der einzig richtige Ort, um Veränderungen durchzusetzen, die Zeit der Revolutionen und Massenbewegungen vorbei.⁵⁷

In der rhetorischen Rechtfertigung dieser Position spielen Referenzen auf Elemente der iranischen Kultur und Geschichte ebenso wie moralische Wertungen eine wichtige Rolle. Hiermit soll die Legitimität der Reformer als politische und soziale Kraft sowie insgesamt ihre Identität gefestigt werden. Beispielsweise stellt Tajzadeh die Reformbewegung neben den bereits erwähnten Verweisen auf Khomeini auch in das Erbe der Konstitutionellen Revolution. Auf Basis der historischen Erfahrungen der letzten 100 Jahre sollten die Reformer einen demokratischen Wandel in Iran graduell vorantreiben, um die schädlichen Effekte einer plötzlichen Revolution zu verhindern und gleichzeitig die positiven Resultate der zwei zuvorgehenden Revolutionen zu nutzen. Der Reformaktivist spielt zudem auf das iranische Nationalgefühl an, um den Gedanken der Teilhabe zu untermauern: „...*das Land gehört allen Iranern und alle haben das gleiche Recht auf Beteiligung an der Regierung [...] deshalb wollen wir an den Wahlen teilnehmen.*“. Unter Zugriff auf Machiavelli hebt Tajzadeh schließlich die Intentionen der Reformer noch einmal über die ihrer Opponenten: Wer in Iran ignoriere denn, so wie es der italienische Philosoph beschrieben habe, Normen, Werte und selbst die Religion zum Zwecke des Machterhalts, gebe sich dabei aber immer den Anschein von Moral und Gläubigkeit? Allein Ethik sei die Grundlage guter Politik, betont Tajzadeh und schlägt einen Bogen zur schiitischen Geschichte: „*Schon unsere Vorfahren vor 1400 Jahren waren der Ansicht, dass eine ungläubige, aber gerechte Herrschaft bestehen kann, während eine Tyrannei, und sei sie auch muslimisch, vergeht.*“.⁵⁸

In diesen Passagen nimmt Tajzadeh grundlegende identitäre Elemente der politischen Reformer auf, die sich auch dreieinhalb Jahre später in den Erklärungen von Mussavi und der Grünen Charta wiederfinden. Recht schematisch werden somit die Wurzeln des politischen Selbstverständnisses der Reformer aufgezeigt: die Islamische Revolution und vor allem deren anti-autoritärer emanzipatorischer Strang; der schiitische Islam in seiner politisch-revolutionären Auslegung (wie beispielsweise durch Shariati); die Konstitutionelle Revolution als historische Verkörperung der

57 „Tajzadeh: Wo immer die Möglichkeit besteht, müssen wir an den Wahlen teilnehmen“, Emruz vom 25.11.2006.

58 Ebd.

Idee der Volkssouveränität in Iran; und die Nationalidentität, ohne deren Berücksichtigung wohl keine politische Kraft in Iran sozialen Rückhalt finden kann. Damit verbleibt der hier analysierte Reformdiskurs innerhalb der politisch akzeptablen Parameter der Islamischen Republik. Die Herausforderung durch die Reformer beruht allein auf ihrer Interpretation des politischen Systems, stellt aber nicht das System insgesamt in Frage. Auch die politischen Reformer haben als aktive Teilnehmer der Islamischen Revolution verinnerlicht, dass gewaltsame und plötzliche Umstürze kaum in ein demokratisches System führen. Als Vertreter der politischen Elite wissen sie um die Repressionsbereitschaft der autoritären Kräfte innerhalb des Regimes. Die Erfahrungen aus Revolution und Krieg sowie nicht zuletzt die Hinrichtungen von Dissidenten noch Ende der 1990er Jahre verdeutlichen das Gewaltpotential unter den strategischen Gruppen und die Gefahren einer allzu konfrontativen Herausforderung der Machtelite. Die Reformer halten daher am Ansatz der graduellen Veränderung fest: Auch die Forderung nach einer Änderung der Verfassung erscheint in diesem Zusammenhang riskant, da Revisionen des Verfassungstexts auch zu einer Stärkung der autoritären Aspekte im System führen könnten. Insofern scheint den Reformern die Treue zur Verfassung kombiniert mit der praktischen Belebung der republikanischen Elemente die größten Erfolgsaussichten zu haben. Die korrekte Durchführung von Wahlen sowie die damit verbundene Frage der Wahlteilnahme stellen ein Thema mit fundamentaler Bedeutung für das Selbstverständnis und den Aktionsrahmen der Reformbewegung dar.

Insofern zeigt sich, dass die Reformer in der ersten Amtszeit Ahmadinezhads in einer doppelten Auseinandersetzung – einerseits mit den Ideen von schärferen Protestformen, andererseits dem Machtstreben autoritärer Kräfte – um den Erhalt ihrer Glaubwürdigkeit als Opposition sowie um ihre Stellung als innerhalb des Systems akzeptierte politische Kraft ringen. Sowohl mit einem offenen Wahlboykott als auch durch simple Wahlbeteiligung unter Akzeptanz aller Blockaden würden sie riskieren, ihre Stellung als politische Herausforderer innerhalb der Islamischen Republik deutlich zu schwächen: Die erste Option könnte mehr Einschränkungen von Seiten der Machtelite provozieren, die zweite einen zusätzlichen Legitimationsverlust in der Bevölkerung. Diese gegensätzlichen Zielstellungen führen zu einer abgeschwächten Konfliktbereitschaft. Letztendlich finden die Reformer zu einer Deutung der Ereignisse, die sich für eine „protestierende Teilnahme“ ausspricht.⁵⁹ Demnach bildet die Beteiligung an der Wahl einhergehend mit möglichst öffentlichem Widerspruch gegen Bevorteilungen und Rechtsbeugungen des politischen Gegners die bestmögliche Handlungsoption für die Reformer. Als veränderungswillige und

59 Der Begriff der „protestierenden Teilnahme“ (*sherkat-e eterazi*) wird von einigen Mitgliedern der *Mosharekat* auch bei den Parlamentswahlen 2008 verwendet, um eine angemessene Strategie für die Reformer zu benennen. Vgl. dazu: Michaelsen: Sieg.

zugleich verfassungstreue Akteure wollen sie für eine allmähliche Umgestaltung der Islamischen Republik eintreten. Ein Jahr nach dem Wahlsieg Ahmadinezhads erschien dieser Balanceakt durchaus gerechtfertigt. Nach der Niederlage der Reformregierung unter Khatami mussten die Reformer zunächst wieder Ansehen unter den Wählern gewinnen und sich gleichzeitig einen gewissen Handlungsspielraum im System erhalten. Dass ein Festhalten an einer ordnungsgemäßen Durchführung von Wahlen durchaus eine Herausforderung an die Machtelite darstellen konnte, zeigte sich im Sommer 2009, als der Wahlsieg des Reformkandidaten Mussavi nur durch umfassende Manipulationen verhindert werden konnte und ebenso freie wie faire Neuwahlen zur zentralen Forderung der Protestbewegung wurden.

Insgesamt zeigen auch diese zuletzt analysierten Inhalte wesentliche Bestandteile der Interpretation sozialer Realität durch politische Herausforderer. Über das Framing werden Problemstellungen oder als unrecht wahrgenommene Zustände benannt, mögliche Ursachen dafür identifiziert und Lösungsvorschläge entwickelt. Dieser kommunikative Prozess dient zum einen dazu, Legitimation für die eigenen politischen Ziele herzustellen und Unterstützung zu mobilisieren. Zum anderen wird somit die Identitätsbildung des Akteurskollektivs, die Stärkung von Zusammenhalt und Engagement der Anhänger gewährleistet. Insgesamt erweist sich die Webseite *Emruz* demnach als typisches Bewegungsmedium. Mit Zusammenstellung der verschiedenen Inhalte auf einer Internetseite, die in Aufmachung und redaktioneller Linie ganz klar als Plattform der Reformer zu erkennen ist, soll offenkundig eine Gegenöffentlichkeit aufgebaut und der dominante Diskurs regierungstreuer Medien in Frage gestellt werden. Doch die Webseite verbreitet nicht nur ausgewählte Nachrichten, sondern veröffentlicht auch programmatische Vorschläge und bietet Raum für Debatten über die strategische und identitäre Ausrichtung der Bewegung. In Ergänzung der übrigen begrenzten Kommunikationskanäle der Reformpolitiker trägt *Emruz* dazu bei, eine Agenda publik zu machen, um Wählerstimmen zu werben und innerhalb der politischen Elite Anschluss oder Abgrenzung zu anderen Fraktionen zu suchen. Die weitere Analyse hat allerdings deutlich gemacht, dass die tieferliegenden Argumentationsmuster der Texte vor allem darauf abzielen, innerhalb des Reformlagers eine einheitliche Position herzustellen, diese zu rechtfertigen und zu stärken. Damit steht die Weiterentwicklung politischer Perspektiven und einer Identität als Oppositionskraft unter Anpassung an veränderte Machtkonstellationen im Vordergrund des von der Webseite übermittelten Diskurses. Zieht man außerdem die Einschränkungen in Betracht, die die Internetnutzung in Iran und aufgrund der Zensur speziell *Emruz* prägen, so wird klar, dass die Bedeutung dieser Webseite vornehmlich in ihrer Wirkung auf das aktive Milieu der Reformbewegung zu suchen ist. Gemeinsam mit ähnlich orientierten Onlinemedien eröffnet das Internet somit eine Kommunikationssphäre, über die in einer Phase autoritärer Regression die interne Verständigung, Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit dieser konfliktorientierten Akteure aufrechterhalten werden kann.

4. Blogs als Gegenöffentlichkeit?

Nachdem im September 2001 das erste iranische Weblog online ging, ergriffen bald viele und vor allem junge Iraner diese neue Möglichkeit der individuellen Kommunikation im Netz. In den folgenden Jahren entwickelte sich die iranische Blogosphäre zu einer lebendigen und vielfältigen Kommunikationslandschaft. Unterschiedliche Schätzungen kommen für die Jahre 2006 bis 2008 auf eine Anzahl von mehr als 60000 aktiven iranischen Blogs; genauere Aussagen sind jedoch schwer zu treffen. Eine Zeitlang rangierte Farsi unter den meistgenutzten Blogsprachen weltweit.¹ Allerdings verrät allein die Gesamtzahl iranischer Blogs wenig über deren mögliche Rolle in Prozessen der politischen Veränderung. Da das Format des Weblogs vielfältigen Anwendungen und Inhalten offen steht, greifen Nutzer mit unterschiedlichsten Motivationen darauf zu. In seiner Studie zu Weblogs in westlichen Ländern geht Schmidt davon aus, „dass die überwiegende Mehrheit der Weblogs von Privatpersonen geführt werden, [...] um persönliche Eindrücke, Gedanken und Erlebnisse im Internet zu publizieren, ohne damit einen Anspruch auf öffentliche Relevanz zu erheben“.² Auch ein Großteil der iranischen Blogs dürfte sich vor allem den persönlichen Interessen des jeweiligen Autors und weniger Themen von politi-

-
- 1 Ungenauigkeit bestehen z. B. hinsichtlich einer Definition von „Aktivität“. Dem Vertreter eines iranischen Bloganbieterers zufolge muss ein Blog innerhalb von zwei Monaten wenigstens einmal aktualisiert werden bzw. regelmäßige Konsultation durch Leser aufweisen. Unter diese Definition fallen allerdings auch Blogs, die Musik zum Download anbieten, ansonsten aber keine Artikel veröffentlichen. Interview mit einem Vertreter des Bloganbieterers *Blogfa*, Teheran 15.11.2008. Zu Zahlen iranischer Blogs vgl.: Amir-Ebrahimi: Performance; Kelly, John/Etling, Bruce: „Mapping Iran’s Online Public: Politics and Culture in the Persian Blogosphere“, Harvard University: Berkman Center for Internet and Society 2008; Khiabany, Gholam/Sreberny, Annabelle: „The Politics of/in Blogging in Iran“, in: *Comparative Studies of South Asia, Africa and the Middle East* 27 (3) (2007), S. 563-79.
 - 2 Schmidt: Weblogs, S. 69.

scher oder gesellschaftlicher Bedeutung widmen. Prominente Blogdienste wie *PersianBlog* und *Blogfa* liefern Übersichten zu den Themenbereichen der von ihnen betreuten Weblogs. Zwar handelt es sich hierbei um offene Kategorien, die zudem über die jeweilige Selbsteinschätzung der Anwender erstellt werden, doch vermitteln sie zumindest einen tendenziellen Gesamteindruck. Neben häufig genannten Themen wie Informatik, Literatur und Humor ist Persönliches der Bereich, in dem weitaus die meisten Blogs aufgeführt werden. Deutlich weniger Anwender finden sich in den Rubriken Journalismus, Gesellschaft oder Politik.³

Dementsprechend verortet ein Großteil der bisherigen Forschungsliteratur das politische Potential der iranischen Blogosphäre nicht in der direkten Thematisierung des Politischen, sondern im Spannungsfeld zwischen den über Blogs ermöglichten Formen individuellen Ausdrucks einerseits sowie den dominierenden Norm- und Wertvorstellungen der Islamischen Republik andererseits. Demnach thematisieren Blogger Tabus des Alltags, wodurch sie sich und anderen gesellschaftliche Einschränkungen vergegenwärtigen.⁴ Diese Verweise auf eine mögliche Herausforderung der hegemonialen Ansprüche des iranischen Regimes durch die Blogosphäre haben durchaus Berechtigung. Ganz offensichtlich erweitern Weblogs die in der Islamischen Republik aufgrund politischer und religiöser Richtlinien eingeschränkten Artikulationsmöglichkeiten individueller Interessen und Neigungen. Damit können sie zwar widerständigen Alltagspraktiken Raum bieten, doch bleibt eine politische Relevanz dieses Phänomens schwer greifbar. In den 1990ern spiegelte der Konsum von verbotenen Videofilmen und Satellitensendern unterdrückte Bedürfnisse des iranischen Publikums wider, die im Widerspruch zu offiziellen kulturpolitischen Auffassungen standen und sich zuvor nicht derart deutlich manifestieren konnten. Dadurch wurden seitens des Regimes zwar gewisse Anpassungsleistungen notwendig, grundlegender politischer Wandel jedoch nicht erreicht. Auch auf die wachsende Popularität von Weblogs reagierte der iranische Staat zügig: einerseits mit Filtermaßnahmen, andererseits mit dem Versuch, die Blogosphäre positiv zu vereinnahmen, etwa durch Festivals, Wettbewerbe und die Förderung von konformen Bloggern. Im Zusammenhang mit Fragen politischer Transformation verstellt der Fokus auf mögliche Effekte einer durch Weblogs angeregten Populärkultur den Blick auf die tatsächlichen Leistungen der Blogosphäre.

Natürlich gibt es iranische Blogger, die sich explizit politischen Themen widmen und dabei auch Anspruch auf eine gewisse Öffentlichkeitsrelevanz erheben. Eine wiederkehrende Aussage, mit der diese Blogger ihre Aktivität begründen, ist, dass sie „etwas zu sagen hatten“ (*harfi dashtam*), also aktuelle Ereignisse und ge-

3 Vgl. dazu auch: Khiabany/Sreberny: *The Politics*, S. 569.

4 Amir-Ebrahimi: *Performance*; Hendelman-Baavur: *Promises and Perils*; Sreberny/Khiabany: *Blogistan*.

sellschaftliche Entwicklungen kommentieren wollten.⁵ Ein wichtiger Anreiz dabei ist es, eine persönliche Perspektive ohne Einschränkungen vermitteln zu können. So unterscheiden bloggende Journalisten zwischen unterschiedlichen Niveaus der Zensur und Selbstzensur: während Printmedien und Nachrichtenseiten jeweils einer verschieden stark ausgeprägten Kontrolle durch Zensurbehörden und Redaktion unterworfen seien, eröffnen Blogs die Möglichkeit, unabhängig und nach eigenem Ermessen Texte zu veröffentlichen.⁶ Dies verdeutlichen zudem die Titel einiger bekannter Blogs: ein Journalist der Tageszeitungen Sharq und Kargozaran betitelte seinen Blog „Vertraulicher“ (*Samimanehtar*), der ehemalige Vizepräsident Mohammad Abtahi fügte seinem Blog eine Zeitlang den Untertitel „Lasst mich einfach ich selbst sein“ hinzu und der für seine Schlüsselrolle bei der Verbreitung des Blogformats in Iran als „Blogfather“ bekannte Hossein Derakhshan nannte sein Weblog „Chefredakteur: ich selbst“ (*Sardarbir khodam*). Insofern spielen Blogs, die politische und gesellschaftliche Themen mit einem gewissen Öffentlichkeitsanspruch behandeln, eine ergänzende Rolle zu den bislang beschriebenen Nachrichtenseiten im iranischen Internet.

Um ein tieferes Verständnis für Teilnehmer, Reichweite und Dynamik von politischen Debatten in der iranischen Blogosphäre zu erlangen, wird im Folgenden exemplarisch eine Bloggerdiskussion untersucht. In Fortführung der obigen Analyse der Reformwebseite Emruz werden auch hier die Kommunalwahlen vom Dezember 2006 als zentrales Thema ausgewählt. Somit sollen Einschätzungen zur Aufnahme und Weiterentwicklung von Argumentationsrahmen innerhalb der Blogosphäre ermöglicht werden. Ausgehend von den Weblogs einiger bekannter Reformjournalisten, die mit der Webseite Emruz verlinkt waren, konnte aus den textinternen Hinweisen und Links der Blogs ein Netzwerk aus Blogbeiträgen zu den Kommunalwahlen rekonstruiert werden. Auf der von Kelly und Etling entwickelten Karte der iranische Blogosphäre, die vier Themenpole identifiziert (säkular-reformorientiert, konservativ-religiös, Literatur und Poesie, Vermischtes), sind die zentralen Teilnehmer der Debatte somit im ersten Bereich zu verorten, der die gesellschaftlich-politische Reformbewegung Irans in den Netzwerken der Blogs reflektiert.⁷

5 Interviews mit iranischen Bloggern, Teheran 2005, 2006 und 2008.

6 Interviews mit bloggenden Journalist(inn)en, Teheran 15.02.2006 und 14.11.2008.

7 Kelly/Etling: Mapping.

VOM BLOG ZUR WAHLURNE: EINE DEBATTE

Die Debatte zu den Kommunalwahlen in den Weblogs begann etwa einen Monat vor dem eigentlichen Wahltermin (15. Dezember 2006). Davor ließen sich nur vereinzelte Beiträge ausfindig machen, von denen der früheste – eine programmatische Auseinandersetzung des Reformdenkers Abbas Abdi mit der zentralen Frage der Wahlteilnahme – Anfang Oktober verfasst wurde. Einen ersten Anlass für die intensivere Beschäftigung mit den Wahlen bot die Bekanntgabe einer Aufstellung potentieller Reformkandidaten in einigen Blogs am 11. November 2006. Die damit einhergehenden Beiträge machen deutlich, dass diese Liste von Seiten des Wahlkampfbüros der Reformkoalition an ausgewählte und zumeist sehr aktive Blogger versandt wurde. Unter ihnen fand sich etwa Hanif Mazrui, ein Journalist, der im Zuge der „Weblogakte“ für seine Mitarbeit an der Reformwebseite *Ruydad* Verhaftung und Repressalien erdulden musste und dessen Vater, Ali Mazrui, ein führendes Mitglied der *Mosharekat* war. Diese Blogger veröffentlichten die Namen der Kandidaten häufig mit der Anregung, Informationen zu den einzelnen Personen in den Blogs zu verbreiten und diese Auswahl zu diskutieren. So forderte der Journalist und Koautor des Gruppenblogs *Hanuz*, Ali Asghar Saidabadi, die Leser direkt zu einer Stellungnahme auf:

„Hier also die vorläufige Liste der Reformkoalition. Wenn ihr gern diskutiert und eine Diskussion dazu für wichtig haltet, so ist hier Platz und Raum. Wenn ihr wählen geht, so können wir die Diskussion mit der Frage beginnen, welche 15 Personen von dieser Liste am ehesten für die Stadtverwaltung geeignet sind. Oder nein, wir können sogar noch einen Schritt zurückgehen und eine Antwort auf folgende Frage finden: soll man an den Kommunalwahlen teilnehmen oder nicht?“ [alle Blogtexte eigene Übersetzung M.M.]⁸

Gleichzeitig lud er seine Mitblogger ein, ihn auf Blogtexte zu den Wahlen aufmerksam zu machen, um diese dann einer permanent aktualisierten Linksammlung hinzufügen zu können. Damit nahm Saidabadi im nachfolgenden Austausch eine zentrale Stellung ein: er produzierte mit achtzehn Artikeln nicht nur die meisten Beiträge, sondern sammelte, verknüpfte und kommentierte in seinem Weblog auch zahlreiche Texte anderer Blogger. Auf diese Art intensivierte Saidabadi die Debatte, beurteilte aber gleichzeitig auch Inhalt und Qualität der beteiligten Blogs. Er nahm zwar verschiedenste Standpunkte in seine Bloglisten auf, gab jedoch in einem späteren Beitrag selbst an, Texte, die er für unsachlich und beleidigend hielt, nicht auszuwählen.

8 „Die Liste der Reformer für die Kommunalwahlen und einige andere Punkte“, Blog *Hanuz* vom 11.11.2006.

Ähnlich wie Saidabadi veröffentlichten auch andere Blogger die erste Kandidatenliste der Reformkoalition und legten Linksammlungen zu den Wahlen an. Diese zentralen und häufig aktualisierten Blogs bildeten wichtige Bezugspunkte innerhalb der entstehenden Diskussionsgemeinschaft und wurden in der Folge von anderen Bloggern immer wieder als Referenz angegeben. Schrieben diese etwa über mögliche Reformkandidaten, so zeigten sie die Liste nicht mehr selbst, sondern verlinkten die entsprechenden Einträge in den Blogs von Mazrui, Saidabadi und anderen. In den vier Tagen nach der ersten Bekanntgabe potentieller Kandidaten äußerten sich somit vermehrt Blogs zu den Wahlen. Nicht immer war dabei die Reformliste als direkter Anlass für den jeweiligen Beitrag auszumachen, mitunter wurde auch auf die Monatsfrist bis zum Wahltermin oder den allmählich anlaufenden Wahlkampf der beteiligten Politiker verwiesen. Nichtsdestotrotz beschäftigte das Thema fortan die Blogger und eine Diskussion war lanciert.

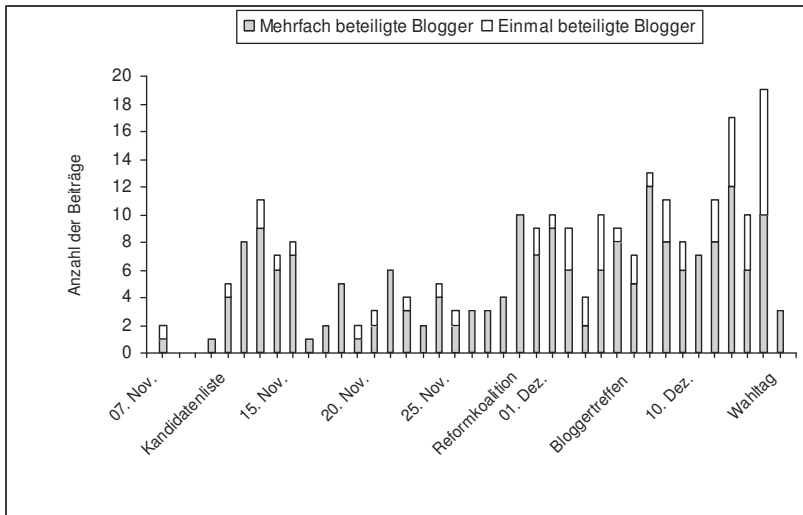
Nachdem in den folgenden zwei Wochen täglich nur wenige Beiträge erschienen, gab die endgültige Einigung der Reformgruppierungen auf eine gemeinsame Liste am 29. November erneut Anstoß zu verstärktem Austausch. Unmittelbar danach beschäftigten sowohl die Ankündigung als auch die nachfolgende Auswertung eines Treffens von Bloggern mit einigen Teheraner Reformkandidaten mehrere Tage lang die Diskussionsgemeinschaft. Diese Veranstaltung wurde von einigen engagierten Bloggern mit direkten Verbindungen zum Wahlbüro der Reformkoalition organisiert, die sich damit erneut als wichtige Verbindungsglieder zwischen den politischen Akteuren der Reformkoalition und der Blogosphäre erwiesen. Die Teilnehmer der Versammlung konnten Fragen an die Kandidaten stellen und mit ihnen über ihre Politik diskutieren. Im Anschluss kursierten Berichte, Auswertungen und Fotos der Veranstaltung in den Blogs. Dies schien auch zuvor unbeteiligte Blogger zu motivieren sich zu den Wahlen zu äußern. Dabei wurde nicht immer nur Zustimmung zu den Reformern geäußert, zudem räsionierte die Bloggergemeinschaft über die eigene Position im Verhältnis zur Politik. Beispielsweise wendete sich der Direktor eines populären iranischen Blogdienstes gegen die Vereinhaltung von Weblogs durch eine einzelne politische Orientierung und kritisierte die Politisierung der Blogosphäre zu Wahlkampfzwecken.⁹

Die auf diesem Weg angeregte Debatte ging schließlich geradewegs in die letzten Tage vor der Wahl über, in denen die Zahl der Texte stetig anstieg. In dieser Zeit wurden ganz klar auch die meisten Einzelbeiträge zum Thema produziert. Offenbar wollten viele Blogger kurz vor dem Urnengang noch ihre Position zu den Wahlen oder die eigene Stimmenscheidung bekannt geben. Die aktiven Blogger des Netzwerks unternahmen hingegen einen letzten Versuch, ihren Lesern die Be-

9 „Politischer Missbrauch der Blogosphäre verboten“, Blog Ali Reza Shirazi vom 08.12.2006.

deutung der Wahlen zu vermitteln oder direkt für die Reformliste zu werben. Am 14. Dezember, dem Vortag der Abstimmung, ließ sich schließlich mit 19 Beiträgen, darunter neun Erstmeldungen, die Höchstzahl des gesamten Zeitraums verzeichnen.

Abbildung 3: Verlauf der Blogdebatte zu den Kommunalwahlen 2006



Quelle: Eigene Darstellung

Die Abbildung fasst den erläuterten Verlauf der Blogdebatte zusammen. Gezeigt wird der zeitliche Verlauf der Debatte im Verhältnis zur Anzahl der täglich produzierten Beiträge. Dabei wird die Zahl der Einzelbeiträge, also derjenigen Blogs, die sich insgesamt nur einmal zum Thema der Wahlen äußern, noch einmal getrennt aufgeführt. Die Anzahl der Blogtexte widerspiegelt wesentliche Höhepunkte der Phase vor den Wahlen, wie die Verkündung der ersten Kandidatenliste, das Zustandekommen der Reformkoalition und das Bloggertreffen mit den Reformkandidaten.

MEINUNGSFÜHRER JOURNALISTEN

Unter den Teilnehmern der Wahldebatte hatten journalistisch orientierte Reformbefürworter eindeutig Vorrang. Von den siebzehn Bloggern, die sich mit fünf und mehr Beiträgen an der Debatte beteiligten, standen sieben den politischen Reformern nahe oder waren Mitglied der progressiven Reformpartei *Mosharekat*. Sieben weitere gaben ein Engagement für die Reformbewegung im weiteren Sinn zu erkennen. Elf dieser aktiven Blogger hatten einen journalistischen Hintergrund, arbei-

teten also zum Zeitpunkt der Kommunalwahlen als Journalisten oder verfügten zumindest über dementsprechende Erfahrung bzw. Ausbildung.¹⁰ Letztendlich unterstützten sechzehn dieser Blogs die Kandidatenlisten der Reformkoalition, nur eine anonym schreibende Bloggerin distanzierte sich deutlich von jeglicher Unterstützung der Reformer auf politischer Ebene, ohne jedoch die Notwendigkeit zu gesellschaftlicher Umgestaltung abzulehnen.¹¹

Ähnlich wie bei den anderen Medien Irans auch dominierte Teheran als Standort der Blogger: zwölf der aktiven Debattenteilnehmer kamen aus der Hauptstadt. Ein politikwissenschaftlich ausgerichteter Gruppenblog, zu dem mehrere männliche Autoren beitrugen, kam wahrscheinlich auch aus Teheran. Ein weiterer Blogger und Reformanhänger beteiligte sich aus Ahvaz im Süden Irans an der Debatte und auch aus dem Ausland nahmen iranische Blogger teil: ein Journalist und *Mosharekat*-Mitglied befand sich aus politischen Gründen im Exil in Azarbaijan, ein anderer Blogger schrieb aus London. Nur drei der siebzehn aktiven Blogs wurden von Frauen erstellt.¹²

Die oft aktualisierten und journalistisch orientierten Blogs stellen im Vergleich zu persönlichen Onlinetagebüchern verschiedenster Thematik zwar nicht die häufigste Anwendungsform von Weblogs dar, erhalten jedoch aufgrund ihrer externen Ausrichtung, ausgedehnten Vernetzung und eines gewissen Nachrichtenwerts der Beiträge deutlich mehr Aufmerksamkeit. Nichtsdestotrotz ist ihre Reichweite begrenzt. Das Weblog des aktivsten Teilnehmers der Diskussion, *Hanuz*, konnte zum Zeitpunkt der Kommunalwahlen im Durchschnitt täglich 600 Besucher aufweisen. Zwei andere Blogger, die ebenfalls an dem Diskussionsnetzwerk beteiligt waren, gaben an, gewöhnlich ungefähr 200 Leser pro Tag zu erreichen. In Ausnahmefällen, wenn etwa ein Eintrag von einer größeren Nachrichtenseite zitiert und verlinkt werde, sei diese Zahl auf 1400 bzw. 2500 gestiegen.¹³ Dementsprechend sah einer der aktiven Teilnehmer der Debatte den Einfluss seines Blogs auch nicht in der Wirkung auf ein größeres Publikum. Er glaubte vielmehr, dass sich politische und gesellschaftliche Blogs an eine intellektuelle Elite aus Journalisten und Studenten richteten, welche die in der Blogosphäre zirkulierenden Themen und Meinungen wiederum in andere Debatten oder Medien einbrachten.¹⁴ Tatsächlich schienen zum

10 Diese Angaben wurden über die Selbstauskünfte der Autoren in den Blogs bzw. durch Interviews ermittelt.

11 Die fünf Beiträge dieser Bloggerin bilden im Grunde eine direkte Auseinandersetzung mit dem aktivsten Blogger des gesamten Netzwerkes, siehe unten.

12 Herkunft und Geschlecht der Blogger ließen sich bis auf ein Blog bei allen aktiven Debattenteilnehmern zuverlässig feststellen.

13 Interviews mit einem Blogger/einer Bloggerin, Teheran 09.11./14.11.2008.

14 Interview mit Blogger, Teheran 14.11.2008.

damaligen Zeitpunkt iranische Blogs im Umfeld von Presse und Politik zunehmend an Bedeutung bei der Verbreitung und Aufbereitung von Informationen zu gewinnen. Als Zeichen hierfür mag auch die wachsende Zahl konservativer und regimetreuer Blogger gelten, die letztlich nicht von Publikationsverboten oder Zensurmaßnahmen betroffen waren.¹⁵

Der bereits geschilderte Verlauf der Debatte verweist ebenfalls auf die Rolle journalistisch geprägter und öffentlichkeitsorientierter Blogger innerhalb der Diskussionsgemeinschaft. Sie zeigten nicht nur das entsprechende Interesse an politischen Themen, sondern verfügten auch über die Bereitschaft und Fertigkeit, diese zu erörtern. Aufgrund ihrer professionellen Erfahrung waren besonders bloggende Journalisten in der Lage, ihre Standpunkte schnell und prägnant darzulegen. Mit ihren Analysen und Kommentaren lieferten sie Argumente und Anregungen für die übrige Bloggergemeinschaft. Darüber hinaus leiteten sie Nachrichten, die sie aufgrund ihrer Tätigkeit als „Informationsverarbeiter“ aus anderen Medien oder durch direkte Recherchen erhalten hatten, in die Blogosphäre, wodurch dort wiederum Grundlagen für die weitere Kommunikation entstanden. Insgesamt nahmen diese Blogger somit die Schlüsselposition von Meinungsführern ein, deren häufig aktualisierte, gut verlinkte und inhaltsreiche Blogs maßgeblichen Einfluss auf Hergang und Intensität der Debatte hatten. Zugleich prägten sie durch ihre zumeist langjährigen Aktivitäten als Blogger auch die Entwicklung der iranischen Blogosphäre.

Die wesentliche Motivation der aktiven Blogger entsprang demnach auch einem grundlegenden journalistischen Anspruch: sie wollten durch ihre Texte informieren und aufklären. Gleichzeitig bot ihnen das Format eines Weblogs die Möglichkeit, bestimmte Standpunkte in größerer Unabhängigkeit von den Geboten der Berichterstattung in der Presse auf einer eher persönlichen Ebene zu vertreten. So wollte eine Bloggerin, die sonst für die gemäßigte Tageszeitung *Etemad-e Melli* über Teheraner Kommunalpolitik schrieb, ihren Lesern die Bedeutung der Stimmabgabe vermitteln und zugleich den Erfolg möglichst fähiger Abgeordneter unterstützen. Sie veröffentlichte in ihrem Blog eigene Einschätzungen einzelner Kandidaten und befürwortete dabei nicht zwangsläufig nur Vertreter der Reformkoalition.¹⁶ Auch ein anderer Blogger mit journalistischer Erfahrung hielt es für besonders wichtig, Fachleute in die Administration zu wählen. Seiner Meinung nach schickte die Reformkoalition, auf deren Liste sich sogar ehemalige Minister fanden, hoch qualifizierte Kandidaten ins Rennen, so dass es einen Sieg der anhand ideologischer Kriterien ausgewählten Ahmadinezhad-Anhänger schon allein um der weiteren Entwicklung Teherans willen zu verhindern galt. Daher bewertete er in seinem Blog auf der Basis internen Kenntnisse aus einer vorübergehenden Tätigkeit in der Stadtverwaltung

15 Interview mit einem Vertreter des Bloganbieters *Blogfa*, Teheran 15.11.2008.

16 Interview, Teheran 09.11.2008.

den Hintergrund verschiedener Kandidaten und die bisherigen Leistungen der Stadtverwaltung, um so zu einer informierten Wahlteilnahme beizutragen.¹⁷

Insofern wird deutlich, dass die Bedeutung von Weblogs im Kontext politischer Kommunikation aus den Einschränkungen der übrigen iranischen Medien erwuchs. In Folge der zahlreichen Schließungen von Reformzeitungen hatten sich viele Journalisten dem Internet zugewandt. Sie zählten mittlerweile zu den bekannten Bloggern und trugen ihrerseits zur Popularität von Weblogs bei. Geprägt durch Erfahrungen aus der liberalen Presselandschaft der ersten Amtszeit Khatamis betonten gerade sie immer wieder die Chancen zu offener Meinungsäußerung und freier Themenwahl, die ihnen die Blogosphäre bot. Dabei ging es nicht nur um die Grenzen, die publizistischen Aktivitäten durch Zensur und Zeitungsverbote von Seiten autoritärer Kräfte gesetzt wurden. Blogs ermöglichten es diesen Autoren auch, ihre Texte jenseits redaktioneller Interessen und Vorschriften sowie sprachlicher und stilistischer Spielregeln der Presse zu veröffentlichen. Für den Blogger und Journalisten Khaldian beispielsweise standen Pressepublikationen in Iran nach wie vor unter dem Einfluss politischer Gruppierungen oder waren an den Staat gebunden, wohingegen Weblogs ein unabhängiges Medium darstellten. Er zog es daher vor, in der Blogosphäre zu schreiben.¹⁸ Eine in der Frauenbewegung engagierte Journalistin berichtete, dass selbst die wenigen noch bestehenden reformorientierten Zeitungen es vermieden, sich mit der Situation iranischer Frauen zu befassen und sie entsprechende Texte kaum in den Redaktionen anbringen konnte. Ebenso wie zahlreiche andere Bloggerinnen nutzte sie deshalb ihr Weblog, um derartige Themen entgegen politischer und sozialer Barrieren offen zu behandeln.¹⁹ Schließlich boten Weblogs auch exilierten Autoren einen Weg, weiterhin für ein Publikum in ihrer Heimat zu schreiben und an inneriranischen Debatten teilzuhaben. Besonders Journalisten, die erst seit kurzer Zeit aus politischen Gründen emigriert waren, wie etwa Massud Behnud oder Ebrahim Nabavi, machten von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Auf der Grundlage ihrer Aktivitäten und Motivationen lassen sich journalistisch orientierte Blogger somit zuvorderst als Öffentlichkeitsakteure charakterisieren, die in ihren Beiträgen gesellschaftliche und politische Entwicklungen begleiten und kommentieren. Obwohl viele der aktiven Blogger zugleich auch Mitglied in einer der Reformparteien oder aber in zivilgesellschaftlichen Initiativen engagiert waren, agierten sie in der Debatte nicht zwangsläufig als politische Aktivisten, die über al-

17 Interview, Teheran 14.11.2008.

18 „Gespräch mit Naser Khaldian“, Blog Billi va man vom 04.04.2005.

19 Interview mit zwei Bloggerinnen und Frauenaktivistinnen, Teheran 09.11.2008. Ähnlich äußert sich auch die bekannte Bloggerin Parastu Dukuhaki, die als eine der ersten Bloggerinnen Beiträge zu Themen der Frauenbewegung publizierte. „Gespräch mit Parastu Dukuhaki“, Blog Billi va man vom 15.04.2005.

ternative Medien für bestimmte Gruppierungen oder Kampagnen mobilisieren wollten. Diese Blogger betonten immer wieder ihre Unabhängigkeit und versuchten, eine kritische Distanz zu politischen Akteuren zu bewahren. Im Fall der Debatte zu den Kommunalwahlen ging es vielen aktiv Beteiligten nicht zwangsläufig um eine Unterstützung der Reformkoalition, sondern im Wesentlichen um eine möglichst breite Wahlbeteiligung. So erklärte der Autor des Blog *Hanuz*, sicherlich stellvertretend für zahlreiche andere Blogger der Diskussionsgemeinschaft, dass er die informierte und bewusste Ausübung des Stimmrechts als Mittel allmählicher Veränderungen, also als „Reformmethode“ befürworte, deshalb aber nicht notwendigerweise die politischen Reformer und ihre Parteien unterstütze.²⁰ Diese Blogger traten somit eher als zivilgesellschaftliche Akteure auf, die Werte wie Meinungsfreiheit und einen diskursiven, kritischen Austausch von Positionen belebten und verteidigten. Besonders jüngere Journalisten fanden in der Blogosphäre die Möglichkeit, ihre Profession in einer neuen Form auszuüben und dabei ihre Fähigkeiten der Argumentation und Analyse zu schärfen.

Aufgrund ihrer unmittelbar miteinander verknüpften Entwicklungswege innerhalb der vergangenen zehn Jahre bestanden jedoch enge Verbindungen zwischen zahlreichen bloggenden Journalisten und der politischen Reformbewegung. Beide teilten als grundsätzliche Interessen und Ziele die Stärkung partizipativer Elemente wie Wahlen, Zivilgesellschaft oder Öffentlichkeit im System der Islamischen Republik. Innerhalb der gesellschaftlichen Basis der politischen Reformer fiel den Bloggern und Journalisten somit eine Schlüsselrolle zu: zum einen verschafften sie den Ideen der Reformbewegung mehr Aufmerksamkeit, zum anderen trugen sie über ihre Position als Meinungsführer zu einer kritischen Weiterentwicklung der Ziele der Bewegung bei. Gerade letzteres förderte die Konfliktbereitschaft der Reformpolitiker, da sie durch die Debatten innerhalb der Bewegung zu prägnanteren Standpunkten gezwungen wurden.

THEMEN UND INHALTE: INFORMATIONSMEDIUM BLOG?

Nachdem der Verlauf der Wahldebatte sowie zentrale Teilnehmer und ihre Beweggründe für die Verwendung von Blogs dargestellt wurden, sollen nun die Inhalte der Diskussion im Vordergrund stehen. Dabei geht es zunächst um thematische Schwerpunkte, die sich bei der Auseinandersetzung mit den Kommunalwahlen in der Blogosphäre bildeten. Außerdem interessiert, inwieweit Weblogs die Rolle eines Informationsmediums übernahmen und Inhalte verbreiteten, die sich nicht in anderen Medien, speziell der Presse, fanden.

20 Interview, Teheran 14.11.2008.

Ein häufig behandeltes Thema in den Blogs bildete die Bildung der Kandidatenlisten durch die Reformgruppierungen. Die Blogger begleiteten diese Entwicklung von den ersten Vorschlägen möglicher Anwärter bis hin zur Vorstellung einer endgültigen Auswahl durch die Reformkoalition. Sie gingen auf die Hintergründe der Kandidaten ein und kommentierten deren Eignung für die Stadtverwaltung. Dabei wurde der Austausch über Weblogs auch als Weg zur Herausbildung der eigenen Wahlentscheidung angesehen. Nachdem die erste Kandidatenauswahl erschienen war, forderte beispielsweise ein Blogger dazu auf, mehr Informationen zu den einzelnen Personen zu verbreiten, da er einige gar nicht gut genug kenne, um ihnen seine Stimme zu geben. Andere Blogger stellten eigene Listen mit Empfehlungen zusammen und begründeten ihre jeweilige Auswahl. Ein Journalist wiederum lieferte eine Analyse der wahrscheinlichen Politik zur Wahl stehender Fraktionen, die mit einer Empfehlung für die Reformer endete. Mit Einigung auf eine gemeinsame Koalitionsliste nahmen viele Blogs den Diskurs der reformorientierten Zeitungen und Webseiten auf, indem sie den Erfolg dieser Vereinbarung unterstrichen und auf die Beunruhigung der politischen Gegner über das geschlossene Auftreten der Reformer verwiesen.

Der Wahlkampf der Reformer bildete einen weiteren Gegenstand der Kommunikation zu den Kommunalwahlen. Dabei gingen die Blogger weniger auf die konkreten Wahlprogramme, als vielmehr auf Rhetorik und Präsentation der Reformkoalition ein. Wiederholt wurde eine zu offensichtliche Orientierung an den Wahlkampfstrategien Ahmadinezhads, also der Blick auf die einfache Bevölkerung und deren wirtschaftliche Sorgen kritisiert. Während ein Blogger die Reformer aufforderte, sich selbst treu zu bleiben, wollte ein anderer die Idee der Freiheit wieder mehr im Reformdiskurs betont sehen und warnte vor einem zu starken Fokus auf den Slogan der „sozialen Gerechtigkeit“, mit dem der populistische Staatspräsident bei den Wählern gepunktet hatte. Wiederholt lehnten Blogger einzig und allein den Verweis auf Ahmadinezhads verfehlte Politik sowie die Abgrenzung von ihm als ausreichende Wahlempfehlung für die Reformer ab und verlangten nach einer konstruktiven, vorwärts gerichteten Programmatik.

Während Funktion und Bedeutung der Kommunalvertretungen ein zusätzliches Thema für die Diskussionsgemeinschaft darstellten, beschäftigten die zeitgleich stattfindenden Wahlen zum Expertenrat deutlich weniger Blogger. Ein Grund hierfür mochte die fehlende Beteiligung progressiver Reformer sein, denen der größte Teil der Blogger nahestand. Zudem verwandelte sich diese Wahl mit der umfangreichen Selektion von Kandidaten durch den Wächterrat in eine Auseinandersetzung innerhalb der klerikalen Elite, auf die die Bevölkerung nur noch wenig Einfluss hatte. Die Arbeit der Kommunalräte hingegen behielt durchaus Relevanz für das alltägliche Leben.

An der Spitze der Persönlichkeiten, die häufig in den Blogs genannt wurden, stehen der Präsident Ahmadinezhad und sein Vorgänger Khatami. Beide wurden so

zu Identifikationsfiguren zweier gegensätzlicher politischer Richtungen. Auf der einen Seite symbolisierte Ahmadinezhad einen Schicksalsschlag, der zur Konzentration politischer Macht in den Händen einer bestimmten Orientierung führte und die weitere Entwicklung des Landes blockierte, wenn nicht gar gefährdete. Auf der anderen Seite repräsentierte Khatami bei aller möglichen Kritik an seiner Amtsführung eine Phase der Stabilität, in der Iran weder den gegenwärtigen wirtschaftlichen Engpässen noch einer militärischen Bedrohung durch das Ausland ausgesetzt gewesen war. Eine derartige Kontrastierung der beiden Politiker lieferte häufig Argumente für die Wahl der Reformkoalition. Der Blogger Alpar brachte diese Sichtweise wohl am deutlichsten auf den Punkt:

„Ahmadinezhad war ein nationaler Irrtum. All diejenigen, die an den Wahlen teilgenommen haben oder nicht, die ihm ihre Stimme gegeben haben oder nicht, die mit ihrer Zustimmung oder Ablehnung einen Grund für seinen Erfolg lieferten, sind an diesem Irrtum mehr oder weniger mitschuldig. (...) Manchmal müssen die Menschen individuell anerkennen, dass sie einen Fehler gemacht haben und diesen wieder gutmachen. Manchmal müssen auch eine Gesellschaft und eine Nation ihre Fehler eingestehen. Etwas eingestehen ist aber kein Lippenbekenntnis, sondern eine praktische Tat. Dieses Eingeständnis muss man über eine Rückkehr in die Vergangenheit suchen. Eine Rückkehr in die Vergangenheit ist nicht immer schlecht. Man muss den falschen Weg zurückgehen und dann den richtigen auswählen – welcher auch immer es sei, dieser ist es nicht. Wohl niemand in der Elite dieses Landes zweifelt mehr daran, dass Ahmadinezhad nicht der richtige Weg ist, um das Land zu entwickeln, Demokratie zu erreichen, Freiheit und Menschenrechte zu sichern und soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten. Man muss zurückgehen und sehen, wo es zum Irrtum gekommen ist. (...) Die Reformer sowie all diejenigen, die nicht zu ihnen zählen, aber die Leute zu einer Teilnahme an den Kommunalwahlen und zur Abstimmung für die Reformliste einladen, möchten eines machen: den Weg der neunten Regierung zurückgehen und zurückkehren in die Zeit von Reformen und von Khatami. In Akzeptanz all der Fehler und Probleme, des Unvermögens und der Untätigkeit jener Zeit – aber nichts davon reicht an die Katastrophe der Regierung Ahmadinezhad und an das Unglück, das sie über unsere Heimat gebracht hat, heran.“²¹

Zu den weiteren Personen, mit denen sich die Blogger vermehrt beschäftigten, zählten einige Kandidaten, die ohnehin öffentliche Aufmerksamkeit anzogen, wie der iranische Olympiasieger im Taekwondo, Hadi Saei, in Teheran Kandidat für die Reformer oder die Schwester des Präsidenten, Parvin Ahmadinezhad, die für die Gegenseite antrat.

Das bei weitem meistdiskutierte Thema in den Blogs war jedoch zugleich auch ein sehr persönliches: die Teilnahme an den Wahlen. Die größte Zahl der Beiträge widmete sich ausführlich dem Für und Wider einer Stimmabgabe, erörterte Bedeu-

21 „Motivation: Umkehr“, Blog Alpar vom 16.11.2006.

tung und Konsequenzen der Beteiligung an den Kommunalwahlen. Im Zentrum stand dabei immer die Erläuterung des eigenen Standpunkts durch den jeweiligen Blogger (mehr dazu im folgenden Abschnitt).

Mit Blick auf diese zentralen Themen sowie die Art und Weise ihrer Behandlung erscheint die Übermittlung von Nachrichten in den Weblogs also eher zweitrangig. Im Vergleich zu den Onlinemedien oder der Tagespresse zirkulieren in der Blogosphäre weniger tatsächliche Neuigkeiten, als vielmehr persönliche Stellungnahmen zur Aktualität. Weblogs sind damit mehr ein Medium der Meinungsäußerung und Diskussion, als der Information. Bereits die Darstellung des zeitlichen Ablaufs der Wahldebatte hat deutlich gemacht, dass die beteiligten Blogger häufig auf äußere Entwicklungen reagierten, die sie in ihren Beiträgen aufgriffen und kommentierten. Dabei spielten wiederum die journalistische Prägung der einflussreichen Blogger und ihre Gewohnheiten des Medienkonsums eine wichtige Rolle. Sie verfassten ihre Texte auf Basis medientypischer Auswahlkriterien, widmeten sich also beispielsweise prominenten Persönlichkeiten oder aktuellen und prägnanten Ereignissen. Dazu nutzten sie vor allem Artikel aus bekannten Nachrichtenwebseiten oder den Onlineausgaben der Tageszeitungen, die sie in die Blogosphäre weiterleiteten. Diese Links führten meist zu den zentralen Nachrichtenagenturen IRNA und ISNA oder zu den wichtigsten Zeitungen und Onlinemedien beider Seiten des politischen Spektrums. Wurden Beiträge innerhalb der Blogosphäre verlinkt, so geschah dies meist zu den etablierten und leserstarken Blogs, deren meinungsführende Rolle damit zusätzlich bestätigt wurde. Insofern wird deutlich, dass die Blogosphäre keinesfalls ein alternatives Gegenstück zu den bestehenden Medien und deren Inhalten bildete, sondern eher deren Erweiterung und Elaborierung diente.

Gleichwohl lassen sich exemplarisch einige Bereicherungen der Informationslandschaft durch Weblogs anführen. Hierzu zählten zunächst die Beiträge von Bloggern über einzelne Kandidaten und Fraktionen im Wahlkampf. So schilderte eine Journalistin anschaulich die letzten Tage der ausscheidenden Abgeordneten der Teheraner Stadtverwaltung und resümierte deren bisherige Leistungen. Mit Anekdoten direkt aus dem Rathaus lieferte sie Eindrücke von der Arbeit der Politiker, die in dieser Form nicht in der Berichterstattung anderer Medien zu finden waren.²² Gemeinsam mit ihrer Kollegin klärte sie außerdem über die Hintergründe verschiedener regierungsnaher Webseiten auf, die teilweise erst kurz vor den Wahlen entstanden waren und Gerüchte und Hetzkampagnen gegen politische Gegner verbreiteten. Zahlreiche andere Blogger wiederum informierten über die Neuerscheinung

22 U. a. „Unterstützer der Regierung instrumentalisieren Kinder, um in den Stadtrat zu kommen“, Blog Herfeh-Khabarnegar vom 08.12.2006. Mit Blogbeiträgen über die Arbeit in der Stadtverwaltung zieht sich diese Journalistin sogar den Zorn eines Abgeordneten zu, der sich bei ihr direkt über ihre Artikel beschwert. Interview, Teheran 09.11.2008.

einer speziellen Webseite der Reformkoalition, die Nachrichten und Informationen rund um Wahlkampf und Kandidaten publizierte. Damit trugen sie natürlich im Internet zum Bekanntheitsgrad dieser Seite bei, die aufgrund ihrer eher kurzfristigen Zielstellung die Schwierigkeit zu überwinden hatte, möglichst rasch ein größeres Publikum zu erreichen. Umgekehrt wiederum nahm diese Wahlkampfseite Auszüge aus einigen Weblogs in mehreren Artikeln auf. Schließlich wurden auch Ankündigungen zu Veranstaltungen oder Auftritten der Reformkandidaten über Weblogs verbreitet.

Eine Sonderposition unter den Bloggern nahm zweifellos der ehemalige Vizepräsident der Khatami-Regierung Mohammad Ali Abtahi ein. Im Vorfeld der Kommunalwahlen berichtete er wiederholt aus erster Hand von den Treffen der Reformgruppierungen und gab Gespräche mit einzelnen Politikern wieder. So schrieb er etwa über eine Sitzung mit Khatami und dem früheren Innenminister Mussavi-Lari, bei der die Situation vor den Wahlen und der aktuelle Stand der Koalitionsverhandlungen erörtert wurden.²³ Nachdem eine Einigung erzielt worden ist, schilderte Abtahi in bewegten Worten das Wiedersehen zahlreicher Figuren der Reformbewegung im Büro Mehdi Karrubis.²⁴ Über sein Blog, das er seit dem Herbst 2003 führte, verschaffte Abtahi immer wieder ungewöhnliche Einblicke in das politische Leben der Islamischen Republik und den Umgang innerhalb der Reformelite.²⁵ Wiederholt wurden seine Beiträge von nationalen, aber auch internationalen Medien aufgenommen. Im Oktober 2004 kündigte er beispielsweise in seinem Blog mit den Worten „*Heute war wohl mein letzter Tag im Parlament!*“ seinen vorzeitigen Rücktritt an, den er aus Protest gegen die Politik der Prinzipientreuen im sieb-

23 „Report zu den jüngsten Entwicklungen vor den Kommunalwahlen“, Blog Webnevesht vom 20.11.2006.

24 „Die Bildungselite und die Hoffnung auf einen Sieg in den Wahlen“, Blog Webnevesht vom 09.12.2006.

25 Abtahi berichtete beispielsweise detailliert von den unterschiedlichen Reaktionen der politischen Elite auf die Verleihung des Friedensnobelpreises an Shirin Ebadi. In konservativen Kreisen wurde die Verleihung als politische Geste des Westens interpretiert, die sich gegen das System der Islamischen Republik richtete. Auch Mitglieder der Reformregierung zögerten, der Preisträgerin, die für ihre kritischen Positionen bekannt war, zu gratulieren. Selbst Präsident Khatami konnte sich vor der Presse zu keiner öffentlichen Glückwünschung durchringen. Währenddessen bereitete die Bevölkerung Ebadi einen fulminanten Empfang am Flughafen, an dem auch Abtahi teilnahm und anschließend seine Eindrücke im Blog schilderte. Abtahi, Mohammad: *Zu meinem Vergnügen. Persönliche Notizen* (Baray-e delam. Yaddasht-haye shakhsi), Teheran: Nashr-e Chalesh 2003.

ten Majles einreichte.²⁶ Die Tageszeitung *Sharq* brachte diese Nachricht zusammen mit Auszügen aus Abtahis Blog am nächsten Tag auf ihrer Titelseite.

Abgesehen von einigen Ausnahmen gelang es Weblogs jedoch kaum, die Agenda anderer Medien zu bestimmen, die zudem der autoritären Medienszensur unterlagen. Sie konnten nicht in Konkurrenz zu reichweitestarken Medien wie Presse oder gar Fernsehen treten. Insgesamt lag die Bedeutung von Blogs damit eher in der Schaffung eines intermediären Bereichs zwischen öffentlicher, d.h. massenmedial vermittelter und privater Kommunikation. Indem sie Einzelpersonen Äußerungen zu gesellschaftlich relevanten Themen vor einem potentiell dispersen Publikum ermöglichten, vermischten Blogs Aspekte dieser beiden Kommunikationsformen. Während etwa die Informationsübermittlung der Tagespresse von offiziellen Richtlinien, politischen Interessen und medieninternen Regeln bestimmt war, bot die Blogosphäre Gelegenheit, diese Darstellungsweise zu hinterfragen, mit persönlichem Wissen und Kommentaren, aber auch Gerüchten anzureichern. Damit bildete die Blogosphäre eine Art „Echozimmer“, in dem Inhalte anderer Medien länger und ausführlicher behandelt werden konnten.²⁷ Je größer die Einschränkungen in den übrigen Medien, desto mehr Bedeutung erhielt die Kommunikation in den Weblogs natürlich für die politische Meinungsbildung der Teilnehmer. Im Folgenden soll daher dieser Prozess des Austauschs von Meinungen und Argumenten in der Blogosphäre genauer untersucht werden.

MEINUNGSBILDUNG: WÄHLEN ODER NICHT WÄHLEN?

Die Darstellung inhaltlicher Schwerpunkte hat gezeigt, dass in der Bloggerdebatte zu den Wahlen weniger die Übermittlung neuartiger Informationen, als vielmehr die Erörterung bekannter Ereignisse und persönlicher Meinungen im Vordergrund standen. Die Frage der Wahlteilnahme bildete hierbei den zentralen Diskussionsgegenstand. Bevor beteiligte Blogger sich den verschiedenen Aspekten der Wahlen, wie etwa einzelnen Kandidaten oder der Bedeutung der Kommunalräte widmeten, machten sie prinzipiell ihren Standpunkt zur Teilnahme deutlich. Selbst diejenigen Blogger, die nur mit einem einzelnen Text zur Debatte beitrugen, nutzten diesen meist, um ihre Ansicht in Bezug auf die Wahlteilnahme zu vermitteln. Dieses Thema eignet sich somit besonders, Prozesse der Meinungsäußerung und -bildung in den Weblogs genauer zu beleuchten. Mithilfe einer ausführlichen Wiedergabe der von Bloggern vertretenen Positionen soll erörtert werden, inwieweit Weblogs Raum

26 „Report über einen heißen Tag der Amtsenthebung“, Blog Webnevesht vom 03.09.2004.

27 Schmidt: Weblogs, S. 136f.

und Möglichkeit für einen diskursiven Austausch von Argumenten boten und die Herausbildung gemeinsamer Positionen förderten.

Eine Diskussion um das Für und Wider der Wahlteilnahme flammte im Umfeld der Reformbewegung vor jeder Abstimmung immer wieder auf – zumindest bis zur Wahlkrise 2009. Wiederholt wurde durch verschiedene iranische Oppositionelle der Boykott von Wahlen als Methode vorgeschlagen, um die Unzufriedenheit der Bevölkerung sowie die geringe Legitimation des Regimes zu demonstrieren. Tatsächlich bemühte sich die konservative Machtelite vor jedem Urnengang, die Bevölkerung möglichst zahlreich zu mobilisieren und somit die feste Verankerung des politischen Systems unter Beweis zu stellen. Für die Reformgruppen hingegen stellte sich die Frage der Wahlteilnahme zwiespältig dar. Einerseits stammte ein Großteil der abstinenten Wähler aus den Reihen ihrer potentiellen Unterstützer, der nach politischem und sozialem Wandel verlangenden modernen Mittelklasse. Andererseits sahen sich die Reformparteien permanent mit dem Vorwurf konfrontiert, durch ihre Befürwortung der Wahlteilnahme Eingriffe übergeordneter Instanzen, wie Wächterrat und Revolutionsführer, in Kandidatenauslese und Wahlprozess zu legitimieren und so zur Illusion eines fairen Urnengangs beizutragen. Bei Unterstützung eines Wahlboykotts allerdings drohte ihnen die Verdrängung ins politische Abseits, da die Machtelite einen solchen Schritt als Infragestellung der Islamischen Republik insgesamt auslegte. Diese Kontroverse spiegelte sich folglich auch in den untersuchten Weblogs wider.

Prominentester Vertreter eines Wahlboykotts innerhalb der Diskussionsgemeinschaft war zweifellos Abbas Abdi, einer der ehemaligen Besetzer der amerikanischen Botschaft in Teheran. Abdi war in den 1990ern Mitwirkender der Zeitung *Salam* und eine zentrale Figur der Reformbewegung. Aufgrund einer von ihm durchgeführten Meinungsumfrage über mögliche Beziehungen zwischen den USA und Iran wurde er 2002 zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt. Ganz offensichtlich verbittert über den Verlauf der Reformbewegung vertrat Abdi im Jahr 2006 die Auffassung, dass Opposition die Machtelite der Islamischen Republik ideologisch nur gestärkt habe und erst Zurückhaltung von Seiten der Demokratiebefürworter ein Aufbrechen unterschwelliger Konflikte in den Reihen des Regimes ermögliche.²⁸ Diese Haltung zeigte sich auch in mehreren Einträgen seines Weblogs zu den Kommunalwahlen. So ging Abdi davon aus, dass man nur bei einer vollständigen Unterstützung des gegenwärtigen politischen Systems an Wahlen teilnehmen konnte, da jede Stimmabgabe auch zu dessen Legitimation und Stabilisierung beitrug. Gleichzeitig zweifelte er die Fairness und Wirksamkeit der Wahlen an:

28 „I have lost hope in Government, Abdi tells Rooz“, Rooz (English) vom 30.09.2007.

„Jede Teilnahme muss irgendwie auch mit einer Gewährleistung der Korrektheit der Wahlen einhergehen. (...) jede Gruppierung, die die Menschen zur Wahlteilnahme auffordert, muss eine solche Garantie in ihrer eigenen Politik deutlich machen. Man kann nicht nach den Wahlen die Ergebnisse als Produkt einer Garnisonspartei und Betrug bezeichnen, sie aber gleichzeitig anerkennen und sich auf die nächsten Wahlen vorbereiten. Wenn schon während der Präsenz von Reformern in Innenministerium und Präsidentenamts derartige Anklagen gegen die Wahlen laut wurden, wie kann man dann jetzt einen sauberen Wahlgang erwarten?“²⁹

Abdi beargwöhnte aber nicht nur den korrekten Ablauf der Wahlen, sondern auch die Handlungsfreiheit der wenigen Reformkandidaten, die überhaupt zur Wahl zugelassen wurden. Selbst bei erfolgreichem Abschneiden hätten sie kaum die Möglichkeit, ihre politischen Ziele durchzusetzen. Insofern hielt er es für nicht vertretbar, zu einer Wahlteilnahme aufzurufen. Darüber hinaus stellte er sich die Frage, warum ein Regime Wahlen überhaupt durchführe, um sie gleichzeitig mit derartigem Aufwand zu beeinflussen und gelangte dabei zu dem Urteil, dass der Anschein von plebiszitärer Legitimität, den das Regime auf diesem Weg erhalte, offenbar die aus Anklagen der Wahlfälschung resultierende Rufschädigung aufwiege. Aus diesem Grund sah er in der Beteiligung am Wahlmanöver den wunden Punkt des politischen Systems, da man durch einen Boykott dessen gesamte Existenzberechtigung wirksam in Frage stellen könne.³⁰

Während Abdi also seinen Wahlboykott argumentativ als politischen Standpunkt zu untermauern suchte, bekundete eine andere Bloggerin deutlich emotionaler die Verdrossenheit, die zu ihrer Stimmverweigerung führt:

„In mir ist keinerlei Gefühl für Demokratie mehr lebendig. Ich habe keine Hoffnung mehr, dass Iran eines Tages demokratisch sein wird, wenigstens solange wir leben. Auch wenn ‚schlecht‘ immer besser als ‚schlechter‘ ist, so möchte ich doch keine Spielfigur mehr sein und mein ganzes Leben lang zwischen schlecht und schlechter wählen. Wenn acht Jahre Kontrolle der Reformer über Regierung, Parlament und Kommunalräte bis auf ein paar Ausnahmen keinerlei Ergebnisse brachten, was nützt das dann alles noch.“³¹

Beispielhaft für die Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern der Wahlteilnahme war ein direkter Schlagabtausch zwischen einem Autor des Gruppenblogs *Hanuz* und einer Bloggerin, die sich Elnaz nannte. Den Auslöser hierfür lieferte ein Gastkommentar auf *Hanuz*, der mit Verweis auf eine Rede Ahmadinezhads sarkastisch bemerkte, dass jeder, der nach diesen Äußerungen noch von Wahl-

29 „Die nächsten Wahlen“, Blog Ayande vom 29.11.2006

30 „Die erforderliche Politik zur Wahl“, Blog Ayande vom 02.10.2006.

31 „Ich werde nicht wählen“, Blog Sarzamin-e Rowyai vom 14.12.2006.

boycott rede, nicht richtig im Kopf sein müsse. Elnaz reagierte in ihrem Blog verärgert auf diesen Kommentar und verurteilte die Hoffnungen auf Reformpolitik und Wahlen: derzeit stehe die Entscheidungsgewalt des Revolutionsführers ohnehin über jedermann – ob Khatami oder Ahmadinezhad; zudem wähle der Wächterrat noch vor der Bevölkerung. Diesen Beitrag wiederum verlinkte der *Hanuz*-Autor in seinem nächsten Artikel und forderte Elnaz auf, eine Alternative zur Wahlteilnahme zu nennen, woraufhin zwischen beiden eine offene Diskussion entstand, die sich über mehrere Einträge hinzog.³²

Auf der einen Seite bekräftigte Elnaz ihre Weigerung, an den Wahlen teilzunehmen, da sie im gegenwärtigen politischen System eine freie und faire Abstimmung für unmöglich hielt. Weil der Wächterrat Ansichten und Glauben der Menschen kontrolliere, könnten Personen, die sie selbst wählen würde, gar nicht kandidieren. Eine Wahl zwischen „schlecht und schlechter“ lehne sie jedoch ab. Auf die erneute Frage von *Hanuz* nach einer Programmatik jenseits des Wahlboycotts verwies sie auf die Ziele der iranischen Frauenbewegung und ihr eigenes Engagement für Frauen aus einfachen Verhältnissen, die selbst für ihre Familien sorgen müssen.

„Die Kinder, die diese Frauen aufziehen, werden von ihren Müttern lernen, ihre Rechte einzufordern. Das sind keine apathischen Leute, die die Reformer wählen, um die Situation zu verbessern, mit Hoffnung auf oberflächliche Veränderungen. [...] Auf jeden Fall glaube ich, dass diese sozialen Bewegungen gestärkt werden müssen: Frauen-, Arbeiter- und Studentenbewegung sind es, die langfristig Mittel zur Öffnung und Hilfe sein können und ich ziehe eine Zusammenarbeit mit ihnen der Teilnahme an den Wahlen vor. Wenigstens sind sie vertrauenswürdiger.“³³

Demgegenüber suchte der Journalist auf *Hanuz* die Bilanz der Reformregierung zu verteidigen. Vergleiche man die acht Jahre unter Khatami mit der bisherigen Entwicklung der Islamischen Republik, so könne – abgesehen von einzelnen Unzulänglichkeiten – nur derjenige enttäuscht sein, der zu hohe Erwartungen gehegt habe. Khatami selbst habe nie verkündet, die Islamische Republik komplett verändern zu wollen. Erst unter ihm, so der Autor, habe die Frauenbewegung doch den nötigen Freiraum bekommen, um sich zu artikulieren und weiterzuentwickeln. Ebenso habe der Diskurs über Menschenrechte Einzug in Universitäten und gesellschaftliche Öffentlichkeit gehalten. Dass dies keine von den politischen Umständen unab-

32 „Zur Sinnlosigkeit zivilen Ungehorsams“, Blog Hanuz vom 15.11.2006; „Über meine späteren Vorhaben rede ich nicht mit euch“, Blog Hanuz vom 18.11.2006; „Jeder, der von Teilnahme an den Wahlen redet, ist wirklich sehr lustig“, Blog Arusak-e Kuki vom 15.11.2006; „Mehr von dieser Geschichte...“, Blog Arusak-e Kuki vom 17.11.2006.

33 „Fortsetzung zu Wahlen und anderes“, Blog Arusak-e Kuki vom 18.11.2006.

hängige Entwicklungen gewesen seien, zeige sich in der gegenwärtigen Rücknahme bereits erobertter Freiräume durch die Regierung Ahmadinezhad. Desweiteren suchte der Journalist in seiner Argumentation die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Positionen herauszustellen: sofern die Wahlverweigerer keine Hoffnungen auf einen plötzlichen Regimewechsel hegten, hätten sie eigentlich die gleichen Ziele wie die Reformwähler. Sowohl Boykott als auch Wahlteilnahme waren für ihn reformerische Methoden, die auf eine allmähliche Veränderung der politischen Verhältnisse zielten und im Gegensatz zu revolutionärem oder gewaltbareitem Vorgehen standen. Dementsprechend teilte er Elnaz' Standpunkt, dass man Verbesserungen nicht ausschließlich von Seiten der Politiker erwarten dürfe, sondern sich selbst dafür einsetzen müsse. Gerade deshalb sah er jedoch in der Wahlteilnahme eine Möglichkeit, mit „geringen Kosten“ Einfluss auf politische Entwicklungen zu nehmen und günstige Voraussetzungen für den gesellschaftlichen Wandel zu schaffen.³⁴

Insgesamt fanden sich innerhalb der Diskussionsgemeinschaft jedoch deutlich weniger Stimmen, die für einen Boykott der Wahlen plädierten und diese Position auch argumentativ vertraten. Dies kann verschiedene Gründe haben: Erstens äußerten sich die Boykottierer aufgrund ihrer generellen Politikverdrossenheit vermutlich weniger zu aktuellen Entwicklungen und beteiligten sich deshalb kaum an der Wahldiskussion zwischen politisch hochinteressierten Bloggern. So stößt man zwar des Öfteren auf ablehnende Kommentare im Anhang von Texten der Wahlbefürworter, jedoch weitaus seltener auf eigens ausgearbeitete Beiträge, die einen Wahlboykott mehr oder weniger ausführlich begründeten. Zweitens zeigen sich hier möglicherweise auch die Grenzen und somit eine gewisse Homogenität des Diskussionsnetzwerks, das schließlich ausgehend von den Weblogs einiger Reformjournalisten ermittelt wurde. Demnach verlinkten die reformorientierten Meinungsführer, gleichzeitig auch Befürworter einer Wahlteilnahme, überwiegend Beiträge mit einer ähnlichen politischen Orientierung. Dies muss nicht zwangsläufig bedeuten, dass sie Texte mit gegenteiligen Standpunkten vorsätzlich von ihren Linklisten ausschlossen. Vielmehr zeichnen sich hier bestimmte Lese- und Vernetzungsgewohnheiten ab, aufgrund derer sich die Blogger eher auf Webseiten des eigenen politischen Umfelds bewegten und diese an ihr Publikum weitergaben. Gleichwohl ist bemerkenswert, dass denkbare Argumente der Boykottierer immer auch indirekt in den Beiträgen der Wahlbefürworter antizipiert wurden, die ihre Position jeweils sehr ausführlich begründeten, diskutierten und sich damit auf eine gewisse Art mit eher stummen Diskussionspartnern auseinandersetzten.

Somit lassen sich in den Beiträgen, mit denen Blogger für eine Teilnahme an den Wahlen plädierten, wiederkehrende Argumentationsmuster ausmachen. Diese

34 „Verteidigung der Wahlstimme für Reformen aus Sicht des Frauenaktivismus“, Blog Hanuz vom 22.11.2006.

wurden zum Teil bereits in den Ausführungen des *Hanuz*-Autors deutlich. Die Wahl wurde zunächst als eine der raren Chancen dargestellt, um Einfluss auf die Entwicklung des Landes zu nehmen. Der Blogger Papparazzi beispielsweise sah in den Wahlen eine Gelegenheit zur Partizipation und warnte davor, durch Passivität das eigene Schicksal in die Hände von Politikern zu legen.³⁵ Auch die aus der Stadtverwaltung berichtende Journalistin machte deutlich, dass für Menschen, die weiterhin in Iran leben und arbeiten wollten, keine andere Option in Betracht komme, als eine informierte Anwendung des Wahlrechts.³⁶ Dahingegen versuchte Alpar in seinem emotionalen Beitrag „*Was soll ich mit Iran machen?*“ den Patriotismus der Leser anzusprechen. Er knüpfte die Frage der Wahlteilnahme an die zahlreichen Probleme des Landes, wie Korruption, Drogenabhängigkeit, fehlende Freiheiten, erstarrte Religiosität und ungenutzte Ressourcen. Angesichts dieser Sorgen könne man in Grübeln versinken oder unerfüllbare Hoffnungen hegen, doch erst ein Handeln in kleinen, aber beständigen Schritten – wozu er den Urnengang zählte – ermögliche eine allmähliche Veränderung.³⁷ Der Journalist auf *Hanuz* wiederum sah die Wahlstimme als Möglichkeit, der eigenen Position zumindest öffentliches Gehör zu verschaffen:

„...je aktiver wir [bei den Kommunalwahlen] mitmachen, desto mehr Einfluss nehmen wir und selbst wenn wir nicht gewinnen, nehmen wir doch Einfluss, denn wir zeigen, dass es in diesem Land einige gibt, die anders denken und andere Dinge wollen“.³⁸

Desweiteren wurde zur Rechtfertigung der Wahlteilnahme auf den Machtgewinn der derzeitigen Regierungsfraktion innerhalb der letzten Jahre hingewiesen. Die Stimmenthaltungen frustrierter Reformanhänger sowie der erklärte Wahlboykott großer Studentenorganisationen bei den Präsidentschaftswahlen 2005 galten hierbei als ein Grund für den überraschenden Sieg Ahmadinezhads. Für einen anderen Reformjournalisten hatte bereits die Resignation der Bevölkerung bei den Kommunalwahlen im Jahr 2003 den Aufstieg der Ultrakonservativen eingeleitet.³⁹ In diesem Sinne forderten die Wahlbefürworter aus vergangenen Fehlern zu lernen und wieder aktiv am Wahlprozess teilzunehmen. Die Strategie des gezielten Wahlboy-

35 „Wahlen in zwei Etappen“, Blog Iran Papparazzi vom 05.11.2006.

36 „Zehn Punkte zu den Kommunalwahlen“, Blog Herfeh-Khabarnegar vom 13.11.2006.

37 „Was soll ich mit Iran machen?“, Blog Alpar vom 15.11.2006.

38 „Politik aus Sicht des Lebens“, Blog Hanuz vom 13.11.2006

39 „Grundsätzliches und Nebensächliches in den Kommunalwahlen“, Blog Namay-e Ayanedeh vom 14.11.2006. Im Jahr 2003 lag die Wahlbeteiligung in Teheran bei nicht mehr als 15 Prozent, wodurch es der bis dato unbekanntenen Gruppierung *Abadgaran* mit Ahmadinezhad an der Spitze gelang, ins Rathaus der Hauptstadt einzuziehen.

kotts wurde als wirkungslos bewertet, da sie weder ausreichend Zustimmung in der Bevölkerung fand, noch die intendierten Ergebnisse erzielte. Auch andere immer wieder geäußerte Vorschläge zur Manifestierung von Opposition gegen die derzeitigen Machtverhältnisse wurden abgelehnt. So verwarf der *Hanuz*-Autor die Idee von einer Kampagne des „zivilen Ungehorsams“, wie sie etwa von Akbar Ganji formuliert wurde, als unbrauchbar, da Gesetze und Regelungen in der iranischen Gesellschaft ohnehin zu häufig umgangen würden. Zudem sei dieser Weg ebenso wie Demonstrationen immer von Repression bedroht. Auch den nach wie vor verbreiteten Gedanken von einem Referendum über den zukünftigen Charakter des politischen Systems lehnte er als romantische Utopie ab. Die Erwartungen auf einen Regimewechsel oder den raschen Wandel der Islamischen Republik waren für ihn unrealistisch, da sie kaum die aktuellen Bedingungen der iranischen Gesellschaft berücksichtigten.

„Ich denke, dass diese Idee [des zivilen Ungehorsams] ebenso wie viele andere derartige Ideen, nicht auf Basis einer vernünftigen Einschätzung der Lage Irans entworfen wurden und dass bis auf weiteres der Weg, der mit geringstem Aufwand und höchstem Nutzen zur Verbesserung der Situation des Landes führt, die effektive, kritische und verantwortungsbewusste Teilnahme an den Wahlen ist.“⁴⁰

Somit diene der Verweis auf den Machtgewinn der Ultrakonservativen als Beleg für die zu befürchtenden Konsequenzen einer Stimmenthaltung. Unter Betonung der krisenartigen Situation des Landes und der Hoffnungen auf Verbesserung und Wandel appellierten die Wahlbefürworter an das Verantwortungsgefühl ihrer Leser. Die Wahlen wurden als die vorerst einzige vernünftig vertretbare Methode dargestellt, mit der sich politische Änderungen durchsetzen lassen. Gleichzeitig wurde die gemeinsame Ablehnung der Politik Ahmadinezhads angesprochen, um zur Wahlteilnahme zu mobilisieren. Dabei stellten einige Blogger die Abstimmung als Möglichkeit dar, mit der die weitere Konzentration politischer Macht in den Händen einer einzelnen Fraktion verhindert werden konnte. Mit der Wahlstimme wirke man, so ein Blogger, einem erneuten Sieg der Anhänger Ahmadinezhads entgegen: dadurch werde nicht nur eine zusätzliche Stärkung ihres Selbstbewusstseins verhindert, die zweifellos eine Verschärfung von „*Repression und Stupidität*“ zur Folge hätte, sondern auch ein negatives Signal ans Ausland.⁴¹ Eine andere Bloggerin kommentierte, dass jede noch so begrenzte Auswahl genutzt werden müsse, da selbst zwischen Ahmadinezhad und dem derzeitigen Teheraner Bürgermeister Qali-

40 „Zur Sinnlosigkeit zivilen Ungehorsams“, Blog Hanuz vom 15.11.2006

41 „Kommunalwahlen 3“, Blog Saz-e Mokhalef vom 12.11.2006.

baf, die eigentlich beide zur selben politischen Orientierung zählten, noch große Unterschiede bestünden.⁴²

Mit Blick auf den raschen Aufstieg Ahmadinezhads vom Bürgermeister Teherans zum Staatspräsidenten wurde schließlich auch die direkte Bedeutung der Kommunalwahlen unterstrichen. Aus politischer Sicht galt die Entscheidung auf lokaler Ebene als Vorstufe für kommende Auseinandersetzungen um Parlament und Präsidentenamt. Ein Blogger sieht die Vernachlässigung der letzten Kommunalwahlen durch die Reformer als entscheidenden Grund für ihre nachfolgenden Niederlagen und den schwindenden Rückhalt in der Bevölkerung – einen Weg, den man nunmehr wieder von vorn beschreiten müsse. Keinesfalls dürfe daher die Wichtigkeit der Kommunalvertretungen unterschätzt werden:

„...diese Art von Wahlen spielt eine wichtige Rolle für die Zukunft, weil sie weit reichende Wirkung in die Gesellschaft hinein und verschiedene Landesteile hat, die Kandidaten den Leuten meist persönlich bekannt sind und viele Menschen aus unterschiedlichen Bevölkerungsschichten von den Themen der Wahl berührt werden.“⁴³

So könne eine Fraktion bestenfalls mehr als hundert Abgeordnete ins Parlament bringen, auf kommunaler Ebene jedoch durch tausende Vertreter, die gleichsam als „Soldaten einer politischen Idee“ für die Zukunft arbeiteten, Einfluss im ganzen Land ausüben.⁴⁴ Ebenso betonte ein der *Mosharekat* nahestehender Blogger, dass die Reformer weiterhin in staatlichen Institutionen – und seien es nur die Kommunalvertretungen – präsent sein müssten, um im Sinne ihrer Reformziele auf Politik, Wirtschaft und Administration einwirken zu können.⁴⁵

Doch auch die unmittelbaren Aufgaben der Kommunalverwaltung wurden in diesem Zusammenhang hervorgehoben. Eine Bloggerin beklagte beispielsweise die reduzierte Sichtweise auf die strategische Bedeutung der Kommunalwahlen, wodurch die eigentliche Arbeit einer Einrichtung, die sich für konkrete Belange der Menschen einsetzen könne, in den Hintergrund rücke.⁴⁶ Die aus der Stadtverwaltung berichtende Journalistin forderte ihre Leser zur Stimmabgabe auf, weil die Wahl qualifizierter Kandidaten positive Konsequenzen für die Entwicklung der Stadt mit sich bringe.⁴⁷ Auf seine beruflichen Erfahrungen in der Stadtverwaltung

42 „Zu Filmen und Kommunalräten“, Leserkommentar im Blog Zannevesht vom 11.11.2006.

43 „Bauern die König werden wollen“, Blog Noqteh tu Khat vom 12.10.2006.

44 Ebd.

45 „Warum wir an der Macht bleiben müssen“, Blog Gozar vom 15.11.2006.

46 „Zu Filmen und Kommunalräten“, Blog Zannevesht vom 11.11.2006.

47 „Zehn Punkte zu den Kommunalwahlen“, Blog Herfeh-Khabarnegar vom 13.11.2006.

Teherans verweisend, erklärte auch ein anderer Blogger, dass die Kommunalvertreter erheblichen Einfluss auf das alltägliche Leben in der Stadt nehmen könnten. Teheran stehe Herausforderungen wie Überbevölkerung, Luftverschmutzung und Verkehrsproblemen gegenüber, weshalb es besonders wichtig sei, Fachleute in die entsprechenden Ämter zu wählen. Nur so könne man Fehlentscheidungen, die in der Vergangenheit wiederholt aufgrund politischer und persönlicher Ambitionen getroffen wurden, soweit wie möglich verhindern.⁴⁸

Während im Zusammenhang mit den Äußerungen zugunsten der Wahlteilnahme meist auch eine generelle Unterstützung der Reformparteien deutlich wurde, gab es andere Stimmen, die die angeführten Argumente hinterfragten, ohne sich gleichzeitig für einen Boykott auszusprechen. So wendete sich eine Bloggerin gegen eine pauschale Verurteilung der Wahlverweigerer, denen nunmehr die Schuld für Niederlagen der Vergangenheit zugeschrieben werde. Dabei hätten die Reformpolitiker selbst durch überzogene Versprechungen die Enttäuschung produziert, die zur grassierenden Politikverdrossenheit führte. Aus diesen Fehlern sei aber nicht gelernt worden: Wenn sie heute den ehemaligen Regierungssprecher Ramazanzadeh ankündigen höre, dass die Reformer wieder eine korrekte Einhaltung der Verfassung durchsetzen wollen, dann frage sie sich, warum dies nicht schon in den acht Jahren ihrer Regierungszeit geschehen sei. Für sie sollten die Reformer endlich von großen Versprechungen Abstand nehmen und realistische Ziele formulieren.⁴⁹ Ein anderer Blogger veröffentlichte einen an Mostafa Moin, den unterlegenen Präsidentschaftskandidaten der Reformer von 2005 gerichteten Brief, in dem er ihm ebenfalls eine unpräzise Agenda vorwarf: Menschenrechte und Demokratie seien zu umfassende Begriffe, als dass sie ein konkretes Programm für die nächsten Schritte der Reformpolitik, für die doch von den Wählern Unterstützung erwartet werde, liefern könnten.⁵⁰

Insofern trug die Debatte um die Wahlteilnahme auch eine Bewertung der politischen Bilanz der Reformregierung in sich. Zur Verteidigung ihres Standpunkts mussten die Wahlbefürworter positive Ergebnisse der Khatamizeit herausstellen, die eine Teilnahme an der Wahl und die fortwährende Unterstützung der Reformparteien lohnenswert erscheinen ließen. Dabei setzten sie sich nicht nur kritisch mit Programmatik und Strategien der Reformbewegung auseinander, sondern arbeiteten gleichzeitig auch noch einmal die ebenso unerwartete wie erschütternde Niederlage gegen den zweifellos extremsten Kandidaten ihrer politischen Gegner in den letzten Präsidentschaftswahlen auf. Mehr als ein Jahr nach dem Wahlsieg Ahmadinezhads

48 „Kommunalwahlen 3“, Blog Saz-e Mokhalef vom 12.11.2006.

49 „Kommt, lasst uns über Notwendigkeiten sprechen“, Blog Ruzmazehgi-ha vom 15.11.2006.

50 Ohne Titel, Blog Matati (ohne Datum).

boten die Kommunalwahlen den Reformanhängern damit Gelegenheit zur Neuorientierung und Weiterentwicklung ihres Standpunkts.

In diesem Austausch stand die Herausbildung eines pragmatischen Ansatzes, der sich einerseits von anderen, als illusorisch deklarierten Methoden der Opposition abgrenzte, andererseits aber durchaus seine demokratische Zielstellung betonte, im Vordergrund. Die Wahlteilnahme wurde als reformerischer und gleichzeitig demokratischer Akt, als Schritt zur Fortführung der Reformbewegung dargestellt. In diesem Sinne wies beispielsweise ein Reformjournalist das Argument der Wahlverweigerer, eine Wahlteilnahme sei aufgrund der mangelnden Handlungsfähigkeit gewählter Institutionen in der Islamischen Republik sinnlos, mit der Begründung zurück, dass Kommunalräte, Parlament und Präsident erst über eine langfristige Veränderung und allmähliche Stärkung ihre eigentliche Stellung im politischen System annehmen könnten. Von Beginn an ein vollständiges Funktionieren zu erwarten, führe automatisch zu Enttäuschungen und die Prämisse, nur an freien und fairen Wahlen teilnehmen zu wollen, verwandle Demokratie in einen unerreichbaren Traum. Für den Journalisten bildete gerade die allmähliche Verbreitung und Verwurzelung demokratischer Verfahrensweisen in Gesellschaft und Politik den eigentlichen Leitgedanken der Reformbewegung.⁵¹ Daneben bemühte sich ein anderer Journalist, selbst noch im Wahlsieg Ahmadinezhads eine Motivation für die Wahlteilnahme und eine Fortführung der Reformen auf diesem Wege zu erkennen: wenn diejenigen politische Akteure, die demokratische Werte im Grunde gar nicht respektierten und mitunter zur Durchsetzung ihrer Ziele auch zu Gewalt griffen, Wahlen nutzten, um Macht zu erlangen, so müssten doch all jene, die an den Einsatz gewaltfreier Mittel in der Auseinandersetzung um politischen Einfluss glaubten, erst recht an Wahlen teilnehmen und diese Institution dadurch weiter stärken.⁵²

Zugleich mit der Verwerfung anderer Oppositionsstrategien, wie eben Wahlboykott oder Referendum, bemühten sich die Meinungsführer unter den Wahlbefürwortern allerdings auch immer wieder darum, Respekt für andere Standpunkte zu bezeugen und in ihren Beiträgen Brücken zu den Gegnern der Wahlteilnahme zu schlagen. Wiederholt forderten einige der zentralen Blogger zur Mäßigung in der Diskussion auf, wiesen Beleidigungen sowie unsachliche Argumente zurück und unterstrichen so den „demokratischen Charakter“ der Debatte. Einen Tag vor den Wahlen schrieb einer der Reformjournalisten einen eher versöhnlichen Artikel, in dem er sowohl Befürworter als auch Gegner der Wahlteilnahme mahnte, bei allen Meinungsverschiedenheiten das gemeinsame Ziel nicht aus den Augen zu verlieren:

51 „Öffentliche Meinung“, Blog Namay-e Ayandeh vom 23.11.2006.

52 „Lernen wir von Ahmadinehad“, Blog Samimanehtar vom 19.11.2006.

„Es darf nicht vergessen werden, dass wir uns auf beiden Seiten für eine bessere Zukunft Irans einsetzen und hierbei unser Traum die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes von jenen Fesseln ist, deren Stricke die autoritäre Herrschaft jeden Tag fester und fester um Iran zieht.“⁵³

Insgesamt also bot die Blogosphäre im Falle der Debatte um die Wahlteilnahme Raum für den Austausch verschiedener Positionen innerhalb einer Diskussionsgemeinschaft, deren Mitglieder sich prinzipiell den Anhängern politischer Reform und Veränderung zurechnen lassen. Das Format des Weblogs förderte dabei nicht nur die persönliche Meinungsäußerung, sondern auch eine Vernetzung mit anderen Kommunikationsteilnehmern und Onlinemedien. Auf diesem Weg konnte eine ebenso aktuelle wie intensive Debatte entstehen, in der bestimmte Journalisten und Reformaktivisten zwar eine meinungsprägende Rolle spielten, aber durchaus auch andere Stimmen Gehör fanden. In diesem Meinungsaustausch brachten die beteiligten Blogger verschiedene politische Ideen und Werte zur Sprache, die sie mit Bezug auf die gegenwärtige Situation ihres Landes interpretierten. Indem sie Sinn und Funktion der Wahlen als politisches Prozedere diskutierten, erfüllten sie gleichzeitig die Konturen einer zweiten, nicht weniger demokratisch gearteten Institution mit Leben: tatsächlich zeigt sich hier eine partizipative und kritische Gegenöffentlichkeit. Obgleich diese aufgrund geringer Reichweite und begrenzter Teilnehmerzahl vor allem die Eigenevaluation und Selbstvergewisserung einer Informationselite aus dem unmittelbaren Umfeld der politischen Reformakteure zu unterstützen schien, ist die Bedeutung derartiger Kommunikationsräume keinesfalls zu unterschätzen. In einer Phase, in der sich wandlungs- und demokratieorientierte Akteure an deutlich veränderte politische Rahmenbedingungen mit eingeschränktem Handlungsspielraum anpassen mussten, trug die Diskussion in den Blogs dazu bei, die Ziele, Strategien und letztendlich auch die Identität der iranischen Reformbewegung zu verhandeln. Vor allem zwischen den unmittelbaren Anhängern der politischen Reformen und den Vertretern einer breiteren Bewegung für demokratische Veränderung fand hierbei ein wichtiger Austausch statt. Letztere standen den Reformern nach Scheitern der Khatami-Regierung kritisch gegenüber. Innerhalb der in den Blogs gebildeten Gegenöffentlichkeit konnte somit ein rationaler Abgleich der gegenseitigen Standpunkte stattfinden, der eine erneute Annäherung zwischen den politischen Reformern und einer zivilgesellschaftlichen Basis förderte. Den jungen reformorientierten Bloggern und Journalisten fiel dabei eine wichtige Vermittlerrolle zu. Mit ihrer Medienkompetenz und ihren progressiven Ansichten prägten sie auch die weitere Entwicklung der Reformbewegung. In gewissem Maße reifte in derartigen Debatten die politische Kultur, die eine Mobilisierung der Zivilgesellschaft zugunsten

53 „Die morgige Wahl“, Blog Daftarcheh Mokhateb vom 14.12.2006.

der Reformkandidaten im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2009 ermöglichte und anschließend die entschlossene Verteidigung des Rechts auf freie Wahlen durch die grüne Protestbewegung vorantrieb.

KOLLEKTIVES HANDELN: BLOGS ALS BASIS

Die bisherigen Darstellungen haben deutlich gemacht, dass Verbindungen zu anderen Bloggern eine wesentliche Motivation für das Führen eines Weblogs sind. Erst die Reaktionen der Leser werten die Einträge eines Blogs auf, über die Kommentierung von Beiträgen kann ein Austausch entstehen, in dem Ansichten bestätigt oder herausgebildet werden. Die Beziehungen unter den Bloggern drücken sich zudem durch Verlinkung der eigenen Texte zu denen anderer Weblogs aus. Dadurch stellt ein Blogger inhaltliche Bezüge her und ermöglicht die Ausweitung der Kommunikation. Schließlich besitzen die meisten Blogs eine permanent einsehbare Linkliste („Blogroll“), die Aufschluss über bevorzugte Weblogs und Webseiten gibt. Somit entstehen über Weblogs neue soziale Kontakte, denen aufgrund verschiedenartiger geteilter Interessen ein mehr oder minder starkes Empfinden von Gemeinsamkeit zugrunde liegt. Viele iranische Blogger geben an, über ihr Weblog Bekanntschaften geschlossen zu haben, die ihnen sonst vorenthalten geblieben wären. Diese Netzwerke haben unterschiedlichste Effekte, die zum Teil auch über die Blogosphäre hinaus gehen können.

Im iranischen Internet entstand beispielsweise im Mai 2002 eines der ersten Internetmagazine durch die Zusammenarbeit mehrerer Blogger: *Cappuccino* bearbeitete mehrere Jahre wöchentlich mit großem Erfolg eine breite Mischung an Themen. Auf Anregung des Autors des Weblogs *Khabgard* wurde ein Wettbewerb für Kurzgeschichten von Bloggern durchgeführt, zu dessen Juroren unter anderen der im Exil lebende Schriftsteller Abbas Marufi, selbst Inhaber eines Blogs, gehörte. Auch Gruppenweblogs verdeutlichen die Effekte einer über Blogs ermöglichten Bündelung gemeinsamer Interessen. Hierbei handelte es sich entweder um den Zusammenschluss von Weblogs zu einem thematisch orientierten Kreis, wie der Schriftsteller- und Intellektuellenzirkel *Malakut*. Oder aber mehrere Autoren arbeiteten gemeinsam an einem Weblog, wie bei dem bereits erwähnte Blog *Hanuz*, das einigen Journalisten der geschlossenen Reformzeitungen *Yas-e now* und *Vaqaye Etefaqiye* die Gelegenheit zur Fortführung ihrer Profession gab. Gruppenblogs existierten zu den verschiedensten Themen und boten laut einem der Mitbegründer von *Hanuz* eine ideale Antwort auf die Herausforderung, ein Blog möglichst aktuell und abwechslungsreich zu führen: Durch die verschiedenartige Bearbeitung eines

Themas würden innerhalb der Autorengruppe Diskussionen angestoßen, die sich auch im Publikum fortsetzten.⁵⁴

Die Blogdebatte zu den Kommunalwahlen 2006 liefert ebenfalls ein Beispiel für eine Mobilisierung von Bloggern außerhalb des Internets. Knapp zehn Tage vor den Wahlen organisierten einige engagierte Blogger und Debattenteilnehmer mit direkten Verbindungen zum Wahlbüro der Reformkoalition in Teheran eine Diskussion zwischen Webloggern und Reformkandidaten. Die Ankündigung dieser Veranstaltung wurde vollständig über Weblogs verbreitet und letztendlich erschienen knapp 150 Personen – deutlich mehr, als die Organisatoren erwartet hatten.⁵⁵ Die Kandidaten fanden hier Gelegenheit, sich potentiellen Wählern vorzustellen, umgekehrt konnten Fragen an sie gerichtet werden. Im Laufe der Versammlung kam es offenbar auch zu Meinungsverschiedenheiten mit einigen Befürwortern des Wahlboykotts im Publikum. Im Nachhinein bezeichnete ein Blogger, der als Moderator die Sitzung leitete, den direkten Kontakt zwischen Politikern und Bevölkerung als wichtigstes Resultat dieser Veranstaltung: einerseits konnten die teilnehmenden Blogger so die Kandidaten und ihr Programm kennen lernen, andererseits seien diese unmittelbar den Fragen und Standpunkten vor allem junger Menschen ausgesetzt gewesen, wodurch bei ihnen Kritikfähigkeit und das Verständnis für gesellschaftliche Realitäten erhöht würden.⁵⁶

Darüber hinaus stärkte die Versammlung natürlich auch Verbindungen innerhalb der Bloggergemeinschaft. Zahlreiche Teilnehmer kannten sich nur über ihre Blogs und trafen sich nun persönlich. Einer der aktivsten Autoren des Netzwerkes aus der Provinz Khorassan hatte die Veranstaltung zum Anlass für eine Reise in die Hauptstadt genommen und begegnete hier einigen langjährigen Mitbloggern zum ersten Mal. Die politische Grundstimmung innerhalb der Diskussionsgemeinschaft fand zudem auch eine symbolische Ausdrucksform: der junge Reformkandidat Shahabeddin Tabatabai hatte zuvor im Internet die Idee propagiert, durch ein gemeinsames Erkennungsmerkmal die eigene Ablehnung der Politik von Ahmadinezhad deutlich zu machen. Auf den anschließend in der Blogosphäre verbreiteten Fotos der Versammlung ließ sich erkennen, dass einige Teilnehmer mit dem vorge schlagenen weißen Schal erschienen.

Schließlich wirkte das Treffen mit den Kandidaten auch wieder auf die Blogosphäre zurück und intensivierte hier den Austausch zu den Kommunalwahlen.

54 Saidabadi, Ali Asghar: „Gruppenblogs, erste Zirkel des Dialogs“, BBC Persian vom 14.11.2004.

55 „Report über die Sitzung der Reformkandidaten mit den Bloggern“, Blog Alpar vom 07.12.2006; „Über die Sitzung von gestern“, Blog Daftarcheh Mokhateb vom 07.12.2006.

56 Interview, Teheran 14.11.2008.

Die Blogger veröffentlichten Fotos, Erlebnisberichte und persönliche Bilanzen der Veranstaltung, nahmen dabei deren Inhalte und etwaige Kontroversen wieder auf und setzten auf diesem Wege die Diskussion fort. Der bekannte Blogger und ehemalige Vizepräsident Khatamis Mohammad Abtahi sah genau hierin die Bedeutung der Veranstaltung: angesichts der medialen Übermacht der konservativen Rivalen seien Weblogs eines der wichtigsten Medien für die Reformer, um ihre Kandidaten bekannt zu machen.⁵⁷

Kampf um Meinungsfreiheit

Abgesehen vom speziellen Fall der Kommunalwahlen 2006 schienen Weblogs sich vor allem dann als besonders wirkungsvolles Mittel der Mobilisierung und des kollektiven Handelns zu erweisen, wenn es um die Verteidigung der eigenen Handlungsspielräume, also der Zurückweisung von Zugriffen auf die Meinungsfreiheit ging. Dies lässt sich durch verschiedene Fallbeispiele illustrieren. Als im April 2003 mit Sima Motallebi der erste iranische Blogger durch den Teheraner Staatsanwalt Mortazavi verhaftet und drei Wochen lang unter Gewaltanwendung verhört wurde, gelang es der Bloggergemeinde mit einer Online-Petition die Aufmerksamkeit der Organisation Reporter ohne Grenzen und ausländischer Medien zu gewinnen. Motallebi selbst erklärte später, dass diese Kampagne Druck auf seine Vernehmer ausgeübt und letztlich seine Freilassung bewirkt habe.⁵⁸ Anlässlich des UN-Gipfels zur Weltinformationsgesellschaft Ende desselben Jahres bestürmten iranische Blogger den offiziellen Weblog der Veranstaltung mit Meldungen über die verschärfte Internetzensur in Iran. Daraufhin musste Staatspräsident Khatami, als Teilnehmer des Gipfels, während einer Pressekonferenz den internationalen Journalisten Rede und Antwort zur Sperrung von Webseiten in Iran stehen.⁵⁹

Ein prägnantes Beispiel für die kollektive Auseinandersetzung von Webloggern mit dem repressiven autoritären Staat lieferte jedoch die so genannte „Blogger-Akte“. Im Sommer 2004 verschärfte der Teheraner Staatsanwalt Mortazavi, der sich bereits durch sein striktes Vorgehen gegen die Reformpresse einen Namen gemacht hatte, die Maßnahmen gegen reformorientierte Internetpublikationen. Webseiten wie *Ruydad*, *Bamdad* und *Emruz* waren zum Ersatz für verbotene Publikationen der progressiven Reformer geworden, die zu diesem Zeitpunkt über keine eigene Tageszeitung mehr verfügten. Vor allem *Emruz* hatte sich mit der Veröffentlichung

57 „Weblogger und Reformkandidaten“, Blog Webnevesht vom 07.12.2006.

58 Bucar/Fazaeli: Free Speech, S. 406ff.; „Zensiert, verhaftet, exiliert – In meinem Weblog fühlte ich mich frei“, Spiegel Online vom 06.05.2004.

59 „Iranian bloggers rally against censorship“, BBC News vom 11.12.2003; „Iran’s president defends web control“, BBC News vom 12.12.2003.

von politischen Analysen und Artikeln, die in den Printmedien der Zensur zum Opfer gefallen wären, bei den Reformgegnern unbeliebt gemacht. Im August 2004 verhaftete die Staatsanwaltschaft Mitarbeiter des technischen Personals sowie der Provider dieser Webseiten. Diese wurden zur Herausgabe von Passwörtern und Hintergrundinformationen gezwungen und die Webseiten geschlossen.⁶⁰ Im September ließ Mortazavi dann ebenfalls mehrere Journalisten und Blogger in Haft nehmen, deren Artikel auf den beiden Nachrichtenseiten erschienen waren.

Der Fortgang dieser Auseinandersetzung konnte in den Inhalten von Blogs und der Presse nachverfolgt werden. In Reaktion auf die Schließung von *Emruz* organisierte der im kanadischen Exil lebende iranische Blogger Hossein Derakhshan eine Kampagne im Internet, bei der sich Weblogs und Onlinemedien einen Tag lang in *Emruz* umbenannten. Unter dem Motto „Heute sind wir alle *Emruz*“ sollte somit auf die zunehmende Internetzensur in Iran aufmerksam gemacht werden.⁶¹ Neben vielen bekannten Bloggern und Journalisten schloss sich auch Mohammad Abtahi dem Protest an und berichtete in seinem Blog von der bewegten Reaktion Mostafa Tajzadehs, des verantwortlichen Herausgebers von *Emruz*, und leitete dessen Dank für die Unterstützung an die Bloggergemeinde weiter.⁶² Bemerkenswert war hierbei, dass sich mehrere regimekritische Kampagnenteilnehmer in ihren Weblogs ausdrücklich von der politischen Position der geschlossenen Reformwebseiten distanzieren, aber im Einsatz für die Meinungsfreiheit dennoch für einen Tag deren Namen annahmen.⁶³ Die Kampagne erregte letztlich auch die Aufmerksamkeit ausländischer Medien, die in Folge für eine Freilassung der inhaftierten Internetjournalisten eintraten.⁶⁴ Hier zeigte sich ein transnationaler „Bumerang-Effekt“: In Verteidigung des universellen Werts der Meinungsfreiheit konnten die iranischen Blogger über die Netzwerke im Internet zumindest kurzzeitig eine westliche Öffentlichkeit mobilisieren und dadurch den Druck auf das Regime erhöhen.

Die Reaktion folgte prompt. Wenige Tage später veröffentlichte die ultrakonservative Tageszeitung *Keyhan* unter dem Titel „Das Spinnennetz“ einen Leitarti-

60 Iran Human Rights Documentation Center: „Ctrl+Alt+Delete: Iran’s Response to the Internet“, New Haven 2009.

61 „Niederlage für Mortazavi: Montag werden wir alle Emruz“, Blog Sardabir Khodam vom 13.09.2004.

62 „Emruz“, Blog Webnevesht vom 20.09.2004.

63 „Mit den Waffen Copy und Paste ziehen wir in den Krieg gegen Mortazavi!“, Blog F.M.Sokhan vom 16.09.2004.

64 U. a.: „Iran’s bloggers in censorship protest“, BBC News vom 22.09.2004; „Zensur im Iran: Europas Internet-Medien fordern Freilassung von Journalisten“, Spiegel Online vom 20.09.2004; „Teheran geht gegen Online-Journalisten vor“, Süddeutsche Zeitung (Internetausgabe) vom 20.09.2004.

kel, der ein Netzwerk von Iranern in In- und Ausland „aufdeckte“, die angeblich mithilfe der US-amerikanischen CIA am Umsturz der Islamischen Republik arbeiteten. Wichtige Knotenpunkte dieser Verschwörung seien Webseiten wie *gooya* und *BBC Persian*, welche die Anweisungen aus den USA bis in die iranischen Reformzeitungen weiterleiteten. Während bekannte iranische Exiljournalisten als Mitwirkende namentlich genannt wurden, führte der Artikel die angeblichen Vertreter des Netzwerks innerhalb Irans nur mit deren Initialen auf. Laut *Keyhan* sollten die über das Internet verbreiteten Artikel Propaganda gegen das System verbreiten, die staatlichen Behörden unterwandern und neue Mitglieder anwerben. Zudem verleiteten die zum „Spinnennetz“ gehörenden Weblogs iranische Jugendliche zu Unmoral und Prostitution!⁶⁵

Diese Verschwörungstheorien verdeutlichten einmal mehr die Sichtweise der iranischen Ultrakonservativen auf das Internet und die angeblich davon ausgehende Bedrohung. Zugleich bestätigte sich die enge Verbindung zwischen *Keyhan* und radikalen Akteuren in Justiz und Sicherheitsdiensten: Der Artikel hatte nicht nur einige der bereits inhaftierten Blogger unter deren Initialen aufgeführt, auch andere der Genannten wurden kurze Zeit nach Erscheinen des Artikels auf Anweisung Mortazavis in Haft genommen. Zeitweilig befanden sich bis zu 20 Personen im Zusammenhang mit der „Blogger-Akte“ in Untersuchungshaft. Vier der inhaftierten Journalisten wurden unter Anwendung von Gewalt und psychologischem Druck gezwungen, Geständnisse in Anlehnung an die Argumentation des *Keyhan*-Artikels zu formulieren, mit denen unter anderen auch führende Reformakteure wie Tajzadeh und Nabavi diskreditiert werden sollten. Die Geständnisse wurden anschließend publik gemacht. Nachdem anfänglich nur konservative Medien dazu bereit waren, setzte Mortazavi persönlich eine Veröffentlichung in verschiedenen Reformzeitungen durch. Als der Vorsitzende der iranischen Journalistenvereinigung Ali Mazrui, dessen Sohn Hanif ebenfalls zu den verhafteten Bloggern zählte, öffentlich auf die Folter hinwies, die diesen Geständnisse zu Grunde lag, wurden die vier Journalisten von Mortazavi genötigt, ihre Aussagen im Fernsehen zu wiederholen.⁶⁶

In Folge schlug die Affäre um die Reformblogger in der iranischen Öffentlichkeit immer größere Wellen. Der Sprecher der Reformregierung Ramazanzadeh erklärte in einem Gespräch mit Journalisten, dass die gesamte Affäre auch internationale Aufmerksamkeit erzeuge und für Iran zu diplomatischen Schwierigkeiten führen könne. Präsident Khatami bezeichnete das Vorgehen der Justiz als unangemessen und forderte rasche Aufklärung.⁶⁷ Unterstützt wurde er dabei von seinem mittler-

65 „Das Spinnennetz“, *Keyhan* (Internetausgabe) vom 29.09.2004.

66 Iran Human Rights Documentation Center: „Forced Confessions: Targeting Iran’s Cyber-Journalists“, New Haven 2009.

67 „Anklagen der Internetaktivisten verkündet“, *BBC Persian* vom 02.11.2004.

weile zurückgetretenen Vizepräsidenten Abtahi, der – wie viele andere Blogger auch – die Verhaftungen in seinem Blog diskutierte, durch seine besondere Position aber auch die Äußerungen aus Regierungskreisen dazu verbreiten konnte.⁶⁸ Als die vier Journalisten schließlich vor der von Khatami eingerichteten „Kommission zur Überwachung der Verfassung“ ihre Geständnisse zurücknahmen und von den Misshandlungen berichteten, beschrieb Abtahi in seinem Blog ausführlich den Schock der Kommissionsmitglieder, darunter der Justizminister und ein Mitglied des Expertenrats, und machte somit das Komplott der Ultrakonservativen um Mortazavi öffentlich.⁶⁹

Die Affäre erhielt zusätzliches Gewicht, als sich auf Vermittlung Khatamis der Leiter der Judikative Ayatollah Shahrudi bereit erklärte, einige der betroffenen Journalisten zu empfangen. Auch über dieses Treffen berichtete Abtahi in seinem Weblog. Dadurch wurde öffentlich, dass der Staatsanwalt Mortazavi nicht nur auf Eigeninitiative und ohne Wissen seines obersten Vorgesetzten gehandelt hatte, sondern diesem darüber hinaus auch durch gefälschte Fotos und einseitige Darstellungen die Gefährlichkeit des Internets dargestellt hatte. Abtahi machte ebenfalls das durchaus außergewöhnliche Versprechen Shahrudis publik, sich fortan persönlich für die Journalisten und Blogger einzusetzen.⁷⁰

Insgesamt wird deutlich, dass Weblogs durchaus zur Bildung von Netzwerken beitragen können, die eine Basis für kollektives Handeln bilden: angefangen von den Zusammenschlüssen einiger Blogger mit gemeinsamen Interessen zu Gruppenblogs, über das Treffen der Debattenteilnehmer mit den Reformkandidaten zu den Kommunalwahlen 2006 bis hin zur Verteidigung der Meinungsfreiheit im Zuge der Affäre um die inhaftierten Blogger. Die Blogartikel von Abtahi zu den Verhaftungen kritischer Blogger verdeutlichen, wie durch Weblogs Informationsblockaden wirkungsvoll umgangen werden konnten, somit mehr Transparenz erzeugt und sogar eine gewisse Mobilisierung der öffentlichen Meinung ermöglicht wurde. Die Effektivität der Blogs zeigte sich dabei vor allem in der raschen Übermittlung und Erörterung von Informationen, der Initiierung kurzfristiger Kampagnen und einer transnationalen Reichweite, die auch eine Zusammenarbeit mit Mitgliedern der Exilgemeinde oder ausländischen Medien ermöglichte. Über die gemeinsame Erfahrung des Bloggens bildeten sich neue Verbindungen zwischen Reformpolitikern,

68 „Reaktion Khatamis auf fortgesetzte Verhaftungen von Bloggern“, Blog Webnevesht vom 26.11.2004. Zum selben Thema in Abtahis Blog Webnevesht: „Schlimmste Folter“, 06.12.2004; „Blogger noch immer Geiseln“, 16.12.2004; „Dreistündiges Treffen der Verfassungsaufsichtskommission mit den Bloggern“, 27.12.2004.

69 „Omid Memariyan und Ruzbeh Mirebrahimi in der Sitzung der Verfassungsaufsichtskommission“, Blog Webnevesht vom 04.01.2005.

70 „Treffen der Blogger mit dem Leiter der Judikative“, Blog Webnevesht vom 12.01.2005.

Journalisten und anderen regierungskritischen Mitgliedern der Gesellschaft, die in der Blogosphäre aktiv waren. Hierdurch konnten neue Formen der Solidarität entstehen und wiederum der zivilgesellschaftliche Rückhalt der konfliktorientierten Reformpolitiker gestärkt werden. Ohne entsprechend motivierte Blogger wäre dies jedoch kaum möglich gewesen. Die Blogosphäre eröffnete vor allem Akteuren einer kritischen und engagierten Zivilgesellschaft Möglichkeiten, ihr Handeln in Auseinandersetzung mit dem autoritären Staat effektiver zu gestalten und neue Wege des Austauschs und des Zusammenhalts zu entwickeln.

5. Irans soziale Bewegungen im Netz: Die Medien sind wir

Die bisherige Untersuchung hat bereits die Bedeutung von Onlinemedien für die iranische Reformbewegung verdeutlicht. Nachrichtenseiten und Blogs haben die Herausbildung von Gegenöffentlichkeiten ermöglicht, welche den Informations- und Meinungsaustausch dieser konfliktorientierten Akteure sowie die Entwicklung gemeinsamer Ansichten und Handlungsziele erleichterten. Auf Basis der erarbeiteten Erkenntnisse soll nun die Verwendung digitaler Medien durch die Frauenbewegung und die Grüne Bewegung erörtert werden. Die Frauenbewegung wurde als eine zentrale Triebkraft der iranischen Zivilgesellschaft identifiziert, die nach dem Scheitern der Reformregierung und im Laufe der ersten Amtszeit Ahmadinezhads ihre Eigenständigkeit als soziale Bewegung weiterentwickelte. Dass sie mit ihren Initiativen bestehende Machtverhältnisse wirkungsvoll in Frage stellte, verdeutlichen die zunehmenden Verhaftungen und juristischen Verfolgungen von Aktivistinnen. In Reaktion auf die autoritäre Kontrolle reagierte die Frauenbewegung mit der Ausbildung von flexiblen Netzwerke und themenzentrierten Kampagnen, bei deren Zusammenhalt Internkommunikation eine grundlegende Rolle spielte. Die Bewegung nahm damit im Prinzip wesentliche Muster der Internetanwendung durch die Grüne Bewegung sowie auch durch die späteren Protestbewegungen in den arabischen Ländern vorweg. Mit der Entstehung der Grünen Bewegung nach den Wahlen 2009 endet die Untersuchung. Die Wahlkrise und deren Folgen stellen einen vorläufigen Höhepunkt der Auseinandersetzung strategischer und konfliktorientierter Gruppen in der Islamischen Republik dar. Dieser Konflikt zwischen der Reform- und Demokratiebewegung einerseits und den autoritären Kräften im Regime andererseits spitzte sich innerhalb der letzten zehn Jahre immer mehr zu. Wie ausgeführt gewann das Internet dabei zunehmend an Bedeutung für die Kommunikation der politischen Reformer und der Zivilgesellschaft. Diese Bedeutung verstärkte sich im Zuge der Proteste noch und die Art und Weise, mit der alle beteiligten Akteure das Internet für eine Realisierung ihrer Ziele einsetzten, erhielt eine neue Qualität.

AKTIVISMUS: DIE FRAUENBEWEGUNG

Als eine der ältesten sozialen Bewegungen Irans suchte die Frauenbewegung ihre Belange natürlich immer auch über Medien in die Öffentlichkeit zu tragen. In der Islamischen Republik erschienen verschiedenste Pressepublikationen, bevor das Internet neue Möglichkeiten eröffnete. Die in den 1990er Jahren entstehenden Freiräume für die Presse ließen die Anzahl der Frauenmagazine von acht im Jahr 1992 auf zwanzig in 1998 bis hin zu 38 Publikationen im Jahr 2000 ansteigen.¹ Neben konservativen Zeitschriften, welche familiär und religiös orientierte Wertvorstellungen vermittelten, fanden sich darunter auch progressive Publikationen, die zu meist von Protagonistinnen der politischen Reformbewegung herausgegeben wurden. An erster Stelle stand hier die Monatszeitschrift *Zanan*, auf deren Rolle bei der Formierung eines religiös argumentierenden Feminismus in Iran bereits hingewiesen wurde. *Zanan* hat überdies eine Reihe junger Journalistinnen geprägt, die dann in den Onlinemedien der Frauenbewegung publizierten. Verschiedene Autoren haben die Bedeutung dieser Frauenpresse für die Entstehung eines öffentlichen Diskurses über die soziale und rechtliche Stellung von Frauen in Iran sowie die Herausbildung kollektiver Solidaritäten unter Frauen hervorgehoben. Solcherart aufgeworfene Ideen fanden ihren Weg auch in die übrige Reformpresse. Ende der 1990er Jahre beleuchteten hier vor allem junge Journalistinnen mit großem Enthusiasmus unterschiedlichste Facetten der gesellschaftlichen und politischen Realität von Frauen in der Islamischen Republik.²

-
- 1 Das Forschungszentrum für Medien in Teheran unterteilt die Frauenzeitschriften nach dem Inhalt in allgemeine (4), religiöse (2), rechtliche (1), politische (1), wissenschaftliche (1), soziale (4), künstlerische (2), sportliche (1) und vermischte (1). Davon erscheinen zwei Publikationen wöchentlich, eine alle zwei Wochen, neun monatlich, zwei alle zwei Monate und drei vierteljährlich. Vgl.: Zentrum für Medienforschung: „Bericht über Frauen- und Familienpublikationen“, Teheran 2002, S. 10f. Letzte Zahlen für die zweite Hälfte des Jahres 1380 (2001/02), danach erstellte das Forschungszentrum diese Statistiken nicht mehr.
 - 2 Khibany, Gholam/Sreberny, Annabelle: „The Women’s Press in Contemporary Iran: Engendering the Public Sphere“, in: Sakr, Naomi (Hg.), *Women and Media in the Middle East. Power through Self-Expression*, London/New York: I.B.Tauris 2004, S. 15-38; Kian-Thiébaud, Azadeh: „Women and the making of civil society in the post-Islamist Iran“, in: Hooglund, Eric (Hg.), *Twenty Years of Islamic revolution. Political and Social Transition in Iran since 1979*, New York: Syracuse University Press 2002, S. 56-73; Mir-Hosseini: *Debating*.

Onlinemedien der Frauenbewegung

Die im Zuge der autoritären Regression zunehmenden Einschränkungen für die Reformzeitungen trafen natürlich auch die Frauenpresse. Vertreterinnen der Frauenbewegung entdeckten somit das Internet als neue Publikationsmöglichkeit. Als Zeitungsschließungen und journalistische Restriktionen zunahmen, wanderten Frauenpublikationen, dem generellen Trend des Reformjournalismus entsprechend, mehr und mehr ins Netz ab. Die entstehenden Webseiten veröffentlichten Nachrichten, Analysen und Grundsatztexte zu den Themen der iranischen Frauenbewegung.

Das erste Onlinemagazin der Frauenbewegung wurde ab 2004 unter dem Titel *Zanan-e Iran/Women in Iran* von der Anwältin Shadi Sadr und der Journalistin Asieh Amini herausgegeben. Die Webseite entstand aus einem Lese- und Diskussionszirkel, der die Gründung einer Frauen-NRO vorbereiten sollte. *Women in Iran* bildete mit einer Mischung aus Nachrichten und Grundsatzdebatten lange Zeit ein wichtiges Medium der Frauenbewegung und veröffentlichte auch erste Artikel von Bloggerinnen. Die Webseite wurde zu einer Zielscheibe der staatlichen Internetzensur und musste die Publikation schließlich einstellen. Sadr veröffentlichte dann ab 2006 die Webseite *Meydan-e Zanan*, welche sich zu einer zentralen Plattform der Frauenbewegung entwickelte. Zuvor hatte sie die NRO *Rahi* gegründet, die Rechtsberatung für Frauen anbot und für eine Abschaffung diskriminierender Gesetze eintrat. Die Webseite *Meydan* bündelte dementsprechend verschiedene Initiativen der Frauenbewegung in dieser Richtung, etwa die Kampagne gegen Steinigung, die Kampagne für den Zugang von Frauen zu Fußball- und Sportstadien oder die Kampagne für das Recht iranischer Mütter, ihre Staatsangehörigkeit an ihre Kinder weiterzugeben. Die Seite kritisierte außerdem die Einführung einer Quote, durch die der Hochschulzugang für Frauen begrenzt werden sollte sowie die Einschränkung der sozialen Mobilität von Frauen durch konservative Familienpolitik und restriktive Kleidungs- und Verhaltensvorschriften. Nach dem Machtgewinn der Hardliner wendete sich die Webseite gegen die Ausbreitung „neo-fundamentalistischer“ Sichtweisen und bezog damit eindeutig auch eine politische Position. In der englischen Version einer Grundsatzschrift zum zweijährigen Bestehen von *Meydan* heißt es beispielsweise:

„Iranian neo-fundamentalism uses traditional jurisprudence, patriarchal culture, and the government monopoly of capital to convey only one depiction of women and their legitimate roles. It also uses all alienating violent tools at its disposal to impose this picture on all women. In such a picture, a woman has neither any particular identity nor personality; she can only be defined by her role within the family. In such a familial role, sexual obedience is a must, and gendered division of work/labour is obligatory, and playing the role of mother is dominant over all the potential roles for women. Similarly, neo-fundamentalists propose differentiation in the educational systems for men and women. Such divided systems promote and

strengthen the role of mother and wife for women, and for men, the role of breadwinner, the zealot, and the guardian of women's honour and behaviour, body, clothing and passions.“³

Ein weiteres Onlinemedium der Frauenbewegung war die Webseite des „Vereins Iranischer Frauen“ (*Kanun-e Zanan-e Irani*), der aus dem unter Präsident Khatami gegründeten Partizipationszentrum der Universität Teheran hervorgegangen war (www.irwomen.com). Chefredakteurin der Seite war Zhila Bani Yaqub, eine erfahrene und mehrfach ausgezeichnete Journalistin, die nach den Präsidentschaftswahlen 2009 verhaftet und verurteilt wurde. Ausgehend von der Tatsache, dass „Frauen in verschiedenen sozialen Schichten, besonders aber in den unteren Schichten an Ungleichheit und diskriminierender Gesetzgebung leiden“, setzte sich die Publikation zum Ziel, über die gesellschaftlichen Auswirkungen dieser Diskriminierung und die entsprechenden Aktivitäten der Frauenbewegung zu berichten.⁴ Auch diese Webseite wurde von staatlicher Seite gefiltert und musste immer wieder ihre Adresse ändern. Zudem war sie mehrfach Ziel der Angriffe von Hackern, die islamistische oder beleidigende Botschaften hinterließen.⁵

Tabelle 2: Webseiten der iranischen Frauenbewegung

Name	Herausgeber/in	Entstehungsjahr
<i>Zanan-e Iran</i>	Shadi Sadr, Asieh Amiri	2004
<i>Tribun-e feministi Iran</i>	Markaz-e farhangi-ye zanan	2004
<i>Zanestan</i>	Markaz-e farhangi-ye zanan	2005
<i>Kanun-e zanan-e Iran</i>	Zhila Bani Yaqub	2006
<i>Taghir baray-e barabari</i>	Eine-Million-Unterschriften-Kampagne	2006
<i>Meydan-e zanan</i>	Shadi Sadr, Mahbubeh Abbas Qolizadeh	2006
<i>Madrasesh-ye feministi</i>	Nushin Ahmadi Khorasani, Mansureh Shojai	2007
<i>Ta qanun-e khanevadeh barabar</i>	Jalveh Javaheri, Kaveh Mozaffari	2008

Quelle: Eigene Darstellung

Andere Webseiten der Frauenbewegung waren beispielsweise die 2005 entstandene *Zanestan*, die zwei Jahre später nach wiederholter Blockade ihre Aktivität wieder einstellte sowie *Madrasesh-ye Zanan/Feminist School*, die unter der Leitung der

3 „No to all Neo-Fundamentalist symbols! Meydaan Women's Manifesto on the Occasion of its Second Anniversary“, *Meydan-e Zanan* vom 11.08.2008.

4 „Über uns“, *Kanun-e Zanan-e Irani* vom 16.07.2006.

5 Interview mit Mitarbeiterin der Webseite, Teheran 05.11.2008.

langjährigen Aktivistin Nushin Ahmadi Khorasani vor allem die Förderung inhaltlicher Debatten zum Feminismus anstrebte. Daneben bildete auch die aufgrund staatlicher Filterblockaden immer wieder unter wechselnden Adressen erscheinende Webseite der Eine-Million-Unterschriften-Kampagne ein zentrales Forum der Frauenbewegung. Insgesamt ermöglichten diese Onlinemedien die Verbreitung von Nachrichten und Informationen zu den einzelnen Initiativen sowie grundsätzliche Diskussionen zu Inhalten, Zielen und Strategien der Frauenbewegung. Als Ausgleich zu der von Zensur und Publikationsverboten stärker geprägten Presse eröffnete das Internet somit Freiräume für den internen Austausch der Aktivistinnen und die Herausbildung von Gegenöffentlichkeiten.

Die Bedeutung dieser Webseiten für den internen Austausch der Frauenbewegung zeigte sich auch in dem Hinweis mehrerer Aktivistinnen, dass über die genannten Onlinemedien offensichtlich landesweite Verbindungen innerhalb der Bewegung gestärkt und die dominierende Rolle von Aktivistinnen aus der Hauptstadt abgeschwächt wurden. Die Webseite des Vereins Iranischer Frauen wies bereits in ihrer Selbstauskunft auf dieses Problem hin: Standpunkte von Frauen außerhalb Teherans seien häufig vernachlässigt worden, deshalb bemühe sich die Seite um einen Ausbau von Kontakten zu NROs oder einzelnen Aktivistinnen in entlegenen Regionen.⁶ Obwohl außerhalb der Städte einschränkende Faktoren wie fehlender Computierzugang und mangelnde Medienkompetenz von Frauen noch stärker zum Tragen kamen, entwickelte sich die Webseite einer Redakteurin zufolge somit tatsächlich zu einer Anlaufstelle für Frauen aus den Provinzen. Diese konnten leichter als zuvor in Debatten der Bewegung einbezogen werden und eigene Anliegen vorbringen. Darin übertraf das Internet als Kommunikationsmedium der Frauenbewegung offenbar auch die Presse oder Zeitschriften wie *Zanan*, die in kleineren Städten häufig nur mit Verspätung oder für Abonnenten erhältlich waren. So wandten sich beispielsweise Frauen aus den kurdischen Provinzen Irans an die Redaktion der Webseite, um auf das Problem von Ehrenmorden an Frauen aufmerksam zu machen, das innerhalb dieser Region verbreitet, von den Aktivistinnen in Teheran als Thema aber noch nicht aufgegriffen worden war. Nach einem Fabrikunfall in der zentraliranischen Stadt Arak wiederum, bei dem viele Männer ums Leben kamen, deren Frauen dann auf sich allein gestellt waren, wurden über die Webseite des Vereins Spenden und Unterstützung organisiert.⁷

Auch die Mitinitiatorin der Unterschriften-Kampagne Ahmadi Khorasani weist in ihrem Buch darauf hin, dass die Frauenbewegung lange Zeit die zentrale Stellung Teherans in der Politik und Gesellschaft Irans reproduziert habe, so dass Initiativen und Belange von Frauen aus den Provinzen häufig zurückgestellt oder gar nicht

6 „Über uns“, Kanun-e Zanan-e Irani vom 16.07.2006.

7 Interview mit Mitarbeiterin der Webseite, Teheran 05.11.2008.

wahrgenommen wurden. Die Unterschriften-Kampagne sei bestrebt gewesen, diese hierarchischen Strukturen aufzubrechen und horizontale Netzwerke auszubilden. Ein Mittel dazu war die Ermutigung von Kampagnenteilnehmerinnen aus den Provinzen, an der zentralen Webseite mitzuwirken oder eigene Onlinemedien zu veröffentlichen.⁸ Auf der Internetseite der Kampagne fanden sich dementsprechend Untertiteln für die Beiträge aus einzelnen Städten oder Regionen. Insofern konnte die Frauenbewegung im Internet eine partizipative Gegenöffentlichkeit aufbauen, über die eine interne Diversifizierung der Bewegung gefördert werden konnte. Damit wurden neue Anhänger angesprochen und die gesellschaftliche Rückbindung der Frauenbewegung gestärkt.

Bloggen für Gleichberechtigung

Wie die Untersuchung der reformorientierten Webseite *Emruz* und der Bloggerdebatte zu den Kommunalwahlen 2006 gezeigt hat, belebten und erweiterten Blogs die durch Nachrichtenseiten und Internetplattformen konfliktorientierter Akteure formierten Gegenöffentlichkeiten im Internet. Dies bestätigte auch die Nutzung von Blogs durch Aktivistinnen der iranischen Frauenbewegung: Viele in der Frauenbewegung aktive Journalistinnen schrieben ein Blog, umgekehrt nutzten andere engagierte Frauen ebenfalls die neue Kommunikationsmöglichkeit und begannen zu bloggen. Tatsächlich fanden sich unter den ersten Bloggern, die einen gewissen Bekanntheitsgrad erreichten, zahlreiche Frauen.

Die Verfasserin des Weblogs *Zannevesht*, Parastu Dukuhaki, beispielsweise arbeitete als Journalistin für verschiedene Reformzeitungen sowie die Zeitschrift *Zanan*. In einem Gespräch mit einem anderen Blogger erinnert sie sich, dass eine wesentliche Motivation für ihr Debüt als Bloggerin Mitte 2002 die Tatsache gewesen sei, dass zu dieser Zeit kaum Sichtweisen und Anliegen von Frauen im persischsprachigen Internet artikuliert wurden. Als Journalistin schrieb sie dann in ihrem Blog über Themen von öffentlichem Interesse, scheute aber auch vor Persönlichem nicht zurück.⁹ Auch eine andere Aktivistin und Bloggerin war zugleich als Journalistin für die Zeitschrift *Zanan* sowie die Webseiten *Women in Iran* und *Meydan-e Zanan* tätig. Für sie stellte ihr Weblog eine Möglichkeit dar, Themen mit größerer Bandbreite und Ausführlichkeit zu behandeln. Zugleich beschrieb sie Bloggen als eine Art Ventil, über das sie den Druck, dem sie als Frau in der Islamischen Republik ausgesetzt sei, loswerden konnte. Dementsprechend unterteilte sie die unterschiedlichen Medien, in denen sie tätig war, anhand der Grenzen, die ihr dabei jeweils gesetzt wurden: so wurde in der Redaktion von *Zanan* zwangsläufig Selbst-

8 Ahmadi-Khorasani: Campaign, S. 67.

9 „Gespräch mit Parastu Dukuhaki“, Blog Billi va man vom 15.04.2005.

zensur ausgeübt, da die Herausgeberin fortwährend um den Erhalt der Zeitschrift besorgt sein musste und die „roten Linien“ des Regimes zu respektieren hatte. Demgegenüber boten Webseiten der Frauenbewegung wie *Meydan-e Zanan* bereits mehr Freiräume, während im eigenen Weblog schließlich alle übrigen Themen Platz fanden.¹⁰

Diese öffentlichkeitsorientierten Bloggerinnen wechselten zudem zwischen der Blogosphäre und anderen Medien. So schrieben nicht nur Journalistinnen aus Reform- und Frauenpresse in der Blogosphäre, sondern Autorinnen, die in der Blogosphäre debütierten, fanden auch den Weg in den Journalismus. Die als „Lady Sun“ auf Englisch und Persisch bloggende Sanam Dowlatshahi beispielsweise, die eine gewisse Berühmtheit in der Blogosphäre erlangt hatte, arbeitete letzten Endes beim Fernsehsender *BBC Persian TV* in London. Auch die spätere Journalistin Farnaz Seifi begann vor allem aufgrund ihres Engagements für die Ziele der Frauenbewegung zu bloggen und arbeitete dann, nachdem sie das Land verlassen hatte, für die Persischredaktion der Deutschen Welle.

Gleichwohl stellte ein Weblog in Iran weitaus mehr dar als ein journalistisches „Notizbuch“, wie es auch Redakteure westlicher Medien häufig führen. Spätestens mit den ersten Verhaftungen von Bloggern wurde klar, dass Bloggen mehr als nur eine Befreiung von redaktionellen Einschränkungen bedeutete, sondern immer auch gleichbedeutend mit dem Austesten politischer Grenzen sein konnte. Für die bloggenden Aktivistinnen kam hierzu noch die Auseinandersetzung mit Normvorstellungen und Tabus, welche die Stellung von Frauen in der Islamischen Republik prägten. Dies zeigte sich zum einen in den Beleidigungen männlicher Leser oder Mitblogger, von denen Journalistinnen berichteten, zum anderen intensivierten Justiz und Sicherheitsdienste in der ersten Amtszeit von Ahmadinezhad die Repression gegen Frauenaktivisten erheblich und gingen dabei auch gezielt gegen Onlineautorinnen vor. Medien der Ultrakonservativen nutzten zudem Texte aus den Blogs von Journalistinnen der Frauenbewegung zu Kampagnen gegen die reformorientierten Printmedien, in denen diese tätig waren. Eine der Bloggerinnen erzählte, dass sie diese Überwachung durch das Regime immer im Hinterkopf habe, jedoch eine gewisse Befriedigung aus der Provokation gewinne, die ihre Blogtexte möglicherweise auf der Gegenseite erzeugten. Dementsprechend bezog sie schon im Titel ihres Blogs eindeutig Position: „*Bis zur Aufhebung des Kopftuchzwangs*“ (*ta rafe hejab-e ejbari*). Für die engagierten Bloggerinnen der Frauenbewegung bedeutete die Veröffentlichung eines Weblogs insofern eine mehrschichtige Form der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen und politischen Einschränkungen der Islami-

10 Interview mit der Journalistin und Bloggerin, Teheran 14.11.2008.

schen Republik. In der Gegenöffentlichkeit der Blogosphäre konnten sie ihre argumentativen Kompetenzen stärken und prägnantere Standpunkte entwickeln.¹¹

Netzwerke des Aktivismus

Abgesehen von der Rolle als Träger einer Gegenöffentlichkeit spielten Onlinemedien im Zuge der autoritären Regression auch eine wichtige Rolle für die strukturelle Entwicklung der Frauenbewegung. Im Frühling 2005, wenige Monate vor der Wahl Ahmadinezhads zum Präsidenten, sagte die Journalistin und Frauenaktivistin Mahbubeh Abbasgholizadeh die Folgen der veränderten politischen Umstände für die Frauenbewegung ganz richtig voraus: „*I would anticipate that in the near future the voice of [the] women’s movement would no longer come from women’s NGOs, because of [a] lack [of] security in the sustainability of resources and the vulnerability of the social environment, but will come from various internet sites.*“¹² Mit dem Machtgewinn der Ultrakonservativen wurden die Handlungsfreiräume der Frauenbewegung mehr und mehr eingeschränkt. Die neue Regierung beschnitt systematisch die organisatorischen Ressourcen des zivilgesellschaftlichen Aktivismus für Frauenrechte. Der wachsende Druck der Justiz auf die Presse hatte zudem zur Folge, dass in den verbliebenen reformorientierten Publikationen die Bereitschaft sank, Themen der Frauenbewegung zu behandeln. So erhielten etwa die Redaktionen die explizite Weisung, Begriffe wie „Feminismus“ nicht mehr zu verwenden.

Die Bewegung reagierte auf das gewandelte politische Umfeld mit einer pragmatischen Umorientierung. Nachdem die Enttäuschung durch die Reformregierung ohnehin zu einer Distanzierung von der Politik geführt hatte, strebten die Aktivistinnen ein eigenständiges Auftreten als flexible soziale Bewegung an. Eine Orientierung auf wenige grundlegende Ziele sollte die Einbeziehung der unterschiedlichen Flügel und Akteure der Frauenbewegung ermöglichen. Im Juni 2005 trat die Bewegung bei einer gemeinsamen Demonstration gegen die rechtliche Diskriminierung von Frauen erstmals in dieser Form öffentlich in Erscheinung. Ähnliche Veranstaltungen im März und Juni 2006 wurden von Seiten des Staates mit Gewalt und Verhaftungen beantwortet. Aus diesen Umständen heraus erwuchs die Idee zur bereits beschriebenen Eine-Million-Unterschriften-Kampagne, die über ein netzwerkartiges, die Rolle aller Teilnehmer gleichermaßen betonendes Vorgehen Ideen und Ziele der Bewegung in der Gesellschaft verbreiten sollte. Für die kommunikativen

11 Interviews mit Aktivistinnen und Bloggerinnen, Teheran 09.11. und 14.11.2008. Dazu außerdem: „Gespräch mit Farnaz Seifi“, Blog Billi va man vom 22.04.2005.

12 Abbasgholizadeh, Mahboobeh: „A Quick Look to Challenges faced by WNGO’s in Iran’s Society“, in: Volunteer. Newsletter of Iranian Civil Society Organizations Resource Center Spring (2005), S. 29.

und organisatorischen Bedürfnisse der Kampagne erschien das Internet wie geschaffen.

Justiz und Sicherheitsapparat reagierte auf die Unterschriften-Kampagne mit verschärften Restriktionen: nachdem ohnehin in den Universitäten keine Räume für Seminare mehr zur Verfügung standen, NROs und kulturelle Einrichtungen um ihr Überleben kämpfen mussten, wurden auch Versammlungen der Aktivistinnen verboten und selbst private Treffen der Kampagnenmitglieder von Polizeikräften unterbrochen. Die Schlüsselfiguren der Bewegung standen unter ständiger Überwachung und wurden juristisch verfolgt. Im Zuge der gewaltsam unterbrochenen Demonstration am 12. Juni 2006 beispielsweise wurden siebzig Männer und Frauen verhaftet, darunter auch führende Aktivistinnen wie Parvin Ardalan, Noushin Ahmadi Khorasani und Susan Tahmasebi. Bei einem gegen die Verurteilung dieser Inhaftierten gerichteten Protest vor dem Teheraner Revolutionsgericht im März des darauffolgenden Jahres wurden wiederum 33 Frauenaktivistinnen in Haft genommen. Auch einfache Teilnehmer der Unterschriftenkampagne wurden für ihre Aktivitäten auf der Straße verhaftet.¹³ Insgesamt schränkte das Regime durch hohen Druck die öffentliche Bewegungs- und Kommunikationsfreiheit der Frauenbewegung immer weiter ein. Im Gegenzug gewann das Internet an Bedeutung. So wurden aufgrund des erschwerten direkten Kontakts zwischen den Aktivistinnen sowie der zunehmenden Unmöglichkeit, Versammlungen abzuhalten, E-Mails, Blogs und Webseiten zu den zentralen Kommunikationsmitteln, mit denen die Aktivistinnen untereinander Kontakt hielten und die vom Regime angestrebte Zersplitterung und Isolierung der Kampagnenteilnehmer verhinderten.¹⁴

Dabei erleichterte das Internet zugleich die Organisation von Verteidigungsmaßnahmen gegen die staatliche Repression. Bei Verhaftungen einzelner Aktivistinnen konnten über Onlinenetzwerke sofort andere Mitstreiterinnen alarmiert werden. Darunter fanden sich auch Fürsprecherinnen der Frauenbewegung im Ausland, die über Kontakte zu westlichen Medien und Menschenrechtsorganisationen verfügten, so dass auf internationaler Ebene für eine Freilassung und rechtmäßige Behandlung der Inhaftierten Druck erzeugt werden konnte. Durch den raschen Informationsaustausch im Internet war das staatliche Vorgehen gegen die Frauenbewegung einer gewissen Transparenz unterworfen und die symbolischen Kosten für Repressionen stiegen. Ein unbemerktes Verschwinden unbequemer Dissidenten etwa war somit nicht mehr möglich.¹⁵

Abgesehen von diesen unmittelbaren Verteidigungsmaßnahmen boten Online-medien verschiedene Möglichkeiten, Solidarität mit den Inhaftierten auszudrücken

13 International Campaign for Human Rights in Iran: Systematic Repression.

14 Interview mit Aktivistin, Teheran 05.11.2008.

15 Ebd.

und deren Fällen eine gewisse öffentliche Präsenz zu bewahren. Die Webseiten und Blogs der Frauenbewegung veröffentlichten beispielsweise Porträts der inhaftierten Aktivistinnen, um ihr Andenken präsent zu halten. Diese Artikel wurden oft auf sehr emotionale Art von Freunden oder anderen Mitstreiterinnen geschrieben, so dass einerseits die Dringlichkeit der Fälle betont, andererseits Zusammenhalt und Engagement der übrigen Bewegungsteilnehmer verstärkt wurde. Auch verschiedene Banner und Poster, die an die Inhaftierten erinnerten und deren Freilassung forderten, zirkulierten im Internet und konnten in persönliche Blogs oder Webseiten integriert werden. Die inhaftierten Aktivistinnen wiederum schilderten nach ihrer Freilassung bzw. teilweise sogar noch telefonisch aus dem Gefängnis ihre Erlebnisse. So wurden nicht nur Verhörmethoden und Haftbedingungen offen gelegt. Im Gefängnis kamen die Aktivistinnen auch in Kontakt mit anderen straffälligen Frauen, deren Fälle zum Teil Beispiele aus erster Hand für die rechtliche Diskriminierung von Frauen im Justizsystem der Islamischen Republik lieferten und somit sowohl die Entschlossenheit der Aktivistinnen als auch die Überzeugungskraft der Bewegung steigerten.

Darüber hinaus thematisierten die Onlinemedien der Frauenbewegung auch die Restriktionen, denen der Frauenaktivismus sowie Frauen allgemein in zunehmendem Maße in der Öffentlichkeit ausgesetzt waren. So diskutierten Blogs die von der Regierung Ahmadinezhad eingeführten „Sittenpatrouillen“ (*gasht-e ershad*), die ab Frühjahr 2006 Kleidungsvorschriften und Kontakte zwischen den Geschlechtern auf den Straßen kontrollierten. Im Internet zirkulierten Fotos von streng in schwarze Chadors gehüllten Polizistinnen, die modisch gekleidete junge Frauen abmahnten oder sogar verhafteten. Auch Bilder des gewaltsamen Vorgehens gegen die Demonstrationen und öffentlichen Treffen der Frauenbewegung wurden auf diese Art verbreitet. In einer gemeinsamen Aktion veröffentlichten Blogs und Webseiten beispielsweise das Foto einer blutenden Frau, die in ein Polizeiauto gedrängt wurde. Somit wurden nicht nur Diskussionen innerhalb der alternativen Öffentlichkeiten des Internets intensiviert und über das gemeinsame Gefühl einer ungerechten Behandlung der Zusammenhalt von Frauen gestärkt. Teilweise gelang es auch, die Aufmerksamkeit internationaler Medien zu erregen, die über die neuerliche Unterdrückung von Frauen unter Ahmadinezhad berichteten.

Eine der führenden Onlinejournalistinnen der Unterschriftenkampagne, Susan Tahmasebi, weist in einem Artikel anlässlich des vierten Jahrestags der Kampagne darauf hin, dass die Kommunikationsstrategien der Frauenbewegung beim Umgang mit Verhaftungen und Repression später auch von der Protestbewegung gegen die Wiederwahl Ahmadinezhads aufgenommen wurden:

„We see now, that many other groups, including journalists, political activists, human rights activists, student activists, etc, who have faced increased crackdowns in the last year, too have utilized this technique which was born out of the necessity of keeping Campaign activ-

ists in the news and bringing attention to the pressures and arrest of younger and lesser known activists.“¹⁶

Das Internet bot somit der von autoritärer Repression bedrohten Frauenbewegung einen Rückzugsort, in dem die Verbindungen der Aktivistinnen untereinander erhalten und die Solidarität innerhalb der Bewegung gestärkt werden konnten. Die Möglichkeit, Informationen rasch zu verbreiten, brachte mehr Transparenz in die Handlungen des Regimes und erhöhte die Kosten der Unterdrückung. Die Verbindungen zu exilierten Aktivistinnen, internationalen Medien und Menschenrechtsorganisationen eröffneten außerdem einen Weg, von außen Druck auf das Regime auszuüben, den die Aktivistinnen auch gezielt einsetzten.

Gewinnung neuer Aktivistinnen

Aufgrund der wachsenden Bedeutung des Internets für die Frauenbewegung spielten Bloggerinnen und Journalistinnen eine immer größere Rolle innerhalb der Bewegung. Aktivistinnen wie Asieh Amini, Susan Tahmasebi oder Shiva Nazar Ahari veröffentlichten in verschiedenen Onlinemedien und prägten das Erscheinungsbild der Bewegung mit ihren pragmatischen und unideologischen Ansichten. Zugleich zogen die verschiedenen Webseiten der Bewegung neue Aktivistinnen an. So beschrieb eine Teilnehmerin der Unterschriftenkampagne in einem im Internet veröffentlichten Interview, dass sie seit Beginn ihres Studiums versucht hätte, sich für Frauenrechte zu engagieren und erst in der Kampagne – über die sie im Internet erfuhr – die gewünschte Möglichkeit gefunden habe: *„I found the Campaign on the internet. Actually, I entered the women’s movement with the Campaign. I had previously tried to join women’s NGOs and to become involved in the women’s movement but had not been met with success in this respect.“*¹⁷ Ähnliche Erfahrungen schilderten auch andere junge Aktivistinnen der Kampagne, die zuvor ein vages Interesse an Frauenrechten und einer Verbesserung der sozialen und rechtlichen Stellung von Frauen in Iran hatten, aber nie eine passende Möglichkeit des Engagements fanden. Auch sie erhielten zumeist Anschluss über das Internet und blieben trotz erfahrener Repressionen und sogar Verhaftungen engagiert:

„Before the start of the Campaign I was not involved in the women’s movement at all, but only read publications and websites related to women’s issues. A few months before the official

16 Tahmasebi, Susan: „Four Years of Engaging Face-to-Face for Women’s Rights“, Webseite der Kampagne (www.sign4change.info) vom 29.08.2010.

17 „Focus on the Campaigner: Hoda Aminian (Interview by Susan Tahmasebi)“, Webseite der Kampagne (www.campaign4equality.info) vom 04.12.2008.

start of the Campaign, I started to read the various sites related to women's issues and heard about the Campaign. [...] I can say that the Campaign worked to raise awareness about women's issues in me. I mean before the start of the Campaign, I always had questions about why things are the way they are, why women face discrimination, why women in our society face cultural impediments and why they are expected to play a certain gender specific role, and why our laws have to work to promote discrimination against women. [...] ... upon my entrance into the Campaign, I became more aware of the impediments that women face in our society, and my questions and concerns became more active, rather than passive and I felt that I now had a strategy for addressing these concerns in a proactive manner.“¹⁸

Die Webseite der Kampagne veröffentlichte solche Schilderungen und ermutigte andere junge Teilnehmerinnen gezielt zur Veröffentlichung ihrer eigenen Erfahrungen. Unter den verschiedenen Seminaren, welche im Rahmen der Unterschriftenkampagne angeboten wurden, waren auch Schreibkurse. Damit suchten die Redakteurinnen der Webseite das bisherige Monopol etablierter Frauenrechtlerinnen über die öffentliche Präsentation und interne Debatten der Frauenbewegung zu brechen und deren interne Pluralisierung zu fördern. Die Aktivistin Susan Tahmasebi bilanziert diesen Ansatz in einem Artikel für die Webseite der Kampagne:

„The site of Change for Equality, by providing space and by publishing writings of younger activists, took solid steps toward breaking the hegemony of the small number of women's rights activists who had received exposure through their writings in reformist publications, women's publications and websites related to women's issues. In so doing, this site has given visibility and voice to unknown but impassioned activists with much to say. [...] The breadth of writings in this section and the range of new writers and activists who have utilized this medium to express their concerns and to relay their experiences are proof enough that the women's movement is much broader than the few who had in the past had the opportunity to write and be published.“¹⁹

Zugleich verdeutlichten Schilderungen von Kampagnenteilnehmern über Erfahrungen beim Unterschriftensammeln den Mut und die Zivilcourage, die das Ansprechen fremder Leute auf der Straße oder in der Metro benötigte. In solchen Texten machten die Aktivistinnen nicht nur ihren Ängsten und Sorgen Luft, sondern beschrieben auch die Gefühle von Erleichterung und Stolz, wenn es ihnen gelungen war, Menschen in eine Diskussion über die Ziele der Kampagne zu verwickeln.

18 „Focus on the Campaigner: Maral Farokhi (Interview by Susan Tahmasebi)“, Webseite der Kampagne (www.campaign4equality.info) vom 29.11.2008.

19 Tahmasebi, Susan: „Four Years of Engaging Face-to-Face for Women's Rights“, Webseite der Kampagne (www.sign4change.info) vom 29.08.2010.

Gleichzeitig lieferten sie Anregungen und Hinweise über die Vorgehensweise beim Unterschriftensammeln in der Öffentlichkeit.²⁰ Diese Artikel lieferten wichtige Motivation für andere Teilnehmer der Kampagne, förderten die Herausbildung einer kollektiven Identität unter den Aktivistinnen und damit insgesamt die Konfliktfähigkeit der Frauenbewegung.

Die im Laufe der Kampagne gesammelten Erfahrungen, das Vertrauen unter den Aktivistinnen und die kommunikativen Netzwerke erleichterten schließlich auch die Organisation nachfolgender Aktionen. Als im Jahr 2008 im Parlament ein Gesetzentwurf zum „Schutz der Familie“ eingebracht wurde, dessen Implementierung eine zusätzliche rechtliche Benachteiligung von Frauen zur Folge gehabt hätte, gelang es den Frauenrechtlerinnen rasch, eine wirkungsvolle Koalition für eine Kampagne gegen das geplante Gesetz auf die Beine zu stellen. Da reale Versammlungen nach wie vor von den Sicherheitskräften bedroht wurden, konnten erste Abstimmungen zur Vorgehensweise der Kampagne über Onlinekommunikation getroffen werden. Einer Aktivistin zufolge zeigte sich hier besonders deutlich, wie das Internet die Geschwindigkeit, mit der die Frauenbewegung gemeinsame Aktionen organisieren konnte, erhöht hatte.²¹ Zugleich konnte die Koalition gegen das Familiengesetz das Internet auch mit einigem Erfolg als Mittel der Mobilisierung einsetzen: Journalistinnen veröffentlichten die Handynummern von Parlamentariern in ihren Blogs und forderten die Leser zu Protestanrufen auf. Andere Webseiten veröffentlichten Protestpostkarten, die ausgedruckt und an den Majles geschickt werden konnten. Im Herbst 2008 gelang es der Koalition immerhin, eine Verschiebung der Abstimmung im Parlament sowie eine neuerliche Debatte des Gesetzentwurfs zu erreichen.²²

Repression und anhaltende Herausforderung

Natürlich zogen die Aktivitäten der Frauenaktivisten im Internet auch die Aufmerksamkeit des Sicherheitsapparats auf sich. In der ersten Amtszeit von Ahmadinezhad war die Frauenbewegung nicht nur einer der aktivsten kollektiven Akteure der ira-

20 Azad, Nafiseh: „Freedom in Love is One-Sided“, Webseite der Kampagne (www.1millionchange.info) vom 22.01.2008; Aeendar, Jamshid: „Collecting Signatures: It Can Be Done!“, Webseite der Kampagne (www.sign4change.info) vom 16.05.2008; Farokhi, Maral: „Collecting Signatures on the Bus“, Webseite der Kampagne (www.sign4change.info) vom 29.08.2010.

21 „Unsere Erfahrungen und Irrtümer: eine lehrreiche Bilanz der Koalition gegen den Gesetzentwurf“, Madraseh-ye Zanan vom 08.10.2008.

22 Interview mit Aktivistinnen, Teheran 09.11.2008. Vgl.: „Iran bill to ease polygamy angers women“, International Herald Tribune (Internetausgabe) vom 04.09.2008.

nischen Zivilgesellschaft, sondern auch besonders von staatlicher Repression betroffen. Die Vorstellungen der ultrakonservativen Regierung zur sozialen und rechtlichen Stellung von Frauen sollten auch im Netz durchgesetzt werden. So richtete sich die allmähliche Verschärfung der Internetfilter auch und vor allem gegen Onlineinhalte, die selbst im weitesten Sinne Frauenthemen behandelten. Dabei kam es sogar zu absurden Blockaden von medizinischen Webseiten. Die verschiedenen Onlinemedien der Frauenbewegung waren besonders von der Internetzensur betroffen und somit zu einem ständigen Katz-und-Maus-Spiel mit den Zensoren gezwungen. Die Webseite der Unterschriftenkampagne wurde bis zum Sommer 2009 21 Mal blockiert und wechselte jeweils immer wieder Server oder Adresse.²³ Trotz dieser erfolgreichen Fortsetzung der Publikation schränkten diese Kontrollmaßnahmen die Reichweite und das potentielle Publikum der Webseite natürlich ein. Zudem wurden Autorinnen oder Journalistinnen, die auf Webseiten der Frauenbewegung veröffentlichten, für ihre Artikel juristisch verfolgt. Für Artikel für die Webseite der Kampagne und das Onlinemagazin *Zanestan* wurden beispielsweise Mariam Hosseinkhah und Jelveh Javaheri im Jahr 2007 wegen „Störung der nationalen Sicherheit und Verbreitung von Lügen“ verhaftet und mit hohen Kautionsstrafen belegt.²⁴ Fatemeh Sadeghi, Universitätsdozentin und Tochter des bekannten Ayatollahs Khalkhali, die auf der Seite *Meydan* einen Grundsatztext zur Frage des gesetzlich vorgeschriebenen Kopftuchs in der Islamischen Republik veröffentlichte, in dem sie die sozialen und politischen Implikationen dieser Vorschrift analysierte, rührte damit eindeutig an ein Tabu und wurde von ihrer Tätigkeit an der Universität suspendiert.²⁵

Insgesamt zeigt die Darstellung der Internetanwendung durch die Frauenbewegung, wie die Kommunikation im Netz die Herausbildung eines flexiblen zivilgesellschaftlichen Netzwerkes erleichterte. Damit wurde der Bewegung nicht nur ein Überleben unter dem zunehmend autoritären Regime ermöglicht, sondern auch die Fortführung und Ausweitung der Aktivitäten. Das Internet war dabei einerseits Ersatz für die durch den Staat blockierten Wege öffentlicher Kommunikation, eröffnete andererseits aber auch neue Wege kollektiven Handelns. Auf diese Art gelang es der Frauenbewegung, die Herausforderung an den autoritären Staat aufrecht zu erhalten. Dies wird in mehrfacher Hinsicht deutlich: Über die kommunikativen Netzwerke im Internet konnten Aktivistinnen den Themen ihrer Bewegung nach wie vor eine gewisse Öffentlichkeit verschaffen, vor allem auf transnationaler Ebene. So machten die persischsprachigen Satellitensender von BBC und VoA in ihren Programmen Platz für Sendungen zur Situation von Frauen. Die Inhalte dieser Sendun-

23 Ahmadi-Khorasani: Campaign, S. 167.

24 International Campaign for Human Rights in Iran: Systematic Repression.

25 Sadeghi, Fatemeh: „Warum der Hejab?“, *Meydan-e Zanan* vom 14.05.2008.

gen basierten vor allem auf den Meldungen von Blogs und Webseiten. International bezeugten die zahlreichen Preise, die ausgewählte Aktivistinnen erhielten, die Aufmerksamkeit, welche die Frauenbewegung trotz autoritärer Kommunikationsblockaden erzielen konnte.²⁶ Innerhalb Irans konnte die Bewegung neue Aktivistinnen gewinnen und über flache Hierarchien und die direkte Einbindung von Anhängern eine bessere gesellschaftliche Reichweite erzielen. Die Frauenbewegung stellte ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis, als sie im Wahlkampf 2009 nach vier Jahren Unterdrückung mit großer Geschlossenheit wieder an die Öffentlichkeit trat und den Reformkandidaten öffentliche Bekenntnisse zu Frauenrechten abringen konnte. Während der Wahlproteste und innerhalb der Grünen Bewegung bildeten Frauenaktivistinnen treibende Kräfte, die mit erprobten Strategien und Methoden den Kampf für Gleichberechtigung solcherart mit dem Einsatz für demokratischen Wandel verbanden.

PROTEST: DIE GRÜNE BEWEGUNG

In Anbetracht der bisher beschriebenen Anwendungen des Internets durch Zivilgesellschaft und Reformbewegung wird deutlich, dass die Kampagnen gegen die Wiederwahl Ahmadinezhads, aus denen im Sommer 2009 letztlich die Grüne Bewegung hervorging, für ihre Kommunikation auf bereits etablierte Formen des Informations- und Meinungsaustauschs im Netz aufbauen konnten. Auch das Regime zeigte im Umgang mit dem Internet bekannte Muster, etwa mit dem Verweis auf die Rolle von Onlinemedien bei der Inszenierung einer „samtenen Revolution“ gegen das System oder mit umfassenden Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen. Sowohl die strategischen Gruppen der Machtelite als auch die konfliktorientierten Herausforderer hatten das Internet lange vor der Wahlkrise als Mittel politischer Kommunikation angenommen und im Umgang mit dem Medium entsprechende Erfahrungen gesammelt. Mit Intensivierung des innenpolitischen Konflikts entwickelten alle Beteiligten bestehende Fähigkeiten und Nutzungsformen entsprechend aufkommender Kommunikationsbedürfnisse, politischer Gelegenheiten und der Handlungen anderer Akteure weiter.

26 Abgesehen vom prominenten Beispiel Shirin Ebadi, die 2003 den Friedensnobelpreis bekam, haben iranische Frauenrechtlerinnen u. a. folgende internationale Auszeichnungen erhalten: Olof-Palme-Prize für Parvin Ardalan (2007), International Women's Media Foundation Award for Courage in Journalism für Zhila Bani Yaghoob (2009), U.S. Secretary of State International Women of Courage Award und Amnesty International's Golden Butterfly Award für Shadi Sadr (2010), Net Citizen Award von Google und Reporters without Borders für die Onlinepublikationen der Unterschriftenkampagne (2010).

Wahlkampf

Wesentliche Grundlagen für die Onlinekommunikation der Grünen Bewegung wurden bereits im Vorfeld der Wahlen während des Wahlkampfs gelegt. Gegen Ende von Ahmadinezhads erster Amtszeit, im Herbst 2008, erwuchs aus dem besonders in der städtischen Mittelschicht weit verbreiteten Verlangen nach einem deutlichen Politikwechsel eine Kampagne für eine erneute Kandidatur Khatamis, die vor allem von jüngeren Reformanhängern getragen wurde. Antrieb erhielten diese Aktivitäten durch die Publikation einer eigens eingerichteten Webseite unter dem Namen *Mowj-e Sevvom*, die nach dem bereits beschriebenen Muster iranischer Nachrichtenseiten funktionierte.²⁷ Neben aktuellen Nachrichten erschienen auf dieser Webseite verschiedene Artikel von Reformintellektuellen und Journalisten, in denen diese für eine dritte Amtszeit Khatamis argumentierten. So listete Hamidreza Jalaepur, Mosharekat-Mitglied und Vater eines der Initiatoren der Webseite, in einem der ersten Artikel vierzig verschiedene Gründe auf, die für eine Kandidatur Khatamis sprachen – angefangen von dessen charismatischem Auftreten bis hin zu einer möglichen Entspannung der Beziehungen zwischen Iran und den USA.²⁸ Auf der Webseite fand sich außerdem eine Unterschriftensammlung, durch die der frühere Präsident zur Rückkehr in die aktive Politik überzeugt werden sollte. Der ehemalige Vizepräsident Khatamis, Mohammad Abtahi, bezeichnete die Webseite und die dahinter stehende Kampagne in seinem Blog als spontane Initiative der Zivilgesellschaft, die keinesfalls mit Khatami oder dessen Umfeld abgestimmt worden sei.²⁹

Eine weitere neue reformorientierte Nachrichtenseite war *Yari News*, die ebenfalls eine Kandidatur Khatamis unterstützte. Aus dem Umfeld Karrubis, der schon im Herbst 2008 als einziger Reformverpflichteter zugesichert hatte, zu kandidieren, wurde die Webseite *Taghir* veröffentlicht. Sie entstand unter Mitarbeit einiger Journalisten der geschlossenen Tageszeitung *Sharq* und des Magazins *Shahrvand-e Emruz* um Mohammad Qowchani und hatte sich bei der Namensgebung („*Change*“) ganz offensichtlich an der US-Wahlkampagne Barack Obamas orientiert. Als Mussavi im März 2009 endlich seine Kandidatur erklärte, publizierten seine Anhänger neben der Zeitung *Kalameh-ye Sabz* auch eine Webseite namens *Qalam News*. Die Nachrichtenseiten und Blogs mit Khatami-Nähe stellten sich nach dessen Rückzug von einer Kandidatur meist hinter Mussavi. Ähnlich wie die hier zuvor untersuchte Internetpublikation *Emruz* verbreiteten diese Webseiten Nachrichten,

27 „Dritte Welle“ – Verweis auf die erhoffte dritte Amtszeit Khatamis.

28 „Vierzig Gründe für eine notwendige Kandidatur Khatamis“, *Mowj-e Sevvom* vom 02.09.2008.

29 „Eine zivile Kampagne zur Einladung von Herrn Khatami“, Blog *Webnevesht* vom 07.11.2008.

Analysen und Standpunkte aus dem Reformlager, mit denen die Kampagne der beiden Kandidaten unterstützt und der eingeschränkte Zugang zu anderen Medien ausgeglichen werden sollte.

Mit allmählicher Intensivierung der Kampagne fanden die Wahlen natürlich auch in der Blogosphäre Niederschlag. Bereits bei den vorherigen Präsidentschaftswahlen 2005 hatten zahlreiche Weblogs erstmals die einzelnen Kandidaten und die Frage der Wahlteilnahme debattiert. Dabei hatten viele Weblogs entweder den Reformkandidaten Moin unterstützt oder aber in großer Zahl für einen Boykott plädiert. Moin hatte selbst ein Weblog eröffnet und mit einigen bekannten Bloggern Treffen organisiert – allerdings ohne dadurch tatsächlichen Einfluss auf die Anzahl der für ihn abgegebenen Stimmen nehmen zu können. Den Beobachtungen iranischer Journalisten zufolge erschien die Blogosphäre vier Jahre später durch die Entstehung zahlreicher neuer Blogs mit Nähe zu Ahmadinezhad und dem konservativen Lager politisch weiter ausdifferenziert. Ein Teil der zuvor über Blogs verwirklichten Kommunikationsbedürfnisse wurde zudem inzwischen von sozialen Netzwerken wie Facebook übernommen. Dies führte einerseits zu einer Verringerung der Gesamtzahl von Beiträgen, andererseits stiegen mitunter Qualität, Reichweite sowie Vernetzung der Blogs mit anderen Anwendungen und Formaten des Internets. Die Blogosphäre reagierte auf Reden und Veranstaltungen des Wahlkampfes, die Debatten der Kandidaten im Fernsehen und leitete Flyer, Broschüren oder Filme der Kampagne weiter. Im Gegensatz zum Jahr 2005 schienen nun mehr Blogger ihre Leser von der Notwendigkeit der Wahlteilnahme überzeugen zu wollen.³⁰

Erstmals spielten auch soziale Netzwerke wie Facebook eine Rolle im iranischen Wahlkampf. Facebook war vom Mai 2008 bis zum darauffolgenden Winter gefiltert worden, dann aber genau während der Monate vor der Wahl frei zugänglich. In dieser Zeit stieg die Zahl der iranischen Nutzer rapide. Ein iranischer Internetaktivist bezeichnete dies als gezielte Strategie der Regierung, um zu einer Zeit, als soziale Medien in Iran noch wenig Wirkung gezeigt hatten, das Partizipationsverlangen der modernen Mittelklasse in vermeintlich risikoarme Bahnen zu lenken.³¹ Gleichwohl schienen die entsprechenden Behörden die Möglichkeiten von Facebook rasch erkannt zu haben, denn etwa drei Wochen vor dem Wahltermin wurde die Seite wieder zensiert. Wie schon zuvor bei anderen neuen Internetanwendungen entdeckten zunächst eher reformorientierte und regierungskritische Nutzer das Netzwerk als Medium für sich, während die Regierungsfraktion auf-

30 „Welchen Einfluss haben Weblogs auf die Wahlen?“, BBC Persian vom 09.06.2009; „Für welchen Kandidaten schreiben Blogger?“, BBC Persian vom 09.06.2009; „Persisches Weblogestan – Leben oder Niedergang?“, Deutsche Welle Farsi vom 01.09.2010.

31 „126,000 Fans Cheer Mousavi’s Opposition Facebook Group“, Global Voices Online vom 05.05.2010.

grund der ihr zur Verfügung stehenden Massenmedien weniger Interesse zeigte. Doch auch die Reformkandidaten selbst nahmen Facebook verhältnismäßig spät an und verdankten die Erschließung dieses neuen Kommunikationspotentials vor allem ihren jungen Anhängern. Zum Auftakt seiner Kandidatur hatte Mussavi die Devise „Jeder Bürger, eine Kampagne“ (*har shahrvand, yek setad*) verkündet, die angesichts der den Reformern auferlegten Medieneinschränkungen zweifellos einer politischen Notwendigkeit entsprang, aber auch eines gewissen wahlkämpferischen Untertons nicht entbehrte, sollten doch somit laut Mussavi wichtige Ressourcen gespart und eine unnötige Verschmutzung der Straßen durch Kampagnenmaterial vermieden werden. Dieser Ansatz, der die Initiative und Kreativität jedes Einzelnen mobilisierte, entfaltete in Kombination mit der hohen Unzufriedenheit in der Bevölkerung über die Bilanz von vier Jahren Ahmadinezhad-Regierung beachtliche Wirkung.

Tabelle 3: Nachrichtenseiten der Grünen Bewegung

Name	Hintergrund
<i>Yari News</i>	Jugendliche Reformanhänger in Unterstützung der Kandidatur Khatamis im Winter 2008/9, dann pro-Mussavi. Später gefiltert und Redaktionsmitglieder inhaftiert.
<i>Mowj-e sevvom</i>	Jugendliche Reformanhänger in Unterstützung der Kandidatur Khatamis im Winter 2008/9, dann pro-Mussavi. Später gefiltert und Redaktionsmitglieder inhaftiert.
<i>Kalameh</i>	Zur Unterstützung von Mussavis Wahlkampf, noch immer zentrale Plattform der politischen Reformen.
<i>Taghir</i>	Zur Unterstützung von Karrubis Wahlkampf. U. a. Mitarbeit von Mohammad Qowchani, ehemaliger Chefredakteur der Zeitung <i>Sharq</i> .
<i>Mowj-e sabz</i>	Umfeld von Khatami und Mussavi, nach der Wahl blockiert.
<i>Saham News</i>	Mehdi Karrubi und Partei <i>Etemad-e Mell</i>
<i>Jaras</i>	Politische Reformen hinter Khatami, Karrubi und Mussavi. Herausgeber u. a. Mohsen Kadivar und exilierte Reformaktivisten
<i>Parleman News</i>	Reformabgeordnete im 8. Majles
<i>Neda-ye sabz-e azadi</i>	Anhänger von Mussavi und Khatami

Quelle: Eigene Darstellung

Mussavi eröffnete genau jenen Bevölkerungsgruppen eine Möglichkeit zur Beteiligung an der Kampagne, die wohl am meisten vom Perspektivenmangel und den soziokulturellen Einschränkungen unter Ahmadinezhad betroffen waren, zugleich aber über Expertise und Aufgeschlossenheit bei der Nutzung der verschiedenen In-

ternetanwendungen verfügten. Das Engagement und die Kapazitäten der modernen Mittelschichten wurden von den jungen Reformanhängern, die im Gefolge Khataamis letztlich Mussavi unterstützten, durch zivilgesellschaftliche und öffentlichkeitswirksame Aktionen mobilisiert. Hierbei ist der Eindruck nicht zu vernachlässigen, den die Wahlkampagne von Barack Obama im Jahr zuvor auch in Iran hinterlassen hatte. Der US-Präsidentschaftskandidat hatte über den Einsatz von Facebook und YouTube sowie einem unter hoher Eigenverantwortung agierenden Netzwerk von Anhängern einen äußerst erfolgreichen Bürgerwahlkampf geführt. Der augenscheinlich aus der Bevölkerung heraus erreichte Wechsel hin zu einem moderaten Regierungschef in den USA stieß natürlich auch in Iran auf große Resonanz und motivierte die Reformwähler zusätzlich.³²

Nicht zuletzt hatte der provokante Regierungsstil Ahmadinezhads ebenfalls die jahrzehntelange politische Apathie der iranischen Exilgemeinde erschüttert. Das Verlangen nach einem weniger konfrontativen Kurs auf internationalem Parkett und einer politischen, aber auch wirtschaftlichen Öffnung Irans hatte unter Auslandsiranern die Bereitschaft erzeugt, an den Wahlen teilzunehmen – für viele das erste Mal. Für die weltweit verstreute Diaspora boten Internet und soziale Netzwerke die einzigartige Gelegenheit, unmittelbar an den Ereignissen in Iran und dem Wahlkampf teilzuhaben. Das Zusammenspiel dieser Faktoren führte dazu, dass sich Gruppen versierter Internetnutzer innerhalb wie außerhalb des Landes aktiv für die Kampagne einsetzten und gleichsam als Vermittler zwischen den politischen Akteuren und einem größeren Publikum agierten.

Ein Beispiel für diese Entwicklung lieferte der in Deutschland lebende Mohammad Sadeghi, der bereits im Januar 2009 ein Facebook-Profil für Mussavi einrichtete, um die immer wahrscheinlicher werdende Kandidatur des ehemaligen Premierministers zu unterstützen. Diese Seite wurde allerdings erst einen Monat vor der Wahl von Seiten Mussavis offiziell als Sprachrohr akzeptiert, woraufhin die Zahl der registrierten Fans auf 50000 und mehr stieg. Auf Facebook verteilten die Mussavi-Anhänger Broschüren und Poster der Kampagne, informierten über Veranstaltungen und fanden gleichzeitig ein Forum für Kommentare und Diskussion. Nicht zuletzt wurden über Mussavis Profil auch andere Unterstützer angeregt, ähnliche Seiten zu eröffnen, so dass rasch Netzwerke von Gleichgesinnten entstanden und ein Austausch intensiviert wurde. Die gemeinsame Position machte man etwa dadurch deutlich, dass die Nutzerfotos in Grün, der Farbe von Mussavis Kampagne koloriert wurden. Ähnlich wie zuvor schon die Webseite *Balatarin* als Nachrichtenplattform für iranische Weblogger fungiert hatte, wurden die Facebook-Seiten

32 Ghafouri: Setad 88.

von Mussavi und anderen Oppositionsfiguren somit zu Knotenpunkten für den Austausch einer transnationalen iranischen Wählergemeinde.³³

Protest gegen die Wahlergebnisse

Der Erfolg von Mussavis Kampagne basierte auf einem von zivilgesellschaftlichen Initiativen getragenen Bürgerwahlkampf, der durch die Ressourcen und organisatorischen Strukturen der Reformparteien entscheidend unterstützt wurde. Neben den verbliebenen Reformzeitungen spielte das Internet eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von Informationen zur Kampagne und den Kandidaten. Vor allem aber bildete es einen Resonanzraum für Debatten, die ein verbreitetes Verlangen nach einem Politikwechsel deutlich machten. Nichtsdestotrotz sollte bei allen Betrachtungen zur Bedeutung des Internets für die Kampagne und die nachfolgenden Proteste der Einfluss des Massenmediums Fernsehen keinesfalls unterschätzt werden. In den erstmalig ausgestrahlten Direktdebatten zwischen den Kandidaten kritisierten sowohl Mussavi als auch Karrubi den Amtsinhaber Ahmadinezhad heftig und bezichtigten ihn unter anderem der Lüge und Fälschung von Regierungsbilanzen. Als reichweitenstarkes Sprachrohr des Regimes führte das Fernsehen somit nicht nur die tiefe Spaltung der politischen Elite vor Augen, sondern bestätigte gewissermaßen offiziell die bislang in den gesellschaftlichen Gegenöffentlichkeiten geäußerten Frustrationen.

Durch diese polarisierende Kampagne befand sich die Bevölkerung in den letzten zehn Tagen vor der Wahl in einem hoch politisierten Zustand. In Teheran und anderen Städten fanden Nacht für Nacht spontane Umzüge für Mussavi und einen Regierungswechsel statt, die Ahmadinezhads Anhänger ihrerseits mit organisierten Gegenveranstaltungen beantworteten. Die politischen Aspirationen der Regierungskritiker waren damit längst aus den alternativen Foren des Internets in den öffentlichen Raum gelangt. In einem derartigen Stadium der politischen Mobilisierung stellte der Wahltag im Prinzip nur eine kurze Unterbrechung von weniger als vierundzwanzig Stunden dar, bevor die Menschen nach der Verkündung von Ahmadinezhads angeblichem Sieg wieder auf die Straßen drängten – dieses Mal, um zu protestieren. Die Kommunikation der sich formierenden Protestbewegung baute dabei auf die Strukturen und Verbindungen der Wahlkampagne auf.

Bereits am Wahltag blockierte das Regime die wichtigsten Informationsseiten der Reformer im Internet. SMS-Dienste und zeitweilig auch das gesamte Mobilfunknetz wurden ebenfalls unterbrochen. Damit wurde unter anderem die Verstän-

33 „Wahlwerbung auf den Seiten von Facebook“, BBC Persian vom 09.06.2009; „126,000 Fans Cheer Mousavi’s Opposition Facebook Group“, Global Voices Online vom 05.05.2010; „The Face behind Mousavi’s Facebook“, Tehran Bureau vom 18.11.2009.

digung der Wahlbeobachter, die von den beiden Oppositionskandidaten in viele Wahlbüros entsandt worden waren, unmöglich gemacht. Mit Ausbruch der Proteste nahmen derartige Einschränkungen zu. Die ohnehin verlangsamte Geschwindigkeit des Internets wurde zusätzlich gedrosselt. Der Zugang zu den sozialen Netzwerken von Facebook, YouTube und Twitter war ebenfalls eingeschränkt. Auch der Empfang der persischsprachigen Satellitensender wurde gestört. Die verbliebenen Reformzeitungen *Kalameh-ye Sabz*, *Etemad* oder *Yas-e Now* erschienen in den Tagen nach der Wahl entweder gar nicht oder aber mit leeren Seiten, weil die Stellungnahmen der Oppositionsführer herauszensiert worden waren. Zudem wurden zahlreiche Journalisten, Blogger und Herausgeber von Zeitungen in den ersten Tagen nach der Wahl verhaftet.³⁴ Korrespondenten ausländischer Medien, die zur Wahlberichterstattung in Teheran waren, erhielten von Seiten der Behörden Verbot, über die Proteste zu berichten und wurden teilweise nicht mehr aus ihren Hotels gelassen. Das Kulturministerium strich die Akkreditierungen vieler Journalisten und forderte diese zum Verlassen des Landes auf.³⁵ Einige der permanenten Korrespondenten ausländischer Medien, häufig iranische Doppelstaatler, wurden mit Zunahme der Proteste teilweise durch Todesdrohungen zum Verlassen des Landes gezwungen oder aber verhaftet. Der *Newsweek*-Korrespondent Maziar Bahari verschwand auf lange Wochen in Einzelhaft und wurde in den Schauprozessen als der Teil der „Verschwörung“ gegen das Regime vorgeführt.³⁶

Während von den ersten Protesten und der großen Demonstration in Teheran am 15. Juni noch Fernsehbilder übertragen werden konnten, mussten internationale Medien in den Tagen danach nahezu ausschließlich auf die verwackelten Amateuraufnahmen von Handycameras zurückgreifen, um über die Ereignisse in Iran zu berichten. Diese wurden häufig schon kurz nach dem eigentlichen Ereignis ins Internet gestellt und über YouTube verbreitet. Eine Verifizierung dieser Bilder war jedoch nur schwer möglich. Vergleiche mit anderen Aufnahmen des gleichen Ereignisses oder die Identifizierung markanter Gebäude und Straßenzüge erforderten Zeit und Landeskenntnisse, die ausländische Medien angesichts der rasanten Entwicklungen sowie der Fülle des verbreiteten Materials nicht immer aufbrachten.

34 Dazu die Meldungen von Reporters without Borders: „Massive censorship accompanies Ahmadinejad victory“, vom 13.06.2009; „Crackdown on national and foreign press intensifies“, vom 17.06.2009; „Repression stepped up yet again as Iran becomes world’s biggest prison for journalist“, vom 21.06.2009.

35 „Iran behindert Berichterstattung aus Teheran massiv“, Neue Zürcher Zeitung (Internetausgabe) vom 15.06.2009.

36 Bahari, Maziar: *Then They Came For Me*, New York: Random House 2011; Fathi, Nazila: „What We Got Right“, in: *Foreign Policy* vom 07.06.2010.

Einerseits gelang es über diese Aufnahmen, das gewaltsame Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die Bevölkerung zu dokumentieren. So zeigten die Filme von Teilnehmern an der größtenteils friedlichen Massendemonstration vom 15. Juni in Teheran ein Mitglied der *Bassij*, der vom Dach einer Kaserne aus in die Menschenmenge feuerte und dienten somit als Beleg für den Einsatz von Schusswaffen.³⁷ Weltweite Aufmerksamkeit erzeugten die Aufnahmen vom Tode Neda Agha-Soltans, die am 20. Juni in Teheran am Rande einer Demonstration von einer Kugel getroffen wurde und auf der Straße verblutete. Das entsprechende Video fand zunächst per E-Mail, dann über die sozialen Netzwerke rasch internationale Verbreitung. In Folge wurde das Bild der sterbenden jungen Frau immer wieder für Plakate, Fotomontagen und Protestaufrufe genutzt. Viele Anhänger der Grünen Bewegung verwendeten es eine Zeitlang für ihr Facebook-Profil. Obwohl sie selbst nicht unmittelbar an der Demonstration teilgenommen hatte, symbolisierte Neda die junge Generation Irans, die sich gegen Willkür und Repression eines rücksichtslosen Regimes stellte und wurde somit zu einer Ikone der Protestbewegung.³⁸

Andererseits führte die Verwendung der im Internet verbreiteten Materialien auch zu Falschmeldungen, die sich sowohl der gezielten Streuung fehlerhafter Informationen durch die Konfliktparteien zuschreiben ließen, als auch einer unprofessionellen Vorgehensweise der etablierten Medien. Am Beispiel des Neda-Videos lässt sich nicht nur das Potential des Internets bei der Informationsverbreitung in einer Krisensituation verdeutlichen, sondern auch die Risiken und Konsequenzen eines oberflächlichen Umgangs mit der Informationsquelle Internet: Nach Bekanntwerden von Nedas Tod suchten ausländische Medien im Internet nach Fotos und verwendeten ohne genauere Verifizierung das Bild einer Iranerin mit ähnlichem Namen. Die Universitätsmitarbeiterin Neda Soltani wurde somit zum Opfer eines Medienirrtums mit weit reichenden Folgen. Es gelang ihr nicht, die weltweite inflationsartige Verwendung ihres Fotos zu unterbinden. Innerhalb kurzer Zeit wurde sie von Seiten der iranischen Sicherheitsbehörden kontaktiert, die sie als Zeugin für eine Gegendarstellung instrumentalisieren wollten, um den offiziellen Spin des Regimes von einem durch das Ausland geförderten Coup gegen die Islamische Republik zu unterstützen. Massiv durch den Geheimdienst unter Druck gesetzt und ihr Foto noch immer in der Berichterstattung der Medien war Neda Soltani gezwungen, das Land zu verlassen und in Deutschland Asyl zu suchen.³⁹

37 Iran Human Rights Documentation Center: Aftermath.

38 „In a Death Seen Around the World, a Symbol of Iranian Protests“, New York Times (Internetausgabe) vom 22.06.2009.

39 Soltani, Neda: Mein gestohlenen Gesicht, München: Kailash Verlag 2012.

Die „Twitter-Revolution“?

Neben den über YouTube verbreiteten Amateurvideos bildete der Kurznachrichtendienst Twitter eine wichtige Informationsquelle zu den Protesten in Iran. Tatsächlich ließ sich innerhalb des Twitter-Netzwerks nach dem Wahltag und mit Beginn der Proteste ein deutlicher Anstieg an Nachrichten verzeichnen, die mit einem der Hashtags zu den Ereignissen in Iran versehen waren (z. Bsp. #Iran, #iranelection, #neda, #mousavi, #gr88).⁴⁰ Einer ersten Untersuchung des Web Ecology Projects zufolge erfolgte dieser Anstieg in unmittelbarer Reaktion auf die Ereignisse in Teheran, aber auch auf die Berichterstattung der Medien und vor allem andere Tweets. Demzufolge war jede vierte Mitteilung des quantitativen Datensets, den die Forschergruppe erhob, ein sogenannter Re-Post, d.h. eine Weiterleitung einer bereits erstellten Nachricht. Von den etwa 480000 Nutzern, die nach der Wahl zu Iran twiterten, erstellte ein harter Kern von 10 Prozent mit jeweils mehr als 6 Textbotschaften den überwiegenden Anteil der Beiträge (65,5 Prozent).⁴¹ Kaum möglich war es jedoch, die Herkunft dieser Twitter-Nutzer zu ermitteln. Viele ausländische Beobachter der Proteste wechselten als Ausdruck der Solidarität die Ortsangabe in ihrem Profil auf Teheran, umgekehrt wiederum änderten Nutzer in Iran ihre bisherigen Angaben, um sich vor Verfolgung durch die Sicherheitsdienste zu schützen.

Der Einfluss von Twitter auf die Mobilisierung der Protestierenden lässt sich nur schwer nachweisen. Die Einschränkungen, denen das iranische Regime in den Tagen nach der Wahl Internetgeschwindigkeit und Zugang zu den sozialen Netzwerken unterworfen hatte, stellen eine weit reichende Wirkung innerhalb Irans in Frage. Selbst SMS-Dienste und zeitweilig sogar das gesamte Mobilfunknetz wurden immer wieder abgeschaltet, so dass vor allem Mundpropaganda, interpersoneller und telefonischer Austausch sowie der erwähnte ohnehin hohe Mobilisierungsgrad der Wähler eine zentrale Rolle bei der Formierung der Demonstrationen gespielt haben dürften. Die große Aufmerksamkeit, die Twitter als Informationsquelle der Proteste erfuhr, scheint somit vor allem in dem beschränkten Zugang ausländischer Medien zu den Ereignissen vor Ort begründet zu sein. Der jahrelange Atomkonflikt, die regional-strategische Bedeutung Irans und nicht zuletzt die medienwirksamen Provokationen Ahmadinezhads hatten ein verhältnismäßig großes Interesse der internationalen Berichterstattung an den iranischen Wahlen herbeigeführt. Die Proteste enttäuschter junger Wähler in Kombination mit dem Einsatz sozialer

40 Die mit dem Zeichen # gekennzeichneten Schlagworte ermöglichen eine Kategorisierung der Twitter-Nachricht, so dass diese bereits bestehenden Themenbereichen bzw. Diskussionen zugeordnet und mittels einer Suchfunktion leichter erfasst werden kann.

41 Web Ecology Project: „The Iranian Election on Twitter: The First Eighteen Days“, Cambridge (MA) 2009.

Onlinenetze als Mittel der Informationsübermittlung boten nicht nur einen frappierenden Kontrast zur bisherigen Wahrnehmung der Islamischen Republik, sondern bedienten gleich zwei Auslöser massenmedialer Aufmerksamkeit. Die Geschichte schrieb sich quasi von allein und so kam es zu einem immergleichen Framing der Ereignisse: Gibt es eine Twitter-Revolution in Iran?⁴²

Entsprechend des Charakters der schnell zu verbreitenden Kurzmitteilungen fanden sich unter den Twitter-Botschaften viele Falschmeldungen und Gerüchte bzw. Entgegnungen und Infragestellungen, mit denen auf andere Nachrichten reagiert wurde. Schwer konnten aus der großen Masse der Textnachrichten handfeste Informationen zum Ablauf der Ereignisse in Iran herausgefiltert werden. Zusätzliche Verzerrungen in der Wahrnehmung der Tweets zu Iran erwuchsen aus den verwendeten Sprachen. Internationale Beobachter und Journalisten verfügten nur in Ausnahmefällen über persische Sprachkenntnisse und nutzten daher die Masse der zumeist englischsprachigen Textbotschaften. Damit entfielen jedoch die möglicherweise tatsächlich zur Mobilisierung der Protestler innerhalb Irans genutzten Mitteilungen: um ihre Landsleute zu informieren, mussten Opposition Anhänger keine Botschaften auf Englisch abfassen. Viele Teilnehmer am Twitter-Netzwerk zu Iran waren entweder Auslandsiraner, die Informationen über die Ereignisse in ihrer Heimat verbreiteten oder aber versierte Nutzer der sozialen Netzwerke in westlichen Ländern, die über das Internet in die Proteste involviert wurden, sich aus Solidarität für die Protestbewegung und Begeisterung über die Möglichkeiten der Technologie für eine Informationsverbreitung einsetzten – immerhin verschaffte Twitter die Illusion, unmittelbar an den Auseinandersetzungen auf Teherans Straßen beteiligt zu sein. Tatsächlich wurde die Debatte über die „Twitter-Revolution“, also den Einfluss sozialer Netzwerke innerhalb der iranischen Protestbewegung, zum größten Teil in westlichen Medien und Blogs geführt.

Gleichwohl konnten einzelne iranische Aktivisten bei Informierung einer internationalen Öffentlichkeit über das Twitter-Netzwerk eine wichtige Rolle spielen. Vor allem im Ausland lebende Iraner mit guten Verbindungen nach Iran wurden zu Schlüsselfiguren bei der Verbreitung verlässlicher Informationen. Die Journalistin und Bloggerin Fereshteh Ghazi beispielsweise, die im Zuge der Bloggeraffäre im Jahr 2004 inhaftiert worden war und mittlerweile in den USA lebte, trottete in den ersten Wochen nach der Wahl nahezu ununterbrochen über Demonstrationen, Verhaftungen und politische Entwicklungen. Eine unter dem Namen *oxfordgirl* bekannte Twitterin, die ebenfalls zu den aktivsten Kommunikationsteilnehmern zählte, war ebenfalls eine Journalistin aus Teheran, die sich in England aufhielt. Der in den USA lebende Mehdi Saharkhiz, Sohn des bekannten Journalisten Isa Saharkhiz,

42 Vgl. Zuckerman, Ethan: „Iran, Citizen Media and Media Attention“, Blog My heart’s in Accra vom 18.06.2009.

verbreitete als *onlymehdi* über YouTube, Twitter und ein Weblog Meldungen zu den Ereignissen. Alle drei Aktivisten zählten zur jungen Generation der Reformbewegung mit direkten Kontakten in die Führungsriege der politischen Reformer. Sie betonten ausdrücklich die Bedeutung ihrer guten Verbindungen innerhalb Irans, die es ihnen ermöglichten, überhaupt an Informationen zu kommen und diese zu verifizieren.⁴³ Sie agierten somit als Informationsvermittler auf transnationaler Ebene. Die erzeugte internationale Aufmerksamkeit für die Protestbewegung erhöhte in einer Phase der akuten politischen Krise den Druck auf das Regime und mobilisierte zumindest kurzfristig Unterstützung im Ausland.

Antwort des Regimes

Die Internetverwendung durch die Protestbewegung traf die iranische Machtelite keinesfalls unvorbereitet. Wie bereits erläutert hatte das Regime über Jahre hinweg ein immer umfassenderes System zur Überwachung und Kontrolle von Internetkommunikation entwickelt. Entsprechend ihres wachsenden politischen Einflusses nahmen Abteilungen der Revolutionsgarden im Laufe der ersten Amtszeit von Ahmadinezhad eine mehr und mehr prominente Rolle bei der Internetzensur ein. Innerhalb der *Pasdaran* war ein spezielles „Cyber-Kommando“ gegründet worden, das im Frühjahr 2009, also vor den umstrittenen Präsidentschaftswahlen, ankündigte, Verschwörungen gegen das politische System im Internet identifiziert zu haben.

Während des Wahlkampfes setzten die Anhänger der Ahmadinezhad-Regierung das Internet ganz ähnlich wie die Opposition zur Verbreitung ihrer Standpunkte ein. So wurde eigens für Ahmadinezhads Kampagne eine Webseite eingerichtet, die mit verschiedenen anderen Internetanwendungen wie Facebook, Twitter und Weblogs verlinkt war. Hier konnten Filme über die Kampagne, Reden und Bilder des Präsidenten eingesehen werden. Überdies wurden die Leser aufgefordert, über SMS-Nachrichten für Ahmadinezhad zu werben.⁴⁴ Anhänger der Regierung veröffentlichten außerdem mehrere Webseiten, deren Titel den Onlinemedien der Reformkandidaten ähnelten, die aber Nachrichten aus dem Regierungslager verbreiteten.⁴⁵

43 „Meine Waffen sind Twitter und mein Stift“, Deutsche Welle Farsi vom 09.07.2009; „Oxfordgirl vs. Ahmadinejad: the Twitter User taking on the Iranian regime“, Guardian Online vom 10.02.2010; „New Jersey to Iran (and Back Again): The Activism of Mehdi Saharkhiz“, Blog Enduring America vom 22.02.2010.

44 Tehrani, Hamid: „Iran: Ahmadinejad’s supporters launch online grassroots campaign“, Global Voices Online vom 11.05.2009.

45 Z. Bsp. kalemehnews.com statt kalemeh.ir (Mussavi-Anhänger) oder ghalampress.ir statt ghalamnews.ir (offizielle Mussavi-Seite). „Lancierung gefälschter Webseiten“, Rooz vom 21.04.2009.

Nach den Wahlen debattierten regierungstreue Blogger über die Ereignisse und nahmen die Darstellung der Protestbewegung als Umstürzler oder Aufrührer auf.⁴⁶ Ebenso propagierten Nachrichtenseiten wie *Fars* und *Raja News* die Sichtweisen der Ultrakonservativen.

Nach Ausbruch der Proteste zogen sich die Konflikte zwischen Regierung und Opposition bis ins Internet. Anhänger beider Parteien versuchten, Webseiten ihrer Gegner mit so genannten DDoS-Attacken lahmzulegen, bei denen Datennetze durch übermäßige Anfragen überlastet und arbeitsunfähig gemacht wurden. Onlinepublikationen aus dem Umfeld der Protestler verbreiteten nicht nur Anleitungen für solche Angriffe, sondern nannten auch mögliche Ziele, darunter die offiziellen Webseiten von Ahmadinezhad und Khamenei sowie die Nachrichtenagentur *Fars*. Letztere änderte daraufhin kurzzeitig ihre Adresse, verringerte ihr Informationsangebot und veröffentlichte ihrerseits Anleitungen für ähnliche Angriffe. Regimetreue Hacker infiltrierten eine Mussavi-nahe Nachrichtenseite und platzierten dort eine Meldung zur Annullierung einer geplanten Demonstration, so dass Mussavi zu einem Widerruf gezwungen wurde.⁴⁷

Mit Zunahme der Konfrontation erhöhte das Regime nicht nur Überwachung und Kontrolle des Internets, sondern setzte das Medium auch für eigene Ziele ein. Ebenso wie Protestler Fotos und Filme von Mitgliedern der *Bassij*, die an der Niederschlagung der Demonstrationen beteiligt waren, im Internet zu deren Identifizierung verbreiteten, stellten die Sicherheitsdienste Bilder von Demonstranten als Verhaftungsgesuche ins Netz und verschärften damit eine generelle Drohkulisse.⁴⁸ Die für den „Cyber-Krieg“ zuständige Abteilung der Revolutionsgarden wurde weiter ausgebaut und IT-Experten, die teilweise unter Druck rekrutiert worden waren, hatten die Aufgabe, verdächtige Aktivitäten im Internet aufzuspüren und unschädlich zu machen. Einige Webseiten der Opposition wurden erfolgreich gehackt und ihre Publikation unterbunden, so etwa die Nachrichtenseite *Mowj-e Sabz* der Mussavi-Anhänger. Im Dezember 2009 attackierte die „Iranische Cyber-Armee“ die Homepage von Twitter und hinterließ dort eine Nachricht und ihr Banner, offenbar, um für die Rolle, die Twitter bei der Informationsverbreitung nach den Protesten gespielt hatte, Vergeltung zu üben und den langen Arm des Regimes im Internet zu deutlich zu machen.⁴⁹ Im Exil lebende Aktivisten der Grünen Bewegung erhielten

46 Tehrani, Hamid: „Iran: Islamist Bloggers react to protest movement“, Global Voices Online vom 17.06.2009.

47 „Ausmaß der Unruhen in Iran reicht bis ins Internet“, BBC Persian vom 15.06.2009.

48 Tehrani, Hamid: „Iranian officials crowd-source protester identities“, Global Voices Online vom 27.06.2009.

49 Tehrani, Hamid: „Iran: Cyber-Militarism on the March“, Global Voices Online vom 19.02.2010.

Drohungen per E-Mail und Facebook. Einige Auslandsiraner wurden bei der Rückkehr nach Teheran am Flughafen zu ihrer Mitgliedschaft bei Facebook befragt und gezwungen, Passwörter freizugeben. Verhaftete Journalisten wurden während ihres Verhörs mit ausgedruckten Zitaten ihrer E-Mail-Korrespondenz konfrontiert.⁵⁰ Verhaftungen von Internet- und Menschenrechtsaktivisten machten deutlich, dass die Sicherheitsdienste langfristig die Aktivitäten dieser Gruppen im Netz überwacht hatten.⁵¹

Die Ultrakonservativen machten den „Cyberkrieg“ zum festen Bestandteil ihrer Propaganda. Ein führender Autor der Zeitung *Keyhan* beispielsweise, der bereits im Jahr 2004 an Verhören inhaftierter Blogger beteiligt gewesen war, hatte über Jahre hinweg in Artikeln und Büchern den Diskurs von einem drohenden „samtenen Umsturz“ mitgeprägt und dessen angebliche Träger in der iranischen Zivilgesellschaft teilweise namentlich benannt. In einer nach den Wahlen veröffentlichten Artikelserie entwickelte der Journalist Payam Fazlinezhad seine Szenarien weiter und identifizierte neben westlichen Geheimdiensten sogar Intellektuelle wie Jürgen Habermas, John Keane und Richard Rorty als Drahtzieher einer samtenen Revolution in Iran. Damit wurde quasi eine Vorlage für die Anklageschriften der Schauprozesse geliefert, in denen der Staatsanwalt explizit auch die Rolle des Internets und sozialer Netzwerke beim Umsturzversuch des Systems herausstellte. Demnach hätten einige der Angeklagten gestanden, über das Internet dazu manipuliert worden zu sein, gegen das Regime zu arbeiten. Der Staatsanwalt erwähnte direkt Facebook und YouTube, die von den USA als Mittel einer „psychologischen Kriegsführung“ gebraucht würden, um die Aufständischen zu beeinflussen und das internationale Ansehen der iranischen Regierung zu schädigen.⁵² Als Sprachrohr der Ultrakonservativen erhielten *Keyhan* und *Fars* exklusiven Zugang zu den erzwungenen Geständnissen der inhaftierten Reformpolitiker und Journalisten, berichteten ausführlich von den Schauprozessen und veröffentlichte die Anklageschriften in Gänze. Somit perpetuierten diese Medien den konstruierten Plot von einem verhinderten sanften Umsturz des Systems und der Rolle des Internets. Als der *Keyhan*-Journalist Fazlinezhad im Februar 2010 in Teheran von unbekanntem Tätern attackiert wurde, ehrte ihn das Kulturministerium nach seiner Genesung unter Beisein zahlreicher Politik-

50 Pourostad, Vahid: „Evin - Heart of Iran“, in: Michaelsen, Marcus (Hg.), *Election Fallout. Iran's Exiled Journalists on their Struggle for Democratic Change*, Berlin: Schiler Verlag 2011, S. 158-73.

51 „Iran Arrests Key Activists Working to End Cyberspace Censorship“, *Inside Iran* vom 22.03.2010; *Justice for Iran: Gerdab*.

52 *Iran Human Rights Documentation Center: Aftermath*, S. 76ff.

prominenz im Rahmen einer Konferenz zum Thema „Acht Monate Cyber-Krieg“ als ersten „Versehrten“ (*janbaz*) dieses Konflikts.⁵³

Aufmerksam registrierte das iranische Regime das Interesse, welches westliche Medien und Politik für das Internet als Kommunikationsmittel der Opposition an den Tag legten. Die Zusicherung der US-Regierung, die Software „Haystack“ zu unterstützen, mittels derer Iraner sicher im Netz surfen konnten, unterstrich im Prinzip nur noch die Feindbilder der Ultrakonservativen und lieferte einen Vorwand für zusätzliche Überwachung.⁵⁴ Als das amerikanische Außenministerium Anfang 2010 ankündigte, mehr Gelder für die Förderung einer „Zivilgesellschaft 2.0“ zur Verfügung zu stellen, reagierte der Revolutionsführer Khamenei sofort und bezeichnete diesen Schritt als deutliches Zeichen der amerikanischen „Frustration“ über die ergebnislose Auseinandersetzung mit Iran.⁵⁵

Ganz klar nahm das Regime das Internet als Austragungsort politischer Konflikte wahr und zeigte sich gewillt, dieser Herausforderung zu begegnen. Die Kontrolle über die Internetstruktur sowie die Überwachung von Onlinekommunikation wurden weiter ausgebaut und verfestigt. In ihrer diskursiven Legitimierung der Repression identifizierten die Ultrakonservativen das Internet eindeutig als potentiellen Träger subversiver Aktivitäten. Auf legislativer Ebene verschärfte man bestehende Gesetze und stellte auch die Verbreitung von Antifiltersoftware unter Strafe.⁵⁶ Zugleich nutzten die Sicherheitsdienste das Internet als Mittel zur Aufspürung von Dissidenten und der Propagierung eigener Ansichten. Internet und soziale Medien dienten somit auch einer Stärkung der Repressionsfähigkeit autoritärer Machthaber und wurden von diesen gleichzeitig für Legitimationsversuche der eigenen Position genutzt. Hier zeigt sich wiederum die im Theorieteil erläuterte Kombination aus pro- und reaktiven Ansätzen autoritärer Staaten im Umgang mit dem Internet.

53 „Iran Has Its First Soft-War-Hero“, RFE/RL vom 04.03.2010.

54 Die Entwickler von Haystack erhielten nicht nur beachtliche Medienaufmerksamkeit, sondern profitierten auch von der direkten Unterstützung durch die US-Regierung, die offenbar ein Verfahren zur Aufhebung des Kooperationsverbots mit Iran, das normalerweise für amerikanische Firmen gilt, beschleunigte. Letztlich wies das Programm jedoch erhebliche Sicherheitslücken auf, die iranischen Sicherheitsdiensten eine Identifizierung der Nutzer ermöglicht hätten. Morozov: Freedom Fraud.

55 „Iran accuses U.S. of seeking to use Internet against it“, Reuters vom 26.01.2010.

56 „Iran Arrests Key Activists Working to End Cyberspace Censorship“, Inside Iran vom 22.03.2010.

Grüner Widerstand im Netz

Trotz Überwachung und Zensur blieb das Internet ein prinzipielles Kommunikationsmittel der Oppositionsbewegung. Im Laufe der folgenden Monate entwickelte die Grüne Bewegung bestehenden Nutzungsformen des Internets weiter und entdeckte neue Ausdrucksmöglichkeiten politischer Herausforderung im Internet. Mit der anhaltenden Blockade anderer Medien stellten Onlinemedien das wichtigste Mittel der Informationsverbreitung dar. Im Umfeld der Führungsfiguren der Bewegung entstanden unter anderen die Nachrichtenseite *Kalameh*, benannt nach der geschlossenen Tageszeitung von Mussavi, sowie *Saham News* mit Nähe zu Karrubi, dessen Zeitung *Etemad-e Melli* im August 2009 ebenfalls geschlossen worden war. Eine unter dem Akronym *JARAS* (*Janbesh-e Rah-e Sabz*) bekannte Nachrichtenseite wurde von Exiliranern mit engen Verbindungen zur Reformelite publiziert, zu denen Jamileh Kadivar, Schwester des Reformgeistlichen Mohsen Kadivar und ihr Mann Ataollah Mohajerani, der ehemalige Kulturminister Khatamis zählten. Mohajerani wurde eine Zeitlang als ein Repräsentant der Grünen Bewegung im Ausland behandelt und erläuterte beispielsweise auf Vorträgen in Washington Inhalte und Ziele der Bewegung.⁵⁷ *Parleman News* wiederum war die offizielle Nachrichtenseite der reformorientierten Minderheitsfraktion im Majles, die über taktische Bündnisse mit den pragmatisch-konservativen Abgeordneten hinter Parlamentspräsident Larijani nach wie vor konstruktive Beiträge zur Reformagenda leisteten und beispielsweise die Aufklärung von Menschenrechtsvergehen während der Unterdrückung der Demonstrationen vorantreiben konnten. Sympathisanten der Grünen Bewegung im In- und Ausland veröffentlichten ebenfalls verschiedene Nachrichtenseiten, darunter etwa *Green Voice of Freedom* (*Neda-ye Sabz-e Azadi*).

Das Internet ermöglichte den mehr und mehr isolierten Oppositionsführern Mussavi und Karrubi im Laufe der Monate nach den Wahlen den Kontakt zu ihren Anhängern zu wahren. Die Facebook-Profile von Mussavi und seiner Frau bildeten eine zentrale Informationsquelle für Kommunikués und wichtige Nachrichten. Diese Meldungen wurden sowohl auf Persisch als auch auf Englisch veröffentlicht, so dass hier auch viele nichtiranische „Fans“ registriert waren. In den ersten Wochen und Monaten nach den Wahlen überschritt die Zahl der Unterstützer der Mussavi-Seite auf Facebook rasch die 100000.

Abgesehen von Interviews und Verlautbarungen, die in schriftlicher Form über die verschiedenen Nachrichtenseiten, Weblogs und Facebook verbreitet wurden, nutzten die Oppositionsführer auch andere Möglichkeiten der Onlinekommunikation. So gab Mussavi im Oktober 2009 ein erstes Videointerview, das anschließend auf seinem Facebook-Profil, YouTube und verschiedenen Webseiten erschien.

57 „Mr. Mohajerani goes to Washington“, Tehran Bureau vom 20.10.2009.

Nachdem Mussavi über Monate hinweg bis auf wenige Ausnahmen nicht öffentlich auftreten konnte, eröffnete das Internet einen Weg, zumindest einen Teil der Bevölkerung wieder direkt anzusprechen. Im Gegenzug konnte das Publikum sich einen Eindruck vom Gesundheitszustand und der Entschlossenheit des Oppositionsführers verschaffen, über den von Seiten des Regimes zahlreiche Gerüchte verbreitet worden waren.⁵⁸ Einige Wochen darauf folgte ein weiteres ausführliches Gespräch mit Redakteuren der Nachrichtenseite *Jamaran*, das ebenfalls als Videomitschnitt im Internet zirkulierte.⁵⁹ Wie nach allen anderen Äußerungen Mussavis auch bot sein Facebook-Profil nur wenig später eine englische Übersetzung der Interviews an. Der couragierte Karrubi wiederum ergriff mehrmals die Gelegenheit, auch mit westlichen Medien Interviews zu führen, darunter ein Exklusivgespräch mit der BBC, das ebenfalls online zugänglich war. Für einen direkten Austausch mit seinen Anhängern stellte sich Karrubi auf Einladung des Reformaktivisten Mehdi Khazali im Onlinechat den Fragen von mehr als 400 Teilnehmern.⁶⁰

Das Internet war somit ein zentrales Instrument, um die den Oppositionsführern durch das Regime auferlegte Informationsblockade zu durchbrechen. Mussavi, Karrubi sowie auch Khatami konnten sich online einen gewissen Zugang zur Öffentlichkeit bewahren. Indem sie mit ihren Verlautbarungen rasch auf den Ablauf der Ereignisse und die Handlungen des Regimes reagierten, gelang es ihnen, die Herausforderung an die Machtelite aufrecht zu erhalten und die Fortentwicklung der Protestbewegung immer wieder zu kommentieren. Als das Regime beispielsweise nach den Demonstrationen zum „Tag des Studenten“ am 7. Dezember 2009 einen Film, der die Verbrennung eines Khomeini-Porträts zeigte, im Staatsfernsehen ausstrahlte und damit die Protestler als Feinde der Islamischen Republik denunzieren wollte, veröffentlichten sowohl Mussavi als auch Karrubi innerhalb kürzester Zeit Protestnoten, in denen sie sich gegen die Beleidigung des Staatsgründers wandten und auf die dubiose Herkunft des Videos verwiesen. Nach den Ereignissen an den schiitischen Feiertagen Tasua und Ashura versuchten sie, die vom Regime mittels massiver Gewaltanwendung gegen Demonstranten angestrebte Radikalisierung der Protestbewegung zu verhindern, indem sie zu Besonnenheit aufriefen und die tatsächliche Verantwortung für die Ausschreitungen der Machtelite zuwiesen. Von strategischer Bedeutung waren auch die über das Internet verbreiteten Äußerungen der Oppositionsführer nach den Feierlichkeiten zum Revolutionsjubiläum am 11.

58 „Mir Hossein Mussavi in seinem ersten Videointerview: Solange die Existenz einer Krise nicht anerkannt wird und die Leute Aufrührer genannt werden, lässt sich auch keine Lösung finden“, Kalemeh vom 19.10.2009.

59 „Erstes ausführliches Gespräch mit Mir Hossein Mussavi nach den Wahlen: Einige profitieren von der Zerstrittenheit der Gesellschaft“, Kalemeh vom 09.11.2009.

60 „Der Reformsheikh im Chatroom!“, Webseite Mehdi Khazali vom 18.08.2010.

Februar 2010, zu denen viele eine Art Showdown zwischen Protestbewegung und Machtelite vorhergesagt hatten. Aufgrund eines massiven Aufgebots an Sicherheitskräften auf den Straßen Teherans konnten Anhänger der Grünen Bewegung jedoch nur vereinzelt in Erscheinung treten und wurden teilweise in den offiziellen Festmarsch gezwungen. Die Erklärung des Regimes, der „Aufruhr“ sei nun endgültig niedergeschlagen, erwiderte Mussavi mit Kritik am „fabrizierten Umzug“ und bekräftigte noch einmal die Forderungen der Grünen Bewegung.⁶¹

Darüber hinaus brachten die im Internet zirkulierenden Informationen mehr Transparenz in die Methoden des Regimes und verdeutlichten das Ausmaß der Repressionen. Von den ersten Tagen der Proteste an wurden die Namen von Inhaftierten sowie Listen mit Vermissten und möglichen Todesopfern verbreitet, gefolgt von Berichten über Folter und Missbrauch in den staatlichen Gefängnissen. Auch in den folgenden Monaten wurden neue Verhaftungen immer wieder in den verschiedenen Onlinemedien der Bewegung registriert, an die Inhaftierten erinnert und ihre Freilassung gefordert. Die vom Regime inszenierten Schauprozesse, in denen die Narrative vom „samtenen Umsturz“ verfestigt werden sollte, wurden auf diese Art ebenfalls hinterfragt und kritisiert. Als etwa der ehemalige Vizepräsident Khatamis Mohammad Abtahi, der die Kandidatur Karrubis unterstützt hatte und kurz nach der Wahl verhaftet worden war, im August 2009 vor Gericht auftrat, kontrastierten viele Blogs und Webseiten ältere Fotos des wohlbeleibten Geistlichen mit aktuellen Aufnahmen, auf denen Abtahi deutlich von der Haft gezeichnet war. Somit wurde auf die Misshandlungen verwiesen, welche die Angeklagten offensichtlich im Gefängnis erdulden mussten und ihre Geständnisse quasi im Voraus entschuldigt und bedeutungslos gemacht. Abtahi zählte vor seiner Verhaftung zu den bekanntesten iranischen Bloggern und hatte über Jahre hinweg nahezu täglich Einträge veröffentlicht. Schließlich erschien sogar ein Blogbeitrag von ihm aus dem Gefängnis, in dem er seine gute Beziehung zu seinem Verhörer schilderte, Verständnis für seine Verhaftung zeigte und die Möglichkeit von Wahlfälschung zurückwies – ganz offensichtlich ein Versuch der Sicherheitsdienste, den Vorwürfen von Folter politischer Gefangener zu begegnen und Abtahi zusätzlich zu diskreditieren. Die Blogosphäre reagierte sofort und zeigte beispielsweise über Vergleiche mit älteren Texten Abtahis, warum diese Meldung nicht von ihm selbst geschrieben sein konnte.⁶² Ein Jahr nach seinem Auftritt vor Gericht und der Entlassung aus dem Gefängnis veröffentlichte Abtahi schließlich auf seiner Facebook-Seite eine kurze Statusmeldung, in der er erstmals auf die inszenierten Geständnisse anspielte: *„Letztes Jahr an einem dieser Tage hatten wir Gerichtsverhandlung, für die wir am Tag vorher*

61 Ghafouriazar: Playing.

62 „Bloggen im Gefängnis“, Blog Webnews vom 26.08.2009; „Iran’s Vice President Blogs From Prison“, RFE/RL vom 27.08.2009.

geübt haben. Was für ein Tag...“. Daraufhin erhielt er zahlreiche Reaktionen der Leser, die Solidarität bekundeten, aber auch Kritik an seinem Verhalten äußerten, so dass erneut eine Diskussion zu den Prozessen und der Repression des Regimes aufflammte.⁶³

Einen weiteren wichtigen Aspekt der Informationsvermittlung im Internet stellte schließlich die Dokumentierung von Protest auch in den Monaten nach dem Sommer 2009 dar. So zeigten Amateurfilme beispielsweise die nächtlichen *Allah-akbar*-Rufe von Balkonen und Dächern, mit denen Einwohner Teherans an eine Tradition aus dem Widerstand gegen den Schah anknüpften und nun gegen Wahlfälschung und Diktatur protestierten. Andere Aufnahmen dokumentierten kleine spontane Demonstrationen in Provinzstädten oder Studenten, die in der Mensa Slogans gegen das Regime riefen. Im Internet verbreitete Fotoaufnahmen von Graffiti an Häuserwänden oder Straßenschildern reproduzierten diese spontanen Bezeugungen von Widerstand. Insgesamt dienten derartige Bilder als Beweis für die anhaltende Existenz der Protestbewegung. Aufgrund der Zensur von Presse und Online-medien gewann die Informationsverbreitung durch einzelne Anhänger innerhalb der Netzwerke der Bewegung an Bedeutung. Mussavis Ansatz aus dem Wahlkampf, der jeden Bürger zu einem Kampagnenteam erklärt hatte, wurde nun in der Phase von Protest und Widerstand fortgesetzt. „Ihr seid die Medien!“ (*rasaneh shomaid!*) wurde zu einem verbreiteten Slogan, mit dem jedem einzelnen Anhänger seine Rolle bei der Nachrichtenübermittlung vor Augen geführt werden sollte. Durch die unzähligen Beiträge von Amateurjournalisten ermöglichte das Internet eine Art „Demonstrationseffekt“, der den Fortbestand von Protestpotential in der Gesellschaft verdeutlichte und die Motivation und den Zusammenhalt der Anhänger der Grünen Bewegung stärkte.

Meinungsaustausch und Debatten

Abgesehen von den erläuterten Formen der Informationsübermittlung bot das Internet auch eine Plattform für Diskussionen innerhalb der Grünen Bewegung. Jede Veröffentlichung auf Mussavis Facebook-Profil zog zahlreiche direkte Kommentare des Publikums nach sich, die sowohl Unterstützung als auch Kritik zum Ausdruck brachten. Häufig entstanden Debatten unter den Lesern. Ein typisches Thema bildete hierbei etwa die Frage des weiteren Vorgehens der Bewegung. Die moderaten Standpunkte Mussavis riefen mitunter heftige Kritik besonders unter den Exiliranern hervor, die mit drastischen Forderungen für die Überwindung der Ideen Khomeinis und eine vollständige Beseitigung der Islamischen Republik eintraten.

63 „Jailed Former Iranian Vice President: We Had To Practice For the Court“, RFE/RL vom 02.08.2010.

Demgegenüber standen Diskussionsteilnehmer aus Iran, die derartige Forderungen als unrealistisch zurückwiesen und die Notwendigkeit eines graduellen Wandels hervorhoben.

Nach Ansicht des Betreibers von Mussavis Facebook-Profil hat diese Seite den Anhängern der Grünen Bewegung immer wieder als Forum zur Entwicklung von Slogans und Taktiken gedient. Hier seien neue Vorschläge für den zivilen Widerstand zur Sprache gebracht und verbreitet worden, wie die etwa die Idee, oppositionelle Slogans über Geldscheine zu verbreiten, grüne Farbbeutel an Häuserwände und Straßenschilder zu werfen oder durch konzertierte Aktionen eine Überlastung des Teheraner Stromnetzes herbeizuführen. Zugleich diente die Seite als direkter Kommunikationskanal für gesellschaftliche Forderungen an Mussavi: so wollte dieser ursprünglich nicht an dem von Rafsanjani geleiteten Freitagsgebet im Juli 2009 teilnehmen, die zahlreichen Aufforderungen seiner Anhänger wurden jedoch über das Facebook-Profil gebündelt, so dass schließlich eine Reformzeitung darauf aufmerksam wurde, einen Artikel darüber schrieb und Mussavi zum Gebet erschien, das zu einer der wichtigsten öffentlichen Demonstrationen der Grünen Bewegung wurde.⁶⁴

Auch nach dem 11. Februar 2010 boten Webseiten, Blogs und soziale Netzwerke wichtige Kommunikationsräume für einen Austausch über die zukünftige Ausrichtung der Bewegung. Nachdem es den Anhängern der Grünen Bewegung zum Revolutionsjubiläum nicht gelungen war, wie in den Monaten zuvor einen offiziellen Anlass für die eigene Agenda zu instrumentalisieren und die staatlichen Feierlichkeiten mit den eigenen Protesten gewissermaßen zu „unterwandern“, machte sich unter den Grünen spürbar Ernüchterung breit – ein durchaus kritischer Moment, zu dem die Existenz der Bewegung nicht nur von Seiten des Regimes in Frage gestellt wurde. Über Diskussionen in Weblogs und sozialen Netzwerken konnten überhöhte Erwartungen jedoch wieder relativiert und neue Orientierungen entwickelt werden. Blogger verlangten beispielsweise ein Überdenken der Ziele und Taktiken der Bewegung: Proteste auf den Straßen dürften nicht zum alleinigen Zweck werden, sondern müssten ein Mittel der Herausforderung neben anderen bleiben. Zugleich wurde gefordert, enger mit anderen sozialen Bewegungen zusammenzuarbeiten sowie die Ideen und Identität der Bewegung längerfristig in der Gesellschaft zu verbreiten und zu verwurzeln.⁶⁵

64 „The Face behind Moussavi’s Facebook“, Tehran Bureau vom 18.11.2009.

65 „Die Reaktionen von Bloggern auf den 11. Februar“, Deutsche Welle Farsi vom 12.02.2010.

Solidarität und „grüne“ Identität im Netz

Ein charakteristisches Element der Grünen Bewegung bildeten verschiedenste Formen des Ausdrucks von Solidarität, die im Internet Verbreitung fanden. Sie symbolisierten die von den Mitgliedern der Bewegung vertretene, veränderte politische Kultur, die sich mit Betonung von Werten wie Empathie, Offenheit und Toleranz demonstrativ vom autoritären, repressiven und unaufrichtigen Regime abgrenzte. So zählten neben den regelmäßigen Verlautbarungen der drei Oppositionsführer auch Besuche bei den Angehörigen von Opfern der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste oder Familien inhaftierter Aktivisten zu deren wichtigsten öffentlichkeitswirksamen Handlungen. Aus der Haft entlassene Politiker oder Journalisten wurden ebenfalls von Karrubi, Mussavi und Khatami besucht. Die Fotos dieser Begegnungen wurden anschließend im Internet verbreitet und zeigten typische Besuchsszenen aus iranischen Wohnzimmern, bei denen sich Gäste und Gastgeber vor Tee und Obsttellern zusammenfanden. Auf diese Art bekundeten die Reformpolitiker ihre Solidarität mit den Betroffenen der Repression und machten ihre Zugehörigkeit zur Protestbewegung deutlich. Somit stellten die Fotos quasi ein ständig wiederholtes politisches Bekenntnis dar. Zugleich wurden Menschen, die unter Einzelhaft und Folter gelitten hatten oder zu erniedrigenden Geständnissen gezwungen worden waren, wieder in der Normalität begrüßt und der Zusammenhalt der Bewegung bekräftigt. Gemeinsame Bilder mit Kindern und Ehepartnern, die seit Monaten auf ihre inhaftierten Angehörigen warteten, unterstrichen demgegenüber die Unmenschlichkeit des Regimes.

Eine spontane Solidaritätsaktion im Netz entstand im Winter 2009 zur Verteidigung des Studentenführers Majid Tavakkoli. Dieser war nach den Universitätsprotesten im Dezember verhaftet worden. Anschließend veröffentlichten Medien aus dem Umfeld der Ultrakonservativen ein Foto, das Tavakkoli unter einem Chador zeigte, zusammen mit der Meldung, er habe als Frau verkleidet fliehen wollen. Diesem offensichtlichen Versuch, einen politischen Gegner öffentlich zu diffamieren, begegneten Anhänger der Opposition ebenso wirkungsvoll wie originell: innerhalb kürzester Zeit stellten immer mehr iranische Männer Fotos von sich ins Internet, auf denen sie ebenfalls mit einem Kopftuch bekleidet waren. Unter dem Motto „Wir alle sind Majid“ bekundeten sie Solidarität mit dem Inhaftierten und machten die beabsichtigte Erniedrigung zunichte. Hunderte nahmen an dieser Aktion teil und erregten damit auch die Aufmerksamkeit westlicher Medien, die erneut über die iranische Protestbewegung und die Unterdrückung durch das Regime berichteten. Darüber hinaus zogen die Protestierenden das fragwürdige Frauenbild der des Regimes in Zweifel und lösten Diskussionen zum Kopftuchzwang in Iran und der Rolle von Frauen in der Grünen Bewegung aus.

Auch im Internet verbreitete Briefe von Partnerinnen inhaftierter Reformpolitiker verdeutlichten die politische Kultur der Protestbewegung. Diese Frauen stamm-

ten meist aus religiösen Familien, die zur geistlichen oder politischen Elite der Islamischen Republik zählten. In den Schreiben hinterfragten sie nicht nur den unmenschlichen Repressionsapparat des Regimes und damit die Richtung, welche das politische System insgesamt genommen hatte, sondern sprachen auch offen über ihre Gefühle und die Sehnsucht nach ihren Ehemännern. Laut Mir-Hosseini stellte dies einen klaren – und im feministischen Sinne auch politischen – Bruch mit den überkommenen Moralvorstellungen des Regimes dar, das weibliches Verhalten in der Öffentlichkeit jahrzehntelang politisiert und mit zahllosen Tabus belegt hatte.⁶⁶

Die aufgezeigten Beispiele verdeutlichen die große Vielfalt und Kreativität, mit der sich in den Monaten nach den Wahlen eine neuartige Oppositionskultur im Internet manifestierte. Online zirkulierten zahllose Poster, Fotomontagen, Filme, Lieder und Gedichte, die „grüne“ Ideen, Werte und Ikonen zelebrierten, zu Protesten und Demonstrationen aufriefen oder für die Befreiung von politischen Gefangenen eintraten. Die transnationale iranische Exilgemeinde, die aufgrund der neuerlichen Fluchtwelle von Journalisten und zivilgesellschaftlichen Aktivisten zusätzlich angewachsen war, nahm im Internet intensiv Anteil an den Ereignissen in Iran und trug ihrerseits zum Austausch über Inhalte und Identität einer iranischen Demokratiebewegung bei. Der New Yorker Professor Hamid Dabashi und der exilierte Reformaktivist Mohsen Sazegara beispielsweise produzierten jeweils regelmäßige Videosendungen im Internet, in denen nicht nur neueste Nachrichten aus Iran, sondern auch historische Erscheinungsformen von zivilem Widerstand und sozialem Protest diskutiert wurden.

Insgesamt lag die Bedeutung des Internets für die Grüne Bewegung nach der Wahlkrise 2009 also vor allem im Informations- und Meinungsaustausch unter den Mitstreitern der Bewegung, der über digitale Medien ermöglicht wurde. Das Internet unterstützte eine grenzüberschreitende Vernetzung der Aktivisten und neue symbolische Ausdrucksformen der Widerstandskultur, über die die kollektive Identität der Bewegung gestärkt werden konnte. Damit förderte die Anwendung des Internets eine Fortentwicklung der Grünen Bewegung als kollektive Herausforderin der bestehenden Machtverhältnisse. Unter dem bestehenden hohen Niveau der autoritären Repression eröffnete das Netz Freiräume zur Herausbildung von Gegenöffentlichkeiten, in denen gemeinsame Ziele, politische Kultur und Identität verhandelt werden konnten: zentrale Voraussetzungen für den Erhalt der Konfliktfähigkeit der Bewegung. In diesem Sinne wies Mussavi in seiner, ein Jahr nach den Wahlen veröffentlichten Grünen Charta explizit auf den Einfluss der im Internet gebildeten Netzwerke hin:

66 Mir-Hosseini, Ziba: „Broken Taboos in Post-Election Iran“, in: Middle East Report Online vom 17.12.2009.

„Ein Jahr ist seit der Entstehung dieser unvergleichlichen Grünen Bewegung vergangen; eine Zeit, in der die Grünen eine große Strecke auf diesem Weg der Hoffnung zurückgelegt haben. Glücklicherweise haben sie sich von staatlicher Unterstützung losgesagt, ihren eigenen Häusern zugewandt und soziale Netzwerke entwickelt. So sind feste, zuverlässige Beziehungen zwischen den Menschen dieser Nation entstanden. Stabile Netzwerke haben wahre Wunder bei der Verbreitung von Informationen in den Bereichen von Politik, Gesellschaft und Kultur vollbracht. Es genügt, einen Blick auf die Kunst zu werfen, die in diesen Netzwerken produziert wurde, oder das Ausmaß des vollkommen demokratischen Austauschs von Nachrichten, Informationen, Meinungen und Analysen. Die Grüne Bewegung hat eine Welle des Dialogs über wichtige und schicksalsträchtige Fragen zwischen den Menschen in der Öffentlichkeit erzeugt. Dies ist in unserer modernen Geschichte einzigartig [Übersetzung M.M.]“.⁶⁷

Demgegenüber erschien das Potential des Internets für eine direkte politische Mobilisierung zu Protesten begrenzt. Dies wurde beispielsweise zum Revolutionsjubiläum am 11. Februar 2010 deutlich, dem im Internet unzählige Aufrufe zu Protesten am Rande des offiziellen Aufmarsches zuvorgingen. Nachdem sich die Konflikte zwischen Sicherheitskräften und Anhängern der Opposition in den Wochen zuvor allmählich radikalisiert hatten, nahmen beide Seiten den 11. Februar als entscheidende Auseinandersetzung wahr. Die in den Onlinemedien der Grünen-Anhänger extrem gesteigerten Erwartungen kontrastierten dann allerdings deutlich mit der geringen Präsenz von Protestlern auf den Straßen Teherans. Mit erhöhter Repressionsbereitschaft der Machthaber konnten die offenen Netzwerke des Internets nicht mehr die fehlende kohärente Führung und Organisation aufwiegen, die für eine Fortführung der Protestbewegung unter diesen Bedingungen notwendig gewesen wäre.

67 „Die 18. Verlautbarung von Mir Hossein Mussavi und die Grüne Charta“, Kalemeh vom 15.06.2010.

Fazit

Während in Tunesien und Ägypten die ersten Wahlen nach dem Sturz der Diktatoren bevorstanden, sinnierte der iranische Revolutionsführer im September 2011 öffentlich über die Frage nach, ob die Islamische Republik tatsächlich einen direkt gewählten Staatspräsidenten brauche oder ob dessen Wahl nicht auch über den Umweg des Parlaments vorstellbar sei. Damit zog Khamenei offenbar sein persönliches Fazit aus den Entwicklungen der zuvorgehenden Jahre. Die Präsidentschaftswahlen 2009 hatten bis dato kaum vorstellbare Proteste gegen das Regime ausgelöst, bei denen auch Khameneis Porträt mit Füßen getreten wurde. Als Wunschkandidat der Machtelite hatte Ahmadinezhad nur mittels Manipulation und gewaltsamen Repressionen auf seinem Posten gehalten werden können, erwies sich im Anschluss allerdings nicht gerade als loyaler Gefolgsmann. Bestrebt seine eigene Machtbasis auszubauen, geriet der Präsident in Konflikt mit den anderen Gruppierungen des konservativen Lagers und scheute selbst vor einer Konfrontation des übermächtigen Führers nicht zurück. Im März 2011 besetzte Ahmadinezhad den Schlüsselposten des Geheimdienstministers mit einem seiner Mitstreiter und nötigte Khamenei damit zu einer direkten Intervention. Trotz der ausdrücklichen und öffentlichen Anweisung des Führers nahm er die Nominierung erst nach längerem Zögern wieder zurück. Derart unbequemen Herausforderungen schien Khamenei in Zukunft aus dem Wege gehen zu wollen. Die zur Sprache gebrachte Verfassungsänderung hätte die Entscheidungsgewalt noch effizienter in den Händen des *vali-ye faqih* konzentriert und das autoritäre System in Iran auch konstitutionell untermauert. In jedem Fall aber brachte der Revolutionsführer deutlich sein Verlangen zum Ausdruck, jegliche Teilhabe an politischer Macht einer ebenso strikten wie direkten Kontrolle zu unterwerfen.¹

Muss also fortan ausgerechnet das Land, in dem erstmals eine der jungen Freiheitsbewegungen der Region ausbrach und damit den Ideen eines von Internetanwendungen getragenen politischen Wandels so deutlichen Antrieb gab, als Beispiel

1 „Khamenei’s power consolidation gambit“, Al-Jazeera Online vom 11.11.2011.

für das Scheitern solcher Umbrüche gelten? Belegt der Fall Iran die begrenzte politische Schlagkraft des Internets? Natürlich nicht. Vielmehr soll hier noch einmal die Bedeutung einer umfassenden Kontextualisierung unterstrichen werden, geht es um Aussagen zu Leistungen und Wirkungen digitaler Medien in politischen Wandlungsprozessen. Diese Arbeit hat einen solchen differenzierten Ansatz verfolgt und die Nutzung des Internets durch Irans Reformbewegung untersucht. Die Vertreter dieser breiten gesellschaftlichen und politischen Strömung haben in den letzten fünfzehn Jahren mit Forderungen nach mehr Partizipation und Bürgerrechten den autoritären Machtanspruch der konservativen Führungsriege herausgefordert. Unter Verwendung von Ansätzen der Transformationstheorie konnten diese Akteure als konfliktorientierte Gruppen eingestuft werden, die auf einen Wandel des politischen Systems hinwirken. Desweiteren wurden anhand der theoretisch begründeten Kommunikationsbedürfnisse von konfliktorientierten Akteuren mögliche Beiträge des Internets zu deren Handeln diskutiert: Bildung von Gegenöffentlichkeiten, Vernetzung und Stärkung des Zusammenhalts, Mobilisierung von Anhängern und Unterstützung. Diesen Vorannahmen ist die Arbeit mit einer explorativen Vorgehensweise und unter enger Verflechtung der kritisch-analytischen Interpretation von Forschungsmaterialien mit dem soziopolitischen Kontext nachgegangen.

Gezeigt wurde zunächst, dass das politische System der Islamischen Republik einer mehrschichtigen Legitimationskrise unterliegt. Religiöse und ideologische Grundlagen sind nach dem Tode des Staatsgründers Khomeini allmählich erodiert. Die Performanz des Systems wird durch Misswirtschaft und Korruption sowie zunehmend auch durch Sanktionen in Frage gestellt. Die republikanischen Elemente der Verfassung haben mit dem Scheitern der Reformregierung mehr und mehr an Glaubwürdigkeit verloren, weil eine klerikale Kernelite in den Schlüsselbastionen des Regimes die Handlungsfähigkeit von Parlament und Regierung ausgehöhlt hat. Die Manipulation der Wahlen 2009 und die anschließende gewaltsame Unterdrückung der Demonstrationen haben auch den letzten Anschein einer demokratischen Legitimation des Systems durch das Volk beseitigt. Als einzig denkbarer Legitimationsbereich, den sich die autoritäre Machtelite noch verstärkt erschließen könnte, scheint der iranische Nationalismus zu verbleiben.

Die Stabilität des Regimes beruht damit zuvorderst auf seiner Fähigkeit zur Repression. Diese wird durch einen ausgedehnten Sicherheitsapparat, eine systemtreue Judikative und die Einbindung der Revolutionsgarden in die Führungsriege gewährleistet. Die Zusammensetzung der strategischen Gruppen an der Spitze des Regimes hat sich in den letzten Jahren verschoben. Der Einfluss der alten Revolutionselite und des traditionellen Klerus ist zugunsten einer Allianz aus ultrakonservativen Politikern und Revolutionsgarden zurückgegangen, die an einer starken Führungsrolle des *vali-ye faqih* festhalten. Sie dominieren das Gewaltmonopol und die zentralen wirtschaftlichen Ressourcen des Landes, über religiös-ideologische Propagandaorganisationen und die *Bassij* können sie Teile der Bevölkerung mobilisieren.

Demgegenüber bestehen die konfliktorientierten Gruppen aus einer Fraktion reformorientierter Vertreter der politischen Elite sowie der zivilgesellschaftlichen Demokratiebewegung. Das politische Reformlager verteidigte die Möglichkeit einer demokratischen Ausgestaltung der bestehenden Verfassung. Durch Wahlteilnahme und Arbeit in den Institutionen sollten die republikanischen Elemente des Systems gestärkt und die Partizipation der Bevölkerung gefördert werden. Dieser Ansatz konnte allerdings einen Machtgewinn autoritärer Kräfte nicht verhindern. Zwar haben die Repression und Ausgrenzung durch die Ultrakonservativen die politischen Standpunkte der Reformpolitiker geschärft und den Schulterchluss mit zivilgesellschaftlichen Akteuren gefördert. Doch gleichzeitig schränkte Unentschlossenheit in Bezug auf den Umgang mit dem politischen System und der Verfassung die Konfliktfähigkeit der Reformen ein. Während der Wahlkrise bremsten sie das gesellschaftliche Protestpotential und verhinderten so eine Eskalation des Konflikts. Die Ursache hierfür liegt sicherlich in den Erfahrungen aus der Revolutionszeit und der Sorge vor Anarchie und Chaos, die einem abrupten Umsturz der Machtverhältnisse folgen könnten. Diese historische Prägung ist somit ein entscheidender Faktor im iranischen Transformationsprozess und stellt einen zentralen Unterschied zu den Ländern des Arabischen Frühlings dar.

Die iranische Zivilgesellschaft wurde als eine entscheidene Triebkraft des politischen Wandels eingeschätzt. Gesellschaftliche Entwicklungen nach der Revolution festigten die Stellung und Bedeutung der modernen urbanen Mittelschichten, die mehr politische und soziale Freiheiten sowie Teilhabe an politischer Entscheidungsgewalt und wirtschaftlichen Ressourcen verlangen. Diese Forderungen werden vor allem von Intellektuellen, Journalisten und zivilgesellschaftlichen Aktivisten vertreten. Sie haben Vorstellungen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten für den iranischen Kontext adaptiert und daraus erste programmatische Alternativen zum bestehenden System und dem politischen Islam entwickelt. Die Auseinandersetzung mit dem repressiven Staat hat innerhalb der Zivilgesellschaft neue Formen der Solidarität erzeugt und interne Debatten gefördert, aus denen in Abgrenzung von den hegemonialen Ansprüchen der autoritären Machthaber eine demokratisch orientierte politische Kultur gewachsen ist.

Damit konnten drei wesentliche Faktoren für einen Systemwechsel aufgezeigt werden: eine Legitimationskrise des autoritären Systems, konkurrierende Akteursgruppen innerhalb der politischen Elite und eine lebendige Zivilgesellschaft. Dem entgegen steht allerdings das Repressionspotential des Regimes, das die Aktivitäten und den Öffentlichkeitszugang der Reformbewegung immer mehr einschränken konnte. Die Konfliktfähigkeit der Reformbewegung wurde zudem durch den Mangel an kohärenter Führung und Organisationsstruktur geschwächt. Vor allem offene soziale Bewegungen und Aktivistengruppen wurden von der gemeinsamen Ablehnung der derzeitigen Machthaber sowie normativen Vorstellungen wie Demokratie und Menschenrechte zusammengeführt. Da konfliktorientierte Akteure hauptsäch-

lich aus der gebildeten Mittelschicht stammen, verfügen sie über weitreichende Kompetenzen, um ihre Standpunkte öffentlichkeitswirksam zu artikulieren. Hieraus ist in den letzten zehn Jahren die politische Bedeutung des Internets entstanden.

Die theoretischen Vorüberlegungen haben die Rolle von Kommunikation und Medien in Prozessen politischen Wandels hervorgehoben. Für eine erfolgreiche Realisierung ihrer Ziele sind konfliktorientierte Akteure auf einen von Medien getragenen Informations- und Meinungs-austausch angewiesen. Nur so können sie alternative Vorstellungen und Programmatiken entwickeln, ideologische Geschlossenheit und kollektive Identität herstellen, die Positionen dominanter Akteure hinterfragen sowie Anhänger und Unterstützung mobilisieren. In Iran erscheint dies umso dringlicher, als der autoritäre Staat den institutionellen und organisatorischen Handlungsspielraum von Reformbewegung und Zivilgesellschaft immer mehr eingeschränkt hat. Infolgedessen haben die konfliktorientierten Gruppen netzwerkartige und offen strukturierte Bewegungen gebildet, von denen die derzeitigen Machtverhältnisse diskursiv herausgefordert werden. Diese Akteure verteidigen neben den jeweiligen inhaltlichen Forderungen immer auch die Informations- und Meinungsfreiheit als entscheidende Voraussetzung für den Erfolg ihrer Aktivitäten. Sie stehen in einer ständigen Auseinandersetzung mit dem autoritären Staat, der alle Möglichkeiten zur öffentlichen Artikulierung von Dissens zu kontrollieren sucht.

Die Bedingungen für die Ausbreitung und Nutzung des Internets in Iran weisen bis auf wenige Einschränkungen eine positive Bilanz auf. Innerhalb der Region hat Iran einen relativ hohen Entwicklungsstand. Bildung, Urbanisierung und Pro-Kopf-Einkommen schaffen in der Bevölkerung eine große Gruppe an potentiellen Nutzern. Die überwiegend junge Bevölkerung steht modernen Kommunikationstechnologien offen gegenüber, hinzu kommt ein verbreitetes Interesse an Alternativen zu den staatlich kontrollierten Medien. Die zwischenzeitlich liberalisierte Presse konnte einen authentischen Informations- und Meinungs-austausch fördern und zur Entstehung einer neuen Generation von Journalisten beigetragen. Somit geweckte Kommunikations- und Informationsbedürfnisse wurden nach der autoritären Regression und den Zeitungsschließungen teilweise über das Internet abgedeckt. Hemmend auf die Internetentwicklung wirkte hingegen der Mangel an Förderung und Management durch den Staat. Dieser versuchte dennoch seine politische und wirtschaftliche Vormachtstellung bei der Ausbreitung der neuen Technologie durchzusetzen. Besonders deutlich zeigte sich dies im Bereich der Zensur, die damit zum größten Hindernis der Internetanwendung wurde: gedrosselte Verbindungen, gefilterte Inhalte und Einschränkung der Meinungsfreiheit im Netz. Gleichzeitig setzten die strategischen Gruppen das Internet zu Realisierung eigener Interessen ein, etwa im Bereich der politischen Kommunikation und Propaganda oder bei der Überwachung politischer Gegner. Iran erscheint damit als moderner autoritärer Staat, der die Vorteile der neuen Kommunikationstechnologien nutzt, unerwünschte Anwendungen aber so weit wie möglich einzugrenzen sucht.

Im Bereich des politischen Informations- und Meinungsaustauschs hat das Internet grundsätzlich zu einer Bereicherung der Informationslandschaft beigetragen. Verschiedenste iranische Onlinemedien übermitteln Nachrichten, Analysen und Kommentare. Im Ausland produzierte Webseiten fördern den Austausch mit der Diaspora und geben exilierten Journalisten eine Möglichkeit zur Fortführung ihrer Profession. Innerhalb des Landes erstellte Nachrichtenseiten spiegeln deutlich die Fraktionierung der politischen Elite wider und bilden ein Instrument der politischen Kommunikation. Im Sinne von Wolfsfelds Ansatz zur Rolle von Medien in politischen Auseinandersetzungen bieten diese Nachrichtenseiten den politischen Akteuren einen direkten Mediengriff, über den sie Informationsfluss und Bedeutungszuschreibungen gemäß ihrer jeweiligen Interessen beeinflussen können. Damit haben die Differenzen innerhalb der Elite mehr Öffentlichkeit und zusätzliche Dynamik erhalten. Die Arbeit hat gezeigt, dass dies besonders relevant in Bezug auf die Rivalitäten im konservativen Lager war. Die mehr oder weniger öffentlich ausgetragenen Uneinigkeiten ihrer Opponenten verschafften den konfliktorientierten Akteuren der Reformbewegung im Laufe der ersten Amtszeit Ahmadinezhads zusätzliche Handlungsmotivation für eine Herausforderung der Regierung.

Während die strategischen Gruppen Onlinemedien als Ergänzung zu anderen Medien angenommen haben, sind sie für die reform- und demokratieorientierten Akteure eine notwendige Plattform. Diese Bedeutung resultiert aus der autoritären Überwachung von Presse und Massenmedien. Das Internet bildet damit einen wichtigen alternativen Kommunikationskanal. In Ermangelung anderer Kommunikationswege haben Webseiten, Blogs und später auch soziale Netzwerke neue Möglichkeiten der internen und externen Kommunikation für konfliktorientierte Akteure eröffnet. Wie theoretisch ausgeführt müssen politische Herausforderer alternative Vorstellungen für die Zukunft der Gesellschaft und kollektive Identitäten entwickeln, um die Positionen dominanter Akteure zu hinterfragen und Unterstützung zu mobilisieren. Eine zentrale Voraussetzung hierfür ist die Herausbildung von Gegenöffentlichkeiten, mit denen der blockierte Zugang zur gesellschaftlichen Öffentlichkeit kompensiert wird. Einerseits werden hier interne Debatten geführt, gemeinsame Ideen und Werte verhandelt und damit eine demokratisch orientierte Diskussionskultur praktiziert. Über diesen partizipativen Aspekt hinaus können Herausforderer aus den Gegenöffentlichkeiten heraus auch Versuche der Delegitimierung einflussreicherer Gegner unternehmen, Anspruch auf politischen Einfluss erheben und insgesamt ihre Konfliktorientiertheit deutlich machen.

Die Untersuchung der Onlinemedien der Reformbewegung hat gezeigt, wie diese verschiedene Nachrichtenseiten zur Veröffentlichung von Informationen und politischen Standpunkten nutzte. Die auf diesem Wege verbreiteten Inhalte und Themen wurden außerdem von Weblogs aufgegriffen, dort vertiefend diskutiert, aber auch rückwirkend beeinflusst. Die Arbeit konnte zeigen, wie Blogger auf aktuelle Ereignisse und Entwicklungen reagierten, diese kommentierten und erörterten. Aus

dem Umfeld der Reformbewegung traten dabei vor allem Journalisten, Intellektuelle und öffentlichkeitsorientierte Blogger als Meinungsführer auf, die den stattfindenden Informations- und Meinungsaustausch stimulierten und lenkten. Als Schlüsselfiguren der iranischen Zivilgesellschaft beanspruchten sie aktiv ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und verinnerlichte grundlegende Werte einer demokratisch geprägten politischen Kultur. Auf diese Art entstehende Debatten widmeten sich gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen mit beständiger Aufmerksamkeit und brachten neue Themen, Ansichten und Kritik zur Sprache. In begrenztem Maße ermöglichten sie dabei auch eine Verständigung zwischen den unterschiedlichen Standpunkten innerhalb der konfliktorientierten Akteure, wie die Analyse der Debatte um Wahlteilnahme und Boykott verdeutlicht hat.

Darüber hinaus suchen die Reformer als konfliktorientierte Akteure über ihre Onlinemedien auch eine diskursive Herausforderung der Machtverhältnisse. Die Analyse der Webseite *Emruz* machte deutlich, wie die Reformbewegung im Internet ein eigenes Framing der politischen Realität entwickelt hat. Der Diskurs zu den Kommunalwahlen lieferte Problemdefinitionen und moralische Wertungen, durch die der politische Gegner delegitimiert und unter den eigenen Anhängern ein gewisser Zusammenhalt hergestellt werden sollte. Gleichzeitig wurden bewegungsintern gemeinsame Standpunkte und Strategien ausgehandelt. Um ein kohärentes Auftreten zu ermöglichen, betonten die Texte der Webseite zudem beständig die identitären Wurzeln der Reformbewegung. Schließlich wurden auch Lösungsvorschläge für die aufgezeigten Problemstellungen entworfen und eine gewisse Handlungsmotivation im Sinne der Bewegungsziele erzeugt. Der untersuchte Diskurs wies also alle typischen Merkmale eines Framings durch Herausforderer auf. Dies unterstreicht noch einmal die Rolle, die derartige Onlinemedien für die interne und externe Kommunikation der Reformbewegung spielen. Das Internet eröffnet eine Plattform, über die die Reformer ihre Opponenten in Frage stellen und zugleich eigene Positionen aushandeln können. Die Reichweite dieser alternativen Gegenöffentlichkeit ist zwar auf eine Informationselite begrenzt. Doch diese kann solcherart übermittelte Inhalte aufnehmen und in andere Kommunikationssphären tragen. Insofern können Onlinemedien eine Basis für die Herausbildung von Gegenöffentlichkeiten mit eingeschränkter Reichweite, aber hoher Qualität und Intensität bieten.

Neben Beiträgen zur Bildung von Gegenöffentlichkeit haben die theoretischen Vorüberlegungen außerdem mögliche Wirkungen des Internets auf die Vernetzung und die internen Strukturen von konfliktfähigen Gruppen thematisiert. Diese müssen für eine erfolgreiche Herausforderung dominanter Akteure unter ihren Anhängern Motivation und Geschlossenheit aufrechterhalten. Organisationsgrad und Führung durch anerkannte Persönlichkeiten gelten ebenfalls als wichtige Erfolgsbedingungen. Die Arbeit konnte deutlich machen, dass das Internet den unterschiedlichen Vertretern der Reformbewegung vor allem in Phasen hoher autoritärer Repression einen Rückzugsort bot und eine Fortführung ihrer Aktivitäten ermöglichte. Die

Frauenbewegung beispielsweise konnte im Laufe der ersten Amtszeit von Ahmadi-nezhad über themenzentrierte offene Netzwerke neue Formen des Aktivismus entwickeln, über die sie sich an die veränderten politischen Rahmenbedingungen anpasste. Ein wesentlicher Teil der dazu notwendigen Kommunikation lief über das Internet. So konnte eine Isolation der Aktivistinnen verhindert und eine Abstimmung über Inhalte und Strategien der Bewegung aufrecht erhalten werden. Auch im Falle der Grünen Bewegung hielten die mehr und mehr von der Öffentlichkeit abgeschotteten Oppositionsführer über Onlinemedien und soziale Netzwerke Kontakt zu ihren Anhängern. Mussavi und Karrubi konnten rasch auf politische Entwicklungen reagieren und ihre Kommuniqués verbreiten. Sie sind nachweislich auf die in den Gegenöffentlichkeiten des Internets artikulierten Anregungen von Anhängern eingegangen und haben diesen Austausch auch gesucht. Darüber hinaus haben sowohl Frauen- als auch Grüne Bewegung über das Internet verschiedene Formen des Ausdrucks von Zusammenhalt und Solidarität entwickelt, welche die kollektive Identität der Bewegung stärkten. Über Webseiten, Blogs und Facebook konnte Beistand für inhaftierte Mitstreiter, Zugehörigkeit zu einer Kampagne oder die Unterstützung einer bestimmten Forderung deutlich gemacht werden. Schließlich intensivierte die Kommunikation im Netz die Kontakte zwischen Aktivisten im In- und Ausland. Dies erscheint im Zuge der zunehmenden Exilierung von Vertretern der Reform- und Demokratiebewegung besonders relevant. Über das Internet können die Verbindungen nach Iran sowie zwischen den über verschiedene Exilländer verteilten Aktivisten der Grünen Bewegung aufrechterhalten werden. Somit wird ein Informationsaustausch gewährleistet, der auch zukünftig für die Abstimmung zwischen den unterschiedlichen konfliktorientierten Akteuren der Oppositionsbewegung eine große Rolle spielen dürfte.

Insofern erwuchs die Bedeutung des Internets für den Zusammenhalt der konfliktorientierten Akteure vor allem dem Druck und der Überwachung durch den autoritären Staat, der institutionalisierte Formen des zivilgesellschaftlichen Aktivismus und der politischen Oppositionsarbeit zunehmend unmöglich machte. Im Gegenzug entstanden flexible und weniger hierarchische Strukturen, durch die die Frauenbewegung und die Grüne Bewegung widerstandsfähiger gegen Repression wurden. Gleichzeitig öffneten sie sich dem Engagement ihrer Anhänger, die in größerer Unabhängigkeit und Eigenständigkeit agierten. Aufgrund der Rolle des Internets bei diesen Entwicklungen zählen hinter der älteren Generation der Reformakteure nunmehr Blogger, Journalisten und andere junge zivilgesellschaftliche Aktivistinnen zu den prägenden Kräften der iranischen Demokratiebewegung. Einschränkend gilt jedoch anzumerken, dass die beschriebenen flexiblen Strukturen den konfliktorientierten Akteuren zwar den Fortbestand und sogar eine Weiterentwicklung ihrer Aktivitäten ermöglichten, jedoch nicht die Erfolgsfaktoren der formalen Institutionalisierung, kohärenten Organisation und Führung aufwiegen konnten. Die politische Reformbewegung büßte mit der Beseitigung ihrer organisatorischen Grund-

lagen (Parteien, Printmedien) durch die strategische Machtelite an Gestaltungsmacht und Mobilisierungskraft ein. In ihrer Fortführung in der Grünen Bewegung konnte sie dem repressionsbereiten und gut organisierten Regime keinen ausreichenden Widerstand entgegensetzen. Geht es also um Machtkonflikte und Verhandlungen auf politischer Ebene, die im Zuge einer angestrebten Systemveränderung natürlich eine zentrale Rolle spielen, kann über die offenen, vom Internet unterstützten Netzwerke allein nicht genug Druck und Einfluss aufgebaut werden.

Neben den beschriebenen Wirkungen des Internets auf die Bildung von Gegenöffentlichkeiten und die Entwicklung flexibler Netzwerke erscheint sein Einfluss auf die politische Mobilisierung von Herausforderern – ein weiterer Erfolgsfaktor konfliktorientierten Handelns – eher begrenzt. Es ist klar, dass das Internet eine lebendige Presse oder die Massenmedien Rundfunk und Fernsehen nicht ersetzen kann. Die gesellschaftliche Breitenwirkung des Internets bleibt trotz des beachtlichen Anstiegs der Nutzerzahlen in Iran eingeschränkt. Hemmend wirken sowohl die Faktoren des digitalen Grabens als auch die Zensur und Kontrolle durch den autoritären Staat. Selbst in den raren Momenten einer tatsächlichen Massenmobilisierung, etwa im Sommer 2009, war das Internet ein Kommunikationsmittel neben anderen, wie Mobiltelefon und Mundpropaganda, die eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung von sozialem Protest spielen. Damit bleibt das Netz vorerst ein Medium für die Kommunikation von veränderungswilligen Akteuren, die ohnehin politisch aktiv sind und auf diesem Weg ihre Handlungsfähigkeit erhalten und verbessern.

Gleichwohl hat die Arbeit Formen der Mobilisierung von Unterstützung und Anhängern gezeigt, die erst durch das Internet ermöglicht wurden. Dabei handelt es sich vor allem um kurzzeitige und themenzentrierte Kampagnen, etwa die Abwehr von Internetzensur oder die Verteidigung inhaftierter zivilgesellschaftlicher Akteure. Der Frauenbewegung ist es gelungen, Anhänger über Onlinekampagnen zu ausgewählten Aktionen zu mobilisieren. Der wichtigste Aspekt von Mobilisierung über das Netz ist jedoch auf der Ebene der transnationalen Kommunikation zu suchen. Über das Internet ist es konfliktorientierten Akteuren wiederholt gelungen, eine internationale Öffentlichkeit anzusprechen und auf die Repression durch den autoritären Staat aufmerksam zu machen. Dies wurde besonders im Zuge der Wahlproteste mit der Informationsverbreitung über die sozialen Medien deutlich. Unter Mitwirkung von unzähligen einzelnen Internetnutzern und Mitgliedern sozialer Netzwerke, die als Bürgerjournalisten agierten, konnten der Ablauf der Ereignisse und die Repressionen durch die Machthaber dokumentiert werden. Auf Basis resonanzfähiger Normen wie den Menschenrechten konnte somit über den Umweg der internationalen Öffentlichkeit Druck auf die Machtelite im Land ausgeübt werden. Diese Möglichkeiten der Einflussnahme über „Bumerang-Effekte“ sind allerdings im Kontext der internationalen Stellung des Regimes zu verorten: Ohnehin außenpolitisch isoliert zeigte das iranische Regime weniger Zurückhaltung bei der Unterdrückung

ckung von Demonstrationen als die von westlicher Unterstützung abhängigen Machthaber in Tunesien und Ägypten.

Mit Hinblick auf die theoretisch begründeten Erfolgsbedingungen für die Handlungen politischer Herausforderer entfaltet das Internet also unterstützende Wirkungen vor allem in den Bereichen der Entwicklung von Gegenöffentlichkeiten und der Formierung von Zusammenhalt und kollektiver Identität. Der unmittelbare Einfluss auf das Mobilisierungspotential konfliktorientierter Akteure erscheint indes (noch) begrenzt. Demzufolge spielen Internetanwendungen in Prozessen der politischen Transformation eine Rolle bei der allmählichen Entwicklung von Widerstand gegen bestehende Machtverhältnisse und der anfänglichen Herausforderung autoritärer Machthaber. Für den weiteren Verlauf eines Systemwechsels können direkte Effekte schwer ausgemacht werden, da signifikante Faktoren, die den Erfolg konfliktorientierter Akteure bestimmen, durch das Internet kaum Beeinflussung erfahren: Organisationsgrad, Führung und Mobilisierungsfähigkeit der konfliktorientierten Gruppen sowie das Repressionspotential auf Seiten der strategischen Gruppen. Überträgt man diese Erkenntnisse auf das im Theorieteil dargestellte Hegemonie-Modell, so wird deutlich, dass die Wirkung des Internets besonders im anfänglichen Aufbau einer Gegenhegemonie liegt, die Gramsci mit der Formierung gemeinschaftlicher Solidaritäten innerhalb der Zivilgesellschaft beschreibt. Das Internet hat in Iran in den letzten zehn Jahren den Prozess der Formierung alternativer politischer Vorstellungen und einer alternativen politischen Kultur unterstützt, die im Gegensatz zu den Machtansprüchen des autoritären Regimes stehen. Die von der modernen Mittelklasse getragene heterogene Demokratiebewegung hat in den Kommunikationsphären des Internets Rückhalt gefunden und sich dort weiterentwickeln können. Die nächsten Schritte bei der Herausbildung einer Gegenhegemonie bis hin zum tatsächlichen Wandel – kollektive Organisation sowie letztendliche Übertragung neuer Norm- und Wertvorstellungen auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene – hat das Internet bislang nur begrenzt unterstützt. Nachteilig wirkten die begrenzte gesellschaftliche Reichweite sowohl des Internets als auch des Mobilisierungspotentials der Reform- und Demokratiebewegung, die beide nicht die ärmeren Schichten der Bevölkerung erreichten. Die Repressionsbereitschaft und Institutionalisierung des autoritären Regimes sind ebenfalls entscheidende Faktoren, die einem politischen Wandel entgegenwirken. Zukünftig gilt es zu beobachten, wie sich sowohl die fortschreitende Entwicklung und Verbreitung des Internets als auch Veränderungen des soziopolitischen Kontexts (z. B. Aufbrechen der Herrschaftskoalition, Ausdehnung von Opposition gegen das Regime in der Bevölkerung, internationale Einflüsse) auf die hier gewonnenen Erkenntnisse zur Rolle des Internets in der politischen Transformation Irans auswirken.

Anhang

A) TRANSKRIPTION PERSISCHER BEGRIFFE

Die Transkription des Persischen in dieser Arbeit basiert auf der Umschrift der Zeitschrift *Iranian Studies*. Die stimmlosen S-Laute س, ث und ص werden alle mit einem „s“ wiedergegeben, die stimmhaften س, ز, ض und ظ mit einem „z“. Ebenso werden beide T-Laute ت und ط mit einem „t“ wiedergegeben und sowohl ح als auch ه mit „h“ transkribiert. Aus ژ wird „zh“ (wie „j“ in Jalousie). Die Vokale i und u sind lang, e und o hingegen kurz. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden sowohl das lange als auch das kurze *alef* mit „a“ wiedergegeben. Das betonte „h“ am Wortende erscheint als „eh“, die *ezafeh*-Verbindung wird mit „-e“ oder „-ye“ transkribiert. Arabische Termini werden in der persischen Form wiedergegeben wie beispielsweise „feqh“ (arab. fiqh). Eingedeutschte persische Begriffe wie „Ayatollah“ oder auch Ortsnamen werden nicht transkribiert. Namen iranischer Autoren, die im Ausland veröffentlicht haben, sowie Publikationen, Webseiten oder Blogs, die ihren Namen auch in lateinischer Schrift angeben, werden entsprechend der verwendeten Schreibweise zitiert.

B) METHODISCHES VORGEHEN: INHALTSANALYSE

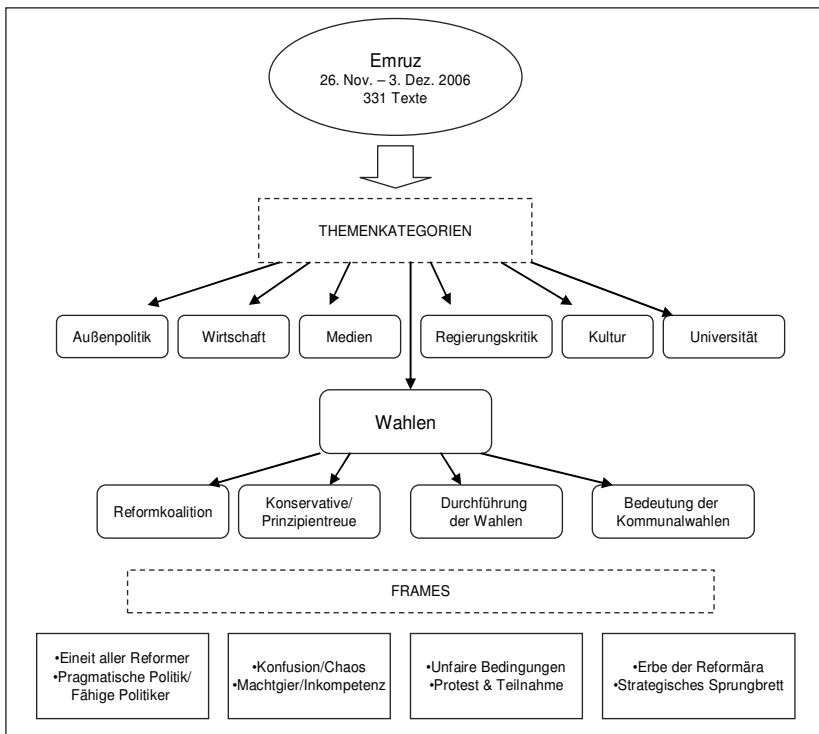
Für die Analyse der Webseite *Emruz* wurden alle im Laufe einer Woche (26.11.-03.12.2006) veröffentlichten Artikel täglich erfasst. Über eine abstrahierende Zusammenfassung der einzelnen Artikel wurden dann Themenkategorien gebildet, denen die einzelnen Artikel jeweils zugeordnet wurden. Innerhalb grundlegender Themenkategorien, wie z. B. „Innenpolitik“ oder „Wirtschaft“, ließen sich induktiv weitere Unterkategorien bilden (etwa „Regierungskritik“ oder „wirtschaftspolitische Erfolgsberichte“). Quer zu diesen thematischen Kategorien wurde außerdem festgehalten, ob es sich um per Foto oder Namen gekennzeichnete Meinungsartikel bzw. Analysen einzelner Autoren oder aber einfache Nachrichten handelte und ob

die Artikel anderen Zeitungen oder Webseiten entnommen worden waren. Somit konnte zunächst eine analytische Beschreibung von *Emruz* erstellt werden, sowohl anhand formaler als auch thematischer Kriterien. Aus den insgesamt 331 Artikeln, die innerhalb dieses Untersuchungszeitraums auf *Emruz* veröffentlicht worden waren, ließen sich dann 131 Beiträge dem Thema der Kommunal- und Expertenratswahlen zuordnen. Durch eine fortgeführte abstrahierende Zusammenfassung dieser Texte konnten weitere thematische Unterkategorien und Schwerpunkte ausgemacht werden, deren Interpretation Aufschluss über die von der Webseite vermittelte „Narrative“ zu den Wahlen gab. Über eine reflektierte Auswahl wurden dann Schlüsseltexte für die Feinanalyse ermittelt. Naturgemäß zeigten sich wiederkehrende Argumentationsmuster vor allem in den Kommentaren oder Analysen bekannter Reformautoren besonders deutlich. Die Beiträge wurden in einem interpretativ-analytischen Prozess zerlegt und ihre zentralen Aussageinhalte rekonstruiert. So konnten textübergreifend Elemente für die Konstruktion von Deutungsmustern (Frames) identifiziert werden (Problemdiagnosen, Verantwortungszuschreibungen, Lösungsvorschläge und moralische Wertungen). Die gewonnenen Erkenntnisse mussten dann vor dem Hintergrund des zuvor erarbeiteten Kontextwissens („Situiertheit der Texte“) und der theoretischen Vorüberlegungen reflektiert werden.

Für die Analyse der Weblog-Debatte wurden die Beiträge ausgehend von den Blogs einiger bekannter Reformjournalisten, die auf der Webseite *Emruz* aufgelistet waren, in einem „schneeballartigen“ Vorgehen über textinterne Hinweise, Kommentare und Verlinkungen in den Artikeln zusammengestellt. Insgesamt konnte so ein Netzwerk von 98 Bloggern ermittelt werden, die sich über einen Zeitraum von mehr als zwei Monaten in insgesamt 280 Texten unterschiedlichster Form und Länge zu den Wahlen äußerten (frühester ermittelter Blogartikel am 02.10. 2006; Erhebung am Wahltag 15.12.2006 abgeschlossen). Von Vorteil erwies sich dabei die in Blogs übliche Archivierung von Beiträgen, die auch nachträgliches bzw. wiederholtes Auffinden von Texten ermöglichte. Die Einteilung der Blogbeiträge nach Datum und Autor ermöglichte zunächst, den Verlauf der Wahldebatte zu rekonstruieren und wichtige, d.h. aktive Teilnehmer zu ermitteln. So konnten beispielsweise bestimmte externe Ereignisse (Presseerklärungen, Verkündung von Kandidaten u. ä.) als Anlass für eine intensivierte Kommunikation in den Blogs ausgemacht werden. Für Blogger des Netzwerks mit mehr als fünf Beiträgen zum Thema der Wahlen (die absolute Höchstzahl der Beiträge eines einzelnen Blog war 16) wurden soweit möglich grundlegende soziologische Hintergrundinformationen gesammelt (Alter, Geschlecht, Beruf, politische Orientierung). Außerdem wurden diese aktiven Blogger als Interviewpartner identifiziert und teilweise später erfolgreich für ein Gespräch rekrutiert. Im nächsten Untersuchungsschritt wurden die erhobenen Blogtexte wiederum nach unterschiedlichen induktiv aus dem Material gebildeten thematischen Kategorien und Unterkategorien klassifiziert. Damit konnten zentrale Inhalte der Debatte abgebildet werden. Zusätzlich wurden hierbei Kommunikationsanlässe

für den einzelnen Beitrag, verlinkte Quellen und behandelte Personen (z. B. Politiker) ermittelt. Die Beiträge zum sowohl quantitativ prominentesten als auch diskussionsintensivsten Thema der Wahldebatte, der Frage nach Wahlteilnahme oder Boykott, konnten dann kritisch-hermeneutisch analysiert werden. Erneut wurden zentrale Argumentationsmuster herausgearbeitet, gleichzeitig auch vermehrte Aufmerksamkeit auf den Stil der Debatte sowie die Beziehungen der Blogger untereinander verwendet. Über die interpretative Verknüpfung der Analyseergebnisse mit den Erkenntnissen aus Interviews und dem soziopolitischen Kontext insgesamt konnte eine möglichst dichte Beschreibung einer Diskussion in der Blogosphäre und ihrer Verflechtungen mit der Realität ausgearbeitet werden.

Abbildung 4: Inhaltsanalyse der Webseite Emruz: Bildung von Themenkategorien und identifizierte Frames



Quelle: Eigene Darstellung

C) IRANS ENTWICKLUNGSSTAND IM REGIONALEN VERGLEICH

Tabelle 4: Daten zu sozialer Entwicklung und Kommunikation

		Iran	Ägypten	Tunesien	Türkei
Einwohner (in Millionen)	2009	75,9	78,9	10,4	76,8
Bevölkerung unter 35 Jahre (% der Gesamtbevölkerung)	2009	68,0	69,5	59,6	62,1
Städtische Bevölkerung (% der Gesamtbevölkerung)	2009	69	43	67	69
GNI pro Kopf, PPP (Internationaler \$)	2009	11,42	5,91	8,71	14,26
Alphabetisierungsrate (% der Bevölkerung ab 15 Jahre)	2008	85	72 (2010)	78	91 (2009)
ICT Development Index ¹ (Rang weltweit)	2008	3,08 (84)	2,70 (96)	3,06 (85)	3,90 (57)
Mobilfunknutzer (% der Gesamtbevölkerung)	2009	72	67	93	87
Internetnutzer (% der Gesamtbevölkerung)	2010	43,2	21,2	34,0	44,4
Facebooknutzer (% der Gesamtbevölkerung)	2011	k. A.	11,1	25,8	39,1

Quelle: Eigene Darstellung mit Daten der Weltbank, U.S. Census Bureau (International Data Base), Internet World Stats und Socialbakers.

- 1 Der ICT Development Index (IDI) wird von der International Telecommunication Union (ITU) für 159 Länder erstellt. Tschad findet sich mit einem Wert von 0,79 auf dem letzten und Schweden mit 7,85 auf dem ersten Platz. International Telecommunication Union: „Measuring the Information Society“, Genf 2010. S. 10.

Literatur

- Abbasgholizadeh, Mahboobeh: „A Quick Look to Challenges faced by WNGO's in Iran's Society“, in: Volunteer. Newsletter of Iranian Civil Society Organizations Resource Center Spring (2005), S. 29.
- Abrahamian, Ervand: Iran between two Revolutions, Princeton, New Jersey: Princeton University Press 1982.
- Abtahi, Mohammad: Zu meinem Vergnügen. Persönliche Notizen (Baray-e delam. Yaddasht-haye shakhsi), Teheran: Nashr-e Chalesh 2003.
- Aday, Sean/Farell, Henry/Lynch, Marc/Sides, John/Kelly, John: „Blogs and Bullets. New Media in Contentious Politics“, Washington: United States Institute of Peace 2010, <http://www.usip.org/files/resources/pw65.pdf>.
- Afshari, Ali: „The Challenges of the Student Movement in the Post-Reform Era“, in: Gozaar. A Forum on Human Rights and Democracy in Iran vom 20.01.2008, <http://www.gozaar.org/template1.php?id=936&language=english>.
- Ahmadi-Khorasani, Noushin: Iranian Women's One Million Signatures Campaign for Equality. The Inside Story, Bethesda: Women's Learning Partnership 2010.
- Akhavi, Shahrough: „Contending Discourses in Shi'i Law on the Doctrine of Wilâyat al-Faqîh“, in: Iranian Studies 29 (3-4) (1996), S. 229-68.
- Alavi, Nasrin: We are Iran, Washington D.C.: Soft Skull Press 2005.
- Alexander, Marcus: „The Internet and Democratization: The Development of Russian Internet Policy“, in: Democratizatsiya 12 (4) (2004), S. 607-27.
- Alfoneh, Ali: „What Do Structural Changes in the Revolutionary Guards Mean?“, Washington: American Enterprise Institute for Public Policy Research 2008.
- Algar, Hamid: Islam and Revolution: Writings and Declarations of Imam Khomeini (1941-1980), Berkeley, California: Mizan Press 1981.
- Alikhah, Fardin: „The politics of satellite television in Iran“, in: Semati, Mehdi (Hg.), Media, Culture and Society in Iran. Living with globalization and the Islamic state, London/New York: Routledge 2008, S. 94-110.
- Alinejad, Mahmoud: „Coming to Terms with Modernity: Iranian Intellectuals and the emerging public sphere“, in: Islam and Christian-Muslim Relations 13 (1) (2002), S. 25-47.

- Alterman, Jon B.: „Counting Nodes and Counting Noses: Understanding New Media in the Middle East“, in: *Middle East Journal* 54 (3) (2000).
- Amir-Ebrahimi, Masserat: „Performance in Everyday Life and the Rediscovery of the ‚Self‘ in Iranian Weblogs“, in: *Badjens: Iranian Feminist Newsletter* (September) (2004), <http://www.badjens.com/rediscovery.html>.
- Amirpur, Katajun: *Die Entpolitisierung des Islam. Abdolkarim Soruŝs Denken und Wirkung in der Islamischen Republik Iran*, Würzburg: Ergon Verlag 2003.
- Anderson, Jon W.: „New Media, New Publics: Reconfiguring the Public Sphere of Islam“, in: *Social Research* 70 (3) (2003).
- Angrist, Michele Penner: „The Outlook for Authoritarians“, in: Angrist, Michele Penner /Posusney, Marsha Pripstein (Hg.), *Authoritarianism in the Middle East. Regimes and Resistance*, Boulder Lynne Rienner Publ. 2005, S. 221-32.
- Ansari, Ali M.: *Iran, Islam and Democracy. The Politics of Managing Change*, London: Royal Institute of International Affairs 2000.
- : „The Revolution Will Be Mercantilized“, in: *The National Interest* (February) (2010).
- Arjomand, Said Amir: *After Khomeini. Iran under his Successors*, New York: Oxford University Press 2009.
- Azimi, Negar: „Hard Realities of Soft Power“, in: *New York Times Magazine* vom 24.07.2007, <http://www.nytimes.com/2007/06/24/magazine/24ngo-t.html>.
- Bahari, Maziar: *Then They Came For Me*, New York: Random House 2011.
- Bahrampur, Shabalisti: *Die Presse in der Reformära. Herausforderungen und Entwicklungen (Matbuat dar dowreh-ye eslahat. Chalesh-ha va tahavvolat)*, Teheran: Zentrum für Medienforschung 2005.
- Bailard, Catie Snow: „A Field Experiment on the Internet's Effect in an African Election: Savvier Citizens, Disaffected Voters, or Both?“, in: *Journal of Communication* 62 (2012), S. 330-44.
- Ball-Rokeach, Sandra J./Jung, Joo-Young: „Digital Divide“, in: Donsbach, Wolfgang (Hg.), *The International Encyclopedia of Communication*, Oxford: Blackwell (Blackwell Reference Online) 2008.
- Barraclough, Steven: „Satellite Television in Iran: Prohibition, Imitation and Reform“, in: *Middle Eastern Studies* 37 (3) (2001), S. 25-48.
- Bashiriyeh, Hossein: „Counter-Revolution and Revolt: An Interview with Iranian Political Scientist Hossein Bashiriyeh“, in: *Constellations* 17 (2010), S. 61-77.
- : „Zerfallende Mythen der Islamischen Republik. Gespräch mit Yousef Alizadeh, Januar 2010“, in: *Lettre International* 88 (2010), S. 43-44.
- Bayat, Asef: *Making Islam Democratic. Social Movements and the Post-Islamist Turn*, Stanford, California: Stanford University Press 2007.
- Beck, Martin: „Paving the Way for Democracies or Strengthening Authoritarianism? Reforms in the Middle East“, in: Fürtig, Henner (Hg.), *The Arab Authoritarian Regime between Reform and Persistence*, Newcastle: Cambridge Scholars Publishing 2007, S. 1-25.

- Beinin, Joel/Vairel, Frédéric (Hg.): *Social Movements, Mobilization, and Contestation in the Middle East and North Africa*, Stanford: Stanford University Press 2011.
- Bellin, Eva: „Coercive Institutions and Coercive Leaders“, in: Posusney, Marsha Pripstein /Angrist, Michele Penner (Hg.), *Authoritarianism in the Middle East. Regimes and Resistance*, Boulder: Lynne Rienner Publ. 2005, S. 21-41.
- Bendel, Petra/Croissant, Aurel/Rüb, Friedbert (Hg.): *Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*, Opladen: Leske und Budrich 2002.
- Benford, Robert D./Hunt, Scott A.: „Dramaturgy and Social Movements: The Social Construction and Communication of Power“, in: *Sociological Inquiry* 62 (1) (1992), S. 36-55.
- Benford, Robert D./Snow, David A.: „Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment“, in: *Annual Review of Sociology* 26 (2000), S. 611-39.
- Benhabib, Seyla: „Models of Public Space: Hannah Arendt, the Liberal Tradition, and Jürgen Habermas“, in: Calhoun, Craig (Hg.), *Habermas and the Public Sphere*, Cambridge/Massachusetts: MIT Press 1992, S. 73-98.
- Bennett, W. Lance: „The Media and Democratic Development: The Social Basis of Political Communication“, in: O’Neil, Patrick H. (Hg.), *Communicating Democracy. The Media and Political Transitions*, Boulder/London: Lynne Rienner Publishers 1998, S. 195-207.
- Beutz-Land, Molly: „Networked Activism“, in: *Harvard Human Rights Journal* 22 (2009), S. 205-43.
- Bieber, Christoph: *Politische Projekte im Internet*, Frankfurt/New York: Campus Verlag 1999.
- Bobbio, Norberto: „Gramsci and the Concept of Civil Society“, in: Keane, John (Hg.), *Civil Society and the State: New European Perspectives*, London/New York: Verso Books 1988, S. 73-99.
- Bohnen, Johannes/Kallmorgen, Jan-Friedrich: „Wie Web 2.0 die Politik verändert“, in: *Internationale Politik* Juli/August (2009), S. 18-25.
- Bos, Ellen: „Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen“, in: Merkel, Wolfgang (Hg.), *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung*, Opladen: Leske und Budrich 1996, S. 81-110.
- Bourdieu, Pierre: *Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1987.
- Braune, Ines: *Aneignungen des Globalen. Internetalltag in der arabischen Welt. Eine Fallstudie in Marokko*, Bielefeld: transcript 2008.
- Broadcasting Board of Governors (BBG)/Gallup: „Iranian Media Use 2012“, Washington 2012, <http://www.bbg.gov/wp-content/media/2012/06/BBG-Iran-ppt.pdf>.

- Brownlee, Jason: *Authoritarianism in an Age of Democratization*, Cambridge: Cambridge University Press 2007.
- Bucar, Elizabeth M./Fazaeli, Roja: „Free Speech in Weblogistan? The Offline Consequences of Online Communication“, in: *International Journal of Middle East Studies* 40 (2008), S. 403-19.
- Byrne, Malcolm/Gasiorowski, Mark J. (Hg.): *Mohammad Mossadeq and the 1953 Coup in Iran*, New York: Syracuse University Press 2004.
- Caroll, William K./Hackett, Robert A.: „Democratic media activism through the lens of social movement theory“, in: *Media, Culture and Society* 28 (1) (2006), S. 83-104.
- Chehabi, Houchang E.: „The Political Regime of the Islamic Republic of Iran in Comparative Perspective“, in: *Government and Opposition* 36 (1) (2001), S. 48-70.
- Chelkowski, Peter/Dabashi, Hamid: *Staging a Revolution: The Art of Persuasion in the Islamic Republic of Iran*, New York: New York University Press 1999.
- Chowdhury, Mridul: „The Role of the Internet in Burma’s Saffron Revolution“, Harvard University: Berkman Center for Internet and Society 2008, http://cyber.law.harvard.edu/publications/2008/Role_of_the_Internet_in_Burma_s_Saffron_Revolution.
- Chroust, Peter: „Neo-Nazis and Taliban On-Line: Anti-Modern Political Movements and Modern Media“, in: Ferdinand, Peter (Hg.), *The Internet, Democracy and Democratization*, London: Frank Cass Publishers 2000, S. 102-18.
- CNRS Monde Iranien/Centre Statistique d’Iran: „Enquête sur les caractéristiques socio-économiques des ménages iraniens“, Paris/Teheran 2002.
- Cochrane, Paul: „BBC Persian television launches“, in: *Arab Media and Society Spring* (2009), http://www.arabmediasociety.com/articles/downloads/20090506153700_AMS8_Paul_Cochrane.pdf.
- Cohen, Jean/Arato, Andrew: *Civil Society and Political Theory*, Massachusetts: MIT Press 1992.
- Corrales, Javier/Westhoff, Frank: „Information Technology Adoption and Political Regimes“, in: *International Studies Quarterly* 50 (2006), S. 911-33.
- Croissant, Aurel: „Zivilgesellschaft und Transformation in Ostasien“, in: Merkel, Wolfgang /Henkes, Christian (Hg.), *Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation*, Opladen: Leske und Budrich 2000, S. 335-64.
- Dabashi, Hamid: *Theology of Discontent: The Ideological Foundation of the Islamic Republic in Iran*, New York: New York University Press 1993.
- Deibert, Ronald/Palfrey, John/Rohozinski, Rafal/Zittrain, Jonathan (Hg.): *Access Denied: The Practice and Policy of Global Internet Filtering*, Cambridge: MIT Press 2008.
- Diamond, Larry: „Thinking About Hybrid Regimes“, in: *Journal of Democracy* 13 (2) (2002), S. 21-35.
- : „Liberation Technology“, in: *Journal of Democracy* 21 (3) (2010), S. 69-83.

- Donk, Wim van de/Loader, Brian D./Nixon, Paul G./Rucht, Dieter (Hg.): *Cyberprotest: New Media, Citizens and Social Movements*, London/New York: Routledge 2004.
- Doostdar, Alireza: „The Vulgar Spirit of Blogging: On Language, Culture and Power in Persian Weblogistan“, in: *American Anthropologist* 106 (4) (2004), S. 651-62.
- Downing, John: *Radical Media*, Boston: South End Press 1984.
- : *Internationalizing Media Theory. Transition, Power, Culture*, London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage Publications 1996.
- Drezner, Daniel W./Farrell, Henry: „The Power and Politics of Blogs“, Konferenzpapier: American Political Science Association 2004 <http://www.utsc.utoronto.ca/~farrell/blogpaperfinal.pdf>.
- Eberly, Don E.: „The Meaning, Origins and Applications of Civil Society“, in: Eberly, Don E. (Hg.), *The Essential Civil Society Reader. Classic Essays in the American Civil Society Debate*, Lanham: Rowman and Littlefield 2000, S. 3-29.
- Edwards, Arthur: „The Dutch women’s movement online. Internet and the organizational infrastructure of a social movement“, in: Donk, Wim van de/Loader, Brian D./Nixon, Paul G./Rucht, Dieter (Hg.), *Cyberprotest*, London/New York: Routledge 2004, S. 161-77.
- Ehsani, Kaveh: „Survival Through Dispossession: Privatization of Public Goods in the Islamic Republic“, in: *Middle East Report* 250 (2009), <http://www.merip.org/mer/mer250/survival-through-dispossession>.
- Ehsani, Kaveh/Keshavarzian, Arang/Moruzzi, Norma Claire: „Tehran, June 2009“, in: *Middle East Report Online* vom 28.06.2009, <http://www.merip.org/mero/mero062809>.
- Ehteshami, Anoushiravan/Zweiri, Mahjoob: *Iran and the Rise of its Neoconservatives. The Politics of Tehran’s Silent Revolution*, London/New York: I.B. Tauris 2007.
- Eickelman, Dale F./Anderson, Jon W. (Hg.): *New Media in the Muslim World. The Emerging Public Sphere*, Bloomington: Indiana University Press 1999.
- Eley, Geoff: „Nations, Publics, and Political Cultures: Placing Habermas in the Nineteenth Century“, in: Calhoun, Craig (Hg.), *Habermas and the Public Sphere*, Massachusetts: MIT Press 1992, S. 289-339.
- Elling, Rasmus Christian: „Reviewing and Redefining the Student Movement in the Islamic Republic of Iran“, in: *Humanization of Education* 1 (Summer) (2008).
- : „Bring in the Dead: Martyr Burials and Election Politics in Iran“, in: *Middle East Report Online* vom 19.03.2009, <http://www.merip.org/mero/mero031909>.
- Elmi, Zahra Mila: „Educational Attainment in Iran“, in: *The Middle East Institute Viewpoints: The Iranian Revolution at 30 (Special Edition)* (2009), S. 62-69.
- Entman, Robert M.: „Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm“, in: *Journal of Communication* 43 (4) (1993), S. 51-58.

- Esfandiari, Golnaz: „The Twitter Devolution“, in: Foreign Policy vom 07.06.2012, http://www.foreignpolicy.com/articles/2010/06/07/the_twitter_revolution_that_wasnt.
- Esposito, John L./Voll, John O.: Islam and Democracy, New York: Oxford University Press 1996.
- Etling, Bruce/Faris, Robert/Palfrey, John: „Political Change in the Digital Age: The Fragility and Promise of Online Organizing“, in: SAIS Review 30 (2) (2010), S. 37-49.
- Farhi, Farideh: „Improvising in Public. Transgressive Politics of the Reform Press in Postrevolutionary Iran“, in: Nabavi, Negin (Hg.), Intellectual Trends in Twentieth-Century Iran: A Critical Survey, Gainesville: University Press of Florida 2003, S. 147-79.
- : „Crafting a National Identity amidst Contentious Politics in Contemporary Iran“, in: Iranian Studies 38 (1) (2005), S. 7-22.
- : „Iran’s ‚Security Outlook‘“, in: Middle East Report Online vom 09.07.2007, <http://www.merip.org/mero/mero070907>.
- Faris, David: „Revolutions Without Revolutionaries? Network Theory, Facebook, and the Egyptian Blogosphere“, in: Arab Media and Society 6 (September) (2008), <http://www.arabmediasociety.com/?article=694>.
- : „(Amplified) Voices for the Voiceless“, in: Arab Media and Society 11 (Summer) (2010), <http://www.arabmediasociety.com/?article=750>.
- Fathi, Nazila: „What We Got Right“, in: Foreign Policy vom 07.06.2010, http://www.foreignpolicy.com/articles/2010/06/07/what_we_got_right.
- Ferdinand, Peter (Hg.): The Internet, Democracy and Democratization, London: Frank Cass Publishers 2000.
- Foucault, Michel: „Verité et pouvoir. Entretien avec M. Fontana“, in: L’Arc 70 (1977), S. 16-26.
- Fraser, Nancy: „Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy“, in: Social Text 25/26 (1990), S. 56-80.
- : „Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit. Legitimität und Effektivität der öffentlichen Meinung in einer postwestfälischen Welt“, in: Niesen, Peter/Herborth, Benjamin (Hg.), Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2007, S. 224-53.
- Friedl, Erika: „New Friends: Gender Relations within the Family“, in: Iranian Studies 42 (1) (2009), S. 27-43.
- Froschauer, Ulrike/Lueger, Manfred: Das qualitative Interview, Wien: WUV Universitätsverlag 2003.
- Ganji, Akbar: „The Latter-Day Sultan. Power and Politics in Iran“, in: Foreign Affairs (November/December) (2008), <http://www.foreignaffairs.com/articles/64606/akbar-ganji/the-latter-day-sultan>.

- Garon, Lise: „The Press and Democratic Transition in Arab Societies: The Algerian Case“, in: Brynen, Rex/Korany, Bahgat/Noble, Paul (Hg.), *Political Liberalization and Democratization in the Arab World. Theoretical Perspectives*, Boulder/London: Lynne Rienner Publishers 1995, S. 149-65.
- Geddes, Barbara: „Was wissen wir nach zwanzig Jahren über Demokratisierung?“, in: *Berliner Debatte Initial* 21 (3) (2010), S. 4-27.
- George, Cherian: „The internet’s political impact and the penetration/participation paradox in Malaysia and Singapore“, in: *Media, Culture and Society* 27 (6) (2005), S. 903-20.
- Gerhards, Jürgen: „Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch“, in: Neidhardt, Friedhelm/Friedrichs, Jürgen /Lepsius, Rainer (Hg.), *Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen*, Köln: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34 1994, S. 77-105.
- Gerschewski, Johannes: „Autokratien heute. Ein Literaturüberblick“, in: *Berliner Debatte Initial* 21 (3) (2010), S. 42-53.
- Ghafouri, Arash: „Setad 88 - Iran’s Greatest Campaign in Support of Mir Hossein Moussavi“, in: Michaelsen, Marcus (Hg.), *Election Fallout. Iran’s Exiled Journalists on their Struggle for Democratic Change*, Berlin: Hans Schiler Verlag 2011, S. 50-61.
- Ghafouriazar, Babak: „Playing on the Enemy’s Field. The Regime’s Brutal Crackdown on the Green Movement in the Winter of 2009-2010“, in: Michaelsen, Marcus (Hg.), *Election Fallout. Iran’s Exiled Journalists and their Struggle for Democratic Change*, Berlin: Hans Schiler Verlag 2011, S. 99-117.
- Gheissari, Ali/Nasr, Vali: *Democracy in Iran. History and the Quest for Liberty*, New York: Oxford University Press 2006.
- Ghods, M. Reza: „Iranian Nationalism and Reza Shah“, in: *Middle Eastern Studies* 27 (1) (1991), S. 35-45.
- Gladwell, Malcolm: „Small Change. Why the revolution will not be tweeted“, in: *The New Yorker* vom 04.10.2010, http://www.newyorker.com/reporting/2010/10/04/101004fa_fact_gladwell.
- Habermas, Jürgen: „The Public Sphere: An Encyclopedia Article“, in: *New German Critique* 1 (3) (1974), S. 49-55.
- : *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1990.
- : *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt a. M. : Suhrkamp 1992.
- Hafez, Kai: „Introduction. Mass Media in the Middle East: Patterns of Political and Social Change“, in: Hafez, Kai (Hg.), *Mass Media, Politics and Society in the Middle East*, New Jersey: Hampton Press 2001, S. 1-20.
- : „International vergleichende Medienforschung: Eine unterentwickelte Forschungsdimension“, in: Hafez, Kai (Hg.), *Die Zukunft der internationalen*

- Kommunikationswissenschaft in Deutschland, Hamburg: Dt. Überseeinstitut 2002, S. 59-94.
- : „Globalization, Regionalization, and Democratization: The Interaction of Three Paradigms in the Field of Mass Communication“, in: Hackett, Robert A. / Zhao, Yuezhi (Hg.), *Democratizing Global Media*, London/Boulder/New York: Rowman and Littlefield Publishers 2005, S. 145-61.
- : *Mythos Globalisierung. Warum die Medien nicht grenzenlos sind*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005.
- : „The Role of Media in the Arab World’s Transformation Process“, in: Hanelt, Christian-Peter/Möller, Almut (Hg.), *Bound to Cooperate - Europe and the Middle East II*, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 2008, S. 321-39.
- : *Heiliger Krieg und Demokratie. Radikalität und politischer Wandel im islamisch-westlichen Vergleich*, Bielefeld: transcript 2009.
- Hamzawy, Amr/Ottaway, Marina: *Getting to Pluralism: Political Actors in the Arab World*, Washington: Carnegie Endowment for International Peace 2009.
- Hashemi, Nader: „Religious Disputation and Democratic Constitutionalism: The Enduring Legacy of the Constitutional Revolution On the Struggle for Democracy in Iran“, in: *Constellations* 17 (1) (2010), S. 50-60.
- Haunss, Sebastian: „Challenging Legitimacy: Repertoires of Contention, Political Claims Making, and Collective Action Frames“, in: Hurrelmann, Achim/Schneider, Steffen/Steffek, Jens (Hg.), *Legitimacy in an Age of Global Politics*, Houndmills/Basingstoke: Palgrave Macmillan 2007, S. 156-72.
- Hegasy, Sonja: „They Dare to Speak Out: Changes in the Political Culture of Egypt, Morocco and the Arab World“, in: Hafez, Kai (Hg.), *The Islamic World and the West. An Introduction to Political Cultures and International Relations*, Leiden: Brill 2000, S. 146-60.
- : „Die Mär von der arabischen Stagnation“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 02 (2007), S. 205-11.
- Heinrich Böll Stiftung: „Iranian Presidential Elections 2005“, Berlin 2005.
- Hellmann, Kai-Uwe: „Paradigmen der Bewegungsforschung. Eine Fachdisziplin auf dem Weg zur normalen Wissenschaft“, in: Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef /Leif, Thomas (Hg.), *Neue Soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1999, S. 92-113.
- Hen-Tov, Elliot/Gonzalez, Nathan: „The Militarization of Post-Khomeini Iran: Praetorianism 2.0“, in: *The Washington Quarterly* 34 (1) (2010), S. 45-59.
- Hendelman-Baavur, Liora: „Promises and Perils of Weblogistan: Online Personal Journals and the Islamic Republic of Iran“, in: *Middle East Review of International Affairs (MERIA)* 11 (2) (2007), <http://meria.idc.ac.il/journal/2007/issue2/jv11no2a6.html>.
- Hesse, Kurt: „Fernsehen und Revolution: Zum Einfluss der Westmedien auf die politische Wende in der DDR“, in: *Rundfunk und Fernsehen* 38 (3) (1990), S. 328-42.

- Hill, David/Sen, Krishna: „The Internet in Indonesia’s New Democracy“, in: Ferdinand, Peter (Hg.), *The Internet, Democracy and Democratization*, London: Frank Cass Publishers 2000, S. 119-36.
- Hinnebusch, Raymond: „Authoritarian Persistence, Democratization Theory and the Middle East: An Overview and Critique“, in: *Democratization* 13 (3) (2006), S. 373-95.
- Holzscheiter, Anna: „Discourse as Capability: Non-State Actors’ Capital in Global Governance“, in: *Millenium - Journal of International Studies* 33 (3) (2005), S. 723-46.
- Howard, Philip N.: *The Digital Origins of Dictatorship and Democracy. Information Technology and Political Islam*, New York: Oxford University Press 2010.
- Human Rights Watch: „Ministers of Murder: Iran’s New Security Cabinet“, New York 2005, <http://www.hrw.org/en/reports/2005/12/15/ministers-murder-iran-s-new-security-cabinet>.
- : „You Can Detain Anyone for Anything. Iran’s Broadening Clampdown on Independent Activism“, New York 2008, http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/iran0108_1.pdf.
- Huntington, Samuel: *The Third Wave. Democratization in the Late 20th Century*, Oklahoma: Oklahoma University Press 1991.
- International Campaign for Human Rights in Iran: „The Systematic Repression of the Women’s Rights Movement“, New York 2009, <http://www.iranhumanrights.org/2009/01/repression-women/>.
- : „Men of Violence. Perpetrators of the Post-Election Crackdown“, New York 2010, <http://www.iranhumanrights.org/wp-content/wp-content/menofviolence/Men-of-Violence-English.pdf>.
- International Crisis Group: „Iran: Ahmadi-Nejad’s Tumultuous Presidency“, Teheran/Brüssel 2007, [http://www.crisisgroup.org/~media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/Iran%20Gulf/Iran/b21_iran__ahmadi_nejads_tumultuous_presidency.ashx](http://www.crisisgroup.org/~/media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/Iran%20Gulf/Iran/b21_iran__ahmadi_nejads_tumultuous_presidency.ashx).
- : „Taliban Propaganda: Winning the War of Words?“, Kabul/Brüssel 2008, <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5589>.
- International Telecommunication Union: „Measuring the Information Society“, Genf 2010.
- Iran Human Rights Documentation Center: „Ctrl+Alt+Delete: Iran’s Response to the Internet“, New Haven 2009, <http://www.iranhrdc.org/english/publications/reports/3157-ctrl-alt-delete-iran-039-s-response-to-the-internet.html>.
- : „Forced Confessions: Targeting Iran’s Cyber-Journalists“, New Haven 2009, <http://www.iranhrdc.org/english/publications/reports/3159-forced-confessions-targeting-iran-s-cyber-journalists.html>.
- : „Violent Aftermath: The 2009 Election and Repression of Dissent in Iran“, New Haven 2010, <http://www.iranhrdc.org/english/publications/reports/3161-violent-aftermath-the-2009-election-and-suppression-of-dissent-in-iran.html>.

- Jahanbegloo, Ramin: „The Two Sovereignties and the Legitimacy Crisis in Iran“, in: *Constellations* 17 (1) (2010), S. 22-30.
- Jalaeipour, Hamidreza: *Der verdeckte Staat. Soziologische Analyse der Hindernisse der Reformbewegung (Dowlat-e penhan. Barresi-ye jamehshenakhti avamel-e tahdidkonandeh-ye jonbesh-e eslahat)*, Teheran: Tarh-e now 2000.
- : „Religious Intellectuals and Political Action in the Reform Movement“, in: Nabavi, Negin (Hg.), *Intellectual Trends in Twentieth-Century Iran: A Critical Survey*, Gainesville: University Press of Florida 2003, S. 136-46.
- Jones, Adam: *The press in transition. A comparative study of Nicaragua, South Africa, Jordan, and Russia*, Hamburg: Dt. Übersee-Institut 2002.
- Justice for Iran: „Gerdab; A Dictated Scenario“, London u. a. 2012, <http://justiceforiran.org/wp-content/uploads/2012/03/Gerdab-a-dictated-scenario.pdf>.
- Kalathil, Shanthi/Boas, Taylor C.: *Open Networks, Closed Regimes. The Impact of the Internet on Authoritarian Rule*, Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace 2003.
- Kamalipour, Yahya (Hg.): *Media, Power, and Politics in the Digital Age. The 2009 Presidential Election Uprising in Iran*, London/New York: Rowman and Littlefield Publishers 2010.
- Kamrava, Mehran: „The Civil Society Discourse in Iran“, in: *British Journal of Middle Eastern Studies* 28 (2) (2001), S. 165-85.
- : *Iran's Intellectual Revolution*, New York: Cambridge University Press 2008.
- Katouzian, Homa: *Iranian History and Politics. The dialectic of state and society*, London/New York: Routledge 2003.
- : „The Short-Term Society: A Study in the Problems of Long-Term Political and Economic Development in Iran“, in: *Middle Eastern Studies* 40 (1) (2004), S. 1-22.
- Kazemi, Abbas: *Soziologie der religiösen Intellektuellen in Iran (Jamehshenasi rowshanfekri-ye dini dar Iran)*, Teheran: Tarh-e Now 2004.
- Keane, John: *Civil Society. Old Images, New Visions*, Cambridge/Oxford: Blackwell 1998.
- Keck, Margaret E./Sikkink, Kathryn: *Activists beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics*, Ithaca/New York: Cornell University Press 1998.
- Keddie, Nicki: „Women in Iran since 1979“, in: *Social Research. An International Quarterly of the Social Sciences* 67 (2) (2000), S. 405-38.
- Keller, Reiner: *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*, Opladen: Leske und Budrich 2004.
- Kelly, John/Etling, Bruce: „Mapping Iran's Online Public: Politics and Culture in the Persian Blogosphere“, Harvard University: Berkman Center for Internet and Society 2008, http://cyber.law.harvard.edu/publications/2008/Mapping_Irans_Online_Public.

- Kepplinger, Hans Mathias: „Politische Kommunikation als Persuasion“, in: Saxer, Ulrich/Sarcinelli, Ulrich/Jarren, Otfried (Hg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*, Opladen: Leske und Budrich 1998, S. 362-68.
- Kermani, Navid: *Die Revolution der Kinder*, München: C.H. Beck Verlag 2001.
- Keshavarzian, Arang: „Contestation without Democracy: Elite Fragmentation in Iran“, in: Posusney, Marsha Pripstein /Angrist, Michele Penner (Hg.), *Authoritarianism in the Middle East. Regimes and Resistance*, Boulder: Lynne Rienner Publ. 2005, S. 63-88.
- : *Bazaar and State in Iran: The Politics of the Tehran Marketplace*, New York: Cambridge University Press 2007.
- Khalaji, Mehdi: *Through the Veil. The Role of Broadcasting in U.S. Public Diplomacy toward Iranians*, Washington: The Washington Institute for Near East Policy 2007.
- Kheradpir, Ali: „A Step Forward“, in: Michaelsen, Marcus (Hg.), *Election Fallout. Iran's Exiled Journalists on their Struggle for Democratic Change*, Berlin: Hans Schiler Verlag 2011, S. 30-47.
- Khiabany, Gholam: „The Politics of Broadcasting in Iran: Continuity and Change, Expansion and Control“, in: Ward, Peter Ed. /Ward, David (Hg.), *Television and Public Policy: Change and Continuity in an Era of Liberalization*, New Jersey: Lawrence Erlbaum Associates 2007, S. 283-305.
- Khiabany, Gholam/Sreberny, Annabelle: „The Iranian Press and the Continuing Struggle over Civil Society 1998-2000“, in: *Gazette* 63 (2-3) (2001), S. 203-23.
- : „The Women's Press in Contemporary Iran: Engendering the Public Sphere“, in: Sakr, Naomi (Hg.), *Women and Media in the Middle East. Power through Self-Expression*, London/New York: I.B.Tauris 2004, S. 15-38.
- : „The Politics of/in Blogging in Iran“, in: *Comparative Studies of South Asia, Africa and the Middle East* 27 (3) (2007), S. 563-79.
- Khosrokhavar, Farhad: „The New Conservatives Take a Turn“, in: *Middle East Report* 233 (2004), <http://www.merip.org/mer/mer233/new-conservatives-take-turn>.
- : „The New Intellectuals in Iran“, in: *Social Compass* 51 (2) (2004), S. 191-202.
- : „The New Religiosity in Iran“, in: *Social Compass* 54 (3) (2007), S. 453-63.
- Kian-Thiébaut, Azadeh: „L'individu dans le monde: paradoxe de l'Iran islamique“, in: *CEMOTI* 26 (L'individu en Turquie et en Iran) (1998).
- : „From Islamization to the Individualization of Women in Post-Revolutionary Iran“, in: Ansari, Sarah /Martin, Vanessa (Hg.), *Women, Religion and Culture in Iran*, Richmond: Curzon 2002, S. 127-42.
- : „Women and the making of civil society in the post-Islamist Iran“, in: Hooglund, Eric (Hg.), *Twenty Years of Islamic revolution. Political and Social Transition in Iran since 1979* New York: Syracuse University Press 2002, S. 56-73.
- : „Changements familiaux et modernité politique en Iran“, in: Kian-Thiébaut, Azadeh /Ladier-Fouladi, Marie (Hg.), *Famille et mutations socio-politiques*.

- L'approche culturaliste à l'épreuve, Paris: Éditions de la Maison des sciences de l'Homme 2005, S. 89-123.
- : La République islamique d'Iran: de la maison du Guide à la raison d'État, Paris: Éditions Michalon 2005.
- Klein, Ansgar: Der Begriff der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgen, Opladen: Leske und Budrich 2001.
- Kluver, Randolph/Banerjee, Indrajit: „Political culture, Regulation and Democratization. The Internet in nine Asian nations“, in: Information, Communication and Society 8 (1) (2005), S. 30-46.
- Kohl, Astrid/Wieland, Melanie (Hg.): „Election Times: Harnessing the Power of New Media“, International Media Conference by the International Institute for Journalism in Cooperation with Frankfurter Allgemeine Zeitung, Berlin: InWEnt 2009.
- Korff, Yorck von: Missing the Wave. Egyptian Journalists' Contribution to Democratization in the 1990s, Hamburg: Dt. Orient-Institut 2003.
- Krasnoboka, Natalya: „Real Journalism goes Underground: The Internet Underground. The Phenomenon of Online Media in Former Soviet Union Republics“, in: Gazette 64 (5) (2002), S. 479-99.
- Kulikova, Svetlana V./Perlmutter, David D.: „Blogging Down the Dictator? The Kyrgyz Revolution and Samizdat Websites“, in: Gazette 69 (1) (2007), S. 29-50.
- Leslie, Michael: „The Internet and Democratization“, in: Hyden, Goran/Leslie, Michael/Ogundimu, Folu (Hg.), Media and democracy in Africa, New Brunswick/New Jersey: Transaction Publishers 2002, S. 107-28.
- Linz, Juan J./Stepan, Alfred: „Toward Consolidated Democracies“, in: Journal of Democracy 7 (2) (1996), S. 14-33.
- Lohmann, Susanne: „The Dynamics of Informational Cascades: The Monday Demonstrations in Leipzig, East Germany, 1989-91“, in: World Politics 47 (1) (1994), S. 42-101.
- Lynch, Marc: Voices of the New Arab Public. Iraq, Al-Jazeera, and Middle East Politics Today, New York: Columbia University Press 2006.
- : „After Egypt: the Limits and Promise of Online Challengers to the Authoritarian Arab State“, in: Perspectives on Politics 9 (2) (2011), S. 301-10.
- Margolis, Michael/Resnick, David: Politics as Usual. The Cyberspace ‚Revolution‘, London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage Publications 2000.
- Marschall, Stefan: „Netzöffentlichkeit - eine demokratische Alternative?“, in: Gellner, Winand/Korff, Fritz von (Hg.), Demokratie und Internet, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1998, S. 43-54.
- Martin, Vanessa: Creating an Islamic State: Khomeini and the Making of a New Iran, London: I.B.Tauris 2003.

- Mashayekhi, Mehrdad: „The Revival of the Student Movement in Post-Revolutionary Iran“, in: *International Journal of Politics, Culture and Society* 15 (2) (2001), S. 283-313.
- McAdam, Douglas: „Taktiken von Protesbewegungen. Das ‚Framing‘ der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung“, in: Neidhardt, Friedhelm/Friedrichs, Jürgen/Lepsius, Rainer (Hg.), *Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen*, Köln: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft* 34 1994, S. 393-412.
- Memarian, Omid: „Go Ahead! Status of Iranian Youth and their Participation in NGOs“, in: *Volunteer. Newsletter of Iranian Civil Society Organizations Resource Center* 6 (2002), S. 14-18.
- Merkel, Wolfgang: „Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der Transformationsforschung?“, in: Merkel, Wolfgang (Hg.), *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung*, Opladen: Leske und Budrich 1996, S. 303-32.
- : *Defekte Demokratie*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2003.
- Merkel, Wolfgang/Croissant, Aurel/Lauth, Hans-Joachim: „Zivilgesellschaft und Transformation: ein internationaler Vergleich“, in: Merkel, Wolfgang /Henkes, Christian (Hg.), *Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation*, Opladen: Leske und Budrich 2000, S. 9-49.
- Merkel, Wolfgang/Croissant, Aurel/Puhle, Hans-Jürgen/Eicher, Claudia/Thiery, Peter: *Defekte Demokratie, Bd. 1, Theorien und Probleme*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2003.
- Merkel, Wolfgang/Gerschewski, Johannes: „Autokratien am Scheideweg. Ein Modell zur Erforschung diktatorischer Regime“, in: *WZB Mitteilungen* 113 (September) (2011), S. 21-24.
- Michaelsen, Marcus: „Howze en ligne: La vitrine virtuelle des clerics de Qom“, in: *Réseaux* 24 (135-36) (2006), S. 323-45.
- : „Sieg ohne Erfolg? Ahmadinejads schwierige politische Zukunft. Zu den Parlamentswahlen im Iran vom 14. März 2008“, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung 2008.
- (Hg.): *Election Fallout. Iran’s Exiled Journalists on their Struggle for Democratic Change*, Berlin: Hans Schiler Verlag 2011.
- Mina, Nima: *Blogs, „Cyber-Literature and Virtual Culture in Iran“*, Garmisch-Partenkirchen George C. Marshall European Center for Security Studies 2007.
- Minoui, Delphine (Hg.): *Jeunesse d’Iran. Les voix du changement*, Paris: Éditions Autrement 2001.
- Mir-Hosseini, Ziba: „Stretching the Limits: A Feminist Reading of the Shari’a in Post-Khomeini Iran“, in: Yamani, Mai (Hg.), *Feminism and Islam: Legal and Literary Perspectives*, London: Garnet 1996, S. 284-320.

- : „Debating Women: Gender and the Public Sphere in Post-Revolutionary Iran“, in: Sajoo, Aryn B. (Hg.), *Civil Society in the Muslim World. Contemporary Perspectives*, London/New York: I.B.Tauris 2002, S. 95-122.
- : „Is time on Iranian Women Protesters' Side?“, in: *Middle East Report Online* vom 16.06.2006, <http://www.merip.org/mero/mero061606>.
- : „Broken Taboos in Post-Election Iran“, in: *Middle East Report Online* vom 17.12.2009, <http://www.merip.org/mero/mero121709.html>.
- Moin, Baqer: *Khomeini. Life of the Ayatollah*, London/New York: I.B. Tauris 1999.
- Morozov, Evgeny: „Iran: Downside to the ‚Twitter Revolution‘“, in: *Dissent* 56 (4) (2009), S. 10-14.
- : „Texting Toward Utopia. Does the Internet spread Democracy?“, in: *Boston Review* vom März/April 2009, <http://bostonreview.net/BR34.2/morozov.php>.
- : „The Great Internet Freedom Fraud“, in: *Foreign Policy* vom 16.09.2010, http://www.foreignpolicy.com/articles/2010/09/16/the_great_internet_freedom_fraud.
- : *The Net Delusion. How Not to Liberate the World*, London: Allen Lane 2011.
- Mortaji, Hojat: *Politische Fraktionen im heutigen Iran (Jenah-haye siyasi dar Iran-emruz)*, Teheran: Entesharat-e naqsh-o-negar 1998.
- Moshirzadeh, Homeira: „Discursive Foundations of Iran's Nuclear Policy“, in: *Security Dialogue* 38 (4) (2007), S. 521-43.
- Moslem, Mehdi: *Factional Politics in Post-Khomeini Iran*, New York: Syracuse University Press 2002.
- Motamed-Nejad, Kazem: „Médias et pouvoir en Iran“, in: *CEMOTI* 20 (1995).
- Naficy, Mehdi: *Klerus, Basar und die iranische Revolution*, Hamburg: Deutsches Orient Institut 1993.
- Naji, Kasra: Ahmadinejad. *The Secret History of Iran's Radical Leader*, London/New York: I.B. Tauris 2008.
- Nanz, Patricia/Steffek, Jens: „Zivilgesellschaftliche Partizipation und die Demokratisierung internationalen Regierens“, in: Niesen, Peter/Herborth, Benjamin (Hg.), *Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2007, S. 87-110.
- Neidhardt, Friedhelm: „Einleitung: Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen“, in: Neidhardt, Friedhelm/Friedrichs, Jürgen/Lepsius, Rainer (Hg.), *Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen*, Köln: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34 1994, S. 7-40.
- Norris, Pippa: *Digital Divide: Civic engagement, information poverty, and the Internet worldwide*, Cambridge/New York: Cambridge University Press 2001.
- Nourai-Simone, Fereshteh: „Wings of Freedom: Iranian Women, Identity and Cyberspace“, in: Nourai-Simone, Fereshteh (Hg.), *On Shifting Ground. Muslim Women in the Global Era*, New York: Feminist Press at CUNY 2005, S. 61-79.

- O'Neil, Patrick H.: „Democratization and Mass Communication: What Is the Link?“, in: O'Neil, Patrick H. (Hg.), *Communicating Democracy. The Media and Political Transitions*, Boulder/London: Lynne Rienner Publishers 1998, S. 1-20.
- OpenNet Initiative: „Internet Filtering in Iran in 2004-2005: A Country Study“, Toronto/Ottawa/Harvard University 2005, http://opennet.net/sites/opennet.net/files/ONI_Country_Study_Iran.pdf.
- : „Internet Filtering in Iran in 2006-2007“, Toronto/Ottawa/Harvard University 2007, http://opennet.net/sites/opennet.net/files/ONI_Iran_2007.pdf.
- : „Internet Filtering in Iran“, Toronto/Ottawa/Harvard University 2009, http://opennet.net/sites/opennet.net/files/ONI_Iran_2009.pdf.
- Ott, Dana/Rosser, Melissa: „The Electronic Republic? The Role of the Internet in Promoting Democracy in Africa“, in: Ferdinand, Peter (Hg.), *The Internet, Democracy and Democratization*, London: Frank Cass Publishers 2000, S. 137-56.
- Paidar, Parvin: *Women and the Political Process in Twentieth Century Iran*, Cambridge: Cambridge University Press 1995.
- Perthes, Volker: *Iran - eine politische Herausforderung*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2008.
- : „Demokratieresistenz im Vorderen Orient?“, in: *Berliner Debatte Initial* 21 (3) (2010), S. 78-87.
- Peters, Bernhard: „Der Sinn von Öffentlichkeit“, in: Neidhardt, Friedhelm/Friedrichs, Jürgen/Lepsius, Rainer (Hg.), *Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen*, Köln: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34 1994, S. 42-76.
- Posch, Walter: „Only personal? The Larijani Crisis Revisited“, Durham University/Center for Iranian Studies: Policy Brief Nr. 3 2007.
- Postel, Danny: „Counter-Revolution and Revolt in Iran: An Interview with Iranian Political Scientist Hossein Bashiriyeh“, in: *Logos* 8 (2) (2009), <http://www.logosjournal.com/?q=node/93>.
- Poster, Mark: „Cyberdemocracy: The Internet and the Public Sphere“, in: Trend, David (Hg.), *Reading Digital Culture*, Oxford: Wiley-Blackwell 2000, S. 259-71.
- Pourostad, Vahid: „Evin - Heart of Iran“, in: Michaelsen, Marcus (Hg.), *Election Fallout. Iran's Exiled Journalists on their Struggle for Democratic Change*, Berlin: Schiler Verlag 2011, S. 158-73.
- Qowchani, Mohammad: *Weißer Kragen. Soziologie ziviler Institutionen im heutigen Iran (Yaqeh sefid-ha. Jamehshenasi nehad-haye madani dar Iran-e emruz)*, Teheran: Entesharat-e Naqsh-o-Negar 2001.
- Rahimi, Babak: „Cyberdissent: The Internet in Revolutionary Iran“, in: *Middle East Review of International Affairs (MERIA) Online* 7 (3) (2003), <http://meria.idc.ac.il/journal/2003/issue3/jv7n3a7.html>.

- : „The Antagonistic Social Media: Cyberspace in the Formation of Dissent and Consolidation of State Power in Postelection Iran“, in: *The Communication Review* 14 (3) (2011), S. 158-78.
- Reissner, Johannes: „Iran: Vor dem Ende klerikaler Macht?“, in: Perthes, Volker (Hg.), *Elitenwandel in der arabischen Welt und Iran*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik 2002, S. 189-208.
- : „Stabilitätsanalyse Iran“, in: Faath, Sigrid (Hg.), *Stabilitätsprobleme zentraler Staaten. Ägypten, Algerien, Saudi-Arabien, Iran, Pakistan und ihre Auswirkungen*, Hamburg: Deutsches Orient Institut 2003, S. 249-80.
- : „Irans Selbstverständnis als Regionalmacht. Machtstreben im Namen antikolonialer Modernität“, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik 2008.
- Reporters without Borders: „Internet Enemies“, Paris 2009, http://www.rsf.org/IMG/pdf/Internet_enemies_2009_2_.pdf.
- Rheingold, Howard: „The Virtual Community“, in: Trend, David (Hg.), *Reading Digital Culture*, Oxford: Wiley-Blackwell 2000, S. 272-80.
- Risse, Thomas/Ropp, Stephen C./Sikkink, Kathryn (Hg.): *The Power of Human Rights. International Norms and Domestic Change*, Cambridge: Cambridge University Press 1999.
- Rouhani, Farhang: „The Spatial Politics of Leisure: Internet Use and Access in Tehran, Iran“, in: *NMIT Working Papers on New Media and Information Technology in the Middle East* (2000), <http://nmit.wordpress.com/2008/09/06/the-spatial-politics-of-leisure-internet-use-and-access-in-tehran-iran/>.
- Rucht, Dieter: „Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen“, in: Neidhardt, Friedhelm/Friedrichs, Jürgen/Lepsius, Rainer (Hg.), *Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen*, Köln: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34* 1994, S. 337-58.
- : „Soziale Bewegungen und ihre Rolle im System politischer Interessenvermittlung“, in: Klingemann, Hans-Dieter /Neidhardt, Friedhelm (Hg.), *Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung*, Berlin: *WZB-Jahrbuch/edition sigma* 2000, S. 51-69.
- : „The quadruple ‚A‘. Media strategies of protest movements since the 1960s“, in: Donk, Wim van de/Loader, Brian D./Nixon, Paul G./Rucht, Dieter (Hg.), *Cyberprotest: New Media, Citizens and Social Movements*, London/New York: Routledge 2004, S. 29-56.
- Rutten, Rosanne/Baud, Michiel: „Concluding Remarks: Framing Protest in Asia, Africa, and Latin America“, in: Rutten, Rosanne/Baud, Michiel (Hg.), *Popular Intellectuals and Social Movements: Framing Protest in Asia, Africa, and Latin America*, Amsterdam: *International Review of Social History* 49, Supplement 2004, S. 197-217.
- Sadjadpour, Karim: „Reading Khamenei: The Worldview of Iran’s Most Powerful Leader“, Washington: *Carnegie Endowment For International Peace* 2008.

- Sadri, Mahmoud: „Sacred Defense of Secularism: The Political Theologies of Soroush, Shabestari and Kadivar“, in: *International Journal of Politics, Culture and Society* 15 (2) (2001), S. 257-70.
- Sakr, Naomi: *Satellite Realms. Transnational Television, Globalization and the Middle East*, London: I.B. Tauris 2001.
- Samii, A. William: „Iran’s Guardians Council as an Obstacle to Democracy“, in: *Middle East Journal* 55 (4) (2001), S. 644-64.
- : „The Iranian Nuclear Issue and Informal Networks“, in: *Naval War College Review* 59 (1) (2006), S. 63-89.
- Sanandaji, Kaveh-Cyrus: „The Eighth Majles Elections in the Islamic Republic of Iran: A Division in Conservative Ranks and the Politics of Moderation“, in: *Iranian Studies* 42 (4) (2009), S. 621-48.
- Saxer, Ulrich: „System, Systemwandel und politische Kommunikation“, in: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*, Opladen: Leske und Budrich 1998, S. 21-64.
- Sazegara, Mohsen: „What was once a Revolutionary Guard is Now Just a Mafia“, in: *Gozaar. A Journal on Democracy and Human Rights in Iran* vom 27.05.2007, <http://www.gozaar.org/english/articles-en/What-Was-Once-a-Revolutionary-Guard-is-Now-Just-a-Mafia.html>.
- Schedler, Andreas (Hg.): *Electoral Authoritarianism: The Dynamics of Unfree Competition*, Boulder: Lynne Rienner Publishers 2006.
- Scheufele, Bertram: *Frames - Framing - Framing-Effekte*, Opladen: Westdeutscher Verlag 2003.
- Schirazi, Asghar: „Gegenkultur als Ausdruck der Zivilgesellschaft in der Islamischen Republik Iran“, in: Ferhad, Ibrahim/Wedel, Heidi (Hg.), *Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient*, Opladen: Leske und Budrich 1995, S. 135-63.
- : *The Constitution of Iran. Politics and the State in the Islamic Republic*, London/New York: I.B. Tauris 1997.
- : „Die Debatte über die Zivilgesellschaft in Iran“, in: *Orient* 39 (3) (1998), S. 433-58.
- Schlumberger, Oliver: *Autoritarismus in der arabischen Welt. Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung*, Baden-Baden: Nomos 2007.
- Schlumberger, Oliver/Albrecht, Holger: „Waiting for Godot: Regime Change Without Democratization in the Middle East“, in: *International Political Science Review* 25 (4) (2004), S. 371-92.
- Schmidt, Jan: *Weblogs. Eine kommunikationssoziologische Studie*, Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH 2006.
- Schmotz, Alexander: „Die Vermessung der Grauzone: Hybride Regime zwischen Demokratie und Diktatur“, in: *Berliner Debatte Initial* 21 (3) (2010), S. 54-66.
- Schubert, Gunter/Tetzlaff, Rainer: *Blockierte Demokratien in der Dritten Welt*, Opladen: Leske und Budrich 1998.

- Schubert, Gunter/Tetzlaff, Rainer/Vennewald, Werner: Demokratisierung und politischer Wandel. Theorie und Anwendung des Konzeptes der strategischen und konfliktfähigen Gruppen, Münster: LIT 1994.
- Shafae, Mousavi: „Globalization and Contradiction between the Nation and State in Iran: The Internet Case“, in: Critique: Critical Middle Eastern Studies 12 (2) (2003), S. 189-95.
- Shahidi, Hossein: Journalism in Iran. From mission to profession, London/New York: Routledge 2007.
- Sharabi, Hisham: Neopatriarchy: A Theory of Distorted Change in Arab Society, New York: Oxford University Press 1988.
- Shekarloo, Mahsa: „Iranian Women Take On the Constitution“, in: Middle East Report Online vom 21.07.2005, <http://www.merip.org/mero/mero072105>.
- Shirali, Mahnaz: La jeunesse iranienne: Une génération en crise, Paris: Presse Universitaires de France 2001.
- Shirky, Clay: „The Political Power of Social Media“, in: Foreign Affairs (January/February) (2011), <http://www.foreignaffairs.com/articles/67038/clay-shirky/the-political-power-of-social-media>.
- Sohrabi, Naghme: „Is Nothing Sacred in the Islamic Republic of Iran?“, Waltham, MA.: Middle East Brief. Crown Center for Middle Eastern Studies, Brandeis University 2010.
- Soltani, Neda: Mein gestohlenes Gesicht, München: Kailash Verlag 2012.
- Springborg, Robert: Family Power and Politics in Egypt, Philadelphia: University of Pennsylvania Press 1982.
- Sreberny-Mohammadi, Annabelle/Mohammadi, Ali: „Hegemony and Resistance: Media Politics in the Islamic Republic of Iran“, in: Quarterly Review of Film and Video 12 (4) (1991), S. 33-59.
- : Small Media, Big Revolution: Communication, Culture and the Iranian Revolution, Minneapolis/London: University of Minnesota Press 1994.
- Sreberny, Annabelle/Khiabany, Gholam: Blogistan. The Internet and Politics in Iran, London/New York: I.B.Tauris 2010.
- Stachursky, Benjamin: The Promise and Perils of Transnationalization: NGO Activism and the Socialization of Women's Human Rights in Egypt and Iran, London/New York: Routledge 2013.
- Steinbach, Udo: „Ali Akbar Haschemi Rafsandschani“, in: Orient 38 (2) (1997), S. 211-23.
- Tabari, Keyvan: „The Rule of Law and the Politics of Reform in Post-Revolutionary Iran“, in: International Sociology 18 (1) (2003), S. 96-113.
- Tavahori, Mohammad: „The Evolution of Iran's Student Movement: An Interview with Abdollah Momeni“, in: Gozaar. A Forum on Human Rights and Democracy in Iran vom 01.07.2007, <http://www.gozaar.org/english/interview-en/The-Evolution-of-Iran-s-Student-Movement.html>.

- Tellenbach, Silvia: „Zur Änderung der Verfassung der Islamischen Republik Iran vom 28. Juli 1989“, in: *Orient* 31 (1) (1990), S. 45-66.
- Thomaß, Barbara/Tzankoff, Michaela: „Medien und Transformation in den postkommunistischen Staaten Osteuropas“, in: Thomaß, Barbara/Tzankoff, Michaela (Hg.), *Medien und Transformation in Osteuropa*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001, S. 235-52.
- Tsagarousianou, Roza: „Electronic democracy and the public sphere. Opportunities and challenges“, in: Tsagarousianou, Roza/Tambini, Damian/Bryan, Cathy (Hg.), *Cyberdemocracy. Technology, cities and civic networks*, London/New York: Routledge 1998, S. 167-78.
- Tsagarousianou, Roza/Tambini, Damian/Bryan, Cathy (Hg.): *Cyberdemocracy. Technology, cities and civic networks*, London/New York: Routledge 1998.
- Tufekci, Zeynep/Wilson, Christopher: „Social Media and the Decision to Participate in Political Protest: Observations from Tahrir Square“, in: *Journal of Communication* 62 (2012), S. 363-79.
- UNDP-Iran: „Human Development Report of the Islamic Republic of Iran“, Teheran 1999, http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/asiathepacific/iran/iran_1999_en.pdf.
- Vanhanen, Tatu: *Prospects of Democracy: A Study of 172 Countries*, London: Routledge 1997.
- Vivier-Muresan, Anne-Sophie: *Afzad. Ethnologie d'un village d'Iran*, Teheran: Institut Francais de Recherche en Iran 2006.
- Vivier, Anne-Sophie/Digard, Jean-Pierre: „Les transformations des campagnes iraniennes: continuités et ruptures“, in: *Les Cahiers de l'Orient* 79 (3) (2005), S. 73-94.
- Voltmer, Katrin: „Massenmedien und demokratische Transformation in Osteuropa“, in: Klingemann, Hans-Dieter/Neidhardt, Friedhelm (Hg.), *Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung*, Berlin: WZB Jahrbuch/edition sigma 2000, S. 123-51.
- Votsos, Theo: *Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Antonio Gramsci*, Hamburg: Argument Verlag 2001.
- Web Ecology Project: „The Iranian Election on Twitter: The First Eighteen Days“, Cambridge (MA) 2009, <http://www.webecologyproject.org/wp-content/uploads/2009/08/WEP-twitterFINAL.pdf>.
- Wehrey, Frederic et al.: „The Rise of the Pasdaran. Assessing the Domestic Roles of Iran's Islamic Revolutionary Guards Corps“, Washington: Rand National Defense Institute 2009, http://www.rand.org/pubs/monographs/2008/RAND_MG_821.pdf.
- Weiß, Ulrich: „Das Politische am Internet: Eine politikphilosophische Reflexion“, in: Gellner, Winand /Korff, Fritz von (Hg.), *Demokratie und Internet*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1998, S. 27-42.

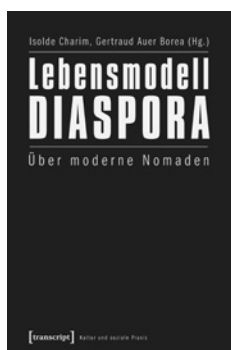
- Wimmer, Jeffrey: (Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007.
- Winter, Rainer: „Cultural Studies als kritische Medienanalyse: Vom ‚encoding/decoding‘-Modell zur Diskursanalyse“, in: Hepp, Andreas /Winter, Rainer (Hg.), Kultur - Medien - Macht: Cultural Studies und Medienanalyse, Opladen: Westdeutscher Verlag 1997, S. 47-63.
- : Widerstand im Netz. Zur Herausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit durch netzbasierte Kommunikation, Bielefeld transcript 2010.
- Wolfsfeld, Gadi: Media and political conflict. News from the Middle East, Cambridge/New York: Cambridge University Press 1997.
- Yahyanejad, Mehdi: „The internet and protest in Iran“, in: ifa Institut für Auslandsbeziehungen (Hg.), Iran und die Neuen Medien - Herausforderungen für den Auslandsrundfunk, Stuttgart 2011, S. 49-55.
- Yusuf, Huma: „Old and New Media: Converging During the Pakistani Emergency“, MIT Centre for Civic Media 2009, <http://civic.mit.edu/blog/humayusuf/old-and-new-media-converging-during-the-pakistan-emergency-march-2007-february-2008>.
- Zarifinia, Hamid Reza: Autopsie der politischen Fraktionen Irans (Kalbodshekafi jenah-haye siyasi-ye Iran), Teheran: Entesharat-e Azadi Andishe 1999.
- Zheng, Yongnian/Wu, Guoguang: „Information Technology, Public Space, and Collective Action in China“, in: Comparative Political Studies 38 (5) (2005), S. 507-36.
- Ziai, Atussa: Frauen und Zivilgesellschaft in Iran. Die Frauenzeitschrift Zanan als Beispiel für eine wachsende Öffentlichkeit in Iran, Berlin: Freie Universität Berlin (unveröffentlichte Magisterarbeit) 2005.

Kultur und soziale Praxis



JENS ADAM, ASTA VONDERAU (HG.)
Formationen des Politischen
Anthropologie politischer Felder

Juni 2013, ca. 280 Seiten, kart., ca. 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-2263-8



ISOLDE CHARIM, GERTRAUD AUER BOREA (HG.)
Lebensmodell Diaspora
Über moderne Nomaden

2012, 280 Seiten, kart., 24,80 €,
ISBN 978-3-8376-1872-3



GESINE DREWS-SYLLA, RENATA MAKARSKA (HG.)
Neue alte Rassismen?
Differenz und Exklusion in Europa nach 1989

November 2013, ca. 300 Seiten, kart., ca. 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-2364-2

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de

Kultur und soziale Praxis



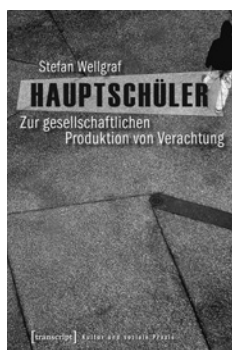
JÖRG GERTEL, RACHID OUAÏSSA (HG.)
Urbane Jugendbewegungen
Widerstand und Umbrüche
in der arabischen Welt

Juni 2013, ca. 300 Seiten, kart.,
zahlr. z.T. farb. Abb., ca. 19,80 €,
ISBN 978-3-8376-2130-3



MONICA RÜTTERS
**Juden und Zigeuner im europäischen
Geschichtstheater**
»Jewish Spaces«/»Gypsy Spaces« –
Kazimierz und Saintes-Maries-de-la-Mer
in der neuen Folklore Europas

2012, 252 Seiten, kart., 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-2062-7



STEFAN WELLGRAF
Hauptschüler
Zur gesellschaftlichen Produktion
von Verachtung

2012, 334 Seiten, kart., 24,80 €,
ISBN 978-3-8376-2053-5

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de